

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2005

III

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Rolf Badstübner</i> : Befreiungsoptionen, zäsursetzende Einschnitte und die unterschiedlichen Perspektiven deutscher Nachkriegsentwicklung 4
<i>Heinz Niemann</i> : Die Sammlung der sozialdemokratischen Emigration in Frankreich 1944/45 und ihre Stellung zur Bewegung „Freies Deutschland“ 20
<i>Reiner Tosstorff</i> : Andreu Nin und die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) 1921 – 1928. Eine Skizze 31
<i>Götz Hillig</i> : Anton Semenovič Makarenko – ein Nicht-Kommunist im Dienst der sowjetischen Sicherheitsorgane 48
<i>Karlheinz Kuba</i> : Der Feriendienst als soziales Dienstleistungsunternehmen des FDGB 64
<i>Anette Schubmann</i> : „Auch in der Kunst: Das Beste für den Arbeiter“. Theaterwochen für Betriebsarbeiter in der DDR der fünfziger Jahre 80
<i>Jörg Roesler</i> : Eine verpaßte Chance. Praktizierte Wirtschaftsdemokratie im letzten Jahr der DDR und was daraus wurde 94

Miszelle

<i>Arno Gräff</i> : Die Prager Union für Recht und Freiheit. Ein wenig beachtetes Kapitel tschechoslowakisch-deutscher Zusammenarbeit106
---	----------

Biographisches

<i>Gerhard Engel</i> : Johann Knief – Biographisches zu seinem Platz in der Geschichte der deutschen Linken112
<i>Gisela Notz</i> : Pauline Staegemann, geborene Schuck (1838 – 1909) – Wegbereiterin der sozialistischen Frauenbewegung134
<i>Gerd Kaiser</i> : Auf der Suche nach „Beschäftigung und Brod“. Die Geschichte der Arbeiterfamilie Walther146

Erinnerungen

- Alle Kreise der Hölle. Erinnerungen ehemaliger Häftlinge
faschistischer Konzentrationslager aus der Ukraine, 1942–1945 153
- Elke Scherstjanoi*: Vladimir Seneevic Šefir – ein sowjetischer
Militärstaatsanwalt 1945–1947 in Deutschland 164

Diskussion

- Fritz Vilmar*: Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus
im 20. Jahrhundert 171

Rezensionen

- Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und
Demokratie 2003 (*Fritz Vilmar*) 188
- Günter Gerdesius u. a.: Die Maxhütte Unterwellenborn von 1873 bis
1920; dieselben: Die Maxhütte Unterwellenborn 1921 bis 1945; Günter
Gerdesius: Die Maxhütte Unterwellenborn 1945 bis 1950 (*Jörg Roesler*) 190
- Theodor Bergmann: Die Thalheimers. Geschichte einer Familie
undogmatischer Marxisten (*Sylvelyn Hübner-Rombach*) 195
- „Jetzt endlich können Frauen Abgeordnete werden!“ Thüringer
Parlamentarierinnen und ihre Politik (*Hanna Behrend*) 196
- Donald Rayfield: Stalin und seine Henker (*Wladislaw Hedeler*) 199
- Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente
aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation.
Band I-III (22. Juni 1941 bis 15. Juni 1948) (*Rolf Badstübner*) 201
- Martina Wobst: Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR
und der VR China 1949-1990 (*Wolfram Adolph*) 205
- Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart.
50 Jahre nach der Bildung von landwirtschaftlichen
Produktionsgenossenschaften in der DDR (*Elke Scherstjanoi*) 207

Annotationen

- Der Grundstein. 1888 bis 1933. Gewerkschaftszeitung des deutschen
Baugewerbes (*Wolfgang Heyn*) 213
- Katja Mann: Ellen Key. Ein Leben über die Pädagogik hinaus
(*Christa Uhlig*) 214
- Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste (*Willi Beitz*) 215
- Sybille Buske: Fräulein Mutter und ihr Bastard. Eine Geschichte der
Unehelichkeit in Deutschland 1900-1970 (*Peggy Liebisch*) 217

Joseph E. Slater: Public Workers. Government Employee Unions, the Law, and the State 1900-1962 (<i>Peter Schäfer</i>)	217
Ruth & Günter Hortschansky: Möge alles Schmerzliche nicht umsonst gewesen sein. Vom Leben und Tod der Antifaschistin Judith Auer (<i>Elfriede Fölster</i>)	219
Günter Hauthal: Über die „Schlacht für Hitler“ in Altenburg im Jahre 1926, deren Wiederhall und die Rache der Nazis für ihre Niederlage (<i>Fritz Zimmermann</i>)	220
Barbara Weinhold: Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus (<i>Manfred Behrend</i>)	221
Stefan Roloff mit Mario Vigl: Die Rote Kapelle. Die Widerstandsgruppe im Dritten Reich und die Geschichte Helmut Roloffs (<i>Paul Heider</i>)	222
Maik Kopleck: Past Finder Berlin 1933-1945 (<i>Joachim Eichler</i>)	224
Jutta Seidel: Paul Nette „...daß mir weiter nichts fehlt als die Freiheit“. Eine Häftlingsbiographie in Briefen. Gefängnisbriefe 1934 bis 1944 (<i>Leopoldine Kuntz</i>)	225
Hans Schafranek/Johannes Tuchel: Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg (<i>Simone Barck</i>)	226
Peter Steinbach: Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstandes (<i>Paul Heider</i>)	228
Matthias Loeding: Otto Grotewohl kontra Kurt Schumacher. Die Wennigseener Konferenz im Oktober 1945 (<i>Wolfgang Triebel</i>)	230
Ursula Fischer: Im eigenen Land verschollen (<i>Horst Klein</i>)	231
Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ (<i>Siegfried Prokop</i>)	232
Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe (<i>Fred Wilm</i>)	234
Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Klaus Höpcke. Kolloquium anlässlich seines 70. Geburtstages (<i>Siegfried Prokop</i>)	235
Nachsatz	237
Autorenverzeichnis	238
Jahresinhaltsverzeichnis 2005	239
Impressum	245

Befreiungsoptionen, zäsursetzende Einschnitte und die unterschiedlichen Perspektiven deutscher Nachkriegsentwicklung

Rolf Badstübner

Bei der Beschäftigung mit der Befreiungsproblematik bleibt ein wichtiger Aspekt meist außen vor, nämlich die Frage nach den tatsächlichen Ausgangskonstellationen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Diese werden als reale Gegebenheit meist nicht ernstgenommen, denn es ist üblich, diese Nachkriegsgeschichte aus der Perspektive der beiden sich polarisierenden deutschen Nachkriegswege und des damit verbundenen Scheiterns der alliierten Vier-Mächte-Verwaltung und darüber hinaus durch das Prisma eines vordatierten kalten Krieges zu betrachten und zu bewerten. Auf solche Art projiziert sich das Bild einer doppelt falschen Kontinuität der deutschen Nachkriegsentwicklung seit 1945: eines stetigen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Demokratiegründungsprozesses einerseits und einer auf Diktatur beruhenden sowjetisch/kommunistischen Umgestaltung von Anfang an andererseits. Doch bei genauerer und vorurteilsloser Analyse ergibt sich ein anderes Bild – und zwar nicht nur im Hinblick auf alternative Planungen, Absichten und Bestrebungen, sondern mehr noch auf Realitäten!

Das alliierte Deutschlandprojekt und die deutschen Bemühungen um Umgestalten und „Anderswerden“

Der bisher tiefste Zivilisationsbruch¹ und die schwerste Menschheitskatastrophe, die sich mit Holocaust und Zweitem Weltkrieg ereigneten, wirkten zugleich auch als Katalysatoren für das Umsichgreifen großer Hoffnungen und das Streben nach einer auf dauerhaftem Frieden und Völkerverständigung aufgebauten, neuen und besseren Weltordnung. Sie sollte an die Stelle einer bloßen Wiederherstellung der Vorkriegsordnung treten. In einigen Ländern verband sich damit auch das Ringen um eine bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung, wie es mit dem Wahlsieg der Labour-Sozialisten und den Erfolgen von Kommunisten und Sozialisten in Italien und Frankreich zum Ausdruck kam. Vieles schien möglich, und neue Denkhorizonte öffneten sich. Dazu gehörte die von Franklin D. Roosevelt und seinen „New Dealern“ und auch im Foreign Office² als realisierbar erachtete Möglichkeit, die Anti-Hitler-Koalition, wie es dann in Jalta formuliert wurde, im und für den Frieden „aufrechtzuerhalten und zu stärken“ und die Kooperation mit der Sowjetunion fortzu-

1 Siehe auch Konrad H. Jarausch: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004, S.12-14.

2 Siehe Public Record Office, London (PRO): FO 371/43304/N 5126.

setzen,³ wobei neben der einvernehmlichen Behandlung Deutschlands der Gründung einer internationalen Organisation, der UN, eine wesentliche Bedeutung zukam. Trotz Systemgegensätzen schien, bei entsprechender Kompromißbereitschaft, ein solches Zusammenwirken möglich und im gegenseitigen Interesse geboten. Roosevelts Vision von der „One World“ schloß die Vorstellung von Wandel durch Kooperation sowie auch die Hoffnung auf Liberalisierung und Veränderungen in der UdSSR ein. Josef W. Stalin hatte offenbar ebenfalls ein echtes Interesse an der Fortsetzung der Koalition, insbesondere in Deutschland und in bezug auf die deutsche Frage.⁴ So war er deutlich bemüht, sich im Rahmen der gefaßten Beschlüsse zu bewegen⁵ und die Interessensphären der Westalliierten, wie er sie interpretierte, zu respektieren.⁶ Andererseits traten bei der Absicherung des sowjetischen Einflußbereiches von Anfang an auch Sowjetisierungstendenzen hervor, die die Beziehungen zu den Westalliierten belasteten. Und die anvisierte Weltordnung hatte ihre „Grenzen“.⁷

Das Deutschlandprojekt der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition, wie es dann in den Potsdamer Beschlüssen verankert wurde, war sehr umfassend und weitreichend. Sein oberstes Ziel bestand bekanntlich darin, dauerhaft dafür zu sorgen, daß von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen, nie wieder eine Bedrohung des Friedens und insbesondere seiner Nachbarn erfolgen kann. Mit ihm verbanden sich nicht nur eine Reihe Sanktionen gegen Deutschland, sondern ein weltgeschichtlich bis dahin einmaliges, an Humanismus und Menschenrechten orientiertes missionarisches Projekt von Sühne und Wiedergutmachung, der nachhaltigen Bestrafung der Aggressoren auf neuen völkerrechtlichen Grundlagen und vor allem der Umgestaltung und Demokratisierung eines ganzen Landes bzw. einer ganzen Gesellschaft und der „Umerziehung“ eines ganzen Volkes. In diesem Kontext dominierten Konzepte, die auf eine „radikale“ Vergangenheitsbewältigung zielten, gesellschaftliche Umgestaltungen inbegriffen. Deren Gegner oder Bezweifer befanden sich in Washington und London und in den Militärverwaltungen wie auch in der öffentlichen deutschen Nachkriegslandschaft zunächst in der Defensive. Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition

3 Rückblickend kann man natürlich die Beschlüsse der Krim-Konferenz als Aufteilung der Welt interpretieren, und zweifellos enthielten sie hierfür Ansätze und Möglichkeiten, aber das war nicht das Ziel und der zum Ausdruck gebrachte Wille der Hauptmächte. Der war doch wohl, bei aller natürlich auch vorhandenen Skepsis, ernstgemeint und wurde in einer vielgestaltigen Praxis in Angriff genommen und zum Teil wirksam umgesetzt.

4 Dies wird m. E. auch jüngst bekräftigt durch: Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearbeitet und herausgegeben von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, Band I-III, Berlin 2004, insbes. Bd. III. Siehe auch die Rezension in diesem Heft.

5 Das war sowjetischerseits auch deshalb unschwer möglich, weil das alliierte Deutschlandprojekt, wie es dann in den Potsdamer Beschlüssen festgeschrieben wurde, den fundamentalen sowjetischen Vorstellungen von Faschismusbeseitigung und Demokratisierung stark entgegenkam bzw. demgemäß interpretiert werden konnte.

6 Indem er z. B. „mäßigend“ auf die italienischen und französischen Kommunisten einwirkte.

7 Da sie z. B. auch die Sicherung des Kolonialbesitzes der Siegermächte und die Annexion der baltischen Staaten einschloß.

und die Besetzung fungierten als Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und für die Gestaltung einer besseren Zukunft – und zwar auch dann, wenn dies von den Siegern damals so nicht deklariert und von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes so nicht erkannt und empfunden wurde.

Zwischen der gesellschaftspolitischen Ausrichtung der alliierten Nachkriegsvorstellungen und denen deutscher Antifaschisten und Emigranten sowie der „Aktivisten der ersten Stunde“ gab es weitgehende Annäherungen, wenn nicht sogar Übereinstimmungen. Das betraf insbesondere die Grundposition, Nationalsozialismus und Militarismus mittels einer tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Umgestaltungen und damit radikal und konsequent zu beseitigen bzw. zu überwinden. Die weitestgehende Übereinstimmung brachte die KPD mit ihrem gemäßigten Aufruf vom 11. Juni 1945 zum Ausdruck. Da er im Ergebnis von Beratungen mit Stalin entstanden war, stellte dies zugleich ein Indiz für die sowjetische Absicht dar, ihre Politik an den alliierten Beschlüssen zu orientieren und keine strikte Sowjetisierungspolitik⁸ zu verfolgen. Betriebsräte, Gewerkschaften, SPD und auch Gründungskreise der CDU artikulierten demgegenüber viel stärker antikapitalistische und prosozialistische Positionen, wie sie im Zusammenhang mit dem „christlichen Sozialismus“⁹ und insbesondere mit dem „Sozialismus als Tagesaufgabe“ der westzonalen SPD zum Ausdruck kamen. Kurt Schumacher formulierte gar, daß in Nachkriegsdeutschland wirkliche Demokratie nur in Verbindung mit Sozialismus möglich sei.

Im Zusammenhang mit der Gründung der SED ging dann auch die KPD einen Schritt weiter, wobei es zu wichtigen Modifizierungen früherer Positionen kam. Als Stalin die Gründung der SED „absegnete“ orientierte er, bei prononcierter Betonung des Unterschiedes zwischen Deutschland und dem Rußland der Oktoberrevolution, auf die unbedingt zu berücksichtigenden „parl. Traditionen“ und auf die daraus resultierende Möglichkeit und Notwendigkeit „auf demokrat. Weg-zur Arbeitermacht-nicht Diktatur“.¹⁰ Diese Orientierung, der für die Konsensbildung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mit Blick auf die Vereinigung entscheidende Bedeutung zukam, baute Anton Ackermann in seinem Artikel in der ersten Nummer der „Einheit“ vom Februar 1946 zu einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ aus. Darin wurde die Möglichkeit eines demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus gemäß den deutschen Bedingungen begründet. Im Oktober 1946 ging Ackermann – allerdings schon nicht mehr unwidersprochen –

8 Allerdings konnte man, wie sich in der Politik der SMAD immer wieder zeigte, nicht über den eigenen Schatten springen und blieb mehr oder weniger stark stalinistischen Denkgewohnheiten und Praktiken verhaftet, was sich zuerst gravierend bei der Druckausübung und auch Inhaftierung einigungsunwilliger Sozialdemokraten zeigte.

9 Die Kölner und Frankfurter Gründerkreise der CDU, Walter Dirks in den „Frankfurter Heften“, Jakob Kaiser in Berlin. Bis Anfang 1947 schien es so, als ob sich auch die CDU der britischen Zone auf den christlichen Sozialismus festlegen würde.

10 Aufzeichnung über den Bericht W. Ulbrichts, der sich vom 28. Januar bis zum 6. Februar 1946 in Moskau aufgehalten hat. An der stattgefundenen Beratung im Politbüro der KPdSU hat höchstwahrscheinlich Stalin selbst teilgenommen. Siehe Rolf Badstübner/Wilfried Loth: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S.68.

noch weiter, indem er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats mit den spezifisch russischen Bedingungen in Verbindung brachte, während in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, demokratische Wege und Herrschaftsmethoden möglich und geboten seien.¹¹ Die Gründungsdokumente der SED konnten daher durchaus so interpretiert werden, daß sie darauf orientierten, auf einem demokratischen Weg und mit Zwischenschritten zu einer solchen sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, die sich von einer Gesellschaft sowjetischen Typs deutlich unterschied.

Zäsursetzende radikale Eingriffe und tiefe gesellschaftspolitische Einschnitte

Während sich in den internationalen Beziehungen schon bald stärker Spannungen zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion aufbauten,¹² herrschte hinsichtlich des ambitionösen Projekts Deutschland in bezug auf Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung, Dezentralisierung, Demonopolisierung, Demontage und „Umerziehung“ weitgehend Einigkeit, und die Kooperation funktionierte, wenngleich „knirschend“. So betonte der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay in einer Unterredung mit dem SMAD-Chef Vassilij D. Sokolovskij Ende Oktober 1945 die weitgehende Übereinstimmung der Positionen in allen wichtigen Fragen – mit Ausnahme der Reparationsfrage.¹³ Und auch noch Monate später sah das der in Washington amtierenden Staatssekretär der USA, Dean Acheson, ähnlich. Das geht aus seiner vertraulichen Botschaft vom 5. Mai 1946 an Außenminister James F. Byrnes, der zur Konferenz des Rats der Außenminister in Paris weilte, hervor. Darin sprach er sich dafür aus, die Anstrengungen der USA für eine gemeinsame Politik mit der Sowjetunion in der deutschen Frage zu verstärken. Es gebe übereinstimmende Interessen. Acheson dachte an beide Hauptmächte als Kopartner einer „wirksamen Aktion gegen die deutschen Kombinate und Trusts“. Er sprach sich für Vereinbarungen über „die Aufteilung der großen Güter und die Nationalisierung des Eigentums von Kombinat, überführten Nazis und Kriegsverbrechern etc.“ aus, „um Klassen, die in der Vergangenheit den Nazismus oder extremen Nationalismus unterstützt haben, zu eliminieren“. Und er fügte hinzu: „Wenn wir in diesen Fragen die Initiative ergreifen, würden wir die Beschuldigung vermeiden, daß wir nur eine ‚western capitalist‘ Orientierung gegenüber Deutschland verfolgen, und wir würden durch die kühne Förderung von ökonomischen und sozialen Reformen eine Basis für ökonomische wie auch für politische Demokratie legen.“¹⁴ Das dürfte Byrnes in seiner Absicht bestärkt haben, mit der Sowjetunion und den anderen Alliierten ein Abkommen über eine 25- oder gar 40jährige Entmilitarisierung und Neutralisierung

11 Siehe Stenographische Niederschrift von der 6. Tagung des Parteivorstandes der SED (2. Teil), SAP-MO/BArch, DY 30, IV 2/1/5, Bl. 2. Verhandlungstag, Bl. 15f.

12 Auch hervorgerufen durch den „harten Kurs“ Trumans gegenüber der Sowjetunion anstelle der „Verständigungspolitik“ Roosevelts.

13 Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948, Bd. II, S.127.

14 Foreign Relations of the United States (FRUS), 1946, Vol. V, Washington 1969, S.553.

Deutschlands abzuschließen, was möglicherweise eine Chance eröffnet hätte, den kalten Krieg mit seinen Folgen zu vermeiden.¹⁵

Ungeachtet von Meinungsverschiedenheiten erreichte die alliierte Politik in Deutschland, im Kontrollrat und in den Besatzungszonen sowie im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher in den Jahren 1945 und 1946, teilweise auch noch darüber hinaus, ein beträchtliches Maß an Koordinierung, Annäherung und Übereinstimmung, wie der umfangreiche Bericht des Alliierten Kontrollrates an den Rat der Außenminister, der im Februar 1947 verabschiedet wurde, auswies.¹⁶ Das zeigte sich, worüber ein beweiskräftiges Tabellenwerk in diesem Bericht Auskunft gibt, auch hinsichtlich der massenhaften, viele Hunderttausende Personen betreffenden Festnahmen, Internierungen, Verurteilungen und „Säuberungen“ der Verwaltungen, womit tiefgreifende Einschnitte verbunden waren.¹⁷ Nicht nur Nazi- und Kriegsverbrecher und besonders aktivistische Nazis, sondern weit darüber hinaus befanden sich größere Teile der traditionellen Eliten in Haft, harrten der Anklage oder waren aus ihren Positionen entfernt worden. Ein Elitenaustausch beträchtlichen Umfangs war oder schien im Gange. Das „Urteil von Nürnberg“ bekräftigte, ungeachtet einiger Meinungsunterschiede, die Einmütigkeit der Anti-Hitler-Koalition bei der Ahndung der nazistischen Verbrechen. Dies setzte sich in zahlreichen unilateralen alliierten Prozessen und auch in den von den USA in Nürnberg durchgeführten zwölf „Nachfolgeprozesse“¹⁸ fort. Es handelte sich dabei um Verfahren gegen Ärzte, Juristen, verschiedene Industrielle (Flick, Krupp, IG-Farben), Angehörige des Auswärtigen Amtes (Wilhelmstraßenprozeß) und des Oberkommandos der Wehrmacht, einzelne militärische Führer (Generalfeldmarschall Milch, Südost-Generale) und höhere SS-Funktionäre (Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt, Rasse- und Siedlungshauptamt, Einsatzgruppen des SD). Von 184 angeklagten Personen wurden 98 zu befristeten, 20 zu lebenslangen Strafen und 24 zum Tode verurteilt. Die Bedeutung dieser Prozesse ging über den Einzelfall weit hinaus, denn sie zeigten die tiefen Verstrickungen großer Teile der deutschen Gesellschaft und ganzer Berufsgruppen in die verbrecherische Politik des „3. Reiches“, in die Rassenpolitik, die Arisierung, die materielle und geistige Kriegsvorbereitung, die Ausraubung anderer Länder, Zwangsarbeit, Holocaust und den Massenmord. Mit der Aufdeckung dieser Sach-

15 Allerdings bleibt ungewiß, ob Byrnes eine Umsetzung seines Planes gegen die Widerstände in Washington gelungen wäre. Die sowjetische Seite vermochte die Bedeutung des Vorschlages nicht zu erkennen oder verweigerte sich auch bewußt, was ebenfalls offen bleibt. Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. II, dazu insgesamt zwölf Dokumente und fünf Anmerkungen.

16 Die Version in englischer Sprache liegt im OMGUS-Bestand: BA, Z 45 F/OMGUS 2/108-2/3-7 Conl/P(47)1-67. Auszüge aus den SMAD bzw. SBZ betreffenden Teilen wurden, allerdings ohne die statistischen Angaben, veröffentlicht in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland 1945-1949. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin 1968, S.387-416.

17 Siehe Kontrollratsbericht, Abschnitt II, Teil 2-4. Siehe auch ausführlich Rolf Badstübner: Vom ‚Reich‘ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S.219-264.

18 Siehe Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals under Control Council Law No.10, 15 Bde., Washington 1946-1949.

verhalte und den Verurteilungen wurden wichtige Grundlagen gelegt und Ausgangspunkte für eine „radikale“ Vergangenheitsbewältigung geschaffen.

Der zuerst in Angriff genommene und in der SBZ auch vollzogene tiefe sozialökonomische Eingriff betraf die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Durchführung einer demokratischen Bodenreform. Der alliierte Konsens bestand darin, Junker und Großgrundbesitzer als soziale Schicht zu beurteilen, die in einer unheilvollen historischen Verbindung mit preußisch-deutschem Militarismus, Nationalismus und auch Nationalsozialismus stand und als Bollwerk demokratiefeindlicher Reaktion in der Gesellschaft und vor allem auf dem Lande sowie nicht zuletzt in der Staatsbürokratie fungierte. Sicher war das eine sehr pauschale, aber andererseits keineswegs gegenstandslose historische Beurteilung. Die alliierte Option für eine Bodenreform stand darüber hinaus in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der beschlossenen Zwangsaussiedlung von Millionen Deutschen und der Notwendigkeit, diese in die deutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren. Es erschien mehr als recht und billig und zudem politisch dringend geboten, zugunsten der Umgesiedelten und Vertriebenen einen Bodenausgleich vorzunehmen, um vielen von ihnen auf diese Weise eine neue Existenz zu bieten.

Es kann und soll an dieser Stelle nicht näher auf die Durchführung der Bodenreform in der SBZ eingegangen werden.¹⁹ Zweifellos wurden das richtige Anliegen, die richtige Zielsetzung und das Verdienst, diese auch tatsächlich umzusetzen, durch die keineswegs zwingend notwendige Art und Weise des sowjetischen Vorgehens und viele Modalitäten, vor allem auch ökonomische Ungereimtheiten und politische Ungerechtigkeiten, belastet. Dennoch gilt es hervorzuheben, daß es sich bei der Bodenreform unstrittig um den Vollzug einer auf der politischen Tagesordnung in Deutschland stehenden Maßnahme und Umgestaltung von großer Dringlichkeit und gesellschaftspolitischer Tragweite handelte. Bei aller anfänglichen „Zurückhaltung“ und der anhaltenden Umstrittenheit im einzelnen wurde sie schließlich doch von einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung „angenommen“. Es handelte sich letztlich um eine tiefgreifende und weitreichende Umgestaltung und vor allem auch Demokratisierung der ländlichen Verhältnisse und des Lebens in den Dörfern, gleichzeitig um einen gewichtigen Beitrag zur Integration zwangsumgesiedelter Bauern und Landarbeiter.

Das OMGUS (Office of the Military Government of the United States for Germany) erarbeitete einen Kontrollratsgesetzentwurf zur Bodenreform, den es dem Länderrat der US-Zone zur Beratung vorlegte. Er sah eine Beschränkung des Großgrundbesitzes auf 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und auf 500 ha Waldfläche vor.²⁰ Auch auf britischer Seite bekräftigte man die Absicht, den Großgrundbesitz aufzuteilen, machte dies aber zunehmend von der vorherigen gründlichen Prüfung

19 Siehe meine ausführliche Darstellung mit Verweisen auf die Forschungsliteratur in: Badstübner, Vom ‚Reich‘, S.158-176. Das trifft darüber hinaus auch auf andere hier behandelte Themen und Fragen zu.

20 Siehe Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, hrsg. von Bundesarchiv/Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1: September 1945-Dezember 1946, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, München-Wien 1976, S.73.

ernährungspolitischer Auswirkungen abhängig.²¹ In der Praxis geschah allerdings aus unterschiedlichen Gründen nicht wirklich etwas. Daher kam dem Beschluß der Moskauer Außenministerkonferenz vom April 1947 große Bedeutung zu, in ganz Deutschland bis Ende 1947 eine Bodenreform durchzuführen. Und auf sowjetische Kritik im Kontrollrat beeilten sich die westlichen Vertreter noch im Juni 1947 „mündlich und schriftlich die Zerschlagung der sozialen und wirtschaftlichen Basis des Junkertums als Hauptaufgabe zu bestätigen.“²²

Auch in einer Reihe westzonaler Länderverfassungen fanden Bodenreformforderungen Aufnahme, wie in der im Volksentscheid im Dezember 1946 mit großer Mehrheit angenommenen Verfassung des Landes Hessen, wo es hieß: „Artikel 42. Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung die Gefahr politischen Mißbrauchs oder der Begünstigung militaristischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen.“²³ Das alles bedeutete, daß einerseits das Damoklesschwert einer Enteignung auch weiterhin bedrohlich über den westdeutschen Großagrariern schwebte und daß andererseits mit der Bodenreform in der SBZ, und vor allem auch durch die Entmachtung des ostelbischen Junkertums, ein wichtiger Beitrag geleistet worden war, um das Projekt zur Umgestaltung der deutschen Nachkriegsgesellschaft und der Vergangenheitsbewältigung zu realisieren.

Gleichfalls auf der alliierten Tagesordnung standen die Demonopolisierung und die Entmachtung der deutschen Wirtschaftseliten in Industrie und Bankwesen. Man war sich darüber weitgehend einig, daß diese Eliten, insoweit sie Verantwortung trugen und sich schuldig gemacht hatten, aus verantwortlichen Positionen zu entfernen und zu inhaftieren seien, um sie zu verurteilen. Ihre notwendige Entmachtung schloß auch aus anglo-amerikanischer Sicht²⁴ Enteignungsmaßnahmen ein – und im Oktober 1946 kündigte der britische Außenminister Bevin im Unterhaus die Sozialisierung der Ruhrmontanindustrie an.

In allen Besatzungszonen beschlagnahmten die Besatzungsmächte nicht nur das Vermögen des Nazi-Staates und der Nazi-Organisationen, sondern auch das von Großbanken und Konzernen und stellten es unter ihre Kontrolle,²⁵ der Alliierte Kontrollrat das des I.G. Farbenkonzerns. Parallel dazu war die Arbeit im Gange, zu einer einvernehmlichen Regelung in bezug auf die Beseitigung von Monopolver-

21 Siehe PRO: FO 371/55575/C 1879.

22 Gunther Mai: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland, München 1995, S.251.

23 Verfassung des Landes Hessen (Gesetzessammlung des Landes Hessen, Nr. 1), Wiesbaden 1948, S.12.

24 Siehe Doris Winkler: Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945-1948, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Politische Weichenstellungen in Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S.88-110.

25 Schon am 18. September 1944 wurde im anglo-amerikanischen Besatzungsgebiet das Gesetz über die „Sperrung und Kontrolle von Vermögen“ erlassen, dem besondere Verfügungen über die Beschlagnahme von Großbanken und bestimmten Konzernen oder Wirtschaftszweigen, wie dem Krupp-Konzern, dem Ruhrkohlenbergbau und der Eisen- und Stahlkonzerne folgten. Dem entsprach auch das Vorgehen der französischen Besatzungsmacht. Die SMAD erließ Ende Oktober 1945, nachdem sie die Großbanken aufgelöst hatte, entsprechende Sequestrierungsbefehle.

einigungen zu gelangen.²⁶ In der Arbeitsgruppe Dekartellisierung kam ein sowjetisch-amerikanisch-französischer Gesetzesentwurf über das Verbot „Übermäßiger Konzentration deutscher Wirtschaftskraft“ zustande.²⁷

Diese alliierten Ankündigungen, Maßnahmen und Aktivitäten beförderten zweifellos die Forderungen nach Bestrafung und Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in öffentliches Eigentum. Sie wurden mit zunehmender Stärke in allen Besatzungszonen erhoben. Auf der IV. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften in Garmisch-Partenkirchen erfolgte in diesem Sinne noch Anfang Mai 1947 eine gemeinsame überzonale Standpunktbildung „Zur Neugestaltung der Wirtschaft“.²⁸ In einigen Landtagen wurden Sozialisierungsgesetze eingebracht, und in den Verfassungen der Länder in der amerikanischen und der französischen Zone gab es dazu ebenfalls Aussagen und Festlegungen, am eindeutigsten in Hessen. Artikel 41 der hessischen Verfassung, über den im Volksentscheid über die Verfassung auf Anweisung des US-Militärgouverneurs gesondert abgestimmt werden mußte und für den 72 Prozent votierten, bestimmte die Überführung des Bergbaus und der Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und des an Schienen oder Oberleitungen gebundenen Verkehrswesen in Gemeineigentum und stellte Großbanken und Versicherungsunternehmen unter staatliche Aufsicht und Verwaltung.²⁹ Ähnliche Positionsbestimmungen gab es in anderen Verfassungen, so in Württemberg-Baden hinsichtlich Gemeineigentum in den Artikeln 8 und 28, Mitbestimmung im Artikel 22; in Rheinland-Pfalz in den Artikeln 61 und 67; in Baden in den Artikeln 33, 45 und 46; in Bayern in den Artikeln 160 und 175. Artikel 156 der bayerischen Verfassung bestimmt das Verbot von Monopolen. Die Anerkennung des Rechts auf Arbeit, demokratischer Wirtschaftslenkung, der Unterordnung der Wirtschaft unter die Bedarfsdeckung statt unter das Profitstreben ergänzten die zuerst genannten Grundsätze und Bestimmungen und fanden auch in den späteren Verfassungen anderer westdeutscher Länder Aufnahme. All das erlaubt mit Blick auf alle vier Besatzungszonen zweifelsfrei die Schlußfolgerung, daß es in den ersten Nachkriegsjahren eine klare mehrheitliche deutsche Option für eine Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher und die Überführung ihrer Betriebe in öffentliches oder Volkseigentum gab. Der Volksentscheid vom 30. Juni 1946 in Sachsen über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher bekräftigte das lediglich. Die Enteignungsaktion in der Ostzone konnte sich daher nicht nur auf alliierte Beschlüsse oder Absichtsbekundungen

26 Siehe Mai, Kontrollrat, S.231.

27 Siehe BA, Z 45 F OMGUS/ACA DECO/P(46)397. Decart/WP(46)115.

28 Siehe Albert Behrendt: Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften. Der Kampf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes um eine fortschrittliche deutsche Gewerkschaftspolitik auf den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, Berlin 1963, S.436f.

29 Der Artikel 41 war allerdings gegenüber der ursprünglichen Fassung auf Betreiben der CDU durch Ausklammerung der chemischen Industrie „entschärft“ worden. Siehe die vergleichende Übersicht der einzelnen Verfassungsentwürfe in: Drucksachen der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen. Stenographische Berichte [zum Teil im Wortlaut gekürzt] über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Wiesbaden o. J., S.20.

stützen, sondern sich auch durch diese deutsche Mehrheitsoption als legitimiert betrachten – zumindest, was die gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung anbelangte. Nach Abschluß der Enteignungen umfaßten die volkseigenen Industriebetriebe gemeinsam mit den Betrieben der sowjetischen Aktiengesellschaften den ausschlaggebenden Teil der industriellen Großproduktion, erstreckten sich aber weit darüber hinaus. Mit der Enteignungsaktion wurde zweifellos das Ziel, die Nazi- und Kriegsverbrecher in der Wirtschaft zu entmachten und zu enteignen, erreicht. Deutsche Konzerne wie Krupp, Stinnes, Flick, Mannesmann, Siemens, die nicht nur von sowjetisch/kommunistischer Seite als Kriegspotential, Rüstungs- und Kriegsverbrecherkonzerne eingestuft waren, existierten in der SBZ nicht mehr.

Die Schaffung einer volkseigenen Industrie war zugleich mit beträchtlichen Veränderungen bei den wirtschaftsleitenden Eliten verbunden. „Alle diese Faktoren [...] führten dazu, daß 1947 nur noch 6,2 Prozent der Werksleiterposten von den früheren Direktoren besetzt waren. ‚Altes‘ Führungspersonal stand darüber hinaus in etwas mehr als 40 Prozent der VEB an der Spitze. Dabei handelte es sich um frühere Direktionsmitglieder, Experten aus den Konzernleitungen u. ä., sowie um NS-belastete Personen, die an einer Stelle abgesetzt und an einer anderen (z. B. als Treuhänder) wieder eingestellt wurden. In etwa der Hälfte der VEB schließlich (vorwiegend in kleineren Werken) hatten ‚frühere Arbeiter‘ (21,7%) und ‚frühere Angestellte‘ (30,7%) den Posten des Betriebsleiters inne.“³⁰ Die Tatsache, daß in der SBZ ernstgemacht wurde mit einer radikalen Beseitigung von überkommenen Verhältnissen und Machtstrukturen, die die deutsche Katastrophe verursacht oder mitverantwortlich und deren Repräsentanten in hohem Maße Schuld auf sich geladen hatten, sahen die meisten mit Genugtuung. In der SBZ wurden auf diesem Wege die wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend umgestaltet und neue Eigentums- und Machtverhältnisse geschaffen, die die soziale Struktur der Gesellschaft von Grund auf veränderten.

In allen Besatzungszonen schritt der Entnazifizierungsprozeß zunächst weiter fort. Er war zugleich mit Bemühungen und Maßnahmen der „Umerziehung“ und der Verbreitung antinazistischer, humanistischer und demokratischer Gedankengüter verbunden. In der SBZ verband sich das mit einem mehr oder weniger umfassenden, kurz- oder längerfristigen³¹ Elitenaustausch.³² Wichtig war – und das unterschied das ostzonale Vorgehen gegenüber dem westzonalen –, daß sich die Entnazifizierungsaktivitäten auf die Säuberung von Verwaltung, Justiz und anderen gesellschaftlichen Bereichen konzentrierten. Zugleich orientierten sie aber – nach entspre-

30 Wolfgang Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987, S.153f. (Zitat unter Weglassung der Anmerkungen)

31 Wie im akademischen Bereich. Immerhin lehrten bei den Historikern schon seit Beginn der 50er Jahre solche Antifaschisten wie Ernst Engelberg, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Karl Obermann, Erich Paterna, Albert Schreiner u. a.

32 Wobei solchen Maßnahmen wie der kurzfristigen Ausbildung von Neulehrern und Volksrichtern eine wichtige Rolle zukam.

chenden Sühnemaßnahmen – auf die Einbeziehung zunächst der „nominellen PGs“ und schließlich aller ehemaligen Nazis und Offiziere, soweit sie nicht verurteilt wurden, in den „demokratischen Aufbau“, den gesellschaftlichen Umgestaltungs- und vor allem auch Umerziehungsprozeß, was aber nicht die Wiedererlangung gleicher Position und gleichen Einflusses bedeutete. Die leitenden Positionen befanden sich weitgehend in den Händen von Antifaschisten, vorwiegend aus der Arbeiterbewegung kommend, und von antinazistischen bürgerlichen Demokraten. Dies war nicht zuletzt auch dadurch ermöglicht worden, daß in den Ländern und Provinzen der SBZ die bisherigen arbeitsrechtlichen Beamtenverhältnisse faktisch, wengleich im einzelnen unterschiedlich und bis 1948 noch nicht zoneneinheitlich, als obsolet galten und keine neuen Beamtenverhältnisse begründet wurden.³³ Mit diesem radikalen Schnitt war in der SBZ das Berufsbeamtentum beseitigt worden – ein zweifellos ebenso wichtiger wie richtiger Einschnitt. Insgesamt konnte bilanziert werden: „In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.“³⁴ Die Effektivität dieser Art von Entnazifizierung wurde noch dadurch wesentlich erhöht, daß große und gezielte Anstrengungen bei der geistigen Vergangenheitsbewältigung, der Verbreitung humanistischen, antifaschistischen und auch marxistischen Gedankenguts, nicht zuletzt auch durch Herausgabe von Werken der Exilliteratur in hohen Auflagen, unternommen wurden – über Presse, Zeitschriften und Verlage, durch rege Vortragstätigkeit und vor allem auch durch ein intensives Schulungs- und Bildungssystem in den Parteien, den Gewerkschaften, der FDJ und anderen Organisationen sowie in den Verwaltungen und Institutionen, volkseigenen Betrieben und Volkshochschulen. Vor allem hatte der Antifaschismus auch einen festen Platz in den mit der Schulreform anvisierten Erziehungszielen. Der Antifaschismus, wengleich auch oft ein etwas grobschlächtiger, wurde nicht nur „verordnet“, sondern vermittelt und auch angenommen, er prägte zunehmend das geistige Klima der Übergangsgesellschaft in der SBZ.

Hatte es anfangs den Anschein gehabt, als ob vor allem in der amerikanischen Besatzungszone gegen Nazis am rigorosesten vorgegangen würde, so änderte sich dieser Eindruck schon bald deutlich. Die Entnazifizierung traf in den Westzonen zunächst nur, anfangs oft mit Härte, die „Kleinen“, da man die großen und schwierigen Fälle hinausschob. Aber zunehmend gerieten die Verfahren zu „Reinwaschungsaktionen“. „Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen“, wurde zum geflügelten Wort – und das nicht zu Unrecht. So wurde die Entnazifizierung diskreditiert, und das hatte fatale Folgen.

33 Siehe Dirk Marc Schneider: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Inneren (DVdI), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München, München 1990, S.207f.

34 Christof Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1982, S.84.

Die gesellschaftspolitischen Ordnungsprofile der Übergangsgesellschaften und die Auswirkungen des kalten Krieges

In Ausübung der alliierten Umgestaltungs- und Erziehungsdiktatur und der mehr oder weniger konsequenten Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse in allen Besatzungszonen³⁵ erfolgten – unter Mitagieren deutscher Parteien, Gewerkschaften und Verantwortungsträger – in den beiden ersten Nachkriegsjahren radikale gesellschaftspolitische Eingriffe und tiefe Einschnitte. Und es entstanden in den nach Zonen und Ländern gegliederten Übergangsgesellschaften gesellschaftspolitische Ordnungsprofile, die auf die eine oder andere Weise mit „Dritten Wege“-Orientierungen und ebensolchen Entwicklungsmöglichkeiten verbunden waren oder schienen.³⁶ Bedeutsam war, daß dies 1946/47 nicht nur in den Ländern der SBZ, sondern auch in denen der amerikanischen und französischen Zone seinen Niederschlag in Länderverfassungen fand, also normativen Verfassungsrang erlangte. Allerdings wurden diese Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten auch schon vor dem kalten Krieg durch die starke antisowjetische und antikommunistische Ausrichtung der westzonalen SPD durch Kurt Schumacher überdeckt,³⁷ die Konrad Adenauers grundsätzlicher prokapitalistischer Westzonenorientierung sehr entgegenkam. Dennoch gilt es festzuhalten, daß die gesellschaftspolitischen Ordnungsprofile der Übergangsgesellschaften, wie sie sich bis Anfang/Mitte 1947 herausgebildet hatten, Ausgangspunkt und Grundlage für die anvisierte Errichtung eines entmilitarisierten und neutralisierten deutschen Nachkriegsstaates – mit der Perspektive des Abschlusses eines Friedensvertrages – bildeten. Eine solche Vier-Mächte-Regelung der deutschen Frage – vielleicht mit dem Byrnesplan greifbar nahe gewesen – stand (noch) auf der Tagesordnung des Rates der Außenminister, und über sie wurde auch auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 intensiv und ernsthaft beraten.³⁸ Erst mit dem kalten Krieg und seinen Folgen setzten sich dann – in einem Bruch! – jene Entwicklungen als bestimmend durch, die zu den beiden Nachkriegsgesellschaften und Staaten in Gestalt von kapitalistischer BRD und volksdemokratischer DDR führten, war mit den gesellschaftspolitischen Ordnungsprofilen der Übergangsgesellschaften in den ersten Jahren eine zonal übergreifende Zäsur gesetzt worden, über die in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung gerne „hinweggesehen“ und vor-

35 Da die bundesdeutsche Geschichtsschreibung die Potsdamer Beschlüsse üblicherweise als bloße „Formelkompromisse“ abwertet, mißt man ihnen keine große Bedeutung bei. Sie galten aber für alle Besatzungsmächte als grundlegende Handlungsorientierung. So wurden sowjetischerseits Arbeitsprogramme ausgearbeitet, die auf die „schnellstmögliche Umsetzung der in Potsdam gefaßten Beschlüsse“ zielten (Siehe *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948*, Bd. II, S.I.VII). In monatlichen OMGUS-Reports wurde der Stand der Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse penibel analysiert.

36 Sehr ausgeprägt auch bei Jakob Kaiser mit seiner Vorstellung, daß Deutschland nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich als „Brücke zwischen Ost und West“ fungieren solle.

37 Das war nicht erst eine Reaktion auf die „Zwangsvereinigung“, sondern ging dieser voraus.

38 Stalin glaubte offenbar zunächst noch daran, daß es auf der nächsten Beratung zu einer Einigung kommen werde. Die SMAD sprach mit Wilhelm Külz, ob er als Präsident eines solchen Staates zur Verfügung stände.

beigeschrieben wird. So ergab sich daraus eine bestimmte gesellschaftspolitische Perspektive auf die weitere deutsche Nachkriegsgeschichte. Die nachfolgende Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik erscheint dann als „restaurative Neuordnung“ (Wiederherstellung obsoleter oder suspendierter Eigentums- und Dienstverhältnisse, personeller und auch mentaler Kontinuitäten sowie sozialmarktwirtschaftliche und politische Neuordnung) und die der DDR einerseits als gesellschaftspolitische Fortführung, andererseits aber zugleich als Deformierung und Fehlentwicklung. Der kalte Krieg beeinflusste dies entscheidend. Er führte das faktische Ende der Anti-Hitler-Koalition und eine konfrontative Teilung der Welt, insbesondere Europas quer durch Deutschland herbei. Konstellationen, Freund-Feind-Bilder, Prioritäten erfuhren drastische Veränderungen. Auf der einen Seite erfolgte in Abkehr von Potsdam der Übergang von der westalliierten Umgestaltungs-, Reform- und Umerziehungspolitik zur „realpolitisch-pragmatischen“ Politik bloßer Liberalisierung, die auf „law and order“, auf „Verwestlichung“, Westbindung, „freedom and democracy“, Kapitalismus und Marktwirtschaft setzte. Auf der anderen Seite reagierten Moskau/SMAD sowie SED mit stalinistischen Verhärtungen und volksdemokratischen Forcierungen.

Der westalliierte Kurswechsel in der Deutschland- und Besatzungspolitik führte im Westen dazu, daß die Ansätze und Anfänge einer gesellschaftspolitischen Vergangenheitsbewältigung sukzessive „entschärft“ oder aufgegeben und schließlich durch einen völlig anderen Umgang mit der Vergangenheit ersetzt wurden. Die Bodenreform verkam zu einem bloßen Siedlungsprogramm, wodurch vor allem auch die zwangsumgesiedelten Bauern und Landarbeiter leer ausgingen. Man orientierte sie auf die Rückgewinnung ihrer Heimat und finanzierte in der Bundesrepublik Vertriebenenverbände, die die Beziehungen zu Polen und der ČSR schwer belasteten. Die Beschlagnahme und die Entflechtung von Großbanken und Konzernen hatten keinen Bestand, Sozialisierungsgesetze wurden suspendiert und faktisch mit dem Marshallplan blockiert („Speck oder Sozialisierung“³⁹), was den Weg freimachte für die Wiederherstellung einer nur leicht modifizierten Wirtschaftsstruktur mit den alten Besitzverhältnissen und für die sozialmarktwirtschaftliche Regenerierung des Kapitalismus, der dann über das „Wirtschaftswunder“ noch sein von niemandem erwartetes „Goldenes Zeitalter“ erleben sollte. Das wurde aber begleitet von gravierenden Vergangenheitsverdrängungen und -belastungen. Gemäß der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer, nun endlich einen „Schlußstrich“ zu ziehen, wurden fortan die „Ehemaligen“ nicht nur verstärkt integriert, sondern sie wurden – über das „Straffreiheits-“, das „131er“-Gesetz etc. – rehabilitiert und außerdem noch für das „erlittene Unrecht“ entschädigt! Helga Grebing benannte 1989(!) die Kehrseite des bundesrepublikanischen Weges mit den Worten: Insgesamt „ergaben sich personelle Kontinuitäten vom ‚Dritten Reich‘ in die Bundesrepublik in Justiz, Verwaltung, Regierung, Schule und Hochschule, aber auch in den Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sowie in beiden Kirchen regionenweise. Erschüttert steht man

39 Kleßmann, Staatsgründung, S.110.

heute noch vor der Tatsache, daß 1939 jeder vierte deutsche Diakon Mitglied der NSDAP war und daß jene Theologen, die Diakone als Aufseher ins KZ schickten und getaufte Juden aus der christlichen Gemeinschaft ausschlossen, nach 1945 wieder hohe Ämter bekleiden konnten.⁴⁰ „Das Fortwirken der alten Nationalsozialisten“, stellte Karl Jaspers schon vorher rückblickend fest, „ist ein Grundgeborenen der inneren Verfassung der Bundesrepublik.“⁴¹ Auch bei der Wiederbewaffnung setzte sich diese Kontinuitätslinie fort, und Pläne für eine „Militärreform“ blieben weitgehend auf der Strecke. Man knüpfte an die Traditionen der „ehrenhaften“ Wehrmacht an und fühlte sich „im Geiste unbesiegt“⁴², was sich auch in der Benennung von Kasernen selbst nach solchen ausgewiesenen Nazi-Generalen wie Eduard Dietl unübersehbar niederschlug. In der Trivalliteratur überschwemmten „Landser“hefte den Markt, die den „ehrichen, tapferen und unbescholtenen“ deutschen Soldaten im Krieg zum Gegenstand hatten.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus blieb in der Bundesrepublik weitgehend aus, und im geistigen Leben bzw. speziell in der Literatur setzte sich letztendlich, über einige Ansätze neuer Geisteshaltung (Gruppe 47) hinweg, eine frappierende „Kontinuität des restaurativen Denkens und Schreibens von 1930 bis 1960 (durch), für die das Jahr 1945 keine entscheidende Zäsur darstellt“.⁴³

Und wie sich zeigte, war es nun keineswegs so, daß das Gros dieser alten Eliten im Zuge der Anpassungen an parlamentarische Demokratie, Liberalisierung, „Verwestlichung“ und Westbindung sich völlig gewandelt, alte Denkweisen preisgegeben und die neuen verinnerlicht hätte. Kritische Beobachter konstatierten denn auch „größtes Mißtrauen und innerliche Ablehnung“ gegenüber der implantierten Regierungsform.⁴⁴ Man empfand sich in der Nachfolge des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches, das in den „Grenzen von 1937“ wiederhergestellt werden sollte, in einer durch den „Betriebsunfall Adolf Hitler“ und die „Niederlage“ unterbrochenen und durch „Verwestlichung“ gewandelten und angepaßten, aber nun fortzuführen- den Kontinuität, die sich ohne Trauerarbeit vom NS, aber auch vom „Verrat“ der Hitlergegner und zunehmend ebenso von denen abgrenzte, die Nazi-Deutschland „verlassen hatten“, wie es nicht zuletzt Thomas Mann und auch Marlene Dietrich erfahren mußten. Den 8. Mai 1945 sah man im breiten Konsens nicht als Tag der Befreiung, die ungenügenden Anstrengungen zur Ahndung von NS-Verbrechen nicht als Manko. Bei näherem Hinblicken wurde deutlich, daß hinter und unter dem freiheitlich-demokratischen Image der offiziellen Bundesrepublik und des öffentli-

40 Helga Grebing: Demokratie ohne Demokraten? Politisches Denken, Einstellungen und Mentalitäten in der Nachkriegszeit, in: Wie neu war der Neubeginn? Zum deutschen Kontinuitätsproblem nach 1945 (Erlanger Forschungen, Bd. 50), Erlangen 1989, S.12.

41 Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1967, S.183.

42 Siehe Jens Scholten: Offiziere: Im Geiste unbesiegt, in: Norbert Frei: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt/Main-New York, 22002, S.131-179.

43 Wolfgang Emmerich: Kultureller Neubeginn der Westzonen – das alliierte Programm der „Re-education“, in: Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik im Vergleich, Stuttgart 1983, S.541.

44 Jarausch, Umkehr, S.182.

chen Lebens, und zum Teil im unübersehbaren Widerspruch dazu, noch ein anderes, tradiertes Deutschland existierte, das weit in die neue politische Klasse hinein reichte. Das war auch der Geist, der weithin an den westdeutschen Stammtischen und in vielen Familien herrschte.

Anders interpretiert, als es der Verfasser meint, bekräftigt das auch Hans Peter Schwarz: „Dennoch: so stark sich auch die Westzonen und die Bundesrepublik inzwischen verändert hatten, repräsentierte der deutsche Westen doch die Kontinuität von Kapitalverhältnis und Konkurrenzökonomie; jedenfalls waren [...] ideengeschichtlich, soziologisch, ökonomisch, verfassungsrechtlich, mentalitätsgeschichtlich die Kontinuitäten zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik doch sehr ausgeprägt, während im kommunistischen Herrschaftsbereich ein sehr viel radikalerer Traditionsbruch als im deutschen Westen erfolgte.“⁴⁵ Oder aus der anderen Sichtweise Hermann Glaser: „Die ‚verordnete Demokratie‘ mit dem Purgatorium der Entnazifizierung war fragwürdig; aber es fehlte auch die innere Bereitschaft der Deutschen, umzudenken und sich von ihrer Vergangenheit zu lösen. Die Unfähigkeit zu trauern, wurde mit Überheblichkeit kompensiert.“⁴⁶ So gesehen erscheint es fraglich, ob die Kritik an einer verfehlten Entnazifizierung nur „eine Legende“ ist und man so einfach eine gelungene Integration der „Ehemaligen“ behaupten kann.⁴⁷ Dagegen spricht eigentlich auch der von Jarusch analysierte bundesrepublikanische Weg langer und mühsamer „(west)deutscher Wandlungen“ über viele Jahrzehnte – das bedeutete doch auch immer behaftet mit noch nicht Gewandeltem, mit den einflußreichen Faschismusförderern, Rüstungs-, Arisierung- und Kriegsprofiteuren und den vielen nicht bestrafte[n] Nazi- und Kriegsverbrechern, den Recht sprechenden Kriegsgerichtspräsidenten etc. Inmitten der sich mühsam herausbildenden bundesrepublikanischen „Zivilgesellschaft“ wimmelte es also jahrzehntelang – bis zur sukzessiven „biologischen“ Lösung – teils von unerkannten und ihre Verstrickungen leugnenden Tätern und Vordenkern von NS, wie in der Historikerzunft, von teils unbestraften und in der Regel keineswegs reuigen Tätern. Und dies muß doch wohl als eine Gefährdung oder zumindest starke Beeinträchtigung und Beschädigung des Projekts „Zivilgesellschaft“ eingeschätzt werden, und es relativiert den bundesrepublikanischen Erfolgsweg deutlich. Außerdem war das Ergebnis der Wandlungen, wie sie sich am Ende des vorigen Jahrhunderts als mehr oder weniger vollzogen darstellten, nicht vorprogrammiert und zwangsläufig, und es hätte in vielem auch anders und schlechter kommen können – so z. B., wenn der alarmierende Griff der damaligen Bundesregierung nach der Atommacht 1958 von Erfolg gekrönt und damit ein Bedrohungspotential gegen Polen zur Durchsetzung der territorialen Forderungen aufgebaut worden wäre. Daß das scheiterte, hatte nicht nur etwas mit der Anti-Atomtodbewegung zu tun, sondern wahrscheinlich mehr noch mit der auf Friedens-

45 Hans-Peter Schwarz: Der Ort der Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, Opladen 1996, S.51.

46 Hermann Glaser: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948, München-Wien 1985, S.142.

47 Siehe Klaus-Dieter Henke: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945, in: Westdeutschland 1945-1955, München 1986, S.132; Jarusch, Umkehr, S.75.

sicherung ausgerichteten Politik von UdSSR und auch DDR bzw. US-amerikanischen Reaktionen. Es bedurfte der „antirestaurativen“ Protestbewegung und der „kulturrevolutionären Aufbrüche“ der 68er-Bewegung, um den „Abbau autoritärer Strukturen, die Verbreitung emanzipierter Lebensformen und einen Zuwachs an Partizipation, die die westdeutsche Kultur tiefgreifend veränderten“,⁴⁸ zu ermöglichen. Dies könnte man zusammen mit sozialliberaler Koalition und neuer Ostpolitik auch als eine Art Neugründung der BRD interpretieren. Es erfolgte ein Durchbruch dahingehend, Belastete wie Hans Filbinger etc. zur Rechenschaft zu ziehen, der „Schuld der Väter“ nachzugehen und sich davon zu distanzieren, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, insbesondere den Verlust der Ostgebiete zu akzeptieren. 1985 rang sich das offizielle Bonn doch noch dazu durch, einen Perspektivwechsel in Hinblick auf den 8. Mai 1945 zu vollziehen und diesen Tag auch und vor allem in den Kontext der Befreiung von der nazistischen Diktatur zu stellen. Das alles war allerdings nicht schon vorher bereits eindeutig zu prognostizieren. Anderes ließ noch länger auf sich warten. Erst der „Aufstand der Enkel“⁴⁹ auf dem Frankfurter Historiker-Tag 1998 durchbrach schließlich die Mauern der heuchlerischen Reputation, die um das Wirken der Disziplin und ihre NS-Verstrickungen errichtet worden waren.⁵⁰ Die „Wehrmachtsausstellung“ war gar erst zu Ende des Jahrhunderts möglich.

In der SBZ/DDR erfolgte auf andere Art ein Kontinuitätsbruch, nämlich dadurch, daß es nicht gelang, die SBZ-Gesellschaft, die eine pluralistische Gesellschaft eines „Dritten Weges“, auch in ihrem geistigen Profil, verkörperte, gemäß den verschiedenartigen Voten von SED, CDU und LDPD demokratisch auszubauen und sie im Sinne eines demokratischen Sozialismus zu gestalten. Dazu hätte es eigentlich nur noch einer Vergenossenschaftlichung in der Landwirtschaft auf freiwilliger Grundlage bedurft, aber das konnte die SED-Führung – befangen in ihrem ideologisch verengtem Sozialismusbild – nicht erkennen.

Die im Zuge des kalten Krieges erfolgenden sowjetischen Positionsverhärtungen, dogmatischen Verengungen und forcierten Stalinisierungen, die von der SED mit dem Übergang zur „Partei neuen Typus“ unter Bruch ihrer Gründungsdokumente und bei Zurücknahme des „besonderen deutschen Weges“ zugunsten alter sektiererischer KPD-Positionen mit vollzogen wurden, führten zu der „realdemokratisch“ firmierten SED-Diktatur und zur grundsätzlichen Orientierung auf das „sowjetische Modell“ mit seinen ineffektiven zentralverwaltungswirtschaftlichen Funktionsmechanismen. Die alternative Übergangsgesellschaft wurde dadurch zwar nicht aufgehoben, erlitt aber schwere Belastungen und Deformierungen. Sie blieb jedoch dem

48 Jarausch, Umkehr, S.217.

49 Siehe Volker Ulrich: Späte Reue der Zunft. Endlich arbeiten die deutschen Historiker die braune Vergangenheit ihres Faches auf, in: Die Zeit, Nr. 39, 17.9.1998, S.53.

50 Siehe Peter Schöttler (Hrsg.):Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt/Main 1997; Götz Aly: Macht-Geist-Wahl. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997; Willi Oberkrome: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945, Göttingen 1993.

Ziel, dafür zu sorgen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, und anderen antifaschistisch-humanistischen Zielen und Wertorientierungen verpflichtet. Mit dem Vertrag zwischen der DDR und Polen über die Oder-Neiße-Grenze wurde ein zukunftsweisendes Zeichen gesetzt. Aber der „Realsozialismus“ scheiterte schließlich dennoch, letztlich an seinen historischen Bedingungen, an seinen Gebrechen und seiner Reformunfähigkeit.

Beim abschließenden Blick zurück zu den Ausgangskonstellationen muß sicher die Frage offenbleiben, ob sich mit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der gesellschaftspolitischen „Dritte Wege“-Profilierungen und -Orientierungen auf dem Wege zur Errichtung eines entmilitarisierten und neutralisierten Deutschlands und im Zuge einer friedensvertraglichen Regelung Perspektiven für eine günstigere Nachkriegsentwicklung ergeben hätten. Diese wäre doch wohl nur unter Vermeidung des kalten Krieges und im Rahmen anderer gesamteuropäischer Wege möglich gewesen.

Die Sammlung der sozialdemokratischen Emigration in Frankreich 1944/45 und ihre Stellung zur Bewegung „Freies Deutschland“

Heinz Niemann

Genosse Dr. Ernst Hirschberg (er war seit der Flucht des Unmittelbar nach dem Rückzug der faschistischen deutschen Wehrmacht aus dem Süden Frankreichs fand sich im August/September 1944 ein erstes Dutzend deutscher Sozialdemokraten, die die Besetzung teils illegal, teils als aktive Kämpfer der Résistance oder interniert überlebt hatten, in Toulouse zu einem informellen Studienkreis zusammen. In dieser allmählich anwachsenden „Gruppe deutscher Sozialisten in Frankreich“ wollten die ehemaligen sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder Grundfragen der zukünftigen Politik der Arbeiterbewegung aus der Sicht ihrer unterschiedlichen Erfahrungen diskutieren, ohne daß sie sich anmaßen wollten, „den Willen der Partei zu definieren oder zu repräsentieren und die Entwicklung zu präjudizieren, welche die Partei in dem befreiten Vaterland nehmen wird.“¹ Diese bewußte Bescheidung in grundsätzlichen politischen Fragen veranlaßte aber die Initiatoren nicht, sich der aktiven Mitarbeit im Komitee „Freies Deutschland“ für den Westen* (KFDW), das sich im Herbst 1943 konstituiert hatte, zu verschließen. Ebenso wenig waren sie gewillt, auf eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Programmatik des in der Sowjetunion im Juli 1943 gegründeten Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD), an der das KFDW inhaltlich orientiert war, zu verzichten und eigene prinzipielle Standpunkte zu formulieren. Während dies in der „Toulouser Gruppe“ zwar von Anfang an durch differenzierte, aber insgesamt zustimmende Diskussionen erfolgte, kam es bald zu gravierenden Differenzen mit einer zweiten Gruppierung der SPD, der „Pariser Gruppe“. Mit der Leitung dieser Gruppe kam es im Oktober 1944 sofort zu ersten Streitigkeiten, als im Auftrag der Toulouser Organisation der führende SPD-Exilvorstandes und dessen bisherigen Beaufragten Fritz Heine im Mai 1940 nach Großbritannien dessen offizieller Vertre-

* Die in den Quellen oft unterschiedlichen Benennungen und Abkürzungen beziehen sich stets auf das „Komitee Freies Deutschland für den Westen“ (KFDW), manchmal auch als „Bewegung freies Deutschland für den Westen“ (BFDW) bezeichnet. Die französische Bezeichnung für das Komitee lautete Comité „Allemagne Libre“ pour l'Ouest, abgekürzt CALPO.

1 Bericht über die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in Frankreich seit der Liberation an die für den 21.1.1945 einberufene Funktionärskonferenz, Archiv der sozialen Demokratie (AsD), Bonn, Emigration Sopade, Mappe 124. Der Bericht stammte von Dr. Ernst Hirschberg, offizieller Vertreter der SOPADE für Frankreich seit der Flucht des Exilvorstandes im Mai 1940 nach Großbritannien. Doubles der zitierten Dokumente befinden sich in den Mappen 54 (Hirschberg) und 124 (Markscheffel). Siehe auch Ludwig Eiber: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die „Union sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ 1941–1946. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1998, (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 19), S. XCV, 692.

ter für ganz Frankreich und bis dahin in Marseille im Untergrund aktiv) nach Paris ging, um die Anerkennung als Vertretung der sozialdemokratischen Partei bei der französischen Bruderpartei (SFIO) zu erlangen, Verbindung zur US-Armee aufzunehmen und sich umfassender über die Tätigkeit des KFDW zu informieren. Die aus 7 Mitgliedern bestehende „Leitung“ der Pariser Gruppe beanspruchte ihrerseits die Repräsentation für die ganze SPD-Landesgruppe Frankreich. In dieser Situation berief sich Hirschberg, der bereits im Süden Frankreichs aktiv im KFDW mitarbeitete, auf sein vom Exilvorstand 1940 erteiltes Mandat als Vertreter der SOPADE, woraufhin ihm vom Sprecher der Pariser Gruppe, Julius Grünstein, (der über beträchtliche persönliche Geldmittel verfügte) zwar ein Büro zu Verfügung gestellt wurde, zugleich jedoch alles getan wurde, um die Anerkennung der Toulouser Gruppe Deutscher Sozialisten durch die SFIO zu verhindern. Die Pariser Führungsgruppe unter Günter Markschffel, Julius Grünstein, Max Lippmann u. a. versuchte nun ihrerseits, die Toulouser Sozialdemokraten ihrer Leitung zu unterstellen und Hirschberg auf ihre Seite zu ziehen. Zu diesem Zweck sollte ein „Aktionsausschuß“ konstituiert werden, dem zwei bis drei Vertreter aus dem Süden angehören sollten. Im Verlaufe eines scheinbar zufälligen Zusammentreffens der Angehörigen der Pariser Führungsgruppe am 11. Dezember 1944 in der Wohnung von Hirschberg informierte Lippmann plötzlich darüber, daß er nunmehr über entsprechende Publikationen und Verlautbarungen des Londoner Parteivorstandes verfüge, in denen die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft von Sozialdemokraten im KFDW ausgedrückt sei. Der ehemalige Vorsitzende des Verbandes Sozialistischer Studenten, Kurt Berlowitz, der erklärte, daß die Toulouser Gruppe Deutscher Sozialisten offenbar unfähig sei, „sich gegen die Beeinflussung durch das KFD zur Wehr zu setzen, schlug in dieser Situation vor, daß sich die anwesenden Genossen als „Aktionsausschuß“ konstituieren und sich als Leitung der nächsten Mitgliederversammlung vorstellen sollten.“² Dort sollte die von Lippmann mitgeteilte Stellungnahme der Londoner Restgruppe des Parteivorstandes den Genossen im Lande als verbindlich für die eigene Haltung zum KFDW übermittelt werden. Beide Vorschläge wurden gegen heftige Proteste von Hirschberg und Julien Steiner „in einem unbeschreiblichen Tohuwabohu angenommen“.³ Hirschberg, der sich weigerte, seine Verbindungen zum KFDW aufzukündigen, legte nach vergeblichen Versuchen, aus London von Erich Ollenhauer und Hans Vogel eine positive Stellungnahme zum KFDW bzw. zum NKFD zu bekommen, seine Funktion als Vertrauensmann der SOPADE nieder, womit er allerdings nur seiner Abberufung zuvorkam. Der selbsternannte Aktionsausschuß präsentierte sich daraufhin bereits am 12. Dezember 1944 der Pariser Mitgliederversammlung als neue provisorische Leitung der sich nun „SPD-Landesgruppe Frankreich“ nennende Organisation, und diese wurde der SFIO sogleich als alleinige Repräsentation der SPD in Frankreich vorgestellt. Damit war die sozialdemokratische Emigrantenorga-

2 AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

3 Ebenda.

nisation noch vor dem Versuch der organisatorischen Vereinheitlichung wegen der unterschiedlichen Haltung zum KFDW in zwei Gruppierungen zerfallen.

Die führenden Genossen der Toulouser Gruppe gingen nun zielgerichtet daran, ihre programmatische und organisatorische Basis zu festigen, da die „durch den Beitritt einiger Genossen in das KFD entfachte Programmdiskussion nicht abgerissen“ war. „Ihr Abschluß ist durch das verständnislose oder böswillige Verhalten einiger Mitglieder der Pariser Gruppe verzögert worden“, hieß es in dem Bericht an die für den 21. Januar 1945 einberufene Toulouser Funktionärskonferenz.⁴ Da Hirschberg und der gerade aus dem Aktionsausschuß⁵ ausgeschiedene Julien Steiner und Genossen nicht glauben mochten, daß die Haltung der Pariser Führungsgruppe von fast ausschließlich bisher unbekanntem Personen tatsächlich die politische Unterstützung der Londoner SOPADE hätte, erklärten sie sich die Bevorzugung damit, daß der im November 1944 in Paris als Mitarbeiter der British Labor Division des amerikanischen Geheimdienstes OSS (Office of Strategic Service) aufgetauchte Lippmann eigenwillig ihre Arbeit sabotierte, keines seiner Versprechen erfüllte, „sondern im Gegenteil seine Beziehungen zu uns brauchte, um seine Stellung in seinem ‚Betrieb‘ zu untermauern, und daß er in seinem privaten Interesse darauf ausging, unsere Beziehungen zum PV zu stören und die zum KFD mittels gefälschter Dokumente und bewußt falscher Informationen zu vergiften“.⁶

In der Tat nutzte der engere Führungskreis des Pariser Aktionsausschusses mit Markscheffel (als Sekretär), Grünstein (als Kassierer) und Berlowitz (als Beisitzer) die Beziehungen von Lippmann, um engeren Kontakt zu London zu bekommen und von Vogel und Ollenhauer für sich die Legitimation als einzige anerkannte Führung der „SPD-Landesgruppe Frankreich“ zu erhalten. Insbesondere bemühten sie sich, den Londonern zu begründen, warum der bis dato als SOPADE-Vertrauensmann noch nicht offiziell abberufene Hirschberg dem Aktionsausschuß nicht angehörte. Sie schrieben an Ollenhauer: „Er hat auf Grund unserer Stellungnahme und unserer energischen Zusammenfassung aller Kräfte eine Mitarbeit ‚vorläufig‘ abgelehnt, da er sich als alleiniger Vertreter der SOPADE betrachtet. Wir hatten unsererseits [...] eine Demission‘ verlangt, weil er für uns in seiner Eigenschaft als bezahlter Angestellter des ‚Freien Deutschland‘, wo er sogar öffentlich Thesen vertreten hat, die den unsrigen widersprechen, politisch nicht tragbar ist. Seine Ausschaltung ist von der großen Mehrheit der Genossen und von allen französischen Parteistellen begrüßt worden.“⁷ Damit war auch von ihnen als Kern der Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit der Pariser SPD-Landesgruppe und der sich hauptsächlich auf die Toulouser stützenden Landesgruppe Deutscher Sozialisten klar benannt

4 Ebenda.

5 Diesem Pariser Aktionsausschuß gehörten anfänglich an: Kurt Albert, Kurt Berlowitz, Max Cohen-Reuß, Julius Grünstein, Heinrich Harasin, Max Lippmann, Adolf Ludwig, Günther Markscheffel (als Secrétaire general), Heinrich Mies, Karl Müller-Solingen, Walter Rother, Karl Ruhner und Julien Steiner, der jedoch bereits im Januar 1945 ausschied, als er erkannt hatte, daß er nur aus taktischen Gründen als Alibi-Votreter der Südgruppe fungieren sollte.

6 Bericht über die Entwicklung, AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

7 AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

die unterschiedliche Stellung zum KFDW.

In demselben Schreiben des Pariser Aktionsausschusses war bekräftigend zu lesen: „Einen sehr wichtigen Punkt der vorbereitenden Aussprachen hat unsere Stellungnahme zu der Bewegung „Freies Deutschland“ gebildet, welche in Frankreich auf Grund ihrer großen Aktivität und ihrer unmittelbaren Nähe ‚am Feind‘ einen relativ sehr großen Vorsprung vor unserer eigenen Bewegung besitzt. Eine Anzahl von Parteigenossen sind ihr beigetreten, einzelne sogar als bezahlte Funktionäre. Die oben erwähnten fünf Mitglieder unseres engeren Ausschusses (Comité directeur) stehen dieser Bewegung unbedingt ablehnend gegenüber. Auf ihr Drängen ist intern eine klare Stellungnahme des Aktionsausschusses in dieser Frage erfolgt.“⁸

In einem Schreiben vom 28. Dezember 1944 drängte Markscheffel die Londoner auf seine eigene möglichst rasche und offizielle Anerkennung als SOPADE-Beauftragter, da die KPD an den Aktionsausschuß herangetreten sei, um über ein gemeinsames Programm von KPD und SPD auf der Basis des KFDW zu verhandeln. Außerdem sei es so: „Wenn ahnungslose Genossen, die nach vierjähriger Illegalität wieder auftauchen, mit dem FD (Komitee „Freies Deutschland“ – H.N.) in Berührung geraten – und dies geschieht in 90 von 100 Fällen – weil die Leute eine große Reklame machen – dann wird ihnen dort erklärt, daß der offizielle Vertreter der SOPADE für Frankreich, der Genosse Ernst Hirschberg, ebenfalls mitarbeitet und sogar im Pariser Comité eine leitende Stellung einnimmt. [...] Auf diese Weise sind zahlreiche Genossen zum FD gekommen, arbeiten dort mit, werden bezahlt und machen sich auf Grund beider Tatsachen eine politische Stellungnahme zurecht, die nur auf Schritt und Tritt die Sammlung der Sozialdemokraten erschwert.“⁹

In dieser Auseinandersetzung um die politische Kernfrage antifaschistischer Arbeit in der Endphase des Krieges hatte die Pariser Gruppe eine Reihe praktischer Vorteile:

1. wurde sie von der SOPADE bevorzugt, und Ende 1944 wurde Markscheffel anstelle von Hirschberg zum offiziellen Vertreter des Londoner PV erklärt. Sie erhielt jede mögliche Unterstützung, auch finanzielle, zumal Markscheffel auf Anfrage Ollenhauers diesem erfreut mitteilen konnte, daß einige Konten des Exilvorstandes durch „Camouflage“ (Tarnung) des Direktors der Credit Commercial de France, Agence St. Germain, den Nazis nach der Besetzung von Paris nicht in die Hände

8 Von den um die Jahreswende erfaßten ca. 50 Mitgliedern der Pariser Region waren 6 aktive Mitarbeiter der BFDW. Von den in der Provinz erfaßten 51 Mitgliedern waren 3 offizielle Mitarbeiter im Komitee tätig. Nicht berücksichtigt werden konnten solche Sozialdemokraten, die sich keiner der Emigrantennorganisationen angeschlossen hatten, aber im KFDW mitwirkten. Sein Ansehen beruhte aber nicht auf ‚Reklame‘, sondern auf ihrem aktiven Beitrag als deutsche Antifaschisten im Rahmen der Résistance. Siehe AsD, Emigration Sopade, Mappe 124. Zu den Vizepräsidenten des KFDW gehörten die beiden Sozialdemokraten Karl Hoppe und Dr. Wilhelm Leo. Zur Mitarbeit einzelner Sozialdemokraten in der Bewegung „Freies Deutschland“ siehe auch Gottfried Hamacher u.a.: Gegen Hitler. Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“. Kurzbiografien, Berlin 2005.

9 Brief Markscheffels an Ollenhauer vom 28.12.1944, AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

gefallen waren. Markscheffels Gruppe wurde sofort eine beträchtliche Summe davon zur Verfügung gestellt.

2. hatte sie Unterstützung durch die SFIO und saß im politischen Zentrum Frankreichs, dem nun auch befreiten Paris, und

3. war mit Max Lippmann ein Mitglied des Aktionsausschusses vorhanden, der als Mitarbeiter des US-Geheimdienstes OSS über günstigste Möglichkeiten der Nachrichtenübermittlung, Beschaffung von Genehmigungen, Reisepässen und Geldmitteln verfügte. Über ihn liefen auch wesentlich die Verbindungen zur Londoner PV-Gruppe.

Trotz dieser Vorteile zeugt die Langwierigkeit der politischen Auseinandersetzungen um die Haltung zum KFDW von der Stärke und Überzeugungskraft seiner Politik.¹⁰ Nach eigener Einschätzung von Markscheffel war die „Gründung des A.A. erforderlich (geworden), weil sich im Dezember herausstellte, daß diejenigen Sozialdemokraten, die nun auch in Paris eine ‚Gruppe deutscher Sozialisten‘ gegründet hatten, weder in der deutschen Öffentlichkeit noch in den Bruderparteien eine eindeutige Stellungnahme der deutschen Sozialdemokraten zu den verschiedenen Problemen der Gegenwart entwickeln konnten. Die Gründe dieser Tatsache sind wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die als deutsche Sozialdemokraten bekannten Genossen kurze Zeit nach der Liberation eine aktive Mitarbeit im Comité Freies Deutschland entwickelten [...] Bei Uninformierten war dadurch der Eindruck entstanden, als ob diese Tätigkeit im Einverständnis mit der Parteileitung London stehe [...] Der Aktionsausschuß, dem nur unabhängige Genossen angehören, übernahm es daher, die ideologisch nahestehenden Organisationen über den wahren Sachverhalt zu unterrichten.“¹¹ Die vielbeschworene Prämisse, daß es den Mitgliedern im Lande vorbehalten sein müsse, welche politisch-ideologische Neuorientierung eine neu zu schaffende Partei haben soll, wurde damit ungeniert desavouiert. Massiv wurden die ablehnende Haltung der Londoner SOPADE-Gruppe und der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ zum NKFD propagiert und vielfältige Methoden angewandt, sie in der ganzen sozialdemokratischen Emigration durchzusetzen.

In der Toulouser und Pariser Landesgruppe Deutscher Sozialisten wurden die Vorgänge im Aktionsausschuß zwar widersprüchlich, aber vorwiegend ablehnend zur Kenntnis genommen. Die führenden Funktionäre der Toulouser Gruppe beriefen deshalb zum 21. Januar 1945 eine Funktionärskonferenz nach Toulouse ein, an der von etwa 250 eingeladenen Sozialdemokraten (vor allem aus dem Pariser Raum) infolge plötzlicher mysteriöser Verkehrsbeschränkungen nur 21 Genossen teilnehmen konnten. Markscheffel

10 Zur Haltung der SOPADE und der „Union“ in London zum NKFD siehe Helmut Arndt u.a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917-1945, Berlin 1982, S.462– 467.

11 Der mehrfach auftauchende Hinweis auf die „Bezahlung“ von Mitgliedern war verleumderisch. Es gab Unterhaltsbeihilfen, manchmal kleine Aufwandsentschädigungen auch an Sozialdemokraten aus Beutegeld. Dr. jur. Hirschberg fungierte z. B. als juristischer Berater des KFDW und bekam dafür ein bescheidenes Honorar.

als Beobachter der SPD-Landesgruppe Frankreich berichtete darüber am 3. Februar nach London: „Diese Zusammenkunft war vorbereitet worden, um gegen den ‚Pariser‘ Ausschuß Sturm zu laufen und eine Entschließung für die Mitarbeit in der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ anzunehmen, unter gleichzeitiger Aufrichtung einer ‚Gegenpartei‘.“¹² Vom Verlauf der Konferenz, die durch die vermittelnde und inhaltliche Taktik Markscheffels nach seiner eigenen Einschätzung dieses Ziel nicht erreichte, kündigt eine Entschließung. Sie fußt auf einem zuvor verfaßten Rundschreiben „Sozialdemokratie und CFD (Comité Freies Deutschland), unterschrieben von einigen Sozialdemokraten, die die Mitarbeit im CFD zur Durchsetzung unserer Ideen und zur Stärkung unserer Partei für zweckmäßig halten“. Außerdem existiert von Hirschberg ein „Bericht über die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisation in Frankreich seit der Liberation“ für die Teilnehmer der Toulouser Konferenz am 21. Januar 1945. Die ambivalente, teils zögerliche, teils erwartungsvolle Einstellung, die für viele Sozialdemokraten gegenüber dem KFDW symptomatisch war, durchzieht beide Dokumente. Hirschberg beschrieb seine Position so: „Ich glaube kaum, daß ein ehrlicher Genosse etwas gegen die Haltung der im Freien Deutschland arbeitenden Genossen einwenden kann, daß wir nämlich ein ‚Experiment‘ machen, um festzustellen, ob auf der anderen Seite der ehrliche Wille zur Verständigung und Aktions-einheit vorliegt, und daß wir inzwischen die technischen Möglichkeiten, die dem Freien Deutschland zu Gebote stehen, in unserem Interesse benutzen, da insoweit dies Interesse mit dem der Gesamtheit der deutschen Antifaschisten parallel läuft.“ In dem erwähnten Rundschreiben¹³ gingen die Verfasser davon aus, daß „diese Bewegung große Beachtung findet“ und in der breiten Öffentlichkeit „als sichtbarste Repräsentation eines neuen Deutschland“ gilt. Zahlreiche Genossen seien durch die Résistance in diese Bewegung gekommen, aber es „gibt auch Genossen, die scharf ablehnend gegenüberstehen.“ Die Gründe dieser Ablehnung seien folgende: 1. Diese Bewegung sei von Kommunisten beherrscht, 2. das Programm sei kleinbürgerlich und 3. stünden an der Spitze Generäle der Naziarmee, die den Krieg vorbereitet hatten und sich erst in der Gefangenschaft gegen Hitler wendeten. Das entsprach der pseudolinken Argumentation Ollenhauers in dem Memorandum vom 1. September 1943,¹⁴ welches die Linie der „Union“ bestimmte, seinerzeit aber nicht als offizielles Dokument veröffentlicht worden war. Im Rundschreiben hieß es, daß es „1943 um die raschere Erschütterung der Wehrmacht und die Beeinflussung des deutschen Volkes gegangen“ wäre, es aber unvorstellbar sei, daß die Sowjetunion in diesen Generälen jetzt noch die Repräsentanten eines demokratischen Deutschlands sähe. Mit Bezug auf die Argumentation Ollenhauers gegen die Mitarbeit im NKFD bzw. im KFDW meinten seine Verfasser, daß sie zwar kritische Einwände

12 AsD, Emigration Sopade, Mappe 124, die folgenden Zitate ebenda.

13 Siehe ebenda.

14 Siehe Entwurf Erich Ollenhauers für ein Memorandum über das Nationalkomitee Freies Deutschland, vorgelegt am 1. September 1943, in: Eiber, Sozialdemokratie, S.281-288.

hinsichtlich des Verzichts auf sozialistische Zielstellungen teilten, bei genauer Betrachtung aber zu „entgegengesetzten Schlußfolgerungen“ gekommen seien. Für sie reiche die Zielstellung der Bewegung – freiheitliche demokratische Republik – gegenwärtig völlig aus. Auch eine Verständigung mit den Kommunisten müsse versucht werden, zumal diese sehr flexibel geworden seien und „mehr Konzessionen an ihre (ehemaligen) Gegner gemacht haben, als uns lieb ist.“ Die Schuld für ein Scheitern sollte auf keinen Fall bei der Sozialdemokratie liegen. Die Erfahrungen mit dem KFDW seien vor allem dort gut, wo man aktiv mitgearbeitet habe. „Auf die Erfolge in der Programm- und Generalsfrage ist schon hingewiesen worden. Eine Ausstellung in Toulouse, an der unsere Genossen hervorragenden Anteil durch ihre Mitarbeit hatten, erzielte einen Massenbesuch von 15.000 Personen, die aufgeklärt und beeinflußt wurden. Die Umschulungspläne für die Kriegsgefangenen sind von einem unserer Genossen ausgearbeitet. In anderen Fragen, wie Erziehung, Recht, Verwaltung, Presse und Informationswesen, Rundfunk etc. wird mit Erfolg gearbeitet.“ Des weiteren wurde das Recht irgendwelcher Körperschaften bestritten, für oder gegen solche Mitarbeit zu entscheiden, einschließlich der Londoner PV-Restgruppe. Solche „Beschlüsse“ seien gefährlich für die zukünftige Einheit der Arbeiterbewegung, hieß es abschließend.

In der Entschließung der Toulouser Konferenz vom 21. Januar 1945 wurde nach eingehenden Referaten und sehr ergiebiger Diskussion und – mit Blick auf die Pariser Vorgänge und wegen Markscheffels Intervention – konziliant und vergleichsweise vage formuliert: „Sie (die Konferenz - H.N.) begrüßt die Bemühungen zur organisatorischen Zusammenfassung aller in Frankreich lebenden Sozialisten in einer geschlossenen einheitlichen Partei unter Ablehnung aller Gruppen- und Sektenbildungen. [...] Strittige Fragen sind in wahrhaft demokratischer Weise zu diskutieren und zu entscheiden, Entschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung und Beschlußfassung (müssen) auf breitester Basis getroffen werden. Unter diesen Voraussetzungen kann die Respektierung gefaßter Mehrheitsbeschlüsse von allen verlangt werden.“ Zur politischen Kernfrage hieß es ebenfalls vermittelnd: „Nach allgemeinem Gebrauch empfiehlt die Konferenz in der Programmfrage des ‚Comité Freies Deutschland‘ (CFD), sich auf solche Punkte zu beschränken, die allgemeine Billigung unter den angeschlossenen Gruppen finden können. Es sollte eingesehen werden, daß die Behandlung von weitergehenden Einzelheiten dem freien Wirken der Parteien in einem zukünftigen freien, demokratischen Deutschland überlassen werden kann.“ Dem NKFD wurde eine Überprüfung des organisatorischen Aufbaus entsprechend den sich wandelnden politischen und anderen Erfordernissen empfohlen.¹⁵ Die hinter dieser Kompromißformel versteckte Absicht der Gegner des NKFD erläuterte die Leitung der SPD-Landesgruppe Frankreich in einer ausführlichen Information vom 14. Februar 1945 an die Londoner SOPADE-Gruppe: „Unsere Verbindung zum FD hat den Zweck, brauchbare Genossen nicht für die Partei zu verlieren, vor allem aber einen Einfluß zwecks Umgestaltung dieser hier allgemein als

15 Siehe AsD, Emigration Sopade, Mappe 52.

die Zentrale der deutschen Emigration betrachteten Bewegung anzustreben. [...] Die Verhältnisse in Frankr(eich) liegen ja für uns politische Emigranten völlig anders wie beispielsweise in England oder in (den) USA. [...] Wir waren ausnahmslos ohne Verbindung mit Euch und die gemeinsame Not und der gemeinsame Kampf hat hier bei uns persönlich in vielen Fällen ein ausgesprochen gutes Verhältnis zu den Kommunisten geschaffen. [...] Was das Programm des CFD anbelangt, so haben wir sofort erklärt, daß wir es so nicht akzeptieren können und eine Formulierung verlangen, die allgemeine Billigung finden kann, [...] und durch die jüngste programmatische Erklärung des ‚West-Comites‘ des FD (Calpo = Comité Allemagne Libre pour l'Ouest) ist diese Forderung anerkannt worden. Sie ging größtenteils auf einen Entwurf Steiners zurück. [...] Wir beantragten ferner, das NKFD in Moskau zu veranlassen, als rein politisches Comité hervorzutreten mit Vertretern der politischen Parteien, und den Generälen lediglich die Aufgabe zuzuweisen, an der Zerstörung der Armee mitzuhelfen.“¹⁶ Nach Paris zurückgekehrt, gab Markscheffel die von ihm formal mitgetragenen Positionen unter den Einfluß vor allem von Lippmann und Berlowitz sofort wieder auf und forcierte die Abgrenzungspolitik zum KFDW. In der Sitzung des Aktionsausschusses am 10. Februar wurde die Aufnahme weiterer Mitglieder beschlossen, „die, geistig und materiell unabhängig, sich eindeutig für die Vertretung der politischen Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Union einsetzen. [...] Die Zugehörigkeit zum Aktionsausschuß von Personen, die anderen politischen Organisationen angehören oder ihnen moralisch oder materiell verpflichtet sind, ist abgelehnt worden.“¹⁷ Diese „Feststellungen des Aktionsausschusses“ wurden den in Paris anwesenden Vertretern der Toulouser Gruppe, Ludwig und Kiesel, vorenthalten und erst Ende Februar publik. Die in Toulouse vereinbarte Bildung einer gemeinsamen Exekutive und die Inkraftsetzung eines Statuts wurde dadurch sabotiert, um – wie die Toulouser in einem Rundschreiben erbittert feststellten – „eine Reihe qualifizierter Genossen in Frankreich künstlich auszuschalten mit dem durchsichtigen Hintergedanken, den Aktionsausschuß, der sich ohne Mandat auf eigene Faust in Paris gebildet hat, in seiner bisherigen Zusammensetzung zu konservieren. Aus dieser Sachlage heraus sind wir nun auf Grund der Toulouser Konferenz und der dort gefaßten Beschlüsse dazu übergegangen, im Einklang mit den maßgebenden Genossen in Frankreich an die praktische Aufbauarbeit zu gehen und die Landesexekutive zu bilden.“¹⁸ Auf der Vorschlagsliste mit 19 Kandidaten für die beabsichtigte Wahl dieser Landesexekutive erschienen aus dem Kreis des Pariser Aktionsausschusses nur Ernst Roth, Julien Steiner und Adolf Ludwig. Dieser darin sichtbar werdende tiefe, hauptsächlich politisch bedingte Zwist wurde im Verlaufe des März zumindest oberflächlich beigelegt, da einerseits das KFDW – der Hauptstreitpunkt – seine Arbeit immer

16 Information vom 14. Februar an die SOPADE, AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

17 Ebenda.

18 Ebenda.

mehr einschränken mußte und schließlich durch die französischen Behörden verboten wurde;¹⁹ andererseits wuchs das Bestreben bei der Mehrheit der Sozialdemokraten, zuerst die eigene Partei zu reorganisieren, was ihre Kompromißbereitschaft gegenüber der Londoner Linie vergrößerte. So kam es formell zum Zusammenschluß beider Gruppen zu einer SPD-Landesgruppe. Nur eine kleine linkssozialdemokratische Gruppe blieb selbständig und forderte in einem Schreiben vom 25. März 1945 bei der Londoner „Union“ ihre Anerkennung als Gruppe deutscher Sozialisten innerhalb der SPD, um sich damit bei der SFIO legitimieren zu können, was Hans Vogel mit Verweis auf die Existenz der SPD-Landesgruppe unter Markscheffel ablehnte. Der Pariser Aktionsausschuß konnte auch deshalb seine Position stärken, weil die KPD-Landesleitung daran interessiert war, mit einer einheitlichen Landesorganisation der SPD zu verhandeln, nicht mit einer kleinen Splittergruppe. Deshalb erging von ihr an den Aktionsausschuß das Angebot, in Verhandlungen über das weitere gemeinsame Vorgehen einzutreten.

Die KPD-Vertreter Walter Hähnel, Richard Gladewitz und Fritz Nickolay ließen sich davon leiten, daß die erfolgreiche Fortsetzung der Politik eines breiten antifaschistischen Bündnisses nach dem Modell des NKFD im befreiten Deutschland vor allem von den einheitlich handelnden Arbeiterparteien abhängen würde. Da der Hauptwiderstand dagegen aus dem Kreis des Aktionsausschusses kam, schien es taktisch klug, die beiden Flügel der sozialdemokratischen Emigration auf diese Weise zusammenzubringen. So wandten sie sich in einem Schreiben vom 22. Februar 1945 an den Leiter der SPD-Landesgruppe, Walter Rother, in welchem es nach einem historischen Resümee der Folgen der Spaltung seit 1933 und den Beispielen einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Widerstand abschließend hieß: „Wir glauben und sind der Überzeugung, daß es für einen Sozialdemokraten keinen Grund mehr geben kann, die Einheit mit den Kommunisten abzulehnen. Vor uns, als Vertreter der Arbeiterparteien, stehen gewaltige Aufgaben, die eine sofortige Erfüllung erfordern. Es sind dies Fragen des Einsatzes unserer Kräfte in Deutschland zur Verstärkung der Widerstandsbewegung und die Vorbereitung unserer Parteikader für die zukünftigen Aufgaben in Deutschland.“²⁰ Im Auftrag des Aktionsausschusses antwortete Markscheffel am 25. Februar und schlug ein Treffen von je 3 Vertretern beider Seiten unter Hinzuziehung eines Vertreters der zentralen Parteinstanzen vor. Diese Beratung fand am 16. März statt. Seitens der SPD-Landesgruppe nahmen als Vorsitzender der Landesgruppe Karl Rother und Max Cohen-Reuß, Günter Markscheffel und Karl Müller, von der KPD Walter Hähnel, Richard Gladewitz und Fritz Nickolay teil. Weitere Beratungen fanden am 19. und 27. April sowie – nach den bisherigen Unterlagen – eine letzte am 3. Mai 1945 statt. Während die erste Beratung noch konstruktive Elemente hatte und der Entwurf eines gemeinsamen Aufrufes verabschiedet wurde (wenn auch mit der Maßgabe, ihn erst nach Ratifizierung

19 So wurde Anfang März die Regionalorganisation des KFDW in Marseille polizeilich aufgelöst und das Aktenmaterial beschlagnahmt.

20 Bericht über eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der SPD und der KPD am 16. Februar 1945 von G. Markscheffel an SOPADE, AsD, Emigration Sopade, Mappe 124.

durch die Londoner SOPADE und das ZK der KPD zu veröffentlichen), wurde in den folgenden Sitzungen die Weisung von Ollenhauer und Vogel, alle Verhandlungen abzubrechen, immer spürbarer. Obwohl dies von großen Teilen der Mitgliedschaft der SPD-Landesgruppe mißbilligt wurde, wuchs die Dominanz der politischen Positionen der Londoner, die bestrebt waren, sich wieder als einzig legitimer Parteivorstand zu etablieren. Dem ordnete sich die Mehrheit des Aktionsausschusses zunehmend unter. So beschloß eine Mitgliederversammlung am 26. Juni zwar die Fortführung gemeinsamer Diskussionen zu den Aufgaben der Arbeiterbewegung, aber substanzielle Fortschritte gab es nicht mehr. Der Kern jenes Gedanken von Gladewitz, den er gegen Vorbehalte der Sozialdemokraten zur Einbeziehung von Hitler-Offizieren, in der Beratung am 16. März vorbrachte, daß es schließlich „von den Arbeiterparteien abhängen werde, ob die Generäle später einmal irgendwelche Auswirkungen auf die Politik in Deutschland haben“ würden,²¹ wurde in seiner historischen Dimension für den ganzen Verlauf der Entwicklung in Nachkriegsdeutschland von den auf die Londoner Linie eingeschworenen Sozialdemokraten überhaupt nicht erkannt. Mit der ablehnenden Beurteilung der Kapitulationsbedingungen (gegen bekannt gewordene Gebietsabtrennungen und die Höhe der Reparationen sowie bezüglich der Schuldfraße) blieben alle Bemühungen der Kommunisten, zu praktischer Zusammenarbeit zu kommen, erfolglos. Zu viele Sozialdemokraten erkannten nicht den demagogischen Charakter der vorgeblich „sozialistischen Kritik“ der Londoner an der bewußt auf ein breites Bündnis aller antifaschistischen, bürgerlich-demokratischen und sogar national-konservativen Kräfte orientierten Politik der Moskauer. Auch unter den günstigeren Bedingungen im befreiten Frankreich scheiterten die Bemühungen der noch nicht unter der völligen Kontrolle der aus Moskau kommenden Führungsgruppe der KPD stehenden, klug und flexibel agierenden Kommunisten an der in der Sozialdemokratie vorherrschenden Beschränktheit ihres antifaschistischen Verständnisses und gefühlsmäßig sozialistischen Engagements. Der dadurch wesentlich mitbedingte Mißerfolg der kommunistischen Westemigranten begünstigte andererseits die sich ankündigende sektiererische Einengung des NKFD, das sich bereits im November 1945 auflöste.²² In den westlichen Besatzungszonen verhinderte die Haltung der von Kurt Schumacher mit Unterstützung der SOPADE reorganisierten SPD, eine

21 Ebenda.

22 Die politischen Potenzen der Bewegung Freies Deutschland für den Westen wurden seitens der Moskauer ausschließlich aus der Sicht der Rolle der Wehrmacht gesehen, die mit der bedingungslosen Kapitulation und Besetzung Deutschlands hinfällig war. Allein die Orientierung auf eine weitreichende Bodenreform, die die vollständige Enteignung des Großgrundbesitzes bedeutete, hätte mit den beteiligten Offizieren aus Junkerkreisen einen differenzierten Umgang erfordert. Siehe dazu Günter Benser: Zur Auflösung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1990, H. 10, S.907-914. Siehe auch Peter Erlor/Horst Laude/Manfred Wilke: „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

Zusammenarbeit sowohl mit kommunistischen als auch mit linkssozialistischen Kräften auf der Grundlage des NKFD-Konzeptes im Interesse eines breiten antifaschistischen Bündnisses für eine tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltung.

Wer nicht davon ausgeht, am „Ende der Geschichte“ angekommen zu sein, für den zählt das Sammeln und das wieder Lesen historischer sozialistischer Literatur sicher zu den interessantesten und aufregendsten intellektuellen Abenteuern. Allerdings wird der Suchende schnell mit der Tatsache konfrontiert werden, dass das Angebot immer beschränkter und die Preise für den Erwerb immer höher werden. Raritäten haben natürlich einerseits ihren Preis, andererseits hütet sie der, der sie besitzt, naturgemäß wie eine Kostbarkeit. Somit sind sie für Interessenten nicht zugänglich, wenn sie nicht gar überhaupt verschwunden sind. Die Büchervernichtung der Nazis hatte ebenso wie die Säuberungswellen der Stalinisten und deren Produktion von „Unpersonen“ katastrophale Auswirkungen. Die Warnung Heinrich Heines, dass, wenn Bücher brennen, auch Menschen brennen, scheint ungehört verhallt zu sein. Aber schon Orwell und Bradbury haben gewusst, dass es in puncto Literatur nie vollständig gelingen wird, tabula rasa zu machen. Auch das motiviert unsere Absicht, vorerst kleinere, mitunter kaum noch existierende Schriften wieder zugänglich zu machen, und das in möglichst detailgetreuer Wiedergabe, weil auch die Ästhetik der früheren Gestaltung berücksichtigt werden soll. Konzentrieren wollen wir uns auf die rätekommunistischen und libertären Traditionen, aber auch auf Schriften Trotzki und seiner Anhänger, und das vor allem deshalb, weil sich seine Warnungen als berechtigt und wahr erwiesen haben.

Wir meinen, dass von guten Reprints eine doppelte Faszination ausgehen muss: Originäres Denken in einer Aufmachung, die Geschichte erlebbar macht!

- Heft 1 Oskar Fischer, Leninismus oder Stalinismus? Prag 1936
(Thematisiert die Schuld Stalins an die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung)
- Heft 2 Adolf Warski, Rosa Luxemburgs Stellung zu taktischen Problemen der Revolution, Hamburg 1922 (Unabdingbar für die Entstehungsgeschichte von Rosas „Die russische Revolution“)

Für Hinweise und Anregungen sind wir nicht nur dankbar,
wir erwarten sie!

Rotes Antiquariat · Rungestraße 20 · 10179 Berlin · Tel.: 030 275 93 500

Andreu Nin und die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) 1921–1928. Eine Skizze

Reiner Tosstorff

Die Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI) wurde 1921 gegründet, um die Anhänger der Oktoberrevolution in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu sammeln. Die ursprüngliche Hoffnung der Bolschewiki, in großem Umfang Gewerkschaften für die unmittelbare Mitgliedschaft in der Kommunistischen Internationale – nach dem Vorbild der I. Internationale, der die unterschiedlichsten Arbeiterorganisationen angehörten – zu gewinnen, hatte sich als Illusion erwiesen.¹ Zum Teil lag dies an der weitgehenden Dominanz der Sozialdemokraten über die internationale Gewerkschaftsbewegung. Sie leiteten nicht nur die meisten nationalen Gewerkschaftsbünde, sondern auch deren internationalen Zusammenschluß, den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB).²

Doch auch aus einer anderen Ecke war Widerstand gekommen. Die revolutionären Syndikalisten, die schon vor dem Ersten Weltkrieg dem gewerkschaftlichen Reformismus der sozialdemokratischen Politiker den Kampf angesagt hatten, solidarisierten sich mit der Oktoberrevolution, da sie die Bolschewiki trotz ihrer Vorbehalte gegen den Marxismus für „Revolutionäre der Tat“ ansahen.³ Sie waren einflußreich vor allem in Südeuropa und Lateinamerika, waren aber auch für Nordamerika (Industrial Workers of the World) nicht unwichtig und verfügten selbst in der Nachkriegskrise Deutschlands in Gestalt der Unionen über mancherorts schlagkräftige Organisationen. Sie wollten sich zwar mit den Bolschewiki verbünden, lehnten aber eine „politische“ Zusammenarbeit in einer Parteien-Internationale ab.

So ergab sich zwischen Sommer 1920 und Sommer 1921 die Gründung der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) als einer von der Kommunistischen Internationale unabhängigen Organisation, in der revolutionäre Syndikalisten und

1 Ausführlich zur RGI siehe Reiner Tosstorff: Profintern: Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920-1937, Paderborn 2004. Von Nin selbst gibt es eine Darstellung der RGI in seinem zuerst 1933 in Madrid erschienenen Buch „Las organizaciones obreras internacionales“, Barcelona 1978, S.75-88, 119-183, 207-219.

2 Nachdem die Geschichte des IGB lange von internationalen Gewerkschaftssekretären – z. B. Edo Fimmen, Johannes Sassenbach, Walter Schevenels, Hans Gottfurcht – geschrieben worden ist, liegt jetzt mit den Arbeiten von Geert van Goethem eine wissenschaftliche Darstellung vor. Siehe seinen Beitrag in Anthony Carew u.a.: The International Confederation of Free Trade Unions, Bern u.a. 2000, S.73-163; De Internationale van Amsterdam. De Wereld van het International Vakverbond 1913-1945 [Die Internationale von Amsterdam. Die Welt des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1913-1945], Antwerpen 2003. Einen kurzen Überblick auf deutsch siehe Reiner Tosstorff: Kurze Geschichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 85 Jahre Amsterdamer Internationale, Hamburg 2004.

3 Zum syndikalistischen Internationalismus siehe – neben den entsprechenden Abschnitten in Tosstorff, Profintern – vor allem Wayne Thorpe: The Workers Themselves. Revolutionary Syndicalism and International Labour, 1913-1923, Dordrecht 1989.

Kommunisten zusammenarbeiteten. Die RGI stand von vornherein in dem Dilemma, einerseits eine internationale „Spaltung“ – gegenüber dem IGB – darzustellen, aber andererseits soweit wie möglich für eine Mitarbeit in den Massengewerkschaften einzutreten, auch wenn diese reformistisch dominiert und dem IGB angeschlossen waren.

Doch diese Politik gegenüber den Syndikalisten erwies sich langfristig als äußerst vorteilhaft. Denn sehr viele von ihnen schlossen sich sehr schnell durch diesen Umweg über die RGI den kommunistischen Parteien ihrer Länder an, die zunächst weitgehend aus der Sozialdemokratie heraus entstanden waren. Ohne diesen Gewinn an erfahrenen Arbeiteraktivisten hätten viele Parteien schwerlich Einfluß gewinnen können. (Allerdings stellten sich auch nicht wenige Syndikalisten sehr schnell gegen diesen „politischen“ Weg und gründeten – unter anarchistischem Einfluß – Ende 1922 eine eigene, nunmehr anarchosyndikalistische Gewerkschaftsinternationale, die Internationale Arbeiter-Assoziation, die aber vergleichsweise einflußlos bleiben sollte.)

Der bedeutendste Repräsentant der prokommunistischen Strömung unter den Syndikalisten, der in der RGI eine herausragende Rolle spielte, war der Katalane Andreu Nin (1892–1937), der als Vertreter der einflußreicheren der beiden spanischen Gewerkschaftszentralen, der syndikalistischen Confederación Nacional del Trabajo (Nationale Arbeitsgewerkschaft, CNT), im Jahre 1921 nach Moskau gekommen war und dort bis 1928 in der Führung der RGI wirkte. Heute ist er eher durch seine Rolle als Führer der antistalinistisch-kommunistischen Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit, POUM) während des Spanischen Bürgerkriegs und wegen seiner Ermordung durch den sowjetischen Geheimdienst bekannt.⁴ Nin war Stellvertreter des Generalsekretärs Alexander Lozovskij, der – eine Besonderheit in der Geschichte der kommunistischen Bewegung – diese Funktion während der ganzen Existenz der RGI von 1921 bis 1937 ausübte.⁵ Auch Nins Führungsfunktion dauerte mit acht Jahren vergleichsweise lange, wenn man an die vielen Personenwechsel zur gleichen Zeit in der Kommunistischen Internationale denkt. Vielleicht drückt dies aus, daß die RGI, so wichtig sie im einzelnen auch für die Geschichte des internationalen Kommunismus war, gegenüber der Komintern doch nur eine Hilfsfunktion ausübte und somit bei

4 Siehe dazu Manfred Behrend: Zur Geschichte der POUM, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2005/I, S.35-45.

5 Alexander Lozovskij (Solomon Abramovič Dridzo), 1878-1952, wird heute vor allem im Zusammenhang mit seiner Ermordung als Führer des Jüdischen Antifaschistischen Komitees im Auftrage Stalins genannt. Er hatte sich nach 1900 den Bolschewiki angeschlossen, war dann aber im französischen Exil in Konflikt mit der Linie Lenins geraten und hatte sich zeitweise ganz auf die Tätigkeit in der französischen Gewerkschaftsbewegung konzentriert. Dadurch machte er eine enge Bekanntschaft mit dem Syndikalismus. Nach 1917 wieder in Rußland, übernahm er Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung, war 1918/19 erneut aus der bolschewistischen Partei ausgeschlossen, um dann nach seiner Rückkehr in die Partei wieder Funktionen in der Gewerkschaftsbewegung auszuüben. Seine internationalen Erfahrungen brachten es dann mit sich, daß er die Führung der neuen Gewerkschaftsinternationale übernahm. Lozovskij, der sich als linientreuer Stalinist erwies, bekleidete nach Auflösung der RGI im Jahre 1937 Funktionen im Staatsapparat, um dann Opfer der letzten stalinistischen, antisemitisch geprägten Säuberungswelle ab 1949 zu werden.

der ab 1923 von Fraktionskämpfen erschütterten bolschewistischen Parteiführung auch nicht immer im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand, weshalb auf organisatorische Eingriffe in die RGI weitgehend verzichtet wurde.

Andreu Nin wurde 1892 in der katalanischen Provinz geboren. Von Beruf Volksschullehrer, war er zunächst in linksnationalistischen Strömungen aktiv, um 1913 über die Sozialistische Partei Anschluß an die Arbeiterbewegung zu finden. Die Passivität der Sozialisten während der sozialen Unruhen ab 1917 und deren Unverständnis für die nationale Frage Kataloniens brachten ihn 1918 in die CNT. Dort übernahm er sehr schnell eine führende Funktion und wurde Anfang 1921 Sekretär ihres Nationalkomitees.

Am 28. April 1921 wurde Nin von einem Plenum der CNT zu einem der vier Delegierten für den Gründungskongreß der RGI bestimmt. (Die Namen der anderen waren Joaquín Maurín, Hilario Arlandis und Jesús Ibáñez. Gaston Leval war Vertreter der anarchistischen Gruppen.) Im Mai machte sich Nin mit Maurín auf den Weg nach Moskau – über Paris.⁷ Dort vermittelte ihnen Pierre Monatte von der revolutionär-syndikalistischen Gruppe um die Zeitung „La Vie ouvrière“ das Weiterkommen.⁸ Nin und Maurín kamen nach Berlin, wo sie von den deutschen Anarchosyndikalisten der Freien Arbeiter-Union aufgenommen wurden und mit ihrer zentralen Persönlichkeit Rudolf Rocker, aber auch mit dem später bekanntgewordenen Schriftsteller Theodor Plivier diskutierten. Dort trafen auch die beiden anderen spanischen Delegierten ein; die Weiterfahrt organisierte die sowjetische Botschaft.

Die CNT-Delegation nahm bereits als Beobachter am dritten Kominternkongreß (22. Juni bis 12. Juli 1921) teil, doch ihre eigentliche Rolle spielte sie erst auf dem RGI-Kongreß, der vom 3. bis 19. Juli stattfand.⁹ Nin selbst trat durch seine Redebeiträge prominent hervor: Er verteidigte den Syndikalismus als einzig mögliche Kraft für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, zugleich plädierte er aber für eine enge Zusammenarbeit mit den Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale, während ein anderer Teil der Syndikalisten, besonders aus Frankreich, für das Prinzip der gewerkschaftlichen Autonomie eintrat, damit aber in der

6 Eine biographische Skizze mit ausführlichen Literaturangaben siehe bei Reiner Tosstorff: Andreu Nin und Joaquín Maurín. Vom revolutionären Syndikalismus zum antistalinistischen Kommunismus, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus*, Mainz 1993, S.181-202.

7 Der Weg nach Moskau und der Kongreßverlauf sind später von Maurín geschildert worden im Nachwort seines Buchs: *Revolución y contrarrevolución en España*, Paris 1966, S.255-265.

8 Wie später der deutsche Anarchosyndikalist Augustin Souchy in seinen Memoiren (Ders.: *Vorsicht: Anarchist. Ein Leben für die Freiheit*, Grafenau 1985, S.59f.) erklärte, war dies nicht zuletzt dank der Geldmittel möglich, die von den schwedischen Anarchosyndikalisten für die CNT, gesammelt worden waren. Eine Ironie der Geschichte, denn die Schwedischen wie die deutschen Syndikalisten gehörten zu den entschiedensten Gegnern einer Zusammenarbeit mit „Moskau“.

9 Als Protokoll des Kongresses erschienen noch während seines Verlaufs sechzehn Bulletins (in russisch, französisch und deutsch) mit dem Wortlaut der Reden und den Resolutionen. Nach dem Kongreß veröffentlichte eine ganze Reihe von Teilnehmern Berichte, so auch die spanische Delegation (*La delegación de la CNT en Rusia*, in: *Lucha social*, Mai-August 1922). Eine umfassende Darstellung siehe bei Tosstorff, *Profintern*, S.314-351, und Thorpe, *Workers*, S.181-194.

Minderheit blieb. Nach dem Kongreß war der Name Nins unter verschiedenen Appellen an diese „reinen“ Syndikalisten zu finden, sich weiterhin am Bündnis mit den Bolschewiki und damit an der RGI zu beteiligen.

Sein Auftreten auf dem Kongreß prädestinierte ihn für Führungsaufgaben. Im September 1921 ging er nach Berlin, wo er die Arbeit des neugegründeten Mitteleuropäischen Büros der RGI unterstützen sollte, jedoch bald verhaftet wurde.¹⁰ Zwar forderte die spanische Regierung seine Auslieferung – ihm drohte in Spanien die Todesstrafe –, doch Anfang Januar 1922 konnte er dank einer Kampagne der KPD aus der Haft direkt nach Rußland gehen.

Hier wurde er nun Stellvertreter ihres Generalsekretärs Lozovskij, war damit also einer der wichtigsten Führer der neuen Internationale. Er trat sogleich durch eine Vielzahl von Artikeln und Stellungnahmen hervor, die in den Organen sowohl der RGI, vor allem in ihrer gleichnamigen Monatszeitschrift (die auf russisch, deutsch, französisch und mit einigen Ausgaben auch auf spanisch und englisch erschien) wie auch der Komintern, vor allem in ihrem Nachrichtendienst „Inprekorr“ (deutsch) bzw. „Correspondance internationale“ (französisch) z. T. gleichzeitig veröffentlicht wurden. Sie wurden auch in vielen Zeitungen, die von den Anhängern der RGI in den verschiedensten Ländern herausgegeben wurden, nachgedruckt, etwa in Spanien in „Lucha social“ und in „La Batalla“, in Deutschland im „Roten Gewerkschafts-Bulletin“.

Die Themen lassen seine politischen Positionen sowie die Gebiete, mit denen er sich in der RGI-Führung beschäftigte, erkennen: Zum einen erschienen Artikel zur russischen Revolution, wie etwa zum Kronstadter Aufstand. Zum anderen aber nahm er zur Entwicklung im internationalen Syndikalismus Stellung, in der sich unter anarchistischem Einfluß eine Oppositionsströmung gegen die RGI bildete. Starke Gewerkschaften wie die Unione Sindacale Italiana (Italienische Gewerkschaftsunion, USI), vor allem aber die CNT schlossen sich ihr an; die pro-bolschewistischen Strömungen waren bei ihnen die Minderheit. In der französischen Confédération Générale du Travail Unitaire (Allgemeiner Einheitsgewerkschaftsbund, CGTU)¹¹ jedoch gewannen die Anhänger Moskaus nicht ohne Mithilfe Nins im Jahre 1922 die Mehrheit; sie wurde eine wesentliche Stütze der RGI. Nin verfolgte, wie aus seinen Artikeln hervorgeht, besonders die Entwicklung in den romanischen Länder Europas und nicht zuletzt in Lateinamerika,¹² aber, ent-

10 Diese und weitere Informationen sind dem Bericht über sein Verhör im Jahre 1937 nach der durch das sowjetische Eingreifen zustande gekommenen Verhaftung der POUM-Führung entnommen. Siehe Declaración de Andrés Nin, abgedruckt u. a. in: El proceso del P.O.U.M. Documentos judiciales y policiales, Barcelona 1989, S.18-28.

11 Sie war Anfang 1922 nach dem Ausschluß der Revolutionäre aus der der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Confédération Générale du Travail (CGT) gebildet worden und umfaßte zunächst ein sehr breites Spektrum von Anarchisten bis Kommunisten.

12 Auf die Rolle Nins bei der Entstehung der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika wird von dem polnischen Historiker Aleksander Kochański, der auch Autor einer Gesamtdarstellung der RGI auf polnisch ist, mehrfach hingewiesen: El sindicalismo latinoamericano: Materiales del archivo moscovita de la Internacional Sindical Roja, in: Estudios latinoamericanos 1988, Nr. 11, S.249-295.

sprechend den Kontakten der RGI, nahm er auch zur Lage etwa in den Niederlanden oder in Bulgarien Stellung. Genauso wichtig waren ihm Fragen des alltäglichen gewerkschaftlichen Kampfs. So kommentierte er z. B. in der Zeitschrift der RGI die Broschüre eines französischen Gewerkschafters zur Frage des Trinkgeldes für Kellner.

Der Bruch zwischen den mehr dem Anarchismus verpflichteten Syndikalisten und den pro-bolschewistischen revolutionären Syndikalisten hatte auch durch den 2. RGI-Kongreß vom 19. November bis 2. Dezember 1922 nicht aufgehalten werden können. Auf ihm spielte Nin bereits eine herausragende Rolle.¹³ Er war Berichterstatter zu dem besonders umstrittenen Punkt der Beziehungen zwischen der RGI und der Komintern. Seine Rede wurde mit weiteren Diskussionsbeiträgen zu den Beziehungen zwischen RGI und Komintern als Broschüre auf französisch und deutsch veröffentlicht. Vor allem die französischen Syndikalisten hatten, trotz aller Sympathien für die Bolschewiki, im Unterschied zu den Anarchisten gegen die vom ersten Kongreß beschlossene „organische“ Verbindung, d. h. die formelle Anbindung der Gewerkschafts-Internationale an die politische Internationale, rebelliert. Auf Druck der CGTU wurde nun das Verhältnis zwischen der RGI und der Komintern als das organisatorisch gleichberechtigter Internationalen geregelt.

In der Praxis änderte dies jedoch nicht viel: Bis dahin gab es offizielle Vertreter der RGI in der Komintern-Führung, jetzt wurden – von Fall zu Fall – gemeinsame Aktionskomitees eingerichtet. Nin war in beiden Fällen einer der Repräsentanten der RGI.¹⁴ Im Jahre 1923 wurde er dann auch offiziell Kommunist und trat, da er in der UdSSR lebte, in die bolschewistische Partei ein.¹⁵ Als im Jahre 1926 das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale angesichts ständiger Auseinandersetzungen in den kommunistischen Parteien über die Gewerkschaftspolitik eine eigene Gewerkschaftskommission schuf, um damit auch die RGI besser leiten zu können, wurde Nin ebenfalls ihr Mitglied.¹⁶

Daß Nins Interesse dabei weit über die sogenannten rein gewerkschaftlichen Fragen oder gar die bürokratischen Organisationsprobleme hinausging, machte er schon bald durch seine intensive Beschäftigung mit dem Problem des Faschismus deutlich. Er stieß sehr früh darauf, da er sich ja vor allem mit den „lateinischen“ Ländern Europas und also auch mit Italien beschäftigte. Auf der dritten Session des Zentralrats der RGI, einer Art erweiterten Beratung zwischen den Kongressen, die vom 25. Juni bis zum 2. Juli 1923 stattfand, hielt er ein weit beachtetes Referat über

13 Das Protokoll dieses Kongresses scheint nur auf russisch veröffentlicht worden zu sein. Siehe Tosstorff, *Profintern*, S.504-529.

14 Siehe František Svátek: *The Governing Organs of the Communist International: their Growth and Compositions, 1919-1943*, in: *History of Socialism Yearbook*, 1969, S.179-226, hier S.230.

15 Dieses Datum gibt jedenfalls die offizielle Biographie in der von der RGI herausgegebenen *Malaja encyklopedija po međunarodnomu profdvženiju* [Kleine Enzyklopädie zur internationalen Gewerkschaftsbewegung], Moskau 1927, Spalte 1296-1298, an.

16 Siehe Svátek, *Governing Organs*, S.230.

den „Kampf der Gewerkschaften gegen den Faschismus“.¹⁷ Er definierte ihn als ein internationales, gegenüber den traditionellen Formen bürgerlicher Reaktion grundsätzlich neues Phänomen mit einer Massenbasis in deklassierten, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Elementen, die ihm einen bis dahin nicht gekannten terroristischen Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse erlaubte. Dagegen stellte Nin als wichtigstes Kampfmittel die proletarische Einheitsfront, für die er erste Ansätze in der internationalen Gewerkschaftsbewegung (in einem gerade geschlossenen Abkommen zwischen der Internationalen Transportarbeiterföderation und den russischen Gewerkschaften) anführte. Auf das Thema „Faschismus und die Antwort der Gewerkschaften“ kam er in der Folgezeit immer wieder zurück: in vielen Artikeln, die in der Presse der RGI und der Komintern international verbreitet wurden, in einem Referat auf dem dritten Kongreß der RGI im Jahre 1924 und dann wieder in seinen theoretischen Schriften der späteren Jahre, etwa in seiner Antwort an den konservativen katalanischen Politiker Francesc Cambó aus dem Jahre 1930.¹⁸ Dabei bezog er seine Kenntnisse über Italien nicht nur aus Kontakten zu italienischen Besuchern in Moskau. Nach Italien führte ihn Anfang 1924 seine erste Auslandsreise seit seiner Ankunft in Rußland zwei Jahre zuvor. Er unternahm sie im Auftrag der RGI, um die Situation ihrer Anhänger, d. h. der kommunistischen Gewerkschafter, zu klären. Bei den Syndikalisten der USI waren sie nur eine Minderheit geblieben, die nun mit dieser Organisation gebrochen hatte. Die KP arbeitete vor allem im sozialdemokratisch geführten Allgemeinen Gewerkschaftsbund (Confederazione Generale del Lavoro, CGL) mit, wo sie eine revolutionäre Opposition aufzubauen versuchte. Dabei ging es Anfang 1924 um das Zusammengehen mit den Maximalisten, einer Strömung in der Sozialistischen Partei um Giacinto Serrati, die sich nach langem Zögern den Kommunisten annäherte und im Sommer 1924 schließlich mit der italienischen KP fusionieren sollte. Sie umfaßte nicht zuletzt wichtige Gewerkschaftskader. Nin hielt sich von Jahresbeginn bis März 1924 in Italien auf.¹⁹ Er war z. B. gerade in Rom, als er vom Tod Lenins erfuhr.²⁰ Nach seiner Rückkehr kommentierte er seine italienischen Erfahrungen in einer

17 Das deutsche Protokoll (Bericht über die 3. Session des Zentralrates der Roten Gewerkschafts-Internationale 25. Juni bis 2. Juli 1923. Beilage zu: Rote Gewerkschafts-Internationale, Nr. 7, Juli 1923, S.39-41) enthält nur eine kurze Zusammenfassung. Es erschien im Wortlaut als Broschüre auf russisch und englisch – hier mit einem Vorwort des späteren amerikanischen KP-Führers Earl Browder: *Fašizm i profsojuzy* [Faschismus und Gewerkschaften], Moskau 1923; siehe auch *The Struggle of the Trade Unions against Fascism*. With an introduction by Earl Browder, Chicago 1923.

18 Siehe *Las dictaduras de nuestro tiempo*, Madrid 1930, Neuausgabe Barcelona 1977.

19 Das Datum seiner Reise ist bekannt durch die Angaben in: *Declaración de Andrés Nin*, S.26. Sie taucht allerdings bisher in der Historiographie des italienischen Kommunismus nicht auf. Weder Paolo Spriano in seiner monumentalen *Storia del Partito comunista italiano* [Geschichte der Italienischen Kommunistischen Partei], Torino ab 1967, noch Cesar Pillon in der bisher einzigen Darstellung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit (*I comunisti e il sindacato* [Die Kommunisten und die Gewerkschaft], Milano 1972) gehen darauf ein. Nur bei Tommaso Detti (Serrati e la formazione del Partito comunista italiano. *Storia della frazione terzinternazionalista* [Serrati und die Bildung der Italienischen Kommunistischen Partei] 1921-1924, Roma 1972, S.418) findet sie eine kurze Erwähnung.

20 Dies schildert er in einem Artikel in „*La Batalla*“ vom 21.1.1937 „*Nunca olvidaré aquel trágico 21 de enero*“, wiederabgedruckt in: *Andreu Nin: La revolución española*, Barcelona 1978, S.311-313.

Reihe von Artikeln.

Die RGI hatte sich 1924 im großen und ganzen konsolidiert. Die ursprünglichen Hoffnungen, durch den Zusammenschluß von Syndikalisten und Kommunisten die Mehrheit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu erringen und den sozialdemokratischen IGB zu verdrängen, hatten sich zerschlagen. Hatte man nach 1921 zunächst nur die Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen gefordert, so tauchte nun die Frage der Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf, wie sie der III. Kongreß der RGI im Juli 1924 unter bestimmten Bedingungen für möglich erachtete. Dies war nicht zuletzt ein Ergebnis der Entwicklung innerhalb der Amsterdamer Internationale, denn hier hatte sich 1923/24 ein linker Flügel um ihren ehemaligen Sekretär Edo Fimmen,²¹ der zugleich Führer der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) war, und vor allem um die Leitung des britischen Trades Union Congress (TUC) gebildet.

Allerdings war die genaue Haltung, die die RGI einnehmen sollte, in ihren Reihen umstritten. Besonders die Führung der sowjetischen Gewerkschaften unter ihrem Vorsitzenden Michail Tomskij, die zur „rechten“ Strömung innerhalb der bolschewistischen Partei zählte, plädierte für die „internationale Einheit“ mit dem IGB und damit mehr oder weniger offen für die bedingungslose Auflösung der RGI. Sie initiierte noch 1924 ein gemeinsames Komitee mit dem Generalrat des TUC, das „Anglo-Russische Komitee“. Dagegen lehnte die RGI-Führung eine einfache Liquidierung der RGI ab und forderte statt dessen die gleichberechtigte Vereinigung aller Gewerkschaften auf internationaler Ebene. Zwar drang kaum etwas über den Ablauf der internen Auseinandersetzungen nach außen, doch finden sich im erhalten gebliebenen Archiv der RGI in Moskau viele Spuren davon.²² Nins Äußerungen lassen eindeutig erkennen, daß er die Existenz der RGI entschieden gegen die Liquidationsabsichten der sowjetischen Gewerkschaftsführer verteidigte.²³ Daß er eine scharfe Abgrenzung zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zog, zeigen ebenso seine vielen Artikel in der RGI-Presse. So attackierte er auch das Verhalten der TUC-Führung, also der Amsterdamer Linken, während des britischen Generalstreiks im Jahre 1926. In den Abschnitten seines Buchs von 1933, die dem IGB gewidmet sind, griff er dann auf diese Kritik zurück.

Doch seine Stellung in der RGI war durch seine Parteinahme für die Linke

21 Siehe Willy Buschak/Edo Fimmen: *Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung*, Essen 2002.

22 Siehe Fond 534 im ehemaligen Zentralen Partei-Archiv der KPdSU, nach 1991 zunächst Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii (RCCHIDNI), heute Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI). Beispiele für Zusammenstöße zwischen Lozovskij und Tomskij siehe bei Tosstorff, *Profintern*, S.617, 632-634.

23 Nur wenige Jahre danach, in „Las organizaciones obreras internacionales“ (S.130, 138f), charakterisiert er kurz die Tendenzen in der RGI und führt dort die Anekdote auf, daß er in einer nichtöffentlichen Beratung am Rande des III. RGI-Kongresses im Jahre 1924 mit Tomskij aneinandergeriet. Dieser hatte Proteste nach seiner Rede auf Fehler bei der Übersetzung zurückgeführt. Doch Nin hielt ihm vor, gerade da er russisch könne, wüßte er, daß es keine falsche Übersetzung gegeben habe.

Opposition in der bolschewistischen Partei um Leo Trotzki bedroht. Bereits andere, die ähnlich wie er den politischen Weg vom revolutionären Syndikalismus zum Kommunismus gegangen waren, hatten während der Auseinandersetzungen beim Tode Lenins ihre Sympathien für Trotzki ausgedrückt. In Frankreich waren dies Pierre Monatte und Alfred Rosmer, der einen gewichtigen Anteil an der Gründung der RGI gehabt hatte. 1924 wurden beide aus der KPF ausgeschlossen. Der Bulgare Georgi Andrejčin, der als Emigrant in den USA eine Rolle in den Industrial Workers of the World, den „Wobblies“, gespielt hatte, war als politischer Flüchtling 1921 nach Sowjetrußland gekommen und hatte der RGI-Führung angehört. Er war nach 1924 auf den Posten eines Mitarbeiters Trotzkis abgeschoben.

Auch Nin unterstützte Trotzkis Kampf. Doch überraschend veröffentlichte im Mai 1925 die Presse der Komintern und der RGI eine Erklärung, in der er sich von Monatte und Rosmer wie überhaupt vom „Trotzkismus“ distanzierte und zur „Generallinie“ der Partei bekannte.²⁴ Dazu berichteten später zwei damalige Führer der spanischen KP in ihren Memoiren, daß ihnen Nin anvertraut hatte, er wäre zu dieser Erklärung gezwungen worden, da sein geheimer Briefwechsel mit Monatte und Rosmer abgefangen worden sei. Hätte er diese Erklärung nicht abgegeben, so wäre er abgesetzt worden.²⁵ Tatsächlich hatte der französische KP-Führer Albert Treint Anfang April auf dem 5. Erweiterten Plenum der Komintern-Exekutive das Verhalten Nins öffentlich gemacht und ihn damit bloßgestellt: „Wir sahen, daß der Genosse Nin, der sich in unserem Apparat mit der Roten Gewerkschaftsinternationale befaßt, also eine sehr verantwortliche Funktion ausübt, wir sahen, daß er, selbst ein Mitglied der russischen Partei und vom Ausschluß Rosmers unterrichtet, letzterem brieflich anbot, ihn mit Informationen über die russische Partei zu versehen, um die Kampagne gegen die Kommunistische Internationale und die französische Partei zu fördern, eine Kampagne, die in der von Monatte und Rosmer geleiteten Wochenschrift ‚Die proletarische Revolution‘ geführt wird.“²⁶ Nin wandte sich daraufhin sofort an den Komintern-Vorsitzenden Grigorij Sinowjew mit der Bitte um ein dringendes Gespräch.²⁷ Das offensichtliche Ergebnis war die Erklärung. Der „Einfachheit“ halber strich man dann diese Passage aus Treints Rede in dem kurz darauf veröffentlichten Protokollband dieser Tagung.²⁸

Daß es sich aber wohl um eine „taktische“ Erklärung handelte – ähnlich wie vergleichbare Selbst-Distanzierungen von Trotzki in dieser Zeit –, läßt ein kurzer Artikel von diesem vermuten. Darin schrieb er Anfang 1931, daß Nin „seit 1923 in den Reihen der Opposition steht“.²⁹

24 Siehe Erklärung des Genossen Nin, in: Inprekorr, Nr. 73, 5.5.1925, S.981.

25 Siehe José Ballejos: La Comintern en España. Recuerdos de mi vida, México 1972, S.60-62, und Julián Gorkin: El revolucionario profesional. Testimonio de un hombre de acción, Barcelona 1975, S.137-141, 165f.

26 So im „ausführliche(n) Tagungsbericht“ in: Inprekorr, Nr. 63, 20.4.1925.

27 RCCHIDNI 534/3/119/112.

28 Siehe Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 21.3.-6.4.1925, Hamburg 1925.

29 Andrej Nin. Vyslan Stalinym i arestovan Berengerom” [Andreu Nin. Von Stalin exiliert und von Berenguer verhaftet], in: Bjulleten’ oppozicii 1931, Nr. 19 (März), S.35.

Im Ergebnis dieses Verhaltens blieb jedenfalls Nins Position in der RGI unangetastet. Im Gegenteil schien sie nach außen hin noch bedeutender. Ende 1925 fuhr er im Auftrag der Internationale erneut nach Westeuropa. Diesmal zuerst in die Niederlande, wo das Nationale Arbeitssekretariat (Nationaal Arbeidssecretariaat, NAS), eine ursprünglich syndikalistische Gewerkschaft mit langer Tradition, die jetzt von dem Kommunisten Henk Sneevliet geführt wurde, Ende Dezember 1925 über den Anschluß an die RGI beriet. Da die anarchosyndikalistische Minderheit das NAS bereits verlassen hatte, wurde der Beitritt mit überwältigender Mehrheit vollzogen.³⁰

Nin und Sneevliet kannten sich sicherlich schon aus Moskau, da der Niederländer bis 1924 für die Führung der Komintern gearbeitet hatte (u. a. hatte er wichtige Missionen in China durchgeführt). Die Beziehungen der beiden blieben jedenfalls nicht auf das Zusammentreffen während dieser Konferenz beschränkt. Sie beschritten in der Folgezeit einen ähnlichen politischen Weg, der sie zeitweise an die Seite Trotzki's führte. Beim Austritt des NAS aus der RGI im Jahre 1927 spielte neben Fragen der Gewerkschaftstaktik auch die Solidarität mit der sowjetischen Opposition eine Rolle. Mit Trotzki sollten aber sowohl Nin als auch Sneevliet später dann in Meinungsverschiedenheiten über die konkrete Taktik in ihren Ländern geraten, was schließlich zum Bruch führte. (Die später von Sneevliet gegründete Partei, die Revolutionär-Sozialistische Arbeiterpartei, war ein enger Verbündeter der POUM; er selbst besuchte im Herbst 1936 das revolutionäre Barcelona.)³¹

Von den Niederlanden ging Nin – möglicherweise nach einem kurzen Besuch in Großbritannien, wo sich die politisch-soziale Lage im Vorfeld des Bergarbeiterstreiks von 1926 zuspitzte³² – Anfang des Jahres nach Paris, wo er Diskussionen mit den französischen Kommunisten, vor allem aber mit der Führung der der RGI angeschlossenen Gewerkschaftszentrale CGTU führte. Möglicherweise sollte er in

30 Zum NAS siehe Erik Hansen/Peter A. Prosper, Jr.: The Nationaal Arbeids-Secretariaat between Two Wars: Revolutionary Syndicalism in the Netherlands [Das Nationale Arbeitssekretariat zwischen den beiden Weltkriegen: Revolutionärer Syndikalismus in den Niederlanden], 1919-1940, in: *Histoire sociale – Social History* 1981, Nr. 27 (Mai), S.197-218. Über die Auseinandersetzungen im NAS siehe auch Volkers Bultsma/Evert van der Tuin: *Het Nederlandsch Syndicalistisch Vakverbond [Der Niederländische Syndikalistische Gewerkschaftsbund] 1923-1940*, Amsterdam 1980, S.24-39. Über den Kongreß gab das NAS eine Broschüre heraus, in der die Reden von Sneevliet, Nin sowie den Vertretern der englischen und kommunistischen Gewerkschaften dokumentiert sind: *In Nieuwe Banen. Belangrijke redevoeringen van het N.A.S. congres December 1925 [In neuen Bahnen. Die wichtigen Reden des NAS-Kongresses]*, Amsterdam 1926.

31 Siehe Fritjof Tichelman: *Henk Sneevliet 1883-1942. Eine politische Biographie*, Bochum 1978; Max Perthus: *Henk Sneevliet. Revolutionair-socialist in Europa en Azië [Henk Sneevliet. Ein revolutionärer Sozialist in Europa und Asien]*, Nijmegen 1976. Sneevliet wurde 1942 im Widerstand von den Nazis erschossen.

32 Ein solcher Aufenthalt in England zu Gesprächen mit dem linken Flügel der britischen Gewerkschaftsbewegung wird nur in einem Bericht erwähnt, den der katalanische Schriftsteller Josep Pla von einem Besuch bei Nin im Jahre 1926 gab. Siehe *Obra completa*. Bd. XVI, *Homenots. Segona sèrie*, Barcelona 1970, S.519-559, hier S.537f. Er wird aber z. B. nicht in dem bereits erwähnten Verhörprotokoll (siehe Anm. 10) aufgeführt.

Paris für einige Zeit auch die Leitung der KP Spaniens (Partido Comunista de España, PCE) verstärken, die sich dort nach mehreren Verfolgungswellen durch die Polizei der Primo de Rivera-Diktatur befand. Doch schon am 13. Januar wurde er verhaftet, vielleicht, wie er später meinte, von einem Polizeispitzel unter den spanischen Kommunisten verraten. Nach einem Monat kam er frei und kehrte in die Sowjetunion zurück.³³

Seine unangefochtene Stellung demonstrierten seine Aufnahme in die Gewerkschaftskommission der Komintern (siehe oben), vor allem aber seine Rolle auf der vierten Session des Zentralrats der RGI vom 9. bis 15. März 1926. Dort hielt er den Bericht über die Tätigkeit des Vollzugsbüros und trat damit als der neben dem Generalsekretär Lozovskij – dieser referierte über die „nächsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“ – wichtigste Führer der RGI auf.³⁴ Außer durch die Erwähnung vieler Detailprobleme zeichnete sich sein Bericht nicht zuletzt durch eine kaum verhüllte Polemik gegen den „rechten“ Flügel in der RGI aus, der zu sehr auf die „Einheit um jeden Preis“ mit Amsterdam schaute. Er überschätzte die Kräfte des IGB und verhalte sich gegenüber der RGI liquidatorisch.

Zudem machte Nin auf dieser Tagung einen interessanten Vorstoß gegenüber den Gewerkschaften in den „lateinischen“ Ländern Europas, vor allem gegenüber der CGTU, der einzigen RGI-Sektion in Europa, die ihrem reformistischen Konkurrenten ein ernsthafter Widerpart sein konnte. Er plädierte dafür, die Unterstützungsfunktionen der Gewerkschaften auszubauen. Bei bedeutenden Streiks gebe es traditionell einen großen Mitgliederzuström, der nach dem Abflauen der Kämpfe ins Gegenteil umschlage. Dem müsse man entgegenwirken, indem man „Streikfonds und Arbeitslosenfonds [...], Hilfskassen und Genossenschaften“ organisiere. „Wenn wir ein ganzes Netz derartiger Einrichtungen schaffen werden, dann werden die Arbeiter nicht mehr mit einer derartigen Leichtigkeit aus unseren Verbänden austreten.“³⁵

Damit hatte Nin an einem traditionellem Tabu der revolutionären Syndikalisten gerüttelt, denn eine solche materielle Unterstützungsfunktion für Gewerkschaften war im revolutionären Syndikalismus verpönt. Dieser hatte das von Sozialisten und reformistischen Gewerkschaftern vor dem Ersten Weltkrieg vertretene Modell des „Syndicalisme à bases multiples“ (der „Gewerkschaftsbewegung auf vielfachen Grundlagen“³⁶) als eine reformistische, gegen die „direkte Aktion“ gerichtete Integrationsstrategie abgelehnt. Und um sich gegen eine solche Kritik zu wappnen,

33 Siehe Declaración de Andrés Nin, S.26 und die Notiz im CGTU-Organ: Va-t-on libérer Andrés Nin?, in: La vie ouvrière, Nr. 349, 29.1.1926. Zur möglicherweise beabsichtigten Aufnahme in die PCE-Exilführung siehe Pelai Pagès: Historia del Partido Comunista de España. Desde su fundación en abril de 1920 hasta el final de la Dictadura de Primo de Rivera, enero de 1930, Barcelona 1978, S.98.

34 Siehe Protokoll der Vierten Session des Zentralrates der Roten Gewerkschafts-Internationale. Abgehalten in Moskau vom 9. bis 15. März 1926, Berlin 1926, S.11-18.

35 Ebenda, S.64f.

36 D. h. auf einem System von Unterstützungs- und Hilfskassen beruhend. Zur historischen Einordnung dieses Problems siehe Michel Dreyfus u. a.: Les bases multiples du syndicalisme aux XIX^e siècle en Allemagne, France et Grande-Bretagne, in: Jean-Louis Robert u. a. (Hrsg.): L'invention des syndicalismes, Paris 1997, S.269-284.

fügte Nin gleich hinzu: „Hilfskassen, Genossenschaften und mächtige Gewerkschaften an sich sind durchaus nicht gefährlich, wie die Anarchosyndikalisten versichern. Sie sind nur dann gefährlich, wenn sie sich in den Händen der Reformisten befinden, da diese dieselben ausnutzen, um die Energie der Arbeiterklasse zu bändigen, während sie in unseren Händen nur die Mittel verstärken können, über die wir im Kampfe gegen den Kapitalismus verfügen.“³⁷ Doch trotz seines Vorstoßes und einiger Versuche der CGTU kam es zu einer wirklichen Hinwendung zu einem solchen Gewerkschaftsmodell erst in den dreißiger Jahren, nach der Wiedervereinigung der französischen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1936.³⁸

Auf jeden Fall hatte Nin eine mehr oder weniger offene Kampfansage an die am Bündnis mit dem TUC festhaltende sowjetische Gewerkschaftsspitze um Tomskij vorgetragen. Möglicherweise liegt darin auch der Grund, weswegen ihn Lozovskij in seiner Position hielt: Er stellte ein Gegengewicht zu den sowjetischen Gewerkschaftsführern dar. Leider hat Nin selbst nach seiner Ausweisung aus der UdSSR im Jahre 1930 sein Verhältnis zu Lozovskij nie dargestellt.³⁹ Doch ist bekannt, daß Lozovskijs grundlegende Einstellung war, mit allen Mitteln das Gewicht der Roten Gewerkschaftsinternationale zu vergrößern. Nicht zuletzt hing davon seine Stellung innerhalb der bolschewistischen Führung ab. Am „einfachsten“ vergrößerte sie sich durch den Anschluß neuer Mitgliedsorganisationen, also neuer unabhängiger revolutionärer Gewerkschaften. So entwickelte Lozovskij einen Hang zur Gewerkschaftsspaltung, wogegen die russischen Gewerkschaftsführer mit aller Macht ankämpften, da dies die von ihnen angestrebte internationale Einheit mit dem IGB in Frage stellen mußte. Der Schweizer Kommunist Jules Humbert-Droz, der die Gewerkschaftskommission der Komintern in diesen Jahren zeitweise leitete, beschrieb diese ständigen Zusammenstöße um die Gewerkschaftstaktik in einem Brief vom April 1927 an Palmiro Togliatti lebhaft: „Die Aufgabe, die Du mir hinterlassen hast, ist nicht einfach. Das ist ein ständiger Krieg mit Lozovskij, der seit

37 Protokoll der Vierten Session des Zentralrates, S.65. Tatsächlich reagierten Nin und die RGI-Führung mit diesem Vorstoß darauf, daß sich 1925/26 das Kräfteverhältnis zwischen Reformisten und Revolutionären in der französischen Gewerkschaftsbewegung zu verschieben begann. Siehe Michel Dreyfus: *Histoire de la C.G.T.*, Brüssel 1995, S.133.

38 Zu den Versuchen zur Umsetzung in der CGTU siehe ebenda, S.134-136, und Michel Dreyfus: *Le débat sur le ‚syndicalisme à bases multiples‘ à travers les archives du Profintern ... et quelques autres*, in: Serge Wolikow (Hrsg.): *Une histoire en révolution? Du bon usage des archives, de Moscou et d'ailleurs*, Dijon 1996, S.159-167.

39 Josep Pla gibt in seinem schon erwähnten Bericht folgende Äußerung Nins wieder: „Sie wollen wissen, was ich im Büro mache [...] Es ist sehr einfach: Ich gehorche den Anweisungen des Genossen Lozovskij, den Sie schon kennen.“ (Obra completa. Bd. XVI, S. 537f.) Leider gibt er dann von einem direkten Zusammentreffen, als Nin auf seiner Datscha neben Pla auch noch Lozovskij und Tomskij zu einer Paella à la russe einlud, nichts weiteres außer seinem kulinarischen Mißbehagen wieder. Nin charakterisierte dann 1933 in „Las organizaciones obreras internacionales“ Lozovskij nur mit folgenden Worten: „A. Lozovskij hat das Wunder vollbracht, eisern auf seinem Posten zu bleiben, während alle anderen sowjetischen und internationalen Organismen im Verlaufe der letzten Jahre mehrere Male radikal erneuert wurden.“ (S.87)

dem Plenum mit einer Energie und einer Methode, die ich gar nicht bei ihm kannte, die Linie der Profintern, die Du kennst, verfolgt. Seit ich Vorsitzender der Gewerkschaftskommission bin, ist es uns nicht gelungen, uns auch nur in einer Sache zu einigen. Meine Arbeit besteht darin, die Briefe und Resolutionen der Profintern aufzuhalten und das Gegenteil im Polsekretariat oder im Präsidium beschließen zu lassen. Glücklicherweise ist Lozovskij allein mit seinem Standpunkt und die Gewerkschaftskommission ziemlich homogen. [...] Aber das mißlichste ist, daß Tomskij und Mel'ničanskij, die uns helfen könnten, eine Lozovskij entgegengesetzte Linie haben, die aber ins genau entgegengesetzte Extrem verfällt. [...]. Lozovskij [...] führt überall seine Spaltungspolitik durch und Tomskij geht über zur Liquidierung des Einflusses unserer Parteien und unserer revolutionären Gewerkschaften.“⁴⁰

Zwar sollte Nin schließlich die im Gefolge der stalinistischen Wende von 1928/29 überall propagierte Gründung „roter Gewerkschaften“ scharf ablehnen, doch war auch er zunächst einmal an der Verstärkung der RGI interessiert.

Auch wenn Nin nun in verschiedenen Artikeln scharf Position gegen die Führer des TUC bezog und damit indirekt das Anglo-Russische Komitee in Frage stellte, waren die Gremien der RGI nicht das Terrain, wo sich der Kampf der Vereinigten Opposition um Trotzki und Sinovjev abspielte. Sie hatte sich im Frühjahr 1926 organisiert und forderte nun z. B. den Bruch mit diesem Gewerkschaftskomitee. Nin war einer der wichtigsten „internationalen“ Aktivisten der Opposition. Er gehörte zu ihrer internationalen Kommission, in der ihre mit entsprechenden Angelegenheiten befaßten Mitglieder, zumeist ausländische Mitarbeiter der diversen internationalen Apparate in Moskau, zusammengefaßt waren.⁴¹ Wie herausragend seine Position war, macht eine Äußerung Trotzkis deutlich, der auf einer Sitzung des Präsidiums des EKKI am 27. September 1927, bei der es um seinen Ausschluß aus der Komintern-Führung ging, gleichsam in einer prophetischen Warnung sagte: „Und Genosse Nin, einer der besten Angehörigen der proletarischen Avantgarde, ein wichtiger Mitarbeiter der Roten Gewerkschafts-Internationale – was werden Sie mit ihm machen? Welches Schicksal werden Sie ihm bereiten? Welche Maßnahmen werden Sie gegen ihn treffen?“⁴²

So konnte Nin im Verlaufe des Jahres 1927 immer weniger in Erscheinung treten, z. B. kaum noch Artikel veröffentlichen, auch wenn er weiterhin Führungsmitglied der RGI blieb. Sicher war auch er in den ersten Monaten dieses Jahres vor allem von der chinesischen Revolution in Bann gezogen. Dort waren die Kommunisten nicht zuletzt auf Anweisung der sowjetischen Parteiführung ein Bündnis mit der nationalistischen Guomindang eingegangen, das von der Vereinigten Opposition

40 Zit. nach Siegfried Bahne (Hrsg.): *Archives de Jules Humbert-Droz*, Bd. 2, *Les partis communistes des pays latins et l'Internationale communiste dans les années 1923-1927*, Dordrecht-London 1983, S.404.

41 Siehe Victor Serge: *Beruf Revolutionär. Erinnerungen 1901 - 1917 - 1941*, Frankfurt/M. 1967, S.243f.

42 Siehe Stenogramm der Sitzung aus dem ehemaligen Archiv der KPdSU, veröffentlicht bei: Jurij T. Tutočkin/Fridrich I. Firsov: „?...U vas gotov i prigovor.“ *Kak Trockogo isključali iz Kominterny* [Sie haben das Urteil schon fertig: 'Wie Trotzki aus der Komintern ausgeschlossen wurde], in: *Otečestvennyje archivy* 1992, Nr. 1, S.76-88, hier S.81.

scharf angegriffen wurde und dann im Sommer 1927 in einer blutigen Niederlage endete.⁴³ Die unter Einfluß der KP organisierten, mehrere Millionen Anhänger zählenden chinesischen Gewerkschaften hatten sich der RGI angeschlossen. Mit konkreten Aktivitäten zu China hatte Nin allerdings nichts zu tun, da sich hier Lozovskij sehr engagierte. Dieser hielt sich vom April bis Juli 1927 in China auf, während Nin die faktische Leitung der RGI innehatte. In „Las organizaciones obreras internacionales“ spielte Nin dann auf Auseinandersetzungen über China in der RGI an und notierte, daß selbst der treue Stalin-Anhänger Lozovskij bei seinem China-Aufenthalt im Jahre 1927 von der sowjetischen Presse sowie der der nationalistischen Bündnispartner in China zensiert wurde, weil seine Äußerungen nicht opportun waren.⁴⁴

Von dem Ausschluß der Oppositionellen aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unmittelbar nach Schluß des XV. Parteitags Ende 1927, der einige Wochen darauf zur Deportation Hunderter ihrer bekannten Wortführer aus Moskau in abgelegene Gebiete des Landes führte, war Nin zunächst nicht betroffen. Offensichtlich war er als „Internationaler“ für den stalinistischen Apparat nicht so ohne weiteres angreifbar. Dabei hatte er sich auf dem Höhepunkt des Fraktionskampfes im Sommer/Herbst 1927 in einer Erklärung an das Zentralkomitee – er war ja Mitglied der sowjetischen Partei – noch einmal „vollständig und bedingungslos“ mit ihr solidarisiert. Und er schloß, selbstverständlich würde er alle Aufgaben, die ihm die Partei gemäß den Statuten übertrage, erfüllen, auf seinem jetzigen Posten oder jedem anderen.⁴⁵

Bereits im Februar 1928 behandelte seine Parteizelle – die des RGI-Apparats – seinen Fall und schloß ihn aus der bolschewistischen Partei aus. Daraufhin bemühte sich Lozovskij in Briefen einerseits an ihn und andererseits an die sowjetische Delegation in der Komintern um den Bau „goldener Brücken“. Gegenüber der

43 Siehe dazu Leo Trotzki: Schriften, Bd. 2: Über China, 2 Teile, Hamburg 1990.

44 Siehe S.180. Lozovskij hatte sich offensichtlich zunächst nach seinem Eintreffen von der Radikalisierung unter den breiten Massen mitreißen lassen und warf am Vorabend des chinesischen Gewerkschaftskongresses im Juni die Frage eines Austritts der Kommunisten aus der Nationalregierung auf, der die Kommunisten in Folge der Stalinschen Bündnispolitik mit der nationalistischen Guomindang beigetreten waren. Das brachte ihm einen umgehenden Verweis durch das sowjetische Politbüro ein, der sofort nach China telegraphiert wurde. (Siehe KPdSU [B], Komintern und die national-revolutionäre Bewegung in China. Dokumente. Bd. 2: 1926-1927, Teil 2, Münster 1998, S.1065, 1083) Als Anfang September der inzwischen zurückgekehrte Lozovskij mit Nin zusammentraf, hatte Stalin soeben die Linie geändert. U. a. verlangte er nun die Bildung von Sowjets in China, was er zuvor – als Forderung der Opposition – scharf abgelehnt hatte. Nin fragte ihn, was er von dieser Lösung hielt, und Lozovskij, noch nicht auf dem laufenden, antwortete: „Das wäre ein Wahnsinn, keiner denkt daran, daran ist nichts reelles.“ (Diese Anekdote berichtete der französische Kommunist und Oppositionssympathisant Pierre Pascal in seinen Memoiren: Russie 1927. Mon Journal de Russie, Lausanne 1982, S.189.) Daß Lozovskij auch diese neue Linie dann treu befolgte, braucht wohl nicht extra betont zu werden.

45 Der Text ist von Ángel Encinas Moral in seiner Einleitung zu einem späteren Komintern-Dokument zum spanischen Bürgerkrieg abgedruckt: Las causas de la derrota de la República Española. Informe elaborado por Stoyán Mínev, alias Stepanov y Moreno, delegado en España de la Komintern durante los años 1937-1939, para el Comité Ejecutivo de la Internacional Comunista. Moscú, [abril] de 1939, Madrid 2003, S.28.

sowjetischen Delegation argumentierte er, Nin verstünde als Ausländer die sowjetischen Angelegenheiten nicht so ganz. Nin bat er um einen Widerruf, der ihm seine RGI-Position erhalten sollte. Doch dies nützte nichts. Nin gab ihm deutlich zu verstehen, daß er an seinen Positionen festhalten wolle, also nicht zur Kapitulation bereit war, wie dies schon eine Reihe anderer ehemaliger Oppositionsführer um Sinovjev und Kamenev taten.⁴⁶

Für die RGI waren diese Monate im übrigen eine kritische Zeit. Denn der vierte RGI-Kongreß (17. März bis 3. April 1928) stand unmittelbar bevor, auf dem Lozovskij einen Linksruck gegen die „Rechten“ durchsetzen wollte und bei dem er eine Teilnahme Nins nicht verhinderte.⁴⁷ Zwar war es statutarisch vollkommen korrekt, daß Nin auf diesem Kongreß als Mitglied des vom vorhergehenden Kongreß gewählten Vollzugsbüros anwesend war, das ja nun Rechenschaft zu leisten hatte. Doch war es angesichts der vorausgehenden Verhaftungswelle unter den Mitgliedern der trotzkistischen Opposition durchaus nicht „normal“. Vielleicht wollte ihn Lozovskij gegen die „Rechten“ benutzen, vielleicht folgte man aber auch einfach nur der formalen Logik, wonach die Gewerkschaften eine parteiunabhängige Organisation waren (so wie es ähnlich am Jahresende auf dem sowjetischen Gewerkschaftskongreß geschehen sollte⁴⁸). Immerhin hatte Nin trotz Parteiausschluß bis unmittelbar vor Kongreßbeginn an der Arbeit des Vollzugsbüros der RGI teilgenommen.⁴⁹ Soweit zumindest war man penibel den Statuten gefolgt.

Jedenfalls hatte so Nin auch eine Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Obwohl er nur einmal reden konnte, hinterließ sein Auftritt einen starken Eindruck. Denn er protestierte gegen ein Manöver Lozovskijs, der sich direkt nur gegen die „Rechten“ innerhalb der deutschen Partei wandte, damit aber verklausuliert deren vermeintliche russische Gesinnungsgenossen meinte. Statt dessen griff Nin selbst die „rechten“ Gewerkschaftsführer der Sowjetunion (die ja formell noch mit Stalin verbündet waren) zentral an. Er verlangte mehr Einfluß für die sowjetischen Arbeiter und forderte eine Linkswendung der RGI. Dies rief heftige Reaktionen verschiedener Delegierter und auch Lozovskijs hervor.⁵⁰

Eine „Deklaration der lateinamerikanischen Delegation“ gegen seinen „Angriff“ auf

46 Die verschiedenen Briefe finden sich in: RGASPI 534/3/337.

47 Zur Bedeutung dieses RGI-Kongresses, der einen ersten wichtigen Schritt in der stalinistischen ‚Links‘-Wende darstellte, siehe Tosstorff, Profintern, S.656-660.

48 Dort nahm der wichtigste trotzkistische Gewerkschafter, der wegen seiner Oppositionszugehörigkeit Ende 1927 abgelöste Vorsitzende der Lebensmittelarbeiter Samuil Krol' als Mitglied der auf dem vorherigen Gewerkschaftskongress gewählten Leitung teil. Als er jedoch das Wort ergreifen wollte, wurde er niedergebrüllt. Siehe Vos'moj s'ezd professional'nych sojuzov SSSR [10-24 dekabrja 1928g.]. Pol'nij stenografičeskij otčet [Achter Kongress der Gewerkschaften der UdSSR /10.-24. Dezember 1928/. Vollständiger stenographischer Bericht], Moskau 1929, S.206f.

49 Das Vollzugsbüro tagte letztmalig mit seiner Beteiligung am Eröffnungstag des Kongresses, also am 17. März (siehe RGASPI 534/3/295/289). Damit endete dann auch die Tätigkeit – bis zur Neuwahl.

50 Nins Rede siehe in: Protokoll über den 4. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale. Abgehalten in Moskau vom 17. März bis 3. April 1928, Berlin 1928, S.179-183. Die Antworten durch zwei sowjetische Delegierte, einen Bulgaren, einen Italiener und Lozovskij siehe ebenda, S.183-185, 223f., 228-230, 235f., 275f.

die UdSSR wurde präsentiert.⁵¹ Diese Erklärung war natürlich keineswegs spontan zustande gekommen. Man hatte diese Delegierten nur vorgeschoben. Offensichtlich fürchtete man, daß Nin aufgrund seiner langjährigen Kontakte nach Lateinamerika dort ein besonderes Echo finden würde. Ein peruanischer Delegierter hat in seinen Memoiren beschrieben, wie die lateinamerikanischen Delegierten aus einer Kongreßsitzung herausgerufen wurden und ihnen dann ein fertiger Text präsentiert wurde. Nach seiner Darstellung sträubten sich er und mindestens ein weiterer Lateinamerikaner. Dies sei eine Angelegenheit der Russen und betreffe nicht Lateinamerika. Doch schließlich konnte ihnen wohl auch nach einiger Bearbeitung des Textes die Zustimmung mit dem Argument abgerungen werden, bei der Erklärung gehe es vor allem darum, die Solidarität mit der russischen Arbeiterklasse auszudrücken.⁵²

Der mexikanische Maler David Alfaro Siqueiros, der Delegierter war, beschreibt in seinen Memoiren, daß Nins Rede, die einen „wilden Tumult“ hervorgerufen hätte, großen Eindruck auf seinen als Gast teilnehmenden Malerkollegen und damaligen Genossen Diego Rivera gemacht habe. Dessen trotzkistische Sympathien hätten damit begonnen.⁵³ Auch von direkten Kontakten, die Nin am Rande des Kongresses zu einzelnen lateinamerikanischen Delegierten knüpfte und die für die Herausbildung trotzkistischer Oppositionsgruppen bedeutsam waren, wird berichtet.⁵⁴

Zwar hatte Nin in seiner Intervention nur einen kleinen Teil des Oppositionsprogramms aufgegriffen und keine der Forderungen, die sich direkt auf die Partei und die Komintern bezogen, erhoben. Doch fand dieser letzte Auftritt eines Linksoppositionellen vor einem internationalen kommunistischen Forum fast ein halbes Jahr nach dem Ausschluß Trotzkis und der meisten Oppositionellen aus der KPdSU statt. Nin verlor damit allerdings seinen Posten in der RGI. Kurioserweise wurde sein Name noch bis Mai 1929 auf dem Umschlag der deutschen Ausgabe des RGI-Organs „Die Rote Gewerkschafts-Internationale“ als einer der Mitarbeiter aufgeführt.

Immerhin konnte er noch weiterhin im Hotel Lux leben, führte jetzt aber eine prekäre Existenz und mußte sich mit Übersetzungen durchschlagen. Einen Einblick in die Atmosphäre des Hotels wie auch in seine schwierige Lebenssituation liefert die erhaltene Korrespondenz mit seinem spanischen Genossen Joaquín Maurín, 1921 ebenfalls CNT-Delegierter, der nun aus der spanischen KP gedrängt wurde (ohne

51 Siehe ebenda, S.338f.

52 Siehe Julio Portocarrero: *Sindicalismo peruano. Primera etapa 1911-1930*, Lima 1987, S.146f.

53 Siehe David Alfaro Siqueiros: *Man nannte mich den ‚Großen Oberst‘. Erinnerungen*, Berlin (DDR) 1988, S.234f.

54 Siehe Alejandro Gálvez Cancino: *Julio Antonio Mella: Un marxista revolucionario*, in: *Críticas de la economía política* 1986, Nr. 30, S.101-151, hier S.118, und Robert J. Alexander: *Trotskyism in Latin America*, Stanford 1973, S.217.

sich allerdings der trotzkistischen Opposition anzuschließen).⁵⁵ Seit Anfang 1929 wollte Nin weg aus der Sowjetunion, wohl nicht zufällig zur selben Zeit, als Trotzki aus der Sowjetunion verbannt wurde. Er bat seinen alten Genossen aus der RGI, Henk Sneevliet, ihm Asyl in welchem Land Europas auch immer zu besorgen. Diesem gelang es schließlich, mit Hilfe der norwegischen Arbeiterpartei die Aufenthaltserlaubnis für Norwegen zu erhalten.⁵⁶ Doch während Nin noch ein für sich günstigeres Asyl land suchte, wurde er plötzlich Mitte August 1930 in den Zug nach Westen gesetzt. Diese Abschiebung aus heiterem Himmel hatte offensichtlich ihre Ursache darin, daß am 15. August der V. Kongreß der RGI begonnen hatte (der bis zum 30. dauerte). Der Schluß liegt nahe, daß Nin keinen Kontakt mit Delegierten haben sollte. Immerhin gab es offiziell einen italienischen Trotzkisten, der auf dem vierten Kongreß in den Zentralrat – die erweiterte Leitung – gewählt worden war und dessen Anwesenheit trotz Verrenkungen des Apparats nicht verhindert werden konnte.⁵⁷ Die französische und die chinesische Delegationen geben, sicherlich nicht aus eigener Initiative, eine Erklärung ab, in der sie Nins Ausweisung begrüßten. Das sowjetische Proletariat habe ihn schon zu lange erduldet. Interessanterweise wurde diese Resolution nicht in das (deutsche und russische) Protokoll des Kongresses aufgenommen, sondern nur in der „Pravda“ vom 25. August veröffentlicht.

Doch für den Ausgewiesenen war die Lage durch die schon Anfang 1930 erfolgte Absetzung Primo de Riveras, der 1923 in Spanien eine faktische Militärdiktatur – formal blieb es weiterhin eine Monarchie – errichtet hatte, grundlegend verändert: Nin konnte nun direkt nach Spanien zurückkehren. Fast sieben Jahre hatte er mit an der Spitze der Roten Gewerkschafts-Internationale gestanden. Kein anderer Spanier hat in der internationalen Linken eine vergleichbare Führungsposition bekleidet. Insbesondere seine gewerkschaftlichen Erfahrungen und sein Internationalismus waren es, die er nun aus dieser Tätigkeit in vielfacher Weise in den Organisationen, denen er in der Folgezeit angehörte – die trotzkistische Bewegung Spaniens, dann die POUM – einbringen konnte. Eine mehr literarische Auswirkung seiner RGI-Tätigkeit sollten dann die vielen Artikel zu gewerkschaftlichen Fragen darstellen, die er vor allem in der Zeitschrift „Comunismo“ ab 1931 und dann in der POUM-Zeitung „La Batalla“ schrieb. Neben der Herausgabe von Lozovskijs „Programa de

55 Siehe Correspondència Nin - Maurin, in: L'Avenç 1982, Nr. 50 (Juni), S.24-35, Nr. 51 (Juli-August), S.30-39, und 1993, Nr. 166 (Januar), S.24-27. Beide sollten sich dann 1935 politisch in der POUM wiedertreffen.

56 Siehe Perthus, Henk Sneevliet, S.341.

57 Der Italiener Paolo Ravazzoli hatte im Untergrund der faschistischen Diktatur die von ihrer reformistischen Führung im Stich gelassenen italienischen Gewerkschaften reorganisiert. Seit Anfang 1930 bekannte er sich zur trotzkistischen Opposition und war deshalb von der PCI-Führung um Togliatti aus der Partei und den Gewerkschaften (!) ausgeschlossen worden. Dagegen wollte er an den Kongreß der RGI appellieren. Die RGI-Führung sorgte jedoch dafür, daß er von seinem französischen Exil erst so spät in die UdSSR gelangte - im Unterschied zu allen anderen italienischen Delegierten -, daß bereits keine Plenarsitzungen des Kongresses mehr stattfanden. Er konnte nur noch in einer Kommission auftreten. Siehe die Berichte, die die Zeitung der französischen Trotzkisten „La Vérité“ im Sommer 1930 darüber veröffentlichte. Ausführlich zu den Zusammenhängen siehe Pillon, I comunisti, S.218-233. Aber noch gefährlicher für den stalinistischen Apparat wären natürlich alle solche Delegierte geworden, die erst durch Nin für die Opposition gewonnen worden wären.

acción de la Internacional Sindical Roja“ [Aktionsprogramm der RGI], Barcelona 1932, und der von Georgij Plechanovs „Crítica del sindicalismo“ [Kritik des Syndikalismus], Madrid 1934, verdient insbesondere seine Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung „Las organizaciones obreras internacionales“ [Die internationalen Arbeiterorganisationen], Madrid 1933, unsere Wertschätzung.

ROT

UN
BE
IRR
BAR

Zeugen und Zeugnisse einer Familie

Minna Hirschfeld

Rosa Feinstein

Michalina Feinstein

Wladyslaw Leder (Feinstein)

Dan Hirschbaum

Edda Hirschfeld

Anna Hirschfeld

Artur Hirschfeld

Eineinhalb Jahrhunderte Familiensaga

Erzählt und ausgewählt
von Stefan und Witold Leder

+ die geschichte einer großen familie +
+ zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie +
+ herausgegeben von gerd kaiser +

+ 26 euro + 374 seiten + ISBN 3-929390-62-0 +
+ direkt beim verlag und im buchhandel erhältlich +

Anton Semenovič Makarenko – ein Nicht-Kommunist im Dienst der sowjetischen Sicherheitsorgane

Götz Hillig

Auf dem 1. Internationalen Makarenko-Symposion 1966 in Vlotho/Weser, das noch ohne Beteiligung von Fachkollegen aus der UdSSR und der DDR stattfand, überraschte der Marburger Erziehungswissenschaftler Leonhard Froese im Eröffnungsreferat auf seine unverwechselbare Art mit „drei möglichen, aber einander ausschließenden Modellen der Deutung“¹ von Makarenkos Verhältnis zum Kommunismus: „Sind er und seine Pädagogik bedeutsam, *weil, obgleich* oder *indem* er ‚Kommunist‘ war?“² Daß der führende sowjetische Pädagoge, der sich selbst gern als „parteilosen Bolschewik“ bezeichnete, womöglich gar kein Kommunist gewesen ist, konnte man sich damals selbst im Westen nicht vorstellen – um so weniger, als in der zu Beginn der 1950er Jahre erschienenen ersten Auflage der Ausgabe der „Werke“ Makarenkos auch Huldigungen an die Partei und Stalin enthalten sind.³

In dem 1994 publizierten Artikel „Der Untergang der Sowjetunion und die Pädagogik Makarenkos“ beschäftigte sich der Erlanger Erziehungswissenschaftler Wolfgang Sünkel, der sich seit 1965 (zu der Zeit zweifellos noch Marxist) wiederholt zu Anton Semenovič Makarenko (1888-1939) und die von diesem unter der Sowjetmacht in der Ukraine entwickelte, bahnbrechende Pädagogik geäußert hatte, erneut auch mit dessen „Kommunismus“.⁴ In diesem Zusammenhang führte er aus: Bereits „viele jüngst bekanntgewordene Materialien“ scheinen darauf hinauszulaufen, „daß Makarenko weder ein stalinistischer Vollzugspädagoge noch ein heimlicher ‚Reformkommunist‘ war, sondern – überhaupt kein Kommunist in irgendeinem auf das Sowjetsystem bezogenen Sinne“. Vieles deute vielmehr darauf hin, daß „das sowjetkommunistische Moment in seinem Leben und in seinen Texten als unwahr, leer und scheinhaft erkannt werden“ müsse, als „*gigantische Fassade*, durch die getarnt Werk und Wirkung gesellschaftlich ermöglicht werden sollten.“⁵

¹ Wolfgang Sünkel: Im Blick auf Erziehung. Reden und Aufsätze, Bad Heilbrunn 1994, S.212.

² Makarenko-Symposion Vlotho 1966. Protokoll des von der Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft vom 17. bis 20. Februar 1966 im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. Vlotho/Weser veranstalteten internationalen Symposions über A.S. Makarenko. Red.: Leonard Froese/Brigitte Giesübel/Götz Hillig, Marburg 1966, Bl.11.

³ Siehe Anton S. Makarenko: Sočinenija, t. 7, Moskva 1952, S.13-38; dt.: Werke, Bd. 7, Berlin/DDR 1957, S.19-44.

⁴ Wolfgang Sünkel: Der Untergang der Sowjetunion und die Pädagogik Makarenkos, in: Siegfried C. Weitz/Anatolij A. Frolov (Hrsg.): Makarenko in Ost und West II, Marburg 1993, S.7-27; auch in: Sünkel, Im Blick, S.193-207.

⁵ Sünkel, Im Blick, S.212. Siehe auch Götz Hillig: Einige Anmerkungen zu Sünkels „Fassadenhypothese“, mit Seitenblicken auf redaktionelle Eingriffe und Druckfehler, in: Johanna Hopfner/Michael Winkler (Hrsg.): Die aufgegebene Aufklärung. Experimente pädagogischer Vernunft, Weinheim u.a. 2004, S.85-106.

Zum Beweis seiner These führte Sünkel zwei Quellen an. Bei der ersten handelte es sich um eine von der (post)sowjetischen Forschung nach wie vor verschwiegene Aussage Makarenkos aus dem Jahr 1922 im Zusammenhang mit seiner Bewerbung um ein Fortbildungsstudium in Moskau, wo er sich als „parteilos“ bezeichnete, aber zugleich Sympathien für einen wissenschaftlich erst noch zu begründenden Sozialismus bekundete.⁶ Die zweite Quelle war eine Information der Witwe des Pädagogen und Schriftstellers für den sowjetischen Makarenko-Forscher Valentin Vasil'evič Kumarin. Danach hatte Galina Stachievna Sal'ko-Makarenko (1892-1962), die 1933, weil sie keine Mitgliedsbeiträge gezahlt und am Leben ihrer Parteigruppe nicht mehr teilgenommen hatte, „mechanisch“ aus der Bolschewistischen Partei ausgeschlossen worden⁷ oder aber – entsprechend einer anderen Version – „krankheitsbedingt (Tuberkulose) ausgetreten“⁸ war, Ende der 30er Jahre ihren Wiedereintritt in die Partei erwogen und dies ihrem Mann mitgeteilt, der daraufhin drohte: „Wenn du in diese Kolchose zurückgehst, häng' ich mich auf!“⁹ In der dokumentarisch belegten, von Sünkel allerdings nicht erwähnten Tatsache, daß Makarenko dann im Februar 1939 – nachdem er für seine Verdienste um die sowjetische Literatur (und nicht die Pädagogik!) mit einem Orden ausgezeichnet worden war – selbst einen solchen Aufnahmeantrag stellte, und zwar sechs Wochen vor seinem plötzlichen Tod im Alter von erst 51 Jahren, sah Kumarin einen Versuch Makarenkos, sein Werk in schwieriger Zeit abzusichern.¹⁰ Die entsprechenden Ausführungen unseres gemeinsamen Kollegen und Freundes waren Sünkel sicher bekannt und werden ihn zum Nachdenken über Makarenkos Opportunismus angeregt haben. Wie dessen Bruder Vitalij (1895-1983) bezeugte, war Anton S. Makarenko (vermutlich 1906-07) „Kandidat“ der damals populären Partei der Sozialrevolutionäre gewesen. Nach der Ausschaltung dieser nichtmarxistischen sozialistischen Partei von der Staatsmacht im Jahr 1918 hatte Makarenko diesen Makel in seiner Biographie wohlweislich verschwiegen.

Der „postmarxistische“ Sünkel schrieb nun, daß es zur endgültigen Klärung der Hypothese von Makarenkos „Fassadenkommunismus“ noch „historisch-biographischer Feinarbeit“ bedürfe, deren Bedeutung für die Interpretation

⁶ Siehe die deutsche Übersetzung in: Götz Hillig (Hrsg.): Makarenko-Materialien III. Quellen zur Biographie des jungen Makarenko (1888-1920), Marburg 1973, S.35. Aufgrund einer Initiative Edgar Günther-Schellheimers wurde die entsprechende, auch in der letzten sowjetischen Makarenko-Ausgabe „Pedagogičeskie sočinenija“ (t. 1, Moskva 1983, S.10) getilgte Textstelle in die dt. Übers. dieser Edition (Pädagogische Werke, Bd.1, Berlin/DDR 1988, S.20) doch noch aufgenommen, und zwar mit ausdrücklicher Zustimmung der Moskauer, durch die Perestrojka geläuterten Herausgeber mit Brief vom 15.12.1987; persönliche Mitteilung Edgar Günther-Schellheimers gegenüber dem Verf. Siehe auch Hinweise zur deutschen Ausgabe (ebenda, S.13).

⁷ Siehe Aleksandr Abarinov/Göte Chillig [Hillig]: Ispytanie vlast'ju. Kievskij period žizni Makarenko (1935-1937 gg.) [Versuchung der Macht. Die Kiewer Periode im Leben Makarenkos (1935-1937)], Marburg 2000, S.188.

⁸ Ebenda, S.33.

⁹ Götz Hillig/Valentin V. Kumarin: Ergänzungen zum Porträt Anton S. Makarenkos. Götz Hillig im Gespräch mit Valentin Kumarin. Marburg, 2. November 1988, Marburg 1989, S.47f.

¹⁰ Siehe ebenda, S.40.

pädagogisch relevanter „makarenkinischer“ Aussagen in der Vergangenheit auch von ihm unterschätzt worden sei.¹¹

Makarenkos „Fassadenkommunismus“

Zur Stützung der Sünkelschen (eigentlich: Kumarin-Sünkelschen) Hypothese ließen sich, in „historisch-biographischer Feinarbeit“ (Sünkel), tatsächlich einige zusätzliche Materialien ausfindig machen und andere, bereits bekannte, neu interpretieren.

So schrieb Makarenko am 20. Mai 1928 seiner späteren Frau – dieser Briefwechsel wurde erst in den 1990er Jahren freigegeben und in einer gemeinsamen Moskau-Marburger Edition erschlossen¹² – unter Aufnahme kritischer Ausführungen Maksim Gor’kij’s über „weiße“ (konterrevolutionäre) Emigranteliteratur: „Mir wird plötzlich klar, daß es jene unsympathischen, ja erbärmlichen Charakterzüge der Emigrantelntelligenz, die Gor’kij da anprangert, latent auch bei der heutigen Intelligenz gibt, die an der Macht ist. Wie ließe sich sonst unsere bemerkenswerte Dummheit, unsere Unfähigkeit, den Verstand als ein präzises Werkzeug zu gebrauchen, unsere ständige Verlogenheit, Streitsucht und Liebedienerei erklären? Das alles sind allgemeine Charakterzüge von uns, und ich hasse sie gleichermaßen, ob es sie nun im Ausland gibt oder bei uns. Deshalb hasse ich die gesamte russische Intelligenz. Und meines Erachtens muß man auf Schritt und Tritt gegen sie ankämpfen. Ich bin überzeugt, daß darin und nur darin die Rettung der bolschewistischen Idee liegt.“¹³

Andererseits bezeugte Oleg Konstatinovič Kononenko, Absolvent der Arbeiterfakultät der Dzeržinskij-Kommune, bei einem unserer Gespräche 1994 in Boonton (New Jersey), daß Makarenko, den er als „leidenschaftlichen Antikommunisten“ charakterisierte, in der Kommune einen kleinen Kreis Gleichgesinnter um sich geschart hatte, die auch über politische Fragen offen miteinander diskutierten – über die Situation in der UdSSR, die Lage der Intelligenz und darüber, ob es richtig war, nach dem Oktoberumsturz im Lande zu bleiben oder aber, wie Makarenkos Bruder, zu emigrieren. Teilnehmer dieser konspirativen Sitzungen waren parteilose Mitarbeiter der Kommune, darunter Makarenkos bester Freund jener Jahre, Konstantin Semenovič Kononenko (Olegs Vater), ein ehemaliger Menschewik, der 1930 wegen „Sabotage der Kollektivierung der Landwirtschaft“ zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt und zur Strafverbüßung 1932 als Leiter des Finanzbereichs in die Dzeržinskij-Kommune geschickt worden

¹¹ Sünkel, Im Blick, S.213.

¹² „Ty naučila menja plakat’...“. Peregiska Anton S. Makarenko s ženoi (1927-1939). V dvuch tomach. Sostavlenie i kommentarii Gëtc Chilliga i Svetlanoi S. Nevskoj, [„Du hast mich gelehrt zu weinen...“ Briefwechsel A. S. Makarenkos mit seiner Frau (1927-1939). In zwei Bänden. Zusammenstellung und Kommentare von Götz Hillig und Svetlana Nevskaja] t. 1, Moskva 1994; t. 2, Moskva 1995.

¹³ Bei Gor’kij’s Text handelt es sich um ein Vorwort, veröffentlicht in der „Pravda“ vom 11.5.1928, hier zit. nach Götz Hillig: Makarenko und der Stalinismus, in: Neue Sammlung, 1996, H. 2, S.287-301, hier: S.288.

war.¹⁴ Zu diesem Diskussionszirkel gehörte auch ein ehemaliges Parteimitglied – Makarenkos Frau Galina S. Makarenko.

In Kiev, getrennt von Konstantin S. Kononenko, vertraute Makarenko seine Gedanken und Beobachtungen für mögliche künftige literarische Projekte dem Notizbuch an. Dieses sehr persönliche Quellenmaterial war früher nur auszugsweise bekannt; soweit es erhalten geblieben ist, wurde es der Forschung erst in den 1990er Jahren zugänglich. Über den Terror – ein dem Pädagogen und Schriftsteller aus seinem familiären und beruflichen Umfeld durchaus vertrautes Problem – äußerte er sich dort verständlicherweise nur reserviert. Ein solches Thema war für belletristische Werke auch kaum geeignet, zumal Makarenko nicht zu jenen gehörte, die gegebenenfalls für die Schublade schrieben. In einem der Notizbücher findet sich jedoch – zu Papier gebracht wenige Tage nach der Rede Stalins auf der 1. Gesamtsowjetischen Beratung der Stachanov-Arbeiter (17. November 1935), die den bekannten Ausspruch enthielt: „Es lebt sich jetzt besser, Genossen, es lebt sich jetzt fröhlicher“ – der folgende Eintrag: „Thema. Im Himmel wurde folgendes bemerkt: Man hatte völlig vergessen, dem Paradies entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken. Je besser und aktueller die Hölle organisiert war, desto schlampiger und nachlässiger stand es um das Paradies. Die Ausarbeitung eines Sortiments der Freuden hatte man dabei in grober Weise vernachlässigt. Die Reorganisation des Paradieses – was für ein Thema! Man muß ihm Vergnügungen hinzufügen, die dem Verstand leicht zugänglich sind. Im Schoße der Natur liegen und den lieben Gott bewundern – wer kann sich damit schon zufrieden geben?“¹⁵

Ein Jahr später notierte Makarenko, in Verbindung mit der Verabschiedung der Stalinschen Verfassung auf dem Außerordentlichen 8. Sowjetkongreß, während einer Versammlung Leningrader Schriftsteller und von den übrigen Eintragungen im Notizbuch durch eine schöne kirchenslawische Schrift deutlich abgesetzt: „Das Wohlbefinden des Menschen in der klassenlosen Gesellschaft. Das ist ein äußerst breites Thema. Der Wegfall des Empfindens übergeordneter, nach unten drückender Klassen ist eine neue Form der Freiheit, die noch niemand aufgezeigt hat. Es gibt neue Erscheinungen der Harmonie des Menschen, die man aufzeigen muß. Das ist um so mehr *unsere* Aufgabe, *weil wir noch eine andere Freiheit gekannt haben*.“¹⁶

Ungewöhnlich ist auch die folgende, fast prophetische Eintragung vom Januar 1936: „Aus einem Gespräch.

[...] ‚Man sollte nicht das miteinander vergleichen, was ist und was war, sondern das, was ist und was sein könnte.‘

‚Aber wir wissen doch gar nicht, was sein könnte.‘

‚Ja eben, und das bedeutet, daß kein Vergleich möglich ist.‘

¹⁴ Siehe Götz Hillig/Vasyl Maročko (Hrsg.): Svideleľ'stva iskrennej družby. Vospominanija K. S. Kononenko o Anton S. Makarenko [Zeugnisse einer wahren Freundschaft. Die Erinnerungen K. S. Kononenkos an A. S. Makarenko], Marburg 1997.

¹⁵ Zit. nach Abarinov/Chillig, Ispytanie, S.190 (Übers., wie auch der folgenden Notizbuchauszüge, aus d. Russ.: Edgar Günther-Schellheimer).

¹⁶ Zit. nach ebenda. (Hervorhebungen durch die Verf.).

[...] Weiterentwicklung des Themas:

Zu Beginn der Revolution: ‚Das Leben nimmt sich, was ihm zusteht.‘ Das bedeutet: Früher oder später werden die Bolschewiki verschwinden, und anstelle dessen wird es irgendein Leben geben, wohl eine Art Bürokratie oder etwas ähnliches.¹⁷

Valentin Kumin, der 1960 – noch zu Lebzeiten der Witwe – Auszüge aus Makarenkos Notizbüchern veröffentlichte und hierfür als erster und wohl auch einziger Einblick in diese Quelle erhielt, erinnerte sich an eine weitere politisch brisante Notiz (das entsprechende Original wurde von Galina S. Makarenko später ganz offensichtlich vernichtet, denn es befindet sich nicht in den in Moskau und Kremenčug archivierten Notiz- und Tagebüchern): „Nun ja, wir errichten die lichte Zukunft. Aber lohnt sich denn diese Zukunft, wenn die heutige Generation in Armut darbt, Läuse knackt und ein jämmerliches Leben führt?“¹⁸

Ein anderer Eintrag bezieht sich auf die auch Makarenko tangierende Frage nach der Parteizugehörigkeit eines sowjetischen Bürgers. Diese Notiz von September 1935 über „das formelle Herangehen an die Frage des Eintritts in die Partei“ vermag vielleicht eine Erklärung dafür geben, weshalb er selbst erst 1939 einen Antrag zur Aufnahme in die KPdSU(B) gestellt hat: „Man kann sich jemanden vorstellen, der einer Sache völlig ergeben ist, aber nicht in die Partei eintritt, weil es sich so leichter arbeiten läßt.“¹⁹

Makarenko über die Tschekisten

Ein von Sünkel überraschenderweise ausgeklammertes Thema betrifft Makarenkos Verhältnis zum sowjetischen inneren Sicherheitsdienst Tscheka (eigentlich ČK/VČK) bzw. zur GPU und zum NKVD²⁰, zu deren Aufgaben ja auch die Bekämpfung der Kinder- und Jugendverwahrlosung gehörte.²¹ Was hatte er mit diesen von den Bolschewiki zum Machterhalt geschaffenen Institutionen zu tun, wann, wie und weshalb bekannte er sich zur Arbeit der „Tschekisten“ und unterstrich deren Relevanz für sein Verständnis von Erziehung? Ab wann und weshalb ließ er später davon wieder ab?

In Teil 1 von Makarenkos Hauptwerk „Ein pädagogisches Poem“ (in Deutschland auch als „Der Weg ins Leben“ bekannt), wird im Kapitel „Die Eroberung des Komsomol“ der GPU eine entscheidende Rolle bei der Gründung einer Zelle des Kommunistischen Jugendverbandes in der Gor’kij-Kolonie bereits im Jahr 1923 zugeschrieben. Vertreter des Sicherheitsdienstes, deren Schlitten – durch Verschulden der Kolonie – auf der Landstraße in einen „Verkehrsunfall“ verwickelt worden war (ihr Pferd hatte angesichts der unerwarteten Begegnung mit einem

¹⁷ Zit. nach ebenda.

¹⁸ Hillig, Ergänzungen, S.49.

¹⁹ Ebenda, S.48.

²⁰ Čeka – Außerordentliche Kommission, VČK – Allrussische Außerordentliche Kommission, offizielle Bezeichnungen der von Dzeržinskij geleiteten Organs „zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage“ in der RSFSR (bis 1922); Nachfolgeorganisation: OGPU – Vereinigte Staatliche politische Verwaltung bzw. GPU (in den anderen Unionsrepubliken); NKVD – Volkskommissariat des Inneren.

²¹ Siehe dazu auch Götz Hillig: Makarenko und das NKVD, in: Pädagogik und Schulalltag, 1991, H.5, S.514-528.

Kamel gescheut), setzten sich erfolgreich dafür ein, daß die lokale Komsomol-organisation ihre Bedenken gegen minderjährige „Rechtsbrecher“, Makarenkos Klientel, aufgab und der Gründung einer kolonieeigenen Zelle zustimmte. In dieser Episode hatten westliche Makarenko-Interpreten seit den 1950er Jahren einen Beweis dafür gesehen, daß der Leiter der Gor'kij-Kolonie schon sehr früh mit dem Sicherheitsdienst in Verbindung stand. Doch in Wirklichkeit war es zur Etablierung einer kommunistischen Jugendorganisation in Makarenkos Kolonie erst 1925 gekommen, und zwar im Gefolge einer Entscheidung auf höchster Ebene: in die Gor'kij-Kolonie einen Politleiter (Luka Tichonovč Koval') zu entsenden, auch als Kontrolleur des allzu eigenmächtigen Kolonieleiters. Bis dahin hatte sich Makarenko der politischen Instrumentalisierung seiner Erziehungseinrichtung erfolgreich widersetzen können.

Nach seinem Wechsel von der Gor'kij-Kolonie, die zuletzt der Volksbildungsadministration des Bezirks Char'kov unterstand, zu der von den Sicherheitsorganen der Ukraine gegründeten Dzeržinskij-Kommune bezeichnete Makarenko im Brief an Gor'kij vom 25. Februar 1928, in dem er seinen in Italien lebenden Patron über diese Veränderungen informierte, die GPU als „eine Einrichtung von hervorragender Präzision“.²² Bereits drei Wochen später mußte er allerdings erfahren, wie sich auf einer speziellen Sitzung im Ukrainischen Forschungsinstitut für Pädagogik (UNDIP) zur Beurteilung der von ihm erstellten Erziehungspläne, neben den pädagogischen Wissenschaftlern auch ein Tschekist als Mitglied des Vorstandes der Kommune zu seinen entschiedenen Opponenten zählte.²³

Der Korrespondenz Makarenkos mit seiner Frau sowie weiteren Quellen läßt sich entnehmen, daß er wiederholt versucht hat, die Dzeržinskij-Kommune „hinzuschmeißen“ und außerhalb der Ukraine eine andere Aufgabe zu finden – das erste Mal bereits im September 1929, als der Tschekist Petr Iosifovič Barbarov zum Politleiter der Kommune²⁴ und damit, einem Kommentar Galina S. Makarenkos zufolge, zur „Aufsicht über den parteilosen A. S.“ ernannt wurde.²⁵ Das war drei Jahre nach der Gängelung in der Gor'kij-Kolonie durch Koval'.

Im NKVD der Ukrainischen SSR

Im Juli 1935 wurde Makarenko aus Char'kov nach Kiev, der neuen Hauptstadt der Ukrainischen SSR, versetzt. Er wurde Leiter des Bereichs Unterricht und Erziehung der zur „endgültigen Liquidierung“ der Kinder- und Jugendverwahrlosung im Innenkommissariat gegründeten Abteilung Arbeitskolonien sowie Stellvertreter („Gehilfe“) des Abteilungsleiters. Dort entstanden auch die letzten Kapitel von Teil 3 des „Pädagogischen Poems“, wo es heißt, bei den Tschekisten habe der Autor

²² Perepiska A. S. Makarenko s M. Gor'kim. Akademičeskoe izdanie [Makarenkos Briefwechsel mit Gor'kij. Kritische Ausgabe]. Besorgt v. Götz Hillig in Verbindung m. Svetlana S. Nevskaja, Marburg 1990, S.51.

²³ Siehe Götz Hillig (Hrsg.): Auf dem Gipfel des „Olymp“. Dokumentation über Makarenkos Konflikt mit Vertretern der ukrainischen „Sozialerziehung“ (Februar/März 1928), Marburg 1991.

²⁴ „Ty naučila menja plakat'...“, t.2, S.7-9.

²⁵ Archiv des Makarenko-Referats Marburg.

„eine wirkliche Gemeinschaft“ vorgefunden, nach der er jahrelang gesucht hatte.²⁶ Und ein Jahr später formulierte Makarenko, leicht ironisch, in einem Nachruf auf seinen Mentor Maksim Gor'kij, die Tschekisten hätten seine „obdachlose Pädagogik ‚aufgegriffen‘“ und „ihr die Möglichkeit zur vollen Entfaltung gegeben“.²⁷

Einer von ihnen war Aleksandr Osipovič Bronevoj. Er hatte 1930 die juristische Untersuchung gegen den Finanzexperten Konstantin S. Kononenko geleitet und ihn zwei Jahre später in die Dzeržinskij-Kommune überstellen lassen. Im „Pädagogischen Poem“ wird Bronevoj als Organisator der kommuneeigenen Fotoapparateproduktion als einziger Mitarbeiter der GPU namentlich erwähnt (wenn auch nur in den beiden ersten, 1936 erschienenen Ausgaben dieses Werks²⁸). Im April 1938 wurde er, damals Stellvertreter des Volkskommissars für Gesundheitswesen der Ukrainischen SSR, als „Trotzkist“ verhaftet und im Oktober 1939, somit bereits nach Makarenkos Tod, zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt (er ist 1940 in einem Lager verstorben).²⁹ Der Pädagoge und Schriftsteller hatte ihm in dem Theaterstück „Dur“ (1935) mit der Figur „Krejcer“ ein literarisches Denkmal gesetzt: „Groß, schlank, in militärischer Uniform. Immer gut gelaunt, sogar dann, wenn er zornig ist. Selbstsicher, von großer Willensstärke. 36 Jahre alt.“³⁰

Persönlichen Aufzeichnungen von Makarenkos Witwe läßt sich jedoch entnehmen, daß dessen Verhältnis zu den Tschekisten im Umfeld der Kommune keineswegs so gut war, wie er das glauben machen wollte. Den Tschekisten Bronevoj, der im September 1932 den Vorsitz des Kommune-Vorstandes übernommen hatte, bezeichnete Galina S. Makarenko als „die wohl schillerndste Figur“. Während des Festaktes zum fünfjährigen Bestehen der Dzeržinskij-Kommune (Dezember 1932) habe er „das Rednerpult erklommen und in seiner Ansprache Anton folgendes entgegengeschleudert: ‚Makarenko soll ja nicht glauben, daß *er* die Kommune geschaffen hat. Natürlich kennen wir seine Arbeit, aber wir Tschekisten waren es doch, die Makarenko geschaffen haben.“³¹

Als er im September 1935 das letzte Kapitel des „Pädagogischen Poems“ („Epilog“) zu Papier brachte, formulierte Makarenko im Zusammenhang mit dem Untergang der Gor'kij-Kolonie, für den er nun die „Götter des pädagogischen Olymps“, also die Erziehungswissenschaftler aus dem UN DIP, verantwortlich machte: „Kollektive können, wie die Menschen, nicht nur an Altersschwäche sterben, sie können in der vollen Blüte ihrer Kräfte, Hoffnungen und Träume umkommen, sie können im Verlauf eines einzigen Tages von Bakterien umgebracht werden, wie diese einen Menschen umbringen können. Und in künftigen Büchern wird man beschreiben, welche Pulver und Desinfektionen man gegen diese Bakterien anwenden muß. Doch

²⁶ Siehe Anton S. Makarenko: Gesammelte Werke. Marburger Ausgabe, Bd. 5, Stuttgart 1982, S.232-234.

²⁷ Ebenda, Bd. 7, Ravensburg 1976, S.191.

²⁸ Siehe ebenda, Bd.5, S.254f.

²⁹ Siehe Juri Šapoval/Volodymyr Prystajko/Vadym Zolotar'ov: ČK – GPU – NKVD v Ukrajinі: osoby, fakty, dokumenty [ČK – GPU – NKVD in der Ukraine. Personen, Fakten, Dokumente], Kyjiv 1997, S.444.

³⁰ Makarenko, Gesammelte Werke, Bd. 7, S.61.

³¹ Hillig, Ergänzungen, S.56.

schon jetzt ist bekannt, daß die kleinste Dosis NKVD in ähnlichen Fällen eine sehr gute Wirkung hat. Ich selbst konnte erleben, wie schnell in Čajkin der Professor krepierete, als sich ihm ein Bevollmächtigter der GPU näherte, wie schnell seine Gelehrtenmantille Falten bekam, wie der vergoldete Heiligenschein von seinem Haupt abfiel und mit hellem Klang über den Fußboden rollte und wie einfach sich der Professor in einen ganz gewöhnlichen Bibliothekar verwandelte. Mir wurde das Glück zuteil zu beobachten, wie auf dem ‚Olymp‘ alles zu wimmeln begann und auseinanderkrabbelte, wie man sich vor den giftigen Pulvern der Tscheka-Desinfektion zu retten versuchte, wie die dünnen Beinchen der einzelnen Käfer zu zappeln begannen, wie sie auf dem Weg zu den Ritzen und zu einem feuchten Winkel dahinstarben, ohne auch nur eine einzige Sentenz von sich zu geben. Ich bedauerte das nicht, und ich wand mich auch nicht vor Mitgefühl, denn zu der Zeit war ich schon darauf gekommen: Das, was ich für den Olymp gehalten hatte, war nichts anderes als jene Brutstätte von Bakterien, die vor einigen Jahren meine Kolonie zerstört hatte.“³²

Als Prototyp des Professor Čajkin gilt in der Makarenko-Literatur der Gründungsdirektor des UNIP Aleksandr Ivanovič Popov, der 1931 und 1937 als „ukrainischer Nationalist“ festgenommen wurde, aber aufgrund seiner Zusammenarbeit mit den „Organen“ nach jeweils etwa einjähriger Untersuchungshaft wieder freikam, sich später, im 2. Weltkrieg, den Deutschen anschloß und über Bayern in die USA emigrierte. Die hier wiedergegebenen Ausführungen lassen jedoch darauf schließen, daß in diese Figur auch Züge einer anderen Person eingeflossen sind, die im Forschungsinstitut erst in den 30er Jahren gearbeitet hat, und zwar als Direktor der Erziehungswissenschaftlichen Bibliothek. Im Jahre 1928 war dieser als Leiter der Char’kover Volksbildungsadministration an einer Kampagne gegen die Gor’kij-Kolonie beteiligt gewesen, die schließlich zu Makarenkos Absetzung als Leiter dieser Resozialisierungseinrichtung geführt hatte: Semen Dement’evič Strel’bickij. Daß dieser 1937 wegen angeblicher „aktiver Spionagetätigkeit zugunsten Deutschlands“ verhaftet, zum Tode verurteilt und erschossen werden würde,³³ konnte Makarenko bei der Niederschrift natürlich nicht vorhersehen.³⁴

Aufgrund der positiven Ausführungen über die Tscheken im abschließenden Teil des „Pädagogischen Poems“ wurde Makarenko von Gor’kij zum Schreiben eines literarischen Werks speziell über dieses Thema angeregt. Der „proletarische Schrift-

³² Makarenko, Gesammelte Werke, Bd. 5, S.251f.

³³ Siehe Götz Hillig: Verblaßte Gesichter, vergessene Menschen... 28 Porträts von „Freunden“ und „Feinden“ A.S. Makarenkos, Bremen 1999, S.179-186.

³⁴ Diese Textstelle ist übrigens nur in den beiden ersten, im Frühjahr 1936 erschienenen Ausgaben von Teil 3 des „Pädagogischen Poems“ enthalten. Man kann allerdings davon ausgehen, daß die Tilgung jener Episode wie auch anderer „zu drastischer Stellen“ aus dem „Poem“ in der ersten einbändigen Ausgabe aller drei Teile (1937) auf Makarenko selbst bzw. dessen Frau zurückging (siehe Viktor Gmurman: Iz besed o nem... [Aus Gesprächen über ihn ...], in: Narodnoe obrazovanie, 1963, Nr. 2, S.101). Es war die Zeit nach dem ersten „Moskauer Prozeß“ im August 1936 mit den umgehend vollstreckten Todesurteilen gegen alle Angeklagten, als der Bevölkerung der UdSSR die Aktivitäten des NKVD nachdrücklich vor Augen geführt worden waren.

steller“, dem ein unkritisches, ja naives Verhältnis zu den Zwangsarbeitslagern von GPU/NKVD nachgesagt wird (die dort angeblich bewerkstelligte „Umschmiedung“ krimineller und politischer Häftlinge setzte er mit der Resozialisierung minderjähriger Rechtsbrecher in Einrichtungen wie der Gor’kij-Kolonie und der Dzeržinskij-Kommune gleich), hatte bereits 1934, und zwar im Zusammenhang mit dem damals gerade abgeschlossenen Teil 2 des „Poems“, dem Pädagogen erklärt, er brauche bezüglich seiner Erziehungsmethode „gar nicht besonders scharf zu polemisieren“, „da diese sich am Weißmeer-Ostsee-Wasserweg [Belomorkanal – G. H.] und an der Pečora bestätigt“ habe.³⁵ Am 8. Oktober 1935 schrieb Gor’kij nun, unter Aufnahme eines Bibelzitats (Joh. 19, 38): „Ich erinnere Sie an das, was Sie im ‚Poem‘ über die ‚Tschekeiten‘ gesagt haben. Genossen dieses Schlags schätze und verehere ich genauso wie Sie. Bei uns hat man wenig und schlecht über sie geschrieben, und nicht etwa aus Bewunderung für Helden, sondern, wie es scheint, aus ‚Furcht vor den Juden‘ [d.h. vor der Obrigkeit – G.H.]. Sie selbst sind leider bescheiden und sprechen von sich durch beredtes Schweigen. Es wäre sehr gut, wenn Sie sich die Leute vom Volkskommissariat des Inneren einmal etwas genauer ansehen und dann eine Skizze oder eine Erzählung ‚Ein Tschekeit‘ schreiben würden. Versuchen Sie es! Sie lieben doch das Heroische und verstehen, es darzustellen.“³⁶ Makarenko konnte sich mit diesem Vorschlag offenbar nicht so recht anfreunden. Am 22. Oktober berichtete er Kononenko, Gor’kij habe ihn zu einer solchen Erzählung „zu überreden versucht“. In der Folgezeit widmete er sich statt dessen einem damals gerade begonnenen anderen literarischen Projekt.³⁷ Die erwähnten Ausführungen Makarenkos von 1935 über die Wirksamkeit von „Tscheka–Desinfektionen“ lassen sich also seiner bolschewistischen „Maske“ bzw. „Fassade“ im Sinne Sünkels zuordnen.

Anfang August 1936 referierte Makarenko im Zentralen Forschungsinstitut für Pädagogik in Moskau. Während er die Erziehungswissenschaftler in ungewöhnlicher Weise kritisierte, würdigte er die pädagogischen Erfahrungen der Tschekeiten: „Das NKVD schafft, allein auf Marx und nicht auf die pädagogische Theorie gestützt, Menschen. Doch die pädagogische Theorie ignoriert die Praxis des NKVD, aber nur bei uns ist das Marxsche Prinzip der Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit konsequent verwirklicht worden.“ „Die Schaffung einer wirklichen pädagogischen Technik – das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Es gibt ein jahrhundertaltes pädagogisches Erbe, das wir nutzen. Die Gedanken der großen Pädagogen sind nur Ästhetik, aber keine Technik. Sie sind verpflichtet, eine neue pädagogische Technik zu schaffen, ohne sich mit dem zu begnügen, was Pestalozzi uns gegeben hat. Nehmen Sie sich den Tschekeiten zum Vorbild und nicht Pestalozzi!“³⁸

Diese in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten niemals publizierte Formulierung Makarenkos unterschied sich von seinen Ausführungen auf

³⁵ Perepiska A. S. Makarenko s M. Gor’kim, S.80.

³⁶ Ebenda, S.96.

³⁷ Siehe Abarinov/Chillig, Ispytanie, S.45, 59f.

³⁸ Siehe ebenda, S.128f.

Diskussionen mit Lesern des „Pädagogischen Poems“, wie sie an den vorangegangenen Tagen in der sowjetischen Hauptstadt stattgefunden hatten, radikal. Der Umschwung läßt sich eigentlich nur dadurch erklären, daß Makarenko unmittelbar vor der Veranstaltung im Zentralen Forschungsinstitut von der Verhaftung seines Vorgesetzten in der Abteilung Arbeitskolonien des ukrainischen NKVD, Lev Solomonovič Achmatov, erfahren haben muß. Diese war am 31. Juli 1936 und somit noch vor seiner Rückreise nach Kiev erfolgt.³⁹ Für die erste und bisher einzige Publikation der Mitschrift eines Zuhörers von Makarenkos Ausführungen wurde der letzte Satz für den Druck (1969) übrigens geändert und damit für sowjetische Leser „erträglicher“: „Und bei unserer Arbeit müssen wir uns den Bolschewiken zum Vorbild nehmen und nicht Pestalozzi.“⁴⁰

Am 27. August 1936, unmittelbar nach dem ersten Moskauer Prozeß gegen das „trotskistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum“ erschien in der „Literaturnaja gazeta“ eine Rezension Makarenkos zu einem Buch über die Jagoda-Kommune des NKVD in Bolševo bei Moskau. Unter Aufnahme von Gor’kij’s Worten aus dem Jahr 1933 zur Relevanz des Experiments der nach dem Schriftsteller benannten Kolonie schrieb Makarenko: „Leider werden diese zehnjährigen pädagogischen Erfahrungen der Tschekisten, glänzende Erfahrungen von Weltbedeutung, aus überaus sonderbaren Gründen von der pädagogischen Literatur ignoriert. Ich kenne kein einziges Buch, das sich mit der Analyse der Ergebnisse dieser Erfahrungen beschäftigt.“ Makarenko schlug vor, den Band „Die Bolševoer“ auch in Fremdsprachen herauszubringen: „Da ist ein sehr gutes und nützliches Buch geschrieben worden. Es wurde mit Liebe und Talent geschrieben. Im Ausland müßte das Buch einen noch größeren Eindruck machen als bei uns; in ihm kommt wunderbar überzeugend unsere Philosophie vom Menschen zum Ausdruck, in ihm werden die Wurzeln des proletarischen Humanismus sehr gut aufgezeigt.“⁴¹

Jagoda, dessen Name die Bolševoer Kommune seit 1935 trug, wurde bereits einen Monat nach der Veröffentlichung von Makarenkos Rezension vom Posten des Volkskommissars des Inneren der UdSSR abgesetzt. Ende März 1937 wurde er verhaftet und 1938 im dritten Moskauer Prozeß gegen den „Block der Rechten und Trotskisten“ zum Tode verurteilt und anschließend erschossen. Makarenko selbst oder aber seine Witwe entfernten daraufhin den Artikel „Die Bolševoer“ vorsorglich aus dem Privatarchiv.⁴²

Makarenko entschied nun, sich künftig mehr schriftstellerischen Vorhaben zu widmen.

³⁹ Siehe ebenda, S.129.

⁴⁰ Ebenda, S.128.

⁴¹ Makarenko, Gesammelte Werke, Bd. 7, S.204-207.

⁴² Der Artikel blieb (wie auch andere, der „Bereinigung“ des Nachlasses zum Opfer gefallene publizistische Beiträge) von der sowjetischen Forschung lange Zeit unbeachtet - bis zum Augenblick seiner „Auferstehung“ (Faksimile-Nachdruck) in der Marburger Ausgabe der Gesammelten Werke Anton Makarenkos (Bd. 7, S.204-207).

Am 17. September 1936 wurde er auf eigenen Wunsch von seiner alten Funktion in der Abteilung Arbeitskolonien entbunden und zum Oberinspektor und Berater für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit dieser Abteilung ernannt.⁴³ Als er Ende Oktober 1936 zu Vorträgen nach Moskau fuhr, kleidete er sich in die Uniform des Gehilfen eines Abteilungsleiters des NKVD, die erst am 25. Juni 1936 für das Personal sowohl der Hauptverwaltung Lager (GULAG) als auch der Abteilung Arbeitskolonien eingeführt worden war (für Makarenkos neue Funktion war keine spezielle Uniform vorgesehen): blaue militärische Jacke mit Reithosen, die in ledernen Stiefeln steckten, langer Uniformmantel ohne Gürtel, schwarze Schirmmütze mit dunkelblauem Rand und einem Abzeichen aus weißem Email mit Hammer und Sichel; auf den Kragenrevers der Jacke – kornblumenblau umsäumte Knopflöcher mit einem silbernen Streifen und zwei silbernen Sternen.⁴⁴ Aus dem Umstand, daß Makarenko in der sowjetischen Hauptstadt eine Uniform trug, könnte man auf Stolz und Respekt gegenüber den Tschekisten schließen. Oder war es der geschickte Versuch eines Selbstschutzes nach Jagodas Absetzung? Viel banaler ließe sich das aber auch mit dem Fehlen eines guten Anzugs erklären, woran Makarenko Zeit seines Lebens unter der Sowjetmacht litt, und, damit verbunden, mit seiner Neigung zu militärischer Straffheit bezüglich der Kleidung, wogegen er unter dem Zaren bekanntlich stets korrekt angezogen gewesen war und sogar einen eigenen Schneider gehabt hatte.⁴⁵

In einer der Veranstaltungen in Moskau antwortete Makarenko auf die Frage eines Zuhörers nach seinen „Beziehungen zur pädagogischen Welt“: „Momentan habe ich mich im NKVD aus der pädagogischen Welt einfach deshalb irgendwie ganz zurückgezogen, weil wir unsere eigene pädagogische Welt haben. Die Tschekisten absolvieren keine Pädagogischen Fach- und Hochschulen, aber sie leisten eine große erzieherische Arbeit. Das kann man auf Schritt und Tritt beobachten. Sie erziehen nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene. Einstweilen bin ich mit dieser pädagogischen Welt völlig zufrieden. Natürlich bin ich gezwungen, mich hin und wieder mit Pädagogen vom Fach zu treffen. Ich muß gestehen: So sehr ich mich auch bemühe, ihnen wohlwollend und aufgeschlossen zu begegnen, so sind sie mir gegenüber doch auch weiterhin aus irgendeinem Grunde voreingenommen. Echten Frieden zwischen uns gibt es nicht.“⁴⁶

⁴³ Siehe Abarinov/Chillig, *Ispytanie*, S.162.

⁴⁴ Siehe ebenda, S.162-164.

⁴⁵ Als Bestätigung dieser These könnte eine, wohl im September 1936 auf dem Balkon seiner Kiever Wohnung aufgenommene Fotografie dienen, die Makarenko in der neuen Uniform zeigt – noch ohne die Kokarden des NKVD, statt dessen mit dem Abzeichen „Roter Held der Arbeit“, das ihm 1925 vom ukrainischen Volkskommissariat für Bildungswesen zum fünfjährigen Bestehen der Gor'kij-Kolonie verliehen worden war, doch in der Öffentlichkeit schon längst nicht mehr getragen werden durfte. Das Original dieser Aufnahme befindet sich im Foto-Kino-Archiv der Ukraine. Es stammt wohl von einem Pressefotografen, den der stolze Besitzer der neuen Uniform offenbar zu sich bestellt hatte. Siehe Abarinov/Chillig, *Ispytanie*, S.164.

⁴⁶ Ebenda. Bei der Publikation des entsprechenden Protokolls in der letzten sowjetischen Werkausgabe wurde auf die Wiedergabe dieses Dialogs insgesamt verzichtet.

Und an anderer Stelle sagte Makarenko: „Vieles in der Erziehungsarbeit habe ich von den Tschekisten gelernt, die ein gutes Herz haben und sehr kinderlieb sind. In jedem Augenblick spüren sie ihre Verantwortung für die eigene Arbeit. In ihrem Umgang mit den Kindern zeigen sie weder Trägheit noch Selbstanalyse oder Intelligenzlerntum; sie arbeiten überzeugt, gut und effektiv. Ich lerne von ihnen.“⁴⁷

Das letzte derartige Bekenntnis stammt vom 21. April 1937. Bereits nach Moskau übergesiedelt, erklärte Makarenko während eines Vortrags zum Thema „Schöngestige Literatur über die Erziehung unbeaufsichtigter Kinder“ im Zusammenhang mit der Dzeržinskij-Kommune, man könne aufgrund der dort gemachten Erfahrungen bereits „sowohl die Axiome als auch die Theoreme der sowjetischen Erziehung formulieren, genau und offen formulieren und beweisen. Ich hoffe, daß dies mit der Zeit gelingen wird, jetzt um so mehr, als das nicht nur meine Arbeit, sondern die Arbeit vieler Menschen ist, in erster Linie der Tschekisten der Ukraine.“⁴⁸

Am 1. Mai 1937 veröffentlichte die „Literaturnaja gazeta“ eine Reportage Makarenkos über den gerade fertiggestellten, aber offiziell noch nicht eröffneten Wolga-Moskwa-Kanal, einen der „Großbauten der Stalinschen Epoche“. Daß es sich bei den „Kanalsoldaten“, die diese Wasserstraße errichteten, um politische und kriminelle Häftlinge gehandelt hatte, wird in dem Artikel mit keinem Wort erwähnt. Das mag damit zusammenhängen, daß der „oberste Dienstherr“ des Objekts, der im September 1936 zum Volkskommissar für Post- und Fernmeldewesen degradierte Jagoda, kurz zuvor verhaftet worden war. Im Manuskript von Makarenkos Artikel, das sich im Redaktionsarchiv der „Literaturnaja gazeta“ befindet, gibt es allerdings einen, wenn auch indirekten, Bezug darauf, daß es sich um ein Projekt des NKVD handelte. Er findet sich in einer Passage über Makarenkos Erfahrungen in der Moskauer Sektion des Verbandes der sowjetischen Schriftsteller, wo Pünktlichkeit offenbar ein Fremdwort war. Anders die Tschekisten. „Wenn sie sagen: um sechs, dann wird sich auch daran gehalten. Sagen sie: ‚in einer Stunde‘, so bedeutet das in 60 Minuten. Doch nach unserer Auffassung kann das etwas ganz Verschiedenes bedeuten: 60 Minuten, 75 Minuten und sogar 120 Minuten. Wir haben da viel mehr Möglichkeiten als die Tschekisten, bei denen diese Möglichkeiten begrenzt sind. Es hatte geheißen, der Kanal muß bis zum 1. Mai 1937 fertiggestellt werden, und so werden sie es auch machen; hätte man das aber uns übertragen – oho! Wie viele Monate hat ein Jahr, und wie viele Jahre gibt es denn – da ist nichts unmöglich!“⁴⁹ Makarenko schätzte, wie das bereits aus seinem Brief an Gor’kij vom Februar 1928 hervorgeht, die Exaktheit der Tschekisten.

Abgesehen von zwei Artikeln in der „Pravda“ über den Verlauf der Wahlen zum Obersten Sowjet im Lenin-Wahlbezirk der Stadt Gor’kij, wo Jagodas Nachfolger, „der beste Schüler des Genossen Stalin – Nikolaj Ivanovič Ežov“, kandidierte⁵⁰, sind

⁴⁷ Abarinov/Chillig, *Ispytanie*, S.166.

⁴⁸ Anton S. Makarenko: *Pedagogičeskie sočinenija*, t. 7, Moskva 1986, S.42.

⁴⁹ Götz Hillig: Makarenko im Jahr des „Großen Terrors“, Marburg 1998, S.XXVIII.

⁵⁰ „Pravda“ vom 13. und 14.12.1937. Die entsprechenden Zeitungsausschnitte hatte Makarenkos Witwe jedoch aus dessen Nachlaß entfernt.

keine weiteren Bekenntnisse Makarenkos zum Thema Tschekisten bekanntgeworden. Als im Mai 1937 die Anhänger Jagodas aus dem sowjetischen Schriftstellerverband ausgeschlossen wurden, geriet auch Makarenko wegen seiner Rezension des Buches über die Bolševier Kommune in eine schwierige Lage. Er war zwar als Neuling im Verband sehr aktiv und galt als gefragter Vortragsredner zu pädagogischen Themen, doch die Situation machte ihn recht orientierungslos. Authentische Quellen wie Sitzungsprotokolle oder Vortragsstenogramme fehlen allerdings. Und im Juni 1937 hielt er sich, abgeschnitten von der übrigen Welt, mit seiner Familie und Kiever Freunden zur Erholung und schriftstellerischen Arbeit in einem Dorf in der Ukraine auf.

Frappierend ist jedoch, daß in dem Artikel „Makarenko, Anton Semenič“ in Band 37 der „Großen Sowjetenzyklopädie“ (Redaktionsschluß: 1. Oktober 1937) jeder Hinweis auf dessen Beschäftigung bei den Sicherheitsorganen fehlt. In diesem Text, dem ganz offensichtlich eigene Angaben Makarenkos zugrunde liegen, heißt es über seine pädagogische Tätigkeit nach der Oktoberrevolution lediglich: „Organisierte 1920 bei Poltava die M. Gor'kij-Kolonie, die er acht Jahre lang leitete. Danach war er in leitender Funktion bei der Organisation anderer Kinderarbeitskommunen und -kolonien in der Ukraine tätig.“

Ab Sommer 1937 kam Makarenko auf seine Beschäftigung in der Abteilung Arbeitskolonien des ukrainischen NKVD in der Öffentlichkeit generell nicht mehr zu sprechen.⁵¹ In den Vorträgen der letzten Lebensjahre vermied er in der Regel auch zu erwähnen, daß es sich bei der Dzeržinskij-Kommune um eine GPU/NKVD-Einrichtung handelte.

Soviel zu den Quellen.

Unter dem Schutz von GPU/NKVD

Es stellt sich natürlich die Frage, wieso einem Nicht-Parteimitglied und Nicht-Tschekisten im Herbst 1927 die Dzeržinskij-Kommune, die erste derartige Erziehungseinrichtung der GPU in der Ukraine, anvertraut wurde? Wer hatte Makarenko für diese Arbeit empfohlen, wer ihn als Leiter der Kommune eingestellt? Wie konnte er in Char'kov und später in Kiev auf tschekistischen Posten, also in der „Höhle des Löwen“, überleben? Die sowjetische Makarenko-Forschung hatte sich mit derartigen Fragen aus nachvollziehbaren Gründen nicht beschäftigt.

Eines läßt sich bereits jetzt mit Sicherheit sagen: In all den Jahren stand Makarenko unter dem besonderen Schutz des ranghöchsten Tschekisten der Ukraine – Vsevolod Apollonovič Balickij (geb. 1892 oder 1893; Nationalität: Ukrainer oder, so in einigen Dokumenten, Russe). Dieser verfügte, im Unterschied zu den meisten hochrangigen Funktionären von GPU/NKVD, über eine (wenn auch nicht abgeschlossene) Hochschulbildung; nach dem Besuch des Gymnasiums hatte er an der Moskauer Universität drei Jahre lang Jura studiert, bevor er das Studium 1915

⁵¹ Dieser Version folgten dann in den 40er Jahren auch seine Witwe in Vor- und Nachworten zu Werken Makarenkos sowie dessen erster Biograph, Evgenij Nikolaevič Medynskij. Hier – und damit in der Makarenko-Literatur insgesamt bis 1949 – fehlt jeder Hinweis auf die immerhin anderthalbjährige Tätigkeit in Kiev.

kriegsbedingt abbrechen mußte.⁵² Balickij, der zunächst (1913-1915) der Partei der Menschewiki angehört hatte, bevor er Bolschewik wurde, war seit 1923 (mit einer Unterbrechung von anderthalb Jahren, als er seit Sommer 1931 die Funktion eines Dritten Stellvertreters des Vorsitzenden der OGPU in Moskau bekleidet hatte) Vorsitzender der GPU bzw. Volkskommissar des Inneren der Ukrainischen SSR. Auf Makarenko als besonders geeigneten Kandidaten für die Leitung der neuen Kommune hatte ihn seine jüngere Schwester Natalja aufmerksam gemacht. Makarenkos Bekanntschaft mit dieser studierten Pädagogin fiel in die Zeit der Verlegung der Gor'kij-Kolonie aus Poltava nach Kurjaž bei Char'kov (1926). Sie war die Vorsitzende des Patenschaftskomitees der dort ansässigen Kinderkommune. Das Komitee bestand auch nach deren „Eroberung“ durch die Gor'kij-Kolonisten weiter. Zeitzeugen berichten, daß Makarenko sich in die kluge und sehr schöne Natal'ja Appolonovna Balickaja schnell verliebte und sie auch schon bald heiraten wollte.⁵³ Das wurde jedoch von Balickij vereitelt, der Einsicht in Makarenkos „Kaderakte“ genommen hatte und dabei auf Belastendes gestoßen war: die Tatsache, daß ein Bruder Makarenkos, ein ehemaliger „Weißgardist“, im Ausland lebte. Das hinderte ihn jedoch nicht, Makarenko 1927 für den Aufbau der Dzeržinskij-Kommune heranzuziehen.

Aleksandr Ivanovič Mil'čakov, der 1927-28 den Posten des Ersten Sekretärs des ZK des Komsomol der Ukraine bekleidet hatte, charakterisierte Balickij 1966 als „eine der herausragendsten Persönlichkeiten, denen ich begegnet bin. Große und vielseitige Talente und eine solide Bildung, gefestigt durch eine gezielte Selbstverwirklichung. Als ein Mensch mit analytischem Verstand und starkem Charakter sowie höchster Kompetenz war Balickij ein Mitstreiter Dzeržinskij's gewesen. Balickij war sein Leben lang von der Idee seines Lehrers besessen, daß die VČK, die Organe des Innenministeriums und der Staatssicherheit, bei der Rettung der Kinder und der Schaffung einer allgemeingültigen, effektiven Pädagogik eine positive Rolle spielen müssen.“⁵⁴ Zwischen Makarenko und Balickij („Apollon“) bestanden außergewöhnliche, fast freundschaftliche Beziehungen. Sowohl in Char'kov als auch in Kiev begegneten sie sich wiederholt dienstlich, und aus den bisher bekannten Quellen läßt sich schließen, daß nicht nur der Tschekist den „parteilosen“ Fachmann sehr schätzte, sondern auch der Pädagoge seinen Vorgesetzten. Balickij habe „Makarenko bereits im Jahre 1925 in sein Herz geschlossen. Seit dieser Zeit nutzte er Konsultationen und Ratschläge Makarenkos, und es bestanden kameradschaftliche Beziehungen wie unter Gleichrangigen. In Gesellschaft, bei Beratungen sprach er Makarenko mit ‚Maitre‘ an.“⁵⁵ Der frühere ukrainische Komsomolführer bezeugte, daß die Idee zur Errichtung der Dzeržinskij-Kommune auf Balickij zurückgeht und die entsprechenden Pläne zur Verwirk-

⁵² Siehe Šapoval/Prystajko/Zolotar'ov: ČK – GPU – NKVD, S.435f.

⁵³ Siehe Hillig, Verblaßte Gesichter, S.115.

⁵⁴ Diese Aussage gegenüber dem Moskauer Pädagogen Valentin Grigor'evič Bejlinson gab dieser 2003 an den Verf. weiter.

⁵⁵ Ebenso.

lichung des Projekts von diesem gemeinsam mit Makarenko ausgearbeitet wurden, der von Anfang an als Leiter der Kommune vorgesehen war.⁵⁶

Balickij spielte während der fast zehnjährigen Tätigkeit Makarenkos in Diensten von GPU/NKVD in der Ukraine für diesen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Um so erstaunlicher ist es, daß sich die postsowjetische Makarenko-Forschung, befreit von allen Tabus, zur Rolle des Tschekisten (und seiner Schwester!) im Leben des Pädagogen und Schriftstellers bisher nicht geäußert hat.⁵⁷ Der Umstand, daß Balickij als (zumindest bis Mai 1937) für den Terror in der Ukraine Verantwortlicher wie auch alle anderen Stalinschen Volkskommissare bzw. Minister des Inneren und deren Stellvertreter zu jenem Zeitpunkt nicht rehabilitiert worden waren (und übrigens bis zum heutigen Tag nicht rehabilitiert worden sind) und somit in *sowjetischen* Publikationen eigentlich gar nicht erwähnt werden durften, führte dazu, daß sein Name – nach einem entsprechenden Hinweis aus Marburg (!) – in das Gesamtregister der letzten achtbändigen Makarenko-Ausgabe (1984-1986) nicht aufgenommen wurde.⁵⁸

Die im Frühjahr 1932 erfolgte Absetzung Makarenkos als alleinverantwortlicher Leiter der Dzeržinskij-Kommune (fortan unterstand ihm nur noch deren pädagogischer Bereich) wie auch die ihm von Bronevoj zugefügten Kränkungen fallen in die Zeit von Balickijs Moskauer Intermezzo. Die Niederschrift der Münchhausiade von der „tschekistischen Schlittenfahrt“ läßt sich dagegen ins Frühjahr 1933, unmittelbar nach der im Februar erfolgten Rückkehr seines Protektors in die Ukraine, datieren. Sie ist somit als „Hommages“ an diesen bzw. an die GPU zu verstehen.

Im Herbst 1936, nach der Denunziation Makarenkos als angeblicher „Trotzkist“ durch seinen früheren Vorgesetzten in der Abteilung Arbeitskolonien, Achmatov, war es Balickij, der die Tilgung dieser verhängnisvollen Beschuldigung aus Makarenkos Personalakte verfügte.⁵⁹ Im März des folgenden Jahres wurde der Pädagoge auf seine Bitte hin vom Volkskommissar zu einer längeren „Audienz“ in Kiev empfangen. Das Gespräch fand in einem historisch bedeutsamen Moment statt: zweieinhalb Wochen nach dem für den weiteren Verlauf des Terrors in der UdSSR maßgeblichen Februar-März-Plenum des ZK der KPdSU(B) (23. Februar bis

⁵⁶ Ebenso.

⁵⁷ In der letzten sowjetischen Makarenko-Ausgabe (in acht Bänden, 1984-1986) sind alle Nennungen des Namens dieses Politikers getilgt – mit einer Ausnahme: Der Kommentar zur Wiedergabe der fragmentarisch überlieferten und erst posthum veröffentlichten Skizze „FD-1“ in Band 2 enthält einen Hinweis darauf, daß im Manuskript jenes – im März-April 1932 während eines Moskau-Aufenthaltes des Autors entstandenen – Werks ein gewisser „Vsevolod Apollonovič Balickij“ (ohne nähere Angaben zu dieser Person) als Besucher der Kommune erwähnt wird. Für die Publikation in den vorangehenden Sammelausgaben war der Name dieses Politikers von Makarenkos wachsamer Witwe getilgt worden.

⁵⁸ Anatolij Arkadevič Frolov (Gor'kij) 1987 im Gespräch mit dem Verf. Siehe auch: Nekotorye soobraženija v svjazi s vychodom dvuch pervych tomov novogo izdanija sobranija sočinenij A.S. Makarenko [Einige Überlegungen im Zusammenhang mit dem Erscheinen der ersten beiden Bände einer neuen Ausgabe der Gesammelten Werke A. S. Makarenkos], in: Götz Hillig: Sankt Makarenko. Zur Editionspraxis der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR/UdSSR (1950-1983), Marburg 1984, S.55-98, hier: S.93.

⁵⁹ Siehe Abarinov/Chillig, Ispytanie, S.133.

5. März 1937), an dem auch das ZK-Mitglied Balickij teilgenommen und über „Unzulänglichkeiten“ bei der „Entlarvung von Troztkisten in der Ukraine“ (sic!) referiert hatte,⁶⁰ und zugleich wenige Tage vor der Verhaftung von Balickijs früherem Amtskollegen Jagoda am 28. März 1937. Um diesen Empfang beim Volkskommissar hatte sich Makarenko bemüht, da sein Gesuch um Entlassung aus den Diensten des NKVD der Ukrainischen SSR verschleppt worden war. Er wollte künftig in Moskau als Zivilist und „freier Schriftsteller“ leben. Außerdem hatte er vor, seinen obersten Dienstherrn im Zusammenhang mit Gor'kij's Vorschlag zu konsultieren, eine Erzählung über die Tschekisten zu schreiben. Es sollte die letzte Begegnung Makarenkos mit Balickij werden.

Unter dem Stichwort „Zum Thema Tsch[eka]“ hielt Makarenko die Hinweise von „B.“ für den nun geplanten „Roman“ in seinem Notizbuch fest. Balickij unterschied nach ihrer Herkunft drei „Typen“ von Tschekisten: „Gymnasiasten“, „Leute aus den Schtetln“, d. h. Juden, sowie „Militärs“.⁶¹ In einem Befehl Balickijs vom 9. April 1937 wurde Makarenko für seine Tätigkeit in der GPU/NKVD der Ukrainischen SSR gedankt.⁶²

Am 11. Mai erfolgte die Ablösung Balickijs als Volkskommissar des Inneren der Ukraine. Er wurde nach Moskau beordert und dort zum Leiter der NKVD-Verwaltung der UdSSR für das Fernöstliche Gebiet mit Sitz in Chabarovsk ernannt, wo er allerdings nur 16 Tage lang tätig war. Auf dem Juni-Plenum (23.-29. Juni) des ZK der KPdSU(B) erfolgten seine Absetzung als ZK-Mitglied sowie sein Partei-Ausschluss; am 7. Juli wurde er verhaftet⁶³. Makarenkos Frau wird davon in Moskau „über ihre Kanäle“ (beim NKVD beschäftigte Verwandte) erfahren und Makarenko zu der erwähnten „Kurskorrektur“ veranlaßt haben.

Am 27. November 1937 wurde Balickij, und damit noch vor Jagoda, in der sowjetischen Hauptstadt in einem nichtöffentlichen Sonderverfahren zur „Höchststrafe“ (Tod durch Erschießen) verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet – im Alter von erst 44 oder 45 Jahren.⁶⁴ Über Makarenkos Reaktion darauf ist nichts bekannt, zumal er sich von Mitte August bis Mitte Dezember, d.h. bis zum Augenblick seiner Rückkehr aus Gor'kij, keine Notizen gemacht hatte – für diesen Zeitraum weist sein Tagebuch, sicher nicht zufällig, viereinhalb leere Seiten auf.⁶⁵

Dem „großen Terror“ fielen auch all die anderen leitenden Mitarbeiter der Sicherheitsorgane zum Opfer, die Makarenko durch seine Arbeit in Char'kov und Kiev kennengelernt hatte und über die er in seinem Roman hätte schreiben können. Der Schild Čeka/GPU/NKVD, der ihn bis dahin geschützt hatte, war nun zerbrochen...

⁶⁰ Voprosy istorii, 1994, Nr.12, S.22.

⁶¹ Siehe ebenda, S.184.

⁶² Siehe Nina A. Morozova: A. S. Makarenko. Seminarij. Izd. 2-oe. Leningrad 1961, S.116 (der Name des Volkskommissars ist hier nicht angegeben).

⁶³ Siehe Šapoval/Prystajko/Zolotar'ov: ČK – GPU – NKVD, S.67f., 437.

⁶⁴ Siehe Nikita V. Petrov/Konstantin V. Skorkin: Kto rukovodil NKVD (Wer leitete das NKVD). Moskva 1999, S.99f.

⁶⁵ Siehe Hillig, Makarenko im Jahr, S. LXXII.

Der Feriendienst als soziales Dienstleistungsunternehmen des FDGB

Karlheinz Kuba

Seinen Urlaub in einem Ferienheim der Gewerkschaften verbringen zu können, war ein besonderer Anreiz für die Mitgliedschaft im FDGB. Es war die bedeutendste soziale Leistung außerhalb des Betriebes, die der FDGB in seiner Satzung anbot. Wurden 1947 im Gründungsjahr des Feriendienstes 17.500 Ferienplätze vergeben, so waren es 1989 einschließlich der betrieblichen Angebote über fünf Millionen. Verfügte der FDGB zur Sicherstellung dieser Leistungen Ende 1947 neben den Vertragsunterkünften über zehn eigene Ferienheime, so verwaltete er 1989 698 eigene Heime mit 57.366 Betten. Er unterhielt darüber hinaus vertragliche Beziehungen zu weiteren 428 Einrichtungen. Der Feriendienst der Gewerkschaften beschäftigte zu diesem Zeitpunkt rund 18.000 Mitarbeiter.

Die bisherige Literatur konzentriert sich vor allem auf die erbrachten Leistungen und die gesetzten Grenzen in der Urlaubsgestaltung.¹ Wie dem FDGB dieses Angebot möglich war, ist jedoch bisher nur in Ansätzen untersucht. Dabei spielte diese Frage in der Auseinandersetzung um das Vermögen des Feriendienstes 1990/91 eine bedeutende Rolle. Im folgenden wird daher der Feriendienst der Gewerkschaften als organisationseigenes Unternehmen behandelt.

Gewerkschaftliche Vorläufer

Bereits 1913 empfahl das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ den Gewerkschaftsverbänden Einrichtungen für gemeinsame Ferienreisen, die gewerkschaftliche Reisesparkassen mit dem Angebot von Reiseprogrammen verbinden sollten. Doch erst in der Weimarer Republik konnten die Gewerkschaften tarifliche Festlegungen für bezahlte Urlaubstage durchsetzen. Damit gewann die Frage an Bedeutung, wie die erkämpfte Freizeit zu erschwinglichen Preisen zur Wiederherstellung der Arbeitskraft, zur Bildung und Entspannung genutzt werden konnte. Verschiedene Ortskartelle der freien Gewerkschaften gründeten Verkehrs- und Reisebüros. Einige verstanden sich bereits als Ausgangspunkt für die Schaffung einer großen deutschen Arbeiter-Reise-Vereinigung.² Als erste boten die Angestelltenverbände Aufenthalte in eigenen Ferienheimen an. Die Arbeiterverbände folgten zögernd, da hier der Tarifurlaub noch sehr gering war. Über die Hälfte der Tarifverträge sah maximal drei Urlaubstage vor.

1 Siehe u. a. Der Feriendienst des FDGB, in: Günter Manz u. a. (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001, S.90-97; Claus-Ulrich Selbach: Reise nach Plan. Der Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Endlich Urlaub! Die Deutschen Reisen. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 6.6. bis 13.10.1996, S.65-76.

2 Siehe Gewerkschaftszeitung 1931, H. 9, S.143.

Auf der 2. Sitzung des ADGB-Bundesausschusses berichtete der Jugendsekretär des ADGB Walter Maschke am 27. März 1929 über zunehmendes Interesse von Ortsverwaltungen, Arbeiterferienheime zu erwerben und zu betreiben. Daher hatte die Touristenvereinigung „Naturfreunde“ in Jena dem ADGB vorgeschlagen, eine gemeinsame Ferienhausgesellschaft zu gründen. Der Bezirk Sachsen des ADGB hatte seine Bereitschaft bekundet, sich daran zu beteiligen. Damit sollten den Ortsverwaltungen die finanziellen Belastungen durch den Erwerb von Heimen erspart werden. Obwohl eine solche Gesellschaft als zweckmäßig angesehen wurde, konnte sich der Bundesvorstand des ADGB noch nicht zu einer maßgeblichen Mitwirkung entschließen. Der Vorsitzende des ADGB Theodor Leipart sprach sich lediglich dafür aus, eine Zentralstelle einzurichten, um die Betreiber gewerkschaftlicher Ferienheime sachkundig wirtschaftlich zu beraten.³ Das veranlaßte den Angestellten des Holzarbeiterverbandes und Berliner Vorsitzenden der Ferienheimgesellschaft Wilhelm Grothe, noch einmal die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit zu begründen, „in das zur Zeit bestehende Durcheinander Ordnung zu bringen, eine Dachorganisation zu schaffen, die die Errichtung und Bewirtschaftung von Ferienheimen in geregelte Bahnen lenkt.“⁴ Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise unterbrach alle weiteren Bemühungen in dieser Richtung. So konnte der Nationalsozialismus gewerkschaftliche Bestrebungen der Weimarer Republik für sich in Anspruch nehmen und die Urlaubsorganisation „Kraft durch Freude“ der Deutschen Arbeitsfront als angebliche nationalsozialistische Errungenschaft propagieren.

Gründung und Organisation des Feriendienstes der Gewerkschaften

Im Geschäftsbericht des FDGB-Bundesvorstandes für 1946 verwies Bernhard Göring⁵ auf die veränderte Aufgabenstellung der gewerkschaftlichen Sozialpolitik. Neben der Bewältigung der dringenden Tagesaufgaben zum Schutz und zur Erhaltung der Arbeitskraft sollten grundsätzlich neue Formen der sozialen Sicherung unter Mitwirkung der Gewerkschaften geschaffen werden.⁶ Dazu sollten auch gewerkschaftliche Angebote zur Urlaubsgestaltung dienen. Zwar hatten sich bereits sehr früh einzelne Gewerkschaftsvorstände um die Errichtung von Ferienheimen bemüht, Göring trat jedoch für eine zentrale Organisation ein. Er fand dabei im Geschäftsführenden Vorstand des FDGB nicht nur die Unterstützung von Walter Maschke, der dies bereits 1929 für zweckmäßig angesehen hatte, sondern auch des 1. Vorsitzenden Hans Jendretzky. Und es ist anzunehmen, daß er sich auf Helmut Lehmann, den führenden Sozialpolitiker im Parteivorstand der SED und ehemaligen

3 Siehe Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 3/II, Köln 1986, S.1244.

4 Gewerkschaftszeitung 1929, Nr. 19, S.302.

5 Bernhard Göring (1897-1949), 2. Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB und Leiter der Hauptabteilung Sozialpolitik, Mitglied des Parteivorstands der SED, bis 1933 Sekretär des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes.

6 Siehe Geschäftsbericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1946, Berlin 1947, S.95.

Sozialdemokraten, bezog, als er auf dem 2. FDGB-Kongreß 1947 ausführte: „Die Frage, einen großzügigen Feriendienst durchzuführen, wurde im November/Dezember [1946] von uns im Einvernehmen mit den aktiven Kräften diskutiert“.⁷ Lehmann hatte seinerseits dem Zentralsekretariat der SED seine Vorstellungen von einer großangelegten sozialen Kur- und Erholungsfürsorge unterbreitet. Sie sollte für die Gesunden den Gewerkschaften, für die Kranken den Sozialversicherungsanstalten obliegen.⁸ Die „Errichtung von Erholungsheimen durch die Gewerkschaften, die Sozialversicherung, die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften“ fand dann auch Aufnahme in die von Helmut Lehmann verfaßten und vom Zentralsekretariat der SED am 30. Dezember 1946 bestätigten „Sozialpolitischen Richtlinien“.⁹

Nachdem seit Herbst 1946 die Vorarbeiten gelaufen waren, beschloß der Geschäftsführende Bundesvorstand des FDGB am 20. März 1947, als soziale Leistung für die Gewerkschaftsmitglieder eine Erholungseinrichtung unter der Bezeichnung „Ferienaufenthalt durch den FDGB“ zu schaffen.¹⁰ Die Leitung wurde einer Kommission übertragen, in der der Bundesvorstand und die Landes- und Provinzialvorstände vertreten waren. Die Einrichtung wurde der Hauptabteilung Sozialpolitik des FDGB-Bundesvorstandes zugeordnet. Die Wirtschaftsführung lag bei der Vermögensverwaltung der F.D.G.B. GmbH. Am 17. Mai 1947 nahm die Erholungsorganisation unter der Bezeichnung „Feriendienst der Gewerkschaften“ ihre Tätigkeit auf.

Zur Verfügung standen zunächst vier Eigenheime aus altem Gewerkschaftsvermögen sowie weitere vertraglich gebundene Plätze in privaten Pensionen und Unterkünften. Die Zahl stieg bis Ende 1947 auf zehn eigene Heime mit insgesamt 498 Plätzen an. In vertraglich gebundenen privaten Pensionen und Unterkünften wurden weitere 1.100 Plätze gesichert. Damit konnten in der ersten Feriensaison 17.500 Ferienaufenthalte vermittelt werden. Der Pensionspreis betrug 1947 pro Tag fünf RM für Erwachsene und 3,50 RM für Kinder. Die Fahrkosten waren in voller Höhe vom Urlauber zu tragen. Um Arbeiterfamilien mit niedrigem Einkommen den Urlaub zu ermöglichen, stellte der FDGB-Bundesvorstand 1948 eine halbe Million und 1949 zwei Millionen Mark für Zuschüsse zur Verfügung. Die Aufenthaltsdauer durfte drei Wochen nicht überschreiten. Allerdings lag der Urlaubsanspruch für Arbeiter um diese Zeit noch bei sechs bis zwölf Tagen. Die vom FDGB geforderte einheitliche Festsetzung auf zwölf Tage für Arbeiter konnte bei der SMAD nicht durchgesetzt werden, so daß es bei den alten tariflichen Regelungen blieb. Die Ausstattung war bescheiden. Vielfach mußten die Urlauber Bettwäsche, zum Teil auch Besteck oder andere Einrichtungsgegenstände mitbringen. Besonders schwierig war es, für die entsprechend der Rationierung abzugebenden Lebensmittelmarken

7 Protokoll des 2. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1947, S.108.

8 Siehe Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED vom 14.11.1946, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2,1 Nr. 47.

9 Siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1951, S.141.

10 Siehe SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 24 002.

eine ausreichende Versorgung zu sichern. Erst nach Sonderzuweisungen konnte eine Verpflegung nach den Rationen für Arbeiter geboten werden.

Ausbau zum größten Erholungsunternehmen der DDR

Der FDGB betrachtete den Feriendienst als eine soziale Leistung für seine Mitglieder. Sport und Wanderungen, kulturelle und Unterhaltungsveranstaltungen dienten der Erholung. Darüber hinaus sollten die Ferienprogramme auch der politischen Erziehung der Mitglieder dienen. So widersetzte sich Göring einem vom Parteivorstand der SED geförderten Vorschlag von Mitarbeitern des Feriendienstes, diesen in ein Reisebüro der Gewerkschaften bzw. eine Feriendienst GmbH umzuwandeln.¹¹ Unterstützt wurde er dabei vom Leiter der 1949 im Bundesvorstand eingerichteten Abteilung Feriendienst, Theodor Brylla.¹² Der Feriendienst sei eine soziale Einrichtung des FDGB und kein Erwerbsunternehmen, das nach rein kommerziellen Gesichtspunkten arbeiten würde.¹³

Die Zahl der organisationseigenen Ferienheime war inzwischen sowohl durch Rückübertragungen gewerkschaftlichen Altbesitzes¹⁴ als auch durch Zuweisungen der SMAD¹⁵ auf 92 mit 4.359 Plätzen angewachsen. In Vertragsheimen standen weitere 18.100 Plätze zur Verfügung, so daß 1949 insgesamt 210.000 Reisen vermittelt werden konnten. Mit der zunehmenden Zahl von Ferieneinrichtungen nahm der Feriendienst immer mehr den Charakter eines Ferienunternehmens an. Daher wurde ab 1. Januar 1950 auch die Wirtschaftsführung der Ferienheime von der Vermögensverwaltung des FDGB auf den Feriendienst der Gewerkschaften übertragen.

Das Anwachsen des Feriendienstes bedeutete eine zunehmende Belastung des Haushalts des FDGB. Von 1947 bis 1949 mußten fast drei Millionen DM aufgewendet werden. Das waren mehr als 23 Prozent der Gesamtausgaben der Bundeskasse. Es war abzusehen, daß der weitere Ausbau mit eigenen Finanzmitteln nicht zu bewältigen war. Der FDGB drängte daher auf staatliche Unterstützung. Diese wurde mit dem Gesetz der Arbeit von 1950 erreicht. Die Verfassung der DDR von 1949 hatte das Recht auf Erholung in Artikel 16 als eines der Grundrechte der Bürger proklamiert. Daraus leitete nun das Gesetz der Arbeit von 1950 die staatliche Verpflichtung ab, die materiellen Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Grundrechtes

11 Siehe Büro Göring, Sozialangelegenheiten, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 20 124.

12 Theodor Brylla (1882-1962), vor 1933 Funktionär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, 1946-1949 CDU, 3. Vorsitzender des FDGB-Landesvorstands Brandenburg, 1949-1950 Leiter der Abt. Feriendienst.

13 Siehe Anm. 11.

14 Mit ihrem Befehl Nr. 82 über die Rückgabe des durch den nationalsozialistischen Staat entzogenen Vermögens an die demokratischen Organisationen vom 29.4.1948 hatte die SMAD die Direktive Nr. 50 des Alliierten Kontrollrates vom 29.4.1947 umgesetzt und das gewerkschaftliche Altvermögen aus der Zeit vor 1933 dem FDGB zugesprochen.

15 Der Befehl 44 der SMAD vom 18.3.1948 verfügte unter anderem, daß dem FDGB und den Sozialversicherungsanstalten eine Reihe durch die Bodenreform enteigneter Schlösser und Gutshäuser für Erholungs- und Heilzwecke übergeben werden. Siehe Zentralverordnungsblatt 1948, Nr. 31f.

zu schaffen. Neben den vom FDGB für den Feriendienst bereitgestellten Geldern sollten auch öffentliche Mittel eingesetzt werden. Da die Erholung als Teil der Gesundheitsfürsorge gesehen wurde, wurden die Sozialversicherungsanstalten verpflichtet, zur Finanzierung des Feriendienstes einen jährlichen Beitrag zu leisten.¹⁶ Erstmals wurden 1951 aus dem Staatshaushalt zehn Millionen Mark zugewiesen. Diese Mischfinanzierung bedeutete keine generelle Kontrolle der Finanzierung des Feriendienstes durch den Staat. Lediglich über die zweckgebunden gewährten staatlichen Subventionen war jährlich beim Finanzministerium Rechnung abzulegen.¹⁷

Für die staatliche Subventionierung erwarteten die SED-Führung und die Regierung eine weitere Ausdehnung der Leistungen. Der Parteivorstand der SED hatte bereits 1946/47 die Länder gedrängt, Gesetze zu beschließen, die ihre Regierungen verpflichteten, die Kurorte, Sanatorien und sonstigen Erholungsmöglichkeiten für die Erholungsfürsorge der Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen.¹⁸ Nun legte die Durchführungsbestimmung zum Paragraphen 35 des Gesetzes der Arbeit vom 31. Mai 1950 fest: „Dem Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Zentralvorstand der Sozialversicherung sind in den Kur- und Erholungsorten der Deutschen Demokratischen Republik auf Anforderung bis zu 90 Prozent der vorhandenen Fremdenverkehrsplätze zur Verfügung zu stellen.“¹⁹ Damit wurde der Feriendienst der Gewerkschaften praktisch zum nahezu alleinigen Erholungsträger in der DDR.

Die Nachfrage nach Ferienplätzen überstieg jedoch bei weitem die vorhandenen Kapazitäten, obwohl 1952 bis 1954 in Berlin-Schmöckwitz, Tabarz, Friedrichroda und Gernrode die ersten größeren Neubauten errichtet wurden. Durch Aus- und Umbau älterer Heime wurde deren Platzangebot erhöht. Zu Beginn der fünfziger Jahre verstärkte die SED aber auch den Druck auf private Klein- und Mittelbetriebe und mißbrauchte Recht und staatliche Gewalt. So wurden in einer großangelegten Aktion zahlreiche private Hotel- und Pensionseigentümer auf Grund fragwürdiger, häufig konstruierter Durchsuchungsergebnisse angeblicher Wirtschaftsvergehen beschuldigt und enteignet. Da die Mehrzahl dieser Heime dem Feriendienst des

16 Siehe Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten vom 19.4.1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, Nr. 46, S.353.

17 Die Darstellung von Dierk Hoffmann (Ders: Gemeinsame Fragen der Organisation und des Rechts der sozialen Leistungen, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hrsg. v. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv, Band 8: Deutsche Demokratische Republik 1919-1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus. Bandhrsg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin: Dierk Hoffmann und Michael Schwartz, Baden-Baden 2004, S.299-321, hier S.315) trifft zwar für die Sozialversicherung zu, nicht aber in gleicher Weise für den Feriendienst. So wurden vom Staatshaushalt, einschließlich Haushalt der Sozialversicherung, 1954 rund 10 Mill. DM, aus dem Haushalt des FDGB, der eigenständig verwaltet wurde, 20,5 Mill. DM bereitgestellt.

18 Siehe Sekretariat Helmut Lehmann, Grundsatzmaterial zur Sozialpolitik, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2.027, Nr. 24.

19 Durchführungsbestimmung zu § 35 des Gesetzes der Arbeit (Plätze für Werktätige in Kur- und Erholungsorten) vom 31.5.1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, Nr. 62, S.468.

FDGB übergeben wurden, war der FDGB, wenn auch nicht Initiator, so doch Nutznießer dieser Aktion. Der Feriendienst erfuhr einen erheblichen Zuwachs an Ferienheimen durch diese staatlichen Zuweisungen bisher privater Hotels und Pensionen. So erhielt der Feriendienst im Mai 1950 in Heringsdorf 26 Heime und im Juli 1951 in Oberhof 14 Heime. Besonders spektakulär war die sogenannte „Aktion Rose“ im Februar 1953, in deren Ergebnis die Staatsorgane dem Feriendienst 130 enteignete Hotels und Pensionen an der Ostseeküste übergaben. Ein Teil der Urteile wurde nach dem 17. Juni 1953 aufgehoben und die Enteignung rückgängig gemacht. Doch die Zahl der Heime stieg auch durch solche staatlichen Zuweisungen von 100 im Jahre 1950 auf 264 im Jahre 1953.²⁰

Das Gesetz der Arbeit hatte den gesetzlichen Urlaubsanspruch für alle Beschäftigten auf mindestens zwölf Tage festgelegt und die bisherige Benachteiligung der Arbeiter beseitigt. Die neue Preisgestaltung²¹ sowie Zuschüsse aus der Gewerkschaftskasse ermöglichten auch Familien mit geringerem Einkommen eine Ferienreise. Die Reichsbahn gewährte ab 1950 eine Fahrpreismäßigung von 33 1/3 Prozent für eine Fahrt in ein FDGB-Ferienheim, ab 1954 galt das einmal jährlich zu einem beliebigen Urlaubsort. Die Zahl der Reisen stieg von 350.000 im Jahre 1950 auf über eine Million im Jahre 1955.²²

Um das System der Verteilung der Reisen enger mit der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit zu verbinden, wurden zunächst die Auswahl und Einweisung der Urlauber in die FDGB-Ferienheime den Industriegewerkschaften übertragen. Im Januar 1952 beschloß dann das Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes die Bildung von Feriendienst-Kommissionen bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen.²³ Sie sollten die Reisen nach sozialen Gesichtspunkten verteilen, aber auch durch die bevorzugte Vergabe an Bestarbeiter zu höheren Produktionsleistungen stimulieren.

Die vorrangige Orientierung auf ein größeres Angebot an Ferienplätzen führte dazu, daß die inhaltliche Gestaltung der Ferienaufenthalte vernachlässigt wurde. Auf Grund zahlreicher Beschwerden forderte der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, in seinem Bericht an den 4. FDGB-Kongreß 1955, schnell und umfassend die kulturelle Betreuung, die Qualität der Unterbringung und der Versorgung zu verbessern.²⁴ Zwar wurde auf kulturelle und sportliche Veranstaltungen in der Folge mehr Wert gelegt, es gab aber auch häufig überzogene Versuche politischer Einwirkung auf die Urlauber. Der Urlaub sollte zum kollektiven Erlebnis werden. Wünsche der Urlauber nach individueller Freizeitgestaltung wurden kritisch bewertet.

20 Siehe Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB zum 4. FDGB-Kongreß 1950-1954, Berlin 1955, S.143.

21 Eine vierzehntägige, ab 1953 dreizehntägige Reise kostete 1951 je nach Lage des Ortes 70 bis 84 Mark, 1952 70 bis 77 Mark, 1953 bis 1955 75 Mark. Für Gewerkschaftsmitglieder wurden zunächst 20 Mark, ab 1954 45 Mark Ermäßigung gewährt.

22 Siehe Geschäftsbericht zum 4. FDGB-Kongreß, S.142-146.

23 Siehe Instruktion für die Arbeit für den Feriendienst der Gewerkschaften in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, in: Handbuch des Gewerkschaftsfunktionärs, Berlin 1952, S.502-505.

24 Siehe Protokoll der Verhandlungen des 4. FDGB-Kongresses, Berlin 1955, S.71.

Suche nach einer neuen Organisationsform

Ab 1954 übertrug der Zentralrat der Sozialversicherung die Durchführung vorbeugender Erholungskuren dem Feriendienst. Er übergab dafür dem Feriendienst eine Reihe von Heimen der Sozialversicherung, die bisher für Erholungskuren genutzt worden waren. Das führte zu Überlegungen, nach sowjetischem Muster Kur- und Erholungseinrichtungen in einer Einrichtung zusammenzuführen. Man erhoffte sich davon eine höhere Wirtschaftlichkeit. In der Diskussion wurden grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten deutlich darüber, wem eine solche vereinigte Einrichtung zugeordnet werden sollte. Die Mediziner forderten eine Unterstellung unter das Ministerium für Gesundheitswesen, um die notwendige fachliche Kompetenz zu gewährleisten. Der FDGB wollte jedoch auf den direkten politischen Einfluß auf die Erholungseinrichtungen nicht verzichten. So wurde 1956 die gemeinsame Einrichtung als Abteilung Feriendienst und Kuren beim Bundesvorstand des FDGB geschaffen.²⁵ Der Sektor Kur- und Bäderwesen der Verwaltung für Sozialversicherung wurde in die Abteilung Feriendienst eingegliedert. Die neue Abteilung erhielt durch Anordnung des Ministers des Innern vom 5. Juni 1957 die Rechtsfähigkeit und damit den Status einer juristischen Person. Das Grundvermögen des FDGB, das vom Feriendienst genutzt wurde, sollte als Eigentum des Feriendienstes in die Grundbücher eingetragen werden.²⁶ Das war ein Schritt in Richtung auf ein selbständiges organisationseigenes Unternehmen, der jedoch nicht von langer Dauer war. Zwar verstärkte die vereinigte Abteilung die Bemühungen, Erholung, Genesung und Heilung als einheitlichen Prozeß zu gestalten, doch zeigte sich sehr bald, daß diese Lösung letztlich beiden Seiten nicht gerecht wurde. Die Vorstände des FDGB waren nicht in der Lage, die medizinischen Aufgaben der Kureinrichtungen sachgerecht zu leiten, konnten aber auch nicht den von ihnen gewünschten politischen Einfluß durchsetzen. Unter den Kurärzten regte sich Widerstand. Das Präsidium des Ministerrates der DDR beschloß daher am 16. November 1961, die Kureinrichtungen durch den Staat zu übernehmen und dem Ministerium für Gesundheitswesen zu unterstellen. Das Aufgabengebiet Kuren ging mit Wirkung vom 1. Mai 1962 wieder auf die Verwaltung der Sozialversicherung über.²⁷ Die Abteilung Feriendienst und Kuren nannte sich nun wieder Abteilung Feriendienst und beschränkte sich auf das Erholungswesen. Lediglich für prophylaktische Kuren wurden der Verwaltung der Sozialversicherung gegen Kostenerstattung außerhalb der Urlaubssaison Plätze in den Ferienheimen überlassen.

25 Siehe Beschluß des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes „Bildung einer Abteilung Feriendienst und Kuren“ Nr. S 651/56 vom 8.10.1956, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 24 394.

26 Siehe Anordnung über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die „Abteilung Feriendienst und Kuren des FDGB“ vom 5.6.1957, in: Gesetzblatt der DDR 1957, Teil II, Nr. 29, S.213.

27 Siehe Beschluß des Sekretariats des Bundesvorstandes Nr. S 566/61 vom 18.9.1961, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 24 655.

Seit Ende der fünfziger Jahre war der Feriendienst der Gewerkschaften nicht mehr der einzige Reiseveranstalter in der DDR. Ab 1956 arbeitete das Staatliche Komitee für Touristik und Wandern als Jugendreisebüro, 1957 wurde das staatliche Deutsche Reisebüro gegründet, das zum größten Anbieter von Auslandsreisen wurde. Aus Mitteln der Kultur- und Sozialfonds entstanden, gestützt auf Vereinbarungen in den Betriebskollektivverträgen, vor allem in den Großbetrieben betriebliche Ferienheime, Bungalowsiedlungen und Campingplätze. Den Versuchen, diese betrieblichen Erholungseinrichtungen in die zentrale Lenkung durch den Feriendienst der Gewerkschaften einzubeziehen, konnten sich die Betriebe weitgehend entziehen.

Mit diesem vielfältigeren Angebot stiegen auch die Ansprüche der Urlauber an den Feriendienst der Gewerkschaften. Der Standard war noch niedrig. Erst Ende der fünfziger Jahre konnte darauf verzichtet werden, daß die Urlauber eigene Bettwäsche und Eßbestecke mitbringen oder gegen Gebühren entleihen mußten. 1959 hatte das Präsidium des FDGB-Bundesvorstandes einen ehrgeizigen Perspektivplan für das Erholungswesen beschlossen. Eine Reihe von Ferienheimen sollte komplex rekonstruiert werden. In allen Heimen sollten die Einrichtungen modernisiert werden, die kulturellen und sportlichen Angebote verbessert werden. Noch hoffte man, den günstigen Preis von 30 Mark für alle Gewerkschaftsmitglieder halten zu können. Auf dieser Grundlage verbrachten 1961 über 1,2 Millionen Urlauber ihre Ferien in den inzwischen 420 Heimen mit 17.787 Betten oder den 78.989 vertraglich gebundenen Plätzen.²⁸ Das Angebot an Auslandsreisen blieb dagegen gering. Von 1959 bis 1962 standen lediglich 8.000 Urlaubsaufenthalte in Ferienheimen und 6.461 Touristenreisen in Touristenlagern der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder zur Verfügung. Sie wurden in fest organisierten Reisegruppen durchgeführt, die für Freizügigkeit in der Urlaubsgestaltung wenig Raum boten. Ab 1960 wurden auch Schiffsreisen angeboten. Angesichts der erheblichen Kosten, die zum großen Teil von der Gewerkschaftskasse der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) getragen wurden, (z. B. eine Schwarzmeerkreuzfahrt 1.200 M, davon 270 M Eigenanteil des Urlaubers²⁹), wurden diese Reisen vor allem als Auszeichnung für hohe Produktionsleistungen vergeben. Für die Mehrzahl der Mitglieder blieben sie eine „Traumreise“.

Finanzielle Krise und Rückkehr zur staatlichen Mitfinanzierung

Am 12. April 1961 beschloß die Volkskammer der DDR nach einer viermonatigen öffentlichen Diskussion das Gesetzbuch der Arbeit. Es löste das Gesetz der Arbeit von 1950 ab, das als Rahmengesetz erstmalig das Arbeitsgesetz der DDR zusammengefaßt hatte und in dem auch die staatliche Mitverantwortung für den Feriendienst der Gewerkschaften festgeschrieben worden war. Es war die gesetzliche

28 Siehe Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes an den 6. FDGB-Kongreß 1959-1963, Berlin 1963, S.81.

29 Siehe Preisgestaltung im Feriendienst der Gewerkschaften einschließlich der Reisen mit den FDGB-Urlauberschiffen, Beschluß des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes Nr. 747/61 vom 6.12.1961, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 24 687.

Grundlage für die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt an den gewerkschaftlichen Feriendienst gewesen. Derartige Regelungen fanden keinen Eingang in das neue Gesetzbuch der Arbeit. Angesichts der 1960/61 äußerst angespannten wirtschaftlichen Situation der DDR forderten das Ministerium der Finanzen und das Zentralkomitee der SED vom FDGB, auf die für 1961 geplanten Staatszuschüsse in einer Gesamthöhe von 16.350.000 Mark zu verzichten. Damit geriet der Haushalt des FDGB in eine schwierige Lage. Für 1962 hatte der Feriendienst mit Zuwendungen von über 82 Millionen Mark gerechnet, die etwa je zur Hälfte aus staatlichen und gewerkschaftlichen Mitteln bereitgestellt werden sollten.

Der Wegfall der staatlichen Zuschüsse zwang nun den FDGB, die Preise für die Ferienreisen zu erhöhen. Ab 1. April 1963 wurden den Betriebsgewerkschaftsleitungen für eine Reise in der Vor- oder Nachsaison 75 bis 95 Mark, in der Saison 105 bis 125 Mark berechnet. An Gewerkschaftsmitglieder wurden sie gestaffelt nach dem Einkommen für 40 bis 80 Prozent des vollen Betrages abgegeben. Kinder zahlten 30 Mark, Nichtmitglieder des FDGB den vollen Preis. Sozial Bedürftige konnten Zuschüsse aus der Gewerkschaftskasse erhalten. Als Ausgleich für die Differenz zwischen dem vollen Preis und dem Abgabepreis an die Mitglieder wurde der in der Gewerkschaftskasse der BGL verbleibende Beitragsanteil von 40 auf 50 Prozent heraufgesetzt.³⁰ Bei den Bezirksvorständen des FDGB wurden Vermittlungsstellen eingerichtet, die in den Betrieben nicht umgesetzte Reisen anboten. Damit sollte vor allem außerhalb der Saison eine bessere Auslastung der Heime erreicht werden.³¹ Dennoch ging die Zahl der Ferienreisen von 1961 bis 1964 um etwa 70.000 zurück. Der FDGB-Bundesvorstand schätzte, daß der Feriendienst der Gewerkschaften auch mit den neuen Preisen einen jährlichen Zuschuß von rund 60 Millionen Mark benötigen würde. Eine konsequente Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Ferienheimen sollte finanzielle Reserven erschließen. Der Widerspruch zwischen der wachsenden Nachfrage nach Ferienreisen und der Erwartung der Urlauber, einen besseren Standard in den Heimen geboten zu bekommen, sowie der Finanzkraft des FDGB wurde damit nicht gelöst.

Durch die 1964 begonnene Industriepreisreform erhöhten sich die Industriepreise durchschnittlich um zwölf Prozent. Doch die Verbraucherpreise sollten nicht steigen. Es war damit nicht möglich, die finanziellen Belastungen, die den Feriendienst trafen, auf die Urlaubsreisen umzulegen. Der FDGB drängte daher nachdrücklich auf eine finanzielle Beteiligung des Staatshaushalts am Feriendienst der Gewerkschaften. Am 6. Januar 1965 beschloß das Sekretariat des ZK der SED

30 Siehe Beschluß des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes zur Neuregelung der Preise für Ferienreisen des FDGB vom 8. Februar 1963, in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, 3. neu bearb. Auflage, Berlin 1965, S.597-600.

31 Siehe Beschluß des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes über Einrichtung von Vermittlungsstellen für Ferienschecks vom 11.2.1964, in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, S.605f.

eine Neuregelung der staatlichen Zuwendungen an den FDGB.³² Darin beharrte das ZK darauf, daß der FDGB allgemein nur solche Kosten erstattet bekommt, die ihm bei der Wahrnehmung staatlicher Auftragsaufgaben auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes sowie auf Grund der staatlich festgelegten Preispolitik aus der Differenz zwischen Industrie- und Verbraucherpreisen entstanden. Eine Ausnahme sollte lediglich für den Feriendienst der Gewerkschaften gelten. Der Staatshaushalt übernahm die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Investitionen zur Erweiterung bzw. zum Ersatz von Ferienkapazitäten. Damit wurde die Argumentation wieder aufgenommen, die bereits der Zuschußregelung im Gesetz der Arbeit von 1950 zugrundegelegen hatte. Nach der Rechtsauffassung der DDR schloß das Prinzip der Selbstfinanzierung der gesellschaftlichen Organisationen staatliche Beihilfen nicht aus, wenn sie die Organisationen bei der Realisierung allgemeiner gesellschaftlicher Interessen unterstützten. Solche gesellschaftlichen Interessen wurden vor allem in den verfassungsmäßig garantierten Rechten auf den Gebieten des Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Erholungswesens und des Sports gesehen.³³

Damit war die Erweiterung und Modernisierung der Kapazitäten des Feriendienstes der Gewerkschaften gesichert. Von 1965 bis 1970 wurden jährlich zwischen 24 und 51 Millionen Mark für Investitionen bereitgestellt. Neue Erholungsorte wurden erschlossen, neue Ferienheime gebaut und ältere Heime rekonstruiert. Unterkünfte, die den Ansprüchen nicht mehr genügten, konnten aufgegeben werden, ohne die Zahl von jährlich rund 1,2 Millionen Ferienreisen zu verringern. Wegen unzureichender Baukapazitäten und Planungsmängeln wurden die geplanten Investitionen jedoch nicht ausgeschöpft. Wie der 8. FDGB-Kongreß 1972 feststellte, gab es immer noch Klagen über eine unzureichende gastronomische und kulturelle Betreuung.³⁴ Fortschritte wurden im Veranstaltungsangebot besonders bei Gemeinschaftsveranstaltungen erreicht. Die Wünsche nach einer differenzierteren, individuellen Wünschen Rechnung tragenden Urlaubsgestaltung stießen dagegen häufig immer noch auf Unverständnis.

Dagegen blieben Bestrebungen im Feriendienst der Gewerkschaften nach einer größeren wirtschaftlichen Eigenständigkeit ohne Erfolg. 1962 hatte der Feriendienst einen Vorstoß in dieser Richtung unternommen. Nach dem Beispiel der Tschechoslowakei sollte eine Zentralverwaltung für Erholungswesen die Verwaltung der Heime einschließlich der großen Betriebsferienheime und die Urlauberbetreuung, die Schiffsreisen und den internationalen Urlauberaustausch zwischen den Gewerkschaften übernehmen. Mit der Bemerkung Warnkes „Ein FDGB-Monopol ist das Schlimmste, was uns passieren kann!“ lehnte das Sekretariat

32 Siehe Protokoll Nr. 2/65 der Sitzung des Sekretariats des ZK am 6. Januar 1965, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/3, Nr. 1042.

33 Siehe Die gesellschaftlichen Organisationen in der DDR. Stellung, Wirkungsrichtungen und Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Staat, Berlin 1980, S.52.

34 Siehe Protokoll des 8. FDGB-Kongresses, Berlin 1972, S.19f.

des FDGB-Bundesvorstandes diese Zentralisierung entschieden ab.³⁵ Doch damit waren die Zentralisierungsvorstellungen nicht vom Tisch. Sie kamen nun von der SED-Führung. Mit Beschluß vom 10. Januar 1964 wurde vom Politbüro der SED eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Ministers für örtliche Räte, Fritz Scharfenstein, gebildet, die in Experimenten in Oberhof und Kühlungsborn neue Strukturen erproben sollte. Danach sollte für alle Erholungseinrichtungen eines Ortes eine einheitliche Verwaltung geschaffen werden, dem Rat des Kreises unterstellt. Der FDGB blieb danach zwar Eigentümer seiner Heime, aber ohne sie zu leiten. Bei der zu schaffenden Wirtschaftsorganisation sollte er dann Ferienplätze kaufen und an die Mitglieder verteilen. Das Sekretariat des Bundesvorstandes, das zunächst in die Vorbereitung des Experiments nicht einbezogen war, erkannte zwar den wirtschaftlichen Nutzen der Konzentration an, lehnte aber die Übertragung auf die Räte der Kreise unter Berufung auf den dem FDGB durch das Gesetzbuch der Arbeit übertragenen gesellschaftlichen Auftrag zum planmäßigen Ausbau der Erholungsmöglichkeiten ab.³⁶ Zudem entstünden dem FDGB zusätzliche finanzielle Belastungen, indem seine Versorgungseinrichtungen faktisch Dienstleister für alle Erholungsträger würden. Auch für die Gemeinden ergaben sich Probleme. Die Übernahme der Oberhofer Ausleihstation für Wintersportgeräte, die dem FDGB Überschüsse erwirtschaftet hatte, wurde in dem Experiment für die Kurverwaltung zum Verlustgeschäft. Andererseits boykottierten die anderen Erholungsträger die Bildung der einheitlichen Wirtschaftsorganisation mit dem Vorwurf, der FDGB wolle sich „alles unter den Nagel reißen.“³⁷ Das einzige bleibende Ergebnis der Arbeitsgruppe in Oberhof war schließlich die Errichtung des Interhotels „Panorama“.

Auch die bereits eingeleiteten Schritte bei der Vermögenszuordnung wurden zurückgenommen. Die Anordnung über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Abteilung Feriendienst und Kuren von 1956 hatte vorgesehen, den Feriendienst mit eigenem Vermögen auszustatten. Mit dem Beschluß des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes vom 15. Januar 1969 wurde diese Entscheidung rückgängig gemacht.³⁸ Grundlage war die auf dem 7. FDGB-Kongreß 1968 beschlossene Satzungsänderung. Danach erhielten auf Empfehlung des Ministeriums des Innern und des Ministeriums der Justiz alle Vorstände, Leitungen und nachgeordneten Einrichtungen der Gewerkschaften das Recht, im Rahmen ihrer satzungsmäßigen

35 Siehe Vorlage über „Grundlage für die Arbeit des Feriendienstes der Gewerkschaften für 1963“, Beschluß des Sekretariats des Bundesvorstandes S.418 vom 16.7.1962, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 24 688.

36 Siehe Durchsetzung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung im Feriendienst der Gewerkschaften, Beschluß des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstands S 226/67 vom 10.5.1967, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 24 805.

37 Siehe Bericht der Abt. Gewerkschaften und Sozialpolitik des ZK der SED über das Experiment Oberhof vom 18.12.1967, SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/2.021, Nr. 753.

38 Siehe Die Rechtsfähigkeit der Vorstände, der selbständigen Einrichtungen sowie der Leitungen der Grundorganisationen des FDGB. Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB vom 15.1.1969, in: Informationsblatt des FDGB 1969, Nr. 4 (Februar), S.7.

Aufgaben am Rechtsverkehr teilzunehmen.³⁹ Der Erwerb und die Veräußerung von Grundeigentum wurde jedoch ausschließlich dem Bundesvorstand des FDGB vorbehalten. Dem Bundesvorstand wurde aufgetragen, beim Ministerium des Innern die Aufhebung der Anordnung von 1957 zu beantragen. Die Diskussionen mit den Ministerien des Innern und der Justiz zogen sich jedoch hin, so daß es erst nach der Neufassung des Beschlusses über die Rechtsfähigkeit der Vorstände, Leitungen und Einrichtungen von 1975⁴⁰ zu den erforderlichen gesetzlichen Regelungen kam. Mit der Veröffentlichung in den Dokumenten und Informationen des Ministeriums der Justiz vom 18. März 1976 wurde der Beschluß staatlich bestätigt. Darauf hob das Ministerium des Innern am 19. März 1976 die Anordnung über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Abteilung Feriendienst und Kuren auf.⁴¹ Damit war klargestellt, daß nur der FDGB als Ganzes, nicht aber ihm nachgeordnete Organisationen Eigentümer der Liegenschaften war. Das Verhältnis zum Organisationseigentum wurde also analog zur volkseigenen Wirtschaft geregelt. Der Feriendienst der Gewerkschaften war lediglich Rechtsträger der von ihm genutzten Ferieneinrichtungen, so wie der volkseigene Betrieb Rechtsträger von Volkseigentum war. Der Feriendienst der Gewerkschaften konnte damit als organisations-eigener Betrieb angesehen werden, dessen oberste Leitungsebene als Abteilung im Apparat des Bundesvorstandes verankert blieb. Er stellte jährlich eigene Finanzpläne auf, die der Bestätigung durch den Bundesvorstand bedurften, und rechnete diese in den Jahresfinanzberichten ab. Die Ergebnisse gingen nicht in die Finanzplanabrechnungen des Bundesvorstandes ein, sondern diese wiesen nur die Zuschüsse aus dem Haushalt des Bundesvorstandes aus.

Entwicklung als Teil des sozialpolitischen Programms der SED

Ende der sechziger Jahre zeichnete sich ab, daß die DDR die hochgesteckten wirtschaftlichen Ziele nicht erreicht hatte. Es war nicht gelungen, den Lebensstandard an den der BRD heranzuführen, im Gegenteil, der Abstand hatte sich weiter vergrößert. Dafür suchte die SED-Parteiführung, die Leistungen auf sozialpolitischem Gebiet in den Vordergrund zu rücken. Dazu gehörten die Möglichkeiten einer preisgünstigen Urlaubsgestaltung auf bedeutend höherem Niveau als selbst noch in den sechziger Jahren.

Anfang 1972 befaßten sich die Führungsgremien der SED und des FDGB mit dem Stand des Feriendienstes der Gewerkschaften und damit, wie das angestrebte höhere Niveau zu erreichen sei.⁴² Die Ergebnisse wurden in dem Gemeinsamen Beschluß

39 Siehe Satzung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschlossen auf dem 7. FDGB-Kongreß, Artikel 56a.

40 Siehe Die Rechtsfähigkeit der Vorstände, der Einrichtungen sowie der Leitungen der Grundorganisationen des FDGB, Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes Nr. P 126/75 vom 12.12.1975, in: Informationsblatt des FDGB 1975, Nr. 15 (Dezember), S.2-4.

41 Siehe Gesetzblatt der DDR 1976, Teil I, Nr. 10, S.174.

42 Siehe Beschluß des Politbüros des ZK der SED über Maßnahmen zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften vom 29.2.1972, SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2, Nr. 1381.

des Politbüros des ZK der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu Fragen der Kuren vom 7. März 1972 zusammengefaßt.⁴³ Angestrebt wurde, das Angebot an Ferienreisen einschließlich der betrieblichen Plätze auf zwei Millionen zu erhöhen. Dazu sollten mehrere neue große Erholungsobjekte gebaut, dem Feriendienst 80 Prozent der Kapazitäten in drei Interhotels zur Verfügung gestellt sowie durch Kooperationsvereinbarungen mit den Betrieben bisher nicht genügend genutzte Reserven erschlossen werden. Die staatlichen Organe wurden verpflichtet, die materiellen und technischen Versorgungsleistungen für die Urlauber zu verbessern.

Dieses Programm stieß allerdings an die Grenzen der verfügbaren Baukapazitäten. Angesichts der vorrangigen Konzentration auf das Wohnungsbauprogramm wurden die Investitionen des Feriendienstes nur unzureichend erfüllt. Eine Reihe von Vorhaben mußte zeitlich gestreckt werden. Vor allem aber ergaben sich für den FDGB enorme Finanzierungsschwierigkeiten. Eine quantitative und qualitative Verbesserung der Ferienangebote bei gleichbleibenden Preisen für die Urlauber war nur zu finanzieren, wenn für die von der SED geforderte Preisstabilität der Staatshaushalt mit größeren Zuschüssen beisprang. In einem Brief an Erich Honecker warnte der Vorsitzende des FDGB, Warnke, nachdrücklich vor dem Scheitern des als große soziale Leistung für die Werktätigen propagierten Gemeinsamen Beschlusses von Politbüro, Ministerrat und Bundesvorstand des FDGB.⁴⁴ Dem intensiven Drängen des FDGB mußte das ZK der SED schließlich nachgeben. Mit dem Beschluß des Sekretariats des ZK vom 3. Dezember 1975 wurden die Finanzbeziehungen zwischen dem FDGB und dem Staatshaushalt neu geregelt.⁴⁵

Der Beschluß behielt die staatliche Finanzierung des Neubaus und der Rekonstruktion von Ferienheimen des FDGB bei. Ebenso sollten weiterhin entsprechend den gesetzlichen Regelungen die Mehraufwendungen erstattet werden, die sich für den FDGB aus den Industriepreisänderungen ergaben, die nicht auf die Verbraucherpreise umgelegt werden durften. Zur Vereinfachung des Verfahrens sollten diese Mehraufwendungen künftig durch eine Pauschale abgegolten werden. Angesichts der schnell steigenden Industriepreise erwies sich diese Regelung jedoch bald als nachteilig für den FDGB. Staatliche Zuschüsse sollten nun auch zur

43 Siehe Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED, des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften sowie zu Fragen der Kuren vom 7.3.1972, in: Sozialversicherung/Arbeitsschutz 1972, H. 4, S.2.

44 Siehe Brief des Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes an Erich Honecker vom 22.5.1973 über Schwierigkeiten in der Durchführung des Gemeinsamen Beschlusses, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 2952.

45 Siehe Gestaltung der Finanzbeziehungen zwischen dem Bundesvorstand des FDGB und dem Ministerium der Finanzen, Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 3.12.1975, SAPMO-BArch, DY 30, IV J 2/3, Nr. 2394.

Finanzierung bestimmter Einzelentscheidungen gewährt werden.⁴⁶ Die Bauvorhaben des Feriendienstes mußten von der Staatlichen Plankommission bestätigt werden. Die mit staatlichen Mitteln gebauten neuen Ferienheime waren beim FDGB als Volkseigentum zu aktivieren und zu verwalten. Damit stieg der volkseigene Anteil an den Grundmitteln des Feriendienstes schnell an und überwog schließlich gegenüber dem gewerkschaftseigenen Anteil.⁴⁷ Dennoch wurde immer noch die Hälfte der Reisen in Privatunterkünfte vermittelt. Im Durchschnitt konnte einem Mitglied alle sieben Jahre ein Ferienplatz für die Familie angeboten werden.

Der marktwirtschaftliche Versuch

Die Umbildung des FDGB in einen Dachverband selbständiger Industriegewerkschaften, wie sie auf dem Außerordentlichen FDGB-Kongreß vom 31. Januar/1. Februar 1990 beschlossen wurde, war ein Versuch der politischen und organisatorischen Erneuerung der Gewerkschaften in der DDR. In diesem Zusammenhang waren alle bisherigen Strukturen zu prüfen, so auch der Feriendienst der Gewerkschaften. Erste Vorschläge zu Veränderungen im Feriendienst lagen bereits dem Komitee zur Vorbereitung des Außerordentlichen FDGB-Kongresses vor, das im Dezember 1989 und Januar 1990 den FDGB leitete. Der Feriendienst sollte ein juristisch selbständiges Unternehmen werden, das Reisen zum Selbstkostenpreis anbieten sollte. Notwendige Zuschüsse hätten die Gewerkschaftskassen für ihre Mitglieder bereitzustellen. Geplant war, auf private und Vertragsheime sowie auf unzumutbare Unterkünfte in eigenen Heimen zu verzichten und die Verpflegungssätze neu zu regeln.⁴⁸ Nach dem Kongreß beriet eine Arbeitsgruppe des DGB den Geschäftsführenden Vorstand des FDGB bei der Angleichung der Strukturen an die des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie äußerte gegen den Fortbestand eines gewerkschaftlichen Ferienunternehmens angesichts der schlechten Erfahrungen des DGB erhebliche Bedenken.⁴⁹ Doch der Geschäftsführende Vorstand sah Chancen, die sich vor allem auf den großen Vermögensbestand des Feriendienstes der Gewerkschaften stützten. Entsprechend seinem Rahmenprogramm zur Wirtschaftstätigkeit mit dem Vermögen des FDGB leitete er bereits im Februar 1990 Schritte

46 Solche Einzelentscheidungen wurden getroffen zur Finanzierung der Mehraufwendungen zur Angleichung der Verpflegungssätze in den Ferienheimen an die in den staatlichen Sanatorien gezahlten Sätze oder zur Anhebung der an private Zimmervermieter gezahlten Preise.

47 Ende 1989 wies die Grundmittelbilanz des Feriendienstes einen Bestand von 700,8 Mill. Mark in FDGB-Eigentum und 1.864,0 Mill. Mark in Volkseigentum aus. Siehe SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 26 988.

48 Siehe Beschluß des Vorbereitungskomitees vom 16.12.1989, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 26 988.

49 Um bestehende kleinere gewerkschaftliche Reiseunternehmen zusammenzufassen, wurde 1969 GUT-Reisen als GmbH & Co. KG gegründet, deren Gesellschafter die Bank für Gemeinwirtschaft und die IG Metall waren. Obwohl die sozialtouristischen Zielstellungen bald aufgegeben werden mußten, konnte sich GUT Reisen auf dem Touristikmarkt nicht behaupten. Das Unternehmen wurde 1977 an Neckermann verkauft.

ein, um den gesamten Bereich des Feriendienstes der Gewerkschaften aus dem Organisationsapparat herauszulösen und zu verselbständigen.⁵⁰

Am 5. März 1990 beschloß der Geschäftsführende Vorstand, das Reisebüro der Gewerkschaften „Feriendienst“ als organisationseigenen Betrieb (OEB) zu gründen. Zugleich bestätigte er das Statut des OEB.⁵¹ Am 16. März 1990 wurde der Betrieb in das Register der volkseigenen Wirtschaft eingetragen. Das Unternehmen sollte „zur Organisation, zum Verkauf und zur Vermittlung touristischer Leistungen im In- und Ausland“ dienen. Dazu sollte es laut Statut Eigentum des FDGB nutzen und verwalten. Anfangs hoffte der Geschäftsführende Vorstand, daß dem Feriendienst auch die bisher genutzten volkseigenen Ferienheime weiter zur Verfügung stehen würden. Der FDGB schloß dazu am 15. März 1990 mit dem Ministerium der Finanzen und Preise der DDR einen Vertrag, der die Heime dem FDGB unentgeltlich für die Dauer von 99 Jahren überließ.⁵²

Bereits die Sommersaison 1990 zeigte, daß die Hoffnungen des FDGB, den Feriendienst im bisherigen Umfang erfolgreich in die Marktwirtschaft überführen zu können, illusionär waren. Die Reisebuchungen gingen angesichts der neuen Reisefreiheit der DDR-Bürger erheblich zurück. Der Geschäftsführende Vorstand des FDGB ersuchte daher für das 2. Halbjahr 1990 um einen staatlichen Zuschuß von 234 Mio. DM.⁵³ Der Vertrag über die Nutzung der volkseigenen Ferienheime wurde mit dem 3. Oktober 1990 obsolet.

Nachdem die Entscheidung für eine baldige Auflösung des Gewerkschaftlichen Dachverbandes FDGB gefallen war, wurde versucht, für den Feriendienst neue Organisationsformen zu schaffen, die über die Existenz des FDGB hinaus Bestand haben konnten. So entschied sich der Geschäftsführende Vorstand des FDGB für die Gründung der FEDI (Feriendienst) Reisebüro der Gewerkschaften GmbH.⁵⁴ Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von zehn Millionen DM sollte von der Vermögensverwaltung der FDGB GmbH in Form einer Sacheinlage übernommen werden, die aus dem bisherigen OEB und den von ihm bewirtschafteten Einrichtungen bestehen sollte. Dazu war vorgesehen, diese Vermögenswerte in einen Gesamthandfonds Feriendienst einzubringen und der Vermögensverwaltung der FDGB GmbH treuhänderisch zu übertragen.⁵⁵ In den einzelnen Ferienregionen

50 Siehe Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes GV 15/90 betr. Gründung eines zeitweiligen Geschäftsbereichs Reisebüro der Gewerkschaften „Feriendienst“ vom 23.2.1990, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 26 994.

51 Siehe Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes GV 25/90 betr. Gründung des Reisebüros der Gewerkschaften „Feriendienst“ vom 5.3.1990, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 26 994.

52 Siehe Verwaltungsarchiv der VVG, VVG Nr. 150.

53 Siehe Verwaltungsarchiv der VVG, Buvo Nr. 017.

54 Siehe Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes 108/90 betr. Konzeption zur weiteren Entwicklung des Reisebüros der Gewerkschaften „Feriendienst“ und zu seiner Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft vom 8.6.1990, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 26 996.

55 Siehe Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes 133/90 betr. Einbringen des gewerkschaftlichen Vermögens an Einrichtungen, die gegenwärtig vom Feriendienst genutzt werden, in eine „Feriendienst GmbH“ vom 29.6.1990, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 26 996.

begann die FEDI GmbH als ihre hundertprozentigen Töchter Betreibergesellschaften zu gründen. Am 6. Juli 1990 wurde die Satzung der GmbH notariell beurkundet und die Eintragung in das Handelsregister beantragt. Diese kam jedoch nicht zustande.

Der Auflösungskongreß des Gewerkschaftlichen Dachverbandes FDGB vom 14. September 1990 bestätigte zwar die Bildung eines Gesamthandfonds Gewerkschaftlicher Ferienobjekte und seine Einbringung in die FEDI GmbH in Gründung.⁵⁶ Die bisher genutzten volkseigenen Objekte wurden an den Staat zurückgegeben. Die Ausgliederung des Gesamthandfonds Feriendienst aus dem Vermögen des FDGB wurde jedoch von der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte der Parteien und Massenorganisationen der DDR als nicht statthaft betrachtet. Damit verblieb das gesamte vom Feriendienst genutzte Vermögen unter der Kontrolle der Unabhängigen Kommission, die dieses von ihr am 18. September 1990 übernommene Vermögen an die Treuhandanstalt weiterleitete. Zunächst hatte die Treuhandanstalt dem Feriendienst einen bis 31. Dezember 1990 befristeten Bewirtschaftungsauftrag für dieses Vermögen erteilt. Ab 1. Januar 1991 übertrug sie der Firma Lochner GmbH Essen die Sicherung und Notbewirtschaftung der Feriendienstobjekte.

Am 26. April 1991 wies das Amtsgericht Charlottenburg die beantragte Eintragung der FEDI GmbH in das Handelsregister zurück. Für das Registergericht bestand somit die OEB Reisebüro der Gewerkschaften „Feriendienst“ weiter. Er hatte jedoch wirtschaftlich keine Aussichten auf Fortbestand. Am 24. Mai 1991 eröffnete das Amtsgericht Charlottenburg das Gesamtvollstreckungsverfahren über ihn. Die Liegenschaften des Feriendienstes wurden durch die Treuhandanstalt bzw. ihre Nachfolgerin, die Bundesanstalt zur Regelung offener Vermögensfragen, verwertet. Soweit Objekte in der DDR rechtswidrig enteignet worden waren wie bei der Aktion „Rose“, wurden sie restituiert. Eine Reihe von Ferienheimen wurde auf Beschluß der Bundesregierung den Gemeinden überlassen, andere an Interessenten verkauft. Damit endete die vierundfünfzigjährige Geschichte des Feriendienstes der Gewerkschaften in der SBZ/DDR.

56 Siehe Gewerkschaftskongreß zur Auflösung des FDGB. Berlin, 14.9.1990, Protokoll, SAPMO-BArch, DY 34, Nr. 13 739.

„Auch in der Kunst: Das Beste für den Arbeiter“¹ Theaterwochen für Betriebsarbeiter in der DDR der fünfziger Jahre

Annette Schuhmann

In den frühen Jahren der DDR ließ sich die durch den FDGB organisierte Kulturarbeit in den Betrieben im wesentlichen als bürokratische Organisation kultureller Kollektivaktivitäten wahrnehmen. Man sprach von „kultureller Massenarbeit“. Dahinter stand der Versuch einer kulturellen Erziehungspraxis in politischer Absicht. „Kulturelle Massenarbeit“ sollte die proletarische Populärkultur zurückdrängen und einen Beitrag zur sozialistischen Erziehung leisten. Hauptadressat dieser kulturpolitischen Bestrebungen war die Industriearbeiterschaft, die in der Gesellschaftspolitik der SED als Kern der Arbeiterklasse galt. Dem Postulat von den Gewerkschaften als „Schulen des Sozialismus“ folgend, fiel dem FDGB auch die Aufgabe der Kulturarbeit in den Betrieben zu. Deren Spektrum war weit gespannt und reichte von der Produktionspropaganda bis zu verschiedenen Kulturangeboten, in erster Linie Literatur, Theater und bildende Kunst. Dies stand oft in Spannung zu den alltäglichen Freizeitbedürfnissen von Industriearbeitern, weshalb es in der betrieblichen Kulturarbeit des FDGB zunächst auch darum ging, neue Kulturbedürfnisse zu wecken. Dem sollte die Literatur- und Kunstproduktion entgegenkommen. Das in den zwanziger Jahren von der politisch linksorientierten Kulturtheorie entworfene Bild vom „neuen Menschen“ fand seine Entsprechung in der Zielprojektion eines „neuen Publikums“, welches die bisherigen Orte bürgerlicher Kultur- und Kunstproduktion als Zuschauer und schließlich auch als Produzent besetzen würde.² Wie weit solche Bestrebungen in den fünfziger Jahren gingen und wie weit sie reichten, soll im weiteren am Beispiel der vom FDGB propagierten und organisierten „Theaterarbeit“ erörtert werden.

Kampagnenfuror der fünfziger Jahre

Das 1950 auf dem 3. FDGB-Kongreß beschlossene Arbeitsprogramm zur gewerkschaftlichen Kulturarbeit war in seiner Gesamtheit geprägt von ehrgeizigen

1 Losungen für die Theaterwochen der Gewerkschaft, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), DY 34/23540.

2 Siehe Horst Groschopp: „Partei der planmäßigen Hebung Menschlicher Kultur“ (Paul Kampffmeyer). Anmerkungen zum Erbe sozialistischer Kulturkonzepte der deutschen Arbeiterbewegung in der DDR, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung (MKF), 15 (1992), H. 30, S.101-130; ders.: Ein System perfekter Kulturverwaltung? Kulturpolitikstrukturen in der DDR bis zum Herbst 1989, in: MKF, 14 (1991), H. 29, S.36-61; ders.: Breitenkultur in Ostdeutschland. Herkunft und Wende – wohin?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2001, B 11, S.15-22; ders.: Otto Rühle. Zum Arbeiterbild in der ultralinken deutschen Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S.299-320.

Vorhaben, darunter ein besonders aufwendiges: der Plan, mit Hilfe der „Theaterwochen“ eine große Zahl von Betriebs- und Landarbeitern in die Theater zu bringen.

Das Arbeitsprogramm des FDGB sah vor, den Beschäftigten die Möglichkeit zu bieten, die „besten Theaterstücke und Ensembles“³ auf den städtischen Bühnen zu sehen. Beabsichtigt war, zweimal jährlich jeweils im Frühjahr und Herbst in neun Städten der DDR Theaterwochen mit insgesamt 200.000 Besuchern zu veranstalten.⁴ Die Teilnehmer sollten vorzugsweise aus Industrierevieren und Landwirtschaftsbetrieben kommen und ihre Auswahl als Auszeichnung betrachten.

In den Jahren 1951 und 1952 organisierte die Deutsche Volksbühnenorganisation unter der Leitung des Bundesvorstandes des FDGB insgesamt dreimal derartige Theaterwochen in den fünf Ländern der Republik. „Theaterbesuch als Kampagne“, so nannte der FDGB diese aufwendige Unternehmung, die Tausenden Betriebsarbeitern einen Theaterbesuch ermöglichen sollte.⁵ Eingebettet war die Theaterkampagne in den „Kampf gegen Formalismus in Kunst und Literatur“,⁶ der die Kulturpolitik der fünfziger Jahre maßgeblich bestimmen sollte. Daran gekoppelt war neben der Gründung administrativer Kontrollinstanzen im Bereich der Kulturpolitik, wie dem Amt für Literatur und Verlagswesen und der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten im August/September 1951, die verstärkte Propagierung des „sozialistischen Realismus“.

In der Intention folgte die Kampagne dem parteipolitischen Erziehungsprogramm des III. Parteitag des SED, der forderte, die Arbeitsproduktivität mit Hilfe breitangelegter ideologischer Erziehungsarbeit zu steigern. Dabei verfolgten die Organisatoren der Theaterwochen verschiedene politische Ziele und richteten sich an unterschiedliche Gruppen. Der neue Typ des Arbeiters sollte sich neben einer fundierten fachlichen und politischen Qualifizierung durch „den Drang zur ständigen bildungsmäßigen und kulturellen Vervollkommnung“⁷ auszeichnen. Während die Qualifizierungsanstrengungen durch eine zu erwartende bessere Entlohnung motiviert wurden und die Teilnahme an politischen Schulungen für Aufstiegswillige obligat war, mußte das Bedürfnis nach „kultureller Vervollkomm-

3 Arbeitsprogramm des FDGB zur Entfaltung der kulturellen Massenarbeit, in: Protokoll des 3. Kongresses des FDGB vom 30. August bis 3. September 1950, Berlin 1950, S.555.

4 Ausgewählt wurden zunächst größere Theaterstandorte: Weimar, Dessau, Chemnitz, Schwerin, Rostock, Leipzig, Dresden, Magdeburg und Halle (Leuna). Siehe Arbeitsprogramm, S.555.

5 Siehe Einsatzplan zur Erarbeitung von Betriebsbeispielen für die Theateranalyse zur Verbesserung des kollektiven Theaterbesuchs der Gewerkschaften, o.D., SAPMO-BA, DY 34/36/12/2771.

6 Mit der verstärkten Ausrichtung der Kunst- und Kulturpolitik am sowjetischen Vorbild ging die Übernahme der in der UdSSR bereits eröffneten Anti-Formalismus-Kampagne einher. Auf der Grundlage politischer Argumentationen wurden verschiedenste „moderne“ Darstellungsweisen abgelehnt. Dem Vorwurf des Formalismus unterlagen in den frühen Jahren so prominente Künstler wie Brecht, Eisler, Seghers und selbst der spätere Kulturminister Johannes R. Becher. Im März 1951 beschloß das ZK der SED seinen programmatischen „Kampf gegen den Formalismus“. Zu den Anfängen der Formalismuskampagne siehe Andrea Schiller: Die Theaterentwicklung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945-1949, Frankfurt/M. 1998.

7 Referenten- und Informationsmaterial über Aufgaben, Inhalt und Umfang der Theaterwochen der Gewerkschaften, hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, Berlin 1952, S.4.

nung“ erst geweckt werden – zumal wenn der Weg dazu über den Theaterbesuch beschritten werden sollte und sich die Zielgruppe der Kampagne vornehmlich aus Produktionsarbeitern zusammensetzte. Am Beispiel der administrativen Lenkung solcher Theaterbesuche werden Ablehnung und Akzeptanz der Angebote des FDGB durch die Belegschaften offenbar.

Die Adressaten der Theaterkampagne waren jedoch nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Gruppe der Theaterkünstler. Nach Meinung der Initiatoren der Kampagne eigneten sich die Betriebsarbeiter in ihrer Rolle als „neues Publikum“ für die Vermittlung kulturpolitischer Ziele der SED hervorragend. Sie sollten den Kriterien des sozialistischen Realismus wie Volkstümlichkeit, Allgemeinverständlichkeit und „Harmonie des Inhalts“ eine größere Wirkung verleihen. Mit Hilfe der Theaterwochen beabsichtigte man, auch langfristig Einfluß auf die Spielplangestaltung der Theater zu nehmen, indem ein „neues Publikum“, welches sich zu zwei Dritteln aus Produktionsarbeitern zusammensetzte, geschaffen wurde. Das „neue“ Publikum sollte jedoch nicht nur die Durchsetzung der kulturpolitischen Konzepte der SED legitimieren helfen, sondern sich selbst als Mehrheit wahrnehmen und gleichsam eine lebendige Kulisse aus der neuen herrschenden Klasse und deren Kulturbedürfnissen bilden: „Schau Dich um im Publikum, und Du wirst finden, daß es Deine Arbeitskollegen und -kolleginnen sind, die mit Dir gemeinsam die Kunst des Theaters erleben. Da sitzt nicht mehr der Spießbürger im Bratenrock; da sitzt nicht mehr die dicke Frau Geheimrätin im Feiertagskleid, Dein Kollege vom Schraubstock, Deine Kollegin aus der Weberei, die Leute von der MAS-Station, Aktivisten, fortschrittliche Menschen aus den Berufen der Technik, Kunst und Wissenschaft und andere Dir Wohlbekannte aus den Schwerpunkten der Produktion [...]“.⁶⁸ Neben der Funktion der Theaterwochen als Ausrichtungskampagne an die Adresse der Theaterkünstler und der Legitimierung kulturpolitischer Vorstellungen der SED mit Hilfe der Betriebsarbeiter erhofften sich die Initiatoren Effekte auf das Selbstbild der Produzenten und schließlich eine Wirkung auf den Westen. Die Präsentation des Ereignisses für den Westen wurde in der Planung der Theaterwochen und in den Einführungsmaterialien immer mitbedacht.⁹

Die Öffnung des Theaterraumes für ein neues Publikum geschah nicht zuletzt mit der Absicht, das Projekt der kulturellen Massenarbeit innerhalb der Betriebe vermitteln zu helfen. Die im Zuge der Kampagne geforderten Einführungs- und Auswertungsveranstaltungen sollten nach Möglichkeit in betrieblichen Theaterzirkeln durchgeführt werden. Wo diese noch nicht existierten, wurde zur Gründung eines solchen Zirkels, vorrangig in den „Schwerpunktbetrieben“, aufgefordert. Diese Zirkel galten immer auch als politische Schuleinrichtungen für die Belegschaft: „Was die Kriegsvorbereitungen mit dem Formalismus in der Kunst und der Kampf

8 III. Theaterwochen der Gewerkschaften, hrsg. von der Abteilung Kulturelle Massenarbeit, FDGB in Verbindung mit der Zentralleitung der Deutschen Volksbühne, Berlin 1952, S.8.

9 Siehe ebenda, S.4, 9.

um den Frieden mit dem Realismus gemeinsam haben, bedarf einer eingehenden Erläuterung, die Gegenstand der Theaterzirkel sein wird.¹⁰

Die Organisation

Die Vorbereitungen für die ersten Theaterwochen der Gewerkschaften, die im Frühjahr des Jahres 1951 stattfanden und nach der Planung 100.000 Betriebs- und Landarbeiter in die Theater bringen sollten, davon 70 Prozent aus ländlichen Regionen und der Industrieprovinz, begannen erst Ende Januar 1951.

Die Bedeutung, die dem Unternehmen beigemessen wurde, wird deutlich an der personellen Zusammensetzung der ersten Vorbereitungssitzung: Anwesend waren neben Vertretern des FDGB-Bundesvorstandes auch die Theaterreferenten der Volksbildungsministerien der fünf Länder und der Regierung, sämtliche Intendanten der Theater in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Dessau, Magdeburg, Weimar, Rostock, Stralsund und der Berliner Sprechbühnen und schließlich Vertreter des Kulturfonds der DDR.¹¹ Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Spielplangestaltung und die Zusammensetzung des Publikums der ersten Theaterwochen. Es wurde festgelegt, daß die „progressiven Zeitstücke“ den thematischen Schwerpunkt der ersten Theaterwochen der Gewerkschaft bilden sollten. Dabei standen das tschechische Gegenwartsdrama „Brigade Karhan“¹², Maxim Gorkis Klassiker „Die Mutter“ und die sowjetische Gegenwartsdramatik mit den Stücken „Das grüne Signal“¹³ und die „Optimistische Tragödie“¹⁴ im Mittelpunkt.

Das Theaterpublikum sollte sich zu 60 Prozent aus Betriebsarbeitern, zu 30 Prozent aus Landarbeitern oder Bauern und nur zu zehn Prozent aus Teilen der Intelligenz bzw. Angestellten zusammensetzen.¹⁵ Territoriale Besonderheiten oder die überwiegenden Produktionsformen der jeweiligen Einzugsgebiete fanden in den Überlegungen der Initiatoren keine Berücksichtigung. Diese starren Vorgaben für die Zusammensetzung des Publikums erschwerten die Organisation an der Basis, offenbar sah man jedoch nur in der administrativen Lenkung Möglichkeiten, ein neues Publikum zu gewinnen. Den auswärtigen Besuchern sollte ein über den abendlichen Theaterbesuch hinausgehendes Kulturprogramm in den Gaststädten geboten werden.¹⁶ Die Kartenverteilung übernahmen die Industriegewerkschaften.

10 Paul Dornberger: Was Du von den gewerkschaftlichen Theaterzirkeln wissen mußst, in: III. Theaterwochen, S.50-54, hier S.51.

11 Siehe Bericht über die erste Besprechung der Theaterwochen der Gewerkschaften am 26.1.1951 beim Bundesvorstand des FDGB, SAPMO-BA, DY 34/3/2a/934.

12 „Brigade Karhan – Ein Stück vom Fünfjahrplan“ von Vasek Kana wurde als Kollektiv-Regie unter Leitung Lotte Loebingers in der Spielzeit 1950/51 am Deutschen Theater in Berlin inszeniert. Siehe dazu Heinar Kipphardt (Red.): Programmheft des Deutschen Theaters für die Spielzeit 1950/51, Berlin.

13 Von Anatolij Surov.

14 Die „Optimistische Tragödie“ von Vsevolod Višnevskij beschreibt eine Episode aus der Zeit des Bürgerkriegs und gehörte zu den Klassikern der sowjetischen dramatischen Kunst. Das Stück entstand 1933 und ist in der Sowjetunion vielfach ausgezeichnet worden. 1934/35 wurde es von Friedrich Wolf ins Deutsche übersetzt und 1948 in Deutschland unter der Regie von Wolfgang Langhoff uraufgeführt. Siehe Schiller, Theaterentwicklung, S.229-232.

15 Siehe Bericht über die erste Besprechung.

16 Siehe ebenda.

Der FDGB verpflichtete sich, begleitendes Informationsmaterial spätestens zehn Tage vor der jeweiligen Theaterfahrt in die Betriebe zu liefern. Die Theaterzirkel der Betriebe (die es allerdings nur in geringer Zahl gab) sollten die ausgewählten Teilnehmer auf das Programm vorbereiten, wobei die Betriebe verpflichtet wurden, „keinen Kollegen zum Besuch der Theaterwoche zu schicken, der an diesen Vorbereitungen nicht teilgenommen hat“.¹⁷ Nach ihrer Rückkehr, so der Plan, würden die „Arbeiter in Wort und Schrift zu dem Gesehenen persönlich Stellung nehmen“.

Ein zentral erstelltes Plakat sollte in allen gastgebenden Städten auf die Theaterwochen aufmerksam machen, Rundfunk und Presse sich aktiv in die Propagierung der Veranstaltungen einschalten, denn die „gesamte Bevölkerung der DDR, darüber hinaus die westdeutsche Bevölkerung, soll an diesen kulturellen Höhepunkten, die die Theaterwochen darstellen werden, teilnehmen“.¹⁸ Vertreter der Regierung würden die Theaterwochen an ihren verschiedenen Standorten eröffnen. Am 31. Januar 1951 wurden die genannten Vorschläge vom Bundesvorstand zur Beschlußfassung verabschiedet.¹⁹

Das Finanzierungskonzept

Begleitend zur Beschlußvorlage unterbreitete der FDGB ein Finanzierungskonzept, nach dem sich die Gesamtkosten der ersten Theaterwochen auf 1.216.020 DM beliefen.²⁰ Bei der Aufschlüsselung der einzelnen Positionen und ihrer Träger fiel den Betrieben, die weder an der Idee noch an den Diskussionen um die Durchführung der Kampagne beteiligt wurden, der größte Teil der Kosten zu (493.000 DM). Damit sollte vor allem die Finanzierung des Transports der teilnehmenden Belegschaftsmitglieder gedeckt werden. Um diese Summe aufzubringen, sollten die Gelder aus dem 15prozentigen Anteil der gewerkschaftlichen Beitrags-gelder, der für die betriebliche Kulturarbeit reserviert war, sowie aus dem Direktorenfonds entnommen werden. Da die Statuten für die Vergabe dieser Gelder eine Erstattung von Fahrtkosten im allgemeinen untersagten, wurde für die Organisation der Theaterwochen eine exklusive Ausnahmeregelung geschaffen. Der Kulturfonds der DDR beteiligte sich als staatlicher Geldgeber mit weiteren 400.000 DM, insgesamt 140.700 DM würden die Teilnehmer mit ihren eigenen Beiträgen beisteuern, den Rest der Kosten teilten sich der Bundesvorstand (50.940 DM), die zentrale Leitung der Deutschen Volksbühne (47.000 DM) sowie die örtlichen Instanzen des FDGB, der Industriegewerkschaften, der Gemeinden und der Deutschen Volksbühne.²¹ Auf insgesamt 18 Bühnen der fünf Länder sollten jeweils eine Woche lang Aufführungen für das ausgewählte Publikum stattfinden. Der

17 Ebenda, S.2.

18 Ebenda.

19 Siehe Beschlußvorlage für die Sekretariatsitzung am 31. Januar 1951, SAPMO-BA, DY 34/3/2a/934.

20 Siehe Übersicht über die Möglichkeiten für die Finanzierung der Theaterwochen, o.D., SAPMO-BA, DY 34/3/2a/934.

21 Siehe ebenda.

individuelle Kostenanteil pro Vorstellung durfte jedoch 1,50 DM einschließlich Eintrittskarte, Verpflegung und Fahrtkosten nicht überschreiten.²²

Ein Problem, das die Installierung kultureller Massenarbeit stets begleitete, waren die durch die Freistellungen von Beschäftigten entstehenden Kosten. Im Falle der Theaterwochen blieb es Sache der Betriebe, diese zu decken. Die Problematik wurde bei der Organisation der Theaterwochen durchaus mitbedacht. So erhielt FDGB-Vorsitzender Herbert Warnke eine Anfrage der Abteilung Kultur mit Betreff „Störung der Planwirtschaft“.²³ Enthalten war darin eine von der Abteilung erstellte Auflistung der Ausfallstunden, die im Verlauf der Theaterwochen eines Jahres entstehen würden. Selbst wenn die Arbeitsausfälle der Teilnehmer so gering wie möglich gehalten würden, so die Rechnung, würde man auf etwa eine Million ausgefallene Arbeitsstunden pro Jahr kommen. Zwar wäre der Arbeitsausfall gerechtfertigt, weil sich die Teilnahme für den einzelnen „rückwirkend positiv auf die Lebensfreude und die Schaffenskraft“²⁴ auswirken würde, allerdings sei die Bezahlung des Arbeitsausfalls in der Finanzplanung nicht vorgesehen. Die Organisatoren der Kulturabteilung versuchten offenbar, sich bei ihrem Vorgesetzten rückzuversichern: „Falls Du der Meinung sein solltest, daß unter diesen besonderen Umständen der Arbeitsausfall von insgesamt einer Million Arbeitsstunden im Jahr zu rechtfertigen ist, ergibt sich in der Konsequenz folgendes Problem, das mit dem Ministerium für Industrie geklärt werden müßte. Ist das Ministerium für Industrie unter Berücksichtigung der den Theaterwochen der Gewerkschaft zukommenden Bedeutung mit einem Arbeitsausfall in dieser Höhe einverstanden, und wer bezahlt den Lohnausfall? [...] Falls das Ministerium für Industrie ein Entgegenkommen ablehnt, [ist] die Durchführung der Theaterwochen in ihrem festgelegten Charakter in Frage gestellt.“²⁵

Der Umfang der Freistellungen erhöhte sich durch den Anspruch der Organisatoren, den besonderen Charakter der Theaterwochen durch die Gestaltung des Theaterbesuchs zu betonen. Um den Tag des Theaterbesuches „zu einem besonderen Erlebnis“²⁶ zu machen, war vorgesehen, die Arbeiter nicht erst kurz vor Beginn der Vorstellung am Ort ankommen zu lassen. In den Vorstellungen der Organisatoren war das den Theaterbesuch begleitende Programm von großer Bedeutung. Je nach örtlichen Gegebenheiten waren Ausstellungsbesuche oder Betriebsbesichtigungen vorgesehen. Dabei sollten die zu besichtigenden Betriebe bzw. deren Produktion „im Zusammenhang mit der Arbeit der auswärtigen Kollegen“ stehen: Landarbeiter könnten beispielsweise einen Betrieb besuchen, der Ackerbaugeräte, Düngemittel, Säcke oder Bindfäden herstelle.²⁷

22 Siehe Theaterwochen der Gewerkschaften im ersten Jahr des Fünfjahrplans, o.D., SAPMO-BA, DY 34/3/2a/934; Spielplan der 1. Theaterwoche der Gewerkschaften, 22.2.1951, S.4, SAPMO-BA, DY 34/23540.

23 Siehe An Koll. Warnke von Abt. Kulturelle Massenarbeit (19.2.1951), SAPMO-BA, DY 34/23540.

24 Ebenda.

25 Ebenda.

26 Merkblatt für die Durchführung der Theaterwochen der Gewerkschaften, o.D., SAPMO-BA, DY 34/23540.

27 Siehe ebenda, S.1f.

Neben den sozialen Kategorien, die für die Auswahl und die Zusammensetzung des Publikums maßgeblich waren, forderte der FDGB-Bundesvorstand dazu auf, Aktivisten und Bestarbeiter in die Theater zu bringen, da die Teilnahme an den Theaterwochen in den Vorstellungen ihrer Organisatoren auch eine Auszeichnung darstellte. Der Anteil der auswärtigen Besucher wurde mit 70 Prozent festgelegt, was die Organisation aufgrund des von der Nachkriegssituation geprägten dürftigen öffentlichen Verkehrs erschwerte. Es war erforderlich, für jeden Veranstaltungstag exakte Fahrpläne auszuarbeiten und eventuelle Sonderkonditionen von der Fahrpreismäßigung bis hin zum Einsatz von Sonderzügen mit der Deutschen Reichsbahn auszuhandeln. Tatsächlich versprach die Reichsbahn, sich bei genügender Vorbereitung durch die Organisatoren auf derartige Sonderkonstruktionen einzulassen.

Vorgesehen war es, die ankommenden Besucher durch die Vertreter des örtlichen FDGB oder der Volksbühne von den Bahnhöfen abzuholen bzw. mit Hilfe gut sichtbarer Schilder durch die jeweilige Stadt zu leiten. Wenn möglich, sollten Betriebskapellen die Ankommenden feierlich begrüßen. Die Straßen, die Theater und die Betriebe der gastgebenden Städte sollten anlässlich des Ereignisses festlich geschmückt werden. Erwartet wurde auch, daß ein Aktivist zur Eröffnung der Theaterwochen „in einer kurzen Aussprache das zum Ausdruck bringen [müsse], was diese Theaterwochen für unsere Werktätigen bedeuten und was sie in Zukunft von ihnen erwarten“.²⁸

Die Ausführung

Entgegen den Plänen der Veranstalter, die vorsahen, den Theaterbesuch ihres ansonsten theaterunerfahrenen Publikums zu einem besonderen Erlebnis zu gestalten, bestimmten tatsächlich die konkreten wirtschaftlichen und infrastrukturellen Kapazitäten den Verlauf der Theaterwochen. So konnte die Frage des Produktionsausfalls und seiner möglichen Kompensation bis zum Beginn der Theaterwochen nicht befriedigend geklärt werden. Daher wurde schließlich festgelegt, den Arbeitsausfall auf ein Mindestmaß zu beschränken. Das führte nach einer Aktennotiz des Bundesvorstandes dazu, „daß die teilnehmenden Kollegen nur zu den Vorstellungen herangeführt werden. Weitergehende Maßnahmen (Ausstellungen, Nebenveranstaltungen, Verpflegung usw.) unterbleiben“.²⁹

Auch die Finanzierung der Theaterwochen gestaltete sich insgesamt schwieriger als vorausgesehen. Durch die teilweise Verlegung der Aufführungsorte entstanden Preisdifferenzen, hinzu kamen hohe Unterbringungskosten der Ensembles und die Ausfälle der Theater, für die zunächst niemand aufkommen wollte. Außerdem waren nicht alle Betriebe in der Lage, die anfallenden Reisekosten aufzubringen. Vor allem kleinere Betriebe in Mecklenburg und Thüringen sahen sich dazu außerstande.³⁰ Ein

²⁸ Ebenda, S.4.

²⁹ Aktennotiz, Betr. Stand der Vorbereitung und Durchführung der Theaterwochen der Gewerkschaften, 19.4.1951, SAPMO-BA, DY 34/23540.

³⁰ Siehe ebenda, S.2.

Großteil der Kosten konnte überhaupt nur gedeckt werden, weil an der Verpflegung gespart wurde.³¹

Die Vorbereitungen der Theaterwochen vor Ort gestalteten sich ebenfalls wesentlich komplizierter, als es im Verlaufe der Planungen von der Zentrale erwartet worden war. Das Engagement der örtlichen Vertreter der Deutschen Volksbühne und des FDGB, die sich gemeinsam zu Organisationskommissionen zusammengeschlossen hatten, scheint unterschiedlich stark gewesen zu sein. So berichtete die zuständige Kommission für das Land Sachsen, daß sich etwa die Dresdner Kommission nur in geringem Maße bei der Durchführung der Theaterwochen in der Stadt engagiert habe. Die Tatsache, daß 70 Prozent der Besucher für Dresden aus den umliegenden Kreisen kommen sollten, ließ das Interesse der Dresdner FDGB-Leitung offenbar erlahmen. Als Beleg für das geringe Engagement erscheint die Tatsache, daß nicht einmal zur Eröffnungsveranstaltung der Theaterwoche in Sachsen ein Vertreter des FDGB anwesend war. Relativ reibungslos verlief dagegen die Organisation in Leipzig. Hier wurden mit insgesamt 24.000 Besuchern nicht nur die meisten Gäste erwartet, auch im Repertoire und in der Vielzahl der Spielorte ragte die Stadt als Veranstaltungsort heraus.³²

Die Vorbereitungen für ein derart aufwendiges Unternehmen begannen insgesamt viel zu spät. Die Dresdner Kommission nahm ihre Arbeit beispielsweise erst vier Wochen vor Beginn der Veranstaltungen auf, dabei wurden knapp 9.000 Teilnehmer erwartet, allein 5.600 davon aus den umliegenden Gemeinden.³³ War die Personaldecke der gewerkschaftlichen Kulturabteilungen schon ohne laufende Kampagnenarbeit recht dünn, so wirkte sich dieser Umstand vor allem bei der Organisation der Theaterwochen fatal aus. In der öffentlichen Wahrnehmung galt dementsprechend der Volksbühnenbund als der eigentliche Organisator der Theaterwochen. Oft war es tatsächlich dem Improvisationstalent und dem persönlichen Engagement der Vertreter dieser Organisation zu verdanken, daß die Ankommenden am Bahnhof begrüßt, in Windeseile mit dem Inhalt des Stückes vertrautgemacht und durch die fremde Stadt geleitet wurden. Die Industriegewerkschaften, die für die Verteilung der Karten verantwortlich waren, hatten in der Regel Schwierigkeiten, ihre Karten loszuwerden. Allerdings mangelte es an anderen Orten wiederum an freien Plätzen. So war das Berliner Ensemble mit seiner Inszenierung von „Die Mutter“ offenbar immer ausverkauft, während einige andere Stücke allein schon deshalb Interessenten verloren, weil sie bereits lange auf dem Spielplan standen oder bereits vor Betriebsgruppen aufgeführt worden waren. Andere Karten wurden wahllos verteilt oder lagen bei den Industriegewerkschaften zur Abholung bereit, ohne daß die Betriebe angemessen darüber informiert wurden.

31 Siehe Erfahrungsbericht über die 1. Theaterwochen der Gewerkschaften, Deutsche Volksbühne, Zentralleitung, o.D., SAPMO-BA, DY 34/23541, S.10.

32 Siehe Bericht über die Vorbereitung der Theaterwochen, 27.4.1951, SAPMO-BA, DY 34/23540.

33 Siehe Entwurf: Theaterwochen der Gewerkschaften im ersten Fünfjahrplan, o.D., SAPMO-BA, DY 34/3/2a/934.

Nach offizieller Zählung wurde etwa ein Sechstel der Karten von den Betrieben an die Veranstalter zurückgegeben.³⁴

Als größte Schwäche wurde von den Organisatoren das Fehlen von vorbereitenden Einführungsveranstaltungen für die Teilnehmer gewertet. Inhaltlich war das Einführungsmaterial für die Betriebe völlig unzureichend. Es enthielt lediglich einige kurze Inhaltsangaben zu ausgewählten Stücken und gelangte nur in wenigen Fällen rechtzeitig in die Betriebe. Auch die wenigen angebotenen Einführungen waren kein Erfolg. So berichteten die Dessauer Veranstalter: „Sämtliche Einführungsvorträge außerhalb der Vorstellung waren äußerst schlecht besucht, wobei in auffallendem Maße die Werk tätigen bzw. das proletarische Element absolut fehlte.“ In den Abschlußdiskussionen, die nach den Aufführungen stattfanden, taten sich die Produktionsarbeiter nicht besonders hervor: In der Stadt Dessau stellte man fest, „daß dabei fast nur Funktionäre diskutierten“.³⁵

Mit Hilfe von Teilnehmerkarten hatte man versucht, die Zusammensetzung der einzelnen Veranstaltungen statistisch zu erfassen. Dabei wurde festgestellt, daß die Vorgaben der Gewerkschaft hinsichtlich des Publikums kaum einzuhalten waren. Der Anteil der Angestellten unter den Teilnehmern war an allen Spielorten entgegen den Vorgaben des Bundesvorstandes hoch.

Vor allem in finanzieller Hinsicht stieß der Bundesvorstand des FDGB an seine Grenzen. Die 15prozentigen Beitragsanteile der Gewerkschaft, die den Betrieben für die Kulturarbeit zustanden, waren bereits verplant, als mit der Organisation der Theaterwochen begonnen wurde. Da der Informationsfluß zwischen den übergeordneten gewerkschaftlichen Instanzen und der betrieblichen Basis nicht besonders effektiv war, bestanden die Unsicherheiten hinsichtlich der möglichen Nutzung dieser Gelder für Fahrtkosten fort. In der Folge blieben Theaterkarten und Fahrtkosten oft lange nach Beendigung der Theaterwochen unbezahlt. Für die Sichtwerbung, die in der Verantwortung der einzelnen Städte lag, waren ebenfalls kaum Mittel vorhanden, so daß das Ereignis im öffentlichen Raum nicht seinem politischen Stellenwert entsprechend präsentiert wurde. Berichten zufolge existierte im ganzen Land so gut wie keine Werbung für ein Ereignis dieser Größenordnung. Wie die Volksbühnenorganisation feststellte, blieben die „Theaterwochen der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit ohne Echo“.³⁶ In den überregionalen Presseorganen wurden die Theaterwochen ebenfalls kaum wahrgenommen.

Zwischen Akzeptanz und Ablehnung. Die Resonanz auf die Theaterwochen innerhalb der Belegschaften der Betriebe

Über die Akzeptanz der Theaterwochen durch die Teilnehmer ist wenig bekannt. Fehlende Informationen darüber beklagte auch der Bundesvorstand. Immerhin hatte man versucht, mit Hilfe eines Vordrucks die Meinungen der Theaterbesucher zu diesem Ereignis zu erfassen. Über die Ergebnisse der Befragung ist kaum etwas überliefert, außer der Klage über den mangelnden Rücklauf der Fragebögen. In den

34 Siehe Erfahrungsbericht über die 1. Theaterwochen, S.4f.

35 Ebenda.

36 Ebenda.

veröffentlichten Materialien werden hingegen die immer gleichen positiven Beurteilungen einiger weniger Arbeiter zitiert.

Neben den Angaben zur Mitgliedschaft in den Massenorganisationen und der obligaten Frage nach dem „sozialen Stand“ der Teilnehmer wurde auch nach bisherigen Theaterbesuchen gefragt und nach den Eindrücken, die das gesehene Stück hinterlassen hatte. Lediglich für die Theaterwochen in Chemnitz sind einige wenige Angaben überliefert. Demnach waren dort 49 Prozent der Teilnehmer bisher noch nie in einem Theater gewesen.

Die Spielplangestaltung stieß insgesamt auf Kritik bei den Teilnehmern, vor allem aber die Gegenwartsdramatik stieß auf Ablehnung. Gefordert wurden von den Betriebsarbeitern in vielen Diskussionen vor allem Operettenvorfürhungen.³⁷ Zwar hatten die Adressaten der Kampagne nicht den geringsten Einfluß auf die Auswahl der Stücke, ihre Interessen wurden jedoch an anderer Stelle deutlich. Während die Gorki-Inszenierung des Deutschen Theaters oder „Holunderhain“ der Neuen Bühne in Berlin durchweg gut besucht waren, blieben die Karten für das tschechische Zeitstück „Brigade Karhan“ oder „Baller contra Baller“ oft ungenutzt.³⁸ Der Kreisvorstand der IG Bau-Holz in Leipzig berichtete beispielsweise über die „mangelhafte“ Auswahl der Besucher anlässlich der Theaterwochen: „Zum Teil wurden Kinder mit in die Aufführung gebracht, zum andern hörte man Äußerungen wie: ‚Was, eine polnische Mannschaft spielt hier? Pfeiff aufs Theater, wir gehen ins Stadion!‘ oder ‚Wo ist hier die nächste Kneipe, wir wollen erst einen saufen! oder: ‚III. Rang? Da gehe ich nicht, da sitz ich im HO besser!‘“³⁹

Es waren offenbar eher jene an den Veranstaltungen der Theaterwochen interessiert, die in ihrem Alltag kaum die Möglichkeiten hatten, ins Theater zu kommen. So nutzten beispielsweise die Brandenburger Teilnehmer, die aus kleinen Orten wie Belzig, Templin, Lübben oder Luckau kamen, in den meisten Fällen ihre Karten. Aus Senftenberg reisten insgesamt 566 Arbeiter an, von denen immerhin 537 im Deutschen Theater erschienen. Aus Ruppin kamen insgesamt 443 Betriebs- und Landarbeiter, von denen sich 422 am Abend in der Neuen Bühne einfanden.⁴⁰

Unterschiede in der Akzeptanz der Theaterwochen werden deutlich, wenn man sich das Brandenburger Beispiel genauer ansieht. Vor allem hier wird neben organisatorischen Schwächen eine Abwehr der erzieherischen Intentionen der Theaterwochen von seiten ihrer Teilnehmer deutlich.⁴¹ Die Theaterwochen fanden

37 Siehe ebenda, S.6.

38 An der Neuen Bühne in Berlin wurde „Die Stimme Amerikas“ und „Holunderhain“ gespielt, hier wurden nach offiziellen Angabe insgesamt 17% der Karten nicht genutzt. Im Deutschen Theater, wo unter anderem „Die Mutter“ gespielt wurde, 12% der Karten. Wie viele Plätze tatsächlich leer blieben, ist nicht zu ermitteln. Siehe Bericht über die Theaterwochen der Gewerkschaften vom 25.5.1951, SAPMO-BA, DY 34/23541.

39 Hans Ullner: Bericht über die Durchführung der Dresdner Theaterwoche vom 22.-28.4.1951, SAPMO-BA, DY 34/23541.

40 Siehe Auswertungstabelle der Theaterwochen der Gewerkschaften des Landes Brandenburg vom 12.5.1951 bis 20.5.1951 in Berlin, SAPMO-BA, DY 34/23541.

41 Siehe Bericht über die durchgeführten Theaterwochen des Landes Brandenburg vom 28.5.1951, SAPMO-BA, DY 34/23541.

hier Mitte Mai statt, die gastgebende Stadt war Ostberlin. Im Deutschen Theater und in der Neuen Bühne wurden täglich ein bis zwei Vorführungen ausschließlich für das Brandenburger Publikum gegeben. Anders als beispielsweise in Leipzig, wo auch Opernaufführungen und Musikstücke auf dem Spielplan standen, kamen hier ausschließlich zeitgenössische Stücke mit eindeutiger politischer Botschaft auf den Spielplan.⁴² Nach Auskunft des Berichtes über die Durchführung der Theaterwochen⁴³ war die Teilnahme der Brandenburger Betriebs- und Landarbeiter an den Berliner Vorstellungen sehr schwach. Der Bericht führte dies auf organisatorische Mängel zurück, aber auch „auf das mangelnde Bewußtsein vieler, welche nur mit nach Berlin kamen, um dann statt ins Theater zu gehen, anderweitig die Zeit verbrachten, ja sogar die Fahrt benutzten, um in die Westsektoren zu gehen“.⁴⁴ Die Organisatoren hatten sich im wesentlichen an die vorgegebenen sozialen Auswahlkategorien für die Teilnahme an der Theaterwoche gehalten, wenn auch ein leichtes Übergewicht der „schaffenden Intelligenz“ verzeichnet wurde, verursacht durch die große Zahl der Potsdamer Verwaltungsbetriebe. Interessant ist die Tatsache, daß vor allem große Betriebe nicht immer den ihnen zugewiesenen Anteil der Karten annahmen. Der Autor des Berichtes begründete das damit, daß die Verantwortlichen in den Betrieben „entweder nicht die Aufgaben der Theaterwochen kannten oder aber ihren Direktoren- und Kulturfonds schon vorher zum Einkauf von Instrumenten oder Tanzkleidern ausgeschüttet hatten“.⁴⁵

Hier wird eine, wenn auch begrenzte, Autonomie der Betriebe im Umgang mit den für die Kulturarbeit zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen deutlich. Allerdings wollte man von seiten der Betriebe Diskussionen mit den zentralen Instanzen des FDGB vermeiden. So gaben einige Betriebe (in Brandenburg war es das Zementwerk Rüdersdorf) ihre Kartenkontingente erst nach Beendigung der Theaterwoche ungenutzt und per Post zurück.⁴⁶ Mängel in der Durchführung zeigten sich auch an anderen Stellen: Die Werbung hatte in Brandenburg scheinbar völlig versagt, in den Betrieben war die Veranstaltung kaum plakatiert. Die Teilnehmer, die in Sonderzügen ankamen, wurden in der Regel vom Bahnhof in Berlin abgeholt. Dennoch, so klagte der Berichtersteller, „mußten wir feststellen, daß mehr Kollegen ankamen als im Theater waren“.⁴⁷ Angesichts des beträchtlichen Besucherschwundes auf der Strecke zwischen dem Bahnhof und dem Theater griffen die Organisatoren nach ersten Erfahrungen zu pädagogischen Drohungen. Eine Rückfahrt sollte nur noch denjenigen ermöglicht werden, die eine

42 In Leipzig gab es Beethovens „Fidelio“. Die Inszenierung stellte allerdings Analogien her zur Verfolgungsgeschichte des „Dritten Reiches“. Von Peter Tschaikowski wurde die Oper „Mazepa“ aufgeführt und von Leoš Janáček die Oper „Das schlaue Füchslein“. Siehe Im Auftrag des FDGB-Bundesvorstandes und der Deutschen Volksbühne von der Generalintendanz der Städtischen Bühnen Leipzig, Informationsheft zur 1. Theaterwoche der Gewerkschaften in Leipzig vom 2.-8.Mai 1951.

43 Siehe Bericht über die durchgeführten Theaterwochen des Landes Brandenburg.

44 Ebenda, S.2.

45 Ebenda.

46 Siehe ebenda, S.3.

47 Ebenda, S.2.

abgestempelte Theaterkarte vorweisen konnten.⁴⁸ Der Autor des Berichtes führte den mangelhaften Besuch der Vorstellungen und die Warteschlangen bei der Verpflegung vor allem auf die Disziplinlosigkeit der Besucher zurück. Gleichzeitig wurde eingeräumt, daß durch das Verschulden des FDGB kaum einer der Besucher auf die Theaterwoche vorbereitet worden war. Viele hätten nicht einmal den Titel des zu erwartenden Stückes gekannt, geschweige denn den Inhalt. Der Bericht zog daraus den Schluß, daß die nächsten Theaterwochen für das Land Brandenburg an den kleineren Bühnen des Landes selbst durchgeführt werden sollten, „um zu vermeiden, daß ein Teil der Kollegen sich nur daran beteiligt, um einmal billig nach Berlin zu kommen“.⁴⁹

Korrekturen des Bundesvorstands des FDGB

Die Erwartungen des Bundesvorstandes schienen sich nicht erfüllt zu haben. Die Zusammensetzung des Theaterpublikums hatte sich in der Folge der Theaterwochen nicht zugunsten der Produktionsarbeiter verändert, von einer „mitbestimmenden Teilnahme“ der Werktätigen an den Spielplänen berichteten ausschließlich die Informationsblätter des FDGB.⁵⁰ Auch die Mitgliederzahlen der Deutschen Volksbühne stiegen nach der Durchführung der Theaterwochen nicht nachweisbar an.

Wegen der unbefriedigenden Resonanz der Theaterwochen und aufgrund des hohen finanziellen Aufwandes wurden bei der Vorbereitung der II. und III. Theaterwochen einige Veränderungen in der Spielplangestaltung und in der Organisation vorgenommen. So sollte der thematische Schwerpunkt der II. Theaterwoche das „klassische Erbe“ und jener der III. Theaterwoche „die heitere gesellschaftskritische Dramatik“ sein.⁵¹ Daraus läßt sich zwar kaum ein Verzicht auf die erzieherischen Intentionen der Veranstaltungen erkennen, dennoch paßte sich der Bundesvorstand offenbar den Wünschen der Belegschaften an – oder resignierte aufgrund seiner Einflußlosigkeit auf die Spielpläne der staatlichen Theater. Zugeständnisse machte man offenbar auch hinsichtlich der Zusammensetzung des Theaterpublikums. So wurde bereits bei den II. Theaterwochen der gewünschte Anteil der jeweils auswärtigen Teilnehmer von 70 auf 60 Prozent herabgesetzt und gleichzeitig der Anteil der Angestellten von zehn auf 15 Prozent erhöht. Der Anteil der Bauern und Landarbeiter wurde nicht mehr festgelegt. Man erhöhte die Zahl der Spielorte von

48 Siehe ebenda, S.3.

49 Ebenda, S.5.

50 Siehe Über Inhalt und Form der Theaterwochen der Gewerkschaften, o.D., SAPMO-BA, DY 34/23540.

51 So standen auf dem Spielplan der II. Theaterwochen neben den obligaten sowjetischen Gegenwartsstücken („Das Glockenspiel des Kreml“ und „Optimistische Tragödie“): Goethes „Egmont“ und „Faust I“, „Don Carlos“ und „Kabale und Liebe“ von Schiller, „Emilia Galotti“ von Lessing. Außerdem waren diesmal drei Opern zur Wahl: „Fidelio“ von Beethoven, „Boris Godunow“ von Mussorgski und „Halka“ von Moniuszko. Die III. Theaterwochen boten (heitere) Stücke von Molière, Shakespeare, Heinrich von Kleist, Thoma, Calderón an. Daneben gab es auch diesmal einige sowjetische Gegenwartsstücke und die scheinbar unvermeidliche „Brigade Karhan“ von Kana. Siehe: Richtlinien für die Durchführung der II. Theaterwochen der Gewerkschaften, Berlin 1951; Richtlinien für die Durchführung der III. Theaterwochen der Gewerkschaften, Berlin 1952.

ursprünglich neun bei den ersten Theaterwochen auf 20 bei den dritten Theaterwochen. Kulturhäuser (Kirchmöser, Chemnitz, Torgelow) und kleinere Stadttheater (Plauen, Meiningen, Halberstadt, Görlitz) übernahmen einen Teil der Veranstaltungen, was die Anfahrt für Besucher aus entlegenen Orten erleichterte. Viele Teilnehmer der I. Theaterwoche hatten sich beschwert, daß es zumindest offiziell keine Möglichkeit gab, die Ehegatten mitzunehmen. Auch dies sollte sich nun ändern.

Die Kosten sollten vermehrt durch die Teilnehmer selbst und die Betriebe abgedeckt werden. Der Preis der Einzelkarte erhöhte sich von 1,50 auf 2 DM. In die Organisation der Veranstaltung wurden mehr Institutionen eingebunden. So war die Staatliche Kunstkommission nun verantwortlich für die Gestaltung des Einführungsmaterials, womit die ideologische Unbedenklichkeit der Inhalte garantiert war. Der Feriendienst des FDGB war zuständig für die Organisation der Sonderzüge.

Die mangelnde Flexibilität, die sich bei der Organisation und Durchführung der Theaterwochen gezeigt hatte, hatte ihre Ursache trotz aller Zugeständnisse an den Publikumsgeschmack nur zum Teil in der Schwerfälligkeit des Apparates. Dem Projekt der kulturellen Massenarbeit insgesamt und damit auch den Theaterwochen war bedürfnisorientiertes Denken und Handeln fremd. Schließlich ging es hier in erster Linie darum, im Sinne der Erziehungsvorstellungen der SED Bedürfnisse zu wecken, wobei Kunst die Rolle eines Mittlers einzunehmen hatte: „Die Theaterwochen der Gewerkschaften sind kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zu unserer Qualifizierung.“⁵² Dem gesamtgesellschaftlichen Erziehungskonzept hatten sich Bildung ebenso wie Kunstrezeption unterzuordnen. „Klassik“ als Bildungskonzept ist hier nicht ausschließlich als Rezeptionsangebot zu verstehen, es schloß realiter vielmehr auch die Inbesitznahme klassischer Bildungsorte durch die neue „herrschende Klasse“ mit ein: die Universitäten, Bibliotheken, Konzertsäle und nicht zuletzt auch die Inbesitznahme der Theater. Das entsprach den kulturpolitischen Vorstellungen der SED-Führung von der Verpflichtung der Kunst gegenüber den Gesamtzielen der Nation sowie von einer notwendigen Verbindung zwischen Kunst, Künstler und Volk. Die Vorstellungen vom Theater als Bildungsinstitution wurden grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Deutlich wird dies an der Spielplangestaltung, wobei selbst ein klassisches Werk wie Ludwig van Beethovens „Fidelio“, zumindest in der Leipziger Inszenierung, in erster Linie eine Analogie zu einer parteikonformen Version des Antifaschismus herzustellen versuchte: „Heute sehen wir diese Oper anders. Nachdem sich 1945 die Tore der Konzentrationslager geöffnet hatten, spürten wir plötzlich die Parallele des Geschehens, das Beethoven vor nahezu 150 Jahren auf die Opernbühne gebracht hatte. Nicht mehr allein das persönliche Schicksal des unschuldig eingekerkerten Florestan und seiner wagemutigen Gattin Leonore, so menschlich und stark es uns auch berührte, stand im Vordergrund, sondern das Schicksal all der politisch

52 III. Theaterwochen der Gewerkschaften, hrsg. von der Abteilung Kulturelle Massenarbeit, FDGB in Verbindung mit der Zentralleitung der Deutschen Volksbühne, Berlin 1952, S.9.

Verfolgten, die in dem erschütternden Chor der Gefangenen ihre Stimme erheben, war mit einem Male unser aller Schicksal. Es ist kein Wunder, daß Beethoven diese Oper seine einzige bleiben ließ.“⁵³

Schluss

Nach alledem konnte, gemessen an den ideologisch hoch gesteckten Erwartungen des Bundesvorstandes, die Theaterwochen kaum als Erfolg gewertet werden. Ein Indikator für einen erzieherischen Erfolg hätte eine deutliche Erhöhung der Mitgliederzahlen der Deutschen Volksbühne sein können, schließlich galten die Theaterwochen nach der Planung ihrer Organisatoren auch als Werbeveranstaltung für die Volksbühnenvereinigung.⁵⁴ Ein Anliegen übrigens, welches sich nicht zuletzt im hohen Engagement der örtlichen Vertreter der Deutschen Volksbühne niederschlug.

Gleichzeitig erstaunt jedoch das Funktionieren der Logistik angesichts der kurzen Vorbereitungszeit und der schwachen Infrastrukturen der fünfziger Jahre. Dies ist ein Hinweis auf das hohe Engagement der Volksbühnenbewegung in der Nachkriegszeit, deutet andererseits auf eine inzwischen erfolgreiche Integration der kulturellen Massenarbeit in die gesellschaftlichen Strukturen der DDR hin. Es läßt sich kaum ein Hinweis auf eine kontroverse Diskussion der Akteure über das Zustandekommen der Theaterwochen finden. Die ehrgeizigen Pläne des Bundesvorstandes wurden allerdings in ihrer Realisierung von den wirtschaftlichen Zwängen der Betriebe begrenzt. Der insgesamt sehr hohe finanzielle und personelle Aufwand weist auf die Relevanz des Projektes als Mittel der staatlich und gewerkschaftlich subventionierten, vor allem politisch motivierten Erziehung für die fünfziger Jahre hin. Sichtbar wird dabei auch, daß im Verlauf der fünfziger Jahre mit Hilfe dieses zentral organisierten Kulturangebots ebenso sehr die Kontrolle des Freizeitbereiches beabsichtigt war, wie zugleich eine Ergänzung zu den insgesamt defizitären Konsummöglichkeiten für die Masse der Bevölkerung geschaffen werden sollte. Hinter den Kulturkampagnen der fünfziger Jahre standen nicht nur erzieherisch-politische Zwecke, sondern auch das Angebot, Kultur zu konsumieren.

53 Kurzbeschreibung der Oper „Fidelio“. Zur ersten Theaterwoche der Gewerkschaften in Leipzig vom 2. bis 8. Mai 1951, hrsg. von der Generalintendanz der Städtischen Bühnen Leipzig, 1950, (o.S.).

54 Siehe Beitrag zum Referat des Koll. Müller zur Bundesvorstandssitzung, o.D., SAPMO-BA, DY 34/23540.

Eine verpaßte Chance. Praktizierte Wirtschaftsdemokratie im letzten Jahr der DDR und was daraus wurde

Jörg Roesler

1. Zur Geschichte wirtschaftsdemokratischer Ideen in Deutschland bis 1989/1990

Bei der Wirtschaftsdemokratie handelt es sich um eine „Ur-Idee der Arbeiterbewegung“.¹

In der Zeit der Weimarer Republik hatte, nachdem das autoritäre wilhelminische Kaiserreich abgeschafft worden war, der Gedanke, daß nun auch demokratisiert werden müsse, Konjunktur. Theodor Leipart, seit 1921 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), betonte 1926: Die Wirtschaft sei nicht eine private Angelegenheit der Unternehmen „sondern eine öffentliche Angelegenheit. [...] Genau wie im Staate sollen auch in der Wirtschaft die Arbeiter nicht mehr länger Untertanen sein, sondern gleichberechtigte Wirtschaftsbürger.“² Im Jahre 1928 stellte Fritz Naphtali ein von elf Autoren erarbeitetes Buch „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“ vor, in dem die Überzeugung vertreten wurde, daß „ein neues Wirtschaftssystem, [...] wie es der Sozialismus sein wird, organisch aus der Entwicklung heraus wächst, die geformt werden kann“.³ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Idee der Wirtschaftsdemokratie in den Westzonen von den Gewerkschaften wieder aufgegriffen. In der Bundesrepublik hat sich der DGB in allen drei Grundsatzprogrammen – von 1949, 1963 und 1981 – zur Wirtschaftsdemokratie und damit zum Erbe des ADGB bekannt, verbal wie inhaltlich. Im Programm von 1981 wurde die Forderung erhoben, die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entscheidungen gleichberechtigt zu beteiligen.⁴

Vergleicht man die Forderungen der bundesdeutschen Gewerkschaften mit dem ADGB-Konzept der 20er Jahre, dann ergeben sich unter Beibehaltung grundlegender Aussagen gewisse Verschiebungen in der Gewichtung der Forderungen. Der Ruf nach Kontrolle wirtschaftlicher Macht der Großkonzerne und Großbanken durch staatliche Institutionen bei Teilnahme der Gewerkschaften war stärker in den Vordergrund gerückt. Die Mitbestimmung wurde zum absoluten Schwerpunkt erhoben. Das öffentliche Eigentum sollte seine Position im Forderungskatalog behalten. Dagegen rückten die in den 20er Jahren unternommenen Ansätze zur Förderung von Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie Gewerkschafts-

1 Siehe Ulla Plener: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Über eine verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung. Teil I: Von der Jahrhundertwende bis 1933, in: Utopie kreativ 2000, H. 120, S.986-998.

2 Zit. nach Ulla Plener: Wirtschaften für's Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität einer sozialdemokratischen Ur-Idee, Berlin 2001, S.20.

3 Zit. nach ebenda.

4 Siehe ebenda, S.27-35.

betrieben als Mittel einer „Sozialisierung von unten“ in den Hintergrund.⁵ Neben den Gewerkschaften hat sich auch die SPD der Bundesrepublik der Idee der Wirtschaftsdemokratie verpflichtet gefühlt. Sie widmete im Berliner Grundsatzprogramm von 1989 diesem Thema einen ganzen Abschnitt, in dem solche programmatischen Sätze zu lesen sind wie „Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen“ oder „Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen“.⁶ Über den Grad der Realisierung von wirtschaftsdemokratischen Forderungen in der Bundesrepublik schrieb Fritz Vilmar, bezogen auf den DGB und die Industriegewerkschaften in den 1980er Jahren rückblickend: „Die deutschen Gewerkschaften, die in der Nachkriegszeit das gründlichste wirtschaftsdemokratische Programm erarbeitet und bis in die achtziger Jahre lediglich aktualisiert hatten, haben, von begrenzten Mitbestimmungsforderungen abgesehen, drei Jahrzehnte lang fast nichts getan, um ihren wirtschaftsdemokratischen Forderungen öffentlich Geltung zu verschaffen.“⁷ Diese Einschätzung trifft auch auf die SPD zu. Die offizielle DDR kannte den Begriff Wirtschaftsdemokratie nicht. Er fand sich weder im 1973 erschienenen „Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus“, das für den allgemeinen Gebrauch geschrieben war, noch in den für Spezialisten vorgesehenen mehrbändigen ökonomischen Lexika, von denen zwischen 1966 und 1979 drei bearbeitete Auflagen erschienen. Natürlich war der Begriff in den ökonomischen Lexika enthalten, jedoch bezogen nur auf die kapitalistische Ökonomie. Obendrein wurde die Wirtschaftsdemokratie als falsches Rezept dargestellt als „von rechtssozialistischen deutschen Partei- und Gewerkschaftsführern gemachter, theoretisch untauglicher und praktisch gescheiterter Versuch, die kapitalistische Wirtschaft zu ‚biegen‘, bevor sie ‚gebrochen‘“ werden kann.⁸

In der DDR wurde die Verwendung des Begriffs Wirtschaftsdemokratie für die volkseigene Wirtschaft deshalb abgelehnt, weil, so argumentierte man, die Werktätigen dort bereits eine ganz gesellschaftliche Entwicklungsstufe weiter wären als in der Bundesrepublik. Deutlich wurden die dieser Auffassung zugrundeliegenden Denkstrukturen in der Haltung der DDR zur Mitbestimmung. Bei ihr handele es sich um „eine traditionelle gewerkschaftliche Forderung, die mit der revolutionären Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in der DDR verwirklicht wurde. Die Mitbestimmung der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften entwickelte sich mit dem Aufbau des Sozialismus immer mehr zur Mitverantwortung. Als sozialistische Eigentümer und Produzenten fühlen sich die Werktätigen für die Mehrung, die effektive Nutzung und den Schutz des gesellschaftlichen

5 Siehe ebenda, S.40f.

6 Zit. nach Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, Bonn 1990, S.4.

7 Fritz Vilmar: Konservatismus der Gewerkschaften, in: Martin Greven (Hrsg.): Festschrift für Kurt Lenk, Baden-Baden 1994, S.471.

8 Ökonomisches Lexikon L-Z, Berlin 1966, S.1140.

Eigentums verantwortlich“.⁹ Tatsächlich waren sowohl im Gesetzbuch der Arbeit von 1961 als auch besonders im Arbeitsgesetzbuch von 1977 wesentliche Mitwirkungsrechte der Werktätigen in den Betrieben gesetzlich verankert worden.¹⁰ Jedoch gilt auch für die DDR, was der westdeutsche Politikwissenschaftler Klaus von Beyme im Jahre 1975, die „sozialistische Staatengemeinschaft“ betreffend, schrieb: „Es gibt also durchaus eine Fülle von Mitwirkungsmöglichkeiten, aber die Mitverantwortung überwiegt die praktischen Mitgestaltungsmöglichkeiten“, und „es fehlt an einer gewissen Balance der Kräfteverhältnisse, da der Arbeiterschaft jede Sanktionsmöglichkeit genommen ist.“¹¹ Als dasjenige Organ der Belegschaften, das ihr gegenüber dem Management den größten Gestaltungsspielraum einräumte, schätzte v. Beyme für die DDR die Produktionskomitees ein. Sie waren in Zusammenhang mit dem NÖS aufgrund eines Politbürobeschlusses entstanden. Aus diesem Beschluß seien einige relevante Passagen zitiert: „Das Produktionskomitee ist ein gewähltes Organ der Belegschaft. [...] Es beschäftigt sich regelmäßig mit den Grundfragen der betrieblichen Entwicklung. [...] Das Produktionskomitee kontrolliert, wie durch die Wirtschaftsfunktionäre des Werkes die Beschlüsse von Partei und Regierung unter breiter Einbeziehung der Erfahrungen und Schöpferkraft der Werktätigen durchgesetzt werden, greift die Hinweise und Vorschläge der Belegschaft auf und trägt sie koordiniert zur Entscheidung an den Werkdirektor heran.“¹² Die Produktionskomitees wurden 1971 unter Erich Honecker wieder abgeschafft. Aber einmal abgesehen von der SED-Klassifizierung: Handelte es sich bei den Produktionskomitees um eine Institution der Wirtschaftsdemokratie? Wenn Wirtschaftsdemokratie verbunden ist mit einem „Eingriff in die Autokratie der Unternehmer und Manager“ bei der Führung der Wirtschaftseinheiten in der Marktwirtschaft, dann trifft der wirtschaftsdemokratische Anspruch auf die Produktionskomitees nicht zu. Der Politbürobeschluß zu den Produktionskomitees in volkseigenen Großbetrieben tastete weder das „Prinzip der Einzelleitung“ noch das „Prinzip des demokratischen Zentralismus“ an. Wesentliche Merkmale der Wirtschaftsdemokratie auf betrieblicher Ebene fehlten: wie die Kontrolle der unternehmerischen Macht durch Beteiligung an der Leitung (inklusive der Intervention in Personalfragen der Leitung), die Mitentscheidung bei der Gestaltung der zukünftigen Betriebsstruktur, die Einflußnahme auf Umfang und Richtung der Investitionen, sowie – als mögliche Konsequenz aus den vorherigen Entscheidungsrechten – das der Mitgestaltung der Eigentumsstruktur der Betriebe.

9 Ökonomisches Lexikon, Bd. 2, H-P, Berlin 1979, S.536.

10 Siehe Gesetzblatt der DDR (Gbl.) I 1961, S.27; Gbl. I 1977, S.185.

11 Klaus v. Beyme: Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern, München-Zürich 1975, S.297.

12 Grundsätze über die Aufgaben und Arbeitsweise der Produktionskomitees in den volkseigenen Großbetrieben. Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 29.10.1963, abgedruckt in: Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1961-1970 in der DDR, Freiburg-Berlin 1990, S.168-173, hier S.169.

2. *Wirtschaftsdemokratische Aktivitäten in ostdeutschen Betrieben zwischen November 1989 und März 1990*

Selbst, daß es sie gegeben hat, ist wenig bekannt. Die Vorstellung, daß die „Herbstrevolution“ in den Kombinatn bzw. VEB kaum stattfand, wurde in zeithistorischen Forschungen bereits 1990 formuliert und ist eine bis heute weit verbreitete Sicht. „Die Umwälzung, die in der DDR zunächst den ‚real existierenden Sozialismus‘ zum Einsturz und schließlich das Staatswesen selbst um seinen Bestand gebracht hat, fand nach Feierabend statt. Der Betrieb, der in den Theorien von der Überwindung des Kapitalismus in aller Regel als der Glutherd der revolutionären Dynamik vorgestellt wurde, als jener soziale Erfahrungs- und Handlungsraum, in dem gemeinsam erfahrene gesellschaftliche Widersprüche zur Grundlage und zum Auslöser kollektiven Handelns werden, hat bei der Überwindung des ‚real existierenden Sozialismus‘ als Handlungsfeld keine Rolle gespielt.“¹³

Ebenfalls weitverbreitet ist bis heute die Auffassung, daß die Aktivitäten der Opposition in den Betrieben, sofern vorhanden, sehr schnell auf die Übernahme des westdeutschen Mitbestimmungsmodells hinausliefen. Selbst linke Kritiker der Übertragung des „Modells Bundesrepublik“ auf Ostdeutschland sahen „in den im Herbst 1989 auf betrieblicher Ebene stattfindenden mageren Versuchen der Etablierung eines selbstbestimmten Belegschaftsinteresses eher Vorboten des bekannten Endes vom Lied“ (des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik - J. R.).¹⁴

Tatsächlich aber hat es wirtschaftsdemokratische Ansätze in Theorie und Praxis gegeben. Wie weit sie verbreitet waren, ist nicht genau bekannt, da die Vorgänge in den Betrieben während der Wende noch unzureichend untersucht sind.¹⁵ Im Folgenden kann deshalb nur anhand einiger Beispiele aus Kombinatn bzw. Kombinatbetrieben argumentiert werden.¹⁶

Zu den ersten und im November/Dezember 1989 in den Betriebsbelegschaften heiß diskutierten betrieblichen Mißständen gehörten die in den 80er Jahren weit verbreiteten Verletzungen des Leistungsprinzips. Im Berliner Kabelwerk Adlershof sah sich die Werkleitung veranlaßt, zu reagieren und eine bessere Koppelung von Lohn und Leistung vorzuschlagen. In ihrem Auftrag wurde ein Konzept vom Bereichsökonomn des größten Betriebsteiles ausgearbeitet und dem Werkdirektor Anfang Dezember 1989 als Vertragsentwurf übergeben. Der vorgeschlagene Vertrag zur Lohnfondsübergabe an Arbeitskollektive sollte zwischen dem Werkdirektor und der Bereichsleitung, den Schichtkollektiven und der Abteilungsgewerkschaft abge-

13 Jürgen Kädtler/Gisela Kottwitz: Betriebsräte zwischen Wende und Ende in der DDR (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 42), Berlin 1990, S.1.

14 Renate Hürtgen: „Die Erfahrung laß ich mir nicht nehmen!“ Demokratieversuche der Belegschaften in den DDR-Betrieben zwischen Oktober 1989 und Januar 1990, in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdendklu (Hrsg.): DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S.20.

15 Siehe Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hrsg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannt Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001, S.205.

16 Hinsichtlich des untersuchten Spektrums siehe Jörg Roesler: Die VEB in der Wende 1989/90, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2002/II, S.55-71.

geschlossen werden. Der Vertrag sah hinsichtlich der Lohnfondsverwendung u.a. folgendes vor: Bei Einsparung von Arbeitskräften gegenüber dem Plan waren die freigewordenen Beträge an die Mitarbeiter als Leistungszulagen auszuzahlen. Die Kriterien für solche Zulagen wurden durch die Kollektive bestimmt, durch die Gewerkschaftsvertrauensleute bestätigt und mit der Betriebsleitung abgestimmt.¹⁷ Praktizierte Wirtschaftsdemokratie wurde das Projekt dadurch, daß die Verantwortung für den Lohnfonds und seine gerechte Verteilung direkt an die Arbeitsgruppen und ihre unmittelbaren Vorgesetzten übergang.

Waren im geschilderten Fall des Kabelwerks Adlershof wirtschaftsdemokratische Forderungen für einen Betriebsteil durchgesetzt worden, so strebte die Belegschaft von Jenapharm diese auf der Ebene des Gesamtbetriebes an. Die Ende Februar neugewählte Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) schuf eine Wirtschaftskommission, deren Arbeitsgrundsätze von der BGL Anfang März 1990 beschlossen wurden. In der Präambel zu den Grundsätzen der Wirtschaftskommission wurde „die Entwicklung einer lebendigen Mitbestimmungs- und Entscheidungsdemokratie unter Einbeziehung aller Werk tätigen“ verlangt. Sie sei „der Prüfstein für die Ernsthaftigkeit der wirtschaftlichen Neuorientierung des VEB Jenapharm“. Es wurde versprochen: „Mit ihrer Tätigkeit wollen die Mitglieder der Wirtschaftskommission einen aktiven Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes nehmen.“¹⁸ Mit diesen Arbeitsgrundsätzen für ihre Wirtschaftskommission überschritt die BGL von Jenapharm eindeutig die Grenzen der in der DDR und der BRD üblichen Mitbestimmung. Wie ernst die BGL es mit der Forderung nach „Entscheidungsdemokratie“ meinte, ging aus einer Stellungnahme hervor, die sie Ende Mai 1990, als die Umwandlung des VEB in eine Aktiengesellschaft bevorstand, abgab. Die Betriebsgewerkschaftsleitung von Jenapharm knüpfte die Zustimmung zur Umwandlung an eine Reihe von Bedingungen: Sie verlangte Auskunft über die geplante Verwendung des nach dem Gesellschaftsvertrag an die Treuhandanstalt abzuführenden Gewinns. Sie forderte eine Gewinnrücklage von mindestens 80 Prozent für den Betrieb, um dringend notwendige Investitionen vornehmen zu können.¹⁹

Den Anspruch auf mehr als die bisherige oder in der Bundesrepublik übliche Mitbestimmung formulierte Ende 1990 auch der Vorsitzende der geschäftsführenden BGL des Kraftwerks Jänschwalde, des größten und modernsten Kraftwerks der DDR in der Lausitz, als er für die durch Neuwahlen legitimierte BGL „die unbedingte Mitsprache bei allen betrieblichen Vorhaben und Entscheidungen“ forderte. Dabei ging es der BGL nicht allein um die sozialen Auswirkungen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen. Vielmehr sollte sich das Mitspracherecht ausdrücklich auf „Strukturveränderungen, Rationalisierungsmaßnahmen, Investi-

17 Siehe Klaus Klinzing/Manfred Lindner: Lohn-Leistungs-Politik und Partizipation in der Industrie der DDR im Übergang, in: Soziale Welt, Sonderband 9/1994, S.575.

18 Zit. nach: Jenapharm-Spiegel (Betriebszeitung) 1990 Nr. 5, S.3.

19 Siehe Wolfgang Mühlfriedel u.a.: Kompetenz schafft Vertrauen. 50 Jahre Jenapharm. 1950-2000, Jena 2000, S.111.

tionen und die Besetzung neuer Planstellen“ beziehen.²⁰ Die Forderungen der geschäftsführenden BGL des Kraftwerks Jänschwalde wurden Anfang März von der Betriebsleitung des Stammbetriebes, die auch gleichzeitig die Generaldirektion des Kombimates Braunkohlenkraftwerke war, „in allen Punkten akzeptiert“.²¹ Anders als im Falle von Jenapharm und des Kabelwerks Adlershof resultierten die wirtschaftsdemokratischen Forderungen in den Kraftwerken des KBK nicht in erster Linie aus den inneren Problemen, Konflikten und Widersprüchen des Betriebes, sondern waren (von der Betriebsebene aus gesehen) von außen angestoßen worden. Das traf für die Mehrzahl der untersuchten Betriebe zu. Bei diesem äußeren Anstoß handelte es sich genaugenommen um zwei: Beide kamen von der Regierung Modrow. Das von ihr Anfang Februar gebilligte „Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR“ sah erstens die Umwandlung der VEB in Kapitalgesellschaften (AG bzw. GmbH) vor. Zweitens wurde die Bildung von Betrieben mit ausländischer Beteiligung ermöglicht.²²

Die meisten Belegschaftsmitglieder und auch viele Belegschaftsvertreter interpretierten die Bildung von Kapitalgesellschaften – zu Unrecht – so, daß die Verteilung des Betriebsvermögens unmittelbar bevorstand. Das Joint-venture-Gesetz deuteten sie – nicht zu Unrecht – so, daß die in den Kombinatdirektionen auftauchenden Vertreter großer westdeutscher Konzerne gewillt waren, mit den „staatlichen Leitungen“ ins Geschäft zu kommen. Daraus zogen die Belegschaftsvertretungen, ob sie sich nun BGL oder Betriebsräte nannten, ihre Schlußfolgerungen, meist in dem Sinne, wie die der Betriebsrätin Lubina Suchy vom Kraftwerk Jänschwalde, „daß wir der staatlichen Leitung auf die Finger schauen müssen bei den zu erwartenden dramatischen Entscheidungen in den kommenden Wochen“.²³ Einmal in diese Richtung denkend, kamen die meisten Belegschaftsvertretungen zu der Auffassung, daß sie ihren bisherigen Leitern nur bedingt trauen könnten.

Von den Belegschaftsvertretungen in den Betrieben der großen zentralgeleiteten Kombinate wurde daher in der zweiten Februar- bzw. ersten Märzhälfte 1990 die „Vertrauensfrage gestellt“. Das hieß, daß die Leiter vor gewählten Belegschaftsvertretern Rechenschaft zu legen hatten über ihre bisherige Leitungstätigkeit und im Anschluß darüber abgestimmt wurde, ob sie in ihrer Funktion bleiben oder nach Stellenausschreibung durch andere Fachleute ersetzt werden sollten. Für das KBK wurde festgelegt, die Vertrauensfrage „ab Bereichsleiter bis zum Generaldirektor vor dem Rat der Vertrauensleute zu stellen.“²⁴ Im Buna-Werk verlangten die Arbeiter auf einer Belegschaftsversammlung Ende Februar 1990, im März die Vertrauensfrage an ihre „staatlichen Leiter“ aus dem gleichen Grund stellen zu können, wie im KBK. „Dies ist notwendig, damit sich die Betriebsleitungen für

20 Zit. nach: Energie aktuell (Betriebszeitung des Kraftwerks Jänschwalde) 1990, Nr. 5, S.6.

21 Zit. nach: Energie aktuell 1990, Nr. 4, S.3.

22 Siehe Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR, Berlin 1990, S.7, 15.

23 Zit. nach: Energie aktuell 1990, Nr. 3, S.6.

24 Zit. nach: Vattenfall AG: VEAG-Archiv, Bestand Kombinat Braunkohlekraftwerke (KBK) 1061, unpag.

künftige und weiterreichende Entscheidungen und den damit verbundenen Erhalt des Betriebes legitimieren.“²⁵ Was in den folgenden Wochen geschah, war so nur in Zeiten des Umbruchs möglich: Alle Leiter, vom Direktor bis zum Abteilungsleiter, mußten sich auf Versammlungen bzw. in geheimen Abstimmungen dem Votum der Belegschaft stellen. Die Debatten verliefen offen, teilweise stürmisch und führten zu personellen Veränderungen.²⁶

Parallel zu der sich über einen längeren Zeitraum hinziehenden „Legitimierung“ der Betriebsleitungen begannen sich die Belegschaftsvertretungen, die sich durch Neuwahlen bereits legitimiert hatten, mit der Eigentumsfrage auseinanderzusetzen. Im Kraftwerk Jänschwalde verbot die „geschäftsführende BGL“ Mitte Februar zunächst einmal der Kombinatiatsleitung, „ohne mehrheitliche Zustimmung der Belegschaft die Verhandlungen über unser Eigentum ohne Belegschaftsvertreter zu führen.“ Anfang März, die Vorbereitungen für die Umwandlung des VEB in eine Aktiengesellschaft hatten ernsthaft begonnen, verfaßte die geschäftsführende BGL einen Aufruf an die Arbeiter und Angestellten, sich aktiv in die zu gründende AG einzubringen. Der Aufruf enthielt einen eindeutigen Besitzanspruch: „Es hat jeder von uns Anspruch auf einen Teil des Volkseigentums entsprechend seiner Arbeitsjahre! Wir fordern nicht mehr und nicht weniger, als daß uns das in Form von Anteil- und Besitztischen bestätigt wird! und zwar bevor es zur Bildung von Aktiengesellschaften kommt!“²⁷

Als im VEB Jenapharm der gleiche Umwandlungsschritt bevorstand, verlangte die BGL, daß der Belegschaft eine Stammeinlage von 25 Prozent übereignet werde.²⁸ Den Betriebsräten des Buna-Kombinates ging es vor allem darum, daß das Kombinat nicht in einzelne Werke aufgeteilt würde, die weniger Überlebenschancen hatten. Im Gegensatz zum Firmenleitung setzten sie sich für die Gesamtprivatisierung der Kombinatiatsbetriebe ein.²⁹

3. Die Haltung westdeutscher Gewerkschafter und Sozialdemokraten zu wirtschaftsdemokratischen Ansätzen in der DDR

Seit Anfang November 1989 waren die Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten durchlässig. Belegschaftsvertreter von DDR-Betrieben fuhren zur Kontaktaufnahme zu den Büros des DGB und der Industriegewerkschaften in Westberlin. Als ihre Chefs schon längst mit den Kombinatiatsdirektionen über Joint-ventures verhandelten, machten sich auch die Betriebsräte der betreffenden westdeutschen Betriebe auf, ihre ostdeutschen Kollegen zu besuchen. Spätestens ab Februar waren die Arbeitnehmervertreter in der Bundesrepublik recht gut darüber informiert, was die Belegschaftsvertretungen in der Auseinandersetzung mit ihren staatlichen Leitern

25 Zit. nach: Vattenfall-AG: VEAG-Archiv, KBK 11739, unpag.

26 Siehe Rainer Karlsch/Raymond Stokes: Die Chemie muss stimmen. Bilanz des Wandels, Leipzig 2000, S.48.

27 Zit. nach: Vattenfall-AG: VEAG-Archiv, KBK 11739 unpag.

28 Siehe Mühlfriedel u.a., Kompetenz, S.111.

29 Siehe Karlsch/Stokes, Chemie, S.49.

anstreben bzw. was sie bereits erreicht hatten. Nutzten sie die Gelegenheit, daß in einem Teil Deutschlands begonnen worden war, das zu praktizieren, was Gewerkschaften und SPD für die Bundesrepublik immer wieder gefordert hatten, um der Sache der Wirtschaftsdemokratie in Deutschland neuen Schwung zu verleihen?

In der Regel beschränkten sie sich darauf, das westdeutsche Mitbestimmungsmodell zu preisen.³⁰ Auf Gewerkschaftsebene geschah in den meisten Fällen auch nichts. Während die Vertreter der großen westdeutschen Konzerne keine Bedenken hatten, mit den Chefs der Kombinate über Joint-venture zu verhandeln, quälten sich die Vertreter der meisten westdeutschen Industriegewerkschaften mit dem Problem, ob die parallelen DDR-Industriegewerkschaften denn auch legitime Partner für Gespräche seien.³¹ Charakteristisch für die Folgen des langen Zögerns auf Gewerkschaftsebene ist der Fakt, daß es bis Mitte Februar 1990 dauerte, bevor es den Belegschaftsvertretern des Kombinats Verbundnetze Energie (KVE), dessen Stammbetrieb in Berlin-Marzahn lag, gelang, den Presse- und Wirtschaftschef des DGB dafür zu gewinnen, in einer Versammlung in der Betriebsgaststätte des Stammbetriebes öffentlich aufzutreten.³² Von anspornenden Worten in Richtung Wirtschaftsdemokratie war in Berlin-Marzahn wie auch anderswo bei ähnlichen Gelegenheiten allerdings keine Rede.

Ähnlich abstinenter verhielt sich die SPD der Bundesrepublik. Sie tat sich nicht so schwer wie die Gewerkschaften, ihre Parallelorganisation im Osten anzuerkennen, handelte es sich bei der am 7. Oktober 1990 in Schwante bei Berlin gegründeten SDP doch um eine aus der Opposition zur SED hervorgegangene Bürgerbewegung und nicht um den „Transmissionsriemen“ der Einheitspartei.³³ Als der „Stern“ im Februar 1990 führende Mitglieder der gerade zur SPD (Ost) umgetauften SDP vorstellte, legten diese Wert darauf zu veröffentlichen, daß ihre Partei über „den besten organisatorischen und regionalen Unterbau aller neuen Parteien“ verfüge und von der West-SPD unterstützt werde.³⁴ Im Kurzprogramm, das im „Stern“ vorgestellt wurde, fanden allerdings wirtschaftsdemokratische Forderungen keinen Platz, obwohl das Berliner Grundsatzprogramm der SPD gerade erst beschlossen worden war.³⁵ Etwa zur gleichen Zeit, Anfang Januar 1990, hatten die SPD-Funktionäre Frank Bogisch (Mitglied des Vorstandes) und Lothar W. Pawliczak (Mitglied der Grundsatzkommission der SDP) „Denkmodelle zur künftigen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik der Sozialdemokratischen Partei in der

30 Siehe Gehrke/Hürtgen (Hrsg.), *Aufbruch*, S.96.

31 Siehe *Unternehmensmitbestimmung in den neuen Bundesländern. Eine Dokumentation*, Bochum 1994, S.27-29.

32 Siehe Vattenfall AG: *VEAG-Archiv, Bestand Kombinat Verbundnetze Energie (KVE) 132*, unpag.

33 Siehe Hans-Jochen Vogel: *Zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR in Schwante vor 10 Jahren*, Bonn 1999, S.3.

34 Zit. nach: *Die neuen Parteien. Wer sie sind, was sie wollen*, in: *Stern*, Sonderdruck für die DDR, Februar 1990, S.10.

35 Siehe ebenda, S.28.

DDR“ zusammengestellt und veröffentlicht.³⁶ Von den ca. 40 Beiträgen verschiedener Arbeitsgruppen der SDP, einzelner SDP-Mitglieder wie auch der SDP nahestehender parteiloser Bürger beschäftigte sich nur einer mit der Wirtschaftsdemokratie. In diesem Beitrag wurde als einziges auf das neue Grundsatzprogramm der SPD (West) Bezug genommen.³⁷ Auch wenn die SDP/SPD, wie sie behauptete, über den besten Unterbau aller aus Bürgerbewegungen hervorgegangenen Parteien verfügte, so hat sie sich doch offensichtlich kaum ernsthaft mit der wirtschaftsdemokratischen Praxis in den Betrieben der DDR befaßt.

Das Fazit, daß sich Gewerkschaften der Bundesrepublik und die SDP/SPD wenig für die wirtschaftsdemokratischen Ansätze in DDR-Betrieben interessierten, sie auch nicht förderten oder gar den Versuch unternahmen, die Bewegung für Wirtschaftsdemokratie im Osten auf den Westen Deutschlands auszudehnen, stimmt so allerdings nicht ausnahmslos. Es gibt eine bemerkenswerte Ausnahme, die näher zu betrachten sich lohnt: das so genannte Sömmerdaer Modell. In dem im Thüringer Becken gelegenen Büromaschinenwerk Sömmerda (BWS), einem Betrieb des Kombinats Robotron mit 13.000 Beschäftigten, entwickelten die Vertrauensleute des FDGB und Funktionäre der „gewendeten“ IG Metall Ost gemeinsam mit Vertretern der bundesdeutschen IG Metall aus Hessen im Februar und März 1990 ein Eigentumskonzept, das nach dem Willen seiner Initiatoren als „Sömmerdaer Modell“ im ganzen Osten Deutschlands Schule machen sollte. Das auch von der Betriebsleitung des BWS befürwortete Projekt sah die Umwandlung des Büromaschinenwerks in eine Aktiengesellschaft vor, deren Anteile zu 75 Prozent in die Hände der Belegschaft übergehen sollten. Die restlichen 25 Prozent sollten von der Treuhandanstalt der DDR verwaltet und später an westdeutsche Unternehmen privatisiert werden. Eine Klausel garantierte, daß die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat auch bei Aktienverkauf gesichert war. Der Antrag auf Umstrukturierung des Betriebs nach diesem Konzept wurde am 14. März 1990 an den Ministerrat der DDR gestellt.³⁸ Zu einer Antwort von der Regierung Modrow, die vier Tage nach dem Einreichen des Konzeptes abgewählt wurde, kam es nicht mehr. Der Zentrale Runde Tisch hatte sich bereits am 12. März aufgelöst.

Zwar befaßte sich das „Sömmerdaer Modell“ auf den ersten Blick nur mit Eigentumsfragen. Doch weist insbesondere die Aktienverkaufsklausel darauf hin, daß die vorgeschlagene Eigentumsregelung vor allem dazu dienen sollte, das Mitentscheiden der Belegschaftsvertreter bei der Gestaltung der Geschäftspolitik des Unternehmens zu sichern.

Im BWS hatte man eine Antwort auf jene Frage gefunden, die man sich „oben“, seitens der Regierung Modrow und der Bürgerbewegung, in der Debatte um die

36 Frank Bogisch/Lothar W. Pawliczak: Querschnitt. Denkmodelle zur künftigen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, Drucksache, 10. Januar 1990.

37 Siehe ebenda, S.17.

38 Siehe Annegret Schüle: BWS Sömmerda. Die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen 1816-1995, Erfurt 1995, S.342f.

Gründung einer Treuhandanstalt zwar gestellt hatten, die aber nicht entschieden wurde: Wie verbindet man die als berechtigt anerkannten Forderungen der Belegschaftsmitglieder nach Anteilseigentum mit der Notwendigkeit, Investoren für die Modernisierung des Betriebes zu gewinnen?³⁹ Das Modell war gleichzeitig eine Antwort auf die in vielen DDR-Betrieben gestellte Forderung „von unten“ nach Sicherheiten gegen Fremdbestimmung durch neu hinzukommende (westdeutsche) Eigentümer.

4. Verfeimte Wirtschaftsdemokratie. Die Beschränkung der Aktivitäten von Belegschaftsvertretungen unter der Regierung de Maizière

Der neu gewählte Ministerpräsident de Maizière versprach in seiner Regierungserklärung vom 18. April 1990 „Aufgaben und Struktur der Treuhandanstalt (THA) so zu gestalten, daß damit ein Instrument zur Beeinflussung der Entflechtung volkseigener Betriebe und zur Überführung in geeignete Rechtsformen geschaffen wird.“⁴⁰ Das war noch reichlich nebulös. Der Erklärung war aber bereits zu entnehmen, daß die Zeit der THA als Institution „zur Wahrung des Volkseigentums“ vorbei und die (vollständige) Privatisierung eine Option war. Mit der Verabschiedung eines neuen Treuhand-Gesetzes am 17. Juni 1990 war die Privatisierungsanstalt dann perfekt.⁴¹

In Vorbereitung auf die „Eigentumswende“ veränderte sich auch das Verhältnis zwischen Fachministerien und Kombinat- bzw. Betrieben unter der Regierung de Maizière. Unter der Regierung Modrow war der Einfluß der Fachministerien im Rückgang begriffen, was auch den im Reformkonzept niedergelegten Grundsätzen entsprach.⁴² Diese Zeit war nun vorbei. Bereits am 24. April kündigte Wirtschaftsminister Gerhard Pohl (CDU) an, daß alle Kombinat- und Betriebsdirektorenposten neu ausgeschrieben werden sollten und Betriebsdirektoren, „die durch die Partei auf die Posten gekommen sind“, bald verschwinden würden. Zunächst wurden die Kombinatdirektoren formal ab- und als Geschäftsführer wieder eingesetzt. Fast alle. Wer sich gegenüber den Kaufabsichten westdeutscher Konzerne oder sonst wie renitent gezeigt hatte, mußte sofort gehen.⁴³

Auf den ersten Blick berührte dieser personenbezogene Erlaß die wirtschaftsdemokratische Praxis, die in einem Teil der betroffenen Betriebe ausgeübt wurde, nicht. Tatsächlich bedeutete sie aber mindestens das Ende der Vertrauensabstimmungen der Betriebe. Am 3. Mai wurde der Energiestaatssekretär Uwe Pautz gegenüber den Kraftwerksvertretern laut Protokoll deutlich: „Es wird durch Herrn

39 Siehe „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.“ Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, S.24-27.

40 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in: Neues Deutschland, 20.4.1990.

41 Siehe Wolfram Fischer/Harm Schröter: Die Entstehung der Treuhandanstalt, in: Wolfram Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen, Berlin 1993, S.32-37.

42 Siehe Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR, Berlin 1990.

43 Siehe Berliner Zeitung, 25.2.1990.

Dr. Pautz erklärt, daß die Geschäftsführer durch die Regierung eingesetzt und zu entsprechender Zeit auch wieder aberufen werden. Die Belegschaft hat dabei kein Mitspracherecht.“ Dekretiert wurde ferner, daß es „während der Übergangphase (zur AG-Bildung – J. R.) keine Personal-Strukturveränderungen in den Kombinaten geben“ dürfe. Diese Weisung richtete sich unmittelbar gegen die z. B. im KW Jänschwalde laufenden Prozesse der Legitimierung der staatlichen Leiter.⁴⁴

In dieses Bild der Beendigung wirtschaftsdemokratischer Aktivitäten in den DDR-Betrieben als nicht (mehr) zeitgemäß fügt sich auch das weitere Schicksal des „Sömmerdaer Modells“ ein. Eigentlich paßte es noch in den durch die Regierungserklärung gesetzten Rahmen. „Entflechtung“ hieß Eigenständigkeit vom Kombinatstammbetrieb Robotron, und als „geeignete Unternehmensform“ war ein Betrieb gemischten Eigentums, wie ihn das Modell forderte, durchaus denkbar. Die CDU-Minister der de Maizière-Regierung richteten ihre Haltung zum Modell dann an westdeutschen Stellungnahmen aus. Der Koalitionspartner SPD (früher SDP) konnte sich offensichtlich auch nicht für das wirtschaftsdemokratische Konzept erwärmen. Die Haltung des Westens zum Modell aber war durch scharfe Angriffe charakterisiert. Bei den bundesdeutschen Arbeitgeberverbänden und ihren politischen Vertretern stieß das „Sömmerdaer Modell“ auf fundamentale Kritik. Fritz Heinz Himmelreich, der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, lehnte das Modell als „syndikalistische Wirtschaftsordnung“ und „völlige Entmachtung der Eigentümer [...], wer immer diese in Zukunft auch sein mögen“, ab. Der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff sah im Modell die „Basis für einen neuen Funktionärsklüngel“ und eine entscheidende Behinderung für die „Neuorientierung der Kapitalströme“. Auch das „Handelsblatt“ hoffte, „daß dieses Modell nicht Schule macht, denn betriebs- wie gesamtwirtschaftlich gesehen sind die Mängel und Risiken dieses Konzepts gravierend“.⁴⁵ Der Vorsitzende des Direktoriums der Treuhand-Anstalt lehnte in Gesprächen mit der BWS-Betriebsleitung den Vorschlag am 25. April 1990 definitiv ab.⁴⁶ Am 26. Mai 1990 trafen sich auf einer regionalen Konferenz in Sömmerda die Initiatoren des „Sömmerdaer Modells“, der DGB Hessen und die IG Metall Erfurt, mit verschiedenen Betriebsgewerkschaftsleitungen und warben ein letztes Mal für ihr Projekt – vergeblich.⁴⁷

5. Die verpaßte Chance vom Frühjahr 1990.

Nicht viel mehr als einen Monat nach dem letzten bekannten Versuch, die ostdeutschen Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie in die erweiterte Bundesrepublik zu retten, begann als unmittelbare Folge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der Zusammenbruch der ostdeutschen Industriebetriebe. Von nun an ging es seitens

44 Siehe Jörg Roesler/Dagmar Semmelmann: „...ohne Energie geht gar nichts!“ Die ostdeutsche Energiewirtschaft von den Kombinaten zur VEAG (1980-2001), Berlin 2001, S.87.

45 Handelsblatt, 7./8.4.1990.

46 Siehe Schüle, BWS Sömmerda, S.343.

47 Siehe ebenda, S.344.

der inzwischen generell zu Betriebsräten gewandelten Belegschaftsvertreter um den Erhalt des Betriebes bzw. von möglichst vielen Arbeitsplätzen oder um die soziale Abfederung von Massenentlassungen. Für Überlegungen bzw. Praktiken wirtschaftsdemokratischer Art war kein Platz mehr. Das ist nachvollziehbar: Auf sich allein gestellt, waren die Betriebsräte nicht in der Lage, wirtschaftsdemokratische Konzepte weiterzuführen.

Wo aber blieb die SPD-Ost, die im Kabinett de Maizière immerhin über vier Ministerien verfügte? Wo blieb die bundesdeutsche SPD, die sich kein halbes Jahr zuvor für die „Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen“ ausgesprochen hatte? Warum kam die IG Metall auf Bundes- bzw. Republikenebene ihren regionalen Gliederungen (Land Hessen, Bezirk Erfurt) nicht zu Hilfe? Warum unterstützte die Dachgewerkschaft DGB das „Sömmerdaer Modell“ nicht? Das sind Fragen, auf die es bis heute keine befriedigende Antwort gibt. Vielleicht fördern Forschungen doch noch weitere Unterstützungsaktionen für wirtschaftsdemokratische Aktivitäten im Osten zu Tage, die über das hinaus gehen, was heute erkennbar ist.

Aber eines steht schon jetzt fest: Die Chance, wirtschaftsdemokratische Programmatik in Deutschland Wirklichkeit werden zu lassen, wurde vertan. Während Bundeskanzler Helmut Kohl das in den internationalen Beziehungen 1990 sich auftuende „window of opportunity“ erkannte und für seine Zwecke nutzte, sind Sozialdemokraten und Gewerkschaften gegenüber einer vergleichbaren Gelegenheit, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1990 im Bereich der Wirtschaftsdemokratie auftat, offensichtlich blind gewesen.

Miszelle

Die Prager Union für Recht und Freiheit. Ein wenig beachtetes Kapitel tschechoslowakisch-deutscher Zusammenarbeit*

Arno Gräf

Im Zusammenhang mit Recherchen zur Vita meines Vaters (den ich kaum gekannt habe) bin ich auf eine Reihe wenig bekannter, dafür um so interessanterer Fakten gestoßen. Einer davon ist seine Mitwirkung in einer tschechoslowakischen Organisation, die von 1935 bis 1938, also zu der Zeit, als sich in Deutschland der faschistische Terror voll entfaltete, vornehmlich in Prag wirkte. Dort hatte zur gleichen Zeit eine Vielzahl deutscher Emigranten Asyl gefunden, darunter meine Familie. Aus diesem Kapitel tschechoslowakisch-antifaschistischer Solidarität sind eine Reihe von Aktivitäten und Namen belegt, vieles harrt aber noch der Wiederentdeckung und Erhellung.

In dem Bestreben, die tschechoslowakische Öffentlichkeit, insbesondere bürgerlich-liberale und religiös gebundene Kreise sowie Intellektuelle im weitesten Sinne des Wortes, über das tatsächliche Ausmaß an faschistischer Barbarei in Deutschland aufzuklären und zugleich tätige Solidarität mit den Opfern der Verbrechen einzufordern, wurde im September 1935 in Prag die Unie pro Právo a Svobodu (Union für Recht und Freiheit) gegründet.

Die Initiative zu dieser Gründung ging vor allem von den Universitätsprofessoren Dr. Josef Lukl Hromádka und Dr. Otokar Fišer aus. Professor Hromádka¹, Haupt der Českobratrská církev evangelická (Tschechisch-evangelische Kirche der Brüder), der hussitischen Kirche in der ČSR, lehrte Theologie an der Jan-Hus-Fakultät in Prag. Professor Fišer war u.a. als Schauspielleiter am tschechoslowakischen Nationaltheater tätig. Unklar ist, ob er dem tschechoslowakischen Senat angehörte. In der Union übernahm er den Vorsitz, Professor Hromádka fungierte als sein Vertreter.

Zu den weiteren Vorstandsmitgliedern der Union zählten der Musikprofessor und Komponist Alois Hába (Geschäftsführer), Major Jaroslav Kratochvíl (Kassenwart), die Schriftstellerin Helena Malířová, der Chefregisseur am Nationaltheater Karel Dostál und der Rechtsanwalt Dr. Ivan Sekanina. Während sich der formelle Sitz der Union in Prag XII, Španělská ulica 4, befand, scheint sich die eigentliche Arbeit im

* Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion des „Informationsblattes der Freunde der Tschechen und Slowaken e. V.“ aus Heft 4/2004, S.7-11, bearbeitete Fassung.

1 Zu J. L. Hromádka siehe Wieland Zademach: Brückenbauer zwischen Ost und West. Erinnerung an Josef L. Hromádka, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2002/I, S.109-121.

Sekretariat in Prag II, Vodicková ulica 44 (Ecke Václavské náměstí) abgespielt zu haben. Hier waren es vor allem deutsche Emigranten, die einen Großteil der täglichen Kleinarbeit für die Union ehrenamtlich erledigten.

So wirkten als 1. Sekretär der Sozialdemokrat und vormalige Vorsitzende des Sozialistischen Studentenverbandes in Deutschland und Sekretär der Sozialistischen Studenten-Internationale Dr. Otto Friedländer und als 2. Sekretär der Kommunist und ehemalige Vorsitzende eines Kriegsofferverbandes sowie Mitglied des Deutschen Reichstags Hugo Gräf. Zu den ehrenamtlich Mitwirkenden zählten Max Kahane, Rita Hausdorff-Zeidler, Otto Franke und viele mehr. Enge Beziehungen unterhielt die Union zur „Solidarita – Sdruzeni na obranu práv a pro sociální pomoc“ (Solidarität-Vereinigung für Rechtsschutz und Sozialhilfe, eine Neugründung der 1932 verbotenen tschechoslowakischen Roten Hilfe) zum Westeuropäischen Büro der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und zur Leitung des ČSR-Abschnittes der Roten Hilfe Deutschlands (RHD). Von der Gründungsversammlung 1935 abgesehen, fand die vermutlich einzige Generalversammlung der Union für Recht und Freiheit Ende April 1937 statt. Nachdem man den von Professor Fišer vorgetragene Tätigkeitsbericht entgegengenommen und den Vorstand wiedergewählt hatte, referierte der deutsche Sozialdemokrat Dr. Paul Hertz zum Thema „Wohin treibt die deutsche Wirtschaft?“. In Deutschland gehörte Dr. Hertz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an, und in Prag war er Mitglied des Exilvorstands der SPD.² Zum Schluß seines Vortrages betonte er die Notwendigkeit, daß sich die deutsche Arbeiterschaft einige und die Zusammenarbeit mit allen regimekritischen Kräften anstrebe.

Welcher Art waren die Aktivitäten der Union?

a) Entlarvung der Nazijustiz

Unmittelbar nach ihrer Gründung bereitete die Union für Recht und Freiheit einen Gegenprozeß vor zu dem in Berlin anberaumten Wiederholungsprozeß um den Tod des Inhabers eines SA-Lokals in Berlin-Neukölln, Richardstraße 35.³ Unter Hinzuziehung namhafter Juristen wurde der Gegenprozeß in Prag durchgeführt und die protokollierten Aussagen von sechs Zeugen sowie das darauf beruhende Rechtsgutachten auf Freispruch im Oktober 1935 an das Schwurgericht Berlin-Moabit übersandt. Da die Unterlagen in Berlin angeblich verlorengegangen waren, überbrachte der stellvertretende Oberbürgermeister von Brno, Rechtsanwalt Dr. Bohuslav Ečer, im Auftrage der Union im Februar 1936 eine zweite Ausfertigung der in Prag erarbeiteten Dokumente und übergab sie dem Gericht persönlich.

2 Dr. Paul Hertz, der der Union für Recht und Freiheit sehr zugetan war, arbeitete mit dieser vermutlich nur in persönlicher Eigenschaft zusammen, d. h. nicht als Vertreter oder im Auftrage des SPD-Exilvorstandes.

3 Auf diesem Gelände wurde 1995 der Comenius-Garten im Rahmen des „Böhmischen Dorfes zu Rixdorf“ eröffnet, den die „Freunde der Tschechen und Slowaken“ 2001 besuchten. Den „Richardstraße-Prozeß“ hatten die Nationalsozialisten neu aufgerollt, um „Beweise“ für den in Vorbereitung befindlichen Prozeß gegen Ernst Thälmann zu erbringen.

Im Anschluß daran wurde ein Gegenprozeß zu dem von der Nazijustiz geplanten Prozeß gegen Ernst Thälmann vorbereitet. Da der Thälmann-Prozeß in Deutschland aber niemals eröffnet wurde, sah sich auch die Union genötigt, das in Prag zusammengestellte Material „auf Eis“ zu legen. Allerdings hatte sie zuvor im April 1936 zu einer öffentlichen Versammlung geladen, auf der der Rechtsanwalt Dr. Václav Bouček⁴ zur Anklageschrift gegen Ernst Thälmann Stellung nahm. Er machte die Haltlosigkeit der Anklage vor allem daran fest, daß sie keine einzige „Tathandlung“ nachwies, sondern sich ausschließlich auf vermeintliche „Gesinnungsverbrechen“ gründete.

1936 wurde von der Union des Weiteren ein Gegenprozeß für Etkar André, ehemals kommunistisches Mitglied der hamburgischen Bürgerschaft, durchgeführt, in dessen Ergebnis acht namhafte tschechoslowakische Anwälte⁵ Beweisanträge zur Entlastung des Angeklagten beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg einreichten. Ebenfalls im Jahre 1936 veröffentlichte die Union im Selbstverlag das Buch „Der Strafvollzug im III. Reich. Denkschrift und Materialsammlung“. Darin faßten sechs renommierte tschechoslowakische Fachleute Protokolle und andere Materialien zu einer faktenreichen Dokumentation zusammen.

1937 erschien das zweite von der Union herausgegebene Buch – dieses Mal vom Malik-Verlag betreut – mit dem Titel „Deutsche Frauenschicksale. Stimmen und Dokumente“. Unter Angabe von 247 Namen, Wohnort, „Delikt“, Datum des Urteils sowie Strafmaß enthielt es u. a. eine Übersicht über 309 deutsche Antifaschistinnen, die allein zwischen Januar 1935 und September 1936 verurteilt worden waren. Dabei wurde die Unvollständigkeit der Statistik betont, da in 62 Fällen (z. B. von verurteilten Nonnen) keine Namen ermittelt werden konnten. Zu diesem Buch, das in zwei Auflagen erschien, schrieb Professor Hromádka das Geleitwort. Heinrich und Thomas Mann sowie Stefan Heym und Erich Weinert stellten Beiträge zur Verfügung.

Im Januar 1938 entsandte die Union zwei ČSR-Bürgerinnen nach Berlin, um die zum Tode verurteilte Liselotte Herrmann⁶ im Frauengefängnis Barnimstraße zu besuchen. Hier nahm ihnen der Gefängnisdirektor die Pässe ab und verweigerte eine Sprecherlaubnis. Unverrichteter Dinge mußten die beiden Frauen die Heimreise antreten, wobei Gestapobeamte ihnen die Pässe erst auf dem Bahnhof aushändigten. Daraufhin veröffentlichte die Union im Februar 1938 die Broschüre „Rettet eine Mutter!“, in der die Weltöffentlichkeit aufgerufen wurde, sich noch nachhaltig für die Begnadigung Liselotte Herrmanns einzusetzen.

b) Willenskundgebungen gegen den Naziterror

Wenn auch die juristischen Bemühungen einen erheblichen Raum ihres Wirkens einnahmen, sah die Union für Recht und Freiheit ihr vornehmliches Betätigungsfeld

4 Früherer Verteidiger von Professor Tomáš G. Masaryk.

5 Dr. Bartošek, Dr. Elsner, Dr. Krizenecky, Dr. Littna, Dr. Nebesář, Dr. Pokorny, Dr. Rabl und Dr. Traub.

6 Es handelte sich um das erste politisch motivierte Todesurteil, das im „Dritten Reich“ gegen eine Frau verhängt wurde (vom sogenannten Volksgerichtshof).

eher in der aufklärenden Propaganda. Dazu zählten öffentliche Kundgebungen ebenso wie die Herausgabe eines Pressedienstes für in- und ausländische Journalisten oder – zu bestimmten Anlässen – Postkartenaktionen nach Deutschland.

So initiierte die Union noch Ende 1935 ein „Manifest der tschechoslowakischen Intelligenz für die Rettung der Opfer des Hakenkreuzlererrors“, zu dem sich acht Politiker, 16 Universitätsprofessoren, 17 Künstler sowie 124 Schriftsteller, Publizisten und Journalisten mit ihrer Unterschrift bekannten – insgesamt 165 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Unter anderem wurde in dem Manifest die sofortige Freilassung von Ernst Thälmann und Carl von Ossietzky verlangt.

Die erste öffentliche Versammlung der Union, auf der die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky sowie seine unverzügliche Entlassung aus faschistischer Haft gefordert wurden, fand im Dezember 1935 im Großen Saal der Prager Produktenbörse statt. Als Redner traten u. a. Professor Hromádka, Josef Hora und Georg Mannheimer auf. Anlässlich der im November 1936 erfolgten rückwirkenden Verleihung des Friedensnobelpreises für 1935 an Carl von Ossietzky führte die Union im darauffolgenden Monat eine Versammlung in Prag durch, auf der der Nestor der tschechoslowakischen Literaturkritik, der Ordinarius an der Prager Karls-Universität, Professor Dr. František Xaver Šalda, Leben und Werk Ossietzkys würdigte, der zeitgleich schwerkrank im Berliner Westend-Krankenhaus lag.⁷

Auf einer speziell an Frauen gerichteten Kundgebung der Union im Dezember 1936 prangerte Alex Wedding (d. i. Grete Weiskopf) leidenschaftlich das Schicksal der von der brasilianischen Militärjunta an Nazi-Deutschland ausgelieferten Kommunistinnen Olga Prestes-Benario und Elisabeth Saborowsky-Ewert an, die zu dieser Zeit im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gefangengehalten wurden. Weitere Kundgebungen wurden zum Beispiel für die Freilassung des kommunistischen Gewerkschaftsfunktionärs Max Maddalena, zum Thema „Kulturbarbarei im Dritten Reich“ oder für die Verlegung der bereits 1932 nach Deutschland vergebenen XI. Olympischen Spiele in ein geeigneteres Land durchgeführt. Nähere Angaben liegen nicht vor. Eine ihrer letzten Großveranstaltungen hielt die Union im Mai 1938 ab, eine Gedenkfeier in Prag für den zwei Wochen zuvor in Berlin an den Folgen der KZ-Haft verstorbenen Carl von Ossietzky.

c) Internationale Zusammenarbeit

Ähnliche Gremien wie die Union für Recht und Freiheit waren auch in anderen Ländern Europas entstanden, so daß Ende 1935 in Paris ein erster Erfahrungsaustausch dieser nationalen Komitees durchgeführt wurde. In einem Appell forderte diese Zusammenkunft – ca. 300 Personen, vornehmlich Juristen, hatten an ihr teilgenommen – die NS-Führung in Deutschland auf, unverzüglich eine allgemeine Amnestie zu erlassen. Der Forderung nach Amnestierung verlieh die Europäische Amnestiekonferenz für politische Gefangene in Deutschland Nachdruck, die im Juni

⁷ Selbst im Krankenhaus stand der zwischenzeitlich aus der „Schutzhaft“ entlassene Ossietzky noch unter Gestapo-Überwachung.

1936 in Brüssel abgehalten wurde. Sieben Vorstandsmitglieder der Union für Recht und Freiheit⁸ nahmen an ihr teil, wobei Professor Dr. Hromádka und Dr. Ečer als Berichterstatter zum Thema „Geiselnahmen“ auftraten. Für ausländische Besucher der Olympischen Sommerspiele in Berlin und Kiel gab die Konferenz eine zwölfseitige Dokumentation über die Verfolgung fortschrittlicher Sportler in Deutschland heraus und wandte sich mit entsprechenden Manifesten an die deutsche Botschaft in Belgien sowie an Reichskanzler Adolf Hitler in Berlin.

Wiederum in Paris tagte zwei Jahre nach dem ersten Erfahrungsaustausch die Europäische Konferenz für Recht und Freiheit in Deutschland, die 169 Teilnehmer aus neun Ländern und 84 Organisationen vereinte. Unter anderem empfahl sie, daß KPD, SPD und SAPD ihre noch getrennt arbeitenden Stützpunkte entlang der deutschen Grenze zusammenführen, was in der Folgezeit auch geschah. Darüber hinaus beschloß sie, ein Internationales Zentrum für Recht und Freiheit in Deutschland (Centre international pour le droit et la liberté en Allemagne) zu gründen, für das die Schriftsteller Thomas Mann, Romain Rolland und André Malraux sowie die kommunistischen und sozialistischen Politiker Marcel Cachin und Léon Jouhaux als Schirmherren gewonnen wurden.

Wie ist die Union für Recht und Freiheit zu bewerten?

Sicherlich hatte die Gestapo, die die Aktivitäten der Union für Recht und Freiheit über V-Leute und die deutsche Gesandtschaft in Prag intensiv verfolgte, recht, wenn sie die Union als Volksfrontorgan bezeichnete, arbeiteten doch Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten und Pazifisten in ihr eng zusammen. Die Union war aber weder ein Hilfskomitee für politische Flüchtlinge aus Deutschland noch ein Solidaritätskomitee für verfolgte Antifaschisten in Deutschland. Insofern hatte die Gestapo unrecht, wenn sie sie mit der Roten Hilfe Deutschlands gleichsetzte, was sie in ihren Lageberichten durch die Nennung beider Organisationen verbunden durch ein „bzw.“ regelmäßig tat.⁹ Bis die Ereignisse ab Mai 1938¹⁰ eine Weiterarbeit der Union unmöglich machten, hatte sie auf jeden Fall einen bemerkenswerten Anteil daran, daß das tatsächliche Ausmaß an gezielten Menschenrechtsverletzungen und brutalem Terror in Deutschland im Ausland wahrgenommen wurde, Gegenaktionen (besonders in der Tschechoslowakei) zustande kamen und die internationale Solidarität mit den Naziopfern insgesamt aktiviert wurde. Mit Sicherheit standen der tschechoslowakischen Union für Recht und Freiheit keinerlei staatliche Mittel für ihre Tätigkeit zur Verfügung. So kann man nur mit der aller-

8 N. D. Dostál, Dr. B. Ečer, Prof. Dr. O. Fišer, Prof. A. Hába, Prof. Dr. J. L. Hromádka, Major J. Kratochvil und Dr. J. Nebesák.

9 Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, „Jahresbericht 1937 über Marxismus“, BA/SAPMO, R 58/3056, Bl. 76 und 119-124; dasgleiche, „Lagebericht 1938 über die illegale kommunistische und marxistische Bewegung“, ebenda, R 58/3057, Bl. 44-46. Als Beispiel für die monatlichen Lageberichte sei genannt: Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, „Lagebericht Januar 1938“, BA/SAPMO, R 58/3058, Bl. 5.

10 Gemeint sind die von Hitler und Henlein ausgelöste „Mai-Krise“ 1938, das Münchener Diktat vom September des gleichen Jahres sowie die schließliche Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates im März 1939.

größten Hochachtung vor ihrer uneigennütigen und kostenaufwendigen Arbeit gegen das verbrecherische Hitlerregime in Deutschland berichten.

Präzisierende, ergänzende oder widersprechende Hinweise zu diesem Beitrag (möglichst mit Quellenangabe) erbeten an: Dr. Arno Gräf, Mollstraße 20, 10249 Berlin.



Jutta Seidel

Paul Nette:

»...daß mir weiter nichts fehlt
als die Freiheit«

Eine Häftlingsbiographie
in Briefen

Gefängnisbriefe
1934 bis 1944

In der Reihe
der Edition Bodoni:
Arbeiterbewegung:
Forschungen · Analysen ·
Memoiren · Biografien

ISBN 3-929390-60-4

Biographisches

Johann Knief – Biographisches zu seinem Platz in der Geschichte der deutschen Linken¹

Gerhard Engel

„Als Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg uns genommen waren, da drückten wir uns schweigend die Hände und irgend jemand sagte: ‚Johann Knief.‘“ So schrieben Chemnitzer Kommunisten um Fritz Heckert in ihrem Nachruf auf den charismatischen und weit über Bremen und den Nordwesten Deutschlands hinaus bekannten Johann Knief, der am 6. April 1919 wenige Tage vor seinem 39. Geburtstag verstorben war. Und sie fügten hinzu, er sei ausgestattet gewesen „mit dem Feuergeist eines Liebknecht und der ruhigen sachlichen Überlegenheit und revolutionären Tatkraft eines Lenin“.² Selbst wenn man von dem über das Ziel hinauschießenden Pathos eines solchen Nachrufs absieht, bleibt: Knief ist in einer Reihe mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg genannt. Ihm wurde Verehrung zuteil; er zählte zu den Hoffnungsträgern der linken Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung. Wer war dieser Mann?

Johann Heinrich Knief, den seine Freunde Jan oder auch Jean nannten, war der am 20. April 1880 in der Bremer Osterstraße geborene Sohn des Küpers, dann Obst-

1 Der folgende Text ist die geringfügig bearbeitete Fassung eines Vortrages, der am 16. April 2005 in Berlin während eines Kolloquiums anlässlich des 125. Geburtstages von Johann Knief gehalten wurde. Folglich sind zwar die Zitate vollständig belegt, aber Quellen- bzw. Literaturhinweise nur zu ausgewählten der angeführten Fakten beigefügt. Insgesamt stützt sich der Autor hinsichtlich des Materials auf Gerhard Engel: Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880-1919). Untersuchungen zur Geschichte der Bremer Linksradikalen, Phil. Diss., Berlin 1967; ders: Johann Knief und die Bremer Linken in der Vorgeschichte der KPD (Fichte-Schriften der Humboldt-Universität zu Berlin, Bd. 5), Berlin 1968, S.11-72; Karl Ernst Mohring: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914, Hannover 1968; Erhard Lucas: Die Sozialdemokratie in Bremen während des ersten Weltkrieges, Bremen 1969; Peter Kuckuk: Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen innerhalb der KPD, Phil. Diss., Hamburg 1970; Wilhelm Eilderemann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972; Herbert Schwarzwälder: Johann Knief (1880-1919). Vom Volksschullehrer zum kommunistischen Revolutionär, in: ders: Berühmte Bremer, München 1972, S.152-202; Die Bremer Linksradikalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung, hrsg. von der Gruppe „Arbeiterpolitik“, Bremen 1979; Gottfried Mergner: Johannes Knief und seine Region, Teil I u. II, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 1, Berlin 1980, S.85-117 bzw. Nr. 2, Berlin 1980, S.45-89; Doris Kachulle (Hrsg.): Die Pöhlands im Krieg. Briefe einer sozialdemokratischen Bremer Arbeiterfamilie aus dem 1. Weltkrieg, Köln 1982; Peter Kuckuk: Bremen in der deutschen Revolution 1918-1919, Bremen 1986; Viktor A. Artemev: Iogann Knif [Johann Knief], Moskva 1990; Herbert Schwarzwälder: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 2 u. 3, Bremen 1995.

2 Der Kämpfer (Chemnitz und Zwickau), 11.4.1919.

und Gemüsekrämers Johann Knief und seiner Frau Anna, geb. Hüffermann. Er war eines von fünf Geschwistern.³

Johann wuchs in einer Stadt auf, die sich seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in stürmischem Tempo von einer Stadt der Seereederei und des Handels in ein industrielles Ballungszentrum verwandelte. Neben den expandierenden Reedereien und der Hafenwirtschaft entfaltete sich eine mächtige Werfindustrie mit der Aktiengesellschaft „Weser“ als Zentrum. Transportschiffbau und erst recht die maritime Aufrüstung des wilhelminischen Deutschlands ließen die Profite wachsen. Auch viele andere an Seeverkehr und Hafenwirtschaft gebundene Industriebetriebe schossen wie Pilze aus dem Boden. Infolge des rasanten industriellen Aufschwungs verschob sich die Bevölkerungsstruktur der Heimatstadt Kniefs deutlich zugunsten des Industrieproletariats. Zehntausende strömten nach Bremen, bereits erfahrene Facharbeiter, aber auch zahlreiche Arbeitskräfte aus ländlichem und kleinstädtischem Milieu. Sie konzentrierten sich vor allem in der Schiffs- und Maschinenbauindustrie. Soziale Konflikte zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft sowie politische Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Staatsbehörden waren vorprogrammiert. Friedrich Ebert, 1891-1905 einer der führenden sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in der Hansestadt, erklärte 1904: „Auch unter den relativ kleinen Verhältnissen, unter denen das bremische Staatsleben sich abspielt, macht sich der Charakter eines Klassenstaates scharf bemerkbar. Und das nicht nur in finanzwirtschaftlicher, sondern vor allem auch in sozialpolitischer Hinsicht.“⁴ Die SPD und die Gewerkschaften stärkten ihre Reihen. Bis 1907 wuchs die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten auf über 26.000; die sozialdemokratische Parteiorganisation stützte sich auf mehr als 9.000 Mitglieder.⁵ Anerkannte revolutionäre Sozialdemokraten wie Heinrich Schulz, Alfred Henke und Wilhelm Pieck prägten ihre Organisiertheit, ihr Bildungswesen und ihr Presseorgan, die „Bremer Bürgerzeitung“. Die revolutionäre, marxistisch orientierte Sozialdemokratie drückte den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aktionen der Arbeiterbewegung Bremens den Stempel auf.

Das Elternhaus Kniefs jedoch gehörte in das kleinbürgerliche Milieu. Der Vater engagierte sich gelegentlich für den Linksliberalismus. Politik gehörte nicht zum Gesprächsstoff der Familie.⁶ Johann erwies sich zwischen 1887 und 1895 als fleißiger Schüler. Die deutsche Sprache, Geographie und Geschichte waren seine Lieblingsfächer. Nach dem Schulabschluß folgte Knief dem Wunsch der Eltern und bezog das bremische Lehrerseminar, um Volksschullehrer zu werden.⁷ Sechs Jahre lang akkumulierte er Wissen, weit über die Norm des Seminars hinaus. Er las Werke

3 Siehe Schwarzwälder, Johann Knief, S.152f.

4 Friedrich Ebert: Die Organisation der bremischen Sozialdemokratie, in: Bremen und die Sozialdemokratie. Festschrift zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bremen 1904, Bremen 1904, S.66f.

5 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.221.

6 Siehe Johann Knief: Briefe aus dem Gefängnis, Berlin 1920, S.41; Alfred Henke: Johann Knief tot, in: Bremer Arbeiter-Zeitung, 7.4.1919.

7 Über Kniefs Zeit im Lehrerseminar siehe Engel, Entwicklung, S.35-37; Schwarzwälder, Johann Knief, S.155.

von Ernst Haeckel und Charles Darwin, die ihn in den Grenzen des damals um sich greifenden Monismus, der – naturwissenschaftlich begründet – die materielle Einheit der Welt lehrte, einer materialistischen Weltanschauung näherbrachten. Er bildete seine musischen Interessen und Fähigkeiten aus, vor allem in Literatur, Musik und Theater. Er erlernte das Geigenspielen bis zu einer Fertigkeit, die ihn später befähigen sollte, mit der Frau Anton Pannekoeks anspruchsvolle Hausmusik zu spielen.⁸ Die Seminarjahre konfrontierten ihn zugleich mit dem preußisch-militaristischen Ungeist, von dem auch das Lehrerseminar in Bremen, der Stadt mit einem relativ liberalen Schulsystem, nicht verschont blieb. Knief erinnerte sich daran später mit den Worten: „Die preußisch-deutschen Seminare legen es planmäßig darauf an, alles Selbständige in den Zöglingen auszureißen, mit Stumpf und Stiel zu vertilgen [...]. Indem ich mich diesem geschlossenen System restlos hingab und seine Wirkungen ganz auskostete, lernte ich es von innen und außen kennen und – hassen.“⁹

Lehrer in Bremen

Als Knief 1901 in den bremischen Schuldienst eintrat, stand er der Politik zwar noch fern, aber er brachte einen kritischen Geist mit. Sehr bald gehörte er zu den aktiven Verfechtern der demokratischen Schulreformbewegung, die in Bremen mit Fritz Gansberg und Heinrich Scharrelmann führende Köpfe hatte. Ihre sozialpädagogischen Einheitsschulpläne besaßen deutliche Berührungspunkte mit dem Erfurter Programm und den schulpolitischen Forderungen der sozialdemokratischen Parteitage in München 1902 und Mannheim 1906. Wie auch andere Lehrer auf dem radikaldemokratischen Flügel der Schulreformer ging Knief mehr und mehr von der Überlegung aus, daß eine wirkliche und dauerhafte Reform von Bildung und Schule nur als Teil einer sozialistischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft gelingen würde. So wurde sein Engagement in den Bremer Schulkämpfen seine eigentliche politische Lebensschule, in der er sich aus seinen „tausend bürgerlichen Häuten“¹⁰ herausarbeitete.

Das nicht nur für die deutsche Arbeiterbewegung so wichtige Jahr 1905 war auch eine Zäsur im Leben des jungen Volksschullehrers Johann Knief. Vor dem Hintergrund der russischen Revolution, in den Debatten um den politischen Massenstreik, in den Aktionen der Werftarbeiter und in den Auseinandersetzungen um die Etablierung einer selbständigen, marxistisch orientierten Arbeiterbildung verstärkten die revolutionären Sozialdemokraten Bremens ihre dominante Stellung in der Parteiorganisation; ihre linke Strömung gewann im steigenden Maße bestimmenden Einfluß. Dadurch wurde in Bremen sehr eindeutig die revolutionäre Sozialdemokratie nicht nur zur unbestrittenen Repräsentanz eines weiter wachsenden Proletariats, sondern sie gewann auch Autorität bei anderen gesellschaftlichen Kräften, die sich im Konflikt mit der Gesellschaftsordnung oder einer ihrer Lebensäußerungen befanden und nach Bundesgenossen für ihre Anliegen suchten.

⁸ Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4004/1, Bl. 48.

⁹ Knief, Briefe, S.24f.

¹⁰ Ebenda, S.25.

Ein derartig begründetes Verhältnis begann sich seit 1905 zwischen der bremischen Sozialdemokratie und der demokratischen Volksschullehrerbewegung zu entwickeln. Je heftiger die Auseinandersetzungen um eine progressive Schulpolitik geführt wurden, desto mehr wuchs der Einfluß der sozialdemokratischen Lehrer um Wilhelm Holzmeier und Emil Sonnemann auf die Gesamtbewegung.¹¹ Dieser Einfluß wurde auch bestimmend für Kniefs politische Entwicklung. In den schulpolitischen Kämpfen der Volksschullehrer lernte er die Sozialdemokratie kennen. Knief wandte sich dem Marxismus zu. Er wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). In einem Verhör im Jahre 1918 erklärte er: „Das erste sozialistische Buch, das ich während dieser Zeit [...] las, war Engels' ‚Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft‘. Von da an trat das sozialistische Problem für mich immer mehr in den Vordergrund.“¹² Und in einem seiner Gefängnisbriefe aus dem gleichen Jahr erinnerte er sich mit folgenden, für seine Persönlichkeit charakteristischen Worten an die Voraussetzungen, unter denen er Sozialdemokrat geworden war: „Es gehörte der ganze, in langen Jahren entwickelte [...] Groll gegen ein System dazu, das den Kräfte Suchenden nicht zu Kräften kommen ließ [...]. Und die Empörung über tausend und abertausend Ungerechtigkeiten. Und es gehörte mein eigener Drang nach einer besseren höheren Bildung dazu [...]. Und dieses unbändig starke Mitgefühl mit den Armen und Unterdrückten, eine grenzenlose Liebe zu den Verlassenen und Vernachlässigten, ein unhemmbarer Trieb, gerade den Elenden Freude zu bereiten [...]. Und zuletzt meine unerbittliche Selbstanalyse, die mich in Stand setzte, auch die objektive Welt zu analysieren, diese Kritik, die vor niemand und nichts Halt machte, [...] alles gehörte dazu, um mich [...] zum Sozialisten zu machen.“¹³

Als Autor der Monatsschrift „Roland. Organ für freiheitliche Pädagogik“ und als Vorstandsmitglied des Bremer Lehrervereins bewegte sich Knief mehr und mehr nach links, er wurde zum Sozialdemokraten der linken Strömung in der Partei. Während viele fortschrittliche Lehrer ein Bündnis mit der Sozialdemokratie nur wegen der erwarteten Unterstützung in schulreformerischen Bestrebungen anstrebten, forderte Knief dieses Bündnis des revolutionären Gesamtziels wegen, dem er die schulpolitischen Fragen ein- und unterordnete. Knief wurde ein führender Kopf in dem von Heinrich Eildermann begründeten „Verein junger Lehrer“, einem Zusammenschluß des linken Flügels der bremischen sozialdemokratischen Lehrer im Bremer Lehrerverein. Sie nannten sich die „Jakobiner“ des Vereins und wurden wegen ihrer erhöhten Sitze im Versammlungssaal der „Berg“ genannt. Knief nannten sie den „Marat“ des Lehrervereins.¹⁴ Knief beschränkte seine rastlosen Aktivitäten keineswegs nur auf die Schulpolitik. Er bildete sich autodidaktisch weiter, hielt in Arbeiterversammlungen und in der Arbeiterjugend-

11 Zur bremischen Lehrerbewegung siehe Dirk Hagener: Radikale Schulreform zwischen Programmatik und Realität. Die schulpolitischen Kämpfe in Bremen vor dem Ersten Weltkrieg und in der Entstehungsphase der Weimarer Republik, Bremen 1973, bes. S.79-101.

12 Bundesarchiv (BArch), R 3003, J 205, 18, Bl. 37.

13 Knief, Briefe, S.48.

14 Siehe Engel, Entwicklung, S.67f.

organisation „Junge Garde“ Vorträge, übte sich als Publizist in Clara Zetkins „Gleichheit“ und beteiligte sich an der Kulturarbeit der bremischen Sozialdemokraten.¹⁵ In dieser Zeit gründete Knief auch eine Familie. Er heiratete Katharina (Käthe) Müller, die Tochter eines Tischlermeisters. Beide hatten zwei Söhne: Harold (1910-1948) und Walter (1914-1941).¹⁶

Als die Schulbehörde den sozialdemokratischen Lehrer Wilhelm Holzmeier durch Suspension maßregelte, sorgte Knief, angeregt durch Wilhelm Pieck, für eine öffentliche Demonstration der Zusammengehörigkeit der sozialdemokratischen Lehrer mit ihrer Partei. Er verfaßte das berühmte Lehrertelegramm zum 70. Geburtstag August Bebels. Es war die Initialzündung für große Aktionen der Bremer Arbeiter zur Unterstützung der rebellierenden Lehrer, Aktionen, die in den beachtlichen Bremer Beitrag zu den Wahlrechtskämpfen der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1910 einmündeten.¹⁷ Rosa Luxemburg kam nach Bremen.¹⁸ Karl Liebknecht würdigte die „tapferen Kämpfer in der Lehrerschaft“.¹⁹ Knief schrieb später über das Jahr 1910: „Man schwamm auf der Hochflut des politischen Lebens und erwarb sich das Patent für große Fahrt.“²⁰

Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“

Große Fahrt aber nahm er 1911 auf. Er quittierte den Schuldienst und folgte dem Ruf des Chefredakteurs Alfred Henke, der ihm eine Stelle in der politischen Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ anbot. Schon seit 1909 hatte Knief als Korrespondent über schulpolitische Themen sowie seit 1910 auch als offizieller Rezensent für Theater und Konzert an dem linksorientierten Blatt der Bremer Sozialdemokraten mitgewirkt.²¹ Mit dem Übergang in die hauptberufliche Parteiarbeit schloß eine Entwicklungsetappe, in der sich Knief zum Marxisten entwickelt hatte, der seinen Platz unter den Linken in der Sozialdemokratie sah. In gewisser Weise nahm er fortan die Stelle Wilhelm Piecks in der Bremer Parteiorganisation ein, der 1910 zum Zentralbildungsausschuß nach Berlin gewechselt war.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ war unter Henkes Leitung eines der wenigen sozialdemokratischen Blätter, die nicht reformistisch redigiert wurden. Rosa Luxemburg und Franz Mehring z. B. gehörten zu ihren Autoren, Anton Pannekoek, seit 1910 in Bremen, und Karl Radek, der sich 1912 dort ansiedelte. Beide übten auf Knief einen erheblichen Einfluß aus. Er verteidigte die theoretischen Positionen und die Verhaltensweisen beider, gegebenenfalls auch gegen Positionen von Franz Mehring oder Rosa Luxemburg.²² Am meisten aber prägten ihn die zunehmenden Konflikte mit Alfred Henke. Ursprünglich war das Verhältnis zwischen Knief und

15 Siehe ebenda, S.69f.

16 Siehe Schwarzwälder, Johann Knief, S.158.

17 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.122f.

18 Siehe Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S.337.

19 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S.408.

20 Knief, Briefe, S.44.

21 Siehe Engel, Entwicklung, S.87f.

22 Siehe SAPMO-BArch, NY 4004/2, Bl. 32-39.

Henke, den man in Bremen zurecht zu den „Radikalen“ zählte, von völligem Einvernehmen geprägt. Henke vertraute Knief, als er seit seinem Einzug in den Reichstag 1912 häufig abwesend sein mußte, faktisch die Leitung der „Bremer Bürgerzeitung“ an.²³ Henke begann jedoch, Kniefs eindeutige Orientierung des Blattes auf die Positionen der Linken zu bremsen, so z. B. 1913 in der erregten Debatte über die Haltung der Reichstagsfraktion in der Wehrdebatte und die in diesem Zusammenhang geführte neuerliche Diskussion über den politischen Massenstreik, in der sogenannten Radek-Affäre oder durch Versuche, die Bindungen Kniefs an Pannekoek zu lockern. Knief hingegen versuchte, den Einfluß Henkes auf den Alltag der Zeitung auszubremsen und mit der Anstellung des Hamburgers Paul Frölich den linken Flügel der Redaktion zu stärken. Er schrieb über die „Verbeugungskunststücke des Generals: Er verneigt sich neuerdings nach sämtlichen Richtungen: das ist ein ganz schlauer Trick; damit ködert er die ungeheure Masse der Kritiklosen. Taktisch gesprochen ist das Vorstandspolitik in reinsten Form.“²⁴ Im Alltag der Redaktion lernte er also die politische Kompromißbereitschaft von Mandatsträgern der Partei kennen, die weithin als Radikale galten. Später erklärte er den Konflikt mit den Worten: „Henke [...] vertrat den Standpunkt des Parteizentrums [...], während ich den Standpunkt der Linksradikalen unter der Führung von Rosa Luxemburg und Dr. Anton Pannekoek einnahm.“²⁵ Diese Erfahrungen bestimmten wesentlich sein späteres tiefes Mißtrauen gegen die zwischen Liebknecht und der Parteivorstands- und Fraktionsmehrheit angesiedelte Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) bzw. der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Diese Haltung entsprach zudem wesentlichen Charaktereigenschaften Kniefs. Viele Zeitgenossen bescheinigten ihm eine unbedingte Kompromißlosigkeit im Streit der Meinungen. Zudem wird in dem zitierten Satz deutlich, was Knief unter dem Begriff Linksradikalismus verstand: Nicht die Abgrenzung von den deutschen Linken außerhalb Bremens war gemeint, sondern die Abgrenzung von den radikalen, d. h. der revolutionären Orientierung der SPD folgenden Sozialdemokraten, die aber nicht mit der gleichen Entschiedenheit wie die linken Radikalen gegen Revisionismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung auftraten. Deshalb ist es auch unzulässig, bereits aus der Selbstbezeichnung der Bremer Linken als Bremer Linksradikale Schlüsse auf Züge von Anarcho-Syndikalismus, Gewerkschaftsfeindlichkeit, besonderer Gewaltbereitschaft, Sektierertum usw. zu ziehen. Knief folgte der von Pannekoek in der Auseinandersetzung mit Karl Kautskys „Ermattungsstrategie“ getroffenen Feststellung, es gäbe in der Partei „zwei radikale“ und „eine revisionistische“ Strömung.²⁶

Kniefs Position als führender Kopf der Linken in Bremen war am Vorabend des ersten Weltkrieges unbestritten. Er genoß höchstes Ansehen bei den Werftarbeitern, deren Kämpfe 1910 und 1913 er vorbehaltlos unterstützt hatte. Verehrung brachte

23 Siehe die Briefe Henkes an Knief 1912-1913, SAPMO-BArch, NY 4004/1.

24 SAPMO-BArch, NY 4020/11, Bl. 18.

25 BArch, R 3003, J 205, 18, Bl. 38.

26 Siehe Engel, Entwicklung, S.119.

ihm die sozialdemokratische Jugend entgegen, für deren Bildung und kulturelles Leben er große Anstrengungen auf sich nahm. In allen grundsätzlichen Fragen teilte er die Positionen der geistigen Spitzen der linken Strömung, wann immer es um die Verteidigung des revolutionären Charakters der Sozialdemokratie und ihrer marxistischen Grundlagen, um prinzipiellen Antimilitarismus, um die Ausweitung der außerparlamentarischen Kampfmittel bis zum politischen Massenstreik oder um die umfassende Bildung des jugendlichen Nachwuchses der Sozialdemokratie ging, die dem Lehrer doppelt am Herzen lag.

Im Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg vertrat die „Bremer Bürgerzeitung“, solange Knief einen maßgebenden Einfluß auszuüben vermochte, mit aller Konsequenz die Beschlüsse, welche die Kongresse der II. Internationale gegen den Krieg und für den Fall eines Krieges gefaßt hatten. Sie unterstützte die Massenkaktionen der indessen über 15.000 Sozialdemokraten und mehr als 38.000 Gewerkschaftsmitglieder²⁷ der Hansestadt am Vorabend des Krieges. In der Sache nahmen ihre Artikel gegen den Krieg den Satz Liebknechts vorweg, der den von ihm im Mai 1915 formulierten Aufruf der Gruppe „Internationale“ beschloß: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“²⁸ Das Blatt demaskierte von vornherein die Losung vom antizaristischen Verteidigungskrieg und ließ keinen Zweifel an dem imperialistischen Charakter des heraufziehenden Krieges.²⁹

Wie viele den Behörden bekannte linke Sozialdemokraten, gehörte auch Knief zu den ersten, die sich gleich zu Beginn der Mobilmachung bei ihrem Truppenteil zu melden hatten.³⁰ Er war zutiefst davon überzeugt, daß der volksfeindliche Krieg die Massen revolutionieren und der sozialistischen Bewegung gegen den Krieg und die sozialdemokratischen Kreditbewilliger einen bedeutenden Aufschwung verleihen würde. An seinen Freund Rudolf Franz, linker Weggefährte in der Feuilletonredaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ und nun „Vorwärts“-Redakteur in Berlin, schrieb er: „Unsereiner geht jetzt leichten Herzens; das Debakel der Fraktion deutet auf den endgültigen Schluß des Nurparlamentarismus. Der Krieg wird das übrige tun. Die Demoralisation der Fraktion ist nicht mehr aufzuhalten. Es lebe die Zukunft.“³¹ Kniefs zornige Reaktion auf die Burgfriedenspolitik und seine Erwartung, es werde sehr bald zu einer Abrechnung der Massen mit den bisherigen Führern kommen, wurde durch den Umstand genährt, daß er sich als Soldat in einer Einheit befand, zu der sehr viele linke Sozialdemokraten aus Bremen einberufen worden waren, die gleich ihm dachten. Ihre Stimmung reflektierend, verurteilte er den „Verrat, den die massenlosen Führer an den Arbeitern begangen haben [...]“. Nicht die Arbeiterbewegung hat eine Niederlage erlitten, sondern nur ihre Führerschaft [...],“ schrieb er am 23. August 1914, „dieser Krieg wird den

27 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.221.

28 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, S.162-166.

29 Siehe Bremer Bürger-Zeitung, 31.7.1914.

30 Siehe SAPMO-BArch, NY 4020/11, Bl. 45.

31 SAPMO-BArch, NY 4020/11, Bl. 47.

Massenaktionen eine Bahn brechen helfen.³² Solche optimistischen, zukunfts-sicheren Äußerungen enthalten Kniefs Briefe auch noch auf dem Weg an die Front und nach dem ersten Gefecht. Keine Spur von Niedergeschlagenheit, sondern eher Illusionen über die Stimmung und den Handlungsspielraum der Massen, über die Dauer des Krieges und über die Selbstverständlichkeit, daß er mit revolutionären Mitteln beendet werden würde. Doch das Inferno des Stellungskrieges nach der Marneschlacht, das Knief in der Gegend von Noyon im September/Oktober 1914 erlebte, sollte bei vielen Teilnehmern dieses ersten unter Einsatz von Riesenheeren und gewaltiger Waffentechnik geführten Krieges die ursprünglichen Vorstellungen vom Krieg und seinen Wirkungen beträchtlich übertreffen und relativieren. Knief erlitt einen Nervenzusammenbruch und wurde am 20. Oktober in ein heimatliches Lazarett zurücktransportiert. Im Frühjahr 1915 mußte man ihn für heeresdienstuntauglich erklären, nach einem längeren Genesungsaufenthalt in dem Dorf Wedehorn südlich von Bremen konnte er erst im Oktober 1915 wieder aktiv in das Geschehen in der Bremer Parteiorganisation eingreifen.

Aber auch in der Zeit relativer Isolierung hielt er Kontakt mit ihr und anderen Linken. Namentlich begrüßte er begeistert das öffentliche „Nein“ Karl Liebknechts zu den Kriegskrediten. Über Rudolf Franz unterhielt er Beziehung zu den führenden Linken in Berlin. Er bestellte Grüße an Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Hermann Duncker. Über Mehring hatte er Kenntnis von dem oppositionellen Zirkel, der sich in Berlin-Steglitz um diesen gebildet hatte und zu dem auch Julian Marchlewski, Wilhelm Pieck, Hermann Duncker und Ernst Meyer zählten. Sie alle gehörten wenig später zum Kern der Gruppe „Internationale“. Besonders für Franz Mehring empfand er größte Hochachtung; er betrachtete ihn als seinen Lehrer.³³ Er hoffte, die Linken würden alsbald ein gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik aufklärendes Mitteilungsblatt zustande bringen. Weil Radek in Julian Borchardts „Lichtstrahlen“ mitarbeitete, überlegte er, ob man nicht dieses Periodikum ausbauen könnte.³⁴ Doch immer wieder verfiel er auch in nervliche Depressionen. Er erinnerte sich an seinen ersten Nervenzusammenbruch 1908 und schrieb: „Meine momentane Nervosität ist aus ganz ähnlichen Nöten entstanden, wie die von 1908. Damals hatte mich das Schulsystem zermürbt, jetzt ist es das viel brutalere und doch raffiniertere Militärsystem. [...] Ich leide eben unter diesem System, ich kann den Zwang eines solchen mir in allen seinen Äußerungen feindlichen Systems nicht über mir dulden.“³⁵ So erklärt sich, daß wir in dieser Zeit auch Formulierungen voller blindwütigen Haß, bloße Verdikte statt sachliche Kritik finden. Sein Zorn auf die offiziellen Instanzen der Sozialdemokratie wuchs um so mehr, als seine Versuche, durch publizistische Arbeiten, z. B. für die „Neue Zeit“, zum Lebensunterhalt seiner Familie beizutragen, blockiert wurden und ihm die Bremer Parteiinstanzen trotz seiner völligen Mittellosigkeit nach der Zahlung der Lazarettkosten die Wiederherstellung seines Gehaltsverhältnisses an der „Bremer Bürgerzeitung“ verweigerten.

32 Ebenda, Bl. 53f.

33 Siehe ebenda, Bl. 54, 59, 79, 86.

34 Siehe ebenda, Bl. 97.

35 Ebenda, Bl. 84f.

Im Juni 1915 fluchte er: „Was sind doch die Preußen für anständige Leute gegen diese Schweinehunde! Man sollte zu den Preußen gehen, um wenigstens mit anständigen Leuten verkehren zu können. Das ist doch den Rotz nicht wert, den man auf solchen Scheißhaufen spucken möchte. [...] Aber was soll man gegen das Parteigeziefel machen; es ist ja tausendmal gemeiner und untillgbarer als alle russischen Läuse zusammen.“³⁶ Natürlich mußten diese persönlichen Erfahrungen und Kränkungen die Art und Weise beeinflussen, in der sich Knief in den Folgejahren mit den Parteiproblemen auseinandersetzte. Seine Kommentare über die „in Grund und Boden gestampfte“ Mehrheit der Parteipresse und den „schauerlichen Tiefstand der N[eu]en Z[eit]“³⁷, über die vom „Geist des 4. August“ geprägten, z. T. annekcionistaischen Auslassungen von Wolfgang Heine und Konrad Haenisch³⁸ sind voller sarkastischem Hohn und Spott. „Ich hacke Holz und spalte mit jedem Schlag den Scheidemännern den Schädel,“ schrieb Knief aus dem Dorf Wedehorn, „ich miste aus und habe auf jeder Gabel einen Haufen Parteidreck.“³⁹ In seinem Haß auf die sozialdemokratische Organisationsbürokratie in Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften ging er schließlich so weit, diese und die staatliche Bürokratie gleichzusetzen, ja, er erklärte gar: „Und darum ist der schlimmste Feind der Arbeiterschaft nicht der kapitalistische Staat, sondern ihre reaktionären Organisationen. Hier ist der Kampf der nächsten Zukunft zu führen [...]. Mit diesem Bollwerk des kapitalistischen Staates fallen die Bastionen und Türme wie von selbst.“⁴⁰ Während Wladimir I. Lenin unter Zerstörung der alten Partei das Aufgeben der fiktiven Einheit der alten sozialdemokratischen Parteien und die Herausbildung eigenständiger Parteien der unterschiedenen Linken verstand,⁴¹ meinte Knief in dieser Zeit, man müsse nur die überkommenen Organisationen zerstören, dann werde der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft in greifbare Nähe rücken. Die Forderung nach einer linksradikalen Partei erhob er zunächst nicht. Zeitweilig setzte er Erwartungen in anarcho-syndikalistische Methoden. Das Zertrümmern der alten Organisationen werde „wahrscheinlich mit starkem anarchistisch-syndikalistischen Einschlag geschehen,“⁴² schrieb er. „Wir haben in Deutschland zu große Angst vor diesen Dingen gehabt.“⁴³

Verzweiflung über die Lage, Ungewißheit über die Perspektiven der Arbeiterbewegung und die relative Isolierung vom alltäglichen Geschehen in der allmählich sich formierenden Antikriegsbewegung erschütterten seinen historischen Optimismus und verwirrten sein Denken. Zeitweilig verlor er jedes Vertrauen in die Massen, auf die er eben noch euphorisch gesetzt hatte. Er beklagte sich bitter über ihre „revolutionäre Unreife“. Nachdem ein Entrüstungssturm gegen die Burgfrie-

36 Ebenda, Bl. 73f.

37 Ebenda, Bl. 108.

38 Siehe SAPMO-BArch, NY 4020/12, Bl. 32, 56f.

39 Ebenda, Bl. 30.

40 Ebenda, Bl. 64.

41 Siehe Wladimir I. Lenin, Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S.235, 245, 248.

42 SAPMO-BArch, NY 4020/12, Bl. 39.

43 Ebenda, Bl. 62.

denspolitik nach dem 4. August 1914 ausgeblieben war und Liebknechts Signal vom 2. Dezember zunächst nur ein bescheidenes Echo hatte, wurde Kniefs Denken für kurze Zeit von Zorn und Pessimismus geprägt. Immer häufiger ist vom Versagen der Massen die Rede. Zweifel an der revolutionären Perspektive, die er anfangs als elementare Alternative zum imperialistischen Krieg gesehen hatte, bestimmen viele seiner Äußerungen: „Was wird nun werden? Wissen wir's? Wird die Masse wirklich mittun? Wird der Krieg wirklich die große Umwälzung bringen? Wird ein katastrophales Jahr die Arbeit von 40 Agitationsjahren vernichten? Werden die Massen wirklich einen neuen Menschen anziehen? Es läßt sich noch wenig darüber sagen.“ Oder: „Daß wir eine große Umwälzung vornehmen könnten, daran glaube ich nicht.“⁴⁴ Immerhin werde der Krieg Massenaktionen in Gang setzen, diese aber würden bestenfalls zu „Umwälzungen“ führen, die „nur bürgerlich-revolutionären, nicht aber sozialistischen Charakter tragen.“⁴⁵ Dies war aus Enttäuschung formuliert, nicht als Einsicht in Realitäten und daraus zu folgernde Konsequenzen für die Strategie und Taktik der Linken. Aus Pessimismus, Enttäuschung und Ungeduld sprach die schmerzhaft Einsicht in die Schwäche der Linken. Anfang Januar 1915 hatte Knief geschrieben: „Ja du lieber Gott, wer sind denn wir – und wer sind die andern? Wir sind zunächst ein winzig kleines Häuflein; eine Minorität, wie sie geringer kaum gedacht werden kann.“⁴⁶ Aber er hatte „zunächst“ geschrieben. Je mehr er genas, desto mehr wuchs seine Entschlossenheit, dieser Minorität Einfluß zu verschaffen.

Knief wurde sich 1915 darüber klar, daß die Einheit der Sozialdemokratie durch die Burgfriedenspolitik ihrer Führungsmehrheit faktisch aufgehoben war. Burgfriedenspolitik und Kampf gegen den imperialistischen Krieg schlossen sich als Antagonismen gegenseitig aus. Mit Zustimmung reagierte er auf die Anstrengungen der Gruppe „Internationale“, Aufklärung über den Krieg, seine Nutznießer und Befürworter zu verbreiten. Die erste Nummer der Zeitschrift „Die Internationale“ „habe ich mit Wonne verschlungen“, schrieb er an Rudolf Franz. „Es war Erfrischung und Stärkung und wird, so hoffe ich, bei allen, die das Heft lasen, dieselbe Wirkung tun.“⁴⁷ Besonders Clara Zetkins „Aufruf zur Tat“ und Rosa Luxemburgs Auseinandersetzung mit Kautsky kommentierte er mit großem Einverständnis.⁴⁸ Im Juni 1915 unterzeichnete Knief das von Karl Liebknecht entworfene, an die Führungsgremien der SPD gerichtete Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten gegen die Burgfriedenspolitik.⁴⁹ Gemeinsam mit Paul Frölich besuchte Knief im August 1915 die Linksradikalen in Hamburg. Er gewann im Laufe der Zeit wesentlichen Einfluß auf deren Entwicklung, so daß es ab 1917 zu einem gewissen organisatorischen Zusammengehen der Bremer und Hamburger

44 SAPMO-BArch, NY 4020/11, Bl. 103, 106.

45 Ebenda, Bl. 107.

46 SAPMO-BArch, NY 4020/12, Bl. 6.

47 Ebenda, Bl. 61.

48 Siehe ebenda, Bl. 61-63.

49 Siehe Dokumente und Materialien, II/1, S. 169-173, 176.

Linken kommen sollte.⁵⁰ Kontakte pflegte Knief auch zu Julian Borchardts Gruppe „Internationale Sozialisten Deutschlands“, die sich um die Zeitschrift „Lichtstrahlen“ gebildet hatte. Zwischen August 1915 und März 1916 schrieb Knief unter dem Pseudonym Alfred Nußbaum vier Artikel für das Blatt.⁵¹

Endgültig genesen, konnte Knief im Oktober 1915, seine ursprünglich erwogene „Parteiämterflucht“ verwerfend, wieder in die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ zurückkehren und aktiv in das Geschehen im Bremer Parteiverein eingreifen. Unter seinem Einfluß entwickelte sich der Diskussionszirkel oppositioneller Bremer Sozialdemokraten, dessen Entstehung, Tätigkeit und Wirkung der Jugendgenosse Kniefs, Wilhelm Eildermann, in Tagebüchern und Briefen dokumentiert hat,⁵² zu einer gewissen organisatorischen Vereinigung der Linksradikalen. Die Radikalen um Alfred Henke, der es ablehnte, gleich Liebknecht im Reichstag offen gegen die Kriegskredite zu stimmen, blieben diesem Kreis fortan fern. Zugleich erweiterte der Zirkel die Palette seiner Aktivitäten über die Debatten hinaus auf das Feld illegal vorbereiteter Antikriegsaktionen. Dabei ließen sich die Bremer Linken von Aktionen der Gruppe „Internationale“ inspirieren, z. B. von der durch Wilhelm Pieck organisierten Frauendemonstration vor dem Reichstagsgebäude am 28. Mai 1915.⁵³ Kniefs nervöse Ungeduld wich mehr und mehr realistischem Herangehen an die Entwicklung von Massenaktionen. Märtyrertum sei unsinnig, erklärte er, notwendig sei eine durch Aufklärung vorbereitete, durchdachte und sich steigernde Aktion.⁵⁴ Zunehmend trugen die Linken ihre Standpunkte auch in die Veranstaltungen der Bremer Parteiorganisation hinein und setzten von ihnen eingebrachte Resolutionen durch. Der sichtbarste Ausdruck für Kniefs neuerliches direktes Wirken in Bremen aber war, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ im Spätherbst 1915 (natürlich unter den Bedingungen der Zensur) wieder zu einer bedeutenden Publikationsmöglichkeit für linke Autoren wurde. Es erschienen Berichte über Liebknechts Aktivitäten und ihr internationales Echo sowie Informationen über die russische Arbeiterbewegung, die sich auf Material der von Lenin in der Schweiz geleiteten Redaktion des „Sozialdemokrat“ stützten.⁵⁵ Knief sorgte für die Veröffentlichung mehrerer Leitartikel, in denen die Linksradikalen zu grundsätzlichen Problemen der Arbeiterbewegung Stellung nahmen. Der wohl bedeutendste von ihnen, „Sozialimperialismus und Linksradikalismus“⁵⁶, wohl von Radek verfaßt und von Knief redigiert, charakterisierte den Linksradikalismus als jene Strömung in der deutschen Sozialdemokratie, die bereits vor dem Kriege versucht habe, aus den „seit dem Beginn der imperialistischen Periode eingetretenen sozialen und politischen Änderungen“ Schlußfolgerungen für Weg, Ziel und Kampfmittel der revolutionären Arbeiterbewegung zu ziehen. Dieser Aufgabe hätten die Schriften von Rosa

50 Siehe Engel, Entwicklung, S.218-220.

51 Siehe ebenda, S.221-223.

52 Siehe Eildermann, Jugend.

53 Siehe ebenda, S.289, 291.

54 Siehe ebenda, S. 292.

55 Siehe Engel, Entwicklung, S.246.

56 Bremer Bürger-Zeitung, 13.12.1915.

Luxemburg, Clara Zetkin, Anton Pannekoek und anderen gedient. Da die Beurteilung der Strömungen an ihrem Imperialismusbegriff und dessen Implikationen orientiert war, zog der Leitartikel nicht nur einen endgültigen Trennungsstrich gegenüber der Parteilinken, sondern in Verbindung mit der Kritik der Imperialismusauffassung Kautskys auch gegenüber dem sogenannten Parteizentrum. Die theoretische Grundlage für das künftige Verhalten der Bremer Linken in der Debatte des Komplexes Einheit der Partei – Spaltung der Partei – Gründung einer selbständigen Partei der Linken war formuliert.

Ähnlich deutlich äußerte sich Knief im übrigen auch in bezug auf die Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung, zu der er sich in sieben Artikeln in der „Bremer Bürgerzeitung“ und in den „Lichtstrahlen“ äußerte und die in der Broschüre „Zur Jugendfrage“ von Alfred Nußbaum verbreitet wurden. Es ist hier nicht möglich, auf diese für Kniefs Biographie charakteristische und wesentliche Facette einzugehen. Gerd Hohendorf hat Kniefs Schrift 1984 mit Einleitung und Erläuterungen neu zugänglich gemacht.⁵⁷

Knief vertrat seine Standpunkte während der illegalen Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ am 1. Januar 1916 in Berlin. Er teilte die in Rosa Luxemburgs Leitsätzen „Die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ dargelegte politisch-ideologische Konzeption, von der sich fortan alle linken Gruppen in Deutschland leiten ließen. Aber er bemängelte, daß die Leitsätze nicht mit der gleichen Konsequenz wie gegenüber den Rechtssozialdemokraten auch das sogenannte Parteizentrum verurteilten, das nicht bereit war, mit der Konsequenz Liebknechts gegen die Burgfriedenspolitik aufzutreten. Er forderte den Bruch mit den Rechtsopportunisten und mit jenem Flügel der sozialdemokratischen Antikriegsopposition, der von der Überzeugung ausging, man könne im Laufe der Zeit die gesamte sozialdemokratische Partei wieder auf ihre revolutionären, marxistischen Wurzeln zurückführen. Diese Haltung Kniefs führte an die Forderung nach einer eigenen Partei der Linken heran, aber es war noch nicht die Forderung selbst.

In Bremen, wo die Verfechter des Burgfriedens Anfang Januar 1916 begonnen hatten, mit der „Bremischen Correspondenz“ ein eigenes Blatt gegen die „Bremer Bürgerzeitung“ herauszugeben, gingen die Linken mit ihrem Wortführer Knief dazu über, gestützt auf die ihnen folgende Mehrheit der Mitglieder in den Parteidistrikten, die rechtssozialdemokratischen Funktionsträger sukzessive aus der Parteiorganisation zu verdrängen. Im Mai 1916 schrieb Knief in der „Bremer Bürgerzeitung“: „Es ist Tatsache, daß die Parteeinheit nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Spaltung wird und muß kommen. [...] Die Organisation der sozialdemokratischen Partei umfaßt heute schon gegnerische Parteien, und das Band ist nur deshalb nicht gesprengt, weil der innere Kampf noch nicht entschieden ist. Und dieser Kampf geht um die Köpfe der Parteigenossenschaft und ihre Machtmittel: den Organisationsapparat und die Presse.“⁵⁸ Knief verstand in dieser Situation unter

57 Siehe Gerd Hohendorf: Johann Knief. Zur Jugendfrage, in: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte, Bd. 24, 1984, S.120-151.

58 Bremer Bürger-Zeitung, 15.5.1916.

dem Bruch mit dem Opportunismus nach wie vor die Eroberung der Partei von innen. Er nahm im Sommer 1916 im Grunde die gleiche Haltung ein wie die Spartakusgruppe, betonte allerdings die Unvermeidbarkeit und Notwendigkeit der Spaltung wesentlich stärker. Knief hob beide Aspekte hervor. Einerseits erklärte er, die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ – unter diesem Namen traten die Bremer Linken zeitweilig gemeinsam mit der Gruppe um Julian Borchardt auf – und die Gruppe „Internationale“ seien nicht identisch. Beide stünden zwar im Gegensatz zur inzwischen gebildeten „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, aber Spartakus habe sich erst später von der zentristischen Opposition gelöst. Andererseits unterstrich Knief als eine der wesentlichen Gemeinsamkeiten beider Gruppen, daß sie „im Rahmen der gegebenen Organisationen“ arbeiten, „solange es ihnen nicht durch die Tyrannei der Parteibürokratie unmöglich gemacht wird. [...] Wie weit die beiden Gruppen noch einmal zu selbständigem organisatorischen Dasein gedeihen werden, hängt gewiß ganz von der Entwicklung der Parteiverhältnisse ab.“⁵⁹

Unterdessen verstärkte sich die Zusammenarbeit beider Gruppen in dem Bestreben, die auf den Übergang zu größeren Massenaktionen gegen den Krieg gerichteten Beschlüsse der Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom März 1916 gemeinsam zu verwirklichen. Ernst Meyer kam nach Bremen und führte mit Knief darüber Gespräche. Alle Aktionen der Arbeiter in Bremen folgten Losungen der Spartakusgruppe und waren mit der Verbreitung ihrer Flugblätter und -schriften vorbereitet. Das gilt für den 1. Mai 1916, die Aktionen für die Befreiung Karl Liebknechts, die Frauenproteste gegen die Lebensmittelnot und nicht zuletzt für den ersten Streik auf der Weser-Werft seit Kriegsbeginn.⁶⁰ Der deutlich wachsende Einfluß der Linken veranlaßte nicht nur die Staats- und Militärbehörden zu schärferen Unterdrückungs- und Zensurmaßnahmen, sondern auch die Parteiinstanzen zu Schritten, mit denen der Einfluß der Linken gebrochen werden sollte. Der zur „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ gehörende Chefredakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, Alfred Henke, sagte den Linken den Kampf an und nahm ihnen im Einvernehmen mit dem Berliner Parteivorstand die Möglichkeit, das Blatt als Mittel der Aufklärung zu nutzen.

Herausgeber der Wochenschrift „Arbeiterpolitik“

Knief antwortete am 24. Juni 1916 mit der erstmaligen Herausgabe eines eigenen Organs der Linken, der „Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“.⁶¹ Damit entstand das einzige legale Periodikum der deutschen Linken während des ersten Weltkrieges, nie verboten, weil es die Behörden aus Gründen der Überwachung der Linken für nützlich hielten.⁶² Mit diesem Blatt hatten die Bremer Linken und vor allem Knief als sein Redakteur nunmehr die Möglichkeit, ihre

59 Bremer Bürger-Zeitung, 16.6.1916.

60 Siehe Engel, Johann Knief, S.26f.

61 Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, unveränderter Neudruck mit einer Einleitung von Gerhard Engel, Leipzig 1975.

62 Siehe Kurt Koszyk: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S.75, 228.

Auffassungen – allerdings unter Berücksichtigung der Zensurbestimmungen – öffentlich zu verbreiten und, je mehr das Blatt in Nordwestdeutschland, in anderen Hochburgen der deutschen Linken, bei Soldaten und Matrosen sowie im Ausland bekannt wurde, weithin zu propagieren. Zentrales politisches Thema der Wochenschrift war 1916 der von den Bremer Linken für notwendig erachtete organisatorische Bruch mit der Partei des 4. August. Unablässig appellierte die „Arbeiterpolitik“ an die Spartakusgruppe, dieses Thema gleichfalls offen zu erörtern, um den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung von der unausweichlichen Notwendigkeit zu überzeugen, sich von der alten Partei zu trennen. Dieses Drängen zeigt die Gruppe um Knief als die früheste Vorreiterin der späteren Gründung der KPD. Sie nahm damit die Intentionen Lenins auf, der seit dem Zusammenbruch der II. Internationale den vollständigen Bruch mit dem Opportunismus forderte.⁶³ Die meisten Grundsatzartikel zum Thema sandte Karl Radek aus Lenins Schweizer Asyl nach Bremen, wo sie Knief und Eilder mann redigierten und als ihren Standpunkt druckten. Ihre Argumentationen über den Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung waren weitgehend an Lenins Schriften „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ und „Sozialismus und Krieg“ angelehnt. Scharfe Kritik übte die „Arbeiterpolitik“ am Beharren der SAG auf einer rein parlamentarischen Taktik. Eine sozialistische Parlamentsfraktion müsse die ihr gebotene Tribüne für die Aufklärung über ihre perspektivischen Ziele nutzen und zugleich für Arbeiterinteressen kämpfen, die auch durch Reformen befriedigt werden können. Dazu aber müsse sich die Fraktion auf die außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiter stützen: „Der Kampf der Fraktion im Parlament und die Willenskundgebungen der Arbeiter müssen sich so gegenseitig stützen und fördern.“⁶⁴ Während sich in dieser Position eine Absage an sektiererischen Antiparlamentarismus zeigte, druckte die „Arbeiterpolitik“ aber auch von Lenin heftig kritisierte Auffassungen Radeks und Nikolai I. Bucharins, die Teilschritte im Kampf gegen den Imperialismus geringschätzten, ausschließlich auf das sofortige Erreichen des Sozialismus orientierten und dabei die notwendige Klarheit über die Einheit von Demokratie und Sozialismus behinderten.⁶⁵

Als Konsequenz aller Auseinandersetzungen mit dem Opportunismus in Theorie und Praxis erwog die „Arbeiterpolitik“ im August 1916 erstmalig eindeutig die „Möglichkeit und Notwendigkeit der Aufrichtung eines eigenen Hauses für den proletarischen Sozialismus, der Schaffung einer sozialistischen Partei, die die Politik des Linksradikalismus führen wird.“⁶⁶ Knief intensivierte seine Bemühungen, die verschiedenen linken Gruppen zusammenzuführen und ihnen eine provisorische Leitung zu geben. Als den Kern eines solchen Zusammenschlusses sah er uneingeschränkt die Spartakusgruppe.⁶⁷ Aber auch zu dieser Zeit gab es keine Forderung Kniefs nach einer Parteigründung der Linken. Er orientierte nach wie vor

63 Siehe Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S.126f; Bd. 35, Berlin 1962, S.181f.

64 Arbeiterpolitik, 12.8.1916.

65 Siehe Engel, Johann Knief, S.37-39.

66 Arbeiterpolitik, 26.8.1916.

67 Siehe Arbeiterpolitik, 26.8.1916.

wie die Spartakusgruppe auch auf ein Verbleiben in der SPD, auf die Gewinnung ihrer Mitglieder für die Auffassungen und Aktionen der Linken. In Bremen sollte dies sehr bald gelingen. Die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation sperrte dem Parteivorstand am 1. Dezember 1916 die Parteibeiträge. Wenige Tage danach schloß der Parteivorstand den gesamten Sozialdemokratischen Verein Bremen aus der SPD aus. Die Minderheit bildete einen neuen Ortsverein. Unter Ausnutzung seiner finanzielle Anteile am Bremer Parteizeitungsunternehmen bemächtigte sich der Parteivorstand der „Bremer Bürgerzeitung“. Chefredakteur Henke wurde ausgewechselt, blieb aber Mitglied der Redaktion; Redakteur Knief wurde am 6. Dezember 1916 entlassen.⁶⁸ Die organisatorische Trennung zwischen Rechtsopportunisten und Parteioptionen war damit in Bremen vollzogen. Der Sozialdemokratische Verein Bremen gehörte nicht mehr zur SPD. Die Linksradikalen verfügten in der ausgeschlossenen Organisation über die Mehrheit. Sie stellten den Vorsitzenden. Bei der Wahl eines Delegierten für die von der SAG für den 7. Januar 1917 nach Berlin einberufene Reichskonferenz der Parteioptionen gewann Knief das Mandat mit 250 gegen 181 Stimmen für Henke.⁶⁹ Unzufrieden mit den Ergebnissen dieser Konferenz forderte Knief nach dem am 16. Januar 1917 verfügten Ausschluß der SAG und ihrer Anhänger aus der SPD die Linken dazu auf, „jetzt, trotz aller äußeren Ungunst der Verhältnisse, die Konstituierung der eigenen Partei in die Hand zu nehmen.“⁷⁰ Nun verwarf er den Gedanken, mit der Bildung der Partei zu warten, bis sich die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter zu den Auffassungen der Linken bekannt hätte. Knief veröffentlichte eine Resolution „zur Verständigung der Linksradikalen untereinander“, die im wesentlichen drei Thesen enthielt: 1. Die durch die Politik des 4. August herbeigeführte Spaltung der Sozialdemokratie ist irreversibel. 2. Die Anerkennung dieser endgültigen Spaltung bedeutet die Notwendigkeit, die „oppositionellen Organisationen und Gruppen zu einer neuen, proletarischen Partei“ zusammenzufassen. 3. Der Bildung der Partei soll eine gründliche Vorbereitung vorausgehen. Wenn eine Einigkeit unter den oppositionellen Gruppen über die „Fragen, die mit der Lage der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus“ zusammenhängen, erzielt worden ist, soll eine Konferenz der linken Opposition die neue „Internationale Sozialistische Partei Deutschlands“ konstituieren.⁷¹ Die Federführung sah Knief bei der Spartakusgruppe. Ihre Aufgabe werde es sein, „die Vorarbeiten zur Zusammenfassung aller linksradikalen Elemente zu einer Vorbesprechung zu übernehmen. Damit würde auch der Bildung einer neuen Partei der Linksradikalen am besten vorgearbeitet werden [...]“.⁷²

Am 16. Februar 1917 traf sich Knief in der Berliner Wohnung von Käthe und Hermann Duncker mit Leo Jogiches, um die Spartakusführung für seine Parteipläne zu gewinnen. Käthe Duncker berichtete: „Erregte Debatte, ob man nur zwei oder

68 Siehe Dokumente und Materialien, II/1, S.511-517.

69 Siehe Vorwärts, 13.1.1917.

70 Arbeiterpolitik, 10.2.1917.

71 Arbeiterpolitik, 24.2.1917.

72 Ebenda.

gleich drei Teile macht, wenn einmal geteilt werden muß. Frankfurt und Bremen sind für die Dreizahl, Berlin und Leipzig für die Zweizahl.⁷³ Knief sah sich in seiner Position bestärkt, als die Februarrevolution in Rußland als Initialzündung für gesteigerte Antikriegsaktionen nicht nur in Bremen wirkte.

Er sah einen unmittelbaren Zusammenhang „der gesamten zukünftigen Revolution in Rußland“ mit dem „selbständigen Auftreten der Bolschewiki“⁷⁴. Nun werde es auch ein internationales Gebot der Stunde, in Deutschland eine linksradikale Partei zu gründen. Mit der Knief stets eigenen Rigorosität erklärte er, die Mitgliedschaft von Linken in einer Partei des Zentrums sei „Selbstmord“ der Linksradikalen in Deutschland und „Verrat“ nach außen. Deshalb würden die Bremer Linken „der Zentrumspartei in keiner, auch nicht der losesten Form beitreten, die ihr beitretenden Linksradikalen aber bekämpfen.“⁷⁵ Und so geschah es auf der Vorkonferenz der Linken und auf dem Gründungsparteitag der USPD in Gotha im April 1917. Knief und die Seinen gingen auf Distanz zu Spartakus.

Für Monate herrschte eine gewisse Konfusion über das „Wie weiter?“ Die Forderung nach einer selbständigen Partei der Linken trat in den Hintergrund. In der „Arbeiterpolitik“ entwickelten sich widersprüchliche Auffassungen zur künftigen Organisation der Arbeiterbewegung. Einerseits wurde die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ zurückgewiesen und verlangt, daß die Linken „in den Gewerkschaften der vorwärtstreibende Teil“ sein müßten,⁷⁶ andererseits erschienen Forderungen nach Beseitigung der alten Gewerkschaftsorganisationen. Von Knief unwidersprochen druckte die „Arbeiterpolitik“ im April 1917 eine Resolution der Hamburger Linksradikalen, in der es hieß, „daß es in Zukunft keine in Partei und Gewerkschaften getrennte zweiseitige Arbeiterbewegung geben darf. Sie [die Hamburger Linken] vertreten mit Nachdruck den Gedanken der Einheitsorganisation und werden gerade in diesem Sinne wirken.“⁷⁷

Kurz darauf verlor Knief seinen beherrschenden Einfluß auf die „Arbeiterpolitik“.

Illegalität in München

Drohende Verhaftung, die Möglichkeit der Wiedereinberufung zum Militär oder Flucht aus seiner zerrütteten Ehe, aber wahrscheinlicher die Summe dieser Motive veranlaßten Knief, mit seiner Lebensgefährtin Charlotte Kornfeld Bremen zu verlassen und in die Illegalität zu gehen. Über Berlin, Düsseldorf, Aachen, Hamborn, Duisburg, Dortmund und Krefeld führte ihr Weg nach Bayern, wo Knief unter den Decknamen Franz Müller und Dr. Brandt mit Unterstützung Erich Mühsams bei dem Bildhauer Ludwig Engler Unterschlupf fand. Über die Adresse des Berliner Anwalts von Charlotte Kornfeld hielt er weiter den Kontakt nach Bremen und zu vielen anderen Gesinnungsgenossen. Für die „Arbeiterpolitik“ schrieb er weiter

73 Zit. nach: Engel, Johann Knief, S.54.

74 Arbeiterpolitik, 14.4.1917.

75 Arbeiterpolitik, 31.3.1917.

76 Siehe Arbeiterpolitik, 10.3.1917, 24.3.1917.

77 Arbeiterpolitik, 21.4.1917.

unter dem Pseudonym Peter Unruh.⁷⁸ Für seine mentale Situation in dieser Zeit ist ein Brief vom 10. Juni 1917 an seine Bremer Genossen charakteristisch, in dem er seinen Weggang aus Bremen rechtfertigt und zugleich seine Enttäuschung über die „Schmach von Gotha“ und das Ausbleiben eines revolutionären Aufbegehrens gegen den Krieg und zur Unterstützung der russischen Revolution geradezu herauschreit: „Die deutsche Arbeiterklasse vor allen hatte die Pflicht, die russische Revolution über den Westen weiterzuleiten. Sie ist es, die durch ihren Kriegseifer täglich und stündlich den schnödesten Verrat an den russischen Revolutionären übt [...]. Die deutsche Arbeiterklasse hat bewiesen, daß sie in keiner Hinsicht den Aufgaben der Zeit gewachsen ist; ohne jede Spur revolutionärer Energie, ist sie zum willfähigen Werkzeug der niederträchtigsten Reaktion geworden. Sie ist es, die die Kerkerluft, in der alles Leben in Deutschland erstickt, zur Unerträglichkeit vermufft hat. An ihrer Untätigkeit scheitern alle Versuche der besten unter den deutschen Sozialisten zur Weckung des proletarischen Klassenbewußtseins.“⁷⁹ Hier ist sie wieder, jene Übersensibilisierung, die eben noch geäußerten Kampfesmut in tiefen Pessimismus mit ungerechtem Urteil umschlagen läßt und nahe an einen erneuten Nervenzusammenbruch heranführt. Der Brief verrät aber auch Wesentliches über Kniefs Parteivorstellungen. Er habe mit Entsetzen feststellen müssen, daß sich der Kampf um die neue Richtung in Bremen auf die Formel „Hie Henke – Hie Knief“ zugespitzt hatte. Es bedeute „den Ruin der linksradikalen Bewegung, wenn sie von vornherein auf das Dasein einzelner Personen eingestellt ist. Dies ist es ja gerade, was wir an der Gruppe „Internationale“ immer wieder bekämpfen, die eine reine Führerbewegung nach altem Muster darstellt [...]. Ihr müßt euch selbst durchhauen [...]. Erst wenn ihr selbst euch helfen könnt, ist eure Bewegung gesund und wirklich revolutionär [...], wir werden euch theoretisch und taktisch helfen [...]. Aber eure Führer müßt ihr selbst sein und wir werden von euch lernen, wie ihr von uns lernen könnt.“⁸⁰

Erst die russische Oktoberrevolution ließ ihn neuen Mut schöpfen. Er begrüßte den Sieg der Bolschewiki enthusiastisch. Von München aus verbreitete er eine „Korrespondenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands“ unter dem Titel „Die Rote Fahne“, in der unter der Überschrift „Was die russische Revolution von den deutschen Arbeitern fordert. Von Karl Liebknecht redivivus“ zur Revolution in Deutschland aufgerufen wurde. Mehrere Artikel in der „Arbeiterpolitik“ im Dezember 1917 und Januar 1918 widmete er der Würdigung der russischen Revolution und ihren Konsequenzen für die deutsche Arbeiterbewegung.⁸¹ In dem Aufsatz „Eine dringende Notwendigkeit“⁸² nahm Knief seine Forderung nach Gründung einer selbständigen Partei der Linken wieder auf und appellierte an

78 Über die Zeit der Illegalität Johann Kniefs siehe Engel, *Entwicklung*, S.349-378; *Schwarzwälder*, Johann Knief, S.186f.

79 SAPMO BArch, NY 4004/1, Bl. 4.

80 Ebenda, Bl. 3.

81 Siehe Engel, *Johann Knief*, S.68-70.

82 Siehe *Arbeiterpolitik*, 15.12.1917, Nachdruck in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S.43-47, hier S.47.

„unsere Freunde aus der Gruppe ‚Internationale‘“, sich unverzüglich von der USPD zu lösen und eine eigene Partei zu bilden.

Doch persönliche Teilnahme an der Vorbereitung der Revolution und der Herausbildung einer linksradikalen Partei blieb Knief versagt. Am 30. Januar 1918 wurde er in München verhaftet, um ihn „wegen seiner die Sicherheit des Reiches gefährdenden linksradikalen journalistischen Betätigung unschädlich zu machen.“⁸³ Die bayerischen Behörden überstellten ihn nach Berlin, wo er als Schutzhäftling in der Berliner Stadtvogtei bzw. in einer Nervenklinik im Berliner Westend weitgehend von den Kämpfen und Entwicklungen der Arbeiterbewegung isoliert war. Er korrespondierte mit Charlotte Kornfeld, die im Frauengefängnis Barnimstraße gefangengehalten wurde und 1920 Kniefs Briefe aus dem Gefängnis drucken ließ, er las Marx, Goethe, Schiller, Zola, Gorki, Strindberg, Cervantes, Euripides und begann Studien über Ferdinand Lassalle und Karl Marx sowie über die Geschichte der Sozialdemokratie. Erst der 9. November 1918 brachte ihm und seiner Gefährtin die Freiheit zurück.

Novemberrevolution

Am 18. November 1918 traf Knief wieder in Bremen ein. Dort hatte die Revolution, geleitet durch einen Arbeiter- und Soldatenrat, der unter Vorsitz Alfred Henkes mehrheitlich aus Mitgliedern der USPD und Linksradikalen bestand, bereits beträchtliche Erfolge erzielt. Knief, von den Arbeitern begeistert begrüßt, sprach noch am gleichen Abend in einer überfüllten Volksversammlung. Es kann hier nicht der Verlauf der Revolution in Bremen nachgezeichnet werden, nicht einmal die extrem kräftezehrenden Aktivitäten Kniefs in den folgenden Wochen. Knief trat als Volkstribun auf, der die Arbeiter Bremens zunehmend für seine entschiedenen Forderungen gewann, die einzig und allein darauf hinausliefen, so schnell und so radikal wie möglich die erreichten demokratischen Fortschritte durch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu garantieren. Verhinderung der Wahlen zu einer Nationalversammlung, Ausweitung der Rätemacht, Bewaffnung der Arbeiter, Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften, Weitertragen der Revolution nach Westen, das waren die Hauptthemen seiner zahlreichen Reden.⁸⁴ Unter dem Eindruck der in Bremen vorwärtsstürmenden revolutionären Bewegung und um dieser den Weg für den Übergang zur proletarischen Revolution zu weisen, schrieb Knief Ende November/Anfang Dezember 1918 als Peter Unruh die Broschüre „Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution“. Sie wurde in 100.000 Exemplaren im ganzen Reich verbreitet. Die bisherigen Ergebnisse der Revolution schätzte er als gering ein. Mit der Etablierung einer bürgerlich-demokratischen Republik seien sie jederzeit widerrufbar. Der Reformteil des Erfurter Programms lasse sich nicht auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verwirklichen. Sein Fazit: Reinigung der Arbeiterräte von allen opportunistischen Elementen und Vorantreiben der

83 BArch, R 3003, J 205, 18, Bl. 24.

84 Siehe Engel, *Entwicklung*, S.394-416; Kuckuk, *Bremen in der deutschen Revolution*, S.89-111.

Massenbewegung bis zur sozialistischen Revolution. Ein Arbeiterrat, der sich auf alle Schichten des Proletariats stütze, könne nicht aktionsfähig sein.⁸⁵ Knief hielt es für möglich, die sozialistische Revolution durch eine besonders kampfbereite und geschulte Minderheit der Arbeiterklasse zu erzwingen. Er orientierte auf die Einengung der Basis der Rätebewegung, eine eindeutig sektiererische Position. Wie viele Linke in den stürmischen November- und Dezembertagen des Jahres 1918 war auch Knief in jener „heroischen Illusion“ befangen, man könne einen dritten vor dem zweiten Schritt tun.

Die strategisch-taktischen Auffassungen Kniefs bestimmten weitgehend die Haltung aller linksradikalen Gruppen, die sich im Dezember 1918 als „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) vereinigten. Bereits am 23. November hatte die Mitgliederversammlung der Bremer Linken auf Vorschlag Kniefs beschlossen, sich fortan IKD, Gruppe Bremen, zu nennen.⁸⁶ Der Parteiname solle angesichts der Diskreditierung des Namens Sozialdemokratie und der Unzulänglichkeit des Begriffs Linksradikalismus ausdrücken, daß „wir uns wieder zurückfinden zu dem Meister des wissenschaftlichen Kommunismus“.⁸⁷ Knief wurde auch der Chefredakteur der Tageszeitung der IKD „Der Kommunist“. Ihre erste Nummer übertraf noch die Fehleinschätzung des Beginns der Novemberrevolution durch Knief als Militärputsch, indem festgestellt wurde, die Novemberbewegung sei lediglich eine Bewegung gegen *jeden* Krieg, gegen *jeden* Kampf und für *irgendeinen* Frieden gewesen, und wörtlich: „Und in diesem ihrem Wesen war sie somit von Anfang an konterrevolutionär.“⁸⁸ Die Bewegung sei vor allem deshalb konterrevolutionär gewesen, weil sie unter der Parole „Frieden“ und „Demokratie“ gestanden habe. Ein erklärbares, aber verhängnisvolles Mißtrauen gegenüber Demokratie und demokratischen Losungen gipfelte in dem Satz: „Wir aber wollen keine Demokratie. Der Diktatur des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und der Großfinanz [...] wollen wir die Diktatur [...] des industriellen Proletariats entgegenstellen.“

Von diesen Positionen war auch die Reichskonferenz der IKD vom 15.-17. Dezember 1918 in Berlin getragen. Nach einem Referat von Knief forderte die „Grundsätzliche Erklärung“ „die unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus“ als Nahziel. Die Diktatur des Proletariats, die sofort zu errichten sei, wurde als das Prinzip der Gewalt einer Minderheit der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie verstanden.⁸⁹

Nach Zögern auf beiden Seiten, dessen Ursachen hier nicht erörtert werden können, vereinigten sich der Spartakusbund und die IKD am 31. Dezember 1918 zur Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).⁹⁰ Johann Knief, seit Jahren

85 Siehe Peter Unruh: Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution, Berlin 1919, S.25.

86 Siehe Dokumente und Materialien, II/2, S.456-458.

87 Dokumente und Materialien, II/2, S.457.

88 Der Kommunist (Bremen), 30.11.1918.

89 Siehe Dokumente und Materialien, II/2, S.610.

90 Siehe Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, hrsg. u. eingeleitet von Hermann Weber, Berlin 1993.

Vorkämpfer für das Zustandekommen einer selbständigen Partei der deutschen Linken und so de facto einer der führenden Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), war nicht dabei. Nach dem ersten Reichsrätekongreß, der die Abhaltung von Wahlen zu einer Nationalversammlung beschlossen hatte, setzte sich Knief für die Beteiligung der Linken an diesen Wahlen ein. Sein ungestümes und kompromißloses Draufgängertum beim Weitertreiben der Revolution verschloß ihm nicht den Blick auf die Realitäten, auf die sich vermindern den Chancen, die Revolution in einem geradlinigen Aufgalopp voranzutreiben. Die übergroße Mehrheit der Bremer Kommunisten und nach ihnen auch die Reichskonferenz der IKD beschlossen, die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren. Knief dagegen empfahl die Teilnahme. Er sah in der Möglichkeit, eine Nationalversammlung einzuberufen, einen Beweis der Stärke der Konterrevolution und umgekehrt den Beweis dafür, daß „noch nicht genügende Garantien dafür“ gegeben seien, „daß die Arbeiterschaft für die letzte große Auseinandersetzung schon gerüstet ist.“ Und er fügte hinzu: „Je gründlicher die Arbeiterschaft für den großen schweren Kampf vorbereitet ist, und zwar materiell, intellektuell, organisatorisch und moralisch, desto günstiger sind ihre Aussichten auf den Sieg. Je überhasteter sie sich jedoch in Kämpfe verwickelt, desto günstiger sind die Aussichten für die Reaktion, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und ihre Schwäche auszunutzen [...].“ Es genüge nicht, Argumente des Gegners im Tumult zu ersticken, sie müßten widerlegt werden. Die Kommunisten hätten „bei allen Kundgebungen und Demonstrationen dafür zu sorgen, daß nur für ganz bestimmte Ziele demonstriert wird, die auch unmittelbar erreichbar sind. Sie haben jede Demonstration in die blaue Luft hinein zu verhindern.“⁹¹ Auf dem Gründungsparteitag der KPD hätte Knief mit Sicherheit in der Auseinandersetzung mit dem Sektierertum, die sich an der Debatte über die Teilnahme der Partei an den Wahlen besonders entzündete, an der Seite von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Paul Levi, Käte Duncker und Fritz Heckert gestanden, die jedoch dem Boykott-Antrag Otto Rühles unterlagen.⁹² Die IKD jedoch hatten ihre Parteitagsdelegierten mit sogenannten gebundenen Mandaten von vornherein auf die Ablehnung der Wahlbeteiligung festgelegt. Knief konnte folglich seine Wahl als Delegierter zum Gründungsparteitag der KPD nicht annehmen, er stand damit auch nicht für die Wahl in die Zentrale der KPD zur Verfügung.⁹³ Den Parteitag begrüßte er mit einem Artikel im „Kommunist“, in dem er die gleichen sozialen Wurzeln und politischen Ziele aller deutschen Linken betonte und hervorhob, daß „praktisch, in den revolutionären Aktionen, nie die geringste Differenz zwischen den beiden Gruppen hervorgetreten“ sei.⁹⁴

Anfang Januar 1919 erkrankte Knief schwer an einer Blinddarmentzündung. Vom Krankenbett riet er seinen Genossen angesichts der Berliner Januarkämpfe, nicht zu versuchen, in Bremen eine isolierte Machtübernahme durch das Proletariat

91 Der Kommunist (Bremen), 24.12.1918.

92 Siehe Die Gründung der KPD, S.135.

93 Siehe Engel, Entwicklung, S.431f.; Die Gründung der KPD, S.36, 41.

94 Der Kommunist (Bremen), 1.1.1919.

herbeizuführen.⁹⁵ Am 10. Januar 1919 wurde der Bettlägerige in den Rat der Volkskommissare der gerade ausgerufenen Bremer Räterepublik gewählt. Knief mußte sich einer wohl zu spät erfolgenden Operation unterziehen, von der er sich, durch Krieg, Illegalität, Haft und schonungslosen Einsatz in den Wochen der Revolution geschwächt, nicht mehr erholen sollte. Vor der Division Gerstenberg wurde Knief in Worpswede bei dem Maler Heinrich Vogeler in Sicherheit gebracht. Danach in Bremen noch mehrmals operiert, starb er am 6. April 1919. Die Trauerfeier wurde zu einer beeindruckenden Würdigung Kniefs durch die Bremer Arbeiter und Abordnungen aus vielen deutschen Städten.

Kniefs Lebenskreis schloß sich in einer Schlüsselsituation für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und ihren nunmehr zur Partei konstituierten linken, kommunistischen Flügel.

Welchen Platz er wohl in den Kämpfen der Folgezeit eingenommen hätte, ob er ein demokratischer Sozialist oder ein Parteikommunist stalinistischer Prägung geworden wäre, gehört in das Reich der müßigen Spekulationen. In seinem zu kurzen Leben waren durchaus widersprüchliche Entwürfe angelegt.

Knief lobte das Vorbild der Bolschewiki, aber er präferierte für die eigenständige Partei der deutschen Linken keineswegs die Leninsche Partei neuen Typus, sondern hatte eine weitgehend föderalistische Parteistruktur im Auge. Damit und mit seiner betonten Reserviertheit gegenüber einer herausgehobenen Rolle der Führer erteilte er dem Prinzip des sogenannten demokratischen Zentralismus eine Absage. Knief war bis ins letzte kompromißlos, egal, ob es sich um das Vertreten seiner Anschauungen handelte oder um ihre Korrektur, ob er optimistisch urteilte oder in Pessimismus verfiel. Knief war ein grüblerischer, mit dem Erreichten stets unzufriedener, sehr sensibler und deshalb auch von Stimmungen abhängiger, aber ständig suchender, also eigentlich ein ganz normaler Mensch, normal in seinen Widersprüchlichkeiten. Als er die Gebrechen und Ungerechtigkeiten der Kapitalgesellschaft gleichsam als körperliche und psychische Qual empfand, stellte er sein Leben bedingungslos und rigoros in den Dienst der Entrechteten. Er war ein unbestechlicher Antimperialist und Antimilitarist. Er blieb zeitlebens ein entschiedener demokratischer Schulreformer, ein hochgebildeter Lehrer, auch in der Art, wie er in der Arbeiterjugendbewegung und in der Bildungs- und Kulturarbeit der Sozialdemokratie agierte.

Es gibt keinen Grund, Knief mit einem Urteil zu feiern, das 1949 in einer Jubiläumsschrift der KPD zu lesen war: „Kniefs Stärke lag nicht nur darin, die jeweilige Lage glasklar zu erkennen, auch die sich daraus entwickelnden Konsequenzen und Aufgaben für das Proletariat entwickelte er mit meisterhafter Dialektik.“⁹⁶ Diese Knief überfordernde wie überschätzende Beurteilung fand anfänglich auch Eingang in die DDR-Historiographie über die Arbeiterbewegung. In

⁹⁵ Siehe Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S.339.

⁹⁶ 1919-1949. 30 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands. Hrsg. von der Landesleitung der KPD Bremen, o. o. J., S.10.

den späten fünfziger und in den sechziger Jahren, als die offizielle Parteigeschichtsschreibung die absolute Hegemonie der Spartakusgruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Antikriegs- und Arbeiterbewegung des ersten Weltkrieges und in der Vorgeschichte der KPD hervorhob, trugen die überlebenden Mitglieder der Spartakusgruppe und der Bremer Linken ihre vor allem auf die Arbeiterjugendbewegung im ersten Weltkrieg bezogenen Meinungsverschiedenheiten von damals mit großer Erbitterung zum zweiten Male aus. Es obsiegten jene, welche die Bremer Linksradikalen und Johann Knief nicht verleugneten, ihnen aber deutlich einen Platz hinter der Spartakusgruppe mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zuwiesen. Nach meiner Dissertation von 1966 gab es in der DDR-Geschichtswissenschaft keine weiteren Forschungen über Johann Knief und seine politische Gruppierung, über eine der interessantesten Gestalten jenes Prozesses, in dem sich die linke Strömung in der deutschen Sozialdemokratie formierte, mit außerordentlicher Aufopferung gegen den imperialistischen Krieg kämpfte und nach einer grundlegenden Alternative zu jener Gesellschaft suchte, die den Krieg hervorgebracht hatte.

Die Gründung der KPD war das Werk einer durchaus pluralistischen Kampfgemeinschaft von Linken. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck, Ernst Meyer, Paul Lange, August Thalheimer, Fritz Heckert, Hugo Eberlein, Paul Levi, Käthe und Hermann Duncker, Jacob Walcher, Paul Frölich – jeder Name steht für Eigenständigkeit, für individuelle Auffassungen über die Wege zum Ziel. Ihre politischen Entwicklungen und Schicksale beweisen dies eindringlich. Entkleidet man die Nachrufe von 1919 der euphorischen Übertreibungen, dann bleibt zu sagen: Johann Knief war einer aus dieser ersten Reihe.

Pauline Staegemann, geborene Schuck (1838 – 1909) – Wegbereiterin der sozialistischen Frauenbewegung

Gisela Notz

Pauline Staegemann war eine der ersten Frauen, die in der SPD führend auftraten. Sie wurde später als Wegbereiterin der sozialistischen Frauenbewegung bezeichnet, weil sie 1873 Mitgründerin der ersten sozialdemokratisch orientierten Frauenorganisation, des „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins“, war und bis zu seiner Auflösung den Vorsitz übernahm. Ihre sozialistischen und frauenpolitischen Aktivitäten gingen freilich weiter.

„Als blutjunges Mädchen“ kam sie nach Berlin

Pauline Schuck wurde am 18. März 1838 bei Oderberg im Oderbruch in Brandenburg geboren. Schon „als blutjunges Mädchen“¹ kam sie nach Berlin, wo sie – wie viele ihrer Zeitgenossinnen – als Dienstmädchen arbeiten mußte. Für das Arbeiterkind schien der Umzug in die Hauptstadt damals die einzige Möglichkeit, dem noch ärmlicheren Leben auf dem Lande in der Mark Brandenburg zu entgehen. Wie es ihr bei ihren Dienstherrinnen und -herren ergangen ist, wissen wir nicht. Darüber gibt es keine Überlieferungen. Sie heiratete den Maurerpolier Staegemann, Vorname unbekannt, und bekam vier Kinder, zwei Söhne und zwei Töchter. Die Familie lebte in der Umgebung des Königstors in Berlin. Ihre Tochter Elfriede, die sie am 14. Dezember 1872 als drittes Kind gebar, sollte in die sozialdemokratische Geschichte eingehen. Pauline Staegemann wurde später von ihrer Wegbegleiterin Marie Juchacz als „resolute, aufstrebende, fleißige, aber auch aufrechte Frau“ bezeichnet,² die bemüht war, ihren Kindern eine frohe Kindheit zu gewährleisten. Gemeinsam mit ihrem Mann kam sie frühzeitig mit den ersten Veranstaltungen und Demonstrationen der Berliner Arbeiterbewegung in Berührung.

Nach dem frühen Tod ihres Mannes verdiente sie den Lebensunterhalt für sich und die vier Kinder mit einem Gemüseladen in der Landsberger Allee, in einer Arbeiterwohngegend. Den Kellerladen hatte sie schon früher eingerichtet, um das Einkommen der Familie krisenfester und unabhängiger zu machen, weil der Lohn eines Maurers, der wie alle im Bauhauptgewerbe tätigen schon damals von Jahreszeiten abhängig und durch Wirtschaftskrisen leicht betroffen war, zur Existenzsicherung der Familie nicht ausreichte. Der Laden war nun nicht nur die einzige Einnahmequelle, sondern entwickelte sich bald zum heimlichen Treffpunkt für Mitglieder und Funktionäre der frühen Arbeiterbewegung und für ratsuchende Frauen aus dem Friedrichshainviertel. Die Kinder halfen der Mutter beim Austragen

1 Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Hannover 1960, S.297.

2 Marie Juchacz: „Sie lebten für eine bessere Welt, Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Hannover 1971, S.25-28, hier S.25.

von Flugblättern und versteckten das Material gegebenenfalls vor der preußischen Polizei. Die Tochter Elfriede erinnerte sich später, daß sie schon als ganz junges Mädchen durch den Einfluß der Mutter eine eifrige Besucherin sozialistischer Versammlungen wurde.³ Ihren beiden Söhnen ermöglichte die Mutter eine gute Schulbildung mit anschließendem Studium.

Pauline Staegemanns erste politische Arbeit fiel in eine Zeit, in der die Industriebevölkerung einen schnell zunehmenden Anteil an der arbeitenden Bevölkerung ausmachte. Frauen litten unter dem Druck tyrannischer Arbeitgeber und unter einem Übermaß an Konkurrenz der ArbeiterInnen untereinander ebenso wie die Männer, weil sie ebenso für das tägliche Brot arbeiten mußten.⁴ Dadurch, daß Frauen als vorübergehend Arbeitende oder „Zuverdienerinnen“ betrachtet wurden, wurde ihnen oft noch mehr zugemutet, und sie bekamen geringere Löhne als Männer, von denen man erwartete, daß sie mit ihrem Lohn eine Familie ernähren sollten. Das Interesse von Pauline Staegemann galt vor allem den berufstätigen Frauen und ganz besonders den Wäscherinnen und Mantelnäherinnen, meist Heimarbeiterinnen, die an langen Arbeitstagen unter belastenden Arbeitsbedingungen die Arbeiten auf den niedrigen Ebenen verrichteten und zudem meist noch weniger verdienten als ihre ohnehin schon schlecht entlohnnten männlichen Kollegen zu Beginn der Industrialisierung. Pauline Staegemann und ihre Mitstreiterinnen wollten mehr *und* bessere Arbeitsgelegenheiten für die Frauen.

„Ein Verein, der sich auf den Boden der klassenbewußten Sozialdemokratie stellte“

Als sich am 28. Februar 1873 der „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ gründete, war Pauline Staegemann neben Berta Hahn, Johanna Schackow und Ida Cantius eine der Gründerinnen.⁵ Die Mitglieder des Vereins waren zumeist Frauen sozialdemokratischer Parteimitglieder.⁶ Das offizielle Vereinsziel war die „geistige und moralische Bildung der Frauen sowie gegenseitige Unterstützung in Notfällen.“⁷ Als „herausragende Gestalt“⁸ übernahm Pauline Staegemann den Vorsitz, den sie beinahe fünf Jahre lang behielt. Der Verein, der heute als erste sozialdemokratisch

3 Elfriede Ryneck gestorben, in: Sozialdemokratischer Pressedienst Nr. P/VI/14 vom 17.1.1951, S.5f., hier S.5.

4 Siehe zu den Arbeitsbedingungen von Frauen im 19. Jahrhundert ausführlicher Gisela Notz: Freiheit für die Frauen, Freiheit für das Volk. Arbeiterinnen gegen die Beschränkung der Arbeit der Frauenzimmer, in: Johanna Ludwig/Ilse Nagelschmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Bonn 2000, S.10-113 sowie Louise Otto Peters: Das Recht der Frauen auf Erwerb. Wiederveröffentlichung der Erstausgabe aus dem Jahre 1866. Mit einer Reminiszenz der Verfasserin und Betrachtungen zu der Schrift aus heutiger Sicht von Astrid Franzke/Johanna Ludwig/Gisela Notz, Leipzig 1997.

5 Siehe Franz Osterroth/Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, 3 Bände, Band I: Bis zum Ende des ersten Weltkrieges, Bonn 1975, S.46.

6 Siehe Adeline Berger: Die Zwanzigjährige Arbeiterinnenbewegung Berlins und ihr Ergebnis, Berlin 1889, S.16.

7 Frauen-Anwalt 1973/74, Nr. 1, S.41.

8 Richard J. Evans: Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin-Bonn 1979, S.55.

orientierte Frauenorganisation bezeichnet wird,⁹ weil er sich „auf den Boden der klassenbewußten Sozialdemokratie“ stellte,¹⁰ wollte sich weder auf die Richtung der „Lassalleaner“ noch auf die der „Eisenacher“ festlegen lassen, sondern „wollte ‚sozialdemokratisch‘ ohne Richtung sein“.¹¹ Clara Zetkin mißfiel offensichtlich weniger die sozialdemokratische Richtungslosigkeit des Vereins, als die Tatsache, daß ihm ausschließlich Frauen und Mädchen angehören durften und Männer gewöhnlich nicht einmal Zutritt zu den Vereinsversammlungen hatten. Die ihr verhaßte und von ihr als uneffektiv betrachtete „Absonderung der Frauen von den Männern“ lastete sie einerseits der Sonderstellung der Frau durch das Vereinsgesetz an, andererseits jedoch auch der „feministischen Tendenz [...] hervorragender Trägerinnen der Berliner Bewegung“, die von der bürgerlichen Frauenrechtleri zur Sozialdemokratie geführt worden waren.¹² Damit konnte sie Pauline Staegemann nicht gemeint haben, sie kam aus der Arbeiterbewegung.

Offensichtlich war der Verein allerdings eine Abspaltung des 1869 gegründeten „Vereins zur Fortbildung und geistigen Anregung von Arbeiterfrauen“, der von Lina Morgenstern, der aus der bürgerlichen Frauenbewegung stammenden „Suppenlina“, geleitet wurde. Lina Morgenstern war eine Fabrikantentochter, die sich schon früh für die unteren Schichten eingesetzt und bereits im Alter von 18 Jahren den „Pfennigverein zur Bekleidung armer Schulkinder“ gegründet hatte. Sie stammte nicht nur aus einer reichen Familie, sondern war auch mit einem reichen Kaufmann verheiratet, konnte sich ihre Wohltätigkeit gegenüber den Armen also „leisten“, wie viele ihrer Zeitgenossinnen aus der bürgerlichen Frauenbewegung, die ihrem sonst müßigen Leben eine Erfüllung geben wollten.¹³

Den Spitznamen „Suppenlina“ trug Lina Morgenstern, weil sie bereits 1866, angesichts der durch den preußisch-österreichischen Krieg unzureichenden Lebensmittelversorgung und des großen Hungers besonders unter der ohnehin schon armen Bevölkerung, den „Verein der Berliner Volksküchen“ gegründet hatte. In den Suppenküchen konnten die Armen Berlins zum Selbstkostenpreis eine warme Mahlzeit erhalten. Pauline mag auch nicht gefallen haben, daß „Suppenlina“ zu Beginn des deutsch-französischen Krieges 1870/71 mit ihren Volksküchen die Verpflegung der ausrückenden und durchziehenden Truppen übernommen hatte. Allerdings hatte sie auch die französischen Kriegsgefangenen verpflegt. Jedenfalls wurden die Volksküchen zur festen Institution in den Industriestädten.

9 Siehe http://www.fes.de/archiv/_stichwort/a-frauen.htm. Siehe auch Osterroth/Schuster, Chronik, S.135.

10 Ottilie Baader: Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen einer Sozialistin, Bonn ³1979, S.22.

11 Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S.143.

12 Ebenda.

13 Siehe auch Margrit Twellmann: Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843-1889, Frankfurt/M. 1993. Zur historischen Entwicklung ehrenamtlicher Wohlfahrtsarbeit siehe Gisela Notz: Frauen im sozialen Ehrenamt, Freiburg 1989. Zu Lina Morgenstern siehe Daniele Weiland: Geschichte der Frauenemanzipation in Deutschland und Österreich, Düsseldorf 1983, S.173-177.

Lina Morgensterns hauptsächliches Anliegen war es, Frauen aus der bürgerlichen Schicht dafür zu gewinnen, sich für die Sorge um Gesundheit und Wohlergehen der unteren Schichten einzusetzen. Ihre Arbeit galt – ebenso wie die Arbeit etlicher ihrer bürgerlichen Weggefährtinnen – dem Ziel, die Arbeiterinnen, die sich ihr anschlossen, vermittels Erziehung zu „bessern“ und sie so in den Stand zu versetzen, ihre Lage als Individuen günstiger zu gestalten. Fragen wie niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen, die die Arbeiterinnen betrafen, wurden aus den Diskussionen ausgeschlossen. Schließlich war es nicht das Ziel des Vereins, die allgemeine Emanzipation der Arbeiterinnen zu fördern.¹⁴ Ottilie Baader, Weggefährtin von Pauline Staegemann, die selbst eine Zeitlang dem Morgensternschen Arbeiterinnenverein angehörte, berichtet in ihren Erinnerungen, daß man während der Zeit der großen Arbeitslosigkeit Arbeiterinnen angeboten habe, Handarbeiten zu verkaufen, die sie gemeinsam mit den bürgerlichen Frauen an einem bestimmten Ort feilbieten sollten. Die Summe, die sie verdienen sollten, war so gering, daß die Arbeiterinnen das als Hohn empfinden mußten. Schlimmer war jedoch, daß Ottilie Baader sich anhören mußte, wie die Mitglieder des Morgensternschen Arbeiterinnenvereins „diese Weiber, diese Sozialdemokraten“, beschimpften. Besonders hatten sie es auf Pauline Staegemann und Ida Cantius abgesehen, die sie als „wahre Hyänen“ verunglimpften. Die Arbeiterinnen entgegneten ihnen, daß sie „erst einmal hören (wollten), was sie zu sagen haben“, um sich dann selbst ein Urteil zu bilden.¹⁵ Ottilie Baader besuchte daraufhin eine Versammlung sozialdemokratischer Frauen, um sich diese „Hyänen“ näher anzusehen, und war überrascht, wie ruhig und selbstverständlich die Frauen sprachen, so daß sie bald selbst zu ihnen überwechselte.¹⁶ Pauline Staegemann wollte keinen bürgerlichen Wohltätigkeitsverein. Daher gründete sie den „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ mit, denn sie gehörte selbst zum „arbeitenden Volk“. Es war ihr nicht genug, daß die bürgerlichen „besser gestellten Damen“ Armensuppe kochten. Schließlich minderten das Kochen und Verteilen der Armensuppe den Reichtum der Wohlhabenden nicht. Sie mehrten das soziale Prestige der Wohltätigen und demütigten die Hungernden. Diese blieben Bittstellerinnen, und sie blieben arm. Pauline Staegemann und ihre Mitstreiterinnen wollten an den gesellschaftlichen Wurzeln rühren, die die soziale Ungleichheit produziert und reproduziert. Sie waren der festen Überzeugung, daß die Lage des weiblichen Geschlechts nur durch eine vollständige soziale Umwälzung der Gesellschaft verbessert werden konnte.¹⁷ Darauf bereiteten sie sich mit Lektüre und Studium zum Zweck „sozialistischer Bildung“ vor.¹⁸ Zu ihrem Programm gehörte die völlige Gleichberechtigung der Frauen einschließlich des Wahlrechts.¹⁹

14 Siehe Evans, Sozialdemokratie, S.55.

15 Baader, Ein steiniger Weg, S.20f.

16 Roswitha Freude nimmt an, daß sie 1875 oder 1876 dem Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein beitrug. Siehe Roswitha Freude: Die Entwicklung Ottilie Baaders zur Kampfgefährtin Clara Zetkins, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, Leipzig 1982, S.86-94, hier S.89.

17 Siehe „Neuer Sozialdemokrat, Nr. 28, 7.3.1873. Siehe auch Osterroth/Schuster, Chronik, S.46.

18 Siehe Evans, Sozialdemokratie, S.55.

19 Siehe Neue Westfälische Volks-Zeitung, Nr. 74, 28.3.1890.

Die mühsame Agitations- und Organisationsarbeit

Pauline Staegemann versuchte, die Wäschenäherinnen, die vor allem Heimarbeit leisteten, zu organisieren, damit sie sich gemeinsam gegen die ausbeuterischen Bedingungen wehren konnten. Dies tat sie, obwohl den Frauen jede gewerkschaftliche Organisation verwehrt war und zählbeige Vorbehalte unter den männerdominierten Arbeiterorganisationen ebenso schwer zu überwindende Hindernisse bildeten wie die vielfachen Belastungen der Arbeiterinnen durch Haushalt und Familie. Bei der mühsamen Agitations- und Organisationsarbeit arbeitete sie mit Agnes Wabnitz zusammen, die aus einer sozialistischen Arbeiterfamilie stammte und deren Großvater bereits am schlesischen Weberaufstand teilgenommen hatte. Ihr Vater hatte 1848 in Breslau auf den Barrikaden gekämpft und war knapp dem Tode entkommen.²⁰ Pauline Staegemanns Enkel Erich Ryneck schrieb später, daß sie wahrscheinlich gegenüber der „herben Agnes Wabnitz“, die die Zurückhaltung vieler notleidender Arbeiterinnen in bezug auf ihre Organisation nicht immer nachvollziehen konnte, durch ihre heitere und harmonische Art eine ausgleichende und vermittelnde Rolle spielte.²¹ Tatsächlich traute sich manche Arbeiterin nicht, den Arbeiterfrauenverein zu besuchen, zumal auch die bürgerliche Presse sich in den rüdesten Witzen gegen den Verein überbot und die Berliner Polizei, als Hüterin der „Sittlichkeit“, ihn und seine Aktivistinnen immer wieder schikanierte.²² Die wachsende Not rief dennoch immer mehr Arbeiterinnen, die erkannt hatten, daß sie sich zusammenschließen mußten, um gegen die Unternehmerwillkür anzugehen, zusammen.

Eine „Sozialdemokratin mit Leib und Seele“

Unter der Leitung von Pauline Staegemann, die bald als „Sozialdemokratin mit Leib und Seele“ galt,²³ richtete der Verein einen Fonds zur Unterstützung notleidender Mitglieder ein und unterstützte die Sozialdemokraten während ihrer Wahlkampagnen. Schließlich war das ihre einzige Möglichkeit, die Wahlen zu beeinflussen, denn Frauen konnten vor 1918 weder wählen noch gewählt werden. Vor 1908 konnten sie aufgrund des Preußischen Vereinsgesetzes nicht einmal an politischen Veranstaltungen teilnehmen. Der § 9 dieses Gesetzes lautete: „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenspersonen, Schüler oder Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen“. Später wurde er ergänzt durch eine reichsgerichtliche Entscheidung, die besagte, daß *alle* Angelegenheiten der Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Staates – auch in sozialpolitischer Beziehung und in wirtschaftlicher Hinsicht – politische Angelegenheiten seien. So konnten jegliche politische Betätigung und der Besuch

20 Agnes Wabnitz nahm sich 1894 aus Verzweiflung und Angst vor ständiger Verfolgung auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin das Leben. Zu Agnes Wabnitz siehe Juchacz, Lebensbilder, S.77-79.
21 Siehe Brief Erich Rynecks an Marie Juchacz in Sammlung Personalien Pauline Staegemann, Archiv der sozialen Demokratie (AsD), Bonn.

22 Siehe Annemarie Lange: Berlin zur Zeit Bebels und Bismarcks, Berlin 1972, S.337.

23 Ebenda, S.339.

öffentlicher Veranstaltungen durch Frauen untersagt werden. Frauen- und Mädchenvereine mußten sich als „Kaffeekränzchen“, Lesezirkel, Handarbeitskreise, Bildungsvereine oder andere scheinbar unpolitische Zusammenschlüsse phantasievoll tarnen, um dieses Gesetz zu unterlaufen. Selbst in den Familien waren die Frauen damals weitestgehend rechtlos, denn sie waren der Vormundschaft des Vaters unterstellt, die später der Ehegatte bzw. ein weiterer Vormund übernahm. Vom Besuch von Gymnasien und Universitäten waren sie ausgeschlossen, das galt sogar für Mädchen aus mittleren und höheren Schichten.²⁴

Den Behörden war der „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ von Anfang an ein Dorn im Auge. Er hatte sich, kurz nach seiner Gründung, als „staatsgefährlich“ verdächtig gemacht, weil „seine stadtbekanntesten Leiterinnen, die Sozialistinnen Cantius und Staegemann eine öffentliche Versammlung einberufen hatten, in der sie schärfsten Protest gegen die höchst unchristliche Herzenskälte und Intoleranz“ erhoben hatten, mit der ein Geistlicher in Rixdorf einen Selbstmörder begraben hatte.²⁵ Sie wurden für neun Monate ins Frauengefängnis Barnim in Friedrichshain gebracht. Im Juni 1874, nachdem auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zu Berlin und verschiedene Gewerkschaften, die als besonders radikal galten, „vorläufig“ verboten worden waren, wurde auch der „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein“ „vorläufig“ geschlossen und unter dem Vorwand in Anklage gestellt, daß er mit anderen Vereinen in Verbindung getreten sei.

Illegale Arbeit unter dem Sozialistengesetz und dem Preußischen Vereinsgesetz

Die darauf folgende besondere Vorsicht der Frauen half nichts. Der Verein wurde 1877 auf Grund des Preußischen Vereinsgesetzes endgültig verboten. Freilich war nicht zu übersehen, daß die Vorsitzenden und Mitglieder an der Wahlbewegung zugunsten der Sozialdemokraten teilgenommen hatten.²⁶ In den knapp fünf Jahren seines Bestehens hatte er Zeit gehabt, sozialistisches Gedankengut und gewerkschaftliche Vorstellungen unter den Arbeiterinnen zu verbreiten. Im Urteil, das dem Verbot zugrunde lag, hieß es, es sei nicht zu bezweifeln, daß der Verein die Tendenz verfolgt habe, durch die Frauen auch auf die Männer und auf die Kindererziehung sozialistischen Einfluß auszuüben.²⁷ Deshalb wurde Pauline Staegemann gleichzeitig mit dem Vereinsverbot wegen angeblicher sozialistischer Indoktrinierung von Kindern erneut ins Gefängnis gesteckt. Es war nicht ihre letzte Verhaftung.

Am 21. Februar 1879 wurden sie und Ida Cantius, aufgrund eines Diskussionsbeitrags anlässlich einer Protestveranstaltung von Arbeiterinnen am 20. Mai 1878, wegen „Beleidigung der Geistlichkeit“ zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt.²⁸ Die Verhaftung ist im Zusammenhang mit einer Verfolgungswelle, die

24 Siehe hierzu ausführlicher Ursula Herrmann: Frauen und Sozialdemokratie, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1999, H. 2, S.59-71, hier S.60f.

25 Lange, Berlin, S.349.

26 Siehe Baader, Ein steiniger Weg, S.27.

27 Siehe Juchacz, Lebensbilder, S.26; Baader, Ein steiniger Weg, S.27.

28 Siehe Eduard Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 2. Teil, Berlin 1907, S.28.

viele Sozialdemokraten betraf, zu sehen. Schließlich galt seit dem 21. Oktober 1878 das von Reichskanzler Otto von Bismarck erlassene Sozialistengesetz. Sozialistische Frauen traf es deshalb besonders hart, weil ihre politische Organisation sowohl in der SPD als auch als Frauen illegal war. Die Verhaftungen von Pauline Staegemann und Ida Cantius stehen zweifelsohne im Bezug zum Sozialistengesetz. Eduard Bernstein berichtet in seinem Werk über die Berliner Arbeiterbewegung ausführlich über die brutale Gewalt, mit der unter Berufung auf dieses Gesetz gegen Sozialisten vorgegangen wurde, und er vergaß auch nicht, die Verhaftung der beiden Frauen zu erwähnen.²⁹ Diese ließen auch nach ihrer Verhaftung nicht locker, obwohl ihre Mitstreiterin Johanna Schackow bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes zusammen mit ihrem Mann aus Deutschland ausgewiesen worden war. Sie betätigten sich weiter in der sozialistischen Bewegung. Weitere Vereine, die Pauline Staegemann mitgegründet hat, wurden nach kurzer Zeit wieder aufgelöst. Hier sollen deshalb nur einige wichtige genannt werden. 1881 entstand der „Frauen-Hilfsverein für Handarbeiterinnen“, der schon nach kurzer Zeit ebenfalls der antisozialistischen Gesetzgebung zum Opfer fiel. 1882 war sie innerhalb einer ursprünglich bürgerlich geleiteten, aber bald von Sozialdemokratinnen beherrschten „Vereinigung zur Hebung der Sittlichkeit unter den Arbeiterinnen“ tätig. Schon damals vertrat sie die Anschauung, daß bessere Sitten- und Kulturzustände nur auf dem Boden besserer Wirtschaftsbedingungen erwachsen könnten.³⁰ Die Frauen trafen sich auch außerhalb von Vereinen und „fanden Wege der persönlichen Verständigung“.³¹ Marie Juchacz nennt diese Zusammenarbeit der unermüdlichen und unerschrockenen Frauen im Kampf für eine bessere Welt, „ein stilles, viel zu unbekanntes Heldentum“.³² Pauline Staegemann hatte großen Anteil daran, daß sich die Frauen trotz Polizeischikanen und moralischer und handgreiflicher Angriffe aus reaktionären Kreisen untereinander solidarisierten, sich nicht gegeneinander ausspielen ließen und nicht aufgaben. Sie selbst trat nun, wenn sie es für notwendig empfand, unter dem Namen ihres ersten Sohnes Paul Staegemann auf und verkleidete sich mit seinen Anzügen als Mann. Viele verfolgte Sozialisten und Sozialistinnen fanden bei ihr Unterschlupf und Hilfe.³³ Bald wurde sie zu einer bekannten Figur in den Arbeitervereinen.

1884 war von „sozialdemokratisch gesinnten Berliner Frauen“ erneut ein „Frauen-Hilfsverein für Arbeiterinnen“ ins Leben gerufen worden, der sich wiederum ausschließlich aus Frauen zusammensetzte. Als am 15. März 1885 daraus der „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ entstand, der an den Erfahrungen des Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins ansetzen sollte, wurde Pauline Staegemann zur zweiten Vorsitzenden des von ihr gemeinsam mit Gertrud

29 Siehe ebenda. Zur sozialdemokratischen Arbeit unter dem Sozialistengesetz siehe auch Baader, S.23.

30 Siehe Maschinenschriftliche Notiz, Verfasserin unbekannt. In: Sammlung Personalia Pauline Staegemann, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn.

31 Juchacz, Lebensbilder, S.27.

32 Ebenda.

33 Siehe Anna Bloss (Hrsg.): Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus, Dresden 1930, S.74.

Guillaume-Schack, Ida Cantius und anderen gegründeten Vereins gewählt. Vorsitzende wurde Marie Hofmann, Ehrenvorsitzende Gertrud Guillaume-Schack und Schriftführerin Emma Ihrer, die wie Pauline Staegemann bald an die Spitze der Berliner Arbeiterinnenbewegung treten sollte. Zweck des Vereins war die Wahrung „der geistigen und materiellen Interessen der Arbeiterinnen, insbesondere die Regelung der Lohnverhältnisse“ und „die gegenseitige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten“.³⁴ Mit einem „Aufruf“ trat der Verein bereits 1885 für „Lohnleichheit der Männer- und Frauenarbeit“ ein und rief alle Arbeiterinnen auf, sich zu organisieren, weil nur so die Lage der Arbeiterinnen verbessert werden könne.³⁵ Dem sozialdemokratisch orientierten Verein traten bereits bei seiner Gründungsversammlung 350 Mitglieder bei, und bald waren es 1.000 Frauen, die dazu gehörten. Gertrud Guillaume-Schack betonte bei der Gründung die enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung: „Ohne inneres Anlehnen an die Arbeiterbewegung wird eine Arbeiterinnenbewegung niemals etwas schaffen oder leisten“, fügte aber angesichts des Sozialistengesetzes hinzu: „Ein An-die-große-Glocke-Hängen dieser inneren Verbindung halte ich jedoch für durchaus überflüssig.“³⁶ Der Impuls, den der Verein gab, führte zur Gründung zahlreicher ähnlicher Vereine an vielen Orten zwischen München und Hamburg.

Die Frauen konnten durchaus einige Erfolge verbuchen. Überliefert ist, daß sie für eine Petition an den Reichskanzler gegen die Einführung eines Zolls auf englisches Nähgarn Tausende von Unterschriften in ganz Deutschland sammelten und allen Fraktionen zur Befürwortung überreicht haben. Das Nähgarn mußten die Frauen, die in der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche tätig waren, zu dieser Zeit – wie andere Arbeitsmaterialien auch – durch den Arbeitgeber zu häufig stark überhöhten Preisen beziehen. Die Zollerhöhung unterblieb als Ergebnis ihrer Aktion. Am 8. Mai 1885 nahm der Verein eine Resolution an, mit der der Reichskanzler ersucht wurde, über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in diesen Branchen sowie über den Verkauf und die Lieferung von Arbeitsmaterial, etwa der Nähfäden, seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise Ermittlungen einzuholen und dem Reichstag Mitteilung zu machen. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde zwar bereits im April 1887 durch eine Enquete-Kommission dem Reichstag vorgelegt, blieb aber folgenlos. Es dauerte bis zum Frühjahr 1896, und es bedurfte des Einsatzes der an einem Konfektionsarbeiterinnenstreik Beteiligten, bis die Angelegenheit erneut in die Reichstags-Debatten gebracht wurde. Nun wurde der § 115 der Gewerbeordnung dahingehend geändert, daß die Verabfolgung von Arbeitsmaterial durch den Arbeitgeber nur zu den ortsüblichen Preisen an die Arbeiterinnen erfolgen durfte.³⁷

34 Berliner Volksblatt, Nr. 64, 17.3.1885.

35 Siehe Aufruf des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen (1885), abgedruckt in: Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.): *Frauenarbeit und Beruf*, Frankfurt/M. 1979, S.386f.

36 Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 14966, Bl. 85.

37 Zu diesen Aktionen siehe Osterroth/Schuster, *Chronik*, sowie www.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/spdc_Band1.html

Am 28. September 1885 wurde Pauline Staegemann in eine Lohnkommission gewählt, der vor allem Mantelnäherinnen angehörten. Die Arbeiterinnen forderten einen Maximalarbeitstag, die Beseitigung der Nachfeierabend-, Nacht- und Sonntagsarbeit, die Festsetzung eines Minimallohntarifs, die Auszahlung des Lohnes an jedem Sonnabend und „menschenswürdige Behandlung der Arbeiterinnen durch die Arbeitgeber“. Diese „allmählich durchzuführenden Ziele“ sollten durch partielle Streiks erreicht werden, denn freiwillig – so wußten sie – würde den Näherinnen nichts zugestanden werden. Auf Anraten der Lohnkommission wurde ein Unterstützungsfonds der Mantelnäherinnen geschaffen.³⁸ Die Gründung des „Fachvereins der Berliner Mantelnäherinnen“, die am 25. November 1885 erfolgte, zu dessen Führerinnen auch Otilie Baader (als Schriftführerin) gehörte und die als erste gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation bezeichnet wird,³⁹ dürfte wesentlich aus dem Unterstützungsfonds hervorgegangen sein. Auch der Fachverein wurde 1887 nach einer Gerichtsverhandlung verboten.

Sie „bezweckten eine Änderung der staatlichen Gesetzgebung zugunsten ihrer sozialen Lage“

Nach einigen Auseinandersetzungen mit christlich-sozialen Bewegungen und der bürgerlichen Berliner Stadtmission, bei denen auch August Bebel eine Rolle spielte, hatte sich der „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ gerade stabilisiert, als im Mai 1886 die Polizei zuschlug. Sie führte Hausdurchsuchungen bei einigen Frauen durch, beschlagnahmte Briefe und sozialdemokratische Schriften und verurteilte den Fachverein wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Als Grund wurde angegeben, daß der „Verein nicht bloß Frauenspersonen als Mitglieder aufgenommen hatte, sondern er bestand nur aus Frauenspersonen“.⁴⁰ Der Einsatz eines bekannten jungen sozialdemokratischen Rechtsberaters, der es verstand, „die Polizeipraktiken ins rechte Licht zu rücken“,⁴¹ und auch die Verweigerung sämtlicher Angeklagten⁴² halfen wenig. Ein Freispruch war nicht zu erreichen, weil die „Gegenstände, welche in den erweiterten Vereinsversammlungen verhandelt wurden“, durchaus als politische angesehen wurden, „denn sie bezweckten eine Änderung der staatlichen Gesetzgebung zugunsten ihrer sozialen Lage“.⁴³ Eine Schließung des Vereins wurde von den Herrschenden auch deshalb als notwendig erachtet, weil diejenigen Vereinsmitglieder, die mit der Sozialdemokratie nichts gemein hatten, geschützt werden sollten, und der Verein nicht ohne Wissen und Willen des Vorstandes ein Spielball der Sozialdemokratie geworden sei. Die Vor-

38 Berliner Volksblatt, Nr. 229, 1.10.1885.

39 Siehe Horst Bartel/Wolfgang Schröder/Gustav Seeber: Das Sozialistengesetz 1878-1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz, Berlin 1980, S.215. Siehe auch Freude, Die Entwicklung, S.91.

40 So der Strafrichter Brausewetter, zit. nach Karin Junker: „25 Jahre AsF – Wir haben die richtigen Frauen“. Rede anlässlich der AsF-Bundeskonferenz am 5. Juni 1998 in Münster (Manuskript), S.3.

41 Lange, Berlin, S.614.

42 Siehe Adeline Berger: Die Auflösung der Arbeiterinnenvereine, in: Die zwanzigjährige Arbeiterinnen-Bewegung Berlins und ihr Ergebnis. Beleuchtet von einer Arbeiterin, Berlin 1889, S.44-48.

43 Ebenda.

standsmitglieder Marie Hofmann, Emma Ihrer und Johanna Jagert wurden zu je 60 Mark, Pauline Staegemann zu 100 Mark Geldstrafe wegen „Teilnahme an politischen Aktivitäten und Zugehörigkeit zur SPD“ verurteilt. Pauline Staegemann bestrafte man härter als die anderen, weil sie wegen desselben Delikts schon einmal eine Strafe erhalten hatte, also „rückfällig“ geworden war. Geldstrafen zwischen 60 und 100 Mark trafen Frauen zu jenen Zeiten empfindlich. Die Frauen führten den politischen Kampf nun in der Illegalität weiter.

Als 1893 in Berlin erneut ein „Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen“ gegründet wurde, lauschten 500 Frauen und Mädchen begeistert dem Referat von „Mutter Staegemann“, wie sie liebevoll genannt wurde, und traten sogleich dem Verein bei. Leider wurde auch dieser Verein bald durch die Polizei aufgelöst, denn das Preußische Vereinsgesetz galt auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes weiter. 1899 wurde Pauline Staegemann dann Mitglied des Berliner Frauenbildungsvereins.⁴⁴ Er konnte nicht so leicht aufgelöst werden, denn die Frauen hatten nun gelernt, die Fallstricke des Vereinsgesetzes noch geschickter zu umgehen. Im Jahre 1907 gab es bereits 94 Bildungsvereine mit 10.302 Mitgliedern.⁴⁵

Unerschrockene Kämpfer versammelten sich bei der Großmutter

Der Enkel von Pauline Staegemann, Erich Ryneck, erinnerte sich, daß der Geburtstag der Großmutter jährlich am 18. März ein Treffpunkt aller in Berlin bekannten führenden SozialistInnen war. Gemeinsam pilgerten sie zum Friedhof und gedachten der am 18. März 1848 für die Durchsetzung der freiheitlichen Verfassung und für die Anerkennung der Menschenrechte Gefallenen. Er erinnerte sich auch daran, daß stets die roten Schleifen, die sie trugen, von der Polizei abgeschnitten wurden. Schon als Kind beeindruckten ihn die „unerschrockenen Kämpfer“, die sich bei seiner Großmutter versammelten und die er bewunderte. Es waren unter anderem diese Erlebnisse, die seine eigene sozialistische Überzeugung frühzeitig prägten.⁴⁶ Zu den „Kämpfern“ wie Eduard Bernstein, Johannes Sassenbach und anderen gehörten auch Kämpferinnen wie Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Emma Ihrer, Otilie Baader und viele andere. Seiner eigenen Großmutter, die ihre politische Arbeit ohne jegliche Schulungsmöglichkeiten geleistet habe, sprach er voller Bewunderung ein ausgesprochen „soziales Mitempfinden“ aus, das den „Urquell ihrer Tätigkeit“ gebildet hätte.⁴⁷

Der Lebensmut Pauline Staegemanns schien trotz der Verfolgungen und Diskriminierungen in keiner Weise beeinträchtigt.⁴⁸ Sie und ihre Weggefährtinnen dachten aufgrund ihrer leidenschaftlichen Überzeugung keinen Augenblick daran aufzugeben. Sie schienen nicht einmal unter den dauernden Verfolgungen gelitten zu

44 Siehe Heinz Niggemann: Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich, Wuppertal 1981, S.338.

45 Siehe Protokoll des Parteitages von 1907, S.110, zit. nach Niggemann, S.64.

46 Siehe Brief Erich Rynecks an Marie Juchacz.

47 Ebenda.

48 Siehe Juchacz, Lebensbilder, S.27.

haben. Das war freilich nur möglich, weil sie eine tiefe Überzeugung von der Richtigkeit ihrer Agitationsarbeit und ihres politischen Handelns antrieb und weil sie sich stets der Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten versichern konnte. Die Arbeiterinnenbewegung war nicht mehr zurückzupfeifen. Pauline Staegemann hatte einen wesentlichen Anteil daran.

Die „Tätigkeit für die Not der arbeitenden Frauen“ geht zu Ende

Leider mußte Pauline Staegemann ihre letzten Lebensjahre mit furchtbaren Schmerzen auf dem Krankenlager verbringen, weil sie an Magenkrebs litt. Dennoch hielt sie weiterhin Kontakt zu ihren politischen FreundInnen. Ihre geistige Spannkraft ließ erst in den letzten 14 Tagen ihrer Leidenszeit nach.

Pauline Staegemann, die „Kämpferin für den Glauben an den Sieg der sozialen Gerechtigkeit“,⁴⁹ starb am 5. September 1909 in Berlin.⁵⁰ Der Trauerredner Pfarrer Koch würdigte ihre lebenslange „Tätigkeit für die Not der arbeitenden Frauen“. Ihre Weggefährtin Emma Ihrer lobte in einem Nachruf „Mut und Energie, volles Verständnis für die Seele des arbeitenden Volkes und ein warmes Herz für seine Leiden sowie auch eine außergewöhnliche Redegabe, die sie befähigte, ohne jede Weitschweifigkeit immer den Kern der Frage in packender Weise zu treffen und die Zuhörer mit fortzureißen.“⁵¹ Nicht lange vor Pauline Staegemanns Tod war nach mehr als einem halben Jahrhundert politischer Entmündigung für Frauen ein neues Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten. Damit standen Frauen politische Vereine und Parteien offen. Ihre Tochter Elfriede war eine der ersten, die 1908 offiziell der SPD beitrug.

Ottile Baader beschrieb die Weggefährtin später als eine Frau mit großem Herzen und leuchtenden Augen, die tatkräftig im Leben stand, und sie vergaß nicht hervorzuheben, daß „ihre Familie nicht unter ihrer Arbeit für die Allgemeinheit gelitten hat“.⁵² Das bestätigte auch ein Freund, der kurz nach ihrem Tode an Paulines ältesten Sohn schrieb: „Sie war Dir und Deinen Geschwistern eine treue Mutter.“ Und weiter heißt es: „Jetzt, wo die Frauenemanzipation glücklicherweise in aller Munde ist und immer mehr Verständnis findet, ist es leicht, dafür zu wirken. Aber in der ersten Zeit mit ihrem Sturm und Drang gehörte Mut dazu [...] Sie hat wahrhaftig eine eingehende Würdigung ihres Werkes verdient [...] Sie ist eine von denen, deren Leben nicht vergeßlich war.“⁵³ Und das ist wohl das Beste, was man einem Menschen nachsagen kann.

„Wie hätte ihr feines, von der Not des Lebens und dem Kampf um die Frauensache gefurchtes Gesicht wohl geleuchtet, wenn sie es noch hätte erleben können, wie ihre älteste Tochter Elfriede Ryneck mit unter den Abgeordneten des ersten Parlaments

49 Ebenda.

50 Osterroth, Biographisches Lexikon, S.297, nennt den 5. Mai 1909 als Todestag.

51 Zit. nach Bloss (Hrsg.): Die Frauenfrage, S.74.

52 Baader, S.16 f.

53 Zit. nach Bloss (Hrsg.): Die Frauenfrage, S.75.

der deutschen Republik stand!“ schrieb Ottilie Baader 1921.⁵⁴ 1919 hat Elfriede Ryneck (1872-1951) die Arbeiterwohlfahrt mit begründet und wurde deren zweite Vorsitzende, gleichzeitig gehörte sie dem Parteivorstand der SPD und dem Vorstand der SPD in Brandenburg bis zu seiner Auflösung an und war 1925 bis 1933 Abgeordnete des Preußischen Landtags.

Wie hätte ihr Gesicht wohl geleuchtet, wenn sie zudem noch hätte erleben können, daß ihre Urenkelin Jutta Limbach, geb. Ryneck, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und dann Präsidentin des Goetheinstituts wurde. Und wie hätte sie sich gefreut, daß diese Urenkelin, als sie danach gefragt wurde, ob sie Vorbilder hätte, antwortete: „Meine Urgroßmutter Pauline Staegemann, die Mitbegründerin des ersten Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenvereins.“⁵⁵

54 Siehe Baader, Ein steiniger Weg, S.27.

55 Die Welt, 5.6.2004.

Auf der Suche nach „Beschäftigung und Brod“. Die Geschichte der Arbeiterfamilie Walther

Gerd Kaiser

Aus dem oberhalb von Suhl liegenden Goldlauter und dem „Neudorf“ Heidersbach zogen der vielfältigsten Gründe wegen immer wieder Einwohner aus dem Wald in die Welt. Viele für immer und ewig, manche für kürzere oder längere Zeit. Gudrun Walther war sieben Jahrzehnte unterwegs, zwischen ihrem achten und ihrem achtzigsten Geburtsjahr.

Von Hunger und Not geplagt, verließen auch ganze Familien die in den schmalen Tälern eng aneinandergedrängten Häuser. Diese, blauschwarz geschiefert, boten zwar Mensch und Tier, die oftmals unter einem Dach lebten, Schutz vor rauen Wettern, schützten jedoch nicht vor den Unbilden existentieller sozialer Bedrohungen.

Goldlauter, gegründet 1546, und Heidersbach, das 1706 zu gründen notwendig wurde, weil im engen Talgrund „kein Platz mehr in demselbigen Wohnung aufzubauen sich finden will“,¹ wurden 1938 durch eine Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen zu einer Gemeinde zusammengeschlossen.

Die „Seelenregister“ und ähnliche Verzeichnisse nennen zu unterschiedlichen Zeiten die jeweils häufigsten Berufe. Ihr Brot verdienten die Bewohner als Bergknappen, Schmelzer, „Hohenofenmeister“ und Köhler, Holzhauer und Zimmerleute, Fuhrleute und Schubkärner, Weber und Bleicher, Glasmacher und Porzelliner, Rohrschmiede und Schleifer, Kupferstecher, Feinmechaniker, Dreher, Bohrer, Systemmacher und in weiteren Metallberufen. Ihnen erging es zumeist mehr schlecht als recht. Johann Wolfgang Goethe schilderte am 7. September 1780, einen Tag, nachdem er auf dem Kieckelhahn sein „Nachtlied“ aufgezeichnet hatte, der Frau von Stein die wirtschaftliche Lage im Goldlauterer Pochwerksgrund: Die „armen Maulwurfe von Hier“ bräuchten „Beschäftigung und Brod“.²

Die drückende soziale Lage im Doppeldorf und fehlende politische Freiheiten bewogen die Arbeiterschaft sehr früh, sich sowohl gewerkschaftlich als auch politisch zu organisieren. Zu den Anfängen dieser achtbaren Tradition im Geiste der Liedzeile „... erkämpft das Menschenrecht...“ gehört der Goldlauterer Arbeiter Christian Weiß. Im Hochverratsprozeß gegen August Bebel stand auch er vor Gericht. Bei den Reichstagswahlen 1884 wurde der Sozialdemokrat Wilhelm Hasenclever Reichstagsabgeordneter. Dazu verhalfen ihm auch 52 Stimmen aus Goldlauter und 35 aus Heidersbach, 1887 stimmten 111 Wähler in Goldlauter und 74 in Heidersbach für ihn.

1899 wurde in Goldlauter eine Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) gegründet.

1 Siehe Rudolf Heym: Goldlauter-Heidersbach. Zella-Mehlis/Meiningen 1996, S.108.

2 Zitiert nach ebenda, S. 21. Siehe weiterhin eine auf Goldlauter bezogene Tagebuchnotiz Goethes, die in die Dorfchronik aufgenommen wurde: 450 Jahre Goldlauter. Arbeitsgruppe Chronik, Goldlauter 1996, S.13.

1917 trat die große Ortsgruppe der SPD in Goldlauter zur USPD über, und deren Mitglieder schlossen sich zwischen 1920 und 1922 bis auf einige Ausnahmen der KPD an. 1924 wählten sie einen der ihrigen, den aus Goldlauter stammenden Guido Heym,³ in den Reichstag. Am 5. März 1933 stimmten im Ort 65 Prozent für die KPD und weitere 15 Prozent für die SPD und damit gegen den Nazistaat. In den Folgejahren gingen mehr als 20 Einwohner durch dessen Leidenstätten. Einige wie der bereits erwähnte Reichstagsabgeordnete Heym und der aus Goldlauter stammende Büchsenmachermeister Ehrhard Schübel sowie Reinhold Kleinlein, seit Mitte der 20er Jahre kommunistischer Bürgermeister in Heidersbach, wurden ermordet.

Ende 1931 gab es im Kreis Schleusingen (zu dem u. a. Suhl, Goldlauter und Heidersbach gehörten) 15.031 registrierte Arbeitslose. Lediglich 6.467 erhielten eine Arbeitslosenunterstützung.⁴ Da der Kreis Schleusingen 60.000 Bewohner zählte, war annähernd die Hälfte der Männer arbeitslos. Arbeitslos! Hoffnungslos! Der sozialdemokratische „Volkswille“ beschrieb Ende 1932 die Lage in diesem Notstandsgebiet: „Das Existenzminimum ist soweit gesunken, daß es kaum noch ausreicht, das nackte Leben zu fristen [...] viele Arbeitskräfte (sind) brotlos geworden [...]“⁵

Zu denen, die brotlos geworden waren, zählten die Werkzeugmacher Max Walther und sein Schwager Albert Günther; beide in der Metallarbeitergewerkschaft organisiert und beide Mitglieder der KPD. Sie verfochten die Vision einer gerechten Gesellschaftsordnung, hatten beide wie die Mehrzahl ihrer Nachbarn feste politische Ziele, und beide wollten soziale Sicherheit für sich und für ihre Familien. Für ihre geschickten Hände hatten die Fabrikbesitzer im heimatlichen Landstrich zu selten Verwendung. Der Werkzeugmacher Max Walther, Sproß einer Familie, die seit dem Mittelalter hier Generation um Generation ansässig war, fand Arbeit mal im Rüstungsbetrieb Simson, unterhalb von Suhl gelegen, mal brauchte man ihn bei Mercedes, dem Büromaschinenwerk in Zella-Mehlis.

Der unsicheren sozialen Lage wegen und aus Solidarität mit Sowjetrußland kamen die Familien Walther und Günther überein, dorthin zu fahren. Aufmerksam geworden waren sie durch Anzeigen des sowjetischen Konsulats in Erfurt. Gesucht wurden u.a. Maschinenschlosser, Feinmechaniker, Werkzeugmacher, Automatendreher – auf jeden Fall Metallarbeiter mit Berufserfahrung und geübt in der Bedienung moderner Werkzeugmaschinen.

Daran erinnert sich Kurt Rödiger. Dessen Eltern, der Meister im Simson-Werk Hermann Rödiger und seine Mutter Emma, gehörten zu den nicht wenigen Rußlandfahrern des heimatlichen Landstrichs Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre. Dutzende Metallarbeiter und Glasmacher verließen ihre Industriearbeiterdörfer von Albrechts bis Viernau, von Gehren und Elgersburg und die Arbeiterstädte Suhl,

3 Siehe Gerhard Kaiser . Die Heyms. Ernst, Guido und Karl. Drei Generationen einer Suhler Arbeiterfamilie, Berlin 2000.

4 Siehe Gerhard Kaiser: Die Enkel fechten's besser aus, Dietzhausen 1997, S.156-157.

5 Ebenda, S.157. Zitiert nach Zeitungsausschnittssammlung im Stadtarchiv Suhl, o. Dat.

Zella-Mehlis, Schmalkalden und Ilmenau. Mit ihnen gingen ihre Frauen und Kinder.⁶ Mit Albert Günther fuhr 1931 dessen Frau Lida, Max Walther begleiteten seine Frau Hedwig und die achtjährige Tochter Gudrun. Abgeschlossen waren Arbeitsverträge über fünf Jahre. Von Moskau aus ging es zunächst nach Kovrov, eine Stadt im Industriegürtel der Hauptstadt des Landes, und von dort aus ging es nach Stalingrad an die Wolga. Hier erhielten die beiden Familien aus Goldlauter im Traktorenwerk Arbeit. Aus dem Steppenboden gestampft, war es 1930, ein Jahr zuvor, in Betrieb genommen worden. Hier arbeiteten gemeinsam mit den russischen Arbeitern Fachleute aus Österreich, Italien und Tschechien, aus Ungarn und den USA.

Max Walther gefiel es im Werk. Seine goldenen Hände wurden geschätzt. Für seine gute Arbeit erhielt er einen guten Lohn, und Jahr für Jahr vermittelte die Gewerkschaft ihm und seiner Familie einen Urlaubssplatz.

Aber nicht überall war es so, und nicht alle Rußlandfahrer aus dem Thüringer Wald waren mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen zufrieden. Zu diesen gehörte Albert Günther. Er kündigte den Arbeitsvertrag. (Besonders paßte es den unzufriedenen Rußlandfahrern nicht, daß sie als ausländische Facharbeiter in speziellen Läden für Ausländer versorgt wurden, während ihre russischen Kollegen, welche die gleiche Arbeit verrichteten, bis Mitte der 30er Jahre allein mit ihren Lebensmittelkarten auskommen mußten.) Nicht wenige Rußlandfahrer verlangten nach dem Ende der Vertragszeit, manche auch schon vor Ablauf der Verträge deren Aufhebung. In den „Roten Ecken“ der Betriebe, die deutsche Facharbeiter beschäftigten, fanden Versammlungen statt. Hier benannten die Rußlandfahrer in aller Offenheit kritisch, was ihnen mißfiel. Dazu luden sie Vertreter der Werkleitungen, der Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei ein, waren sie doch zumeist aktive Gewerkschafter und streitbare Kommunisten.

Zu den wichtigsten Kritikpunkten gehörte, daß die sowjetische Seite oftmals stillschweigend und ohne ein Wort der Begründung, Erklärung oder Entschuldigung die mit den Arbeitern geschlossenen Verträge nicht punktgenau erfüllte. Dazu kam die jahrelange unbefriedigende Wohnraumsituation für die meisten der Facharbeiterfamilien. In Pensa wohnten die Familien Rödiger (aus Heinrichs, inzwischen ein Stadtteil von Suhl) und Sühn (aus Albrechts, inzwischen ebenfalls Suhl zugeschlagen), zwölf Erwachsene und vier Kinder, in zwei nebeneinanderliegenden Zimmern mit einem gemeinsamen Eingang, dazu eine Toilette und ein Bad mit einer Wanne und einem Handwaschbecken für alle. Kurt Rödiger erinnert sich auch heute noch an die Situation der deutschen Facharbeiter: „Meine Eltern bemühten sich ab Ende 1932, wie andere uns befreundete Familien aus Zella-Mehlis und Suhl, wie Otto Langenhan, Willi Weiß, die Haberkorns, Reinhardts und Orbans, um die Heimreise und die dafür erforderlichen Ausreisegenehmigungen [...] Die Vertreter des Werkes [...] versuchten energisch und beharrlich, durch oft angesetzte Rücksprachen die noch immer dringend benötigten Facharbeiter zu halten und neue Verträge abzuschließen. Interessante Angebote über Arbeitsplätze und Löhne im Werk oder an neuen Standorten, höhere

⁶ Siehe Gerhard Kaiser: *Rußlandfahrer. Facharbeiter aus dem Thüringer Wald in der UdSSR 1930-1965*, Tessin 2000.

Löhne und Versorgungsnormen, Urlaube und Kuren am Schwarzen Meer und auf der Krim waren zu erwägen und wurden auch untereinander diskutiert. Nach monatelangen nervenaufreibenden Verhandlungen erhielten wir und andere nacheinander 1933 die Genehmigung, die Ausreise zu beantragen. Das dauerte nochmal. Wir fuhren zurück.“ Zurück fuhren 1933 auch Albert und Lida Günther.

Die Familie Walther blieb nicht nur bis Vertragsende in Stalingrad - Max Walther verlängerte 1936, nach Ablauf seines ersten Arbeitsvertrags, seinen Vertrag um weitere fünf Jahre. Der zweite Vertrag lief bis November 1941.

Gudrun Walther hatte in Heidersbach anderthalb Jahre die damalige Volksschule besucht. Da es in Stalingrad keine Schule für deutsche Kinder gab, unterrichtete eine sprachkundige russische Lehrerin sie gemeinsam mit vier anderen deutschen Kindern bis zur 4. Klasse. Inzwischen hatte Gudrun Walther durch den tagtäglichen Umgang mit russischen Kindern die Sprache gelernt. Beim Übergang in die 5. Klasse der russischsprachigen Schule drehte sie, dem Rat der Schuldirektorin folgend, eine Ehrenrunde. Der Grund dafür war, daß sie die Grundbegriffe, zumal die sprachlichen, der speziellen Unterrichtsfächer wie Biologie, Chemie usw. zwar in deutsch kannte, nicht jedoch in russisch. Der Rat der Direktorin erwies sich als richtig, und Gudrun Walther absolvierte bis zum Sommer 1941 die weiteren Schuljahre in ihrer russischen Schule mit guten Ergebnissen.

1941, im Jahr, in dem im November der zweite Vertrag des Vaters als Facharbeiter im Traktorenwerk erfüllt gewesen wäre, schloß Gudrun Walther die 9. Klasse ab. Daß sie die 10. Klasse⁷ in dem abgelegenen Syrjanovsk absolvieren würde, einer Stadt in Ostkasachstan, unweit der Mongolei und Chinas gelegen, war ursprünglich nicht auszu-denken.

Im Juni 1941 war die deutsche Wehrmacht in der UdSSR eingefallen. Wie alle deutschen Einwohner Stalingrads (ähnlich ab September 1941 nahezu alle Deutschen in der UdSSR) mußte sich die Familie Walther Anfang September auf einem vorherbestimmten Sammelplatz einfinden. Im Wolgahafen lagen Lastkähne bereit. Sie trugen diesmal ihre menschliche Last stromabwärts und übers Kaspische Meer bis zur Stadt Gurjev. Dort begann für die Familie und die vielen unfreiwilligen Mitreisenden eine 24tägige Fahrt quer durch Kasachstan. Die Reise erfolgte in Güterwagen, auf deren Böden Stroh aufgeschüttet war. Vorerst ging es bis ins bereits erwähnte Syrjanovsk und von dort aus weiter in eine in der Nähe liegende Landwirtschaftliche Kollektivwirtschaft (Kolchos).

Für den Anfang fand die Familie Walther Unterkunft in einem der landestypischen, nicht allzu großen Blockhäuser. Obwohl es bereits Heimstatt einer siebenköpfigen Familie war, nahm diese die evakuierte deutsche Familie freundlich auf. Da es im Ort weder einen Industrie- noch einen Handwerksbetrieb gab, begann Max Walther, im Kolchos zu arbeiten. Es war eine ungewohnte, aber aus den heimatlichen Bergen bekannte Arbeit. So griff er z. B. hinter einem laut knatternden Traktor, an dessen Herstellung er möglicherweise im Traktorenwerk beteiligt gewesen war, lenkend ein,

7 Im damaligen sowjetischen Schulsystem der Abiturstufe gleich.

wenn die Pflugschare auf Hindernisse stießen. Eines Nachts, als Brachland umgebrochen wurde, kam es zu einem Unfall. Der Traktorist hörte die Hilfeschreie erst spät, Max Walther war eine lange Strecke mitgeschleift worden. Anderthalb Monate lag er im Krankenhaus, wurde zwar askuriert, aber die Spätfolgen der Brüche ließen sich beim Gehen nicht übersehen. Leute, die es gut meinten, rieten ihm, sich in Syrjanovsk nach Arbeit umzusehen. Noch galt ja für ihn wie für die Familie der Status eines Evakuierten.

Am 8. März 1942 zog die Familie um: Max hatte Arbeit in der Werkstatt eines Unternehmens gefunden, das geologische Erkundungen ausführte. Da brauchte man Bohrgestänge, Transport- und Meßgeräte, Werkzeug unterschiedlichster Art. Wieder waren seine geschickten Hände gefragt. Zwar war er beim Gehen behindert, aber an der Werkbank stand er seinen Mann. Die kleine Familie zog diesmal in eine nicht allzu geräumige Baracke. Das hatte den Vorteil, daß je Baracke nur jeweils zwei Familien ein Dach über dem Kopf fanden. Bald bot der Meister der Werkstatt, in der Max Arbeit gefunden hatte, der Familie an, ein kleines leerstehendes Häuschen in seiner Nachbarschaft zu beziehen. Wenig später nahmen die Walthers hier Wohnung. Nach Kriegsende wurde es von der Familie gekauft und ausgebaut. Doch bis dahin war es noch lange hin.

Im abgelegenen Syrjanovsk lebte neben anderen Deutschen auch eine größere Gruppe deutscher Politemigranten. Die Antifaschisten waren in die UdSSR emigriert, nachdem die deutsche Wehrmacht 1939 Tschechien besetzt hatte. Einer von ihnen war Helmuth Morche. „Ein alter Mann“, wie Gudrun Walther sich lachend erinnerte, die gerade 19 geworden war. Auf die Nachfrage, wie alt der „Alte“ denn nun gewesen sei, sagte sie mit Schalk in den Augen: „35“. Die Liebe überwand den großen Altersunterschied, und aus Gudrun Walther und Helmuth Morche wurde ein Paar. Nicht für lange. Helmuth Morche entschied sich für den Kampf gegen die Naziherrschaft. Mit Kameraden, die wie er dachten, wurde er 1943 ausgebildet. Schießen, Funken, Fallschirmspringen gehörten zum Programm. Dazu Taktik des Partisanenkampfes. Selten erreichten Frau Gudrun Briefe im fernen Syrjanovsk: zuerst aus Moskau, 1944 zwei Briefe aus Lvov in der Westukraine. Dann kam das Schweigen. Keiner ihrer Briefe an ihn wurde beantwortet. Helmut war vermißt. Jahrzehntelang. Andeutungsweise erfuhr sie, er habe am Slowakischen Nationalaufstand teilgenommen, der im August 1944 begann und an dem sich z. B. in den deutschen Dörfern und Städten der Zips nicht wenige deutsche Antifaschisten beteiligt hatten.

Insbesondere in den Jahren 1942 und 1943 änderte sich die Lage für die Deutschen in der UdSSR grundlegend. Aus Evakuierten wurden über Nacht Zwangsangesiedelte. Nunmehr unterstanden sie den jeweiligen Kommandanturen des NKWD. Den zugewiesenen Wohnort durften sie nicht verlassen. Verstöße wurden geahndet.

Als erster aus der Familie wurde Max Walther aufgefordert, sich in Ust' Kamenogorsk, am Oberlauf des sibirischen Stroms Irtysh gelegen, bei der „Trudarmija“ zu melden. Diese Arbeitsarmee unterstand ausschließlich der Verfügungsgewalt des NKWD. Die „Mobilisierten“, d. h. in diese Formation eingezogenen, waren weitgehend rechtlos. Der gehbehinderte Max Walther wurde etwas später nach Syrjanovsk zurückgeschickt. Hedwig Walther wurde, wie viele Frauen deutscher Facharbeiter, die sich noch in der

UdSSR befanden, ebenfalls zur Trudarmija gezogen und mußte Schwerstarbeit verrichten. Nicht aus freien Stücken wurde sie Holzfällerin. Die Waldarbeit bei Leninogorsk, unweit von Semipalatinsk und Ust' Kamenogorsk, in den Ausläufern des Hohegebirges Altai gelegen, kannte sie zwar aus den heimatlichen Bergen, aber dort war das niemals Frauenarbeit. Hier wurde Hedwig Walther jahrelang festgehalten. Die Arbeit mußte sommers wie winters geleistet werden. Im Winter bahnten sich die Frauen den Weg zu den Bäumen durch brusthohen Schnee. Dazu kam der trockene, beißende Frost. Und schmale Kost. Als die ursprünglich gut „bepackte“ Hedwig Walther zu Mann und Tochter zurückkehrte, „war sie nur noch ein Strich“.

Der in Syrjanovsk verbliebene Max Walther und die Tochter Gudrun schlugen sich durch, so gut es ging. Für Max war das besser als für manch anderen. Er arbeitete in seiner Werkstatt. Gudrun Walther fand, wie auch andere Deutsche, nur schwer Arbeit. Als sie einmal in einem kleinen Büro Anstellung gefunden hatte, dauerte es nicht lange, bis sie entlassen wurde, hatte sich doch inzwischen die Haltung vieler Russen gegenüber den Deutschen, egal wes Sinnes und warum sie in die UdSSR gekommen waren, durch die Kriegererfahrungen grundlegend verändert. Aus den geachteten deutschen Facharbeitern wurde der verachtete „Fritz“. Njemec, d. h. Deutscher, wurde für Jahrzehnte zu einem Schmähwort. Entlassen, suchte Gudrun Walther wieder Arbeit. Sie fand sie in einer Flößerei. Die Flöße mußten aufgelöst, das Holz an Land gezogen, gesägt und z. T. gespalten werden, Schwerstarbeit und gefährlich dazu. Nach einiger Zeit konnte sie sich in eine andere Arbeit retten. Sie fand sie beim Heuen: mähen, wenden, bis aus Gras Heu geworden war, stapeln... Eine erhoffte umfassende Berufsausbildung blieb ihr der widrigen Zeitumstände wegen versagt. Und trotzdem: Sie hatte es besser getroffen als manche andere Frauen der Rußlandfahrer. Sie konnte beim Vater, in Familie bleiben. Beide warteten auf die Mutter. Sie kehrte 1946 aus der Arbeitsarmee zurück. Nun bauten sie ihr Häuschen aus, gingen ihrer Arbeit nach.

1947 heiratete Gudrun Walther ein zweites Mal, diesmal einen Russen, der 1946 nach Verwundung und Kriegsende aus der Mandschurei nach Syrjanovsk gekommen war. Ehen mit Deutschen wurden von den Behörden zwar nicht gerne gesehen, jedoch geduldet. Aus Gudrun Walther wurde Gudrun Lužnikova und Mutter von drei Kindern. Ihr Mann war Bohrmeister in der bereits erwähnten Werkstatt der geologischen Expeditionen. Die Kinder, zwei Söhne und eine Tochter, wuchsen heran und erhielten eine systematische Ausbildung, die Mutter Gudrun durch die widrigen Zeitumstände versperrt geblieben war. Der erste Sohn wurde Bergmann, der zweite, 1955 geborene, Elektromechaniker. Beide haben sich und ihren Familien Häuser gebaut, fahren eigene Autos und sind in ihres Vaters Land, in Rußland geblieben.

Die Tochter, 1956 geboren, hat studiert, ist Bauingenieur von Beruf. 1956 wurde das bislang geltende strenge Aufenthaltsregime für Deutsche gelockert. Nunmehr mußten sie sich „nur noch einmal monatlich“ in der Kommandantur des NKWD „melden“. Reisen in Nachbarorte waren nicht mehr genehmigungspflichtig. 1961 besuchte Gudrun mit ihren Eltern und den drei Kindern erstmals wieder die alte Heimat, Goldlauter in der DDR. Ihr Mann wollte die lange Reise nicht mitmachen. Sein Grund: „Ich kann doch kein Deutsch, spreche nur russisch, und ihr habt euch doch nach drei

Jahrzehnten so viel zu sagen.“ 1980 verstarb Max Walther, zwei Jahre später die Mutter, beide im abgelegenen Syrjanovsk, das sie sich nicht ausgesucht, in dem sie jedoch Wurzeln geschlagen hatten.

Während des Aufenthalts in der DDR 1961 setzte Gudrun die Suche nach dem im Krieg vermißten ersten Ehegefährten fort. Sie fand die Mutter ihres ersten Mannes Helmuth. Diese bestätigte, was bereits im Krieg Gesprächsthema gewesen war: Helmuth habe am Slowakischen Nationalaufstand gegen das deutsche Besatzungsregime teilgenommen. Es dauerte nochmals Jahre, bis mit Hilfe von Diplomaten die letzte Spur von Helmuth Morche gefunden wurde: Ein schlichter Gedenkstein in den slowakischen Bergen enthält Namen von fünf deutschen Partisanen. An dritter Stelle von oben steht: Helmuth Morche, geboren 27.07.1908; darüber in Slowakisch: „Im Gedenken an die Helden, die ihr Leben im ungleichen Kampf mit den Faschisten opferten. 25. Januar 1945.“ Dann folgen die Namen und einige Angaben zur Person. Kommandeur der kleinen Gruppe war Gustav Schneider, etwa so jung wie seine vier Mitstreiter. Die beiden letzten Zeilen bitten den Betrachter, anknüpfend an den Begriff „Unbekannter Soldat“, des Unbekannten Fallschirmspringers mit einem guten Wort zu gedenken...

Sieben Jahrzehnte, nachdem die Familie Walther aus dem Wald in die Welt aufgebrochen war, kehrte Gudrun Walther, die das heimatliche Heidersbach als Achtjährige verlassen hatte, 2001 zurück aus der Welt in den Wald. Hier feierte sie 2003 im Kreis ihrer Familie und Freunde in Suhl ihren 80. Geburtstag.

Sie, die monatlich 292 Euro Rente erhält, kam zusammen mit ihrer Tochter, die in Rußland zuletzt ein Konstruktionsbüro geleitet hatte, deren Ehemann und zwei Kindern, den Enkelinnen von Frau Walther. Eine von ihnen hat in Wolgograd, dem einstmaligen Stalingrad, eine Hochschule absolviert, ist Mitte zwanzig und Bankkauffrau; die jüngste, Julia, besucht in Suhl das Gymnasium. Die Eltern der beiden Kinder sind wie die älteste Tochter arbeitslos. Für ihre Berufserfahrungen, ihre Sprachkenntnisse haben Unternehmer und Unternehmungen in Suhl, wohin Goldlauter seit 1979 eingemeindet worden ist, keine Arbeit.

Arbeitslos. Hoffnungslos? Die Fragen, die Max und Hedwig Walther zu ihrer Zeit und an die Zukunft hatten, harren nach wie vor einer Antwort. Die ist allein von den Enkeln zu geben. Die Vorfahren haben das Ihre bereits gesagt und getan.⁸

⁸ Frau Gudrun Walther sei für ausführliche Gespräche und Auskünfte bedankt. Zu danken ist auch Kurt Rödiger, der dem Autor einen kenntnisreichen Brief zur Verfügung stellte.

Erinnerungen

Alle Kreise der Hölle. Erinnerungen ehemaliger Häftlinge faschistischer Konzentrationslager aus der Ukraine, 1942–1945

Der Text ist einem Video entnommen, das vom regionalen staatlichen Fernsehkanal des Gebiets Donez'k, Ukraine, und der Donez'ker Gebietsorganisation ehemaliger Häftlinge faschistischer Konzentrationslager hergestellt und im September 1998 ausgestrahlt wurde. Es wurde vom damaligen Vorsitzenden der Donez'ker Häftlingsorganisation, Alexej Petrowitsch Kondratzew, an den damaligen Generalsekretär des Internationalen Sachsenhausen-Komitees, Werner Händler, im November 1998 überreicht. Eine Kopie des Videos wird im Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen aufbewahrt.

Aus dem Russischen übersetzt von Renate Leuschner.

W. S. Medwedew, Mauthausen

Ich geriet in der Stadt Stalin in eine Razzia auf dem Markt. Man brachte uns für die Nacht in das Gebäude der Philharmonie und am nächsten Tag hierher, ins Theater. Von hier aus wurden wir in Waggons verladen und fuhren weg. So kam ich nach Deutschland, in die Stadt Köln. Vom dortigen Sammelpunkt holten uns die Einkäufer ab, ich kam in die Stadt Jülich, in das dortige Reichsbahn-Ausbesserungswerk. Dort nahm ich aktiv am antifaschistischen Widerstand teil. Wir verbreiteten Flugblätter, hörten die Meldungen des Sowinformbüros im Radio ab und hielten Verbindung zu anderen Lagern. Im Jahre 1944 begannen die Verhaftungen. Auch ich wurde verhaftet. Man brachte mich nach Bonn zur Gestapo, dort wurde ich verhört. Dann kam ich in Bonn ins Gefängnis. Nachdem die Ermittlungen abgeschlossen waren, brachte man uns alle, Männer und Frauen, zur Sammelstelle in Köln. Von dort aus begann die „Reise“: Gefängnis in Hof, in Kassel, in München, dann Gefängnis in Salzburg. Da wurde uns klar, daß man uns nach Mauthausen brachte. Mauthausen war ein Lager der Kategorie 3, mit strengstem Regime, mit dem berühmten Steinbruch Wiener Graben, mit der Todesstiege mit ihren 183 Stufen, wo auch ich arbeiten mußte. Wir mußten Granitbrocken hochschleppen. Nach der Quarantäne kam ich in das Nebenlager Gusen II. Oh, mein Gott, Gusen II das waren Erdarbeiten, wir schlugen Stollen in den Berg für eine unterirdische Fabrik.

Im Winter 1944/45 wurden wir von den Läusen aufgefressen. Es wurde eine Desinfektion angeordnet. Wir Häftlinge mußten alles ausziehen, sogar die Holzpantinen, wenn sie ein Oberteil aus Stoff hatten, und dann blieben wir drei Tage lang, solange das Ungeziefer mit Gas ausgeräuchert wurde, im Freien. Als dann die Baracken wieder geöffnet wurden und wir hineinkonnten, da war nur noch ein Drittel der Gesamtzahl der Häftlinge übriggeblieben. Das ist nur ein

Beispiel von vielen, wie es dort zugeht. Die Menschen dort kamen auf vielerlei Art ums Leben.

A. A. Kusnezowa (Ostapenko), Ravensbrück

Im Lager hieß ich Ostapenko, meine Häftlingsnummer war 26337. Verschleppt hat man mich ins KZ gewaltsam am 6. Mai 1942. Ich verbrachte dort 1094 Tage. An keinem dieser 1094 Tage erlebte ich etwas Gutes, nur Gefängnisse... Zuerst sperrte man mich wegen Sabotage in Potsdam ins Gefängnis. Dann kam ich ins Straflager Nr. 21 in Braunschweig. Danach für lange Zeit nach Ravensbrück, wo ich die Frau oder damals noch das junge Mädchen Irma Thälmann kennenlernte, die man auch strafweise ins KZ gesperrt hatte. Was soll ich über das Lager erzählen? Die endlosen Appelle, die drei, vier und manchmal auch fünf Stunden dauerten, alles haben wir erlebt: Hunger, Kälte, kein Brot. Das Brot, das wir bekamen, morgens schlangen wir 200 Gramm runter, abends war das Stück steinhart. Es ist nicht verwunderlich, daß ich, als ich wieder zu Hause war, noch lange Zeit immer mehrere Brote nach Hause brachte. Meine Mutter schimpfte mit mir, ich aber hatte immer Angst, daß ich ohne Brot bleiben könnte. Nach Ravensbrück kam ich nach Neubrandenburg in ein Nebenlager. Dort habe ich im Wald im Flugzeugwerk gearbeitet, habe Scheiben, Schrauben und Muttern gefertigt. Wenn ich etwas falsch gemacht hatte, kam jemand, faßte mein Nummernschild und schrieb meine Nummer 26337 auf. Dann mußte ich eine oder anderthalb Stunden im kalten Wasser stehen. So sah mein Leben aus.

W. M. Gupalowa, Ravensbrück

Ich wurde am 23. April 1943 verhaftet. Am 23. April brachte man mich ins KZ, erst ins Gefängnis, von dort ins Konzentrationslager Ravensbrück. Alle meine Angehörigen hatte man erschossen oder verbrannt, Vater und Mutter hatte man verbrannt, ich blieb ganz allein. Ich bin froh, daß ich wieder nach Hause gekommen bin, daß ich lebe und noch auf den Beinen bin.

N. B. Nikina, Auschwitz

Ich bin die Tochter von Partisanen aus Belorußland. Gefaßt wurden wir zuerst in Witebsk. Vier Onkel von mir und mein Vater waren bei den Partisanen. In Witebsk hat man die Angehörigen von Partisanenfamilien von den anderen getrennt, uns schickte man nach Auschwitz. Zwei Wochen lang waren wir noch mit der Mutter zusammen, dann holte man uns von den Müttern weg. Das war so schrecklich! Man riß die Kinder vom Mutterherz weg. Ich kann das alles nicht vergessen, nicht die rauchenden Öfen, nicht die Versuche, die man an uns Kindern vornahm, alles ist mir im Gedächtnis geblieben. Wie man uns Kinder auf eine Wiese brachte und Schäferhunde auf uns hetzte, während die deutschen Kinder zuckten und sich amüsierten. Sie lachten, ich aber träume noch heute davon und fahre vor Angst aus dem Schlaf. Einmal habe ich mir einen Lappen um den Fuß gewickelt, da ich mir in den Holzpantinen die Füße wund gelaufen hatte. Den Lappen hatte ich gefunden. Damit aber hatte ich gegen ihre

Vorschrift verstoßen, und die Aufseherin verprügelte mich vor allen und warf mich in den Bunker. Dort stand man bis zu den Knien im Wasser, und auf den Kopf tropfte es. Viele hielten diese Strafen nicht aus. Am Morgen machte sie die Tür auf und fragte: Lebst Du noch? Ich konnte überhaupt nicht antworten. Da ich aber noch am Leben war, holte man mich raus.

Das liegt alles hinter uns. Jetzt aber... jetzt müßte es uns besser gehen...was macht man bloß mit uns.

A. I. Naftulin, Auschwitz

Ich war in vielen Gefängnissen: in Frankfurt, Erfurt, Dresden, Leipzig; überall gab es schreckliche Verhöre, Mißhandlungen usw. Schließlich brachte man mich nach Auschwitz. In Auschwitz war es furchtbar. Die Öfen brannten, man verbrannte die Menschen gnadenlos. Es wurde erzählt, daß die Transporte ankamen und es überhaupt keine Untersuchungen gab, ob die Leute arbeitsfähig waren oder nicht. Kinder, Frauen, Greise - alle wurden erbarmungslos in die Öfen geschickt. Völlig erschöpft und kraftlos kam ich auf einen Transport und landete in Sosnowiec, Birkenau, ein Nebenlager von Auschwitz. Dort mußte ich sehr schwer in einem Hüttenwerk arbeiten, wo Metall gegossen und verschiedene Rüstungsgüter produziert wurden. Aber auch hier gab es eine Gruppe. Besonders als man die Polen brachte, nach dem Warschauer Aufstand. Die Polen standen an der Spitze dieser Bewegung. Es gab viel Sabotage in diesem Betrieb, man sabotierte die Produktion, half bei Fluchtversuchen. Manche Kameraden wurden wieder eingefangen und öffentlich gehängt, die Mißhandlungen wurden überhaupt vor aller Augen vollzogen. Als die Sowjetarmee weiter nach dem Westen vorrückte, brachte man die Häftlinge von Auschwitz nach Mauthausen. In Mauthausen war ich ein halbes Jahr. Die Arbeit war unerhört schwer, im Steinbruch. Wir waren halb verhungert und zerschunden. Hier wurde schon darüber berichtet, wie die Frauen sich entkleiden mußten und wie sie im strömenden Regen oder im Schnee gestanden haben. Das gab es auch in Mauthausen. Als wir im Steinbruch arbeiteten, das war schon im Frühjahr 1945, wurden wir gezwungen, uns auszuziehen, und mußten im schlimmsten Matschwetter, bei Schneeregen stehen, wir waren am Ende unserer Kräfte.

M. S. Serebrjakowa, Auschwitz

Der Lagerführer kam mit einem großen Schlagstock und schrie: Raus! Wir waren 800 an der Zahl und mußten alle durch die eine Tür raus aus der Baracke. Eine Frau fiel dabei hin, und alle mußten auf sie treten, wir hatten keine Möglichkeit, ihr aufzuhelfen. In der Nähe gab es einen Platz mit Schotter. Dort mußten wir uns hinknien. Wir mußten sehr lange dort ausharren, während man unsere Baracke nach Waffen durchsuchte. Was das für Waffen gewesen sein sollten, das weiß ich bis heute nicht, sie haben auch nichts gefunden. Sie haben alle unsere Sachen umgekrempelt, die Strohsäcke, die Näpfe, alles lag durcheinander. Dann kamen sie raus. Wir standen immer noch auf den Knien. Dann befahlen sie uns,

uns auszuziehen, wir standen da, wie der Herrgott uns geschaffen hatte. Gegen zwei Uhr nachts kam ein großer Transport an, man brachte die Leute zum Krematorium. Die SS-Leute liefen dorthin, ließen von uns ab, sie hatten dort zu tun. Uns aber jagte man in die Baracke 19.

Ich erinnere mich auch noch daran, wie im Juli den Müttern die Kinder weggenommen wurden. [...] Sie schrien [...] Wenn man der Mutter ihr Kind wegnimmt, dann schreit sie natürlich, und das Kind schreit auch. [...] Die Frauen versuchten, ihre Kinder unter dem Rock zu verstecken oder mit dem eigenen Körper zu verdecken, aber nichts half.

G. G. Burjakowa (Swjatlenko), Auschwitz

Ich war fünf Jahre alt, als man uns, meine Mutter und fünf Kinder, ins Lager brachte. Der Älteste war 10, der Jüngste konnte noch nicht laufen. Unser Jüngster starb auf dem Wege nach Auschwitz. In Auschwitz starb meine Zwillingsschwester Tatjana. Auch unsere Mutter starb in Auschwitz, man verbrannte sie im Krematorium. So blieben wir drei allein und überlebten wie durch ein Wunder.

B. M. Perewerjew, Flossenbürg

Am 3. Mai 1943 erschossen die Deutschen meinen Vater. Bald danach brachte man mich nach Deutschland. Ich kam zur Arbeit in eine Grube, wo Glimmer abgebaut wurde. Wir waren insgesamt 50 Mann, aus Rußland natürlich. In der Nacht zum 25. Mai, es war ein Donnerstag, holte man uns zur Gestapo in der Ortschaft Plan nahe Marienbad. Dort wurden wir drei Tage lang verhört und dann ins KZ Flossenbürg gebracht. In der Nacht zum Sonntag, dem 28. Mai, mußten wir zum Baden, dann zur Desinfektion, wo zum ersten Mal einer unserer Kameraden verprügelt wurde, und zwar Sergej Suba, der ein Foto seines Vaters, das in einem kleinen Notizbuch in seiner Tasche steckte, nicht abgegeben hatte. Am nächsten Tag verteilte man uns auf die Baracken, auf die Schlafplätze, und am Montag, nein, am Dienstag trieb man uns zur Arbeit. Ich kam in eine Abteilung, wo Teile für irgendwelche Konstruktionen montiert wurden. Man teilte mich einem Kriegsgefangenen zu, Bogdanow Nikolai aus dem Gebiet Winniz. Wir arbeiteten ungefähr einen Monat zusammen, aber er war so erschöpft, daß er starb. Da wir sehr viel Ausschuß produzierten, wurden wir geprügelt. Unser Kapo oder Abteilungsleiter war ein deutscher Zigeuner, ein sehr böser Mensch, der uns mißhandelte und bis zur Bewußtlosigkeit schlug. Wenn er 25 Schläge auf das Gesäß ausgeteilt hatte, schrie er: „Willst Du arbeiten?“ – „Jawohl, Herr Kapo,“ antwortete man. „Dann mach Dich weg von hier, Kruzifix, krumm und halleluja.“ So hat er jeden einzelnen mißhandelt.

W. D. Doros, Ravensbrück

Besonders ist mir im Gedächtnis geblieben, wie man die Judentransporte brachte. Die Mütter schickte man angeblich ins Bad zum Duschen, das waren aber Gaskammern, wo sie liquidiert wurden. Dann habe ich noch gesehen, wie

man die nackten Leichen wegbrachte, sie hatten alle einen rosa Stempel als Zeichen, daß sie tot waren. Viel, viel Schreckliches habe ich gesehen.

(ohne Namen), Buchenwald

Am 8. Januar 1944 kam ich nach Buchenwald. Ich hatte damals ein steifes Bein und ging am Stock. Nach der Quarantäne kam ich ins Revier, wo man uns zur Arbeit einteilte. Der SS-Arzt untersuchte jeden, schaute in den Mund, in die Augen usw. Dann kam er von hinten an mich heran und schlug mit voller Wucht mit seiner rechten Hand in meine linke Kniekehle. Er dachte, das Knie würde einknicken, aber das Bein blieb steif und schlug nach vorn aus. Dann sah ich noch, wie man den Leuten das Blut aus der Vene abzapfte. Man setzte sie einfach auf einen Stuhl, legte sie nicht wie sonst üblich hin, man setzte sie auf einen Stuhl, band die Hände fest, stach mit der Nadel in die Ader und zapfte Blut ab.

A. G. Iwanow, Flossenbürg

Im Mai 1942 wurde ich nach Deutschland verschleppt. Ich kam in die Stadt Braunschweig. Dort arbeitete ich in einem Rüstungsbetrieb als Dreher, als Dreherlehrling. Man teilte mich einem Deutschen zu, der älter war als ich, und ich war sein Lehrjunge. Als der Deutsche eines Tages zu Mittag ging, schaltete ich ohne Erlaubnis die Maschine ein, und das Stück, das eingespannt war, kurzum, ich habe es kaputtgemacht. Man verprügelte mich bis zum Wahnsinn und schickte mich dann ins Straflager. In das Lager Nr. 21, 18 km von Braunschweig entfernt, in die Hermann-Göring-Werke. Dort war ich vier Wochen lang. Diese vier Wochen haben gereicht, um den Menschen bis zur völligen Erschöpfung zu treiben.

G. I. Solowjew, Dachau

Verhaftet wurde ich hier in Donezk von der deutschen geheimen Feldpolizei. Wegen illegaler Arbeit. Wir waren insgesamt drei, die verhaftet wurden. Einer wurde erschossen. Ich glaube, man hat ihn in die Schurfgrube geworfen. Die beiden anderen wurden abtransportiert. Damals begann gerade die Evakuierung der deutschen Truppen, und von hier fuhr ein ganzer Zug mit Gefangenen. So kamen wir geradewegs nach Dachau. Dort waren wir einen Monat lang in der Quarantäne, dann kam die ärztliche Untersuchung, um uns in die einzelnen Lager zu verschicken. Bei mir wurde offene TBC festgestellt, und so kam ich für zwei Monate in den Krankenbau. Ich muß gestehen die gute Behandlung durch das dortige Personal, das waren ja eigentlich auch alles Gefangene, vorwiegend Österreicher und Tschechen. [...] Zwei Monate später entließ man mich in das Lager.

A. W. Chilinskaja (Kolesnitschenko), Ravensbrück

Im April brachte man mich nach Deutschland in einen Rüstungsbetrieb. Nachdem ich dort vier Monate gearbeitet hatte, weigerte ich mich, weiter im

Kriegsbetrieb zu arbeiten. Ich wurde verhaftet, ins Gefängnis geworfen und dann nach Ravensbrück gebracht. In Hannover hat man mich verhört und geschlagen, zwei Monate blieb ich im Gefängnis, danach kam ich nach Ravensbrück. Es gab da eine Episode. Einmal beim Mittagessen, es gab Kartoffeln, Pellkartoffeln, und neben mir stand die Kaffeekanne. Ein junges Mädchen hatte die Kartoffeln gegessen und sagte zu mir: „Mir ist ganz schlecht, gib mir etwas Kaffee“. Im Saal war es ganz still. Ich goß ihr Kaffee ein, und der Becher schupperte ein wenig. Da kam die Aufseherin angerannt: „Was ist los?“ Dann sah sie den Becher mit Kaffee und schlug auf mich ein. Ich verlor das Bewußtsein. Die anderen Mädchen riefen mir zu: „Sag doch bitte, bitte sie doch.“ Aber ich habe gesagt: „Nein, ich bettele nicht bei dieser Parasitin.“ Sie hat mich dermaßen geschlagen, daß ich das Bewußtsein verlor und ins Krankenrevier kam. Dort arbeitete eine Kriegsgefangene, Tonja Kitowa. Sie hat mich drei Monate lang im Revier gehalten und mir so das Leben gerettet, mir ging es sehr schlecht. Wir waren auch zusammen in der Baracke 12 in Ravensbrück.

A. S. Safonowa (Tadorskaja), Ravensbrück

Man brachte mich nach Ravensbrück, ich wurde kahlgeschoren, mußte die gestreiften Kleider anziehen, bekam meine Nummer, den Winkel und kam in die Baracke 12. Erst war ich in der Baracke 12, dann kriegte ich die Schwindsucht und kam in die Baracke 10, in die Quarantäne, ins Krankenrevier. Im Revier blieb ich 3 oder 4 Monate. Ich wußte nicht, wer und was. Ich hörte nur, daß bei uns im Lager Rosa Thälmann, Marie Claude, Zenka Nedlowa waren, alles Antifaschistinnen. Mit ihrer Hilfe bin ich wieder gesund geworden.

F. I. Mawrodi, Dachau

Unser Lager war ein Männer-KZ. Ein Teil der Baracken wurde freigemacht und durch Stacheldraht abgetrennt. Wir haben dann erlebt, als unsere Armee die Weichsel überschritten hatte, und man begann, Auschwitz zu evakuieren, wie man bei 20 Grad Frost Frauen hertrieb. Sie waren barfuß, hatten erfrorene Füße, stützten sich zu zweit, zu dritt gegenseitig, manche zogen Schlitten hinter sich her, auf denen vielleicht ihre Mutter lag, vielleicht aber zog die Mutter auch ihre Tochter. Es war ein schreckliches Bild.

Im Februar wurden wir in Eisenbahnwaggons verladen, es war so eng, man konnte kaum stehen. Am Morgen war dann genügend Platz - die Hälfte war tot, man hatte die Leichen gestapelt, so daß man sich frei bewegen konnte.

Wir kamen in das Dorf...¹, in ein vormaliges Lager für französische Kriegsgefangene. Dort wurde ich magenkrank. Der Arzt sagte, es gehe zu Ende. Sie können sich meine Stimmung vorstellen. Aber es gab dort Kameraden, die ich noch von Groß-Rosen her kannte, auch zwei georgische Ärzte. Ich wurde von einem unserer Kriegsgefangenen behandelt, dem Arzt Sascha, ein guter Mensch,

¹ Unverständlich – d.Ü.

Gott schenke ihm Gesundheit. Man ließ sich von den Franzosen irgendwelche Spritzen für mich geben, und so blieb ich am Leben.

I. I. Kriwonos, Buchenwald

Ich war Buchenwaldhäftling mit der Nummer 4535. Im Lager lernte ich den Kommunisten Erich Hase kennen, einen Kampfgenossen Thälmanns. Er gehörte zur Leitung der illegalen Organisation in Buchenwald. Mit ihm war ich drei Jahre zusammen. Wir hatten dort ein schlimmes Leben, haben sehr gelitten. Am 11. April 1945 nahm ich zusammen mit Erich Hase teil an dem bewaffneten Aufstand. Erich Hase war für mich wie ein Vater. Ich war 16 Jahre alt, als ich nach Buchenwald kam, und er hat mich Jüngeren immer unterstützt. Am 11. April, nach der Selbstbefreiung des Lagers, trennten wir uns. 30 Jahre später, lange nach dem Krieg, haben wir uns in Donezk wieder getroffen. Seitdem haben wir uns immer geschrieben und uns gegenseitig besucht. Dieser Mensch hat mir das Leben gerettet.

A. N. Legesa (Gudina), Ravensbrück

Ich war noch keine 17 Jahre alt, als man mich nach Deutschland verschleppte. Ich kam nach Neubrandenburg in die Flugzeugwerke, wo ich als Dreherin arbeitete. Weil ich mein Pensum nicht schaffte und viel Ausschuß lieferte, verprügelte mich der deutsche Vorarbeiter, ich fiel auf den Zementboden und zog mir eine schwere Gehirnerschütterung zu. Ich kam ins Krankenhaus. Nachdem ich wieder gesund war, holte mich die Gestapo. Sie verhörten mich eine ganze Woche lang, um herauszubekommen, wer mich veranlaßt hatte, Ausschuß zu produzieren. Dort blieb ich also eine Woche, danach kam ich ins Gefängnis in Altstrelitz, wo ich zwei Wochen lang in Einzelhaft saß. Wieder verhörte und prügelte man mich, da sie aber nichts erreichen konnten, denn ich wußte von nichts und niemandem, es war ganz allein meine Arbeit, schickten sie mich ins KZ Ravensbrück. Dort schnitt man mir die Haare ab, steckte mich in gestreifte Kleider, gab mir Holzpantinen, und bis zum 2. Februar 1943 war ich dann in der Quarantäne-Baracke. An diesem Tag ergab sich die Paulus-Armee. Die Deutschen waren sehr wütend. Ausnahmslos alle trugen schwarze Armbinden. Man schloß uns für drei Tage ein, drei Tage lang herrschte Trauer. Uns ließ man eingesperrt in der Baracke, ohne Essen, ohne Trinken. Dann kamen wir in einen Betrieb in der Stadt Grüneberg. Auch dort wurde ich wieder mißhandelt, ich weiß bis heute nicht, warum, ob ich der Aufseherin nicht gefallen habe oder sonstwas, sie hetzte den Hund auf mich, der meine Kleider zerfetzte, und steckte mich für fünf Tage in den Bunker. Ich weiß nicht, wie es mir ergangen wäre, aber da begann die Evakuierung aus Grüneberg wieder nach Ravensbrück, und dann gingen wir auf den Todesmarsch, bei dem sehr viele unserer Mädels ums Leben kamen - durch Ruhr, durch Hunger, durch Erschießen.

F. I. Mawrodi, Dachau

Irgendwann im März, in der zweiten Märzhälfte, befahl man uns, uns in Kolonnen zu jeweils 600 Mann aufzustellen. 16 Tage lang trieb man uns Richtung Dachau. Ich kann mich noch an den Deutschen erinnern, der hinter uns mit der Parabellum ging, einen Hund neben sich, mit einem stieren Blick, und wer nicht weiterlaufen konnte, legte sich in den Straßengraben, bedeckte den Kopf mit den Händen, und der Deutsche kam heran und gab ihm den Genickschuß. Angekommen sind in jeder Kolonne ca. 300 Leute.

W. P. Belyj, Dachau

Am 26. April wurden wir evakuiert, nicht das ganze Lager Dachau, sondern ca. 12.000 Mann. Wer Kraft und einen starken Willen hatte, der überlebte bzw. es war sein Schicksal, am Leben zu bleiben. Wer aber hinfiel, war erledigt, er wurde erschossen und auf einen Karren geladen – wohin man sie brachte, wußten wir nicht. Man trieb uns in einen Wald hinter München. Es hieß, in den Alpen seien für uns schon Höhlen vorbereitet, wo wir vergast werden sollten. Als wir noch 10 oder 8 km vom Ziel entfernt waren, mußten wir über eine Brücke. Die einen trieb man direkt durch den Fluß, uns aber über eine bogenförmige Betonbrücke. Auf der Brücke stand ein SS-Mann, es gab eine Vertiefung für eine Bombe oder Mine, zum Sprengen. Wir marschierten also über die Brücke und sahen, daß die Wachmannschaften zurückblieben. Hundert Meter weiter stießen wir auf ein kleines Dorf und Bahngleise. Auf der Kreuzung standen Deutsche und riefen: Drei Kilometer von hier sind die Amerikaner. Russen gut, Russen gut – d. h. für sie waren wir mit einmal die Guten.

A. P. Kondratzew, Sachsenhausen

Nach Angaben der Deutschen sind auf dem Todesmarsch 10.000 Menschen von insgesamt 30.000 erschossen worden. In der ersten Nacht, d.h. nicht in der Nacht, als man die Häftlinge aus dem Lager trieb, sondern in der zweiten Nacht, da hat man uns gefaßt; wir sind erst noch lange im Lager 'rumgelaufen, wir waren eine Gruppe Jugendlicher, wir waren neun und wollten uns nicht trennen, wir wollten uns verstecken, haben aber kein Versteck gefunden, und schließlich hat man uns ergriffen und in die Kolonne gesteckt und aus dem Lager getrieben. In dieser einen Nacht sind von insgesamt 100 Leuten 14, nein 16 Mann übrig geblieben. Es war schrecklich. Das war regelrechte Massenvernichtung.

Am Ende dieses Todesmarsches, als wir im Wald in der Nähe von Below einige Tage Rast machten – wie kam es, daß wir am Leben blieben? Weil uns die Weißen Busse – so nennt man sie in den Geschichtsbüchern – einholten. Die Weißen Busse – das war das Rote Kreuz. Das war Schweden. Und diese Busse holten uns ein, und es begann die Austeilung. Und unser Blockältester aus der Baracke der Minderjährigen, der uns aufgespürt hatte, schlug den SS-Leuten vor, die Jugendlichen – es war ja nur noch ein Häuflein von ca. 100 Mann – sie sollten den Schwachen helfen, in die Busse zu steigen, und dafür sollten sie eine zweite Ration bekommen. So geschah es auch, wir erhielten eine zusätzliche

Ration, danach aber spannte man uns vor Wagen, die mit Koffern und persönlichen Sachen der SS-Leute beladen waren, und trieb uns weiter. Wobei es nunmehr schon nicht mehr nur 10-20 SS-Wachleute waren, sondern um die 200 herum. Eine Kolonne vorn, eine Kolonne hinten, rechts und links die Reihen der SS-Wachleute, so sind wir marschiert. In Erinnerung ist geblieben, wie wir an einer Stelle die vor uns marschierende Kolonne einholten, das aber waren Deutsche, deutsche politische Häftlinge. Sie hatten in einer Scheune haltgemacht. Als wir da vorbeikamen, sah ich hin und erkannte sie: Otto Walter, Max Ginka und andere Kameraden, mit denen ich im Kommando der Zimmerleute gearbeitet hatte und die mir durch ihr Verhalten wie auch dadurch, daß sie uns ab und zu etwas zu essen zukommen ließen, ein oder zwei Kartoffeln manchmal, geholfen haben zu überleben. Und nun erblickte ich im Vorbeigehen meine Freunde, die Tore waren offen, davor aber standen SS-Leute, die sie bewachten.

Und eingedenk dessen, wie wir im Lager überlebt haben, durch Solidarität und Freundschaft, durch die internationale Solidarität, sagte ich zu meinen Kameraden: Jungs, laßt uns etwas organisieren. Alle unsere Jungen waren nämlich eingespannt, um Kartoffeln zu schälen, zu kochen, zu schleppen, um Feuer zu machen und Holz zu sägen. Und so gelang es uns, zwei Kessel Kartoffeln beiseite zu bringen. Wir lagerten sie im Schweinestall, der an die große Scheune grenzte. Und obwohl es gefährlich war und ich natürlich Angst hatte, denn hätte man mich erwischt, so hätte es mein Leben gekostet, trotzdem habe ich mich in die Scheune geschlichen und meine Freunde dort aufgesucht und ihnen die zwei Kessel Kartoffeln gebracht.

Meine Vorredner, meine Altersgenossen oder auch die Älteren, die hier gesprochen haben, meine Leidensgefährten aus den schrecklichen Jahren des Krieges – sie haben gesprochen, ich habe zugehört. Und da möchte ich sagen: Es hörte sich so an, als fiele es ihnen leicht zu sprechen. Wahrscheinlich reden sie so, um das Vergangene nicht wieder aufzuwühlen. Denn meine Kameraden aus Sachsenhausen haben zum Beispiel nicht gesagt, daß von uns nur jeder zweite oder sogar nur jeder dritte am Leben geblieben ist, wenn man die Todesmärsche dazurechnet. Es war wirklich eine Hölle. Wir sind wirklich Opfer eines Massenmordes. Denn die Konzentrationslager waren alle, auch Sachsenhausen, dazu geschaffen, die Menschen, die man dorthin brachte, zu vernichten. Vernichtung durch Arbeit.

N. F. Drewal

Ich selbst war keine Gefangene. Mein Mann, Drewal Dmitrij Jakowlewitsch, war Häftling. Er ist Invalide der 1. Kategorie und seit 11 Jahren ans Bett gefesselt. In den vielen Jahren, die ich mit meinem Mann zusammenlebe, hat er mir viel erzählt, und ich weiß genau, wie es war, denn jedesmal, wenn er erzählte, hat er geweint.

M. S. Serebrjakowa, Auschwitz

(sie trägt ein Gedicht vor, das in freier Übersetzung lautet:)

Tief in der Nacht hat man uns aus dem Schlaf gerissen:

Raus zum Appell! – wir haben stehen müssen,

Geplagt von Hunger, Kälte, Müdigkeit.

Für alle andern Menschen war noch Ruhezeit.

Und war man krank, so durfte man's nicht zeigen,

Vergeblich hoffte man auf einen Arzt, das Glück.

Es gab nur eine Heilung für dein Leiden –

Ins Krematorium. Von dort gab's kein Zurück.

A. A. Marjin, Mauthausen

Seine Nummer mußte jeder auswendig kennen, wie das Einmaleins, sonst setzte es Prügel.

W. W. Jewik, Mauthausen

Die Kleidung werde ich bis an mein Lebensende nicht mehr tragen. Überall werden die Konzentrationslager als Orte der Massenvernichtung bezeichnet. Von uns aber sagt das Gesetz, wir seien einfach Gefangene gewesen.

A. P. Kondratzew, Sachsenhausen

All die Jahre nach der Gefangenschaft im Konzentrationslager habe ich die Dinge so gesehen, daß es zwei Deutschland gegeben hat. Das eine war das faschistische Deutschland, das nationalsozialistische Regime, das ohne Erbarmen vernichtete. Dieses Regime trägt auf jeden Fall die Schuld am Tod von Millionen Menschen, es sind mindestens acht Millionen ums Leben gekommen. Wenn man die 4,5 Millionen dazurechnet, die in Auschwitz umgebracht worden sind, so werden es wohl mehr als 12 Millionen gewesen sein.

Gleichzeitig aber gab es die deutschen Antifaschisten, die Hitlergegner, die mit uns zusammen in den Lagern waren. Und alle, die überlebt haben, alle, die hier versammelt sind, haben großes Glück gehabt, einfach Glück gehabt, denn es ist ein großes Glück, das Konzentrationslager zu überleben, noch am Leben zu sein. Und jeder oder viele der hier Versammelten könnten, wenn wir ausführlicher berichten würden, davon erzählen, wie gut einzelne Deutsche zu ihnen gewesen sind, sowohl aus der Bevölkerung als auch aus den Reihen unserer Mithäftlinge, wie sie uns geholfen haben, wie sie dazu beigetragen haben, daß wir überlebten.

Sprecher

Die Faschisten machten sie zu Namenlosen. Jeder war nur eine Häftlingsnummer. Es kann keinen Zweifel daran geben, wie unermeßlich groß die Leiden der Häftlinge waren, unter denen sich Tausende unserer Landsleute

befanden; wie grenzenlos die Brutalität und die Unmenschlichkeit ihrer Henker waren.

Denkt nach über die Vergangenheit, um in unseren Tagen das Leben zu schützen und das Gewissen der Welt wachzurütteln.



Geschichte(n) der Ersten Sozialistischen Stadt Deutschlands

Zum 50. Jahrestag des Baubeginns, den die Stadt – eigentlich verfrüht – im August 2000 feierte, erschien Band I des Lesebuchs mit Erinnerungen der Aufbaugeneration.

Nunmehr folgt der lang geplante zweite Band der Gesprächsprotokolle, der wiederum von Jochen Cerny redigiert wurde.

Herausgegeben im Auftrag der Geschichtswerkstatt Eisenhüttenstadt e. V. von Dagmar Semmelmann, Gudrun Prengel und Ursula Krüger.

ISBN 3-929390-41-8 (Band I)
ISBN 3-929390-72-8 (Band II)
mit vielen historischen Photographien
je 10,00 Euro

zu beziehen über den Buchhandel
oder über edition bodoni · linienstraße 71
10019 berlin · info@bodonimuseum.com
tel. 030-2825137

Der Aufsatz

Elke Scherstjanoi

Vladimir Senevič Šefir : ein sowjetischer Militärstaatsanwalt 1945 - 1947 in Deutschland

Seite 164-170

steht nur in der Druckausgabe zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Ihre Bibliothek.

Diskussion

Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus im 20. Jahrhundert*

Fritz Vilmar

In einem berühmten Kriminalroman von Jean-Claude Izzo heißt es von einem alten Marseiller Arbeiter, daß er am Stammtisch mehr und mehr verstummte: „Il fallait fermer sa gueule [...] parce que il avait été communiste, et le communisme n’était plus aujourd’hui dans le monde qu’un tas de cendres froides.“¹ Wir Linken wollen es noch nicht so ganz glauben, aber wir müssen aufwachen und uns eingestehen, was heute weithin in der Welt gilt – nicht nur für den Kommunismus: Der Sozialismus ist zu einem Haufen kalter Asche geworden.

Auch ich muß es mir eingestehen, und es ist sehr bitter.² Der Sozialismus war – trotz aller kritischen Distanz – ein halbes Jahrhundert lang das Zentrum meines geistigen und gesellschaftlichen Lebens, und im letzten Jahrzehnt habe ich diese bittere Erkenntnis vor mir her geschoben, daß er zu einem Haufen kalter Asche geworden ist. Hätten wir nicht gleichwohl in diesem halben Jahrhundert einiges für die Menschen – besonders für die Menschen außerhalb der Bourgeoisie – erreicht, so müßte ich mich fragen, ob nicht auch meine geistige und gesellschaftliche Arbeit zu einem Haufen kalter Asche geworden ist.

Wie hat diese größte Hoffnung und Errungenschaft des 20. Jahrhunderts derart zuschanden werden können? Wie konnte es nach einem solchen Aufstieg zu einem solchen Zusammenbruch des Sozialismus kommen? Wie konnte es passieren, daß ein wesentlicher Teil der ausgebeuteten, abhängigen Massen jener Idee und Politik von den Fahnen lief, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu ihrer Befreiung aufgebrochen waren? Denn dies war und ist doch das am tiefsten Erschreckende, daß der Sozialismus im Laufe dieses Jahrhunderts nicht die Glaubwürdigkeit, die Überzeugungskraft entfaltet hat, um die große Mehrheit der abhängig arbeitenden Citoyens dauerhaft für sich zu gewinnen, obwohl die Ausbeutungsrate eher größer als kleiner geworden ist.

* Der Autor hat zu dieser Thematik wiederholt in Lehrveranstaltungen, Vorträgen und Aufsätzen Stellung genommen. Hier erscheint seine für 2005 vorgenommene Neufassung.

1 Jean-Claude Izzo: Chourmo, Paris 1996, S.31: „Er mußte seine Schnauze halten, [...] denn er war Kommunist gewesen, und der Kommunismus war heute in der Welt nur noch ein Haufen kalter Asche.“

2 Die Einladung, zur Eröffnung des Arnold-Künzli-Kolloquiums am 6.12.2002 zu sprechen, und das Eingedenken des langen Austauschs mit meinem Freund Künzli über die richtige reformsozialistische Strategie gaben mir den entscheidenden Anstoß, den Versuch einer Bilanz zu machen.

Ich werde zunächst den bekannten, aber immer wieder erstaunlichen Aufstieg noch einmal in Erinnerung rufen und anschließend versuchen, die Hauptgründe für die Abwendung der Mehrheit vom Sozialismus zu erörtern. Es sind dies

- die Spaltung der sozialistischen Bewegung in die sich bekämpfenden Flügel der revolutionären und der Reformsozialisten;
- die abschreckende Entwicklung der Sowjetunion und der dramatische Zerfall des sogenannten Realsozialismus;
- die äußerst erfolgreiche Korrumpierung der Mehrheit – im Sinne einer antisozialistischen Verkleinbürgerlichung – durch die Indoktrination, vor allem aber durch die Wohlstandsproduktion als Abfallprodukt des Kapitalismus, und in dessen Gefolge
- die schrittweise Selbstaufgabe der westlichen sozialistischen Organisationen der Arbeiterbewegung, die Abwendung von ihrer sozialistischen Zielsetzung.

Aufstieg

Um das Ausmaß dieses weltgeschichtlichen Verlustes zu ermessen, ist vorab wenigstens in groben Zügen der erstaunliche Aufstieg des Sozialismus³ seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Erinnerung zu rufen. Woher kam er? Ich kann hier nur verweisen auf seine uralten und seine neuzeitlichen Quellen, die Ernst Bloch emphatisch, auf fast 500 Seiten, im 4. Teil des „Prinzips Hoffnung“⁴ zur Sprache gebracht hat.

Vorab will ich vor allem an den nunmehr 2000 Jahre alten, von der Kirche stets eskamotierten revolutionären Ursprung des Christentums erinnern, an den vermutlich essenischen Kommunismus Jesu⁵, der sich im Gebot des urchristlichen Gemeineigentums niederschlug: „Kein einziger (der Gläubiggewordenen – F. V.) nannte ein Stück seines Besitzes sein [...] Eigentum, sondern sie hatten alles als Gemeingut. [...] Es gab auch keinen Notleidenden unter ihnen; alle nämlich, welche Ländereien oder Häuser besaßen, verkauften diese, brachten dann den Erlös [...] und stellten ihn den

3 Die wohl umfassendste Dokumentation der Entwicklungen, Strömungen, Theorien und Gestalten des Sozialismus findet sich in dem fast 800seitigen „Lexikon des Sozialismus“, das im Kölner Bund Verlag 1986 von Thomas Meyer, Karl-Heinz Klär, Susanne Miller, Klaus Novy und Heinz Timmermann herausgegeben worden ist.

4 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd. 2, Berlin 1955, S.32-512. Erwähnt zu werden verdient aber auch eine heute fast vergessene, großartige historische Studie, die Robert von Pöhlmann bereits 1893 in zwei Bänden vorgelegt hat: Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken (!) Welt, 3. Aufl., München 1925. Hochinformativ insbesondere seine Darstellung des frühgeschichtlichen (Agrar)Kommunismus im alten Hellas, ebenda, S.3-114.

5 Siehe dazu Genaueres, nicht zuletzt über die Versuche der Kirche, die kommunistische Lehre Jesu zu eskamotieren: Martin Leutzsch: Erinnerung an die Gütergemeinschaft. Über Sozialismus und Bibel, in: Richard Faber (Hrsg.): Sozialismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 1994, S.77-94. Über den historisch primär links-christlichen Kommunismus-Begriff schreibt der Autor: „Noch bevor die Begriffe ‚Kommunismus‘ und ‚Sozialismus‘ im 19. Jh. ihren festen Platz im politischen Diskurs finden, waren zwei christliche Gruppen, die mit Bezug auf die Urgemeinde Gütergemeinschaft praktizierten, als ‚kommunistisch‘ etikettiert worden: die als Häretiker verfolgte Bewegung der *communelli* [...] des 13. Jh.s und [...] die [...] als *communistae* bezeichneten Hutterer des 16. Jh.s.“ (ebenda, S.78)

Aposteln zur Verfügung; davon wurde dann jedem nach seiner Bedürftigkeit zugeteilt.“⁶

Aufgebrochen ist der Sozialismus dann bereits im frühbürgerlichen Denken, also schon in den Zukunftsentwürfen eines Thomas Morus, und dann, seit dem 18. Jh., in vielen alternativen Gesellschaftsmodellen (ich nenne nur Owen, Fourier, Saint Simon, Kropotkin, Weitling), in denen die Gleichheit der Menschen und die gemeinschaftliche Verwaltung der Produktionsmittel zur Grundlage eines menschenwürdigen Zusammenlebens aller erklärt wurden.

Auf dieser ideengeschichtlichen Basis vollzog sich dann seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der erstaunliche Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung, der gewerkschaftlichen wie der politischen. Dieser hatte selbstverständlich seine soziale und soziologische Grundlage im mehr oder weniger schnellen Anwachsen einer Industriearbeiterschaft und, im Zuge der Mechanisierung der Landwirtschaft, sogar auch eines Agrarproletariats. 1875 war in Deutschland schon knapp die Hälfte der Erwerbstätigen, 3,5 Mill., Arbeiter; 1907 waren es 9,4 Mill. und 1925 über 14 Mill.⁷

In Ländern mit einer sich schrittweise in Richtung des allgemeinen Wahlrechts entwickelnden bürgerlichen Demokratie haben Arbeiterparteien und Gewerkschaften schon vor dem Ersten Weltkrieg, trotz der anhaltenden Zensur und der polizeistaatlichen Behinderungen, einen steilen Aufstieg genommen. Ohne schon an der Regierungsmacht beteiligt zu sein, haben sie, als mächtigste pressure group im bürgerlichen Staat, die schrittweise Verabschiedung wichtiger Sozialgesetze erzwungen und – entgegen den Unheilspropheten des „Ehernen Lohngesetzes“ – schrittweise Erfolge hinsichtlich der Löhne und Arbeitszeiten erkämpfen können. Bekannt ist Bismarcks Wort – um die Konservativen für die Renten- und Krankenversicherung einzustimmen, – man müsse diese Sozialgesetze verabschieden, „um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen“. Oft ist argumentiert worden, es habe Bismarck und den Bürgerlichen nichts genützt. Die Sozialdemokratie sei dennoch von Reichstagswahl zu Reichstagswahl gewachsen. Dieses Argument ist nur halb richtig. Zwar hat sich eine wachsende Zahl der Arbeiter durch die Sozialgesetzgebung durchaus nicht von der Treue zur Sozialdemokratie abbringen lassen, im Gegenteil. Ihr Siegesbewußtsein wuchs von Jahr zu Jahr, ihre Stimmanteile im Reichstag wuchsen von Wahl zu Wahl.

Stimmanteile der SPD im Reichstag 1871 = 3 %	Gewerkschaftsmitglieder
1890 = 20 %	1891 = 280 000
1912 = 35 %	1914 = 2.490 000 ⁸

Aber niemals im 20. Jahrhundert entschied sich eine große und stabile Mehrheit des Volkes für den Sozialismus – weder durch Wahlen noch durch Revolution. Als

6 Zit. nach der Übersetzung von H. Menge, Stuttgart 1946, S.186.

7 Siehe Fritz Sternberg: Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Köln 1951, S.25, 87.

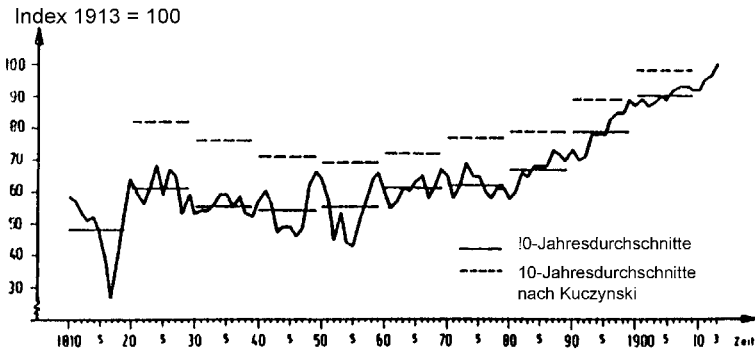
8 Siehe Robert Leinert: Die preußischen Landtagswahlen, Berlin 1913, S.10ff.

trügerisch erwies sich die revolutionäre Naherwartung, der Friedrich Engels schon 1892 siegesicherer Ausdruck verlieh: „In Deutschland steht die Arbeiterbewegung sogar innerhalb messbarer Entfernung vom Triumph(!). Der Fortschritt, den sie dort seit 25 Jahren gemacht, ist ohnegleichen. Er bewegt sich voran mit wachsender Geschwindigkeit.“⁹

Keine der beiden großen Visionen hat sich erfüllt: weder die von Karl Marx, daß der Sozialismus zum Sieg gelangen würde durch die revolutionäre Machtergreifung, die Diktatur des Proletariats, noch die von Ferdinand Lassalle, daß er nach der Er kämpfung des Allgemeinen Wahlrechts eintreten müsse, weil natürlich die große Mehrheit des Volkes sozialistisch wählen würde.

Die von Marx prophezeite revolutionäre Zuspitzung der Klassenausinandersetzung relativierte sich durch die allmählichen Erfolge der Arbeiterbewegung. Die organisierte Arbeiterschaft Europas blieb zwar zunächst bei ihrem marxistisch-revolutionären Endzeitglauben, erlebte aber im Vierteljahrhundert zwischen 1890 und 1914, daß sich trotz der Klassenherrschaft des Kapitals nicht jene erwartete Zuspitzung ereignete, die schließlich, wie Marx dekretierte, „mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes“ zur Revolution führen sollte. Es kam also nicht zu jener berühmten Hegel-Marxschen dialektischen Negation der Negation, nicht zur revolutionären Expropriation der Expropriateure. Vielmehr eröffneten schrittweise lohn- und sozialpolitische Verbesserungen¹⁰ durchaus die Perspektive auf eine reformpolitische Veränderung der Machtverhältnisse.

Durchschnittliche Realeinkommen in Industrie und Handwerk



Aus: R. Gömmel, *Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810-1914)*, Nürnberg 1979, S. 27-29

⁹ Friedrich Engels: Über historischen Materialismus, in: Die Neue Zeit, XI. Jg., H. 2. Bernstein (siehe Anmerkung 13) tritt dieser Naherwartung zur gleichen Zeit schon ausdrücklich entgegen – ein einsamer Rufer in der Wüste!

¹⁰ Die jährlichen Realeinkommen der Arbeiter stiegen in Deutschland von 464 Mark (Wert von 1913) im Jahre 1855 auf 1083 Mark im Jahre 1913. (Von 1810 bis 1855 „Verelendung“ von 618 auf 464 Mark.)

Hier aber zeigte sich bereits am Beginn des Jahrhunderts eine große Barriere des sozialistischen Aufstiegs. Die Arbeiterschaft und vor allem die sozialdemokratischen Parteien (außer in England) verharrten weithin in einer Haltung des Abwartens, des dann sogenannten „revolutionären Attentismus“.¹¹

Exkurs über kommunistische und christliche Naherwartung

Es gibt dazu eine lehrreiche religionsgeschichtliche Parallele: Die Sozialisten verhielten sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfach wie die frühen Christengemeinden. Der „revolutionäre Attentismus“ heißt hier, in der Sprache der Kirchengeschichte, „eschatologische Naherwartung“. Die Christen lebten, gemäß der eschatologischen Prophezeiung Jesu, in der Erwartung des großen Umsturzes, des Tausendjährigen Königsreichs Gottes (der „*basileia tou Theou*“). Die gleiche Utopie hieß bei den Sozialisten freilich nicht Reich Gottes, sondern Reich der Freiheit, klassenlose Gesellschaft.

Für die Sozialisten war es, wie 2000 Jahre vorher für die frühen Christen, sehr schwer, diese eschatologische Naherwartung aufzugeben und sich auf die schrittweisen Erfolge im Hier und Jetzt einzustellen. Sich aktiv in die bestehende Gesellschaft zu integrieren, galt lange als Verrat an der revolutionären Erwartung.

Wer, wie Eduard Bernstein schon 1899¹², auf das Ausbleiben der endzeitlichen revolutionären Zuspitzung hindeutete und die sozialistische Bewegung auf eine Reformpolitik umzustimmen versuchte, wurde als Häretiker, als Zweifler am Heiligen Geist der Marxschen revolutionären Naherwartung in Acht und Bann getan.¹³

11 Siehe Dieter Groh: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus*, Berlin 1973.

12 In seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Rolle der Sozialdemokratie“, 1. Aufl. Berlin 1899.

13 In dem genannten Werk ist eine Verteidigungsschrift Bernsteins als „Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag der SPD von 1898“ abgedruckt, in der er die Quadratur des Kreises versucht: sich als nicht im Widerspruch zu Marx stehend darzustellen und gleichzeitig auf seiner Kritik an dessen revolutionären Erwartungen zu bestehen: „Ich bin der Anschauung entgegengetreten, daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen beziehungsweise von ihr abhängig machen soll. Das halte ich in vollem Umfang aufrecht. Die Anhänger dieser Katastrophentheorie stützen sich im wesentlichen auf die Ausführungen des ‚Kommunistischen Manifest‘. In jeder Hinsicht mit Unrecht. Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das ‚Manifest‘ schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Torheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammenschumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter. Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. [...] Getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals eingesetzt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluß unterzieht. Fabrikgesetzgebung, die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen und die Erweiterung ihres Arbeitsgebiets, die Befreiung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens von allen gesetzlichen Hemmungen, Berücksichtigung der Arbeiterorganisationen bei allen von öffentlichen Behörden zu

Ich ziehe diese verblüffenden – übrigens meines Wissens bisher leider nie gründlich ausgearbeiteten¹⁴ – Parallelen des Endzeit- und Umschlagsglaubens in der frühen Christenheit und in der 2000 Jahre späteren Arbeiterbewegung nicht als bloß geistreich sein wollende Gedankenspielererei heran, sondern weil diese große Selbsttäuschung der revolutionären Naherwartung im Sozialismus (wie seinerseits im Christentum) neben einem anfangs ermutigenden Zukunftsglauben bald eine außerordentlich folgenreiche, in einem doppelten Sinn verhängnisvolle falsche Selbsteinschätzung und eine Glaubensspaltung produzierte, die zum Mißerfolg, ja zur partiellen Selbstzerstörung des Sozialismus im 20. Jahrhundert wesentlich beitrugen. Sein marxistischer Flügel immunisierte sich, in striktem Gegensatz zu seiner stets behaupteten Wissenschaftlichkeit, gegen Zweifel an der revolutionären Selbstgewißheit und diffamierte jahrzehntlang Andersdenkende als „Abtrünnige“ und „Revisionisten.“¹⁵ Diese Haltung entwickelte sich zu einem schweren Hindernis für eine konstruktive Weiterentwicklung sozialistischer Theorie und Praxis: Andersdenkende wurden als Häretiker verketzert, statt sie als politische Diskussionspartner zu achten.

Und diese falsche Selbstgewißheit spaltete die internationale Arbeiterbewegung und behinderte insbesondere die von den Reformsozialisten (ich nenne nur Braun, Bernstein, Jean Jaurès, die Fabier) geforderte entschiedene aktive Integration in die reformpolitische – vor allem parlamentarische – Arbeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. In Deutschland wurde diese daher erst im Godesberger Programm der SPD von 1959 – also nach einem halben Jahrhundert! – voll bejaht.

vergebenden Arbeiten kennzeichnen diese Stufe der Entwicklung. Daß in Deutschland man noch daran denken kann, die Gewerkschaften zu knebeln, kennzeichnet nicht den Höhegrad, sondern die Rückständigkeit seiner politischen Entwicklung. [...]

Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisiert werden, umso mehr verringern sich die Notwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen.“

14 Heinz Peter (P. Weiß-Bibliothek Hellersdorf) verweist mich darauf, daß kein Geringerer als Friedrich Engels bereits einen beachtlichen Hinweis auf diese erstaunliche, aber für den „Geist der Utopie“ – vorantreibend und irreleitend – höchst bezeichnende Parallele „kommunistischer Naherwartung“ im Urchristentum und revolutionären Sozialismus geliefert hat. In der „Neuen Zeit“, XIII. Jg, 1894/95, H. 1 u. 2, veröffentlichte Engels einen sehr kenntnisreichen Beitrag „Zur Geschichte des Urchristentums“, der mit der aufsehenerregenden Feststellung beginnt: „Die Geschichte des Urchristentums bietet merkwürdige Berührungspunkte mit der modernen Arbeiterbewegung.“ Nur daß Engels, obwohl er auf den apokalyptischen Endzeitglauben der Urchristen (in der „Offenbarung Johannis“) eingeht, der auch das *nabe bevorstehende* Gericht und das Reich Gottes prophezeit, diese „Berührungspunkte“ primär in der Ähnlichkeit der sozialen Triebkräfte sieht. Wie die moderne Arbeiterbewegung „war das Christentum im Ursprung eine Bewegung Unterdrückter: es trat zuerst auf als Religion der Sklaven und Freigelassenen, der Armen und Rechtlosen.[...] Beide, Christentum wie Arbeitersozialismus, predigen eine bevorstehende Erlösung aus Knechtschaft und Elend; das Christentum setzt diese Erlösung in ein jenseitiges Leben nach dem Tod, in den Himmel, der Sozialismus in diese Welt, in eine Umgestaltung der Gesellschaft. Beide werden verfolgt und gehetzt, ihre Anhänger geächtet.[...] Und trotz aller Verfolgungen.[...] dringen beide siegreich, unaufhaltsam vor.“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, S.449)

15 Das geschah durch die ständige Berufung auf den Besitz der objektiven wissenschaftlichen Wahrheit – manifestiert in der marxistischen Selbstbezeichnung als „Wissenschaftlicher Sozialismus“.

Ich werde auf diese Spaltung der sozialistischen Theorie und Praxis als eine der Ursachen für das Scheitern des Sozialismus zurückkommen. Ich will aber hier zunächst die Aufstiegslinie weiterverfolgen.

Diese wurde im 20. Jahrhundert zunächst unterbrochen (1914–1945) durch fast ein halbes Jahrhundert der Stagnation und der schweren Rückschläge, veranlaßt durch Kriegs-, Elends- und Diktaturkatastrophen. Es bedürfte einer eigenen Untersuchung, um zu klären, wieso die beiden Diktaturen, die Stalinsche wie die Hitlersche, die sich beide besonders zerstörerisch auf die Sozialismusentwicklung auswirkten, als (national-)sozialistische aufgetreten sind – und damit übrigens beide, in ihrer pervertierenden Weise, dem Sozialismus als der beherrschenden Idee des 20. Jahrhunderts Tribut gezollt haben. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg (mit Roosevelts New Deal in den USA sogar schon früher) folgte eine etwa 30jährige Periode wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung, die in England, in Skandinavien, massiv in Schweden, aber zeitweilig auch in Frankreich und Westdeutschland Welfare Economy, Mitbestimmung der Gewerkschaften, antiautoritäre und sozialistische Studenten- und Bürgerbewegungen, Mitte-Links-Regierungen, Bildung für alle und zeitweilig sogar, auf der Basis eines Vierteljahrhunderts der Wiederaufbaukonjunktur, Vollbeschäftigung mit sich brachte.

Eine neue reform- und ökosozialistische Theorie- und Strategiedebatte entfaltete sich auf sehr viel breiterer Basis. Es ging nicht mehr – oder nicht mehr nur – um die Kontrolle oder gar Sozialisierung der Produktionsmittel, sondern umfassender um eine humanere Lebensqualität. Gesamtgesellschaftliche Demokratisierung, Rettung der Umwelt, Humanisierung des Arbeitslebens, Befreiung der Frau.¹⁶ Es ist bezeichnend für diese „ökosozialistische“, über die klassenpolitische Konfrontation hinausgehende Erweiterung der sozialistischen Theorie und Praxis, daß sie nicht mehr primär von der Arbeiterbewegung getragen wurde, sondern von den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen und der neuen Partei der Grünen.¹⁷

Aber natürlich ging es nicht zuletzt auch um einen reformsozialistischen Prozeß der demokratischen Umgestaltung der Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie wurde eine Zielvorstellung in ganz Europa: Demokrati i verktagen, Democracie économique, Economic Democracy.

Exkurs über die Sozialisierung

Hier gab es dann Auseinandersetzungen, ob bzw. inwieweit die Sozialisierung der Produktionsmittel als Wesenselement einer sozialistischen Transformation zu betrachten sei. Ich zitiere dazu beispielhaft die Kritik des schweizerischen reform-

16 Auch die sozialistischen Frauen glaubten nicht mehr an das marxistische Dogma, daß mit der Abschaffung der ökonomischen Klassenherrschaft zugleich auch das Patriarchat abgeschafft würde. Nein, die studentischen Genossinnen vollzogen den Exodus aus dem SDS und gründeten den „Sozialistischen Weiberrat“ mit dem berühmten, fast amazonenhaften Schlachtruf: „Man befreie die sozialistischen Eminenzen von ihren autoritären Schwänzen!“

17 Zusammenfassend dargestellt auf der Basis mehrerer großer Projektseminare in dem 666seitigen Sammelband: Klaus-Jürgen Scherer/Fritz Vilmar (Hrsg): Ein alternatives Sozialismuskonzept. Perspektiven des Ökosozialismus, Berlin 1984; dies.: Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik, Berlin 1986. Dort auch eine Gesamtdarstellung der Neuen Sozialen Bewegungen, S.27–47.

sozialistischen Philosophen Arnold Künzli an der Theorie der Wirtschaftsdemokratie, deren Ergebnisse Ende der 70er Jahren von Karl-Otto Sattler und mir vorgelegt wurden.¹⁸ Die dort aufgrund der deutschen Theorie-diskussion vorgetragene These, daß zur Kontrolle und demokratischen Lenkung der Kapitalmacht „eine generelle Entprivatisierung allen Besitzes an Produktionsmitteln weder als notwendig noch als sinnvoll erscheint“, traf auf Künzlis entschiedenen Widerspruch. Kategorisch erklärte er: „Sozialismus und Privateigentum an den Produktionsmitteln sind unvereinbar. [...] Ohne Bruch mit dem Kapitalismus gibt es keinen Sozialismus.“ Um hart abstrafend fortzufahren: „Und alle Versuche, einen wohlfahrtsstaatlich sozial aufpolierten Kapitalismus ‚Sozialismus‘ zu nennen, sind pure Ideologie.“¹⁹

Im Rückblick muß ich sagen: Wie gut ginge es uns, wenn wir noch – wie vor einem Vierteljahrhundert – in dem damaligen „wohlfahrtsstaatlich sozial aufpolierten Kapitalismus“ leben könnten und, ohne uns als realitätsferne Traumtänzer vorkommen zu müssen, über die Notwendigkeit eines härteren oder die Chance eines weicheren Reformkurses in Richtung klassenlose Gesellschaft streiten könnten. Natürlich zweifle ich nicht an der Ernsthaftigkeit dieses langen reformsozialistischen Disputs über die Notwendigkeit, die Formen und das Ausmaß der Sozialisierung. Aber heute, wo es uns inzwischen darum geht, ob und wie wir eine soziale Demokratie retten können, erscheint mir jener reformsozialistische Streit nur noch als ein Beleg dafür, wie weit wir, immerhin, trotz aller Hemmnisse in den 70er Jahren im Voranschreiten zu einer Theorie der sozialistischen Transformation gekommen waren und auf welche triumphale, unangefochtene Kapitalherrschaft wir seitdem zurückgeworfen sind.

Der Zusammenbruch

Ich komme wegen des begrenzten Rahmens dieser Gesamtdarstellung nun ziemlich übergangslos auf die katastrophalen Fehlleistungen des Sozialismus und auf die mächtigen Gegenkräfte zurück, die zusammenwirkten und ihn zu einem „tas de cindres froides“ werden ließen.²⁰

18 Fritz Vilmor/Karl-Otto Sattler: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit, Frankfurt a. M./Köln 1978.

19 Alle Zitate aus Arnold Künzli: Der Demokratische Sozialismus auf der Suche nach seiner Identität, in: Ullrich Gärtner/Jiří Kosta (Hrsg.): Wirtschaft und Gesellschaft. Kritik und Alternativen. Festschrift für Ota Šik, Berlin 1979, S.285-292. Anschließend meine Antwort: „Zunehmende westeuropäische Konsensbildung in Richtung Demokratischer Sozialismus. Eine Antwort an meinen Freund Arnold Künzli, S.293-302. Meinen kontroversen Kerngedanken formulierte ich dort (S.302) wie folgt: „Um meine Gegenrede auf einen Punkt zu bringen: Die theoretische Abgrenzung zwischen Demokratischem Sozialismus und Sozialliberalismus [...] definiert sich nicht durch ein Ja oder Nein zur „Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln“, sondern durch ein Ja oder Nein zur Aufhebung des [...] Prinzips der profitablen Kapitalverwertung als des beherrschenden Prinzips unserer Wirtschaft [...], da die Produktion von Mehrwert statt von Gütern eine wesentliche Ursache der Inhumanität unserer Gesellschaft ist.“

20 Verwiesen sei hier auf eine der frühesten Analysen *gesamts*sozialistischer Zusammenbruchstendenzen durch Fred Unger: Die Sozialdemokratie und das „Ende der Geschichte“. Zum Zusammenhang von realsozialistischem Zusammenbruch und Orientierungskrise der westdeutschen Linken, in: Faber, Sozialismus, S.149-160.

Ich hatte bereits eine der sehr früh unheilvoll wirksamen Ursachen für seinen späteren Zusammenbruch genannt: Das Scheitern des Sozialismus im 20. Jahrhundert war nicht zuletzt eine Folge der Spaltung der Arbeiterbewegung in einen reformsozialistischen (als „reformistisch“ und „revisionistisch“ abqualifizierten) und einen revolutionären Flügel. Der reformsozialistische Flügel hatte seit den 20er Jahren und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutende sozialpolitische, wirtschaftliche und bildungspolitische Erfolge, errang in etlichen Staaten zeitweilig – in Schweden sogar jahrzehntelang – Regierungsmacht und schien, nach Ralf Dahrendorf, zeitweilig das 20. Jahrhundert sogar als ein „sozialdemokratisches Jahrhundert“ zu gestalten.

Der revolutionäre Flügel blieb international erfolglos, trug aber durch seine nicht immanente, konkrete, sondern fundamentalistisch-prinzipielle Kritik seit dem Ersten Weltkrieg permanent zur Diskreditierung der sozialistischen Idee und Praxis bei und schwächte dadurch die Linke auf allen Ebenen, vor allem natürlich bei allen Wahlen. Die angsterzeugende revolutionäre Ideologie, vor allem aufgrund der mächtigen Unterstützung seitens der Sowjetunion, hat einer weltweiten antisozialistischen Einstellung und Propaganda siebzig Jahre lang starke Nahrung geliefert. Potenziert durch kapitalistische und besonders durch kirchliche Horror-Szenarien, war diese kontraproduktive revolutionäre Agitation einer der wichtigsten Gründe für die Entscheidung auch nicht-bürgerlicher Wählermassen gegen die sozialistische oder auch nur die sozialdemokratische Option.

Damit komme ich zu einem zweiten wesentlichen Erklärungsansatz. Die Sowjetunion, von einer erschreckenden Anzahl westlicher Intellektueller jahrzehntelang (immer mit dem entschuldigenden Zusatz „trotz allem“) als welthistorisches sozialistisches Experiment verteidigt und idealisiert, ist in Wahrheit, vor allem nach Lenin, auch ohne die antikommunistische Greuelpropaganda der konservativen Medien zu einem sehr abschreckenden Negativ-Bild einer sozialistischen Gesellschaft verkommen. Ich verweise hier nur

- auf die zunehmend scheiternde *zentralistisch-planwirtschaftliche Organisation* (agrarwirtschaftlich sogar lange Zeit eine Katastrophe mit Millionen Hungertoten²¹);
- auf *die politische*, bis zum Tode Stalins den faschistischen Regimes an totaler Repression in nichts nachstehende *Zwangsordnung und die imperialistische Herrschaft sowohl über die nicht-russischen Völker der Sowjetunion als auch über die Satellitenstaaten nach 1945* und
- auf *die ideologisch-kulturelle Verkommenheit in Gestalt eines pseudo-religiösen marxistisch-leninistischen Dogmatismus auf allen Gebieten, insbesondere auf dem der bildenden Kunst* mit ihrer gegen die expressionistische und abstrakte Kunst gerichteten Spießler-Ideologie des „Sozialistischen Realismus“.²²

21 Siehe dazu Manfred Hildermeier: Die Sowjetunion 1917-1991 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 31), München 2001.

22 Deren Etablierung in der DDR und den heroischen, schließlich erfolgreichen Abwehrkampf der ostdeutschen Künstler und Kunsttheoretiker dagegen habe ich in unserem Sammelband „Die DDR war anders“, Berlin 2002, S.101-139, mit 16 beispielhaften Farbproduktionen dargestellt.

Aus dieser fast totalen Fehlentwicklung (die zweifellos durch die antisowjetische Politik des Westens mitverursacht worden ist) konnte Gorbatschow die Sowjetunion nicht mehr hinausführen. Insgesamt ist also auch die Sowjetunion ein Beleg für meine These, daß der Sozialismus im 20. Jahrhundert nicht etwa nur an der Übermacht der konservativen und kapitalistischen Politik gescheitert ist, sondern mindestens in gleichem Maße an seinen eigenen schweren Strukturfehlern.

Nun zu den antisozialistischen „Erfolgen“ der „anderen Seite“.

Selbstverständlich haben die herrschenden gesellschaftlichen Schichten in der ganzen Welt, die Kirche, das Erziehungssystem, vor allem aber das kapitalistische Weltwirtschaftssystem, alles in ihrer Macht Stehende getan, um zu verhindern, daß Ferdinand Lassalles so logisch klingende Vision wahr wurde, daß die nicht-besitzenden Massen den Sozialismus wählen werden, sobald das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist.

Ich nenne die 5 wichtigsten konservativen Bremskräfte:

1. Natürlich kommt, wenn von konservativ-kapitalistischer Übermacht die Rede ist, sofort und mit Recht zur Sprache, was schon in der klassischen Arbeiterbewegung vulgär, aber treffend die Volksverdummung genannt wurde, wobei die antisozialistische Agitation der (katholischen) Kirche – dokumentiert in den grundlegenden Sozialenzykliken (*Rerum novarum*, 1891, und *Quadragesimo anno*, 1931) eine besondere Rolle spielte. Ganz grobschlächtig im Sinne der Opiatisierung wirkte in ganz Europa und nicht zuletzt in Deutschland die Verteufelung der „gottlosen“ Sozialdemokraten in katholischen Regionen – wahlstatistisch nachweisbar – als Abschreckungsideologie gegen die Wahl sozialistischer Parteien, während in protestantischen die geringere klerikale Machtausübung über gläubige Seelen sich dementsprechend günstiger für sozialdemokratische Wahlentscheidungen auswirkte. Daß sich gleichzeitig überall in Europa christlich firmierende Politik durchgehend als konservative, antisozialistische darbot, rundet dieses Bild ab – und manifestiert gleichzeitig (kulminierend in Georg Bushs religiösem Fundamentalismus) das furchtbare Bild einer Schande, die die reaktionäre Priesterherrschaft dem Christentum mit dieser politischen Prostitution im Interesse des Besitzbürgertums angetan hat.²³

2. Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts wurde dann die klassisch-obrigkeitliche und speziell die kirchliche Opiatisierung allerdings zunehmend durch eine weniger offenkundige ergänzt. Man könnte sie die konsumistische nennen. Massenkonsum und direkt konservative oder durch Desinformation konservativ wirkende Massenunterhaltung, damit verbunden das Sterben der Arbeiterpresse und sonstiger Formen einer sozialdemokratischen, nicht zuletzt auch genossenschaftlichen Alltagskultur trugen wesentlich zum Verlust eines politischen Selbstbewußtseins bei. Diese Form der Verdummung, insbesondere durch das private

23 Der kritische Theologe Helmut Gollwitzer brachte es auf den Punkt: „Die Kirche, ihre Funktionäre samt dem ‚Kirchenvolk‘ gehören nicht zu dieser [...] unteren Welt (der Arbeiter – F. V.), sie gehören zu der oberen Schicht; das Christentum ist in der heutigen Welt eine Angelegenheit nicht der Hungernden, sondern derer, die satt werden, [...] sehr im Unterschied zum Neuen Testament.“ Geleitwort zu Horst Symanowski/Fritz Vilmar: *Die Welt des Arbeiters*. Junge Pfarrer berichten aus der Fabrik. Frankfurt 1963, S.5.

Fernsehen,²⁴ bewirkt Entpolitisierung und Hinnahme des Status quo wahrscheinlich weniger durch antigewerkschaftliche und wirtschaftsliberale Untertöne als durch pure Desinformation und durch den Verzicht auf alle sozialkritischen Einwände, die auch wahlpolitisch relevant werden könnten.

3. Was der Kapitalismus aber jenseits aller antisozialistischen Ideologieproduktion und der konsumistischen Entpolitisierung als wahrscheinlich stärkste antisozialistische Bewußtseinsbildung produziert, das ist – als dritter Bremsfaktor – die Herstellung eines oberflächlichen Wohlstands. Trotz nach wie vor astronomischer Profitaneignung auf Kosten der Lohnempfänger wurde der Ausbeutungsprozeß für die Mehrheit immer weniger protest- und wahlwirksam fühlbar. Der mittlerweile erzeugte Reichtum erlaubt es, trotz der anhaltenden Ausbeutung eine Mehrheit der Massen mit Einkommen zu versorgen, die in Vielen die Illusion einer quasi-klassenlosen Gesellschaft erzeugen und jedenfalls nicht länger den Impetus, eine sozialistische Alternative wählen zu sollen – zumal wenn diese sich dann „real-sozialistisch“-negativ darstellt. Der Kapitalismus hat nicht etwa die Klassengesellschaft abgeschafft, aber er hat ihre Kanten abgeschliffen, ihre Klüfte überdeckt; er hat das Klassenbewußtsein der arbeitenden Massen in großem Ausmaß in ein orientierungsloses Kleinbürgerbewußtsein umgeformt, das inzwischen zunehmend auch die Mitte-Links-Parteien prägt. Deren Funktionäre sind von ebendenselben kleinbürgerlich-angepaßten, aufstiegsillusionären Einstellungen geprägt und mangels autonomer sozialistischer Bildungsarbeit unermögend, als sozialdemokratische Avantgarde für ihre Mitglieder und die potentiellen Wähler eine überzeugende antikapitalistische Reformkonzeption zu entwickeln.

4. Gleichzeitig vollzog sich ein tiefgreifender sozialstruktureller Prozeß scheinbarer, teilweise sogar tatsächlicher Entproletarisierung: die allmähliche, schließlich aber weitreichende „Entleerung“ der Fabriken, die Transformation der Industriegesellschaft in eine vorwiegend Dienste leistende. Gab es 1895 in Deutschland 58 Prozent Arbeiter, aber nur 8 Prozent Angestellte und Beamte, so sind heute nur noch 33 Prozent Arbeiter, aber über 55 Prozent Angestellte und Beamte.²⁵

Während marxistische Klassenanalysen noch in den 70er Jahren nicht müde wurden vorzurechnen, daß die Lohnabhängigkeit, ergo die Proletarisierung der erwerbstätigen Massen im 20. Jahrhundert ständig zugenommen habe,²⁶ trat nicht nur in der Ideologie, in der Selbsteinschätzung, sondern zunehmend – trotz anhaltender Abhängigkeit – auch in der Arbeitssituation, in der arbeitsrechtlichen und Einkommensstruktur immer größerer Teile der Arbeitenden ein tiefgreifender Wandel ein: weg vom proletarischen und hin zum kleinbürgerlich-mittelständischen

24 In einer empirischen Fallstudie haben wir auf der Basis eines dreitägigen Tests festgestellt, daß das Verhältnis von Kultur- und Nachrichtensendungen einer öffentlich-rechtlichen Anstalt (ARD) zu denen eines Privatsenders (RTL), 50:19 beträgt, umgekehrt lautet das Verhältnis bei anspruchlosen Unterhaltungssendungen 15:44. Siehe Fritz Vilmar: Das Politische System der Bundesrepublik Deutschland, Skript der FU Berlin, 2002, S.45.

25 Laut Datenreport 1997, S.87.

26 Die Berechnung schwanken zwischen 52 % und 72,8 % Anteil der „Arbeiterklasse“ unter den Erwerbstätigen. Siehe B. Jahny/L. Wallmuth: Arbeit und Gesellschaft, Weinheim 1978, S.210-230.

Lebensstil.²⁷ Grob gesprochen könnte man sagen: dem Sozialismus wurde, beschleunigt seit den 80er Jahren, sein soziales und soziologisches Substrat entzogen.

5. Last not least: Hinzu kommt natürlich die gewerkschaftspolitisch, aber auch reformpolitisch und nicht zuletzt reformsozialistisch lähmende Wirkung der weltwirtschaftlichen relativen Stagnation seit Mitte der 70er Jahre mit ökonomischen Wachstumsraten von nurmehr 1 – 3 Prozent, mit daraus folgender neuer Massenarbeitslosigkeit, jener industriellen Reservarmee, die schon immer die Gewerkschaftskraft vermindert hat und illusionär, aber viele Jahre wirksam den Neoliberalismus mit seinen Wunderdrogen des Monetarismus, der Deregulierung und der Privatisierung wieder in Mode gebracht hat, das alles bei zunehmender Globalisierung, die die nationalenökonomischen Eingriffsmöglichkeiten angeblich oder tatsächlich reduzierte.

Ob die mit dieser sich verschärfenden Stagnationskrise (einschließlich ihrer Destruktion des Sozialstaats) seit den 90er Jahren auftretende, tief auch in den Bereich der Angestellten und sogar des mittleren Managements hineinwirkende Situation ungesicherter („prekärer“) Arbeitsplätze und zunehmender (Langzeit-)Arbeitslosigkeit auch bewußtseinsmäßig zu einer „neuen Proletarisierung“ führt und ob linke Parteien sich als fähig erweisen, für diese neue Klientel attraktiv zu werden, kann zur Zeit nicht beantwortet werden. Bisher scheint sie, tief verunsichert, eher zur großen „Partei“ der Nicht-Wähler zu tendieren oder gar erneut zur Rechten.

Selbstaufgabe der Linken

Aufgrund der skizzierten verheerenden Fehlleistungen sozialistischer Theorie und Praxis, im Zuge des neoliberalen Rollback und infolge der genannten konservativen Indoktrination, Sozialstrukturveränderungen und politischen Machtwechsel vollzog sich seit Mitte der 70er Jahre eine Erosion vieler sozialstaatlicher und speziell auch wirtschaftsdemokratischer Einrichtungen und Zukunftsentwürfe. Und aufgrund dessen kam es in den 90er Jahren zur finalen Selbstaufgabe der sozialistischen Programmatik, zu einer weitgehenden Implosion der Arbeiterbewegung. Abgesehen von einigen noch funktionierenden Strukturen einer weithin geschwächten Gewerkschaftsbewegung, abgesehen auch von einigen wichtigen, aber mehr und mehr von Privatisierung bedrohten sozialstaatlichen Errungenschaften, vollendet sich in diesem gesellschaftlichen Klima der endgültige Zusammenbruch des Sozialismus in Europa – von anderen Weltgegenden ganz zu schweigen.

Die programmatisch führenden Kräfte der Linken verloren zunehmend die intellektuelle Kraft und den sozusagen antipopulistischen Mut, vorhandene

27 Die empirische Wahlforschung unterscheidet inzwischen 1) die Arbeiterklasse, 2) die Klasse der Beschäftigten mit ausführenden nicht-manuellen (Routine-)Tätigkeiten, 3) das Kleinbürgertum (kleine Selbständige mit und ohne Beschäftigte) sowie die „Dienstklasse“ („Service class“), die im Interesse ihrer Organisationen Macht hat oder Expertenwissen einsetzt. Nur die Kernklientel des Konflikts von Kapital und Arbeit, die Arbeiter, wählen noch überproportional SPD, aber der Anteil der Arbeiter an der Wahlbevölkerung sinkt, und die partielle Hinwendung von Teilen der „Dienstklasse“ zur SPD geht einher mit deren Wendung zur „neuen Mitte“. Siehe Frank Brettschneider u.a. (Hrsg.): Das Ende der politischen Sozialstruktur, Opladen 2002.

wirtschaftsdemokratische oder auch nur keynesianistische und sozialstaatliche Alternativen aufrechtzuerhalten oder gar zu einem Gesamtkonzept weiterzuentwickeln. Ich nenne hier nur beispielhaft die Aufgabe der letzten demokratisch-sozialistischen Manifestationen:

- die Aufgabe des Programms der französischen „Union de la Gauche“;
- die Aufgabe des wirtschaftsdemokratischen Grundsatzprogramms des Deutschen Gewerkschaftsbundes²⁸ und der SPD²⁹;
- die Selbstaufgabe der Labour Party durch den Übergang zum Sozialliberalismus;
- die Selbstaufgabe der kommunistischen Parteien in Europa, deren seit den 70er Jahren unternommene, meist zaghafte Versuche der Demokratisierung und Emanzipation von der Sowjetunion („Eurokommunismus“) zu spät kamen und denen, wie es sich seit den Bundestagswahlen 2002 an der deutschen PDS dramatisch zeigt, nach jahrzehntelanger antireformistischer Feindbildproduktion die Wende zu einer glaubwürdigen links-sozialdemokratischen Reformpartei bisher nicht gelungen ist;
- das Scheitern der (oben skizzierten) rot-grünen theoretischen Regenerationsversuche im Zeichen eines sogenannten „Ökosozialismus“³⁰;
- das Scheitern der französischen Politik der „Gauche plurielle“, die Ende der 90er Jahre noch am weitesten über bloß sozialliberale Positionen hinaus zu sozialstaatlicher Steuerung tendierte und mit ihren keynesianistischen Ansätzen die erfolgreichste Wirtschaftspolitik in Europa zustande brachte.³¹

Der Tragödie folgte Ende der 90er Jahre das Satyrspiel. Der Sozialliberalismus eines Blair und Schröder wie auch der Grünen³², aber auch der meisten Gewerkschaften verabschiedet sich kältdüchelnd von der demokratisch-sozialistische Tradition und reduziert sich auf minimale sozialstaatliche Zusagen und beschäftigungspolitische ad-hoc-Programme, verbunden mit liberalen Privatisierungskonzepten³³, in dem Bemühen, eher noch besser als die Konservativen den Kapitalismus zu verwalten, ihn „innovativ“ zu fördern und seine Profitchancen auf Kosten der Abhängigen und

28 Die deutschen Gewerkschaften, die in der Nachkriegszeit das gründlichste wirtschaftsdemokratische Programm erarbeitet und bis in die 80er Jahre lediglich aktualisiert hatten, haben, von begrenzten Mitbestimmungsforderungen abgesehen, drei Jahrzehnte lang fast nichts getan, um ihren wirtschaftsdemokratischen Forderungen öffentlich Geltung zu verschaffen.

29 Das „Berliner Grundsatzprogramm“ der SPD hat in der Schröderschen SPD so viel Geltung wie die Bergpredigt in den Kirchen. Seine gegenüber dem Godesberger Programm sogar expliziteren wirtschaftsdemokratischen Aussagen werden ohne Zweifel der „Aktualisierung“ zum Opfer fallen.

30 Siehe Scherer/ Vilmar, Sozialismuskonzept.

31 Sie scheiterte schließlich 2002 an den verantwortungslosen Wahleskapaden linker Gruppierungen, die den fast absoluten linken Wahlsieg bei den Präsidentenwahlen – es gab über 42 Prozent Mitte-Links-Voten – in eine Niederlage Jospins (mit 16 Prozent) verwandelte.

32 Die Abwesenheit einer wirtschaftsdemokratischen Konzeption bei den inzwischen tonangebenden grünen Realos zeigte sich bereits in den negativen Stellungnahmen von Joschka Fischer und Reinhard Pfromm in unserem Sammelband „Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik“, (siehe Anmerkung 17), hrsg. von Klaus-Jürgen Scherer und Fritz Vilmar.

33 Typisch die Teilprivatisierung der Renten (in Deutschland „Riesterrente“) und der Verantwortung für die Wiedereingliederung der Arbeitslosen durch das „Hartz-Modell“. Siehe Peter Wahl: Hartz macht arm, in: Frankfurter Rundschau, 11.9.2004.

Sozialrentner eher noch zu verbessern, falls als „Gegengabe“ auch nur die minimalsten Arbeitsplatzzusagen gegeben werden.³⁴

Nur um der Vollständigkeit willen sei hier noch ergänzt, daß die Orientierungslosigkeit der Altlinken in keiner Weise geringer ist. Ein Diskussionskreis von ehemals dem Realsozialismus nahestehenden Intellektuellen hat ihre Gesprächsergebnisse, ausgehend von dem neuen PDS-Programm, unter dem wahrlich zu unserem Thema passenden Titel präsentiert „Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden“.³⁵ Das Ergebnis ist eine 250-seitige *tour d’horizon*, die, folgt man Peter von Oertzens Zusammenfassung, außer einem Bekenntnis gegen jeden Dogmatismus so gut wie keine konkreten Zielbestimmungen enthält, so daß v. Oertzen sich zu der ironischen Bemerkung veranlaßt sah, es komme hier ein lähmender „dogmatischer ‚Antidogmatismus‘“ zutage.³⁶

Hier breche ich die Darstellung des sozialistischen „Haufens kalter Asche“ am Ende des 20. Jahrhunderts ab. Es ist aber noch auf eine Zuspitzung der Krise zu verweisen.

Wir sind mit einem doppelten, doppelt verheerenden politisch-ökonomischen Scheitern an dieser Schwelle zu einer globalisierten Menschheitsgeschichte konfrontiert. Das besonders Verheerende angesichts der globalen politisch-ökonomischen Verelendung und der akuten Weltwirtschaftskrise ist die Tatsache, daß die Selbstaufgabe des Sozialismus sich in einer gesellschaftlichen Situation vollzieht, die nicht etwa durch eine Blüte, sondern durch das gleichzeitige, hochgradige Scheitern der sogenannten Marktwirtschaft, also des Kapitalismus, dieses angeblichen „Siegere der Geschichte“, gekennzeichnet ist. Die tendenziell zunehmende Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre sowie die Destruktivität und zunehmende Militarisierung der vorherrschenden Politik der USA, der Weltbank und des Weltwährungsfonds in allen ökonomischen Entwicklungsregionen der Welt sind eindeutige Beweise des Scheiterns auch dieses globalisierten Kapitalismus, der sich mit gigantischen, völlig unproduktiven Finanzspekulationen über Wasser hält und schönfärbend als „Neoliberalismus“ verkauft. Einer der bestinformierten Insider dieses sich in sich selbst drehenden „Turbokapitalismus“, George Soros, hat 1998 in seinem Buch über „die Krise des globalen Kapitalismus“ sehr eindrücklich dieses Menetekel eines globalen Scheiterns – nämlich die umfassende „Weltfinanzkrise“ – an die Wand gemalt.³⁷ Wir haben also in der Tat vor uns die zugespitzte Situation eines doppelt katastrophalen Scheiterns. Nur daß der sozialistische Zusammenbruch offenkundig ist, der kapitalistische dagegen noch kaschiert wird mit allen Mitteln der

34 Eine Hoffnung, die sich selbst unter den Konservativen nicht erfüllte. Ein 1998er Memorandum der AAW belegt dies eindrücklich: 1980-94 stiegen die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen von 251 Mrd. Mark auf fast das Doppelte (486 Mrd.) jährlich, dabei sanken gleichwohl die Bruttoinvestitionen von 279 Mrd. auf 193 Mrd., und die registrierte Arbeitslosigkeit wuchs von 0,9 auf 2,6 Millionen: Siehe: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '98, Köln 1998, S.250, 253.

35 Herausgegeben von Wolfgang F. und Frigga Haug, Berlin 2002, bei dem u. a. Erhard Crome, Frank Deppe, Peter v. Oertzen und Frieder Otto Wolf mitwirkten.

36 Siehe ebenda, S.246.

37 Siehe Georg Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1998, S.178- 243.

Finanzspekulation, der Meinungsmanipulation, Symptombehandlung, Krisenverschiebung und Lobpreisung noch vorhandener Wohlstandsinseln.

Was bleibt uns zu tun?

Es stellen sich nach meiner Ansicht in dieser geistig-gesellschaftlichen Sonnenfinsternis für alle, die sich von der Idee einer Gesellschaft der Gleichen und Freien nicht verabschieden wollen, einige zentrale Aufgaben.

Vor allem anderen müssen wir wirklich Ernst machen mit der Einsicht, daß die bisherige Theorie und Praxis des Sozialismus, von einigen wenigen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Errungenschaften abgesehen, nach einem teilweise sehr erfolgreichen Aufstieg, am Ende des 20. Jahrhunderts gescheitert ist. Und zwar – *als Gesamtkonzept und Gesamtbewegung*. Die genannten Verfallserscheinungen sind mehr als eine vorübergehende Schwäche. Es handelt sich um ein strukturelles Scheitern. Fehlgeschlagen ist der historische Versuch, die Idee einer klassenlosen Gesellschaft in die Praxis zu überführen. Genauer gesagt, es mißlang die Idee der Entmachtung einer Produktionsmittel und andere sozio-politische Machtpositionen besitzenden Machtelite wenigstens schrittweise, wenigstens ansatzweise zu verwirklichen. Diese gesellschaftliche Idee muß aufgegeben oder aber grundlegend neu gedacht, neu konzipiert werden.

Ich will versuchen, in fünf Thesen sehr vorläufig zur Sprache zu bringen, welche Ansätze eines solchen Neuen Denkens sich angesichts der vorliegenden Konkursmasse aufdrängen.

Erstens: Der Sozialismus ist nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch tot. Er muß als Zielbegriff für eine mehrheitsfähige Politik der sozioökonomischen Erneuerung aufgegeben werden. Sozialismus ist konnotiert (a) mit Politik für die Arbeiter und (b) mit teilweise so verheerenden politischen Fehlleistungen/Mißerfolgen der Linken (oder Pseudolinken) im vergangenen Jahrhundert, so daß er nicht mehr mehrheitsfähig ist – zumal die Arbeiterschaft nur noch 25 bis 30 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Zweitens: Mehrheitsfähig dagegen wäre ein politisches Programm, das den heute für die meisten Menschen existentiellen Sorgen und Wünschen Rechnung trägt. Das sind

- wirtschaftliche Stabilität;
- Abbau der Arbeitslosigkeit und der Angst vor Billiglohnkonkurrenz;
- soziale Gerechtigkeit statt uferloser Gewinnanhäufung in den Händen Weniger (inklusive korrupter Politiker);
- Rettung vor der Umweltzerstörung.

Zur Zeit gibt es keinen weithin anerkannten, überzeugenden Begriff für ein solches Alternativkonzept zum globalisierten Neoliberalismus wie auch zum etatistischen Sozialismus. Das Scheitern beider ist oder wird weithin erkannt.

Drittens schlage ich vor, die emphatische gesellschaftliche Substanzerweiterung des Demokratiebegriffs³⁸ aufzunehmen, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts schritt-

38 Im traditionellen und besonders im revolutionär orientierten Sozialismus gab es eine verheerende

weise herausgebildet hat und die von sehr vielen Menschen – wenn nicht sogar von der Mehrheit – nach wie vor für wünschenswert, ja für notwendig gehalten wird. Ich nenne die Leitbegriffe

- Soziale (sozialstaatliche) Demokratie,
- Gesamtgesellschaftliche Demokratisierung, und vor allem
- Wirtschaftsdemokratie.

Linke (d. h. alle Menschen, denen es um eine überlebensfähige, nicht korrumpierte, neue Programmatik einer Gesellschaft der Gleichen und Freien geht) werden viel Kraft und Zeit darauf verwenden müssen, sich auf einen oder zwei dieser Leitbegriffe zu einigen, die dann mit außerordentlichem Engagement und anhaltender Kraft international als führendes Orientierungsprinzip durchgesetzt werden muß.³⁹ Denn eine neue linke Koalition, national und international, ist unabdingbar.

Viertens: Mit dem Sozialismusbegriff werden auch die dogmatischen, destruktiven Sozialismustheoreme obsolet, wie vor allem das der Revolution, des „Historischen Materialismus“ oder des „Wissenschaftlichen Sozialismus“.

Nicht obsolet aber wird, neben den Prinzipien sozialistischer Ethik – vor allem dem der Solidarität, die Marxsche Kritik des Kapitalismus, konkret: der Anarchie der Warenproduktion/Mehrwertproduktion. Deren richtige Grunderkenntnisse, die katastrophalen Tatbestände und Folgen dieser Wirtschaftsweise zeigen sich vielmehr gegenwärtig auf allen Ebenen, vor allem auf der des globalisierten Finanzkapitals. Diese Kritik des (selbst-)zerstörerischen und umweltfeindlichen Neoliberalismus ist daher als konstitutives Element in eine Theorie/Strategie der Wirtschaftsdemokratie aufzunehmen. In ihr wird der ebenfalls obsolete dogmatische Gegensatz von Markt- und Planwirtschaft aufgehoben. Wie unter anderem Ota Šik⁴⁰ gezeigt hat, werden die produktiven marktwirtschaftlichen Elemente aufgehoben in einem System der Globalsteuerung auf nationaler, Europa- bzw. weltwirtschaftlicher Ebene, Kontrolle und Besteuerung kapitalistischer Gewinne sowie einer umfassenden Mitbestimmung der Beschäftigten.

Fünftens: Die Theorie und Strategie einer Neuen Gesellschaft der Gleichen und Freien, einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung, verhält sich kritisch auch zur traditionell-sozialistischen Vorstellung der Gesellschaftstransformation.

Es kann sein, daß der Zusammenbruch des Sozialismus im 20. Jahrhundert unter anderem auch deshalb erfolgte, weil dessen Sieg viel zu sehr als ein großer Durchmarsch – Revolution – Wahlsieg – Massendemonstration – gedacht und versucht wurde.

Geringschätzung der (schon bei Marx als „bürgerlich“ abqualifizierten) Demokratie. Kaum ein Satz linker Verächter der Demokratie konnte nach 1918, als diese erkämpft war, verhängnisvoller irreleitend sein als dieser: „Demokratie das ist nicht viel - Sozialismus ist das Ziel!“

³⁹ Um an dieser Stelle existentiell Interessierte nicht mit einer abstrakten Begrifflichkeit abzuspiesen, sei auf meine konkreten Ausarbeitungen zu den Konzepten der Wirtschaftsdemokratie und der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung verwiesen, deren ausführliche Zusammenfassung und kritische Bilanz sich auf meiner Webseite findet: www.fritzvilmar.de

⁴⁰ Siehe Ota Šik: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg 1979.

Eine klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft der Gleichen und Freien kann wahrscheinlich auf diesem Weg nicht erreicht werden, weil er die Menschen zu wenig in Richtung auf solidarische Koexistenz verändert.

Wahrscheinlich muß ein radikal reformiertes, reformuliertes Konzept zur Gesellschaftstransformation ins Auge gefaßt werden, das an vormarxistische kommunitäre Sozialismuskonzepte anknüpft.⁴¹ Es müßte der Idee der Graswurzelrevolution folgen: Aufbau, Ausbreitung und Kooperation Tausender, Zehntausender von selbstorganisierten Netzen⁴², in teilautonomen Nachbarschaften⁴³, vor allem aber in kommunitären, kibbuzförmigen Lebens- und Arbeitsgemeinschaften, die nach dem Kropotkinschen Prinzip der Mutualität funktionieren und nach dem Grundsatz: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinem Bedürfnis, wo sich Sozialismus nicht ausbreitet durch Agitation und Massenbewegungen, sondern durch beispielgebendes Vorleben dessen, was attac sich auf die Fahnen geschrieben hat: Eine andere Welt ist möglich.

Die zu Unrecht in die utopistische Ecke geschobenen, oben zitierten frühsozialistischen Vordenker kommunitärer Sozialismusmodelle würden sich dann als wissenschaftlich mindestens ebenso relevant erweisen wie der Marxismus – nicht zuletzt als Antwort auf die zu erwartenden, großen gesellschaftlichen Notlagen. Nach dem Motto: Gemeinsam sind wir stark. Oder noch schärfer: Nur gemeinsam sind wir existenzfähig. Solidarität nicht als Luxus, sondern als Überlebensprinzip vor Ort.

Wenn der Sozialismus heute „un tas de cendres froides“ ist, so haben wir doch auch von einem mythischen Vogel gehört, von Phönix, der sich aus einem Haufen Asche zu neuem Leben erhoben hat. Was müßte das für ein Vogel sein? Ich würde ihm einen äquivoken Namen geben, versuchsweise, und ihn Commune nennen.

41 Rolf Canzen hat das Verdienst, eine ausführliche Kritik des „Staatsozialismus“ aller Spielarten und eine Wiederaneignung der frühsozialistisch-anarchistischen Denktradition erarbeitet zu haben: Ders.: Weniger Staat, mehr Gesellschaft. Freiheit - Ökologie - Anarchismus, Grafenau 1997; Ders.: Der utopische Sozialismus einiger Anarchisten und Frühsozialisten, in: Scherer/Vilmar, Sozialismuskonzept, S.392-463. Schon 1983 habe ich in meinem Artikel „Sozialismustheorien“ die sozialismustheoretische Vorrangstellung des Marxismus in Frage gestellt, siehe Wolfgang M. Mickel (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S.466-471; weitere Aufl. in den 90er Jahren.

42 Die Zahl ist nicht aus der Luft gegriffen: Bei der Analyse der (west-)deutschen Selbsthilfebewegung zeigte sich entgegen allen zuvor (z. B. von Joseph Huber) in Umlauf gesetzten Schätzungen, daß allein in Westdeutschland/Westberlin nicht 8 – 10.000, sondern 50 – 60.000 Soziale Selbsthilfegruppen mit ca. 600.000 Aktiven tätig waren. Siehe Brigitte Runge/Fritz Vilmar: Handbuch Selbsthilfe. Gruppenberichte. 900 Adressen. Gesellschaftliche Perspektiven, Frankfurt 1988.

43 Siehe Fritz Vilmar: Theorieansätze der Nachbarschaft als politische Einheit, in: Runge/Vilmar, Handbuch Selbsthilfe, S.330-342, darin insbesondere der Bezug auf die von Morris und Hess („Nachbarschaftshilfe“, Frankfurt 1980) breit ausgeführten Erfahrungen von großen teilautonomen Nachbarschaften in den USA.

Rezensionen

Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie (15. Jahrgang 2003), Nomos Verlag, Baden-Baden 2003, 528 S.

Selbst Demokratietheoretiker wie der Rezensent haben das Jahrbuch nur zufällig kennengelernt – offenbar gibt es Spannenderes als die Texte, die sich unter diesem ideologieverdächtigen Dachthema versammeln. Und – man höre und staune – bereits im 15. Jahrgang und in opulenter Aufmachung, wie für die Ewigkeit: „Druck auf alterungsbeständigem Papier“. Beides, wie auch der Umfang und der eher rechtslastige Obertitel, lassen auf finanzielle Förderung schließen. (Leider erfährt man nicht, durch wen.)

Nach dieser skeptischen Vorbemerkung nun aber vorurteilsfrei zur Sache: Wie der mitgeteilte Inhalt der letzten drei Bände zeigt, gliedern sich diese Jahrbücher in Analysen, Daten/Dokumente/Dossiers und Literatur. Diese Literaturberichte, ausufernd, füllen im vorliegenden Bd. die Hälfte des ganzen Buches.

Bleiben wir doch gleich bei diesem voluminösen Teil. Er enthält vor allem eine geistreiche Form der Besprechung: Man hat nicht weniger als vier Rezensenten über die große Biographie von Rudolf Bahro¹ schreiben lassen (S.293-303). Die autoritären („leninistischen“) und pseudo-messianischen Züge Bahros werden beim Namen genannt, ebenso ausführlich – wie es sich für ein Extremismus-Jahr-

buch gehört – die Eingriffe der Stasi. Was fast völlig vergessen wird, ist das Wichtigste: Bahros Vorschläge in der „Alternativen“ für eine weniger autoritäre Organisation der Arbeitswelt.

Informativ ist auch die Besprechung der gesammelten Schriften Eugen Kogons (S.311ff.), der nicht nur die lange Zeit wichtigste Analyse des Naziregimes („Der SS-Staat“, 1946) herausbrachte, sondern gemeinsam mit Walter Dirks die bedeutendste linke (zugleich links-katholische) Monatszeitschrift der Adenauer-Republik, die „Frankfurter Hefte“. Zum Interessantesten gehören die Rezensionen der „Totalitarian Democracy“ sowie Uwe Thaysens Verriß der zweibändigen larmoyanten Selbstdarstellung führender MfS-Leute („Die Sicherheit“) und eine Besprechung des Verfassungsschutzberichts 2001. Bemerkenswert ist in diesem Hauptteil des Jahrbuchs die Prominenz vieler Rezensenten. Ärgerlich dagegen sind die diversen Sammelrezensionen und Kurzbesprechungen. Sie huschen allzu gleitflugmäßig über die besprochenen Bücher weg. Wenn der Rezensent die beiden platten Fehlinformationen verallgemeinern wollte, die in den 10 (!) Zeilen über sein eigenes Buch enthalten sind (S.406), dann müßte er raten, die immerhin über 80 (!) Seiten Kurzbesprechungen von vornherein beiseite zu lassen. Ärgerlich ist leider auch die Sammelbesprechung von 13 Werken z. T. prominenter Autoren auf 15 Seiten, die Wilfried v. Bredow abliefern. Die Nonchalance, mit der er die meisten Analyseversuche dieses bedrohlichsten aller gegenwärtigen politischen Destruktionsprozesse der Zivilgesellschaft abfertigt, wird offenbar, wenn man nach-

1 Guntolf Herzberg/Kurt Seifert: Rudolf Bahro - Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Ch.Links Verlag, Berlin 2002.

liest, wie er sie als „alte Leier“ apostrophiert, einen anderen Schönredner zitierend: Das scheinbar neue Genre der Antiglobalisierungsbücher sei nur die moderne Variante des alten Genres der Antikapitalismusbücher (S.273). Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Gerade die völlig neuen Prozeß- und Herrschaftsmechanismen des globalisierten Kapitals sind das Typische, viel schwerer zu Fassende der global player: die Vorherrschaft des spekulativen Kapitals und die Macht der vier großen, von den USA dominierten Kapitallenkungsorganisationen WB, IWF, WTO und GATS.

Soviel zur vorherrschenden Rezensionsmasse. Aber um Buchbesprechungen zu lesen, muß man kaum eine so teure Handbuchreihe herausgeben und – kaufen. Wo also werden die großen wissenschaftlichen Taten in diesen über 500 Seiten vollbracht? Weniger politologisch, aber immerhin politisch lesenswert sind die Antworten von 2 Behörden- und 2 („extremen“) Parteienvertretern – REP und PDS – auf Befragung der Redaktion, wie sie es denn mit dem Begriff der „streitbaren Demokratie“ halten (S.95-114). Freilich verwundert es nicht, daß der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, ebenso entschieden affirmativ antwortet wie Gabi Zimmer entschieden skeptisch. Daß der REP-Mensch die Gelegenheit benutzt, um sich bitter über die Ungerechtigkeiten zu beklagen, die den Rechtsextremen im Namen der streitbaren Demokratie unaufhörlich zugefügt werden, versteht sich ebenfalls von selbst.

Einen Bildungsgenuß erster Güte liefert Christian Bergmann mit seiner Nacher-

zählung und Analyse der jesuitisch-totalitären Gottesstaats-Utopie, die Thomas Manns Zauberberg-Figur Naphta uns liefert (S.49-67): So früh schon, kurz nach dem 1. Weltkrieg, beschwor er die Leitideen des politischen Totalitarismus. Aber der einzige ins Zentrum einer notwendigen politikwissenschaftlichen Aufklärung führende Beitrag des dicken Jahrbuchs ist die 25seitige Information der wissenschaftlichen Mitarbeiterin beim Verfassungsschutz-Amt, Tania Puschnerat, über „Theorie und Strategie des islamischen Diskurses“ (S.69-91). Sie wird ergänzt durch einen Bericht von Jan Keller über die „Netzwerke ‚Arabischer Mujahedin‘ in Deutschland“.

Abschließend muß ich eine prinzipielle Frage an diese Jahrbuch-Reihe stellen – eine Frage, zu der nicht zuletzt dieser 15. Bd. herausfordert: Qui bono? Mir scheint, daß man der Demokratietheorie keinen Dienst leistet, wenn man der Demokratie derart abgehoben, herausgehoben den „Extremismus“ als „die“ Gefahr gegenüberstellt. Die Demokratie leidet akut unter wesentlich existentiellen Bedrohungen, zum Beispiel unter dem durch die Desinformation der Privatmedien und durch populistische Parteipropaganda bewirkten Apolitismus einer großen Minderheit. Mehr noch, die (globalisierten) kapitalistischen Herrschafts- und Krisenprozesse führen zu einer zunehmenden Ohnmacht der demokratisch gewählten politischen Akteure. Eine Jahrbuch-Edition „Demokratie und Kapital“ würde zur Analyse essentieller Überlebensprobleme der Demokratie Wichtigeres zutage fördern als die im Klein-klein stochernden Berichte über „extreme“ Gruppen und Grüppchen.

Man muß sich fragen, warum die Extremismusforschung vorwiegend die Domäne konservativer Politologen wie Jesse ist. Sie scheinen geprägt von der anhaltenden Obsession, ihre „Normal“-Idee einer bürgerlich-marktwirtschaftlichen, als bloße Elitenkonkurrenz vorgestellten Demokratie vor allem von „links“ bedroht zu sehen, vor radikaleren, entschiedeneren Demokratievorstellungen, zu denen auch die Direkte Demokratie und die Wirtschaftsdemokratie gehören, und außerparlamentarischen Bewegungen wie attac. Wenn von Backes/Jesse beispielsweise noch 2003 die PDS, eine brav (links)sozialdemokratische Partei, in den extremistischen Zusammenhang gestellt wird (S.117ff.; 177ff. ohne konkrete Nachweise), dann muß man schon nach dem verwendeten Demokratiebegriff fragen.

Nachsatz: Soeben, nach Abschluß dieser Rezension und dieser kritischen Schlußbemerkung fällt mir, gleichsam zur Erhärtung meiner Obsessions-These, ein Prospekt in die Hand, wonach, z. T. mit denselben Autoren, gleich noch eine zweite, ähnlich aufgebaute und offenbar gleichgerichtete „Demokratie und...“ – Reihe auf den Markt gebracht wird: „Totalitarismus und Demokratie“ (bei Vandenhoeck und Ruprecht). Doppelt hält besser.

Fritz Vilmar

Günter Gerdesius u. a.: Die Maxhütte Unterwellenborn von 1873 bis 1920. Aus alten Traditionen wächst ein neues Werk, Unterwellenborn o.J.; dieselben: Die Maxhütte Unterwellenborn 1921 bis 1945. Der metallurgische Großbetrieb im Thüringer Land, Unterwellenborn o.J.; Günter Gerdesius:

Die Maxhütte Unterwellenborn 1945 bis 1950. Vom schweren Anfang zum VEB Maxhütte, Unterwellenborn 2004, 56 S., 120 S., 196 S.

Wer kannte sie nicht in der DDR, die Maxhütte in Unterwellenborn? Weniger aus eigenem Erleben als aus dem Unterricht in DDR-Geschichte. „Max braucht Wasser“ wurde ein geflügeltes Wort. Nach der Wende haben wohl die meisten die Maxhütte abgeschrieben. Schließlich gingen im Rahmen der „Sanierung“ durch die Treuhandanstalt DDR- Industriebetriebe von ganz anderem Kaliber für immer zu Bruch. Doch die Maxhütte lebt als Stahlwerk Thüringen GmbH, Filialbetrieb der ARBED-Gruppe Luxemburg, weiter. Und sie ist immerhin so lebendig, daß sie ihrer eigenen Vergangenheit gedenken kann. Auf langjährige Vorarbeiten einzelner Mitglieder zurückgreifend, haben acht Männer und Frauen des Geschichtsvereins unter der Leitung von G. die Geschichte des Werkes herausgegeben. Dieses Mal „von Anfang an“. Das verdient Beachtung schon deshalb, weil es sich um eine nachwendische „Geschichte von unten“ handelt, nicht um traditionelle Konzerngeschichte und natürlich auch nicht mehr um DDR-Betriebsgeschichte.

Die Anfänge der bergmännischen Eisenerzgewinnung und -verarbeitung in der Umgebung von Saalfeld reichen bis ins Mittelalter zurück. Die Anfänge eines modernen kapitalistischen Unternehmens der Schwerindustrie im Raum Saalfeld datieren aus dem Jahre 1869, als das alte Erzbergbaugebiet Kamsdorf-König am Roten Berg von der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte, einem

belgischen Unternehmen, das im bayerischen Rosenberg Fuß gefaßt hatte, aufgekauft wurde. In Bayern fehlte es an phosphorarmem und manganhaltigem Eisen. In der Nähe von Unterwellenborn gab es das, dazu seit 1871 eine Bahnlinie. Ein Jahr später wurde mit der Errichtung einer Hüttenanlage begonnen. 1880 war der Ausbau zum Stahl- und Walzwerk vollzogen.

Liest man die Geschichte des Werkes, knapp und präzise beschrieben, mit den notwendigen technischen Einzelheiten (die im Anhang im Sachwortverzeichnis erläutert werden), mit Dokumenten und Fotografien versehen, dann fällt auf, wie dieses Werk in Thüringen nicht nur in seiner Gründungsgeschichte eng verbunden war mit der Geschichte und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Erst sorgte der Eisenbahnbau für Absatz, dann die Rüstung. Wirtschaftskrisen beeinflussten unmittelbar das Geschehen vor Ort. Mehr als einmal war das Werk in seiner Existenz gefährdet, auch weil technische Innovationen (nacheinander wurde in Unterwellenborn nach dem Bessemer-Verfahren, dem Thomas- und dem Siemens-Martin-Verfahren Stahl erzeugt) immer wieder die vorhandenen Anlagen entwerteten. Wiederholt wechselten Besitzer bzw. die Aktienmehrheit. Dieser Zusammenhang ist von den Autoren durch eine Verknüpfung von Betriebs- und Wirtschaftsgeschichte gelungen dargestellt. Bewältigt wurde diese Aufgabe durch Auswertung von Archivalien und von Lokalzeitungen, aber auch von Fachbüchern und Fachzeitschriften (worüber in einem vorbildlichen Quellenverzeichnis Rechenschaft abgelegt wird).

Die „konjunkturellen Wechsellagen“ hatten nicht nur Eigentümer und Manager zu bewältigen. Vor allem die Belegschaft des Stahl- und Walzwerkes mußte sich immer wieder im Anpassen und Durchhalten üben. Daß sie dafür sozialstrukturell besonders geeignet war, ist einer der Gründe des Überlebens des Stahl- und Walzwerkes in den ersten fünf Jahrzehnten seiner Geschichte. „Die im Werk Unterwellenborn mit schwerster körperlicher Arbeit beschäftigten Männer unterschieden sich erheblich von den Hüttenarbeitern anderer metallurgischer Zentren“, schreiben die Autoren. „Sie waren von ihrer ländlichen Lebensweise her Kleinbauern, mit ein paar Morgen Wind hinter dem Haus, wie es hier hieß, geblieben, besaßen Hühner und manchmal auch eine Kuh und bestellten nach – und auch mal während – der Arbeitszeit in der Hütte ihren Acker. Ihr Leben war geteilt zwischen Werk und Hof.“ (Bd. I, S.299)

Diese frühzeitige Verwirklichung der späteren DDR-Losung „Stadt und Land, Hand in Hand“ gereichte den Hüttenarbeitern damals allerdings eher zum Nachteil, den Hüttenherrn dagegen zum Vorteil. In Krisenzeiten konnte man die Lohnarbeiter entlassen, die Kosten senken, ohne daß die Hüttenarbeiter rebellierten oder resignierend abwanderten. Für sie blieben immer noch das Feld und das Vieh an Ort und Stelle. Hatte sich das Eisengeschäft erholt, wurden wieder Arbeitskräfte benötigt, dann standen die erfahrenen Werkmänner erneut bereit. Diese ursprüngliche Existenzlage prägte auch das Denken der Hüttenarbeiter von Unterwellenborn. Lange wurden sie sich ihrer Stellung als Proletarier nicht

bewußt. Sie neigten nicht zu Streiks und Protesten. Selbst der Grad ihrer gewerkschaftlichen Organisiertheit blieb minimal. Erst nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich das allmählich. Bis 1928 erlangten die Gewerkschaften im Hüttenwerk eine Massenbasis. 1929 wurden erste Streikerfahrungen gesammelt. In der Werkleitung der inzwischen zum saarländischen Röchling-Konzern gehörenden Maximilianshütte hatten die noch unerfahrenen Gewerkschafter einen im ökonomischen Klassenkampf sehr erfahrenen Gegner. Nach zehn Wochen mußte der erste Streik mit dem dürftigen Ergebnis einer Erhöhung des Stundenlohnes um zwei Pfennig (im Ruhrgebiet wurden 7 Pfennig und im bayerischen Rosenberg 5 Pfennig erkämpft) abgebrochen werden. „Die Niederlage des einzigen Streiks im Werk Unterwellenborn wurde durch das kompromißlose Vorgehen der Direktion und durch den Einsatz betriebserfahrener Streikbrecher verursacht, denen sich auch einheimische Hüttenarbeiter angeschlossen hatten.[...] Die Niederlage der Hüttenarbeiter von Unterwellenborn bedeutete das Ende der organisierten Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Betrieb.“ (Bd. II, S.34)

Nach Weltwirtschaftskrise und Wiederanlaufen der zeitweilig stillgelegten Werksteile waren die Unterwellenborner Hüttenwerker jedoch bald wieder vollständig „organisiert“. Wer wieder Arbeit haben wollte, ob Arbeiter oder Angestellter, mußte der nazistischen DAF angehören. Friedrich Flick, seit 1929 als neuer Hauptignorer und Aufsichtsratsvorsitzender maßgebend für die Werksanlagen in Unterwellenborn und für die Grube Schmiedefeld zuständig, ver-

sprach den Belegschaften herrliche Zeiten, die sich in der Rüstungskonjunktur durch Modernisierung der Anlagen und Arbeit für alle Unterwellenborner tatsächlich ankündigten. Der Krieg führte allerdings bald zu einer Belegschaftsumschichtung. Im Jahre 1940 kamen in der Grube Schmiedefeld mit französischen Kriegsgefangenen die ersten ausländischen Arbeiter zum Einsatz. In den folgenden Kriegsjahren machten Polen und Sowjetbürger einen zunehmenden Teil der Belegschaft aus. Sie lebten in Lagern und wurden durch die Direktion vor allem durch niedrige Löhne, aber auch von ihren deutschen Arbeitskollegen – nicht von allen – im täglichen Umgang diskriminiert. Noch bis in den Herbst 1944 stieg dank der ständigen Zuführung neuer ausländischer Arbeiter die Produktion. Erst zwischen Januar und April 1945 ging sie deutlich zurück. Am 14. April besetzten amerikanische Truppen das Werk. „Die ausländischen Arbeiter ließen nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen zunächst keinen Deutschen mehr in das Werk hinein.“ (Bd. II, S.106)

Die Autoren haben bei der Zusammenstellung des Materials und der Präsentation von einem dreiviertel Jahrhundert Maxhütte Erhebliches geleistet. Schließlich gab es für diesen Zeitraum, der zu DDR-Zeiten als Vorgeschichte der Maxhütte von geringem Interesse war, keine Gesamtdarstellung, an die man sich hätte anlehnen können. Zu überlegen war auch, wie aus der damals „parteiamtlich“ geforderten Dominanz der „Geschichte der Arbeiterbewegung“ in der Betriebsgeschichte herauszukom-

men und welches Verhältnis von technisch-wirtschaftlicher Entwicklung, Geschichte der Arbeiterschaft und Geschichte des Managements anzustreben war. Manche Diskussion dürfte es bei den Autoren um die Einschätzung der Maxhütten-Manager gegeben haben. Anders als zu DDR-Zeiten gern dargestellt, hatten sie oft zwei Gesichter: Sie waren ausgerüstet mit einem Sinn für das ökonomisch Machbare, hatten einen Riecher für den sich ankündigenden technologischen Wandel in der Hüttenindustrie und waren oftmals doch gleichzeitig Werkleiter, die aus ihren Arbeitskräften das letzte herausholten. Sie waren schon deshalb Gegner der organisierten Arbeiterbewegung.

Im Unterschied zu den beiden die Geschichte der Maxhütte bis 1945 behandelnden Bänden, die zwei bzw. fünf Jahrzehnte der Entwicklung des Werkes umfassen, geht es im Teil III um die Ereignisse eines halben Jahrzehnts. Die sechs Nachkriegsjahre waren durch eine Vielzahl von Umbrüchen gekennzeichnet: von der Kriegs- zur Friedensproduktion, von einem Unternehmen des Flick-Konzerns zu einem volkseigenen Betrieb, von amerikanischer und sowjetischer Werksbesetzung zu einem Betrieb der VVB Vesta (eine Vereinigung volkseigener Betriebe der DDR-„Schwarzmetallurgie“), von der Demontage zu Wiederaufbau und Ausbau als „Zonenbetrieb Nr. 1“. Die Blickwinkel, aus denen das Betriebsgeschehen betrachtet wird, sind vielfältig. Der technischen Entwicklung wird viel Platz eingeräumt, die Arbeitswelt beschrieben. Das Umfeld rückt durch die Behandlung von Wohnungsnot und Wohnungsbau ins Bild.

Erkennbar ist: Das Arbeitermilieu erfuhr starke Veränderungen. blieb zunächst nach dem Weggang der ausländischen Arbeiter 1945 die reduzierte Stammbesellschaft zurück, so schwoll die Zahl der Beschäftigten durch Zwangsverpflichtung von branchenfremden Arbeitskräften bald wieder an. Das Ergebnis war eine außerordentlich hohe Fluktuationsrate. Von den 1852 zwischen Mai 1946 und Mai 1947 eingestellten Arbeitskräften verließen im gleichen Zeitraum 1210 wieder das Werk bzw. mußten entlassen werden. Unzureichende Qualifikation und mangelhafte Arbeitsmoral verursachten ständig Produktionsstörungen. Die Qualität der Walzprodukte war niedrig, die Produktivität ihrer Herstellung noch geringer. Die Maxhütte geriet in den Jahren 1945-1948 von einer Krise in die andere. Da es seitens der übergeordneten Leitungsinstanzen wohl am einfachsten war, alle Unzulänglichkeiten auf (im heutigen Sprachgebrauch) Managementfehler zurückzuführen, waren Direktionsposten Schleudersitze. Die Furcht vor Agenten und Sabotagemaßnahmen war weit verbreitet, und mancher Leitungskader landete im Gefängnis. Flucht von Direktoren in den Westen wurde als nachträgliche Bestätigung der erhobenen Sabotagevorwürfe betrachtet. Es ist gut, daß dies alles im Bd. zur Sprache kommt, auch das Ausmaß der Verletzungen der Arbeitsdisziplin. „Im Sommer und Herbst 1947 fehlten täglich 25 bis 30 Prozent der Arbeitskräfte im Betrieb wegen Krankheit, Urlaub und Arbeitsbummelei.[...] In der gleichen Zeit nahmen Diebstähle von Kohlen, Koks, Steinen, Werkzeugen, Elektromotoren und Magazinbeständen

zu. Der Diebstahl von Werkzeug unter den Arbeitskollegen wirkte sich verheerend auf die Arbeit aus.“ (Bd. III, S.61f.) Während dieser Zeit war die Maxhütte nicht einer von vielen landes- bzw. volkseigenen Betrieben in der Provinz, sondern stand im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik, da von Eisen und Stahl der Wiederaufbau der Volkswirtschaft ganz wesentlich abhing. Die zentralen wirtschaftsleitenden Organe griffen von Fall zu Fall in das Geschehen in der Maxhütte ein. Nicht immer war die Einmischung so notwendig und hilfreich wie bei der Aktion „Max braucht Wasser“. Der Bd. schließt mit einer „Bilanz der Jahre 1945 bis 1950“. G. listet sorgfältig „Erfolge, aber auch ungelöste Probleme“ auf. Ein Teil seiner Kritik scheint mir jedoch überzogen: Daß „hohe Leistungen der Belegschaft“ durch „Schwächen der starren Planwirtschaft“ gemindert wurden, scheint mir zu sehr eine rückwirkende Einschätzung vom Ende der DDR auf ihre Anfangsjahre zu sein. Die Planwirtschaft war in den Jahren des Beginns in vielen ihrer Entscheidungen fehlerhaft, aber nicht starr, sondern ihre Träger unbeholfen, naiv, kurzsichtig oder wie auch immer. Man war ja gerade dabei, sein Handwerk zu lernen. Alle Planer waren damals Autodidakten bis hin zum Planungsminister Heinrich Rau bzw. Industrieminister Fritz Selbmann. Ähnlich zu sehr durch das Erlebnis des wirtschaftlichen Niedergangs der DDR in ihrem letzten Jahrzehnt geprägt scheint mir auch die Bewertung des extensiven Wachstums bzw. der unzureichenden Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Maxhütte Ende der 40er Jahre. Angesichts dessen, daß in jenen Jahren des

Neuanfangs mit jeder Tonne zusätzlichen Stahls im Maschinenbau Warte- und Stillstandszeiten verringert und Arbeitsproduktivität gesteigert werden konnten, war es – volkswirtschaftlich gesehen – fast unerheblich, mit welchem Arbeitseinsatz das Ausgangsmaterial produziert wurde. Anders als die unzureichende Produktivität ist allerdings die oftmals mangelnde Qualität des metallurgischen Ausgangsmaterials für den Maschinenbau einzuschätzen, da diese zu Störungen bzw. Qualitätseinbußen in der weiterverarbeitenden Industrie führen mußte. Wenn hier Kritik anzusetzen ist, dann besteht sie darin, daß es weder bei den Planaufgaben noch in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, von der im Buch auch berichtet wird, gelang, Quantitätsforderungen und Qualitätsansprüche unter einen Hut zu bringen.

Relativ breiter Raum wird dem Niederschachtofenverfahren, das in der Maxhütte entwickelt wurde und zum Aufbau des Hüttenwerkes in Calbe an der Saale führte, eingeräumt. Dabei handelt es sich gewiß um eine ingenieurtechnische Leistung. Es wäre jedoch wünschenswert gewesen, wenn der Leser nicht nur indirekt (über die Schließung des Werkes in Calbe 1970) erfahren würde, daß das Niederschachtofenverfahren niemals mehr war als eine Notmaßnahme, stets völlig zu Recht dem Vorwurf der Verschwendung von Innovationspotential und Investitionsmitteln ausgesetzt.

Doch unabhängig von diesen Bewertungsproblemen bietet sich in Bd. III mehr noch als in den vorangegangenen beiden Bänden zur Geschichte der Maxhütte dem Leser ein Blick ins „volle Leben“, das facettenreich und unge-

schönt dargestellt wird. Wesentlich zur Annahme des Buches durch den Leser trägt bei, daß auch Teil III ausgezeichnet bebildert ist und Zwischenüberschriften in kurzen Abständen das Lesen ungemein erleichtern.

Jörg Roesler

Theodor Bergmann: Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, VSA-Verlag, Hamburg 2004, 255 S.

Der Vf. arbeitet schon längere Zeit über die „Ketzer“ der kommunistischen Bewegung, nicht zuletzt deshalb, um die Alternativen, die es gegeben hat und die verschüttet oder liquidiert wurden, aufzuzeigen. Das scheint mir in einer Zeit, in der die Idee und vor allem die Praxis des „real existierenden“ Sozialismus abgewirtschaftet haben und damit die ganze Geschichte der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung entsorgt werden soll, besonders verdienstvoll.

In seinem neuen Buch geht es um den heute fast nur noch Fachleuten bekannten marxistischen Theoretiker August Thalheimer (1884-1948) und seine Familie, darunter vor allem seine Schwester Bertha (1883-1959). In der ausgehenden Kaiserzeit und in der Weimarer Republik war August Thalheimer zusammen mit Heinrich Brandler (1881-1961) einer der herausragenden Köpfe der deutschen kommunistischen Bewegung, Mitbegründer der KPD, 1928 dann Mitbegründer der KPD-Opposition. Bertha Thalheimer hatte die Gründungskonferenz des Spartakusbundes am 1. Januar 1916 vorbereitet, war also an seiner Entstehung wesentlich beteiligt.

B. hat die Biographie(en) in die Wirt-

schafts- und Sozialgeschichte Deutschlands eingebettet. Nach einer kurzen Genealogie der Zweige der Familie Thalheimer behandelt er die Geschichte von August und Bertha Thalheimer im „Jahrhundert der Katastrophen“ in neun Kapiteln. Dabei kommen neben den politischen Weggenossen auch die Eltern der beiden Geschwister, die Ehepartner und die Kinder zur Sprache.

Das erste Kapitel „Das Deutsche Reich von der Reichsgründung bis 1914“ zeigt den politischen, den sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Rahmen, Württemberg und Stuttgart, in dem die Geschwister als Kinder des der Arbeiterbewegung zugetanen Vaters Moritz aufwuchsen. Wichtige Wegbegleiterinnen und politische Erzieherinnen der Geschwister waren schon in dieser Zeit Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. Bertha und August schrieben für die von Clara Zetkin herausgegebene Zeitschrift „Die Gleichheit“. Das zweite Kapitel handelt von den Aktivitäten im Ersten Weltkrieg. Während Augusts publizierende und politische Tätigkeit durch seine Einberufung sehr eingeschränkt war, nahm Berthas antimilitaristische Arbeit – zusammen mit der von Augusts Frau Claire – zu. Bertha war auf den internationalen Anti-Kriegs-Konferenzen in Zimmerwald und Kienthal und half bei den Vorbereitungen zur Gründung des Spartakusbundes, bevor sie im Dezember 1916 verhaftet, vor das Reichsgericht Leipzig gestellt und zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Das vierte Kapitel „In der revolutionären Nachkriegszeit“ zeigt vor allem August Thalheimers praktische und theoretische Arbeit in der Partei und in der Kommunistischen In-

ternationale (Komintern). Ende 1923 – nach dem gescheiterten bzw. abgeblasenen Aufstand im Oktober, für dessen Ausgang Thalheimer und Brandler von den „Linken“ in der KPD und in der KPdSU verantwortlich gemacht wurden –, wurden die beiden in die Sowjetunion „eingeladen“, was Thalheimer angesichts seiner Schwierigkeiten mit der deutschen Justiz wohl nicht ungelegen kam. Wie aus dieser „Einladung“ dann vier Jahre unfreiwilliges „Ehrenexil“ wurden, davon und von den politischen Auseinandersetzungen mit den „Linken“ in KPD und KPdSU sowie dem – letztendlich erfolgreichen – Kampf um die Rückkehr nach Deutschland handelt das fünfte Kapitel. In Deutschland machten die politischen Differenzen mit den „Linken“ in der KPD eine gemeinsame Politik jedoch unmöglich, so daß die „Rechten“ um Thalheimer und Brandler die KPD-Opposition gründeten. Die Jahre 1928 bis 1933, die im sechsten Kapitel behandelt werden, waren zudem durch den Kampf gegen den aufsteigenden Faschismus charakterisiert. Das siebte Kapitel beinhaltet dann Verfolgung und Emigration von Thalheimer und seiner Familie, die Moskauer Schauprozesse und ihre Wirkung auf die kommunistische Bewegung, das Exil in Kuba und die erfolglosen Bemühungen um Thalheimers Rückkehr nach dem Krieg nach Westdeutschland. Die große Entfernung zu seinen Genossen in Deutschland hielt Thalheimer keineswegs davon ab, sich weiter mit der politischen Lage Nachkriegsdeutschlands auseinanderzusetzen und theoretische Arbeiten dazu, aber auch zu anderen Themen, wie „Kunst und Revolution“, zu verfassen. Von dieser Periode

handelt das achte Kapitel. August Thalheimers Tod am 19. September 1948 und die Reaktionen darauf werden in einem eigenen Kapitel behandelt. Das letzte Kapitel ist schließlich eine Gesamtwürdigung der Familie Thalheimer und ihres Umfeldes. Eine ergänzende Bibliographie zu August Thalheimers Werken sowie ein Sach- und Personenverzeichnis runden das Buch ab.

Es ist nicht die erste Arbeit des Autors zur Familie Thalheimer. 1993 hat er zusammen mit Wolfgang Haible eine (kurze) Skizze der Leben von August und Bertha Thalheimer verfaßt und eine biographische Skizze über Bertha Thalheimer im „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, H. I/2005, veröffentlicht. Außerdem erschien bereits 1982 Jürgen Kaestners Arbeit über „Die politische Theorie August Thalheimers“. Das vorliegende Werk geht über beide Vorläufer hinaus, nicht nur, weil B.s erste Arbeit tatsächlich nur eine Skizze war und er nun Archivmaterial berücksichtigen konnte, das früher nicht zugänglich war, sondern auch, weil er einen anderen Ansatz als Kaestner verfolgte. Herausgekommen ist eine Arbeit, die es geschafft hat, eine alternative sozialistische Bewegung nachvollziehbar aufzuzeigen, und damit sehr lesenswert ist. Daß der Vf. August und Bertha Thalheimer persönlich kannte und schätzte, schadet der kritischen Auseinandersetzung mit Thalheimer nicht, es gibt dem Buch eine besonders schöne Note. *Sylvelyn Hübner-Rombach*

„Jetzt endlich können Frauen Abgeordnete werden!“ Thüringer Parlamentarierinnen und ihre Politik

(Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, hrsg. Thüringer Landtag, Bd. 20), hain verlag, Weimar 2003.

Mit diesem Bd. liegt eine informative Darstellung der Teilnahme von Frauen an bürgerlichen Legislativen in Thüringen vor. In der kurzen Darstellung der Vorgeschichte des Frauenwahlrechts in Deutschland wird hervorgehoben, daß das Frauenwahlrecht 1918 „durch die revolutionären Ereignisse *von unten* verwirklicht“ worden sei und nicht wie „das unbeschränkte Männerwahlrecht durch Bismarck *von oben*“ (S.17) und daß dies der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt August Bebel zu verdanken sei. Man erfährt, daß das erste deutsche Parlament, in das Frauen gewählt werden konnten, mehrheitlich aus hauptamtlichen Parteifunktionären zusammengesetzt war (S.23) und daß es mit 8,7 Prozent oder 37 weiblichen Abgeordneten an der Spitze der europäischen Parlamente lag. Nur 14 dieser Frauen waren aus Arbeiterkreisen mit lediglich einem Volks- bzw. Bürgerschulabschluß, die meisten hatten eine höhere Bildung.

Im ersten Thüringer Landtag nach Einführung des Frauenwahlrechts gehörten sechs der sieben Frauen den Fraktionen der KPD (4) oder SPD (2) an, nur eine vertrat die Deutsche Demokratische Partei. Alle beschränkten ihre Tätigkeit auf die Gebiete Sozial-, Gesundheits- und Bildungsfragen. Fünf von ihnen wurden nach 1933 wegen ihrer antifaschistischen Tätigkeit von den Nazis verfolgt (S.38), eine wurde in einer Euthanasie-Einrichtung ermordet. Die Haltung der konservativen deutschen Frauenverbände und

ihrer Führungskräfte zum NS-System wird gänzlich ausgeblendet. Durch die Vorstellung der politischen Biographien von sechs der insgesamt 63 zwischen 1945 und 1952 aktiven Politikerinnen wird der Eindruck einer Kontinuität antifaschistischen Widerstands suggeriert.

Diese Politikerinnen waren durchweg Frauen, die bereits vor 1933 aktiv in der Politik tätig waren, unter dem NS-System politisch verfolgt wurden und das Ende des Nazisystems als Befreiung bewerteten (S.87). Vier der vorgestellten Frauen gehörten Arbeiterparteien (SPD, KPD, KPO, SAP, SED) an, zwei bürgerlichen Parteien (DDP/Deutsche Staatspartei, Zentrum/CDU), Biographien der jüngeren weiblichen Abgeordneten werden als ein Desideratum weiterer Forschungen bezeichnet. Nur im Kapitel über die Pionierin der konservativen deutschen Frauenbewegung, der aus der Familie Friedrich Schillers stammenden Dr. Selma von Lengefeld (1863-1934), ahnt man, wie einflußreich die konservativen Frauenverbände waren und welche politische Rolle sie auch in Thüringen gespielt haben. Dr. von Lengefeld promovierte 1900 in Geschichte, Archivwissenschaften und Sanskrit, arbeitete seit 1901 in Weimar als Redakteurin der „Mitteilungen des Vereins Frauenbildung – Frauenstudium“. Ohne jemals Abgeordnete gewesen zu sein, war die der nationalliberalen Partei angehörende Schatzmeisterin und Mitglied des Propaganda-Ausschusses der Frauen als Befürworterin des Krieges in der Vaterländischen Gesellschaft in Thüringen hervorgetreten. Gegen Ende des Krieges setzte sie sich für das Frauenwahlrecht ein, motiviert durch die „starke demokratische Strö-

mung“, die sie voraussah und „die sie als natürlichen Feind jedes Individualismus“ (S.140) betrachtete. Sie sorgte dafür, daß ihre Gesinnungsfreundin Dr. Gertrud Bäumer 1919 in die Nationalversammlung gewählt wurde. Diese repräsentierte die Frauenvereinigungen, die später mit den Nazis sympathisierten. Bäumer gab bis 1944 die von den Nazis gleichgeschaltete Zeitschrift „Die Frau“ heraus, gehörte 1949 zu den Mitbegründerinnen der CSU und dokumentierte in ihrer 1946 erschienenen Schrift „Der neue Weg der deutschen Frau“ ihre Unbelehrbarkeit.

Die Wiedereinführung parlamentarischer Strukturen nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reichs wird sehr kursorisch und fast ausschließlich für die Westzonen behandelt. Für den Osten wird lediglich die Zeit von 1945 bis 1952 berücksichtigt, mit der zweifelhaften Begründung, daß 1952 in der DDR die Länder und damit die Landtage aufgelöst und Bezirke geschaffen wurden. Auf Behandlung und Bewertung der parlamentarischen Vertretungen in der DDR und die Rolle, die Frauen in den drei Bezirksparlamenten, in die das Land Thüringen geteilt wurde, spielen wird somit kommentarlos verzichtet. So setzt die Darstellung erst wieder 38 Jahre danach mit der Wiederherstellung der Länderverfassung im Jahre 1990 ein. Ein Kapitel ist der Alterspräsidentin der Beratenden Landesversammlung Thüringens, der Schriftstellerin Ricarda Huch (1864-1947), gewidmet, die bereits 1946, ein Jahr vor ihrem Tode, der Ostzone den Rücken kehrte.

Die Schrift enthält wichtige Dokumente, u. a. eine 1917 vom Bund deutscher

Frauenvereine und von verschiedenen Frauenvereinen des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach an den Landtag des Großherzogtums übersandte Denkschrift „Die Stellung der Frau in der politisch-sozialen Neugestaltung Deutschlands“, aus der hervorgeht, daß die revolutionäre Stimmung in Deutschland 1917 sogar konservative Frauenvereinigungen für Frauenerwerbstätigkeit eintreten ließ und selbst konservative Frauen eine bestimmte Vereinbarkeit mit Ehe und Mutterschaft forderten.

Die Entwicklung frauenbewegter Strukturen in parlamentarischen Einrichtungen in der Gegenwart wird durch das Thüringer Gleichstellungsgesetz dokumentiert, das 1994, eingebracht von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zunächst scheiterte. In der zweiten Legislaturperiode wurde es von der SPD-CDU-Koalitionsregierung vorgeschlagen und im November 1998 angenommen. Es soll „geschlechtsbezogene Fragen auf allen Entscheidungsebenen und in allen Sachbereichen zum relevanten Kriterium des Verwaltungshandelns sowie des politischen Handelns machen“ (S.198). Der Anhang zum Kapitel enthält Ausschnitte aus der Plenardebatte dazu, in denen allerdings keine Vertreterin der Opposition zu Wort kommt. Der 2004 fällige Bericht über die Situation der Frauen in den Verwaltungen und über die Anwendung des Gesetzes, der Aufschluß darüber geben könnte, ob bzw. wieweit die im Gesetz geforderte Gleichstellung realisiert wurde, konnte in dieser Schrift noch nicht ausgewertet werden.

Das Buch enthält ferner eine Dokumentation zu weiblichen Abgeordneten nach Wahlperioden, eine Chronik der Debat-

ten, an denen diese beteiligt waren, und kurze biographische und statistische Angaben zu ihnen. Leider enthält es kein Personenregister. *Hanna Behrend*

Donald Rayfield: Stalin und seine Henker. Aus dem Englischen von Hans Freundl und Norbert Juraschitz, Karl Blessing Verlag, München 2004, 617 S.

Dem Vorwort ist ein Motto aus der Feder von Naum Korshawin vorangestellt, das mit der Frage, „Welcher Hundesohn hat nur Lenin aufgeweckt?“ beginnt und mit der Feststellung endet, daß man in Rußland niemanden aufwecken sollte. Jene Leser, denen die Texte des auch unter dem Pseudonym Lenin bekannten Klassikers Wladimir Uljanow vertraut sind, wissen die Anspielung auf seinen Aufsatz „Dem Gedächtnis Herzens“ zu entschlüsseln. „Die Dekabristen weckten Herzen“, heißt es darin u. a., nachzulesen im Bd. 18 der Werke auf S.15. Alexander Herzen weckte Georgi Plechanow, der wiederum Wladimir Lenin und dieser Josef Stalin usw. usw. Was Studenten in Knüttelversen weitergaben, existiert aber auch in der klassischen Variante von Johannes R. Becher: „Er rührte an den Schlaf der Welt“. Diese zur Traditionslinie erhobene Erweckungsgeschichte spielt im Buch, das weder eine neue Stalin-Biographie noch eine Geschichte der Sowjetunion sein will, keine Rolle. Was ist es dann? Eigentlich wird auch nicht Stalins Weg zur Macht untersucht, hierzu gibt es u. a. bereits eine Publikation von Robert Tucker. Vielmehr wird – in Analogie zu Daniel Goldhagens Buch – der Blick auf

die „willigen Vollstrecker“ gelenkt. Im gleichen Atemzug werden Analogieschlüsse – und parallele Studien zu Stalin und Adolf Hitler – verworfen. Jeder Satz kann als indirektes Zitat, als Zustimmung oder Absage an eine Standardpublikation gelesen und ausgelegt werden.

Für das vorliegende Buch hat der an der Universität London russische und georgische Geschichte und Literatur lehrende Autor (geb. 1942) ca. 200 russischsprachige Monographien und Dokumenteneditionen, die in den letzten fünf Jahren „zum Thema“ erschienen sind, ausgewertet. Seiner Zuordnung der Autoren und Quellen zu sechs Kategorien (S.18f.) kann man durchaus folgen. Da im Text leider eine andere Umschrift verwendet wird als im Apparat, ist es nicht immer leicht, den jeweiligen Buchtitel oder Verfasseramen in der Auswahlbibliographie (S.582-594) wiederzufinden. Die Darstellung regt durchaus zur Diskussion an, doch der eingeweihte Leser muß damit leben, daß hier mehr bekanntes Material komponiert als ausgehend hiervon weiter recherchiert wurde. Nichts über das umstrittene Geburtsdatum von Stalin, kaum etwas Neues über die divergierenden Angaben zu Stalins Verhaftungen, Verbannungen und Fluchten. Dafür bekommt man Einblicke in das Sexualeben des „einsamen Saldisten“. Problematisch wird es immer dann, wenn R. die in den russischen Vorlagen benannten Lücken und die Widersprüche in den überlieferten Abhandlungen über Stalins Leben und Werk zugunsten seiner Nacherzählung glättet. Wer die russische Literatur kennt, wird über die Präsentation von Stalin als (paranoidem) Dichter und Denker im ersten Ka-

pitel überrascht sein. In diesem Zusammenhang spielen die kontroversen Auffassungen des von R. hochgeschätzten Autors Alexander Ostrowski („Wer stand hinter Stalin“) oder des Michail Weisskopf, der eine lesenswerte Studie über Stalin als Schriftsteller publizierte, überhaupt keine Rolle.

R. wendet sich jedoch nicht nur an jene, die mit dem Gegenstand und der russischen Literatur vertraut sind. Auch Leser, die auf Grund der Sprachbarriere oder der in der Regel schwer zugänglichen russischen Sachbücher auf Sekundärliteratur angewiesen sind, werden sein Buch mit Gewinn lesen. In zehn Kapiteln werden Felix Dserschinski (Kapitel 2), Wjatscheslaw Menschinski (Kapitel 3), Genrich Jagoda (Kapitel 6), Nikolai Jeshow (Kapitel 7) und Lawrentij Berija (Kapitel 8) vorgestellt.

In der Zeit bis zu Lenins Erkrankung und Tod beherrschten Intellektuelle, darunter sehr viele Polen, Letten und Juden mit dichterischer Veranlagung, die politische Polizei, eine unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt für Sowjetrußland wichtige Einrichtung, „Tschekisten und Dichter zogen sich gegenseitig an – wie Wiesel und Kaninchen, mit fatalen Folgen für letztere. Im Laufe der Jahre fanden sie eine gemeinsame Basis: das Streben nach Ruhm; das Selbstbild eines Kreuzfahrers; schöpferische Enttäuschung; die Zugehörigkeit zu einer Avantgarde, sei es politisch oder künstlerisch; Spott für die Bourgeoisie; eine Unfähigkeit, mit gewöhnlichen Sterblichen über ihre Arbeit zu sprechen. Zwischen einem symbolistischen Dichter, der danach strebte, *épater le bourgeois* (also den Bourgeois) zu schockieren, und einem Tschekisten, der den

Bourgeois an die Wand stellte, bestand nur eine kleine, leicht zu überbrückende Kluft.“ (S.104)

Diese durchaus richtige Beobachtung wird nicht dahingehend erläutert, warum es so viele Vertreter aus geographisch gesehen peripheren Zellen des „Völkergefängnisses Rußland“ waren, die ins Zentrum der Macht drängten. (Schließlich lassen sich auch in der Komintern und in der Armee vergleichbare Entwicklungen nachweisen.) Anhand von Analysen der überlieferten Lyrik und Prosa aus der Feder bekannter und unbekannter, gewöhnlicher und herausragender Tschekisten belegt der Verfasser den Satanismus und die Brutalität der Henker in Stalins Umgebung. Der Zeitpunkt, da sie „durch Schläger und hirnlose Befehlsempfänger“ (S.180) aus dem Parteiapparat ersetzt wurden, markiert den Übergang des paranoiden Stalin zur Alleinherrschaft. Die von anderen Autoren ausführlich beschriebenen und untersuchten Ausrottungs- und Verfolgungswellen von Mitgliedern nichtbolschewistischer Parteien, Religionsgemeinschaften und der Landbevölkerung werden hier nur angedeutet. Wenn von den Unterwerfungsmechanismen im Führungszirkel die Rede ist, greift R. zur Erklärung auf anschauliche Bilder, wie z. B. das Verhalten von Löwenbändigern bei der Auswahl des richtigen Omega-Tieres, zurück. (S.246)

Das Kapitel über Jagodas Aufstieg enthält die Schilderung des komplizierten und immer wieder gestörten Verhältnisses zwischen Maxim Gorki und Stalin. 1934 wurde mit Sergej Kirow die Zivilgesellschaft in der UdSSR zu Grabe getragen. Im Unterschied zu anderen Hi-

strikern stellt R. Stalin und Hitler nicht auf eine Stufe (S.314). Dieses Thema wird im Kapitel über Jagodas Sturz ausführlich behandelt. Als einen Grund für die Ablösung von Jeshow durch Berija benennt der Vf. eine Veränderung von Stalins Charakter. Doch die Untersuchung dieser „jähren Wendung“ bleibt er dem Leser schuldig. Nicht nur das, was in der Zeit zwischen 1939 und dem Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 geschah, auch die noch verbleibenden Jahre bis zu Stalins Ende werden eher flüchtig und oberflächlich in einem einhundert Seiten langen Abspann abgehandelt.

Wladislaw Hedeler

Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearbeitet und herausgegeben von Jochen P. Laufer und Georgij P. Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, Band I: 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945, Band II: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946, Band III: 6. Oktober 1946 bis 15. Juni 1948, Duncker & Humblot, Berlin 2004, 2300 S.

Die deutsche Ausgabe der Edition russischer Archivdokumente gibt einleitend Auskunft über Quellenauswahl, Aufbau der Edition wie Editionsprinzipien, umreißt die bisherige Editionstätigkeit und den noch immer unbefriedigenden Stand der Quellenedition: So habe in den zentralen Bereichen sowjetischer Politik, in denen Stalin die Entscheidungen verantwortete, „die Auswertung und Edition der Quellen noch nicht begonnen“ (Bd. I, S.XVI). Die Bde. verfügen über Abkürzungs- und Literaturverzeichnisse,

Personen-, Sach- und geographische Register. Die Publikation ist das Ergebnis jahrelanger Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und dem Historisch-Dokumentarischen Department des Außenministeriums der Russischen Föderation. Sie entstand, da Findhilfsmittel dem deutschen Bearbeiter nicht zugänglich waren, in einem komplizierten Auswahlverfahren aus den, so heißt es, offenen Beständen des Archivs. Bestände aus drei weiteren Archiven konnten selektiv für Analyse und Kommentierung herangezogen werden. In der Regel wurden bisher unveröffentlichte Dokumente ausgewählt. Das Auswahlverfahren, vor allem aber die eher periphere Stellung des Außenministeriums (NKID) im sowjetischen Macht- und Entscheidungsmechanismus, einschließlich der SMAD, begrenzen die Aussagegewichtung. Gleichwohl vermitteln die 493 Dokumente in Verbindung mit den umfangreichen, für die deutsche Ausgabe überarbeiteten und erweiterten Einführungen und einem über 300 Seiten umfassenden Anmerkungsapparat, vielfältige Erkenntnisgewinne, die zu einer vertieften Sicht verschiedener Aspekte und Probleme der sowjetischen Kriegsziel- und Nachkriegspolitik im Rahmen der sich konfliktreich entwickelnden Antihitlerkoalition und insbesondere der Deutschland- und Besatzungspolitik beitragen. So bestätigen nun die Aufzeichnungen über die Unterredungen zwischen Stalin und dem britischen Außenminister Robert A. Eden Ende Dezember 1941 (Bd. I, Dok. 11-14) die Exaktheit des britischen Protokolls, wonach Stalin als die entscheidenden sowjetischen Kriegs-

ziele die Wiederherstellung der sowjetischen Westgrenze, wie sie bis zum Juni 1941 bestand (also einschließlich der Einverleibung der baltischen Staaten), die Herstellung bzw. Respektierung einer sowjetischen Einfluß- bzw. vorgelagerten Interessensphäre, umfangreiche Reparationen, die dauerhafte Beseitigung der von Deutschland ausgehenden Kriegsgefahr, einschließlich der Aufteilung Deutschlands (insbesondere Preußens), formulierte. Die Grenzregelung sollte Polen durch das Angebot einer Westverschiebung durch Zuerkennung deutscher Ostgebiete annehmbar gemacht werden. Bis auf seine Reparationsforderungen gelang es Stalin, diese Ziele durchzusetzen. Er erhielt sogar noch einen Zuschlag für Teile Ostpreußens mit dem angeblich dringend benötigten eisfreien Hafen Königsberg. In Bd. I werden die sowjetischen Planungen und Aktivitäten im Rahmen der Antihitlerkoalition, insbesondere in der Europäischen Beratenden Kommission, in einem breiten Spektrum dokumentiert. Beim Kontrollverfahren für Deutschland behauptete die SU ihre Position, wonach die Oberste Gewalt bei den Oberbefehlshabern in den Besatzungszonen liegen sollte und diese für die Durchführung der im Kontrollrat gemeinsam gefaßten Beschlüsse verantwortlich seien (Dok. 127).

Von besonderem Gewicht ist die erstmalige Erschließung von Quellen aus der Arbeit der drei Kommissionen, die auf Beschluß des Politbüros der VKP(b) im Herbst 1943 im bzw. beim NKID gebildet worden waren: Die vom stellvertretenden Außenminister Maxim M. Litwinov geleitete Kommission für Fragen der Friedensverträge und der Nach-

kriegsordnung, die von Kliment J. Vorošilov geleitete Kommission zu Fragen des Waffenstillstandes und die Kommission für Fragen der Wiedergutmachung (Reparationen), die unter der Leitung von Ivan M. Majskij stand. Neu ist der Nachweis der sowjetischen Absicht zur Zerstückelung Deutschlands als einer Grundkonstante in der Planungsarbeit der Litvinovkommission. Moskau ging zunächst davon aus, daß sich die drei Mächte in Jalta grundsätzlich auf eine Zerstückelung oder Aufgliederung Deutschlands geeinigt hätten (Dok. 144, 146), vollzog dann aber in der Londoner Teilungskommission eine Positionsveränderung (Dok. 154), deren strategische Hintergründe bisher nicht aufgeheilt werden konnten. Am 9. Mai 1945 distanzierte sich Stalin öffentlich von jeder Zerstückelungsabsicht, betonte Ende Mai 1945 im Gespräch mit Sonderbotschafter Harry L. Hopkins, daß „die Alliierten [...] in Deutschland natürlich eine einheitliche Politik verfolgen“ (Bd. II, S. 4) müßten und trat auf der Potsdamer Konferenz für die Behandlung Deutschlands als Ganzes und für die Bildung Deutscher Zentralverwaltungen ein. Unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz wurden für das NKID und für die SMAD Arbeitsprogramme ausgearbeitet, die auf die „schnellstmögliche Umsetzung der in Potsdam gefaßten Beschlüsse“ zielten (Bd. II, S. LVII). Parallel hierzu wurde die KPD, in der Einführung von Bd. II nur peripher erwähnt, in Moskau bei der Vorbereitung ihres Aufrufes ebenfalls auf eine gesamtdeutsche Politik und auf solch moderate Positionen festgelegt, die mit den Potsdamer Beschlüssen kompatibel und auch in den

Westzonen gegenüber den Westalliierten vertretbar waren. Sie mußte sogar auf ein Bekenntnis zum Sozialismus verzichten. Später erlaubte Stalin das Konzept eines demokratischen Weges zum Sozialismus unter Hervorhebung der parlamentarischen Traditionen und in Abhebung vom sowjetischen Weg. Schließlich fixierte Stalin im Juni 1946 seine Positionen in Richtung „Einheit“ und Friedensvertrag in einer „Deutschland-Direktive“. Hierzu wurde am 13. Juni 1946 ein bisher nicht bekannter Politbüro-Beschluß gefaßt (Bd. II, S. VIIV). Die SED erarbeitete dann anschließend den Vorschlag zur „Bildung einer einheitlichen deutschen Staatsregierung“ und einen Verfassungsentwurf (Bd. II, Dok. 154, Anm. 429, 430). Oberste Priorität hatten die Fragen Einheit und Friedensvertrag in den Gesprächen Stalins mit der SED-Führung am 31. Januar 1947 (Bd. III, Dok.35) und ebenfalls am 26. März 1948 (Bd. III, Dok. 147).

Die sowjetischen Vorbereitungen auf die Moskauer Tagung des Rates der Außenminister waren intensiv (Bd. III, Dok. 18ff.) und lassen den Willen erkennen, tatsächlich zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer deutschen Regierung zu kommen. Washington und London waren jedoch (was aktenkundig ist, aber ausgeblendet bleibt) nicht mehr an einer Vier-Mächte-Regelung – und schon gar nicht auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse – interessiert. Es gibt somit in der Edition gewichtige Indizien dafür, daß Stalin tatsächlich eine, wenngleich in sich sehr widersprüchliche, zweigleisige Politik zwischen der nunmehr favorisierten Option auf ein entmilitarisertes, neutralisiertes, in seinem Verständnis demo-

kratisiertes, Reparationen lieferndes Deutschland und der ostzonalen Minimal- oder Notlösung verfolgte. Die Hrsg. legen sich allerdings darauf fest, daß es Stalin unter der Flagge der Einheit und bei bloßer Friedensvertragspropaganda gezielt um „die Abschirmung der sowjetischen Einflußzone, die Sicherung der SBZ“ und ihre „sozialistische Umgestaltung“, „die Transformation der SBZ zu einer Gesellschaft sowjetischen Typs“ und die Bildung eines Ostzonenstaates unter sowjetischer Herrschaft ging (Bd. III, S. LXXXIIIff.; Bd. II, S. XLIX). Demgemäß bilden in Bd. II die „Transformation“ der SBZ und in Bd. III die „Versetzung“ der SBZ die thematischen Hauptschwerpunkte, denen die deutsche Frage, Außenministerkonferenzen und Kontrollratstätigkeit, Einheitsproblematik und Friedensvertragsfrage quasi als zweitrangig nachgeordnet werden.

Das Studium der Dokumente vermittelt oft ein differenzierteres Bild hinsichtlich der interalliierten Beziehungen, als es in den Einführungen gezeichnet wird, so wenn z. B. Lucius D. Clay Ende Oktober 1945 gegenüber Vasilij D. Sokolovskij die weitgehende Übereinstimmung der Positionen betonte – mit Ausnahme der Reparationsfrage (Bd. II, S.127). Das trifft auch auf die besonders hervorzuhebende Dokumentierung der sowjetischen Entscheidungsfindung zum Vertragsangebot von US-Außenminister James F. Byrnes über eine 25jährige Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands zu (12 Dok. u. 5 Anm. in Bd. II, S.113ff.). Weitere dokumentarische Schwerpunkte sind die Demontage- und Reparationsproblematik und die

damit zusammenhängende Industrienniveau-Planung, die Kriegsgefangenenfrage, die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, Fragen der Ostgrenze, Währung und Finanzen, „Zwangsvereinigung“, Wiederzulassung der SPD, Länderverfassungen, DWK, Arbeit und Leben in der SBZ. Hierzu wird eine Fülle neuer Fakten und wichtiger Zusammenhänge vermittelt, worauf aber nicht im einzelnen eingegangen werden kann. Aus den Dokumenten spricht nicht zuletzt das sowjetische, durch die eigenen Erfahrungen, aber auch stalinistische Denkschemata gebrochene Selbstverständnis hinsichtlich Friedenssicherung und Demokratisierung, durch dessen Prisma die Entwicklung der SBZ und der Westzonen gesehen wird, was zu vielen Mißverständnissen, Fehleinschätzungen und Fehlhandlungen führte. Kompetenzgerangel, uneffektive Befehlsstrukturen, Stalins Selbstüberforderung u. a. kamen hinzu. Der Zonalisierung Deutschlands und der Tatsache, daß keine Fortschritte in Richtung auf Wirtschaftseinheit erzielt werden konnten, entsprang eine Tendenz der Verselbständigung in allen Besatzungszonen, die im Westen allmählich in Richtung Bizone verändert wurde. Sowjetische Wirtschaftsexperten beschworen Ende 1946 in einem Bericht, der von Sokolovskij nach Moskau weitergeleitet wurde, die Gefährdungen der in Jahrhunderten gewachsenen deutschen Wirtschaftsstruktur durch die Zonalisierung und stellten fest, daß eine „weitere Verselbständigung der sowjetischen Zone trotz einer Reihe vorteilhafter Seiten zu außergewöhnlichen Schwierigkeiten führt, weil die Rohstoffvorräte fast verbraucht und die verbliebe-

nen Ausrüstungen und das Verkehrsweisen renovierungsbedürftig sind“. (Bd. III, S. XXXVII) Trotz aller nicht zu leugnenden Abschottungsmaßnahmen, die aber auch etwas mit sowjetischen (Über)Reaktionen auf die westalliierte Politik zu tun hatten, erfolgte die Verselbständigung der SBZ bis 1947/48 eher notgedrungen, und sie wurde mehr verzögert als forciert. Das Hinausschieben der Bildung der DWK in Abhängigkeit von vollendeten bizonalen Fakten belegt das. Bei den gesellschaftlichen Umgestaltungen in der SBZ ergibt sich eher das Bild einer in der Art und Weise zwar problematischen und kritikwürdigen, aber doch an den Potsdamer Beschlüssen orientierten und die deutsche Spezifik berücksichtigenden Vorgehensweise – wie bei der Bodenreform in Abhebung von den Volksdemokratien (Bd. II, S.96). Auch das Bemühen um ein gleichartiges alliiertes Vorgehen wird deutlich. Und im Kontrollrat gab es in vielen Fragen Übereinstimmungen oder angenäherte Standpunkte. Strukturveränderungen in der SBZ, Entnazifizierung, Länderverfassungen etc. implantierten in dem behandelten Zeitraum doch wohl kaum eine Gesellschaft sowjetischen Typs. Sie erscheinen als noch „einheitskompatibel“ und eben Ausdruck einer ambivalenten sowjetischen Politik. In den Einführungen wird allerdings ein anderes Bild gezeichnet. Demzufolge ging die SMAD bei der Entnazifizierung „mit Brachialgewalt“ vor (Bd. II, S.XLI) und bei der Sequestrierung ohne Berücksichtigung westallierter Regelungen (Bd. II, S. XLIX), wobei übersehen wird, daß die SMAD-Befehle 124 und 126 mit dem vom Joint Chief of Staff schon am 18.

September 1944 erlassenen Gesetz Nr. 52 fast deckungsgleich waren. Die „Transformationen“ werden – ohne Bezug zu den Potsdamer Beschlüssen und auch zu Bestrebungen nach Bodenreform, Sozialisierung etc. in den Westzonen – als einseitig, eigenmächtig und an den Volksdemokratien ausgerichtet charakterisiert. Die zielstrebige Verselbständigung der Westzonen im Zuge der Westblockpolitik bleibt außen vor, und daher wird nur der SED bzw. den ostdeutschen Ministerpräsidenten die Schuld am Scheitern der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz angelastet (Bd. II, Dok. 71-73 u. Anm.). So muß bei Anerkennung und Hervorhebung ihres dokumentarischen Wertes auch kritisch angemerkt werden, daß die Edition durch die Einführungen der Bde. II und III in eine Schiefelage gerät und einseitige Sichtweisen transportiert.

Rolf Badstübner

Martina Wobst: Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949-1990. Kulturelle Diversität und politische Positionierung, Berliner China-Studien 43, LIT Verlag, Münster 2004, 278 S.

Das Ostasiatische Seminar der Freien Universität Berlin bleibt sich in erfreulicher Weise treu. Im Rahmen seiner beiden großen, jeweils von Mechthild Leutner betreuten Publikationsreihen „Dokumente zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen“ und „Berliner China-Studien“ räumt es den Beziehungen zwischen der DDR und China angemessenen Raum ein, und mit der Autorin ist nun auch eine Vertreterin der jüngeren Generation angetreten, der „Verdrän-

gung der DDR aus der sinologischen Wahrnehmung des Westens und ihrer Marginalisierung als eine(r) Folge des Kalten Krieges“ (S.20) etwas entgegenzusetzen. Das Ergebnis ihrer Anstrengungen ist so interessant, die Quellenverarbeitung so umfangreich, das Literaturverzeichnis so ausführlich, daß sich getrost feststellen läßt: Künftige Forschungen zum Thema können nicht an diesem Buch vorbeigehen.

Es enthält nach einer einleitenden Befassung mit Gegenstand, Methodik, Forschungsstand und Quellen zwei Hauptkapitel. Das erste behandelt die historische Entwicklung der bilateralen Kulturbeziehungen mit den Etappen „Aufschwung in der Aufbauphase 1949-1956“, „Rückgang bis hin zum Stillstand 1957-1980“ und „Wiederbelebung 1981-1990“ und enthält einen besonderen Abschnitt zur Organisationsstruktur. Im zweiten Hauptkapitel befaßt sich die Autorin mit „ausgewählten Schwerpunkten des Kulturaustausches“, und sie tut dies mit überaus detailfreudig ausgestalteten Darstellungen zu Musik, Theater, Film, Literatur, Begegnungen bildender Künstler und Ausstellungen.

Im historischen Kapitel hat das Buch seine besonderen Stärken dort, wo es der Autorin (zu der man sich übrigens ein paar kurze biographische Angaben gewünscht hätte) gelungen ist, die zunächst ganz sachliche Behandlung von Dokumenten wie etwa des Kulturabkommens von 1951 durch einfühlsame Überlegungen zum Geist und durch übergreifende Einordnung der Beziehungen zu bereichern. So ist W. entschieden zuzustimmen, wenn sie formuliert, daß „der Studenten- und Dozentenaustausch“ zwischen der

DDR und der VR China in den 50er Jahren „die Grundlage für die weitere deutsch-chinesische Verflechtung auf Personalebene“ schuf und mit ihm „die Tradition der Bildungskooperation, bei der schon seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts vor allem Chinesen in Deutschland ausgebildet wurden, [...] fortgesetzt (wurde).“ (S.33) Nicht weniger treffend die Hervorhebung der Chinakenntenschaft des ersten DDR-Botschafters Johannes König, „der während des antijapanischen Krieges in Shanghai als Journalist gearbeitet hatte“ (S.33), oder die Würdigung des Buches von Fritz Jensen „Die Brücke von Berlin nach Peking“, mit dem der aus Wien stammende Autor, der als Truppenarzt zunächst bei Jiang Jieshi (Tschiang Kai-schek) und dann in der Volksbefreiungsarmee tätig gewesen war, Wichtiges zu einem neuen Chinabild in der DDR leistete (S.28f.).

Wer hier noch weitergehende Erwartungen an die Autorin hat – etwa hinsichtlich eines an der konkreten Situation abgehandelten politisch-historischen Vergleichs zwischen der DDR und der Bundesrepublik, die ja bekanntlich erst 1972 diplomatische Beziehungen mit der VR China aufnahm –, der muß auf das einleitende Methodikkapitel verwiesen werden, in dem die Arbeit ausdrücklich als „kulturwissenschaftliche Studie“ definiert ist. Und die Qualität eben dieses Herangehens macht ja auch den entscheidenden Wert des Buches aus. So etwa im Unterabschnitt „Chinaliteratur in der DDR“ (S.130-160). Dort wird in höchst informativen und lesenswerten Passagen zum Beispiel über die „Sinologie als Vermittlerin der chinesischen Kultur und

Literatur“ reflektiert. Und neben so bekannten Schriftstellern wie Anna Seghers (auch als Sinologin herausgestellt), Stephan Hermlin, Bodo Uhse oder Willi Bredel, deren Reiseberichte als „Fortführung der Tradition der Reisereportagen über China“ von Agnes Smedley, Egon Erwin Kisch und Arthur Holitscher beschrieben werden (S.140), finden auch die Übersetzungs- und Kommentierungsleistungen von Irmtraud Fessen-Henjes, Eva Müller, Fritz Gruner u. v. a. bei der Herausgabe großer chinesischer Schriftsteller wie Ding Ling, Mao Dun, Lao She u. v. a. ausführliche Würdigung.

Dieses Beispiel soll hier genügen, um die Sorgfalt und Gründlichkeit zu dokumentieren, mit der sich die Autorin auch in allen anderen Abschnitten ihrem Stoff gewidmet hat. In 732 Anmerkungen, die – was ja keineswegs mehr die Regel ist – lesefreundlich als Fußnoten gesetzt sind, finden sich Hunderte Namen deutscher und chinesischer Akteurinnen und Akteure der Kulturbeziehungen, und ein 25seitiges Literaturverzeichnis leistet ein übriges zur Untersetzung des im Text Behandelten. Gewiß hätte man sich über all das hinaus auch noch ein Personenregister denken können, und beim genauen Studium der Literaturliste fällt hier und da eine Lücke auf. So fehlt zum Beispiel die von Roland Felber und Bernd Kaufmann herausgegebene kommentierte Chronik „Die Volksrepublik China 1949-1979“, während der Nachfolgebund für den Zeitabschnitt 1979-1989 durchaus benannt ist (wenn auch mit unvollständiger Herausgeber-schaft). Aber das sind Kleinigkeiten, die am insgesamt hohen Wert des Buches nichts ändern. Würde DDR-Geschichte auch auf anderen Gebieten so gründlich,

detailliert und mit weitgehend vorurteilsfreiem Engagement beschrieben wie im vorliegenden Buch, stünde es um den Zugang zur deutschen Geschichte des 20. Jh.s in ihrer Gesamtheit unvergleichlich besser, als es heute der Fall ist.

Wolfram Adolphi

Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart. 50 Jahre nach der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR, hrsg. von Ilona Buchsteiner und Siegfried Kuntsche (Rostocker Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, Bd. 12), Rostock 2004, 233 S.

15 Jahre nach der „Wende“ bewirtschafteten in den neuen Bundesländern agrarische Gemeinschaftsunternehmen, die ihre Wurzeln in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) der DDR hatten, knapp ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Wiederholten politischen Anfeindungen, finanziellen Erschwernissen und eigentumsrechtlichen Infragestellungen zum Trotz haben sich die Agrargenossenschaften, in der Rechtsform meist eingetragene Genossenschaften, einen recht stabilen Platz in der ostdeutschen Agrarlandschaft erstritten. Einzelunternehmer, die dem politisch favorisierten Weg vom Genossenschaftsbauern zum „Wiedereinrichter“ eines Familienbetriebes gefolgt waren, blieben zahlenmäßig unter den Erwartungen des westdeutschen Transformations-Establishments. Mit rund 24.000 entstanden etwa nur so viele Einzelhöfe, wie jährlich in Westdeutschland aufgegeben werden. Zwei Drittel werden im Nebenerwerb geführt.

Dieser soziostrukturelle Befund kommt unter allen postsozialistischen Ländern bislang nur dem in der tschechischen Republik nahe. Doch sowohl die ostdeutsche als auch die anderen Transformationsgesellschaften ereilen mit der EU-Erweiterung neue Herausforderungen, die die Dörfer vermutlich zu bedeutsamen Konflikträumen machen werden. Grund genug, sich der Erfahrungen mit ostdeutschen Produktiv- (nach DDR-Sprachgebrauch Produktions-) genossenschaften, anzunehmen. Das sagten sich Agrarhistoriker der Rostocker Universität, der Thünengesellschaft e. V. und des Vereins für Politik- und Sozialgeschichte Mecklenburg-Vorpommern e. V. Mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Thünen-Museums Tellow gelang es ihnen, Politiker, Sozial- und Agrarwissenschaftler sowie führende Vertreter von vormaligen und von heutigen Agrargenossenschaften zu einem sehr aufschlußreichen Dialog über die Geschichte der Genossenschaftsidee, deren ambivalente Realisierung in der DDR, politische, soziale und agrarwirtschaftliche Folgen dieser Entwicklung und Probleme der Privatisierung und marktwirtschaftlichen Anpassung zusammenzuführen. Das Kolloquium fand am 14./15. Juni 2002 in Tellow statt. 22 Beiträge wurden 2004 veröffentlicht; durch den viel zu frühen Tod einer Initiatorin, der Agrarhistorikerin Frau Prof. Dr. Ilona Buchsteiner (Universität Rostock), war das technisch erschwert worden.

Die Betrachtungen reichen weit in die Geschichte zurück. Ein Beitrag von *Andreas Dornheim* (Erfurt) über frühe

agrargenossenschaftliche Gemeinschaftsprojekte in Deutschland setzt sich mit den Plänen Franz Oppenheimers und Max Sering's zu Großgrundbesitzaufteilung, Siedlung als „innerer Kolonisation“ und Genossenschaft auseinander. D. zeigt, wie sich die Debatten um Nutzungsrechte, Produktionsformen und Betriebsgrößen am Beginn der Weimarer Republik bereits um den Problembereich „Ernährungsfrage versus Interessenkonstellationen“ drehten. Er weist auf ein sozialdemokratisches programmatisches Defizit hin, das einem Siedlungskonzept zugute kam, welches ostelbischen Großgrundbesitz letztlich stärkte.

Die Veranstalter unterstreichen die Aktualität des Themas, indem sie mit dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, *Till Backhaus*, und dem Geschäftsführer des Genossenschaftsverbandes Norddeutschland und Leiter der Abteilung Agrarberatung *Hartmut Wallstabe* eingangs zwei streitbare Befürworter des Erhalts von Agrargenossenschaften zu Wort kommen lassen. Sie würdigen (auch in tabellarischen Übersichten) die wirtschaftlichen und sozialen Anstrengungen der heute fast 200 mecklenburgisch-vorpommerschen Großbetriebe, die sich durch einerseits überdurchschnittlich große Flächen, andererseits geringe Ausstattung mit Eigenkapital von westdeutschen Betrieben unterscheiden. Ihr Gewinn pro Fläche liegt wegen der Lohnkosten unter dem der Familienbetriebe. Doch werden sie ihrer sozialen Verantwortung als Arbeitgeber und als Bewirtschafter kultivierter Flächen in einem Umfang gerecht, der keine Alternative

kennt. Ihr Wertschöpfungspotential optimal zu nutzen, muß Aufgabe einer sozial ausgerichteten Förderungs- und Preispolitik sein.

Die historischen Betrachtungen eröffnet *Siegfried Kuntzsch* (Uelitz) mit historio-graphischer Gegenstandsbeschreibung. Er plädiert für Untersuchungen nach dem Prinzip der Historisierung und für möglichst vielseitige Betrachtungen ohne geschichtspolitische „Ausgrenzung“ der ostdeutschen Binnensicht, für Methodenvielfalt und interdisziplinäre Ansätze. Der ostdeutsche Weg von der Bodenreform über die Kollektivierung zur industriemäßigen Großproduktion sei „in seiner inneren Widersprüchlichkeit und in der Totalität seiner gesellschaftlichen Verknüpfungen zu erfassen“ (S.39). Die Träger dieses Wandels, die Landbevölkerung immerhin zweier Generationen, seien zunehmend auch in ihrem subjektiven Selbstverständnis, in mentalen Grundhaltungen und alltäglichen Problemlagen, mit eigenen Erfahrungs- und Verhaltensmustern, Anpassungs- und Mitgestaltungsstrategien vor allem im Umfeld der großen historischen Brüche „Bodenreform“ und „Kollektivierung“ zu untersuchen. Eine prägnante Gegenüberstellung des ost- und des westdeutschen agrarischen Entwicklungsweges bietet *Arnd Bauerkämper* (Berlin) als Beschreibung „zweier Modernisierungspfade“. Beide seien „von einem technokratischen Voluntarismus und Technikfetischismus“ geprägt gewesen; in beiden Fällen kam staatlichen Steuerungsinstrumenten große Bedeutung zu (S.48). In dem „Bündel von Wandlungsprozessen“ macht B. viele Gemeinsamkeiten aus: eine sich beschleunigende In-

tensivierung der Produktion, die mit Kapitalisierung und Mechanisierung einherging, einen tiefen Wandel der Betriebsstruktur, die Zunahme nebenerwerblicher Beschäftigung und schließlich die Sprengung des natürlichen Zusammenhalts von Pflanzen- und Tierproduktion. Die Unterschiede lagen in den zeitlichen Abläufen, der Intensität des Wandels, den Rentabilitätsfolgen und den politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Politik folgte unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Leitbildern, die bei der politischen Propaganda in den wechselseitigen Vorwurf des „Hofsterbens“ mündeten, was die divergierenden Agrarverfassungen fortwährend bekräftigte. Sie bewirkte, daß in der DDR trotz formeller Besitzrechte der Bauer zuerst die Verfügungsgewalt über seine Produktionsmittel und dann zunehmend alle Hoftradition verlor, während auch in der BRD der „freie Bauer auf freier Scholle“ – trotz Orientierung auf Familienbetrieb – infolge generationellen Berufsausstiegs ab den 70er Jahren „vollends zur Fiktion wurde“. Gleichwohl boten die Strukturen hüben wie drüben Raum, Ländlichkeit zu erhalten, was heute durchaus Chancen der ökologischen Neuakzentuierung bietet. B.s Blick auf den säkularen Modernisierungsprozeß regt zu Vergleichen im europäischen Rahmen an. Allerdings bleibt uns B. die Begründung des Begriffs „Pfad“ schuldig. Dieser ist kein Synonym für „Entwicklungsweg“, zumal nicht für einen kurzen von ein bis zwei Generationen. Inkonsequent erscheint auch die abschließende Bemerkung, das Transformationsziel „bäuerlicher Familienbetrieb“ in Ostdeutschland erweise sich heute deshalb als illusionär, weil

die ostdeutsche Modernisierung unter SED-Diktat eine radikale, „von oben“ angeordnete gewesen war.

Obgleich Politikgeschichte auf dem Kolloquium nicht vorherrschen sollte, rückte eine der traditionellen Streitfragen in den Vordergrund: die nach Freiwilligkeit und Zwang im Kollektivierungsprozeß. *Jens Schöne* (Berlin) geht sie polemisch an, legt seinen Ausführungen jedoch ein zu schlichtes Grundverständnis von Interessenlage, Spontaneität, politischer Lenkung und Zwang, von „Auslöser“ und „Motor“ der LPG-Bildung zugrunde. Das äußert sich sowohl in sprachlicher Oberflächlichkeit als auch in undifferenzierter Terminologie. Sch. wirft der SED vor, sie hätte 1952 Spontaneität zur Initialzündung der freiwilligen Genossenschaftsbewegung erklärt. In Wirklichkeit aber handele es sich „um eine Inszenierung der SED-Führung“, die „damit ihrem eigenen Herrschaftsanspruch Nachdruck zu verleihen suchte“ (S.62). Hier wird der SED-Führung nicht nur ein historisch falscher Umgang mit dem Phänomen und dem Begriff der Spontaneität untergejubelt, der Schluß ist noch nicht einmal logisch. Einzelne freiwillige LPG-Gründungen schließt Sch. „nicht grundsätzlich aus“, doch Hintergründe und Haltungen interessieren ihn nicht, wo „Partei und Staat gegen die Mehrheit der Landbevölkerung“ „rigoros“ vorgehen, womit 1952/53 „strukturell bereits der ‚sozialistische Frühling‘ des Jahres 1960 angelegt“ worden sei (S.66). Schließlich sei im Frühjahr 1960 dem Ziel der Vollkollektivierung „jegliche Gesetzlichkeit untergeordnet“ worden, „Zwang und Gewalt brachten das gewünschte Ergeb-

nis“ (S.69f.). Sch. tut so, als seien seine Erkenntnisse neu. Er zitiert neben Archivquellen ausschließlich aktuelle Fachliteratur. Tatsächlich aber bietet er eine Interpretation der Geschehnisse, die aus lange zugänglichen Akten immer schon herauszulesen war (und deshalb noch nicht richtig sein muß) und parallel zu den Ereignissen auch immer schon die offiziellen westdeutschen Kommentare prägte. Fraglich bleibt, warum Sch. am Ende doch den Begriff der Zwangskollektivierung „für den gesamten Prozeß der LPG-Gründungen“ als „unzutreffend“ ablehnt (doch nicht etwa wegen einzelner freiwilliger Zusammenschlüsse?) und nur noch von „von der SED-Führung zur eigenen Herrschaftssicherung billigend in Kauf genommenen Repressionen“ (S.71) spricht. Seiner Forderung nach „genaueren Begrifflichkeiten“ ist nur zuzustimmen.

Ein differenzierteres Bild entwirft *Horst Pätzold* (Rostock) mit Blick auf „ökonomische und psychologische Gesichtspunkte bei der Gründung von LPG“. Er stellt den Vorteilen bei der Großraumbewirtschaftung und bei der Einführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Pflanzenanbau und Viehwirtschaft den schmerzhaften Verlust an Eigentum, die Zerstörung der traditionellen Bindung der Bauern an Hof und „Scholle“, ihr Verständnis von Arbeitsorganisation und Viehbewirtschaftung entgegen. Die SED glaubte, die mentalen Gegebenheiten rasch „mitmodernisieren“ zu können. Sie fand außerhalb der Bauernschaft Unterstützung in ihrer überzogenen Technik- und Planungseuphorie, schürte aber mit ihren Zwangsmaßnahmen im Dorf harte Konflikte. In den 70er Jahren sieht P. rückblickend sowohl eine Konsolidie-

rung der Produktionsweise als auch eine Befriedung des Verhältnisses Staat-Landbevölkerung. Ein letztlich positives Resümee der für viele Altbauern zunächst unannehmbaren „Vergenossenschaftlichung“ zeichnen auch *Uwe Krause* (Schwerin), Vorstandsvorsitzender einer Agrargenossenschaft im mecklenburgischen Brüsewitz, und *Willi Lauterbach* (Schwerin), seinerzeit Leiter verschiedener Genossenschaften in Mecklenburg, später Fachschuldozent. *Uwe Schultze* (Mestlin) stellt die durchaus nicht typische Geschichte eines sog. Musterdorfes vor. Mestlin war ein Fall von Anfang der 50er Jahre experimentell konzipiertem Neubau ganzer Dorfanlagen. (Siehe *JahrBuch* 2003/II.)

Eine lokale Studie mit kulturanthropologischem Ansatz hatte *Barbara Schier* (München) über mehrere Jahre an den Ort einer der ersten LPG-Gründungen geführt, ins thüringische Merxleben. Sie gibt Erkenntnisse aus Aktenstudien und Interviews wieder, die ihren Reiz in der Gegenüberstellung im mikrogeschichtlichen Raum entwickeln. Die Volkskundlerin war persönlichen Erfahrungen, privaten Beziehungen, alltäglichen Sorgen auf der Spur und erfaßte die Spannungen zwischen „oben und unten“ im Rückblick der Akteure. Methodisch ähnlich war *Antonia Humm* (Berlin) vorgegangen, als sie in der thüringischen Gemeinde Niederzimmern den „Wandel der bäuerlichen Lebenswelt im Kollektivierungsprozeß“ nachzuzeichnen versuchte. (Sowohl Schier als auch Humm hatten ihre Studien zu Promotionsschriften geführt.) H. ist weniger auf die Hintergründe der Entscheidung zur LPG-Bildung aus, sucht vielmehr

nach Umbruch- und Restaurationsbestrebungen, nach Motiven der Landbevölkerung, sich auf das Kollektivierungsangebot der SED einzulassen, es ganz oder teilweise abzulehnen oder dagegen anzukämpfen. Ihr Blick ist auf die Grenzen der Herrschaft gerichtet. Der Vergleich mit Entwicklungen in einer ähnlich strukturierten Gemeinde in Baden-Württemberg läßt H. auf ähnliche Motivationsstrukturen schließen: Nur die ökonomische Situation zwang Bauern zur Aufgabe des Einzelbetriebes. In der LPG äußerte sich die tradierte Haltung in der Resistenz gegen strenge, großbetriebliche Arbeitsorganisation, gegen langfristige Planung und Brigadestrukturen. Umgekehrt funktionierte Integration dort, wo fachliche Kompetenz gefördert und Karrierewege freigegeben wurden. Sch. umfaßt das Spektrum von Haltungen und Identifikationen mit dem Begriff des „Eigensinn“. Sie bezieht ihn nicht etwa nur auf Gegen- oder Abwehrhaltungen zum SED-staatlichen Leitbild. Bäuerlicher „Eigensinn“ kann, folgt man Sch., auch die bäuerlichen Nuancen des angenommenen Leitbildes ausmachen, Ausdruck eines Kompromisses sein.

Daß es vor allem Frauen waren, die sich seinerzeit gern auf die LPG einließen, belegt *Christel Panzig* (Lutherstadt Wittenberg) in ihrem Beitrag zu Chancen und Defiziten beruflicher Entwicklung von Frauen in den LPG. Vor allem Klein- und Neubäuerinnen drängten in Gemeinschaftsbetriebe, die u. a. soziale Einrichtungen wie Kindergärten versprachen. Zwar verlief die Emanzipation auf den Dörfern nicht anders als in der Stadt: Die Frauen blieben – im Vergleich zu den Männern – auf den weniger technisier-

ten Arbeitsplätzen, bei viel kleiner Handarbeit und überdurchschnittlich harter körperlicher Belastung. Sie waren unterrepräsentiert in Leitungspositionen. Doch historisch gesehen und im internationalen Vergleich waren LPG-Bäuerinnen fachlich hochqualifiziert. Frauen machten in genossenschaftlichen und staatlichen Agrarbetrieben der DDR fast 40 Prozent der Hoch- und Fachschulabsolventen aus. Von 1975 bis 1989 vervierfachte sich die Zahl der ländlichen Hochschulabsolventinnen, die Zahl der weiblichen Fachschulabgänger verdoppelte sich. Es wundert daher nicht, wenn heute rückblickend gerade Frauen den Vorteil der LPG für sich in einem beruflichen Aufstieg, in Kindereinrichtungen, Polikliniken und Kulturangeboten ausmachen.

Vier Beiträge sind dem noch zu wenig untersuchten späten Zeitraum vom Ende der 60er Jahre an gewidmet. Die Zusammenschlüsse von LPG zu „kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion“ (KAP, 1969/70 bereits mit durchschnittlich ca. 4000 ha auf rund 75 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche), die forcierte Spezialisierung und die künstliche Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion mit dem Ziel der industriemäßigen Produktion z. T. in gemischt genossenschaftlich-staatlichen Betrieben bildeten einen weitaus tieferen Eingriff in die ländliche Produktions- und Lebensweise als die LPG-Gründungen. Dies ergibt sich nicht nur aus Einzelerfahrungen wie der von *Manfred Kipping* (Wickersdorf), der den elterlichen Betrieb auf 40 ha Pachtland lange gegen staatliche Schikane verteidigt hatte, 1960 aber doch in die LPG Oberwiera (Sach-

sen) ging und nach einer Berufsausbildung zum Vorsitzenden gewählt wurde. Der staatliche Dirigismus gegen bäuerlich-ökonomische Vernunft, dem seine LPG über Jahrzehnte ausgesetzt war, verletzte das bäuerliche Ehrgefühl und beschnitt persönliches Engagement. Daß das der SED-Führung durchaus bekannt war, zeigt *Christel Nehrige* (Birkenwerder). Die neue LPG-Generation verlor die Bindung an den eigenen Hof, übernahm lange Arbeitswege in Nachbardörfern; die Arbeitsinhalte entfremdeten die Menschen zunehmend von den Produktionsmitteln und von tradierter Lebensform. Die Umstrukturierungen mit Schwerpunkt in der zweiten Hälfte der 70er Jahre waren von massenhaftem Berufsausstieg durch Umqualifizierung und von Abwanderung der jüngeren Generation in Industrieberufe begleitet. Gestützt auf seinerzeit nicht veröffentlichte Daten aus Meinungsumfragen kommt N. zu dem Schluß, daß sich die Genossenschaftsbauern zwar mehrheitlich mit ihren Betrieben identifizierten, gleichwohl am Betriebsgeschehen zunehmend desinteressiert zeigten.

Ilona Buchsteiner (Rostock) wertete von ihr betreute Diplomarbeiten zu einigen konkreten Groß-LPG und KAP aus. Ihr Beitrag benennt die ökonomischen Vorteile: Arbeiterleichterungen durch Technisierung und Sozialleistungen. Dagegen attestiert *Wolfgang Jahn* (Berlin) der Agrarpreisreform von 1984, die als „Glied in einer langen Kette ökonomischer Normative und Regelungen zur staatlichen Steuerung der Agrarproduktion“ den vernünftigen Ansatz der Stimulierung zu Produktionssteigerung bei Kostensenkung verfolgte, ökonomische Fehlkalkulation. Sie beruhte auf dem

politisch determinierten Grundsatz, die Verbraucherpreise stabil und niedrig zu halten, zugleich aber das Verhältnis zu den Bauern keinesfalls zu erschüttern. Der damalige Mitarbeiter der Landwirtschaftsabteilung des ZK der SED zeichnet die Entscheidung nach und legt die falschen Hoffnungen auf eine die Reform tragende Industrieentwicklung offen. Letztlich machten die LPG riesige Gewinne, doch es gelang nicht, diese produktiv einzusetzen. Insgesamt sorgten die staatlichen Eingriffe nach der Kollektivierung dafür, daß die LPG im internationalen Vergleich zu teuer produzierten. Mit der Währungsunion sanken die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse über Nacht auf die Hälfte.

Auf die Schwierigkeiten der marktwirtschaftlichen Transformation gehen auf der politischen und eigentumsrechtlichen Ebene *Johann Scheringer* (Camitz), ab 1989 Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern, auf der mentalen Ebene die Journalistin *Tanja Busse* (Berlin), und aus dem Blickwinkel eines LPG-Vorsitzenden aus Sachsen-Anhalt *Fritz Schumann* (Allrode), heute Hauptgeschäftsführer des Landesbauernverbandes, ein. *Dietmar Jahnke* von der Rostocker Universität bietet einen Überblick über die Transformation der Agrar-genossenschaften in Ostdeutschland im Vergleich zu der in anderen post-sozialistischen Ländern. Der schwierigen Entwicklung stellt *Hans Luft* (Berlin) das Zeugnis aus: „Ungünstigen Rahmenbedingungen getrotzt“, haben „die ost-deutschen Bauern einen eigenständigen Beitrag zur Einheit Deutschlands erbracht“. (S.189) *Elke Scherstjanoi*

Annotationen

Der Grundstein. 1888 bis 1933. Gewerkschaftszeitung des deutschen Baugewerbes, hrsg. von der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Begleitband zur Mikrofiche-Edition, mit einer Einführung von Peter Rütters, K. G. Saur Verlag, München 2004, 210 S.

Historiker der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben ein Problem. Mit der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch faschistische Horden der SA am 2. Mai 1933 und dem damit vollzogenen Raub des gewerkschaftlichen Eigentums war auch die Beschlagnahme aller Akten und Archivmaterialien der deutschen Gewerkschaften verbunden. Sie wurden nach 1933 zunächst offenbar von der DAF „verwaltet“ und sind seit ihrer Auslagerung aus dem bombenbedrohten Berlin im Jahre 1943 verschollen.¹ Wichtige Quellen für den Gewerkschaftshistoriker sind also in erster Linie gedruckte Materialien und hier vor allem die Zeitungen der Verbände. Allerdings kann kaum eine Bibliothek in Deutschland auch nur eine Verbandszeitung komplett, geschweige denn einen vollständigen Bestand aller deutschen Gewerkschaftszeitungen bis 1933 in ihren Magazinen nachweisen.² Aus diesem Grunde ist die vorliegende Edition des „Grundstein“, einer der wichtigsten Gewerkschaftszeitungen vor 1933, nur zu begrüßen und der IG B.A.U. sowie dem K. G. Saur Verlag für ihr Erscheinen Dank zu sagen und Respekt zu bezeugen.

Dabei ist sich der Rezensent durchaus der Schwierigkeiten des Vorhabens bewußt. Ein vollständiger Reprint dürfte sich

ökonomisch für den Verlag „nicht rechnen“. Eine Auswahl einzelner Jahrgänge bzw. bestimmter Artikel zu reprinted, wäre aus wissenschaftlichen Gründen zweifelhaft gewesen. Die vom Hrsg. und dem Verlag gefundene Lösung, den „Grundstein“ vollständig als Mikrofiches und dazu gesondert einen Begleitband, der im wesentlichen die originalen Jahresinhaltsverzeichnisse der Jahrgänge von 1902 bis 1933 als Reprint enthält, vorzulegen, scheint die sowohl unter wissenschaftlichen wie auch unter verlagsökonomischen Gesichtspunkten vernünftigste und ausdrücklich zur Nachahmung empfohlene Lösung dieses Problems zu sein. Möglicherweise wäre die Ersetzung der Mikrofiches durch elektronische Datenträger (CD-ROM oder DVD) auch unter dem Aspekt der Nutzerfreundlichkeit und nicht zuletzt des Preises bedenkenswert.

Der Einführungsband enthält ein für die Nutzung der Mikrofiches hilfreiches Konkordanzverzeichnis. Allerdings

¹ Nur wenige „Restakten des ADGB“ haben die NS-Herrschaft überlebt. Henryk Skrypczak hat sie in den 50er Jahren in einigen von der Berliner SPD genutzten Kellern aufgespürt und in das August-Bebel-Archiv der Historischen Kommission zu Berlin (West) überführt. Inzwischen befinden sich diese Akten im Archiv der Sozialen Demokratie in Bonn.

² Über den umfangreichsten Bestand von Gewerkschaftszeitungen bis 1933 verfügte die ehemalige Zentralbibliothek des FDGB (siehe: Bestandskatalog der Zentralbibliothek der Gewerkschaften. Zeitungen und Zeitschriften der Zentralbibliothek der Gewerkschaften. Ein systematischer Bestandskatalog der bis 1945 erschienenen periodischen Literatur, Berlin, o. J.). Diese Zeitschriften befinden sich jetzt in der Bibliothek der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) in Berlin-Lichterfelde.

vermißt der Rezensent eine Übersicht, in welchen Bibliotheken der „Grundstein“ im Original eingesehen werden kann.³ Insgesamt liegt mit diesem Bd. eine für Historiker der Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtige Edition vor, die durch die kenntnisreiche Einführung von R. zusätzlich gewinnt. *Wolfgang Heyn*

Katja Mann: Ellen Key. Ein Leben über die Pädagogik hinaus, Primus-Verlag, Darmstadt 2004, 188 S.

An Publikationen über die schwedische Schriftstellerin, Frauenrechtlerin und Laienpädagogin Ellen Key (1849-1926) mangelt es nicht. Jede neue Arbeit muß sich daher nach ihrem spezifischen Ansatz befragen lassen und danach, welche Facetten sie vorhandenen Erkenntnissen hinzuzufügen vermag. Gerade um die Wende vom 20. zum 21. Jh. häuften sich Schriften über Ellen Key. Meist nahmen sie Bezug auf ihr wohl bekanntestes Buch, das genau einhundert Jahre zuvor unter dem anspielungsreichen Titel „Das Jahrhundert des Kindes“ erschienen war und die öffentliche wie familiale Erziehungspraxis der damaligen Zeit einer fundamentalen Kritik unterzog. Ellen Key plädiert darin für einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Kindern. In ihrer Vision sieht sie das Kind als „Messias“ und Zukunftsträger, von seiner Erziehung verspricht sie sich, durchaus zeittypisch, Erneuerung von Gesellschaft und Menschheit. Es war vor allem dieses

Buch, das in seiner provokanten erziehungskritischen Intention in künstlerischen und literarischen Intellektuellenkreisen Resonanz fand, die zeitgenössische Pädagogik provozierte und maßgeblich zur Entstehung einer im ersten Drittel des 20. Jh.s rasch etablierten pädagogischen Reformbewegung beitrug. Der bis heute anhaltenden Kontroverse über Bedeutung und Ambivalenz dieser Bewegung mag geschuldet sein, daß Ellen Key vor allem in pädagogischen Kreisen rezipiert wurde, während andere Seiten ihres Denkens und ihrer Persönlichkeit weitgehend unterbelichtet blieben. Hier setzt die vorliegende Publikation an. Sie will „die Schwedin als interdisziplinär denkende und arbeitende Schriftstellerin vorstellen, die in ihren Abhandlungen vielfältige Einflüsse aus Philosophie, Dichtung, Psychologie, Anthropologie, Pädagogik, Politik und Geschichte integrierte und gelten ließ“. (S.8) Mit diesem verdienstvollen Anspruch beschreibt die Autorin die Biographie Ellen Keys, die philosophischen, literarischen und pädagogischen Quellen ihres Denkens, ihre Auffassungen zur Frauenfrage, zu Pazifismus und zur Pädagogik „vom Kinde her“. Diese ganzheitliche Betrachtung der Individualität Ellen Keys, ihrer intellektuellen Sozialisation und ihrer kultur- und zivilisationsanalytischen Denkweise gehört zu den Vorzügen der Untersuchung, ebenso wie die Ausschöpfung bislang eher vernachlässigter Quellen. Das gilt für Keys biographische Studien (z. B. zu Luc de Clapiers Vauvenargues, Denis Diderot, Rahel Varnhagen, Carl Jonas Love Almquist, Elisabet Barrett-Browning), für ihre frauenspezifischen und pazifistischen Texte

³ Siehe Internationale Bibliographie zur deutschsprachigen Presse der Arbeiter- und sozialen Bewegungen von 1830–1982, 2. aktualisierte und wesentlich erweiterte Aufl., Bd. 2, K. G. Saur, München 1996, S.545f., N 12152 bis N 12161.

und besonders für Quellenbestände aus dem Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar, die vorhandenes Wissen über Keys Beziehungsvielfalt (z. B. zu Rainer Maria Rilke, Stefan Zweig, Samuel Fischer, Anton Kippenberg, Romain Rolland u. a.) wie auch über ihre geistige Nähe zu Friedrich Nietzsche erweitern und darüber hinaus die generelle Bedeutung kommunikativer Netzwerke für die Konstituierung von Ideen und Theorien ahnen lassen. Freilich würden hierzu auch die vielfältigen Beziehungen Ellen Keys zur Arbeiterbewegung gehören, aus der sie soziale Impulse empfing, für die sie zumindest partiell Sympathie empfand und die ihrerseits Ellen Keys Denken und Tun mit Interesse verfolgte. Wie intensiv diese Kontakte waren, ist beispielsweise daran zu sehen, daß selbst in den theoretischen sozialistischen Zeitschriften „Die Neue Zeit“ und „Sozialistische Monatshefte“ nahezu alle Publikationen Ellen Keys kritisch rezensiert wurden (besonders durch Oda Olberg, Therese Schlesinger, Henriette Fürth, Wally Zepler, Ida Häny-Lux u. a.). In den „Sozialistischen Monatsheften“ publizierte sie selbst. Mit zahlreichen Persönlichkeiten aus der Arbeiterbewegung pflegte sie Kontakt. Allein mit Julia von Vollmar, der aus Schweden stammenden Ehefrau Georg von Vollmars, stand sie in jahrzehntelangem intensivem Briefwechsel. Diese Seite der Ellen Key ist der Forschung bislang offensichtlich entgangen. Sie zu untersuchen, bleibt eine Aufgabe, auch um die von seiten der Arbeiterbewegung vorgebrachten Kritikinhalte in das Gesamtbild Ellen Keys zu integrieren.

Christa Uhlig

Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste (=Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 3), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2004, 230 S.

Rosa Luxemburg war nicht nur wegen ihrer mit Kühnheit verfochtenen politischen Ideen eine außergewöhnliche Persönlichkeit, sondern auch wegen ihrer umfassenden kulturellen Bildung und ihres engen Verhältnisses zu den Künsten. Alle Biographen haben dieser Tatsache Aufmerksamkeit geschenkt, am eingehendsten wohl Annelies Laschitzka. Doch erst in unseren Tagen wurde eine Publikation vorgelegt, die sich dem interessanten Thema speziell widmet. Der Leipziger Slavist H., Vf. wichtiger Publikationen zu deutsch-russischen kulturellen Beziehungen, hat in seiner akribischen Art rundum alle Seiten und Facetten des genannten Themas Revue passieren lassen: Musik und Bildende Künste (eingeschlossen eigenes Malen und Zeichnen der R. L.), Literatur (und eigenes Schreiben), Sprachkenntnisse und Stil, Urteile über Literatur des Auslands und Deutschlands, schließlich die polnische Kultur „im Denken und Fühlen“ (S.82) Rosa Luxemburgs. Dann aber wird der Gegenstand eingengt und zugleich intensiver betrachtet: die russische Literatur als große Liebe der Protagonistin. Und während Urteile über andere Literaturen, auch die deutsche, eher beiläufiger Art waren, bewegte sie die russische Literatur, wie H. schreibt, „zu grundsätzlichen Äußerungen“. (S.99)

Den differenzierten Darlegungen H.s folgend, kann man an Luxemburgs Um-

gang mit den Russen deutlich sehen, wie sich ihre politischen und ästhetischen Interessen bald berühren und beeinflussen, bald einander abzustößen scheinen. So sehr sie sich von der russischen Literatur des 19. und 20. Jh. begeistern ließ, weil sie „aus Kampfgeist geboren“ sei (S.98) und „das fein vibrierende soziale Gewissen“ verkörpere (S.100), so wenig bedeutete dies, daß die großen Realisten samt und sonders ihre Sympathie fanden. Als Gegnerin jeglicher Tendenzkunst hatte sie bei Fjodor M. Dostojewski zwischen dem „künstlerischen Anwalt der ‚Erniedrigten und Beleidigten‘“ (S.126) und dem, wie sie fand, in die politische Karikatur abgleitenden Verfasser des Romans „Die Dämonen“ abzuwägen, und alle Wertschätzung Maxim Gorkis hinderte sie nicht daran, seinen Roman „Die Mutter“ als „'Agitationsroman' von grellster Sorte“ (S.130) zu verurteilen. Hier werden, wie in politischen Fragen, gravierende Unterschiede zu Wladimir I. Lenin deutlich. Während dieser (man denke an sein rein politisch-pragmatisch bestimmtes Lob der „Mutter“) letztlich auf eine Instrumentalisierung der Literatur hinsteuerte, seine ästhetische Subjektivität verleugnete, blieb Rosa Luxemburg ihren individuellen ästhetischen Maßstäben treu.

Ein spezielles Kapitel hat H. der Beziehung Luxemburgs zu Wladimir Korolenko gewidmet, mit dem sie (obwohl es nie einen Kontakt gab) übers Literarische hinaus vieles verband, nicht zuletzt die Kritik an der Anwendung von Gewalt durch die Bolschewiki in der Oktoberrevolution. So war es nicht erstaunlich, daß sich die Revolutionärin während ihrer Gefängnisjahre 1916/18 an die Über-

setzung des ersten Bandes von Korolenkos autobiographischer „Geschichte meines Zeitgenossen“ machte. Die Vorgeschichte und der Kontext dieses erstaunlichen Projektes (z. B. das Zustandekommen einer Verlagsbindung) werden von H. in allen Einzelheiten beleuchtet, dabei wird auch die (u. a. von keinem Geringeren als Franz Mehring bescheinigte) literarische Qualität der Übersetzung an Textproben verdeutlicht. Bestandteil des Verlagsvertrages war auch der oft zitierte einleitende Essay mit Luxemburgs grundlegenden Äußerungen zur russischen Literatur. H. setzt sich mit einigen kritischen Einwänden der Literaturwissenschaft zu diesem Text auseinander und betont zu Recht dessen sehr persönlich gehaltenen, essayistisch-freien Charakter wie auch die Bedeutung der Literatur und Geschichte verbindenden Sicht. Schließlich wird auch die Druck- und Rezeptionsgeschichte der Korolenko-Übersetzung in Deutschland bzw. in der DDR und in Sowjetrußland skizziert. Da hier der russische Erstdruck des Einleitungssessays in der Zeitschrift „Krasnaja nowj“ im Jahre 1921 hervorgehoben wird, sei ergänzt, daß deren Chefredakteur Alexander Woronski in einem Artikel 1923 längere Passagen aus eben jenem Essay zitierte, um „die Sprache, die Methode, die Sichtweise der Roten Rosa“ der schäbigen Abfertigung klassischer russischer Literatur durch damalige linksradikale sowjetrussische Literatenkreise polemisch entgegenzuhalten.

Seinen lesenswerten Bd. beschließt H. mit einer kurzen Recherche, ob Rosa Luxemburg auch als Übersetzerin bestimmter Arbeiterlieder gelten könne. Die Ant-

wort lautet: eher nein – und auch dies geschieht nicht zuletzt unter Hinweis auf die besonderen sprachlich-poetischen Qualitäten der Revolutionärin. *Willi Beitz*

Sybille Buske: Fräulein Mutter und ihr Bastard. Eine Geschichte der Unehelichkeit in Deutschland 1900-1970, Wallstein Verlag, Göttingen 2004, 400 S.

B. hat „eine Geschichte der Unehelichkeit in Deutschland“ vorgelegt. Ihre detailreiche Analyse von 70 Jahren deutscher Sittlichkeitsgeschichte ist überaus spannend, facettenreich und hervorragend wissenschaftlich recherchiert. Unehelichkeit stellt sie anschaulich auf vielen verschiedenen Ebenen dar. Neben dem roten Faden der rechtlichen Entwicklung, der politischen und gesellschaftlichen Diskussionen, dem Alltag der ledigen Mütter und der unterschiedlichen zeitgenössischen wissenschaftlichen Deutungen untersuchte die Autorin auch Groschenromane, Zeitungen, Zeitschriften und Filme. Die Diskriminierung von Illegitimität findet sich in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder. Bs Geschichte gibt Einblicke in die Lebenssituation lediger Mütter, die über Jahrzehnte von Armut und Diskriminierung gezeichnet ist. Sie schildert die Prozeduren der Kopf- und Gliedmaßenvermessung, die uneheliche Kinder über sich ergehen lassen mußten, um Aufschluß über ihre Abstammung zu ermöglichen. Sie zitiert die zahllosen Aussagen über die mangelnde „Sittlichkeit“ und „Ordnung“ der „unvollständigen“ Familie. Mit akribischer Geduld präsentiert sie die immer wieder zum Scheitern verurteilten Reformversuche liberaler Kräfte wie der

ersten Frauenbewegung, der Sozialdemokraten in der Weimarer Republik und des Bundesverfassungsgerichtes in den 60er Jahren. Mit präziser Ausführlichkeit dokumentiert sie die Einwände der Reformgegner, der Kirchen und konservativer Parteien. Fast mit Erleichterung macht sie schließlich den umfassenden gesellschaftlichen Wandel, die Presse, die Frauen, die sich organisierenden Mütter für die Reform verantwortlich. Ihr gelingt es, das historische Interesse der Leserinnen und Leser zu entfachen, ihr bisheriges Bild von der Geschichte Revue passieren und sie auch noch Einiges dazu lernen zu lassen. Bs Buch endet 1970. Eine tatsächliche rechtliche Gleichstellung wurde erst mit der Kindschaftsrechtsreform 1998 erreicht.

Die Geschichte der Unehelichkeit zeigt auf plastische Weise, wie es vielen Kräften gelang, eine Reform fast ein Jahrhundert lang hinauszuschieben. Auch wenn sich an der gesellschaftlichen Anerkennung der ledigen Mütter und ihrer Kinder viel geändert hat, ihre soziale Stellung ist noch immer von Armut und Benachteiligung gezeichnet. Dies zu ändern, dauert vielleicht noch einmal hundert Jahre. *Peggi Liebisch*

Joseph E. Slater: Public Workers. Government Employee Unions, the Law, and the State 1900-1962, ILR Press, Ithaca/London 2004, 260 S.

Die informative Studie zur rechtlich-politischen Stellung der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors in den amerikanischen Einzelstaaten zwischen 1900 und 1962 liegt im Grenzbereich zwischen Rechtsgeschichte und Gewerk-

schaftsgeschichte. Der Vf. war in Washington, D.C. als Anwalt für Arbeits- und Beschäftigungsrecht tätig, bevor er seine heutige rechtsgeschichtliche Professur an der Universität Toledo in Ohio erhielt.

Die im öffentlichen Sektor im bundes- oder einzelstaatlichen Rahmen beschäftigten Arbeitskräfte wie die Lehrer an Public Schools, Polizisten im kommunalen Bereich, Hausmeister bei Behörden und Schulen, Feuerwehrleute, Transportarbeiter oder U-Bahnarbeiter in kommunalen Diensten mußten das Recht auf gewerkschaftliche Organisation in einem langwierigen Kampf durchsetzen, der erst um 1960 schließlich von Erfolg gekrönt war. Bis zu diesem Zeitpunkt waren im öffentlichen Sektor Streiks und kollektive Tarifabschlüsse verboten. „Das Buch untersucht die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor in Amerika vom Beginn des 20. Jh.s bis zur Verabschiedung des ersten einzelstaatlichen Gesetzes über Kollektivvereinbarungen von 1959 und seine Ergänzung von 1962.“ (S.8) S. zeichnet das Ringen um gewerkschaftliche Rechte auf einzelstaatlicher Ebene nach und merkt dabei kritisch an, daß die „New Labor History“ den öffentlichen Sektor bisher ignoriert habe. Mitte der 1930er Jahre gab es immerhin 3,3 Mill. „government workers“ in den USA, 12,7 % aller Arbeiter außerhalb der Landwirtschaft. Nur 10 % waren gewerkschaftlich organisiert. Anfang der 1990er Jahre gehörten inzwischen immerhin 40 % dieser Arbeiter einer Gewerkschaft an.

Die Untersuchung greift einige Fallbeispiele heraus, die nach den Quellen in den Behörden- und Gewerkschaftsarchiven detailliert und mit Verständnis für die

Forderungen der betroffenen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst geschildert werden.

S. betont dabei, daß „die Kämpfe mit den Arbeitgebern über diese Bedingungen die amerikanische Gesellschaft und Politik grundlegend beeinflußt“ hätten (S.10). Er beginnt seine Darstellung mit einem einschneidenden Ereignis der amerikanischen Streikgeschichte jener Zeit, mit dem Aufsehen erregenden Streik der 1.147 Polizisten in Boston im September 1919, der eine lang wirkende nationale Auswirkung hatte. Ausgelöst wurde der Streik, der mit der Entlassung aller Beteiligten endete, durch das für seine Polizisten geltende Verbot des städtischen Polizeikommissars, der im August 1919 in Boston gegründeten Polizeigewerkschaft beizutreten. Der Polizeistreik in Boston diente jahrzehntelang den amerikanischen Gerichten als Argument, warum öffentlich Beschäftigte nicht einer Gewerkschaft angehören sollten und nicht streiken dürften.

Der Vf. widmet sich im folgenden Kapitel dem Kampf zwischen High School-Lehrern und gewerkschaftsfeindlichen Mitgliedern des „school board’s“ in Seattle zwischen 1928 und 1931. Er wurde um das Recht auf den Beitritt der Lehrer zur lokalen Sektion der Lehrer-gewerkschaft geführt. Der Konflikt beschäftigte schließlich das Oberste Gericht des Staates Washington und endete mit einem Teilerfolg der Lehrer.

Zwei weitere Fallbeispiele der Studie werden in den Kapiteln 4 und 5 geschildert. Es sind zum einen die gewerkschaftlichen Kämpfe der Schulhausmeister in Chicago in den 30er Jahren um deren Recht, der für sie zuständigen Building

Service Employees International Union beizutreten. Zum anderen handelt es sich um die heftigen Auseinandersetzungen in New York City Anfang der 40er Jahre um das Recht der städtischen U-Bahn-Arbeiter auf Mitgliedschaft in der zur CIO gehörenden, links orientierten Transportarbeitergewerkschaft.

Abschließend behandelt S. die Public Sector Labor Laws von Wisconsin aus den Jahren 1959 und 1962, die den Kampf um das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß auf einzelstaatlicher Ebene erfolgreich zu Ende brachten.

Die vorliegende Darstellung ist eine solide recherchierte, präzise und umsichtig referierte, gehaltvolle und sympathische Studie zu einem speziellen Teilbereich der amerikanischen Gewerkschaftsgeschichte, die unsere Kenntnis über dieses Feld auf lobenswerte Weise erweitert. Sie erinnert daran, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe in den USA während verschiedener Perioden des vergangenen Jh.s unbedingt die Aufmerksamkeit des Historikers verdienen.

Peter Schäfer

Ruth & Günter Hortzschansky: Möge alles Schmerzliche nicht umsonst gewesen sein. Vom Leben und Tod der Antifaschistin Judith Auer, trafo verlag, Berlin 2004, 146 S.

Als eine derjenigen, die Judith Auer aus dem antifaschistischen Kampf noch persönlich kannte – ich nahm mit ihr im Frühjahr 1944 an Zusammenkünften der illegalen Berliner Jugendgruppe um Herbert Fölster und Willi Betsch teil – bin ich besonders darüber erfreut, daß nunmehr eine umfassendere biographische

Arbeit über diese aufrechte Kommunistin und Antifaschistin vorliegt. Als Zeitzeugin und Mitakteurin des antifaschistischen Widerstandskampfes kann ich nur bestätigen, wie wahrhaftig die beiden Autoren die selbstlosen und gefahrvollen Aktionen Judith Auers (sie wäre im September diesen Jahres 100 Jahre alt geworden) und ihrer Kampfgefährten gegen die faschistische Barbarei sowie ihren komplizierten Alltag in Nazideutschland schilderten. Das trifft nicht zuletzt auch auf die anrührende Darstellung des innigen Verhältnisses Judith Auers zu ihrer Tochter zu, die die Biographie gemeinsam mit ihrem Ehemann verfaßte. In ihr wird sichtbar, daß der Anteil Judith Auers – sie gehörte der Berliner Widerstandorganisation um Anton Saefkow, mit dem sie eng befreundet war, an – am antifaschistischen Kampf umfangreicher als bisher bekannt war, daß sie wiederholt in Beratungen führender Vertreter des deutschen kommunistischen Widerstandes einbezogen wurde und auch initiativreich mitwirkte, Kontakte zu Hitlergegnern anderer politischer Richtungen zu knüpfen.

In der anrührenden Abhandlung wird uns eine bescheidene und mutige, überaus musisch veranlagte Frau nahegebracht. Das kam nicht von ungefähr, entstammte sie doch einer Künstlerfamilie. Frühzeitig Weise, erkannten Bekannte der Familie ihr künstlerisches Talent und eröffneten ihr die Möglichkeit, Musik zu studieren. Judith Auer nahm Kontakt zu fortschrittlichen Künstlern und Intellektuellen auf. Noch während des Studiums wurde sie im Oktober 1924 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD). 1926 heiratete sie den führen-

den Funktionär des KJVD Erich Auer, wodurch ihr Recht auf Stipendium erlosch, was sie sehr schmerzte. Nach ihrer Heirat arbeitete sie als Stenotypistin und trat der KPD bei, in der sie politische Kleinarbeit leistete. 1929 brachte sie ihre Tochter Ruth zur Welt.

Nach der Errichtung der Naziherrschaft in Deutschland mußte Judith Auer mühsam um ihren Lebensunterhalt ringen, wovon die überlieferte Korrespondenz mit ihrem inhaftierten Ehemann – im vorliegenden Buch dokumentiert – anschauliches Zeugnis ablegt. Einprägsam werden die Leser mit den schwierigen persönlichen Problemen vertraut gemacht, die für Judith Auer aus ihrer organisierten antifaschistischen Widerstandsarbeit erwachsen, was vor allem die Beziehung zu ihrer Tochter anbelangte, die sie frühzeitig im antifaschistischen Geist erzog. Trotz der ständigen Gefahr, die aus ihrem Kampf gegen das verbrecherische faschistische Regime für ihr Leben ausging, und trotz der großen Liebe zu ihrer Tochter dachte sie nicht daran, sich zurückzuziehen. Vor allem wegen ihres großen Verantwortungsbewußtseins gegenüber ihren Mitmenschen tat sie alles, was in ihrer Kraft stand, um mitzuhelfen, den blutigen Krieg zu beenden, das Naziregime zu stürzen und ein neues, demokratisches, sozial gerechtes und friedliebendes Deutschland zu errichten. Am Beispiel Judith Auers und ihrer Kampfgefährten – erwähnt seien hier vor allem neben Anton Saefkow, Georg und Louise Dünninghaus, Fritz Emrich, Wilhelm Guddorf, Hermann Hähnel, Martha Kowalski, Otto Marquart, Aenne Saefkow, Helmut Wagner, Edith Weiß, Robert Uhrig, Franz Jacob

und Theodor Neubauer – wird deutlich, daß die deutschen Kommunisten den größten Anteil an diesem Kampf hatten und dabei die größten Opfer brachten, was heutzutage zuweilen fast vergessen und viel zu wenig gewürdigt wird. Deshalb sind solche Biographien wie die über Judith Auer – sie blieb im faschistischen Kerker bis zu ihrer Hinrichtung im Oktober 1944 ungeboren – unentbehrlich und geeignet, das Andenken an solche tapferen Menschen hochzuhalten. Zahlreiche authentische Fotos und Faksimiles bereichern das Buch. *Elfriede Fölster*

Günter Hauthal: Über die „Schlacht für Hitler“ in Altenburg im Jahre 1926, deren Widerhall und die Rache der Nazis für ihre Niederlage, Selbstverlag, Altenburg 2004, 22 S.

Der Autor der vorliegenden Arbeit ist ein in seiner Heimatstadt Altenburg gut bekannter Forscher zur Geschichte der lokalen und regionalen Arbeiterbewegung, der seit Jahrzehnten mit zahlreichen Veröffentlichungen vor allem in der örtlichen Presse, aber auch mit selbständigen Arbeiten zu seinem Forschungsgebiet hervorgetreten ist. Seine jüngste Broschüre befaßt sich mit dem Auftreten Hitlers am Sonntag, dem 11. April 1926, im „Preußischen Hof“, einem Hotel im thüringischen Altenburg. Nach seiner vorzeitigen Entlassung aus der Landsberger Festungshaft war es Hitler in mehreren Ländern wie Bayern, Preußen und Sachsen verboten, in öffentlichen Veranstaltungen zu reden. Für Thüringen bestand ein solches Verbot nicht. Altenburg mit seiner Nähe zu Sachsen und Preußen schien besonders gut geeignet,

mit einem großen öffentlichen Auftritt Hitlers die Nazibewegung in Thüringen und in den benachbarten Ländern in die Offensive zu bringen.

Gestützt auf Archivmaterialien und die lokale Presse schildert H. detailliert die unterschiedlichen Reaktionen der Nazi-gegner auf diese Provokation. Die stärkste politische Kraft in Altenburg, der SPD-Ortsverein, forderte dazu auf, die Nazis mit Verachtung zu strafen, sie unter sich zu lassen und statt dessen den Sonntag in der Natur zu verbringen. Die zahlenmäßig schwache KPD-Ortsgruppe rief hingegen, unterstützt vom Rotfrontkämpferbund, zu einer Kundgebung am Sonntagnachmittag auf dem Marktplatz auf. Die Polizei zog starke Kräfte in der Stadt zusammen, um Ausschreitungen und Straßenkämpfe zwischen der SA und ihren Gegnern zu verhindern. Es scheint mir zu einseitig, der Polizei zu unterstellen (S.6), sie sei nur zum Schutz der Nazis aufmarschiert. Später (S.10) korrigiert H. seine obige Feststellung selbst, indem er berichtet, daß die städtische Polizei energisch dazu beitrug, prügelnde Nazis wieder in den „Preußischen Hof“ zurückzudrängen. Während die KPD-Kundgebung nur etwa 250-300 Teilnehmer, fast ausschließlich Kommunisten und RFB-Kameraden, vereinte, bewegten sich etwa 3.000 Bürger Altenburgs, denen sich die Kundgebungsteilnehmer anschlossen, in Richtung „Preußischer Hof“, um gegen die Naziveranstaltung zu protestieren. Unter ihnen waren viele Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden. SA-Männer, die mit 20 LKW nach Altenburg gebracht worden waren, provozierten vor dem „Preußischen Hof“ Schlägerei-

en, während Hitler auf Schleichwegen über den Hintereingang in den Saal geschleust wurde. Nach der Rede Hitlers wurde das Gros seiner Anhänger auf Nebenwegen von der Polizei aus der Stadt geleitet. Der geplante Marsch durch Altenburg unterblieb. Die „Schlacht für Hitler“ fand so ihr klägliches Ende. Der Autor schätzt ein, daß der Auftritt Hitlers nicht zu einem Aufschwung der Nazibewegung in Altenburg und Umgebung geführt hat. Er belegt das auch mit dem Ergebnis der Landtagswahlen am 30. Januar 1927, bei denen die NSDAP in Altenburg lediglich 411 Stimmen (1,6 %) und im Landkreis Altenburg gar nur 325 Stimmen (0,6 %) erhielt. Die in der Tabelle auf S.17 errechneten höheren Prozentzahlen stimmen nicht.

H. schließt seine Arbeit mit einem Abschnitt über die Rache der Nazis für ihre Niederlage in Altenburg ab. Sie setzte bereits Anfang 1930 ein, als mit Wilhelm Frick zum ersten Mal in Deutschland ein NSDAP-Funktionär Minister wurde, und zwar Innenminister in Thüringen. Frick setzte noch 1930 den sozialdemokratischen Landrat von Altenburg und mehrere höhere Beamte der städtischen Polizei ab, die 1926 das Auftreten der Demonstranten gegen die Naziveranstaltung nicht unterbunden hatten. Diese Aktion fand nach 1933 ihre blutige Fortsetzung mit der Verhaftung und Ermordung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden aus Altenburg.

Fritz Zimmermann

Barbara Weinhold: Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Fa-

schismus, Neuer ISP Verlag, Köln 2004, 236 S.

W. berichtet von jungen Kommunisten aus Dresden-Loschwitz und -Rochwitz, die – bodenständig und z. T. miteinander verwandt – zugleich begeisterte Bergsteiger waren. Wegen ihrer Gegnerschaft zur Sozialfaschismuskonzeption, zu ultralinken Gewerkschaftspolitik und steter Lobhudelei auf Stalins Sowjetunion wurden einige von ihnen, darunter Gerhard Grabs, aus der Partei eliminiert. Sie fanden sich mit anderen in der Linken Opposition der KPD (LO), bei den späteren Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), zusammen. Vor 1933 kämpften sie für die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus, legten u. a. auch ein geheimes Sprengstofflager an. Danach leisteten sie bis zur Flucht in die ČSR bzw. zu Verhaftung, Zuchthaus und KZ vornehmlich Grenzarbeit von deutscher Seite aus im Elbsandsteingebirge, wozu das Einschmuggeln „trotzkistischer“ und anderer kommunistischer und sozialistischer Literatur, das Hinüberschmuggeln von Genossen, auch solchen der SAP, in die Tschechoslowakei resp. nach Deutschland gehörten. Die mit Helfern der Gruppe verwandte Autorin berichtet erstmals über diese Tätigkeit, die zu DDR-Zeiten sorgsam verschwiegen wurde. Westdeutsche Experten vermochten wegen mangelnden Materials nur anzumerken, daß es in Dresden „wahrscheinlich“ eine IKD-Gruppe gegeben habe. W.s Buch, das sich auf nun offen liegendes Aktenmaterial, auf Artikel (darunter einen hochinteressanten über die politischen Zustände in der ČSR 1918-1939) und auf Berichte von Zeitgenossen stützt,

würdigt nicht zuletzt das Ehepaar Koslecki, das nach der Flucht von Reichenberg (Liberec) aus weitere Grenzarbeit leistete und kurz vor der deutschen Annexion nach Mexiko bzw. England entkam. Wenzel Koslecki (Julik) wirkte kurzzeitig unter Trotzki's Sekretären in Cocoacán mit, Käthchen Koslecki in britisch-deutschen antifaschistischen Organisationen. Während sie der UdSSR lange Zeit weiter kritisch gegenüberstanden, zählten in Dresden ansässige oder nach dort zurückkehrende Gruppenmitglieder wie Grabs und Fritz Töpert zu den Aktivisten der ersten Stunde in der Sowjetischen Besatzungszone. Einige wirkten in führender Position beim Aufbau der Sächsischen Landesdruckerei mit. Kennzeichnend für die SED-Führung war das 1951 gegen Grabs angestrebte Verfahren, das mit Parteausschluß und fristloser Entlassung als Druckereidirektor endete, nach dem XX. Parteitag der KPdSU allerdings z. T. revidiert wurde. Zu den Vorzügen des Bandes gehört, daß er auch über allgemeine historisch-politische Vorgänge informiert und gut geschrieben ist.

Manfred Bebrand

Stefan Roloff mit Mario Vigl: Die Rote Kapelle. Die Widerstandsgruppe im Dritten Reich und die Geschichte Helmut Roloffs, Ullstein Verlag, München 2004, 375 S.

Der seit 1981 in den USA lebende R. wurde Mitte der 60er Jahre von seinem Vater, einem überlebenden Mitglied der „Roten Kapelle“, anlässlich des gemeinsamen Besuches einer Gedenkveranstaltung in Berlin-Plötzensee zum ersten Mal

mit den Geschehnissen um die genannte Widerstandsorganisation konfrontiert, wobei man – um es gleich vorweg zu sagen – unter Organisation keine fest gefügten Strukturen verstehen darf. Helmut Roloff (1912-2001), von Beruf Musiker, sprach kurz vor seinem Tod ausführlich mit seinem Sohn über seine Vergangenheit als Widerstandskämpfer. Nunmehr liegen die Ergebnisse der daraufhin von R. angestellten Untersuchungen in Taschenbuchformat vor. Er hat zahlreiche überlebende Gruppenmitglieder und Angehörige der von der Nazijustiz Hingerichteten befragt und viele Geheimdienst Dokumente ausgewertet, wobei er von V., einem Journalisten, unterstützt worden ist.

Es hat lange gedauert, bis Klarheit über Charakter und Zielstellung der „Roten Kapelle“ erreicht worden ist, zumal es erforderlich war, die von deutschen Illustrierten und Nachrichtenmagazinen in den 50er und 60er Jahren in die Welt gesetzten Unterstellungen und Fälschungen zu widerlegen. Eine besonders üble Rolle bei der lange Zeit währenden Verdammung der „Roten Kapelle“ spielten der Oberkriegsgerichtsrat Manfred Roeder und der ehemals leitende Mitarbeiter der Sonderkommission „Rote Kapelle“ der Gestapo, Horst Kopkow, die nach Kriegsende mit Geheimdiensten der ehemaligen amerikanischen und britischen Kriegsgegner zusammenarbeiteten. Bei einer absolut feindseligen Einstellung zur UdSSR suchten sie Mißtrauen gegen die Russen zu säen. Diese schier unglaublichen Vorgänge sind im Buch ebenso ausführlich geschildert wie die Vernehmungsmethoden der Gestapo. Obwohl die „Rote Kapelle“ Widerstand

gegen den Nationalsozialismus geleistet hatte, so vor allem mit Flugschriften und Flugblättern und in einem relativ geringen Umfang auch mit Funksprüchen, war sie nach 1945 aus unterschiedlichsten Gründen in Verruf geraten: „Anfang der fünfziger Jahre galt sie im Westen als eine ‚kommunistische Spionage- und Agententruppe‘, die mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus nichts zu tun hatte, während sie in der DDR als eine von der KPD geführte Widerstandsorganisation bezeichnet und wegen ihrer Verbindungen zur Sowjetunion als ‚Kundschaftergruppe‘ gefeiert und damit auf einen Bruchteil ihrer Aktivitäten reduziert wurde.“ (S.13)

R. zeigt in seinem Buch nicht nur, wie die klischeehaften Urteile ebenso wie entstandene Mythen über die „Rote Kapelle“ in einem länger währenden Klärungsprozeß überwunden wurden. Er leistet selbst einen erheblichen Beitrag, um die Wahrheit über die „Rote Kapelle“, ihre Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zu anderen deutschen Widerstandsorganisationen einem breiten Leserkreis zu vermitteln. Bei seiner Darstellung handelt es sich um keine geschlossene Geschichte der lose miteinander verbundenen unabhängigen Freundeskreise, die unter dem von der Gestapo erfundenen Begriff „Rote Kapelle“ zusammengefaßt worden sind. Da der Begriff „Rote Kapelle“ für den Autor „eine Metapher für Zivilcourage und das Eintreten für Menschenrechte in einer unmenschlichen Umwelt ist“ (S.13), entschied er sich, ihn weiter zu verwenden. Das Wirken der Gruppen wird exemplarisch anhand der Geschichten Einzelner erzählt, so besonders John Grau-

denz, Harro Schulze-Boysen, Arvid und Mildred Harnack, Helmut Roloff, Heinrich Scheel und einer Reihe weiterer Mitglieder. Gelegentliche Irrtümer, wie bezüglich des Gründungsdatums der KAPO (S.85), oder die wohl ungewollte Negierung der Rolle der Reichswehr mit der Bemerkung, lt. Versailler Vertrag durfte Deutschland „keine Armee haben“ (S.99), mindern nicht den Wert des vorgelegten Buches. R. gelangt im Ergebnis seiner Recherchen zu dem Fazit: „Die Geschichte der „Roten Kapelle“ ist die Geschichte des mißglückten Versuchs, in einem von Obrigkeitsdenken und fanatischen Sicherheitsvorstellungen gelähmten Land einen Aufstand in die Wege zu leiten. Nach 1945 gibt es nur noch die Geschichte ihrer Vereinnahmung oder Diffamierung, die eine Geschichte des Kalten Krieges war.“ (S.353) Das Buch sollte als Beitrag verstanden werden, der vielschichtigen „Roten Kapelle“ endgültig einen den historischen Gegebenheiten ihrer Zeit entsprechenden Platz in der Gesamtgeschichte des Widerstandes gegen das NS-Regime zu sichern. Zahlreiche in den Text eingefügte Dokumente und Fotos sowie ein Literaturverzeichnis und ein Namensregister im Anhang unterstreichen den dokumentarischen Wert des Buches.

Paul Heider

Maik Kopleck: Past Finder Berlin 1933-1945, Ch. Links Verlag, Berlin 2004, 96 S.

Diese handliche Broschüre beschäftigt sich mit geschichtlichen Ereignissen, deren Spuren in Berlin und der näheren Umgebung zu finden sind. Dem Autor

geht es dabei um die Jahre 1933 – 1945, da sich „ganz speziell die Zeit des Nationalsozialismus“ unwiderruflich in das Stadtbild eingebrannt habe. Deshalb ist irritierend, wenn beim Aufschlagen der Broschüre der erste Blick auf eine Berlin-karte mit Begriffen wie „Todesstreifen“, „Grenzübergang“, „Jüdisches Museum“ fällt, ohne daß eine Jahreszahl angeführt ist. Wie es anders geht, zeigt der Autor innerhalb des Buches: Die Wilhelmstraße 1943 (S.9); Das Reichssportfeld 1936 (S.64); Konzentrationslager Sachsenhausen 1944 (S.84).

Der Inhalt des Past Finder ist in fünf Kapitel eingeteilt: Regierungsviertel, Welthauptstadt Germania, Der Bombenkrieg & Die Schlacht um Berlin, Innenstadtbezirk, Außenbezirke & Brandenburg. Sie sind farblich gekennzeichnet. Entsprechend sind auch die Stichworte zum Seiten-Register farblich gehalten. Jedes Stichwort wird durch einen Hinweis auf Architekten, Erbauungsjahr, Adresse mit S- und U-Bahnverbindung eingeleitet. Gerade letzteres erleichtert es dem Besucher, sich eine ganz individuelle „Spurensuchtour“ zusammenzustellen. Die Textseiten werden durch zahlreiche Fotos und andere grafische Mittel gut aufgelockert. Obwohl vielfach nur in Briefmarkengröße, sind die Abbildungen aussagefähig und illustrieren verschiedene Stichworte. Zu bestimmten Schlagworten (z. B. „Das Eiserne Kreuz“, „Die Fraktur“, „Die Adler der Deutschen“) oder zu den wichtigsten handelnden Personen des faschistischen Staates gibt es längere eigenständige Abhandlungen. Die Stichworte sind ausführlich erklärt. Hervorzuheben ist, daß die Geschichte eines Gebäudes oft bis in die Gegenwart

geführt wird, so daß sich der Betrachter seine Gedanken über den Funktionswechsel machen kann. Manche Aussage ist dem Zeitgeist angepaßt. So kennt der Zeitstrahl deutscher Geschichte (S.4f.) von 1949 bis 1989 nur den „Volksaufstand in Ost-Berlin & der DDR“ und den „Bau der Berliner Mauer“. Der Angriff auf die Sowjetunion hätte statt der Jahreszahl das genaue Datum 22. Juni 1941 erfordert. Auf S.20 wird der deutsche Widerstand kurz gewürdigt. Dabei wäre denkbar gewesen, im Kapitel „Außenbezirke & Brandenburg“ auch die Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals aufzunehmen. Bildnachweise und Literaturangaben schließen die Broschüre ab.

Joachim Eichler

Jutta Seidel: Paul Nette „...daß mir weiter nichts fehlt als die Freiheit“. Eine Häftlingsbiographie in Briefen. Gefängnisbriefe 1934 bis 1944, edition bodoni 2002, 222 S.

Mit den von S. herausgegebenen 134 Briefen von Paul Nette wurde erstmals eine Häftlingsbiographie in Briefen dokumentiert. Der Arbeiter Paul Nette (Jg. 1903) gehörte seit 1920 der kommunistischen Jugend, später der KPD in Leipzig an. Die letzten zehn Jahre seines Lebens verbrachte er wegen Teilnahme am Wiederaufbau der Bezirksorganisation Sachsen der KPD 1933/1934 im Gefängnis, Zuchthaus und KZ. Diese Differenzierung der Häftlingsbiographie ist notwendig, weil die Haftbedingungen des Untersuchungsgefangenen, Zuchthäuslers und KZ-Häftlings entsprechend ihrer Zweckbestimmung sehr unterschiedlich waren und von dem Häftling

erhebliche Anpassung an wechselnde Haftbedingungen erforderten.

Nach Untersuchungshaft (Sept. 1934 bis Dez. 1935), Zuchthaus Waldheim (Einzelhaft bis Apr. 1939), Arbeitslager Rosslau (bis Juli 1939), Griebo (bis Dez. 1941), Zuchthaus Coswig (bis Mai 1942) und KZ-Sachsenhausen (bis Juni 1944) endet der Briefwechsel mit drei Briefen aus der SS-Division Dirlwanger. Allen Haftorten ist gemeinsam, daß dem Häftling der Kontakt zu den Angehörigen über Brief-, Geld- und Päckchensendungen erlaubt war. Briefe wurden zensiert, unliebsame Aussagen geschwärzt, oder der Brief wurde einbehalten. Geldsendungen und Päckchen wurden mit zunehmendem Mangel während des Krieges als Überlebensmittel von den Anstaltsleitungen einkalkuliert. Die Last, den Arbeitssklaven im KZ bei Kräften zu halten, wurde den Angehörigen zu einem Teil aufgeladen.

Paul Nettes Briefe geben einen Einblick in den Gefangenenalltag. Er berichtet seiner Familie über seinen Tagesablauf, seine Arbeit und seine Freizeit, wie er Weihnachten und andere Feiertage verbringt. Dabei immer wieder seine Klage über die Eintönigkeit seines Alltags, über den es zu berichten nicht lohne, doch „über andere Dinge, über die man reden möchte, muß man ja schweigen.“ (S.64) Aus den Briefen spricht immer wieder die große Sorge um das Wohlergehen von Frau und Tochter, die die materiellen Bedingungen ihrer Existenz allein sichern müssen. Berührend sind die Bemühungen beider Ehepartner, die Zeit der langen Trennung ohne Verluste in ihrer persönlichen Beziehung zu überstehen. Beeindruckend auch die ungebrochene Soli-

darität der Familie und Freunde, die über Jahre für zwei Gefangene – Paul Nette und Schwager Otto Vollrath – monatliche Geldspenden sowie das Fahrgeld für die Besuche von Frau und Tochter im Gefängnis bzw. Zuchthaus aufbrachten. Beeindruckend auch die Briefe an seine Tochter Helga (Jg. 1929), die in der Zeit seiner Gefangenschaft vom Vorschulkind zum Teenager heranwächst, und an deren Entwicklung er nur mittelbar, über den Briefwechsel und die Besuche im Zuchthaus teilhaben kann.

Paul Nette, dem es nach Abschluß der Volksschule verwehrt blieb, einen Beruf zu erlernen, nutzt ausgiebig die Gefangenenbibliotheken, um sich sowohl die schöngestige Literatur zu erschließen, als sich auch Wissen in den Naturwissenschaften, Philosophie, Soziologie und Geschichte anzueignen. Angesichts der Zensur kann sich Nette zum politischen Geschehen nur sehr zurückhaltend äußern. Er schreibt von seiner großen Sorge über den Kriegsbeginn. Er berichtet über die gewachsenen Arbeitsanforderungen in den Arbeitskommandos, die oft seine Kräfte übersteigen. Er äußert sich zum Überfall auf die Sowjetunion, und am 11. Januar 1942 bittet er seine Frau, nur nicht die Hoffnung zu verlieren, „so lange wie bis jetzt gedauert, so lange dauert es bestimmt nicht mehr“.

Paul Nette erlangt nach Verbüßung seiner Haftstrafe die Freiheit nicht. Im KZ-Sachsenhausen lernt er ein bis dahin nicht gekanntes Terrorsystem kennen. Die Briefe aus dem KZ sind, den Vorgaben entsprechend, kurz. Inhaltlich muß er sich auf die Mitteilung über sein Befinden, das immer „gut“, „alles in Ordnung“ und

„alles in Butter“ ist, beschränken. Sein Dank an die Familie, die ihn mit warmer Kleidung und Lebensmitteln versorgt, läßt die Not ahnen. In seiner politischen Überzeugung ungebrochen, bittet er seine Frau im Brief vom 11. Juni 1944, den Mut nicht sinken zu lassen, denn wenn das eines Tages zu Ende ist, „heißt es, mit aller Kraft eine bessere Zukunft bauen“. Die letzten drei Briefe schrieb Paul Nette als Angehöriger der SS-Division Dirlewanger. Über die Motive dieser Freiwilligenmeldung konnte er sich nicht äußern. Sie war offensichtlich Teil der Überlebensstrategie von ca. 170 politischen Häftlingen im KZ-Sachsenhausen. Nette deutete an, daß er sich mit vielen guten Bekannten, „die schon seit vielen Jahren immer wieder zusammengekommen sind“, in einem Bataillon befindet. Historischen Forschungen zufolge gelang etwa 115 KZ-Häftlingen der Frontwechsel zur Sowjetarmee. Paul Nette verlor bei diesem Versuch sein Leben. Dem Leser sei die sehr lesenswerte biographische Skizze empfohlen. Sie erlaubt einen umfassenden Blick auf das Leben des Paul Nette und seiner Familie. In den Bd. aufgenommen wurden auch zwei von Paul Nette verfaßte Lebensläufe von 1935 und 1941. *Leopoldine Kuntz*

Hans Schafranek/Johannes Tuchel: **Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg**, Picus Verlag, Wien 2004, 367 S.

Von allen Widerstandskämpfern gegen das Dritte Reich gehören wohl die Fallschirmspringer und Funker zu den am meisten von Geheimnissen umgebenen antifaschistischen Akteuren. Ihre Namen

und Taten sind uns in den meisten Fällen nur aus den Akten bekannt geworden, denn nur wenige haben überlebt. Da sie mit alliierten Geheim- und Nachrichtendiensten zusammengearbeitet hatten, die ihre „Geheimnisse“ und Legenden in den Zeiten der Systemkonfrontation bis zum Ende des sozialistischen Staatensystems aufrechthielten, gab es in den letzten Jahren einen hohen Aufklärungsbedarf. Vorliegender Bd., der alles andere als einer der üblichen Sammelbände ist, präsentiert durchweg neue Forschungsergebnisse, die durch Quellen aus zahlreichen europäischen und russischen Archiven eine solide und innovative Basis haben. Die Hrsg. bestimmen in ihrer Einleitung als Aufgabe des Bandes, „das historische Geschehen vom Odium der Spionage, des Agententums und der verzerrenden Desinformation zu befreien“. Dazu versammeln sie russische, schweizerische, tschechische, österreichische und deutsche Historiker, die sowohl die Aktivitäten der sowjetischen Nachrichtendienste in den verschiedenen europäischen Ländern und des OSS in Deutschland rekonstruieren, als auch das Wirken von Gestapo, SD und Wehrmacht in Österreich, den Niederlanden und in Prag beleuchten. Die Komplexität des Geschehens und das Verwobensein von Widerstand und Spionage, das der Untertitel stimmig zum Ausdruck bringt, erscheinen in den Beiträgen als eine Art roter Faden. Die Schicksale, die sich hier erhellen, sind oft abenteuerlich genug. Motiviert waren die Akteure jedoch stets von der Absicht, gegen Nazi-Deutschland zu arbeiten. Was aber vor allem deutlich wird, ist der tiefe Widerspruch zwischen dem hohen existentiellen Einsatz der Akteu-

re und der z. T. miserablen und dilettantischen Vorbereitung durch die entsprechenden Stellen, und dies nicht etwa nur auf der Seite der Russen. Umso mehr verdienen sie es aber, namhaft gemacht zu werden, und so liest sich der Bd. auch als eine Art biographisches Nachschlagewerk zum Thema. Umso bedauerlicher ist da natürlich, um das gleich hier anzumerken, das Fehlen eines Personenregisters.

Strukturen, Personen und Aktionen – in dieser Trias behandeln die Autoren ihren jeweils speziellen Part. Nach *Peter Steinbachs* konzeptionell verklammerndem Plädoyer für einen integralen Widerstands-Begriff, der den Kampf von Fallschirmagenten widerstands- und emigrationsgeschichtlich einordnet, widmen sich zwei Beiträge dem Komplex „Rote Kapelle“. Neue Aufschlüsse erhalten wir über die Fallschirmspringer Robert Barth (*Hans Coppi*) und Albrecht Höbler (*Peter Steinbach*), wobei insbesondere die Rolle des MfS bei der unhistorischen Legendisierung von Höbler beleuchtet wird. Barth, der im November 1945 vom NKWD erschossen worden war und lange als „Verräter“ galt, wurde 1996 rehabilitiert. Warum die sowjetischen Geheimdienste einen solch „leichtfertigen Umgang(s) mit den deutschen Gegnern des NS-Regimes“ pflegten, bleibt allerdings unerklärt, wenn auch einige Faktoren, wie die Ermordung vieler erfahrener Mitarbeiter, erwähnt wird.

Der Beitrag von *Nikita Petrow* gibt einen Überblick über die strukturellen Veränderungen der Sicherheitsorgane in den Jahren 1941 – 1945; *Vladimir Chaustov* kann in seiner Beschreibung „operativer Gruppen sowjetischer Fallschirmagen-

ten in den Kriegsjahren“ für die Jahre 1941/42 die Zahl von 1500 solcher Gruppen dokumentieren. Für die Gegenseite benennt er 1854 (nicht 30.000, wie es in der Fachliteratur herumgeistert) deutsche Agenten, die von den Russen verhaftet werden konnten. Spannend zu lesen sind die Informationen über diverse „Funkspiele“ und die Mitteilung, daß nach Stalingrad die Zahl der sich freiwillig den NKWD-Organen stellenden deutschen Agenten sprunghaft angestiegen sei.

Im Kundschafternetz der Schweiz ragt, von *Peter Huber* kompetent porträtiert, neben dem bekannten ungarischen Kommunisten Sandor Rado der „Meisterspion“ Rudolf Roessler heraus, dessen Rolle im Luzerner Vita-Nova-Verlag, in dem u. a. linkskatholische und antifaschistische Schriften herauskamen (darunter 1936 Walter Benjamins „Deutsche Menschen. Eine Folge von Briefen“), würdigend beleuchtet wird. Viele neue ereignisgeschichtliche und biografische Fakten enthalten auch die Beiträge über „deutsche Sowjetagenten auf dem asiatischen Kontinent“ (*Peter Erler*) und über die „sowjetische Spionage in Schweden“ (*Michael F. Scholz*). Für mehr Wissen über das verwirrende Geflecht der einzelnen Organisationen sorgen die Beiträge über „Struktur, Tätigkeit und Effizienz des NS-Terror systems in Österreich“ (*Wolfgang Neugebauer*), über die „Nachrichtendienste von Gestapo, SD und Wehrmacht“ (*Franz Weisz*) und über das „Referat III F der Abwehrstelle Prag“ (*Stanislav Kokoska*). *Jan Foitzik* widmet sich den „OSS-Aktivitäten in Deutschland 1944/45“. Einen besonderen Coup, „das ‘Englandspiel’ der deut-

schen militärischen Abwehr“, untersucht erstmals so ausführlich *Hans Schafranek*. Bei dem auch als „Unternehmen Nordpol“ bezeichneten, über die Jahre 1942 – 1944 von den Niederlanden aus laufenden Funkspiel wurde „mittels entschlüsselter Funkcodes im Namen gefangener niederländischer Agenten ein Funkverkehr mit dem britischen Geheimdienst durchgeführt“. In diesen Prozeß waren namentlich 72 Fallschirmagenten verwickelt (eine Liste befindet sich auf den Seiten 263-267), wobei die Verluste zwischen 60 und 80 Prozent angegeben werden. Die Hauptverantwortung für dieses Desaster trug vor allem die britische SOE (Special Operations Executive), die eine „leichtfertige Mißachtung elementarer Sicherheitsstandards“ praktizierte. Dutzende Fallschirmagenten seien so in den sicheren Tod gesprungen.

Den Bd. sinnvoll abschließend kommt ein damals 22 Jahre junger Antifaschist zu Worte. Über seine Fallschirmspringerausbildung im Frühjahr 1945 durch die Amerikaner berichtet Kurt Hälker: Kurz vor Schluß in St. Germain oder Risikovolles Ende. *Simone Bark*

Peter Steinbach: Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstandes, Siedler Verlag, München 2004, 352 S.

Im Vorwort zu seinem Buch verweist S. darauf, daß man sich bei der Beschäftigung mit dem Widerstand nicht nur mit Ereignissen konfrontiert sieht, sondern vor allem mit Motivationen der Widerständigen, mit Menschen, ihren Verhaltensweisen und Gedanken, die den Historiker weit über das Forschungsinteresse hinaus in den Bann ziehen. Bei der

Auseinandersetzung mit Widerstand gegen diktatorische Systeme gehe es um mehr als um Geschichte: „Es geht um Weltsicht, um Welt- und Politikverständnis, um Orientierung in der Gegenwart“ (S.10). Diesem hohen Anspruch wird S., der seit Jahrzehnten mit dem Widerstand gegen das NS-Regime befaßt ist, voll und ganz gerecht.

Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um eine Publikation besonderer Art. Die in ihr enthaltenen Beiträge gehen auf Vorträge und Publikationen zu verschiedenen Anlässen zurück, die bearbeitet und aktualisiert worden sind. In einem einleitenden Kapitel „Primat der Politik – zivilisiertes Militär“ werden die Beziehungen zwischen militärischer Opposition und zivilem Widerstand analysiert und dargestellt, wobei hochaktuelle Überlegungen angestellt werden. Bei der Aktion vom 20. Juli 1944 habe es sich keineswegs, wie oft angenommen, nur um einen Militärputsch gehandelt. Vielmehr sei es darum gegangen, rassenideologische Verhärtungen zu überwinden, militärische Flexibilität zu erleichtern und der Politik neue Handlungsspielräume zu verschaffen. Als Beleg für diesen Befund wird auf überlieferte programmatische Erklärungen wie auch auf die vorbereitete Kabinettsliste verwiesen. Als Fazit seiner diesbezüglichen Überlegungen gelangt S. zu dem überraschenden Schluß, daß „durch eine Tat von Militärs der Militarismus [...], der die deutsche Geschichte geprägt hatte“, überwunden worden sei (S.52). Gemeint ist die postfaschistische Zeit. Im vorletzten Kapitel wird der Rechtsbezug des Staatsstreiches betont und zugleich auch gezeigt, wie der sogenannte Ehrenhof des Heeres Zu-

arbeit für den nationalsozialistischen „Volksgerichtshof“ unter Vorsitz Roland Freislers geleistet hat. Dabei ging es um die physische Vernichtung der gegnerischen Elite schlechthin.

Den Hauptteil des Buches bilden biographische Studien über Helmuth James Graf von Moltke, Peter Graf York von Wartenburg, Adam von Trott zu Solz, Hans von Dohnanyi, Otto von der Gablentz und die Weiße Rose. Von besonderem Interesse sind die ebenfalls enthaltenen Arbeiten über Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorf und Adolf Reichwein. Verwiesen sei auf die Rolle Reichweins, der zunehmend die Fäden zwischen Theodor Haubach, Leuschner, Hermann Maass und Julius Leber knüpfte. Die Mitglieder dieser Gruppe kamen aus der demokratischen Arbeiterbewegung und hätten bei einem gelungenen Umsturzversuch eine entscheidende Rolle zu übernehmen gehabt, „weil sie die Chance darstellten, aus dem militärisch-bürgerlichen Widerstand ohne Volk unmittelbar nach dem Umsturz einen Widerstand aus dem Volk entstehen zu lassen. Sie verkörperten die Aussicht, eine breite Unterstützung im Volk zu finden.“ (S.177) Dies waren wohl auch die Beweggründe für die Treffen zwischen Leber, Reichwein und Anton Saefkow und Franz Jacob, den führenden Vertretern einer kommunistischen Widerstandsgruppe in Berlin. Sie erfolgten zweifellos mit Wissen und Billigung von Claus Schenk Graf von Stauffenberg. S. erwähnt kurz die beiden Treffen, nennt weitere involvierte Personen und verweist darauf, daß vorhandene Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten bestehen blieben, ohne sie

jedoch zu benennen. Hier besteht weiterer Erklärungsbedarf. Das gilt auch für die Haltung der Kommunisten und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) zum 20. Juli. Reichwein war es auch, der erkannte, daß ohne oder gar gegen Rußland eine europäische Politik nicht möglich sei (S.178).

Von besonderem Interesse sind des weiteren die unter verschiedenen Aspekten getroffenen Aussagen zur politischen, sozialpolitischen und gesellschaftlichen Vielschichtigkeit des Kreisauer Kreises, wobei wiederum die Sozialisten um Reichwein, Leber und Mierendorf als intellektuelle Antriebskraft eines Widerstandes wirkten, der nicht mehr engen sozialen Milieugrenzen und politisch-konfessionellen Traditionen verhaftet war. Ihre Wertvorstellungen kamen in der DDR nicht zum Tragen, weil Antifaschismus eng und einseitig ausgelegt und fast nur auf den der Kommunisten fixiert war. Aber für alle Widerständler, auch die kommunistischen und die im NKFD und im Bund Deutscher Offiziere (BDO) vereinten, gilt der Befund S.s, sie hätten „die militärische Niederlage“ herbeigesehnt, „weil sie Deutschland liebten und in der Kapitulation die Voraussetzung für dessen Befreiung sahen“. (S.321) *Paul Heider*

Matthias Loeding: Otto Grotewohl kontra Kurt Schumacher. Die Wennigseener Konferenz im Oktober 1945, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2004, 101 S.

L.s Buch ist ein beachtenswerter Beitrag zum Verständnis der politischen Prozesse in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 und der Übernahme der

Besatzungsmacht durch die vier Hauptkräfte der Antihitlerkoalition. Eine unvoreingenommene Beurteilung der Entwicklung nach der Befreiung Deutschlands und Europas vom Hitlerfaschismus kommt nicht am Potsdamer Abkommen der „Berliner Konferenz der Drei Mächte“ (USA, Großbritanniens und UdSSR) vom 17. Juli bis 2. August 1945 vorbei, aber auch nicht an der ersten gesamtdeutschen Konferenz der SPD nach dem Kriege in Wennigsen bei Hannover vom 5. bis 7. Oktober 1945. Während das Potsdamer Abkommen noch davon ausging, Deutschland als Ganzes zu erhalten und zu behandeln, wurde von der Konferenz in Wennigsen „die Möglichkeit einer geeinten SPD vertan, um der von Grotewohl und anderen nicht kommunistischen Parteiführern erkannten Teilungsgefahr Deutschlands entgegenzuwirken. Diese Feststellung ist gänzlich unabhängig von der Tatsache zu treffen, dass sich die Teilung Deutschlands dennoch als unabwendbar erweisen sollte.“ (S.70)

L.s Titelgebung – Otto Grotewohl kontra Kurt Schumacher – resultiert aus der m. E. bisher gründlichsten Untersuchung der politisch-ideologischen Kontroversen in Wennigsen um die Einberufung eines Reichsparteitags der SPD zur Wahl eines für alle vier deutschen Besatzungszonen kompetenten Parteivorstands. Der Reichsparteitag sollte auch über das Verhältnis zur KPD bzw. eine von vielen Antifaschisten angestrebte Vereinigung von KPD und SPD zu einer sozialistischen deutschen Arbeiterpartei beraten. Dafür plädierten auf der Konferenz in Wennigsen Otto Grotewohl, Max Fechner und Gustav Dahrendorf vom im Juni

1945 in Berlin konstituierten provisorischen Zentralausschuß der SPD (mit Zuständigkeit für die sowjetische Besatzungszone). Grotewohl und seine Genossen haben diese Ziele nicht erreicht. Schumacher lehnte einen Reichsparteitag der SPD strikt ab. Damit wurden die Wahl und ein reichsweites Vorgehen eines für alle vier Besatzungszonen zuständigen Parteivorstands verhindert. Es blieb bei der Zuständigkeit des Zentralausschusses der SPD in Berlin für die sowjetische Besatzungszone und des Büros Schumacher in Hannover als Leitung der SPD für die westlichen Besatzungszonen. Bis dahin hatte sich Grotewohl der von der KPD-Führung im Spätsommer 1945 angestrebten Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Zone widersetzt. Er hielt separate Zonen-Parteien für destruktiv bei der Bewahrung der Einheit Deutschlands, zumal die Besatzungsmächte in ihren Zonen bereits uneinheitlich zu handeln begonnen hatten. Nach der Konferenz in Wennigsen erhöhte sich auf Grotewohl und den ZA der Druck zur Vereinigung mit der KPD nur in der SBZ. Für ihn und viele Mitglieder der SPD in Ost und West war die Vereinigung beider Parteien die politische Konsequenz aus dem Parteienkampf vor 1933, aber sie wollten die Vereinigung in ganz Deutschland.

Die Konferenz in Wennigsen wurde bisher in Ost und West z. T. widersprüchlich interpretiert. L. reflektiert kenntnisreich und sachlich das Für und Wider in Berichten von Teilnehmern in Wennigsen und Zeitzeugen sowie die unterschiedlichen Darstellungen über Bedeutung und Wertung der Konferenz. Aus einer Fülle weiterer historischer Quellen (im vorzüglichen Quellennachweis angeführt) sucht

er nach Ursachen für die politisch folgenschwere „Blockadehaltung“ (S.72) Schumachers gegen die Schaffung einer gesamtdeutschen SPD. Bei der gegenwärtigen Besinnung auf den sechzigsten Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus ist L.s Antwort höchst aufschlußreich. Zwei politische Protagonisten der ersten Nachkriegsjahre werden vorurteilsfrei nach ihrer Leistung für Deutschland bewertet.

Wolfgang Triebel

Ursula Fischer: Im eigenen Land verschollen, Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, 180 S.

Nach zwei Erlebnisberichten, die die Autorin über ihre Haftzeit in sowjetischen Speziallagern von 1945 bis 1948 unter dem Titel „Zum Schweigen verurteilt. Denunziert – verhaftet – interniert“ (1992) und „Von der Last des Schweigens“ (1997) veröffentlichte, liegt nunmehr eine weitere, den Leser ebenso ergreifende Erzählung vor. Die Autorin, die 1925 in Haidemühl, Kreis Spremberg/Niederlausitz, geboren wurde, war bis zu ihrer Verhaftung im November 1945 als Kindergärtnerin tätig. Sie gehörte zu jenen noch immer unzähligen Jugendlichen, die, oftmals unbegründet denunziert, den Weg durch die sowjetischen Speziallager gehen mußten. Ihre Erinnerungen lassen den Leidensweg durch die NKWD-Lager Ketschendorf, Jamlitz und Mühlberg/Elbe nachvollziehen. Nach ihrer Entlassung im Juli 1948 bewarb sie sich um eine ihrer beruflichen Qualifikation entsprechende Arbeit. Bis 1951 war sie als Arbeiterin im Glaswerk

Haidemühl tätig. Danach gelang es ihr, in den Lehrerberuf zu kommen und bis 1990 in verschiedenen Bildungseinrichtungen sowie in Arbeitsgemeinschaften des künstlerisch-literarischen Bereiches tätig zu sein. Als Lehrerin durchlebte sie die Last des Schweigens über qualvolle Erinnerungen, die sie erst nach der Wende 1989/90 gründlich und öffentlich verarbeiten konnte. Mit der vorliegenden Arbeit widmet sie sich mehr als zuvor auch dem Schicksal von Freunden, Bekannten und Leidensgefährten in jener Zeit. Die Spuren des Schreckens kreuzen sich und führen über die genannten Lager hinaus auch zum berüchtigten Speziallager 7 in Sachsenhausen. Es ist, wie sie selbst zu sagen pflegt, ein „Schreiben gegen die Zeit“, denn die Erinnerungen werden für die noch Lebenden immer schwieriger, und viele Zeitgenossen sind inzwischen verstorben. Die Autorin wählte die Form der erzählenden Erinnerung. So kann sie die Anteilnahme von Lesern an dem, was sie in den Lagern durchleben mußte, erwirken und die für Unbeteiligte psychisch kaum nachvollziehbare Last des Schweigens schildern. Sie bringt neue Aspekte ein, die nicht nur die bereits genannten Erinnerungen konkretisieren und vertiefen, sondern auch die während der zahlreichen Gedenkveranstaltungen seit 1990 weitergetragenen Informationen über menschliche Schicksale ergänzen. In diesem Zusammenhang findet auch die Frage nach dem Schicksal der noch immer Verschollenen Aufmerksamkeit. F. berichtet über die sehr zeitaufwendige und Beharrlichkeit abverlangende Suche nach vermißten Personen und belegt den Wert der Bemühungen um Dokumente zum Schicksal Einzelner. In ihren Erzählungen

sind selbst verfaßte Gedichte eingebunden, die tief sinnig und emotional zur kritischen Verarbeitung dieses finsternen Kapitels der Nachkriegsgeschichte beitragen.

Horst Klein

Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Ein ungelesenes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, Edition Temmen, Bremen 2004, 229 S.

Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ wurde in bisherigen Forschungen nur in der ersten Periode ihres Erscheinens, da der Dichter Peter Huchel ihr Chefredakteur war, untersucht. Der Vf. setzt sich das Ziel, die Zeitschrift in den über 40 Jahre vorhandenen Kontext zu stellen. Kritisch vermerkt er gegenüber den bisherigen Untersuchungen von Marianne Streisand, Stephen Parker und Uwe Schoor, daß sie die Existenz von MfS-Quellen völlig ausgespart hätten. Diese werden nun erstmals vom Vf. mit herangezogen. Um so überraschender ist das Untersuchungsergebnis des Autors im Buch: „An ‚Sinn und Form‘ kam die Staatsicherheit nicht richtig heran.“ (S.154) Aus der Konkurrenz zweier Apparate, der Akademie der Künste und der Abteilung Kultur beim ZK der SED, wären der Zeitschrift „begrenzte Freiräume“ erwachsen. Diese Freiräume hätten aber dann keinen Schutz geboten, wenn beide Apparate, wie im Falle von Hans Joachim Bunge und Heinz Plavius, gegen kritische Autoren zusammenarbeiteten.

Der parteilose Peter Huchel leitete die ab 1950 von der Akademie der Künste

herausgegebene Zeitschrift „Sinn und Form“ von der Gründung im Jahre 1949 bis zu seinem unfreiwilligen Rücktritt im Jahre 1962. Ihm sei es darum gegangen, die Zeitschrift in Übereinstimmung mit der aktuellen DDR-Kulturpolitik als ein „gesamtdeutsches Forum ostdeutscher Prägung“ zu gestalten. Die Spezifik dieses Zeitraums wurde damit aber noch nicht vollends ausgelotet. Die Akademie wird zwar als „Institution mit eigentümlicher Verfassung“ charakterisiert, der auch „Eigen-Sinn“ bestätigt wird. Aber gerade für die Huchel-Ära wird man der Akademie der Künste auch bestätigen müssen, daß sie sich noch außerhalb des Systems des demokratischen Zentralismus zu halten und die führende Rolle der SED in Fragen der Kunst zu bestreiten versuchte. All dies änderte sich erst nach Huchel. Bodo Uhse blieb als Chefredakteur wegen seines frühen Todes Episode.

Bemerkenswert war die Chefredakteurszeit von Wilhelm Girnus von 1964 bis 1981. Er vollzog zwar kongruent zur Großwetterlage den Schwenk zur Abgrenzungspolitik, verstand es aber gleichzeitig, neuen Wind in „Sinn und Form“ zu bringen durch die Einbeziehung der jungen Generation der neuen DDR-Literatur, die anstelle des „sozialistischen Realismus“ eher einen „offenen Realismus“ bevorzugte. Daß Girnus „Sinn und Form“ für Literaturdebatten öffnete und Neuererscheinungen (z. B. Plenzdorfs „Die neuen Leiden des jungen W.“⁶) kontrovers diskutieren ließ, hätte noch ergänzt werden können durch einen Hinweis auf den Abdruck der Diskussionsrunde „Gespräch über Lenin“, Heft 5/77, die eine Glasnost-Konzeption zur Grund-

lage hatte. Richtig ist zweifellos die Schlußfolgerung des Vf.s, daß sich der Parteikader Wilhelm Girnus ästhetische Anschauungen zu eigen gemacht hatte, die er als Politiker für absolut unannehmbar hielt.

Die Chefredakteurszeit von Paul Wiens (IM „Dichter“) 1982, die nach Auffassung des Vf.s den „Zugriff des MfS“ auf „Sinn und Form“ hätte bringen können, blieb allerdings ebenso wie die von Bodo Uhse Episode. Von 1983 bis 1990 folgte Max Walter Schulz, ein Schriftsteller, der „weder innerhalb der DDR noch im Ausland nennenswertes literarisches Renommee“ (S.124) besaß. In dieser Zeit habe „Sinn und Form“ von den Erosionserscheinungen des Sozialismus auf dem langen Weg zur Öffnung profitiert. Die Literatur vollzog einen Funktionswandel in Richtung Ersatzmedium, was dazu führte, daß die Veröffentlichungen in „Sinn und Form“ primär als politische Botschaften und nur noch sekundär als ästhetische Werte rezipiert wurden. Gründlich dokumentiert der Vf. den „Sturm im Wasserglas“ um die Erstveröffentlichung des Textes von Johannes R. Becher über den Terror der Stalinzeit unter dem Titel „Selbstzensur“ im Mai/Juni 1988. Am Ende dieses Sturmes trat Kurt Hager die Flucht nach vorn an: „Also, ich bin mit Ihrem Beitrag sehr einverstanden und lobe ‚Sinn und Form‘.“ (S.145) Warum ausgerechnet die ZK-Kulturabteilung unter Kurt Hager immer wieder auch als „Machtapparat der SED“ apostrophiert wird, bleibt das Geheimnis des Vf.s.

Wolfgang Harichs Rolle als Autor in „Sinn und Form“ wird ohne Kenntnisnahme des Forschungsstandes darge-

stellt. Der Vf. behauptet z. B., daß Harich in seiner späteren Nietzsche-Polemik nach dem Staatsanwalt gerufen habe, eine Behauptung, die nur die üble Nachrede reformfeindlicher, dafür aber umso erbetoleranterer Gruppierung in der DDR-Intelligenz kolportiert. In Wahrheit hatte sich Harich über die Ausstellung einer Prachtausgabe des „Ecce homo“ von Nietzsche im Fenster der Brechtbuchhandlung erregt und beim nahegelegenen Polizeirevier 104 in der Chausseestraße Anzeige erstattet. Die Polizei konnte mit der Anzeige aber nichts anfangen, weil es sich dabei um kein „Westbuch“ handelte.

Siegfried Prokop

Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Karl Dietz Verlag, Berlin 2004, 529 S.

Seit seiner Arbeit über „Die kurze Zeit der Utopie“ 1994 hat sich B. teils in Monographien, teils in Sammelbänden um eine sachgerechte Darstellung des letzten, 41. Jahres der DDR und der darauf folgenden, durch Anschluß an die BRD bedingten Vorgänge verdient gemacht. In seiner Gesamtschau auf die finale Krise des zweiten deutschen Staates 1989 vertritt er die von Verschwörungstheoretikern befahdete, zutreffende These, der Sturz des „Staatssozialismus sowjetischer Prägung“ sei revolutionär und historisch notwendig gewesen, „weil die vermeintlich sozialistische Gesellschaft zu einem undemokratischen, gegen das Volk gerichteten System mit vormundschaftlichem, autoritärem und patriarchalem Charakter verkam.“ (S.15f.) Mit dem plötzlichen Öffnen der Westgrenze auf

Weisung von ZK und Ministerrat, die sich derart vom Druck der Bürgerbewegungen und oppositioneller Parteimitglieder befreien wollten, seien die revolutionären Vorgänge umgeschlagen. Denn damit wurde dem starken kapitalistischen Gegner BRD das Tor zu ungehinderter politischer und ökonomischer Einflußnahme auf die geschwächte DDR aufgetan. B. setzt den 9.11.1989 zum französischen Thermidor von 1794 in Parallele (S.20). Zu Unrecht: Damals wurde eine Revolutionspartei liquidiert, nicht wie im DDR-Fall die Revolution selber. Richtig ist die Feststellung des Autors, die UdSSR habe 1989 als Supermacht gehandelt (besser: zu handeln versucht), indem sie „im Interesse von Sicherheit und wirtschaftlichem Wiederaufbau auf ihr geostrategisches Vorfeld“ verzichten zu können glaubte. „Mit der Preisgabe Osteuropas und vor allem der DDR verlor sie tatsächlich ihren Systemcharakter“ (S 43) und fiel bald ohne Gegenwehr auseinander.

In dem Buch verdeutlichen die 19 Autorinnen und Autoren, daß es großer Aktivität bedurfte, um die damaligen, erst erfreulichen, dann negativen, historischen Veränderungen zu bewirken. Claus Montag beschreibt den hohen Einsatz der USA unter George W. Bush senior für eine voll zu Lasten des Ostens gehende Vereinigung West- und Ostdeutschlands, Hella Kaeselitz den vergeblichen Widerstand der an Grundsätzen der Balance of Power in Europa orientierten britischen Premierministerin Margret Thatcher dagegen. Hannes Hofbauer befaßt sich mit der Rolle von IWF, Weltbank und einheimischen Wirtschaftsexperten beim Ablösen „realsozialistischer“ durch neo-

liberal-kapitalistische Ökonomieformen in den osteuropäischen Staaten, was vielfach zugleich den Übergang von verarbeitender Industrie zum Lieferanten von Rohstoffen und Halbfabrikaten bedeutete.

Die Währungsunion BRD-DDR und die zweite Treuhand sind Gegenstände von Sebastian Gerhardt bzw. Jörg Roesler. Zwei der drei Experten, die im Bundesfinanzministerium die für die DDR-Wirtschaft tödliche Union vorbereiteten, waren Referatsleiter Thilo Sarrazin und Staatssekretär Horst Köhler, die uns inzwischen in anderer Funktion bekannt sind. Die zweite Treuhandanstalt hatte anders als ihre DDR-Vorläuferin kein gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln zu schützen, sondern es schnellstmöglich zu verschern, ganz überwiegend (zu 85 Prozent) an altbundesdeutsche Interessenten, die es vereinnahmt oder vertan haben. Unter Birgit Breuel war die Institution auf Kosten der DDR-Bürger so erfolgreich, daß die Privatisierung statt geschätzter 600 Mrd. DM nur ein Achtel, 76 Mrd., einbrachte, darüber hinaus aber durch Zuwendungen diverser Art für westdeutsche 1-DM-Käufer Schulden von 264 Mrd. anhäufte. An den Folgen dieser Befreiung des Volkes vom „Volkseigentum“ und am damit verbundenen industriellen Kahlschlag dürften noch Generationen zu tragen haben.

Unter den mehr als 7.000 Büchern über das Ende der DDR und die Umwälzungen danach, die inzwischen erschienen sind, ist dies eines der besten. Das gilt trotz der Einschränkung, daß es vermeidbare Fehler enthält. So behauptet Erhard Crome im Aufsatz über die

UdSSR-Position, bei der sogenannten Neuen Klasse in „realsozialistischen“ Staaten habe es sich nur um „die sehr kleine Führungsgruppe innerhalb der Nomenklaturstufe des Politbüros“ gehandelt (S.345), nicht auch um kampfstärke Abteilungen des Apparats, die notwendige Reformen selbst dann zu verhindern wußten, wenn diese vom ersten Mann in Partei und Staat, beispielsweise Nikita S. Chruschtschow, Walter Ulbricht oder Michail S. Gorbatschow, ausgingen. *Fred Wilm*

Detlef Nakath/ Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Entweder es geht demokratisch – oder es geht nicht. Klaus Höpcke. Kolloquium anlässlich seines 70. Geburtstages, November 2003, GNN-Verlag, Schkeuditz 2004, 256 S.

Der Journalist und langjährige stellvertretende Kulturminister der DDR, der PDS-Politiker Klaus Höpcke, beging am 27. November 2003 seinen 70. Geburtstag. Der Berliner Verein „Helle Panke“, die Potsdamer „Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg“ und das „Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft“ hatten aus diesem Anlaß in einem Kolloquium Höpckes Lebensweg gewürdigt. Im Bd. werden die 30 Beiträge dieser Tagung dokumentiert, die sich auf Höpckes Wirken im Rahmen der Kulturpolitik der DDR, die Erfolge und Niederlagen im Hinblick auf die Zensur, seine Position im kleinen Kreis der „Hoffnungsträger“ und seine Abgeordnetentätigkeit im Thüringer Landtag konzentrieren. In einem Dokumentenanhang wurden Artikel und Dokumente, u. a. sein

„Weltbühnen“-Beitrag zum Erscheinen des Hinze- und Kunze-Romans von Volker Braun vom August 1985 und sein aufsehenerregender Artikel in der „Jungen Welt“ vom 21. September 1989, aufgenommen, die des Jubilars Hang zum Widerspruch belegen. Höpcke, der auf dem Kolloquium als letzter Redner sprach, wandte sich gegen die übliche Scheinalternative „Dissident“ oder „gedankenloser Befehlsempfänger“. Beide Klischees hielt er für sich nicht zutreffend, wohl aber fand er sich richtig beschrieben, wenn auf ihn bezogen davon gesprochen wurde, daß „Unbotmäßigkeit“ für ihn eine Tugend sei; ein wohl schmeichelhaftes, aber nicht völlig falsches „Selbstbild“.

Hans Modrow beleuchtet Höpckes Anteil am Arbeitsausschuß für die Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages im Dezember 1989. Als Sprecher der Kommission Organisation und Parteilieben oblag es Höpcke, die 2.552 Anträge an den Parteitag zusammenzufassen. „Wie es immer zum Arbeitsstil des Jubilars gehörte“, schreibt Modrow, „sind die Angaben in seinem Bericht präzise, die Bewertung stichhaltig und der Mut zur eigenen Meinung deutlich.“ (S.75)

Auf die Tätigkeit Höpckes im Thüringer Landtag geht *Kurt Ludwig* ein, wobei er zugleich die Merkwürdigkeiten aktueller Erinnerungskultur kritisch beleuchtet. *Vera Haney* skizziert das schwierige Ringen um eine gleichberechtigte Stiftung bei der PDS Thüringens in Jena. Den Streit ohne Ende über Rosa Luxemburg und ihr Denkmal behandelt *Angelika Haas*, wobei sie auch auf Höpckes Aktivitäten im „Anti-Eiszeit-Komitee“ hinweist.

Wolfgang Leonhard, der über die von ihm

verfaßten „sozialistischen Bildungshefte“ von 1946 sprach, brachte sein Erstaunen darüber zum Ausdruck, daß der Jubilar beim ersten Zusammentreffen der beiden im Jahre 1990 noch ein Dutzend Titel dieser Bildungshefte aus dem Stand heraus nennen konnte. Er verrät auch, daß Höpcke und er seit 13 Jahren Freunde geworden seien und sachlich über die 43jährige Geschichte der SED sprechen: „Denn so ganz einfach, wie sich das die Beschöniger auf der einen, die Pauschalverurteiler auf der anderen Seite vorstellen, ist die Geschichte der SED doch nicht.“ (S.83) Leonhard sah sich veranlaßt, seinen Beitrag mit einem Nachtrag zu versehen, in dem er sich davon distanziert, daß in einigen Beiträgen ein beschönigendes und verharmlosendes Bild von der SED-Periode gezeichnet worden sei. Leonhard ist zuzustimmen, wenn er meint, daß Höpckes Änderungen am Druckgenehmigungsverfahren Ende 1988 kaum als tatsächliche Abschaffung der staatlichen Zensur und Kontrolle angesehen werden können. Indirekt bestätigte diese Sicht auch *Lothar Bisky* in seinem einleitenden Beitrag: „Als Egon Krenz für sehr kurze Zeit Generalsekretär wurde, holte er Klaus Höpcke als Leiter der Kommission Kultur. Als solcher kam Klaus Höpcke zu mir, damit ich die Abteilung Kultur ehrenamtlich übernehmen, auf einen neuen Kurs ohne Zensur bringen (!) und gewaltig abspecken sollte.“ (S.13)

Eine Bibliographie, eine biographische Skizze und das Presseecho auf das Kolloquium schließen den Bd. ab.

Siegfried Prokop

NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Autorinnen und Autoren, in diesem Jahre hat der 60. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus in Europa in starkem Maße die Beiträge in unserem JahrBuch geprägt. Wir wollen auch in den folgenden Heften die von diesem Ereignis ausgehenden Folgen und Wirkungen gebührend berücksichtigen. In diesem Heft publizieren wir eine breite Palette verschiedener Themen, zeitlich von der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert bis in das Wendejahr 1989/90 reichend. Gerhard Engel bietet beispielsweise eine Skizze zur Biographie von Johannes Knief, einem der bekanntesten Bremer Linken. Während sich Heinz Niemann mit der sozialdemokratischen Emigration in Frankreich 1944/45 und ihrer Stellung zur Bewegung „Freies Deutschland“ befaßt, setzt sich Rolf Badstübner mit Befreiungsoptionen und unterschiedlichen Perspektiven deutscher Nachkriegsentwicklung auseinander. Karlheinz Kuba erinnert an 54 Jahre FDGB-Ferendienst. Jörg Roesler begründet, welche Chancen die im letzten Jahr der DDR praktizierte Wirtschaftsdemokratie bot und warum diese verpaßt wurden.

Diesem Heft liegt – für die Abonnenten kostenlos – auch eine Beilage, die Studie von Günther Glaser „Auf die ‚andere Seite‘ übergehen. NVA-Angehörige in Krise und revolutionärem Umbruch der DDR“, bei. Die Verantwortung für den Inhalt lag beim Autor, der auch die Druckkosten trug. Die JahrBuch-Redaktion übernahm die redaktionelle Betreuung und den Vertrieb für die Abonnenten.

Der Beitrag von G. Glaser ist auch über die Edition Bodoni bzw. über den Buchhandel als Einzelexemplar erhältlich.

Insgesamt konnten wir im Jahr 2005 18 Artikel, weitere 26 wissenschaftliche Beiträge verschiedenen Genres sowie über 80 Rezensionen und Annotationen veröffentlichen. Beteiligt waren daran 84 Autoren, denen wir herzlich danken. Dabei freut es uns besonders, daß eine Reihe neuer, jüngerer Autoren für unsere Zeitschrift schrieben.

Gegenwärtig bereiten wir die Internetpräsenz des JahrBuchs vor. Die Website wird schrittweise unter der Adresse arbeiterbewegung-jahrbuch.de auf- und ausgebaut.

Auch für das kommende, fünfte, Jahr unserer Zeitschrift wünschen wir uns viele Abonnenten und Autoren, um das Erscheinen in gewohnter Qualität zu sichern. Daher zugleich auch die Bitte an alle Abonnenten, ihr Abo für 2006 möglichst rasch zu bezahlen. Nach wie vor beträgt das Jahresabonnement, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00; für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge - mit und ohne Umschlag - an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Wolfram Adolphi, Dr. sc., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin
Simone Barck, Dr., Berlin
Hanna Behrend, Dr. sc., Berlin
Manfred Behrend, Dr., Berlin
Willi Beitz, Prof. Dr., Leipzig
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Gerhard Engel, Prof. Dr., Am Mellensee
Elfriede Fölster, Dr., Berlin
Arno Gräf, Dr., Berlin
Sylvelyn Hähner-Rombach, Dr., Institut für Geschichte der Medizin der Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart
Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin
Wolfgang Heyn, Dr. sc., Bernau
Paul Heider, Prof. Dr., Dresden
Götz Hillig, PD Dr., Philipps-Universität, Marburg
Gerhard Kaiser, Dr., Berlin
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Karlheinz Kuba, Dr., Berlin
Leopoldine Kuntz, Dr., Zernsdorf
Peggi Liebisch, Dr. sc., Bernau
Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde
Gisela Notz, Dr., Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Siegfried Prokop, Prof. Dr., Bernau
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Peter Schäfer, Dr. sc., Jena
Elke Scherstjanoi, Dr., Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Berlin
Annette Schubmann, Dr. des., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Reiner Tosstorff, Dr. habil., Johannes-Gutenberg-Universität, Mainz
Wolfgang Triebel, Prof. Dr., Berlin
Christa Uhlig, Prof. Dr., Universität Paderborn

Fritz Vilmar, Prof. Dr., Freie Universität, Berlin

Fred Wilm, Dr., Berlin

Fritz Zimmermann, Prof. Dr., Berlin

Jahresinhaltsverzeichnis 2005

Artikel

Rolf Badstübner: Befreiungsoptionen, zäsursetzende Einschnitte und die unterschiedlichen Perspektiven deutscher Nachkriegsentwicklung III/4

Manfred Behrend: Zur Geschichte der POUM I/35

Günter Benser: Antifaschistische Erneuerung nach 1945. Chancen – Realitäten – Probleme II/4

Peter Birke: „Revolutionäre Briefe“, Stockholm, Juni 1945. Zur Kritik der Nachkriegspläne des deutschen Exils II/41

Christof Dejung: Schweigend gedenken, dann rasch weitergehen. Das Kriegsende in der Schweiz und die gesellschaftlichen Folgen des offiziellen Geschichtsbildes nach 1945 I/19

Patricia Flier: Soziale Sicherheit in Argentinien. Die Sozialversicherung 1943-1976 I/80

Klaus-Peter Friedrich: Das Befreiungserlebnis bei Kriegsende 1945 in Erinnerungsberichten polnisch-jüdischer Zeitzeug(inn)en I/4

Claudia Kuretsidis-Haider: „Im Namen der Republik“ – Die Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich II/22

Götz Hillig: Anton Semenovič Makarenko – ein Nicht-Kommunist im Dienst der sowjetischen Sicherheitsorgane III/48

Karlheinz Kuba: Der Feriendienst als soziales Dienstleistungsunternehmen des FDGB III/64

Heinz Niemann: Die Sammlung der sozialdemokratischen Emigration in Frankreich 1944/45 und ihre Stellung zur Be-

wegung „Freies Deutschland“ III/20
Jörg Roesler: Eine verpaßte Chance. Praktizierte Wirtschaftsdemokratie im letzten Jahr der DDR und was daraus wurde

III/94

Dieter Schiller: Der V. Bundestag des Kulturbundes im Februar 1958. Eine programmatische Wendung auch im politischen Vorfeld I/46

Walter Schmidt: Die „Neue Rheinische Zeitung“ und die preußische verfassunggebende Versammlung. Vom Erscheinen der Zeitung bis zum Sturz des Ministeriums Camphausen und zur Bildung des Ministeriums Auerswald/Hanse

mann II/80

Anette Schubmann: „Auch in der Kunst: Das Beste für den Arbeiter“. Theaterwochen für Betriebsarbeiter in der DDR der fünfziger Jahre III/80

Reiner Tosstorff: Andreu Nin und die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) 1921 – 1928. Eine Skizze III/31

Sabine Veits-Falk: Öffentliche Armenfürsorge in Österreich im 19. Jahrhundert I/68

Janusz Żarnowski: Arbeiter in Volkspolen II/57

Berichte

Günter Benser: „Gnade oder Recht“ – Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme. I/61

Gerd Kaiser: Rosa Luxemburg in der Weltfabrik. Konferenz-Notizen II/143

Alfred Loesdau: In Vergessenheit geratene Traditionen? Eine historiographische Betrachtung der Danziger Arbeiterbewegung I/154

Renate Merkel-Melis: Die Journalisten Marx und Engels. Das Beispiel „Neue Rhein-

sche Zeitung“ II/148
Ernst Wurl: Neuerscheinungen zum 50. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 (Zweiter Teil, Internationale Aspekte) I/164

Biographisches/Erinnerungen

Alle Kreise der Hölle. Erinnerungen ehemaliger Häftlinge faschistischer Konzentrationslager aus der Ukraine, 1942–1945 III/153

Theodor Bergmann: Bertha Thalheimer – Schülerin von Clara Zetkin und Rosa Luxemburg I/128

Gerhard Engel: Johann Knief – Biographisches zu seinem Platz in der Geschichte der deutschen Linken III/112

Gerd Kaiser: Auf der Suche nach „Beschäftigung und Brod“. Die Geschichte der Arbeiterfamilie Walther III/146

Gisela Notz: Pauline Staegemann, geborene Schuck (1838 – 1909) – Wegbereiterin der sozialistischen Frauenbewegung III/134

Ulla Plener: Drei mutige Frauen der französischen Résistance: Henny Dreifuss, Yvette Bloch, Marie-Luise Plener II/102

Elke Scherstjanoi: Vladimir Senevici Šefir – ein sowjetischer Militärstaatsanwalt 1945–1947 in Deutschland III/164

Thomas Speckmann: Hugo Dornhofer – ein christlicher Gewerkschafter in der NS-Zeit I/142

Diskussion

Wolfgang Herzberg: Der große Kohlenhaufen vor der Synagoge. Zu Bettina Völter: Judentum und Kommunismus. Deutsche Familiengeschichten in drei Generationen II/151

Fritz Vilmar: Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus im 20. Jahrhundert III/171

Dokumente

Heinz Deutschland: Aus Briefen Käte und Hermann Dunckers aus den Jahren 1939 bis 1947 (Teil I) I/107

Heinz Deutschland: Aus Briefen Käte und Hermann Dunckers aus den Jahren 1939 bis 1947 (Teil II) II/112

Christa Hübner: Zwei Briefe des ehemaligen Ostarbeiters Ivan Stepanovic Federovskij an seine Angehörigen vom Frühjahr 1945 II/127

Karl Liebknecht: Referat auf der Märzkonferenz der Spartakusgruppe 1916 I/125

Miszellen

Helmut Bleiber: Bedrohung oder Hoffnung? Schlesische Pressestimmen zur Pariser Juniinsurrektion 1848 II/134

Arno Gräf: Die Prager Union für Recht und Freiheit. Ein wenig beachtetes Kapitel tschechoslowakisch-deutscher Zusammenarbeit III/106

Naribiko Ito: Rosa Luxemburgs Vortrag in der SPD-Parteischule über „Sklaverei“ II/139

Jochen Weichold: Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) – ein fast vergessenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung I/99

Informationen

Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. II/155

Verrat? Fakten – Fiktionen – Folgen in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts. Teil III (Konferenz am 7./8. Oktober 2005) II/157

Leserzuschriften

Heinz Deutschland: Zum Artikel Leuschner gegen Ley (JahrBuch 2004/III) I/152

Rezensionen/Annotationen Rezensionen

Agrargenossenschaften in Vergangenheit und Gegenwart. 50 Jahre nach der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR (*Elke Scherstjanoi*) III/207

Robert C. Allen: Farm to Factory. A Reinterpretation of the Soviet Industrial Revolution (*Susanne Schattenberg*) II/166

Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie 2003 (*Fritz Vilmar*) III/188

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Wolfgang Ruge. Für Einsteiger und Fortgeschrittene. CD-ROM (*Manfred Weißbecker*) I/196

Rudi Beckert: Lieber Genosse Max. Aufstieg und Fall des ersten Justizministers der DDR Max Fechner (*Norbert Podewin*) II/174

Theodor Bergmann: Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten (*Sylvelyn Häbner-Rombach*) III/195

Ina Boesch: Gegenleben. Die Sozialistin Margarethe Hardegger und ihre politischen Bühnen (*Gisela Notz*) I/192

Pierre Broué: Trotzki. Eine politische Biographie (*Nikolaus Brauns*) I/189

Anjana Buckow: Zwischen Propaganda

und Realpolitik. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945–1955 (*Alfred Loesdau*) II/168

Marko Demantowsky: Die Geschichtsmethodik in der SBZ und DDR. Ihre konzeptionelle, institutionelle und personelle Konstituierung als akademische Disziplin 1945–1970 (*Helmut Meier*) I/199

Jürgen Elvert/Susanne Krauß (Hrsg.): Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert (*Werner Berthold*) II/162

Günter Gerdesius u. a.: Die Maxhütte Unterwellenborn von 1873 bis 1920; dieselben: Die Maxhütte Unterwellenborn 1921 bis 1945; Günter Gerdesius: Die Maxhütte Unterwellenborn 1945 bis 1950 (*Jörg Roesler*) III/190

Martin Greschat/Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.): Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953 (*Eva-Maria Thimme*) II/182

Reinhard Grimmer u.a. (Hrsg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS (*Wolfgang Wünsche*) I/202

Barbara Haider/Hans Peter Hye (Hrsg.): 1848. Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas (*Walter Schmidt*) I/182

Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Analysen und Dokumente (*Wolfgang Wünsche*) II/185

Ursula Herrmann: Elise Schweichel (1831 - 1912). Schriftstellerin und Sozialdemokratin im Ringen um Frauenemanzipation (*Hanna Behrend*) I/184

Julie Hessler: A Social History of Soviet Trade. Trade Policy, Retail Practices, and Consumption, 1917–1953 (*Susanne Schattenberg*) II/166

Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Her-

mann Wentker (Hrsg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre (*Günter Benser*) I/205

Karin Huser: Eine revolutionäre Ehe in Briefen. Die Sozialrevolutionärin Lidija Petrowna Kotschetkowa und der Anarchist Fritz Brupbacher (*Sonja Striegnitz*)

I/187

„Jetzt endlich können Frauen Abgeordnete werden!“ Thüringer Parlamentarierinnen und ihre Politik (*Hanna Behrend*)

III/196

Tobias Kaiser/Steffen Kaudelka/Matthias Steinbach (Hrsg.): Historisches Denken und gesellschaftlicher Wandel. Studien zwischen Kaiserreich und deutscher Zweistaatlichkeit (*Werner Berthold*)

II/162

Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wójcicki (Hrsg.): Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990 (*Christa Hübner*)

II/176

Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945-1949. Band 1: Die ernannte Landesverwaltung, Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition (*Günter Benser*)

II/172

Marx-Engels-Jahrbuch 2003. Karl Marx/Friedrich Engels/Joseph Weydemeyer: Die Deutsche Ideologie. Artikel, Druckvorlagen, Entwürfe, Reinschriftenfragmente und Notizen zu I. Feuerbach und II. Sankt Bruno. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. (*Martin Hundt*)

I/180

Mensch sein, das heißt... Rosa Luxemburg und ihre Freunde in Geschichte und Gegenwart (*Ingo Materna*) II/160

Ronald Rayfield: Stalin und seine Henker (*Wladislaw Hedeler*) III/199

Ursula Reuter: Paul Singer (1844 – 1911). Eine politische Biographie (*Heinrich Gemkow*) II/158

Karlheinz Schaller: „Radikalisierung aus Verzweigung“. Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom ersten Weltkrieg bis zur Inflation (*Wolfgang Uhlmann*)

I/195

Hermann Schreiber: Kanzlersturz. Warum Willy Brandt zurücktrat (*Harald Lange*) I/207

Dagmar Semmelmann/Gudrun Pregel/Ursula Krüger (Hrsg.): Eisenhüttenstädter Lesebuch (*Evemarie Badstübner*) II/179

Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Band I-III (22. Juni 1941 bis 15. Juni 1948) (*Rolf Badstübner*) III/201

Martina Wobst: Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949-1990 (*Wolfram Adolph*) III/205

Annotationen

Janet Anschütz/Irmtraud Heike: „Man hörte auf, ein Mensch zu sein ...“ Überlebende aus den Frauen-Konzentrationslagern in Langenhagen und Limmer berichten (*Rainer Holz*)

II/194

Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern (*Manfred Behrend*)

II/191

Bewertung, Erschließung und Benutzung von SED-Beständen in den Archiven der Neuen Bundesländer. Beiträge eines Workshops am 7./8. November 2001 im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig (*Ursel Herschel*) I/221

- Luitwin Bies/Horst Bernard: Saarländerinnen gegen die Nazis. Verfolgt – vertrieben – ermordet (*Ulla Plener*) II/192
- Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe (*Fred Wilm*) III/234
- Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ (*Siegfried Prokop*) III/232
- Nikolaus Brauns: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938) (*Manfred Behrend*) I/213
- Sybille Buske: Fräulein Mutter und ihr Bastard. Eine Geschichte der Unehelichkeit in Deutschland 1900-1970 (*Peggi Liebisch*) III/217
- Ulrich Dietzel: Männer und Masken. Ein Tagebuch. Kunst und Politik in Ostdeutschland (*Gerd Dietrich*) I/225
- Thomas Felleckner: Bäuerliche und unterbäuerliche Bevölkerungsgruppen in der preußischen Provinz Sachsen während der Revolution von 1848/49 (*Helmuth Bleiber*) II/187
- Ursula Fischer: Im eigenen Land verschollen (*Horst Klein*) III/231
- Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert (*Wolfgang Heyn*) I/218
- Der Grundstein. 1888 bis 1933. Gewerkschaftszeitung des deutschen Baugewerbes (*Wolfgang Heyn*) III/213
- Dagmar Günther: Wandern und Sozialismus. Zur Geschichte des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (*Ulrike Köpp*) I/209
- Christoph Gusy (Hrsg.): Weimars lange Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945 (*Reinhard Kühnl*) I/216
- Handbuch der Geschichte Russlands, Band 5, 1. u. 2. Halbband; Band 6 (*Horst Schützler*) II/196
- Ralf Hansjosten: 700 Jahre Schreinerinnung Trier-Saarburg. Studien und Quellen (*Peer Lautenschläger*) II/187
- Dorothee Harbers: Die Bezirkspresse der DDR (unter besonderer Berücksichtigung der SED-Bezirkszeitungen) (*Günter Simon*) I/223
- Tobias Haren: Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessens Weg zur Demokratie (*Rainer Holzje*) II/190
- Günter Hauthal: Über die „Schlacht für Hitler“ in Altenburg im Jahre 1926, deren Widerhall und die Rache der Nazis für ihre Niederlage (*Fritz Zimmermann*) III/220
- Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalins Tod. Hoffnungen und Enttäuschungen (*Manfred Behrend*) II/201
- Michael P. Hensle: Rundfunkverbrechen. Das Hören von „Feindsendern“ im Nationalsozialismus. Dokumente – Texte – Materialien (*Rainer Holzje*) II/192
- Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste (*Willi Beitz*) III/215
- Ruth & Günter Hortschansky: Möge alles Schmerzliche nicht umsonst gewesen sein. Vom Leben und Tod der Antifaschistin Judith Auer (*Elfriede Fölster*) III/219
- Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes: „Faktor Öl“. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974 (*Jörg Roessler*) II/188
- Nils Köhler: Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Organisation und Alltag des „Ausländereinsatzes“ 1939–1945 (*Rainer Holzje*) II/194

- Klaus Körner: „Die rote Gefahr“. Antikommunistische Propaganda der Bundesrepublik 1945-2000 (*Kurt Wernicke*) II/199
- Maik Kopleck: Past Finder Berlin 1933-1945 (*Joachim Eichler*) III/224
- Matthias Loeding: Otto Grotewohl kontra Kurt Schumacher. Die Wennigsener Konferenz im Oktober 1945 (*Wolfgang Triebel*) III/230
- Klaus-Peter Lorenz (Hrsg.): Politische Landschaft – die andere Sicht auf die natürliche Ordnung (*Ulrike Köpp*) I/209
- Katja Mann: Ellen Key. Ein Leben über die Pädagogik hinaus (*Christa Uhlig*) III/214
- Sandra Markus: Bilanzieren und Sinn stiften. Erinnerungen von Unternehmern im 20. Jahrhundert (*Wolf G. Angmeyer*) I/219
- Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Entweder es geht demokratisch - oder es geht nicht. Klaus Höpcke. Kolloquium anlässlich seines 70. Geburtstages (*Siegfried Prokop*) III/235
- Ulla Plener: Der feindliche Bruder. Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht (*Wolfgang Heyn*) I/214
- Friedrich Pospiech: Konservativ-Rechtsextreme Komplizenschaft oder: „Der Fall Dr. Staffa/Witikobund“. (Ein „Politkrimi“) (*Rainer Holzke*) I/226
- Dietmar Ramuschkat: Die SPD und der europäische Einigungsprozeß. Kontinuität und Wandel in der sozialdemokratischen Europapolitik 1949-1955 (*Horst Klein*) I/220
- Stefan Roloff mit Mario Vigl: Die Rote Kapelle. Die Widerstandsgruppe im Dritten Reich und die Geschichte Helmut Roloffs (*Paul Heider*) III/322
- Adelheid von Saldern (Hrsg.): Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten (*Evemarie Badstübner*) II/202
- Hans Schafranek/Johannes Tuchel: Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg (*Simone Barck*) III/226
- Dieter Schiller: Der verweigerte Dialog. Zum Verhältnis von Parteiführung der SED und Schriftstellern in den Krisen-jahren 1956/57 (*Siegfried Prokop*) I/224
- Ulrich Schneider/Horst Gobrecht: Lehrjahre im KZ Buchenwald. Antifaschistische Wurzeln der Gewerkschaften (*Wolfgang Heyn*) II/193
- Joachim Scholtyssek: Die Außenpolitik der DDR (*Joachim Eichler*) II/198
- Hermann Schreyer: Die zentralen Archive Russlands und der Sowjetunion von 1917 bis zur Gegenwart (*Horst Schützler*) I/210
- Jutta Seidel: Paul Nette „...daß mir weiter nichts fehlt als die Freiheit“. Eine Häftlingsbiographie in Briefen. Gefängnisbriefe 1934 bis 1944 (*Leopoldine Kuntz*) III/225
- Joseph E. Slater: Public Workers. Government Employee Unions, the Law, and the State 1900-1962 (*Peter Schäfer*) III/217
- Peter Steinbach: Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstandes (*Paul Heider*) III/228
- Unsere Heimat unterm Hakenkreuz. Ein Beitrag zu nationalsozialistischer Gewalt-herrschaft, Verfolgung und antifaschistischem Widerstand in Amtshauptmannschaft und Kreis Pirna von 1933 bis 1945 (*Jürgen Stroech*) I/217
- Hermann Weber/Andreas Herbst (Hrsg.): Deutsche Kommunisten. Biogra-

phisches Handbuch 1918-1945 (*Bruno Mander*) I/212

Barbara Weinhold: Eine trotzkistische Bergsteigergruppe aus Dresden im Widerstand gegen den Faschismus (*Manfred Behrend*) III/221

Beilagen (für Abonnenten)

Günter Glaser: „auf die ‚andere Seite‘ übergehen“. NVA-Angehörige in Krise und revolutionärem Umbruch der DDR. Studie mit Dokumenten III

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion: Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

e-mail-Adresse: mayer.berlin.pb@t-online.de
(Bitte beachten: Ab 1.1.2006 neue e-mail-Adresse(n) - siehe dazu website: arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderswo erschienen sind.

Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollen 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im Jahrbuch übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff
Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodonimuseum.com

Redaktionsschluß: 15.8.2005

Arbeit hat bitt' re Wurzel...

Gerd Kaiser



*... aber
süße Frucht*

Reflexionen über Auslandsaufenthalte deutscher Studierender ab 1951 in der UdSSR

Ab Herbst 1951 nahmen Jahr für Jahr deutsche Studenten ein Studium an Universitäten und Hochschulen der Sowjetunion auf. Ihrem Weg in den ersten anderthalb Jahrzehnten seit Beginn des systematischen Auslandsstudiums, verbunden mit einem Ausblick bis in die Gegenwart, folgt dieses Buch über Leben, Lehre, Lernen und auch Lieben der Studenten. Sie studierten Medizin oder Chemie, Geschichte oder Metallurgie, Biologie, Geologie, Jura, Informatik... kurzum alle traditionellen und neuen Disziplinen. Nicht zuletzt studierten sie das Land, in das sie als Lernende gekommen waren. Ihre Lehrer waren geachtete Wissenschaftler, Nobelpreisträger, Mitglieder von Akademien der Wissenschaften oder internationalen Gelehrtenvereinigungen.

Der Bildungsweg, den die jungen Deutschen aus der DDR einschlugen, verlief bis auf seltene Ausnahmen grundlegend anders, als es der soziale Stand der Eltern, der bisherige Verlauf ihres eigenen Lebens und die Familientraditionen erwarten ließen. Der bisher weitgehend unerforschten Geschichte der Universitäts- und Hochschulausbildung von Studenten und Nachwuchswissenschaftlern aus der DDR in der UdSSR nahm sich der Autor, einer dieser ersten Studenten, an. Erinnerungen, Brief- und Fotosammlungen, Interviews und Werkstattgespräche, liegen dieser Darstellung zugrunde. Sie entstand eingedenk der Verpflichtung, sich der Wurzeln eigener Lebensarbeit bewusst zu sein.